C 21734 E



„Volkszählung", Fakten zur Verdatung der Republik S.4

Arbeiterkampf

Jg. 13 Nr.232 5.4.83

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

4 DM
Förderpr. DM 5

Konterrevolution in Nicaragua

„Wir werden nicht durchkommen, aber wir werden töten"

Die seit über zwei Jahren andauernde „schleichende US-Intervention" in Nicaragua hat in den letzten Monaten den Charakter einer regelrechten Invasion angenommen und droht nach den letzten Ereignissen zu einem offenen Krieg mit Honduras zu eskalieren.

Seit Mitte März finden im Nordwesten Nicaraguas heftige Kämpfe statt. Während die Söldner der Ex-Nationalgarde Somozas bisher nur Grenzorte von Honduras aus angegriffen haben, sind sie seit Jahresanfang mit Einheiten in Stärke von 1.200 Mann ins Landesinnere vorgedrungen, mit dem Ziel, einige Gebiete zu erobern und militärische Lager zu errichten.

Durch ständige Überfälle, Besetzung von Ortschaften sowie Sabotageakten an wirtschaftlich und ökonomisch wichtigen Einrichtungen soll ein Klima der Angst erzeugt und die nicaraguanische Bevölkerung langsam zermürbt werden. Zwei Kolonnen von je 100 Mann gelang es sogar, in den Süden bis in die Nähe der Provinzhauptstadt Matagalpa vorzudringen (ca. 130 km von Managua entfernt). Sie stellen militärisch gesehen zwar keine große Gefahr für die nicaraguanische Revolution dar, jedoch sind die verstärkten Kampfhandlungen vor allem deshalb gefährlich, weil sie die Möglichkeit eines direkten Konflikts mit Honduras vergrößern. Schon jetzt gibt es Grenzzwischenfälle und hondurenische Patrouillen liefern sich Gefechte mit der sandinistischen Armee (1). Bei einer möglichen Eskalierung könnte jederzeit eine Luftunterstützung der Konterrevolutionäre von Honduras aus erfolgen.

Das US-Magazin „Time" beschuldigte in der Ausgabe vom 27. März die Reagen-Administration einen „rechten Umsturzversuch in Nicaragua" einzuleiten (2). Unter Berufung auf Quellen innerhalb der konterrevolutionären Gruppierung „Demokratische Kräfte Nicaraguas" (FDN) berichtet „Time", daß in dem „Politischen Koordinierungsausschuß" — also dem „Gehirn" der Invasionstruppen — Fachleute des CIA, des in Panama stationierten Kommandos Süd der US-Armee sowie John Negroponte, US-Botschafter in Honduras, das Sagen haben.

Wie im AK 231 berichtet, kommt Honduras die Aufgabe zu — in Vertretung der USA und ihrer hegemonialen und strategischen Interessen — die nicaraguanische Volksregierung, wenn nötig mit Waffengewalt, zu beseitigen.

Das Santa-Fe-Dokument als Grundlage der US-Außenpolitik

Daß die Vorwürfe der Nicaraguaner, die US-Regierung treibe den Sturz der Sandinisten mit allen Mitteln voran, nicht auf Erfindungen und Märchen beruhen, wie die US-Delegierte Kirckpatrick am 23. März vor dem UNO-Weltsicherheitsrat zynisch zu versichern bemüht war, belegen die Äußerungen des Santa-Fe-Komitees (3). Im Mai 1980 entwickelten die Strategen der zukünftigen Reagen-Administration Leitlinien einer „interamerikanischen Politik für die 80er Jahre".

Fortsetzung Seite 28

„Keiner schiebt uns weg!"

HDW-Belegschaft kämpft um's Überleben

Hamburg. „Das also ist der Aufschwung". Mit diesen Worten, immer wieder auf der Werft zu hören, kommentierten die HDW-Arbeiter das, was sie schon lange ahnten, was aber nun, eine gute Woche nach der Bundestagswahl, zwei Tage nach dem CDU-Wahlsieg in Schleswig-Holstein zur Gewißheit geworden war: Der Rausschmiß von 2.100 Kollegen. Und in diesen Worten schwang Resignation, maßlose Enttäuschung, Verzweiflung, aber auch Wut und Trotz mit. Schon monatelang, das wußte jeder, hatte Vorstandsboß Ahlers sein „Sanierungskonzept" in der Tasche. Im Dezember bereits war es ein offenes Geheimnis gewesen: Nie wieder Schiffsneubau, Entlassung für die halbe Belegschaft. Und doch schlug es wie eine Bombe ein, als die Kollegen am Dienstagmorgen aus der „Bild" erfuhren, daß sie den Aufschwung bezahlen sollen.

An Arbeiten war kaum zu denken an diesem Tag. Betriebsräte und Vertrauensleute kamen sofort zusammen, mußten selbst erst den Schock halbwegs verdauen. Als sie kurz vor Mittag wieder ausschwärmten in die Hallen und auf den Helgen, dauerte es keine zwanzig Minuten, und alle Mann waren am Uhrturm versammelt. Nur Klaus Ahlers ließ sich nicht blicken. Nach einer kurzen Information durch den Betriebsratsvorsitzenden Holger Mahler zog die Protestversammlung um, vor das Verwaltungsgebäude. Eine Delegation holte Ahlers aus seinem Büro im 4. Stock. Unten angekommen, wurde er mit Buh-Rufen und einem gellendem Pfeifkonzert empfangen. Jede Menge Reporter waren inzwischen auf der Werft, und NDR-Hörer konnten hautnah mithören, wie Holger Mahler mit Klaus Ahlers hart ins Gericht ging. Immer wieder gingen Ahlers' Worte über die ach so schlechte Lage und die hohen Lohnkosten in empörten Rufen der Kollegen unter. Alle Werftarbeiter waren sich einig: Dieses Konzept darf nicht Wirklichkeit werden!

Zu diesem Zeitpunkt waren, abgesehen von den Entlassungszahlen, Einzelheiten aus dem Vorstandskonzept noch nicht bekannt. Auch der Betriebsrat, der nach dem Betriebsverfassungsgesetz ein Recht auf Unterrichtung hat, war noch nicht informiert. Er mußte sein Recht erst einklagen. So erfuhren die Werftarbeiter in den folgenden Tagen nur scheibchenweise aus der Tagespresse, welches Schicksal ihnen zugedacht ist. Die wichtigsten Punkte: Der Schiffsneubau in Hamburg soll ganz eingestellt bzw. ausschließlich ins Kieler Werk verlagert werden. Auch dort sollen etwa 1.700 Kollegen entlassen werden. Die Reparatur soll zurückgefahren werden, auch der Maschinenbau wird „etwas zurückgenommen'. Jeder weiß, was das heißt. Wenn der Schiffsbau erst mal tot ist, wird sich der Rest auch nicht lange halten. Im weiteren die wichtigsten Punkte:

Fortsetzung auf Seite 3

Reagans neue „Wunder-Waffe"

In einer TV-Ansprache am 23. März hat Präsident Reagan bekanntgegeben, daß er den Auftrag erteilt habe, **„die Forschungen zur Entwicklung einer neuen Laser-Abwehrwaffe beschleunigt voranzutreiben"**. Auf Satelliten im Weltraum stationiert soll die neue Waffe in der Lage sein, sowjetische Atomraketen gleich nach dem Start auszuschalten.

Springers „Bild" feierte das Ereignis unter der Schlagzeile **„Neue Superwaffe gegen Atomtod"**: *„US-Präsident Reagan überrascht die Welt mit einem sensationellen Entschluß. Er will nach 35 Jahren Wettrüsten und immer neuen Atomraketen den Teufelskreis durchbrechen"* (25.3.). Hingegen kommentierte F.J. Strauß: *„Die technische Konzeption eines solchen Raketenabwehrsystems liegt schon seit geraumer Zeit vor. Sie ist keine sensationelle Neuigkeit"* („Welt", 26.3.).

Springers Bild lügt wie üblich, während Strauß hier ausnahmsweise einmal die Wahrheit sagt: Das gleichgeschaltete Theater der bürgerlichen Medien um Reagans „sensationellen Entschluß" dient lediglich der Irreführung und der politischen Manipulation im Vorfeld der entscheidenden Auseinandersetzungen um die Durchführung der „Nachrüstung". Was mehrere Tage lang als wichtige Sensationsmeldung behandelt wurde, war — in weit bescheidenerer Aufmachung — den Medien bereits Anfang Oktober 1982 zu entnehmen: **„Pentagon forciert Laserkanonen und Satellitenabwehr"** („Welt", 1.10.82). Dieser Ankündigung vorausgegangen war im April 1982 eine Aufforderung des Rechnungshofes der USA an das Verteidigungsministerium, die Entwicklung von Laser-Kampfstationen zur Raketenabwehr „voranzutreiben". Wenn man noch weiter zurückblickt, so zeigt sich, **daß das jetzt mit genau berechnetem Theaterdonner verkündete**
tem Theaterdonner verkündete
Wunderwaffen-Projekt seit dem ersten Tag der Regierung Reagan zu den Zielen mit besonderer Priorität zählt — und daß die notwendigen Entwicklungen bereits in den Jahren v o r Reagan beschlossen und eingeleitet worden waren.

\+ Im Januar 1981 gelang es den USA erstmals, von einem (am Boden befindlichen) Flugzeug aus einen Laserstrahl in voller Stärke auszustrahlen. Man sprach von einem „Meilenstein" in der Entwicklung der Laserwaffen. Die „Frankfurter Rundschau" (17.1.81) schrieb: *„Laserkanonen in Flugzeugen oder Satelliten werden (...) im nächsten Jahrzehnt zu einem wichtigen Bestandteil des strategischen Arsenals der USA werden"*. Seit 1970 sei mehr als 1 Mrd. Dollar in die Entwicklung von Laserwaffen investiert worden.

\+ Ebenfalls im Januar 1981 meldete die „Frankfurter Allgemeine" (23.1.81) bereits, Reagan wolle **„die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für künftige, gegen Raketen gerichtete Laserwaffen stärker fördern"**. Geplant sei innerhalb des Verteidigungsministeriums ein Büro zur einheitlichen Betreuung aller Laser-Waffen-Programme einzurichten. Außerdem solle zur Koordinierung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten ein Nationales Laserinstitut gegründet werden. Laserwaffen würden in den USA *„seit mehreren Jahren erprobt"*. Während Carters Amtszeit seien dafür vom Pentagon jährlich 200 Millionen Dollar ausgegeben worden (Zum Vergleich: Für Zivilschutz-Programme wurden im gleichen Zeitraum maximal 100 Millionen Dollar pro Jahr ausgegeben).

\+ Spätestens seit Reagans Amtsantritt ist eine militärische Parallel-Stelle zur NASA (Weltraum-Programme) in der konkreten Planung. Das in Peterson/Colorado entstehende Zentrum soll etwa 400 Mio. Dollar kosten und Mitte 1985 fertiggestellt sein.

Fortsetzung auf Seite 9

Blockaden und Ostermärsche 1983

Großer Auftakt im Raketenjahr

Mehrere hunderttausend Menschen nahmen in diesem Jahr an Ostermärschen und Kundgebungen teil. Die Veranstalter sprechen von 600.000 bis 700.000, also mehr noch als im letzten Jahr (rund 500.000). Schwerpunkte waren das Ruhrgebiet, Süddeutschland und die Großstädte.

Vertreter der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung hatten mit altbekannt-dümmlichen Sprüchen vor der Teilnahme gewarnt. Daß die Friedensbewegung „kommunistisch infiltriert und gesteuert" sei und nur „der Sache Moskaus dient", davor hatte schon die SPD-geführte Regierung vor der ersten großen Demonstration in Bonn (10.10.1981) gewarnt. Also in Bonn nicht viel Neues. Diese Hetzpropaganda hat damals wie heute nicht von der Teilnahme an den Aktionen abgehalten.

Die „Lernfähigkeit" (ein in letzter Zeit sehr häufig gebrauchter Begriff) hat an diesem Ostern recht viel SPD-Prominenz auf die Straßen geschickt. Auch der DGB, der noch 1981 mit der Bonner Demo so viele Schwierigkeiten hatte, daß er seine Jugendorganisation von der Teilnahme abhalten wollte, zeigte sich recht rührig. In der Regel erstreckten sich die Osteraktivitäten von SPD und DGB nur auf die Märsche, während die Blockadeaktionen meist von ihnen nicht nur ignoriert und totgeschwiegen, sondern auch diffamiert wurden. Lediglich die Grünen haben vielfach sowohl die Märsche wie auch die Blockadeaktionen unterstützt. Insbesondere im süd- und mitteldeutschen Raum haben sich auch grüne Bundestagsabgeordnete an Standortaktionen beteiligt.

Fortsetzung Seite 2



1. Tag der Blockade vor dem Atomwaffenlager in Kellinghusen (bei Hamburg) Foto:Argus

Blockaden und Ostermärsche 1983
Großer Auftakt im Raketenjahr

Fortsetzung von Seite 1

Neu an den Osteraktivitäten ist, daß sich in diesem Jahr viele Menschen an direkten Aktionen vor A-Waffenlagern, Stationierungs- und anderen militärischen Orten beteiligt haben. Diese Aktionen des zivilen Ungehorsams haben deutlich sichtbar Zulauf bekommen. Deshalb gehen wir im folgenden näher auf die direkten Aktionen ein. Insgesamt beteiligten sich rund 5.000 an 17 Orten an solchen teilweise mehrtägigen Aktionen.

Kellinghusen (nahe Hamburg)

Die größte direkte gewaltfreie Aktion fand an diesem A-Waffenlager statt. Drei Tage lang wurde das Lager rund um die Uhr in 4-Stunden-Blockadeschichten von gut 1.400 Menschen dicht gemacht. Die Blockade begann mit einem gemeinsamen Marsch zum Haupttor und einer kurzen Eröffnungskundgebung, in der auf die Aufrüstung (nicht nur mit neuen Mittelstreckenraketen) hingewiesen wurde. ,,*Kurz nach Beginn der Blockade räumte die Polizei zum ersten Mal eine Zufahrt, um ausgerechnet den Oberstaatsanwalt* (der auch die Anklage gegen Markus und Michael, die Brokdorf-Angeklagten, geführt hatte, Anm. AK) *aus dem Militärgelände zu schleusen. Viele derartiger ‚kleiner' Räumungen folgten, denn das Militär wollte zeigen, wer der Herr im Hause ist: Mit teils nur viertelstündigem Abstand wurden die Blockierer vor allem an zwei Toren immer wieder beiseitegetragen, damit Militär- und Zivilfahrzeuge passieren konnten. Ein Beispiel für die willkürlich geschaffenen Räumungsanlässe: Die Polizei selbst beschwerte sich darüber, daß die Bundeswehr eine Räumung beantragt hatte, um ein Kuchenblech vom Gelände zu schaffen. ‚Das hätte auch über den Zaun gereicht werden können' ''.*

Noch am ersten Abend kam es in der angebrochenen Dunkelheit zu einer größeren Auseinandersetzung. Ein großer Teil der Blockadeschicht am Haupttor wurde festgenommen, da die Blockade gegen das Versammlungsgesetz vestoße. ,,*Die 48 Festgenommenen wurden wegen dieser Ordnungswidrigkeit auf dem Militärgelände zwangsweise fotografiert, ihre Personalien festgestellt, und sie sollen ein Bußgeld von je 300 DM bezahlen ... Danach mußten die Festgenommenen wieder freigelassen werden, denn derweil setzten sich viele andere Blockierer vor dem Haupttor auf die Straße und verhinderten so den Abtransport der Festgenommenen. Beim Versuch der Polizei, auch diese Protestblockaden zu räumen, kam es zu brutalen Übergriffen: Sitzende wurden getreten, an Armen und Haaren gerissen, auf andere Sitzende geworfen, begleitet von Anfeuerungen wie ‚Renk ihm doch 'mal den Arm aus' oder ‚lass sie doch 'mal ordentlich fallen'. Zum Glück wurden diese Szenen von einem Kamerateam hell ausgeleuchtet. Schließlich zog sich die Polizei zurück. Offensichtlich sollte getestet werden, wie sich die Blockierer gegenüber einem offensiven Großeinsatz verhalten''* (aus einem Auswertungsflugblatt der Öffentlichkeits-AG).



An den beiden folgenden Tagen und Nächten kam es noch zu einer Vielzahl ,,kleinerer Räumungen''. Die Militärs hatten somit ganz deutlich demonstriert, daß sie das Lager jederzeit (wie es die NATO-Vorschriften vorsehen) mittels der Polizei zu ihrer Verfügung haben — neben den Polizei-Hundertschaften standen übrigens noch zwei neue Hochdruckwasserwerfer bereit. Daß die dreitägige Blockade für die Verhältnisse in diesem Staat trotzdem so friedlich abgelaufen ist, lag vor allem daran, daß so viele Menschen zur Blockade gekommen waren und durch Pressevertreter, Kamera- und Fernsehleute eine große Öffentlichkeit hergestellt war. Es gab einige Stimmen (Gewaltfreie und DKP), die nicht das Vorgehen der Polizei kritisierten, sondern das Verhalten der Blockierer. Aktionen, die (leider nur) Randerscheinungen blieben, wie das Zukleben des Haupttores führten zu teilweise prinzipiellen Diskussionen über die Gewaltfreiheit der Aktion. Während der größeren Räumungsaktion wurde meistens ,,Aufhören'' o.ä. gerufen. ,,Beschimp- ßeren Räumungsaktion wurde meistens ,,Aufhören'' o.ä. gerufen. ,,Beschimpfungen'' der Polizei gab es selbst in diesen empörenden Situationen nur ganz selten, wurden aber hinterher hochstilisiert. In der Konsequenz übersieht diese Kritik, daß die Polizei ihre Mittel danach einsetzt, welche Ziele sie erreichen will und nur soweit davon abhängig macht, wie wir uns verhalten, wie wir in dieses Konzept passen. Konkret heißt das, daß natürlich (auch schnell und dabei brutal) geräumt wird, wenn wir vor den Toren sitzen und Fahrzeuge rein oder raus sollen.

Weitere Auseinandersetzungen hatte es mit den ,,Friedensfreunden von der DKP'' gegeben. Dazu gehört als Hintergrundinformation, daß die Blockade seit dem letzten Herbst auf Initiative der Hamburger Friedenskoordination vorbereitet wird. Die DKP, die im Hamburger Forum mitarbeitet, hat in der Vorbereitungsphase über lange Zeit hinweg desinteressiert bis kritisch zur Blockade Stellung genommen. Als der Vorbereitungszug schon ordentlich dampfe, sprang auch noch die DKP auf. In Kellinghusen selbst startete sie dann mehrere Profilierungsversuche, die optisch den Eindruck vermittelten, als sei die Blockade maßgeblich von der DKP initiiert und durchgeführt worden. Dazu gehörten die Herausgabe eines Blockadeinfos, das nach massiver Intervention von vielen Gruppen im Blockade-Sprecherrat zurückgezogen wurde, dazu gehörten riesige DKP-Plaketten, Fahnen, Transparente. Alles frei nach dem Motto: Je weniger Einfluß, desto großkotziger das Auftreten? ...

Nach mehr als 50 Stunden Blockade kam am Sonntag der rund 5.000-köpfige Ostermarsch aus Kellinghusen an und formierte sich gemeinsam mit den Blockierern zu einer Menschenkette um das Lager. Mit einer Abschlußkundgebung nahe dem Haupttor wurde die Aktion beendet.

Neu-Ulm

Nach nur 25 Minuten räumte die Polizei mit dem härtesten Einsatz während der Osteraktionen. Gegen die rund 200 Blockierer wurden Hunde und Tränengas eingesetzt, obwohl es dazu keinen anderen Anlaß als die schlichte Tatsache gab, daß der Eingang blockiert war. Drei Leute wurden gebissen, sechs von der chemischen Keule verletzt, darunter ein Kameramann von ‚Report'. Während der insgesamt dreitägigen Blockade wurden die Personalien von etwa 400 Leuten festgestellt.

Ein Teil der Blockierer hat nach dem großen Polizeieinsatz zusammen mit der Polizei ein gewaltfreies Training durchgeführt und eine Diskussionsveranstaltung. Darauf wird z.T. die dem Einsatz folgende ,,Entspannung'' zurückgeführt. Bei der Auswertung darf aber nicht der Druck der Öffentlichkeit übersehen werden (am Samstag erschienen ausländische Zeitungen mit Bild von dieser Räumung auf der Titelseite).

Nach drei Tagen endete die Blockade mit einer Umarmung des Pershing Ia Standortes und geplanten Pershing II Standortes (rund 500 Leute). Und anschließend wurde ein gemeinsamer Ostermarsch durchgeführt.

Westberlin

Angekündigt war eine Blockade der amerikanischen Radaranlage auf dem Teufelsberg. Die aber war mit einer Bannmeile belegt. Als die Blockierer versuchten, bis vor Ort vorzudringen, [illegible] versuchten, bis vor Ort vorzudringen, wurden 160 (vorübergehend) festgenommen. Weitere 21 Festnahmen wurden während einer spontanen Protestdemonstration gegen diese Schikane vorgenommen. Allen drohen Bußgelder.

Nürnberg-Feucht

Das A-Waffenlager (Sprengköpfe für Lance) wurde 2 Tage in 4 Schichten blockiert. Der Tatbestand der Nötigung wurde von Militärs/Polizei dadurch herbeigeführt, daß Autos aus dem Gelände rauskutschiert wurden. Von allen Blockierern wurden die Personalien festgestellt.

Wurstweiler

Nach einem morgendlichen Gottesdienst wurde das Lager 10 Stunden von 100 Teilnehmern blockiert. Die Polizei verhielt sich friedlich.

Geilenkirchen

Der AWACS-Stützpunkt wurde einen Tag von 500 Leuten geschlossen. Ein ausgiebiges Blockadefrühstück und eine Mauer aus Pappe vor dem Haupttor sollen erwähnt werden. Die Polizei war mit fast ebensovielen Teilnehmern (400), einem Wasserwerfer und Hundestaffeln angerückt, unternahm aber weder spontane noch geplante Demonstrationen ihrer Macht.

Datteln

400 Leute blockierten die Haardkaserne (Nike-Hercules-Stützpunkt) einen Tag. Hier gab es auf der Gegenseite nicht nur Hunde- sondern auch Reiterstaffeln, aber zum Glück keinen Einsatz.

Holzwickede-Opherdicke

Gruppen aus dem Ruhrgebiet wollten den Nike-Hercules-Stützpunkt einen Tag blockieren, sahen aber ein durch NATO-Draht abgesperrtes Haupttor vor sich. Etliche Blockierer, darunter auch zwei grüne Bundestagsabgeordnete, krabbelten hindurch und direkt vors Tor. Später gingen in einem Trauerzug 750 Leute durch das Dorf und führten dabei 148 Kreuze — für jeden Krieg seit dem 2. Weltkrieg eines — mit sich.

Göttingen

Nach einem Ostermarsch von 1.500 Leuten protestierten 40 gegen die Erweiterung des Übungsgeländes Ferstlinger Röder Feld, indem sie den Hinterausgang des Geländes zunagelten: Geschlossen wegen Gefährdung der Öffentlichkeit.

Kettershausen

200 Leute gingen vom benachbarten Babenhausen zum Pershing I Standort Kettershausen. Eine Mahnwache direkt vor Ort war nicht genehmigt worden. Und auch der Marsch wurde noch behindert. Am Ortsausgang von Kettershausen durften die Leute nicht mit ihren Transparenten weitergehen. Die Hälfte ging dann als ,,harmlose Spaziergänger'' weiter. Am Tor erwarteten sie auch Hunde. Ein ständig umherkreisender Hubschrauber rundete das Bild ab. Nach einer halben Stunde wurde die Aktion beendet.

Visbek (Münster)

Eine Blockade neuen Typs gab es an diesem A-Waffenlager. 200 zum Blockieren bereite Leute fanden die Kasernentore von innen mit NATO-Draht versperrt vor. Die Versorgung des Lagers wurde mit Hubschraubern sichergestellt. Und die Polizei brachte den Blockierern Ostereier. Prädikat: Nachahmenswert. Aus der Umgebung kamen ältere Frauen und diskutierten mit an der Aktion beteiligten Frauen bei mitgebrachtem Kuchen. Zum Abschluß der Aktion wurde das Lager von 2.500 Leuten umarmt.

Stuttgart

Zu einem Gottesdienst am NATO-Hauptquartier EUCOM kamen 200 Leute, die sich anschließend zu einem Frühstück auf der Straße niederfließen. Die Veranstaltung war angemeldet und auch genehmigt worden.

Fürfeld (Bad Kreuznach)

30 Leute mußten vier Räumungen über sich ergehen lassen. Die letzte wurde ohne vorherige Ankündigung/Aufforderung durchgezogen. Zwei Blockierer wurden durch Stiefeltritte verletzt, sodaß sie zur ambulanten Behandlung ins Krankenhaus mußten.

Schwäbisch-Gmünd

Der Pershing I Standort (eventuell auch Pershing II) wurde von 90 Leuten blockiert. Entgegen ihrer vorherigen Drohung hat sich die Polizei auffällig zurückgehalten. Die Blockade wurde mit einer gemeinsamen Kundgebung mit den Ostermarschierern abgeschlossen.

Heilbronn

Auch hier sind Pershing I stationiert und später voraussichtlich auch Pershing II. 80 Leute nahmen an verschiedenen Aktionen (Frühstück vor dem Haupttor, Stehblockade, Mahnwache) teil.

Meyn (bei Flensburg)

220 Leute von Gruppen aus dem gesamten Raum Schleswig blockierten für 26 Stunden das A-Waffenlager. Die Militärs ließen die Polizei mehrfach räumen, um zu zeigen, daß sie Herr der Lage sind. Erst trugen die Polizisten die Blockierer relativ vorsichtig weg, später wurden sie wie Vieh durch die Gegend geschmissen. Ein Blockierer wurde bei einer Räumung von einem Polizeihund gebissen. Nach Beendigung der Blockade nahmen die Leute an dem landesweiten Ostermarsch teil.

[redacted]

10 Prozent mehr Miete — 5 Prozent weniger Käse?

Ein Kinobesitzer, dem gleichzeitig Miethäuser gehören, dürfte es sich dreimal überlegen, ob er seinen Mietern eine Mieterhöhung aufbrummt. Ebensolche Überlegungen müssen Möbelfabrikanten oder Buchhändler beschäftigen , die ihren Profit in den Mietwohnungsbau gesteckt haben. Hersteller von Heimwerkerartikeln oder von Gebrauchsgütern für die Freizeitgestaltung wie Fernseher oder Videoanlagen dagegen können, ja müssen ihren Mietern, so sie welche haben bedenkenlos die Miete erhöhen, wenn ihnen an einer Umsatzsteigerung ihrer Geräte gelegen ist.

Ein altes Gesetz sagt, daß es dort, wo es Gewinner gibt, auch Verlierer geben muß. Und nach dieser Erkenntnis hat das Münchener Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo) eine Untersuchung darüber angestellt, wie bei den zu erwartenden drastischen Mieterhöhungen der Mieter als Verbraucher, oder besser als Konsumtrottel auf diese Attacke auf sein Portemonnaie reagiert und welche Wirtschaftszweige - außer Haus- und Grundeigentümern natürlich - von möglichen Änderungen im Konsumverhalten profitieren werden, bzw. welche mit Einbußen zu rechnen haben. Und siehe da, das schlaue Ifo weiß auch ohne Volksbefragung schon jetzt genau, wie der Mieter der 80er und 90er Jahre aussieht: er/sie wird nicht etwa die Gerichte bemühen oder gar in einen Mietstreik treten. Nein, er/sie wird weniger in die Kneipe, ins Kino oder Theater gehen, weniger Bücher lesen, seltener neue Möbel anschaffen, weniger Geld für Arzt- und Krankenhauskosten aufwenden und - weniger Käse essen. Stattdessen wird er/sie brav zuhause vor der Glotze hocken und kabelfernsehen, die Blumengießen, den Haushalt auf Vordermann, bzw. Vorderfrau bringen, sonstwie vor sich hinbasteln und mehr mit dem Haustier spielen. Kurz: Zu einer ,,intensiveren Nutzung des teurer gewordenen Gutes Wohnung ' wird sich der Mieter entschließen, bzw. ,,neu orientieren''.

Die Bereiche Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidung und PKW bleiben von Mieterhöhungen übrigens ,,völlig unberührt'', da sich hier ,,offenbar sehr feste Verbrauchergewohnheiten herausgebildet'' haben. Nur der Käseverzehr würde bei einer 10 prozentigen Mieterhöhung um rund 5 Prozent zurückgehen.

Mag die Prgnose des Ifo-Institutes bis hierher stimmen oder auch nicht, in einer Behauptung liegen die professionellen Kaffeesatzleser absolut daneben: mit der Behauptung nämlich, daß Mieterhöhungen und daraus resultierende Konsumgewohnheitsveränderungen den ,,Lebensstandard im allgemeinen'' nicht senken würden.

Das Ifo geht bei seinen Berechnungen davon aus, daß sich durch Mieterhöhungen innerhalb der nächsten drei Jahre der Anteil der Mietaufwendungen an den gesamten Verbraucherausgaben verdoppeln wird! In Zahlen: der vom Ifo für 1980 zugrunde gelegte Anteil der Mietkosten von durchschnittlich 12,5 Prozent soll bis auf die ,,zumutbare Obergrenze'' von 25 Prozent gesteigert werden. Dabei muß der angenommene Durchschnittswert von 12,5 Prozent als eine krasse Verzerrung der Realität bezeichnet werden, denn bereits 1981 mußten Arbeiterfamilien mit Kindern, also die Masse der betroffenen Mietwohnhaushalte, schon 25 bis 30 Prozent ihres Lohnes für die Miete hinblättern. (zumindestens in den sog. Ballungsgebieten, Großstädten u.a.m. !)

Eine andere Zahl spiegelt die Realität da wesentlich konkreter wider: Die bis 1986 angepeilte Hebung des Mietniveaus um 30 Prozent bedeutet für die Mieter eine Mehrbelastung von 14,6 Milliarden Mark!

Darum: Lieber mehr Käse als mehr Miete.

(Zitate aus: Ifo-Schnelldienst 6/83).

Wohnungskommission

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; ☎: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00.
Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

Keiner schiebt uns weg! Die HDW-Belegschaft kämpft um's Überleben

Fortsetzung von Seite 1

+ Pauschale Kürzung aller Akkordvorgaben;
+ Streichung aller übertariflichen Lohnbestandteile;
+ Streichung aller Sozialleistungen wie Fahrgeld, Schichtzulagen, Mietzuschüsse usw. Auch Kranzspenden für verstorbene Mitarbeiter gibt's künftig nicht mehr;
+ Kündigung aller Betriebsvereinbarungen, die irgendwie Geld kosten;
+ Senkung des Krankenstands und Hebung er Anwesenheitsrate, auch der *„betrieblichen Einsatzzeit von nicht freigestellten Betriebsratsmitgliedern"*;
+ Rausschmiß vor allem von Behinderten und älteren Kollegen: *„Bei der Durchsetzung des sozialen Auswahlverfahrens muß verhindert werden, daß ein Aderlaß von leistungsstarken Mitarbeitern eintritt. Diese Gefahr besteht vor allem für das Werk Hamburg mit einem Anteil an Schwerbehinderten von 11% der Belegschaft und einem hohen durchschnittlichen Lebensalter von 43 Jahren"*. Die „Olympia-Reifen" Kollegen haben vielleicht eine Chance, noch bis zum endgültigen Ende zu bleiben.

Bis zur Betriebsversammlung am 23.3. sind die Kollegen einem täglichen Wechselbad durch die Presse ausgesetzt. Morgens um 7.45 Uhr füllt sich die Kantine bis auf den letzten Platz. Die Atmosphäre ist sehr gespannt. Der Vorstand hat die Presse und alle „Betriebsfremden" rigoros ausgesperrt und dem Betriebsrat massive Konsequenzen angedroht, wenn Werksfremde zugelassen würden. Der Betriebsrat seinerseits hat Bundesfinanzminister Stoltenberg (CDU) sowie den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Barschel als Vertreter der Anteilseigner eingeladen; sie hielten sich fern an diesem Tag, auch die Hamburger CDU-Prominenz sah hier wohl nichts zu gewinnen und ließ sich nicht blicken. Thomas Ebermann von der GAL-Bürgerschaftsfraktion hatte zunächst Schwierigkeiten, auf das Werftgelände zu kommen, der Werkschutz ließ ihn nicht durch. Erst die Vermittlung von Bürgermeister Dohnanyi verschaffte ihm Zutritt. Dohnanyi braucht indes nicht zu fürchten, daß Ebermann ihm erneut die Show stehlen würde wie auf der denkwürdigen Betriebsversammlung kurz vor der Bürgerschaftswahl im Dezember, als die IG Metall, um „Schlimmeres" zu verhüten, nämlich den geplanten Marsch der Belegschaft zum Rathaus, „die Politik auf

um „Schlimmeres" zu verhüten, nämlich den geplanten Marsch der Belegschaft zum Rathaus, „die Politik auf

die HDW" geholt hatte. Ebermann hatte sich als einziger von den Politikern voll hinter die Forderungen der HDW-Belegschaft gestellt und war nach anfänglicher Skepsis stürmisch gefeiert worden. Heute jedoch hatte er kein Rederecht, und Dohnanyi konnte seine Rolle als „Hoffnungsträger" voll ausspielen.

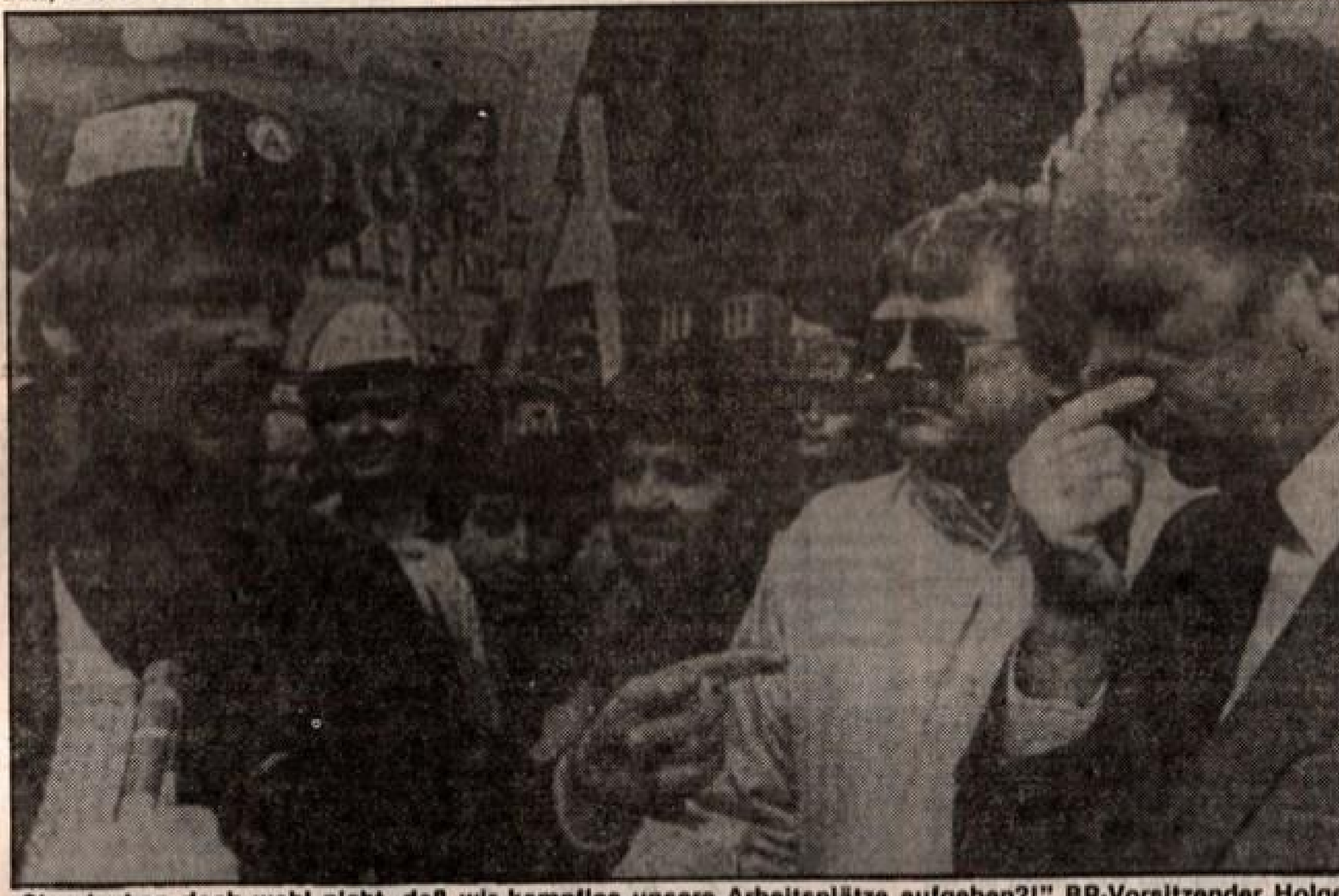
Die Versammlung nahm praktisch den ganzen Tag in Anspruch, wobei Klaus Ahlers nicht einen Blumentopf gewinnen konnte. Stürmischen Beifall erhielten hingegen Kollegen, die immer wieder das Schicksal der Werksteile Finkenwerder und Reiherstieg in Erinnerung riefen, die schon in den Jahren zuvor geschlossen worden waren. Großen Beifall erhielt auch der Leiter des IGM-Vertrauenskörpers der benachbarten Großwerft Blohm & Voss, der als „lebendes Solidaritätsschreiben" die Unterstützung „seiner" Werftarbeiter überbrachte. Scharf lehnte er den von der CDU ins Spiel gebrachten Gedanken an eine Fusion HDW-Blohm&Voss ab, da dies einen gewaltigen Rationalisierungsschub bedeuten würde, der weitere Arbeitplätze vernichten würde. Einen Höhepunkt bildete die Unterbrechung der Betriebsversammlung zur Mittagszeit. Die gesammte Mannschaft zog in einem eindrucksvollen Marsch ans Werktor, um dort die wartenden Reporter zu informieren.

Angesichts der breiten Geschlossenheit der Belegschaft sah sich die IG-Metall veranlaßt, für den folgenden Freitag zu einem Warnstreik ab Mittag aufzurufen. Am Montag den 28. März sollte im Aufsichtsrat die endgültige Entscheidung fallen, und die Belegschaft wollte noch einmal verdeutlichen, daß sie sich die Arbeitsplätze nicht kampflos nehmen lassen würde.

In dieser Stimmung endete dann auch die Betriebsversammlung. Nach Feierabend zog noch eine mehr als hundertköpfige Delegation zum Rathaus, wo auf Veranlassung der GAL der sog. Bürgerausschuß tagte, das Hamburger Notparlament. Die Sitzung brachte jedoch keinerlei Ergebnisse.

Ab Freitag mittag ruhte die Arbeit auf der gesamten Werft. Wieder versammelten sich alle Kollegen in der knallvollen Kantine. Neueste Informationen wurden weitergegeben, Grußadressen verlesen. Gäste waren gekommen, Liedermacher Hannes Wader, Delegationen aus den Metallbetrieben Still, Ortmann & Herbst, MAN, Blohm & Voss. Zuvor war man noch durch die Hallen gezogen, um auch den letzten Zögernden zum Mitmachen zu bewegen. Symbolisch war schließlich das Ahlers-Konzept am Werkstor verbrannt worden.

In der anschließenden Beratung wurden die weiteren Aussichten eingeschätzt. Es herrschte gute Hoffnung, daß das Konzept im Aufsichtsrat durchfallen könnte. Es hieß, der auf der Arbeitgeberbank sitzende ehemalige Hamburger Finanzsenator Steinert, würde, gemäß der Äußerungen des Senats, mit den Arbeitnehmervertretern



„Sie glauben doch wohl nicht, daß wir kampflos unsere Arbeitsplätze aufgeben?!" BR-Vorsitzender Holger

„Sie glauben doch wohl nicht, daß wir kampflos unsere Arbeitsplätze aufgeben?!" BR-Vorsitzender Holger Mahler geht mit dem HDW-Vorstand hart ins Gericht.

gegen das Konzept stimmen. Hoffnungen richteten sich auch auf den Vertreter der Leitenden Angestellten, der im Jahr zuvor schon einmal gegen ein Vorstandskonzept gestimmt hatte.

Diskutiert wurde über den weiteren Verlauf des Streiks. IGM-VK-Leiter Otto Kock versuchte zu bremsen: In Kiel sollte am Montag ab 10 Uhr ebenfalls für eine Stunde gestreikt werden; aus Gründen der Geschlossenheit sollten die Hamburger am Montag auch erst um zehn den Streik fortsetzen. Die Versammlung jedoch sah dies anders; die Kollegen wollten morgens die Arbeit gar nicht erst aufnehmen. Bei der Abstimmung sah sich Kock einem Wald von hochgestreckten Armen gegenüber und stimmte, nach einigem Zögern, gegen seinen eigenen Vorschlag: einstimmig! Für das Wochenende wurden dann noch Streikposten organisiert, sodaß am Samstag und Sonntag jeweils ab sechs Uhr früh rund siebzig Mann vor dem Werkstor standen, die wenig Mühe hatten, die wenigen Arbeitswilligen und einige angeheuerte Fremdfirmenleute davon zu überzeugen, daß sie doch besser nach Haus ins warme Bett fahren sollten. In diesen grauen, naßkalten Morgenstunden im Hamburger Hafen entstand auch das Kampflied der HDW-Arbeiter: „Keiner schiebt uns weg". Ein Kollege vom Verlagshaus Gruner & Jahr hatte eine Gitarre mitgebracht, und zur Melodie von „We shall not be moved" entstanden zügig Vers um Vers. Nach einer kurzen Besprechung der für den nächsten Tag anstehenden Aufgaben gingen die Kollegen am Sonntagmorgen um neun schließlich nach Hause.

Montags um halb acht wieder Streikversammlung in der Kantine. Bis zur Entscheidung des Aufsichtsrats, die für elf oder zwölf Uhr erwartet wurde, sollte der Streik fortgesetzt werden. Bei guter Stimmung gab es Informationen, Diskussion und auch Kritik. Wieso zahlt die Gewerkschaft keine Streikunterstützung? Durch die seit dem 1. Januar laufende Kurzarbeit, in einigen Bereichen bis zu 100%, hatten die meisten Kollegen schon schwere finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. IGM-Sekretär Peter Melzer fand wenig Verständnis für seine Erklärung, daß eine offizielle Unterstützung des Streiks nicht möglich sei, da ein Kampf um Arbeitsplätze ein politischer Streik sei und IGM haftbar gemacht werden würde.

Die Belegschaft übte ihr Lied ein, Hannes Wader erhielt viel Beifall für seine Lieder, ebenso wie der „Chor Hamburger Untertöne" mit alten und neuen Arbeiterliedern. Ein Kollege von der IG Druck und Papier zeigte einen Film, den er über einen früheren Arbeitskampf bei HDW gedreht hatte, leider beeinträchtigt durch den Tonausfall. Doch nicht der Tonausfall allein war es, der schließlich für aufkommende Unruhe sorgte.

Man wartete auf Nachricht aus Salzgitter, vom Aufsichtsrat. Die Entscheidung sollte doch längst gefallen sein. Zwar war klar, daß eine Ablehnung des Konzepts durch den Aufsichtsrat keine endgültige Rettung bedeutete; Klaus Ahlers hatte angekündigt, daß er in diesem Fall die Versammlung der Anteilseigner, also Bund und Schleswig-Holstein, einberufen würde. Und jedem war klar, wie diese Aufschwungspezialisten entscheiden würden. Aber man hätte doch einen psychologisch wichtigen Teilerfolg und auch etwas Zeit gewonnen. Nun aber verstrich die Zeit, es mußte etwas schiefgelaufen sein in Salzgitter. Was also tun?

Der Vorschlag kam auf, die Köhlbrandbrücke, eines von Hamburgs „Jahrhundertbauwerken", zu besetzen, vielleicht sogar die Hafenautobahn. Eine nervenzehrende Diskussion entwickelte sich. Versammlungsleiter Rasmus Söchtig von der VK-Leitung und IGM-Sekretär Melzer stemmten sich vehement gegen den Vorschlag. Melzer sah sich bereits im Gefängnis sitzen ... Vier Abstimmungen brachten keine eindeutigen Mehrheiten, und die Stimmung begann abzubröckeln. Kritik an der IGM wurde laut, Kollegen klagten über mangelnde Unterstützung durch ihre Gewerkschaft. Zuvor schon hatte Fritz Bettelhäuser, Betriebsratsvorsitzender der Werft „Bremer Vulkan", die IGM-Bezirksleitung angegriffen, weil diese sich geweigert hatte, für den Marsch Bremer Werftarbeiter auf Bonn wenige Wochen zuvor auch in anderen Städten die Werftarbeiter zu mobilisieren.

In dieser schwierigen Situation kam dann die Nachricht aus Salzgitter: Der Aufsichtsrat hat das Vorstandskonzept angenommen! Verzweiflung und eisige Wut breiteten sich aus. Unterbrechung der Versammlung um zwanzig Minuten: Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung berieten die neue Lage. Schließlich der Beschluß: Wir ziehen zum Nobelhotel Atlantic, um Ahlers bei seiner Pressekonferenz abzufangen. Eiligst wurde ein HADAG-Dampfer gechartert, die restlichen Kollegen sollten mit PKWs hinfahren.

Um 16 Uhr ein ungewohntes Bild an der Alster. Wo sonst Livrierte mit einer tiefen Verbeugung PS-starken Luxuslimousinen den Schlag aufreißen, stehen 500 wutentbrannte Werftarbeiter mit Sprechchören und Transparenten, viele noch im Blaumann. Sekretär Melzer wieselt herum, seine Hauptsorge ist, daß nur ja nicht die Straße blockiert wird.

Es riecht nach Aufruhr, eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei zieht auf. Schließlich erscheint Klaus Ahlers. „Mörder, Mörder!" schallt es ihm aus fünfhundert Kehlen entgegen. Abgeschirmt von Uniformierten verschwindet er eilig zur Pressekonferenz im Hotel, das zugleich sein Hamburger Wohnsitz ist.

Auch die IG Metall hatte zur Pressekonferenz im Atlantic geladen, und so kam es, daß noch jemand von den Kollegen in die Mangel genommen wurde. Frank Teichmüller von der Bezirksleitung der IGM bekam deutlich die Wut über die laue Unterstützung zu spüren. Hunderte Millionen für die Neue Heimat, aber nichts für die Werftarbeiter, hört er immer wieder. Auch daß die Hamburger Spitzenfunktionäre sich während der letzten „heißen" Kampftage nicht auf der Werft hatten blicken lassen, mußte Teichmüller jetzt büßen. Sein Appell an Einheit und Geschlossenheit konnte niemand überzeugen. *„Wer hat denn die 'Aktiven Metaller' ausgeschlossen? Ihr doch!"* bekam er zu hören. Deutlich angespielt wurde damit auf die Tatsache, daß die Gruppe „Aktive Metaller" um den jetzigen Betriebsratsvorsitzenden Holger Mahler bei der letzten Betriebsratswahl gegen die von der IG Metall unterstützte Clicque um den total firmenhörigen alten BR-Vorsitzenden Werner Peters einen klaren Sieg errungen hatte und dafür mit Ausschluß und Funktionsverbot bestraft worden war. Treffend unterschreibt das „Hamburger Abendblatt" ein Foto von dem bedrängten Frank Teichmüller mit den Worten: *„Der Arbeitskampf der Werftarbeiter droht zum Scharmützel auch gegen ihre Interessensvertreter zu werden. Sie trauen niemandem mehr"*.

Nach einigem Hin und Her wird Holger Mahler schließlich ins Hotel eingelassen und überbringt Ahlers die Mitteilung: Morgen 7.45 Uhr Betriebsversammlung. Sie sind eingeladen.

Anschließend nahm er an der Pressekonferenz der IGM teil, was bei den anwesenden Funtkionären nicht nur frohe Gesichter auslöste. Die Kollegen draußen zogen inzwischen zu einer kurzen Abschlußkundgebung zum Hauptbahnhof und beendeten dort ihre Aktion.

Als Klaus Ahlers am nächsten Morgen die Kantine betrat, empfingen ihn die versammelten Kollegen mit ihrem Kampflied. Sichtlich nervös, mußte er sich alle zwölf Strophen — so viele waren es inzwischen geworden — anhören. Noch in der Nacht zuvor hatte er, offenbar auf alles gefaßt, vom Werkschutz einen Fluchtweg auskundschaften lassen.

Die Fronten an diesem Morgen zeigten keine Bewegung. Ahlers verteidigte unter lautem Protest noch einmal sein Konzept, aber auch die Belegschaft stand weiter geschlossen zu ihrem Ziel: Dieses Konzept muß vom Tisch. Eine miese, hinderliche Rolle spielte allerdings wieder mal die „offizielle" IGM. Unter dem Druck der Arbeiter hatte Frank Teichmüller am Vorabend vor dem Atlantic zugesagt, 3.000 Brötchen zu organisieren sowie Schiffe, die die Kollegen mittags zu einer Demonstration in die Innenstadt bringen sollten. Nichts war organisiert. Auch ein IGM-Vorstandsmitglied aus Frankfurt, das Teichmüller zur Betriebsversammlung herbeischaffen sollte, war nicht aufgetaucht. Die HDWler waren mal wieder auf sich selbst gestellt. Dank der inzwischen eingespielten guten Zusammenarbeit zwischen den meisten führenden Funktionären der betrieblichen Kampforgane konnten diese Schwierigkeiten aber trotzdem überwunden werden, sodaß ca. 1.500 Kollegen zur Mittagszeit nahe dem Rathaus an der Bannmeile vorüberzogen, wo gerade der Senat tagte. Den Bürgern in der Mönckebergstraße riefen sie zu: „Hamburg an der Elbe Auen, laß dir nicht die Werften klauen!". Mit dieser Aktion fanden die Kampfmaßnahmen vorläufig ihren Abschluß. Bis zuletzt hat die Belegschaft ihre Geschlossenheit gewahrt, hat sich nicht von der Verzweiflung überwältigen lassen, hat sich selbst Mut gemacht, in nahezu aussichtsloser Situation nicht aufgegeben. Alle brauchen jetzt eine Atempause, auch eine Denkpause. Wer nicht sowieso Kurzarbeit hatte, nahm am Mittwoch und Donnerstag vor Ostern die Arbeit wieder auf; die Feiertagsbezahlung sollte der Firma nicht geschenkt werden, wo doch die Familieneinkommen durch Kurzarbeit und zwei unbezahlte Streiktage schon schwer genug belastet sind.

Noch ist eine Rettung nicht in Sicht. Und trotzdem war der Kampf nicht umsonst. Die Hartnäckigkeit hat den HDWlern in der Hamburger Bevölkerung große Achtung und Anteilnahme

Und trotzdem war der Kampf nicht umsonst. Die Hartnäckigkeit hat den HDWlern in der Hamburger Bevölkerung große Achtung und Anteilnahme

eingebracht, die nicht zuletzt in den 29.000 Unterschriften zum Ausdruck kommt, die innerhalb von zwei oder drei Tagen in den Betrieben und auf der Straße gesammelt wurden.

Ein wichtiger Fortschritt ist auch, daß die kämpferischen Funktionäre, die aus sehr unterschiedlichen Lagern kommen, in diesem Kampf weiter zusammengewachsen sind. Immerhin handelt es sich um Kollegen, die bei früheren innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen oftmals hart aufeinandergeprallt waren. Holger Mahler etwa, SPD-Mitglied mit gewissen GAL-Sympathien, aus der IG Metall ausgeschlossen, ebenso wie weitere „aktive Metaller"; Christian Matthiessen, BR-Mitglied und Kopf einer kleinen aber aktiven Gruppe der „RGO", seit Jahren aus der IGM ausgeschlossen; Mitglieder der DKP, die als Vertrauensleute und Mitglieder der VK-Leitung vollen Einsatz gezeigt haben. Und viele verantwortungsbewußte Gewerkschafter, die nicht nach Partei und Status gefragt haben, wenn es um die Sache ging. Unter dem Druck der Ereignisse mußten auch die Funktionäre mitziehen, die sonst seit dem Streit um den Ausschluß der „aktiven Metaller" keine Gelegenheit zur Anpinkelei ausgelassen hatten. Daß die „Aktiven" auch innerhalb der IG Metall weiter Punkte sammeln, wurde nicht zuletzt am Donnerstag vor Ostern deutlich, als die Arbeitnehmervertreter für den Aufsichtsrat neu zu wählen waren. Obwohl die „Aktiven" nur 19 Wahlmänner gegenüber 52 der IGM (HDW Hamburg und Kiel zusammen) stellten, wurden Holger Mahler und Jürgen Kühnle gewählt.

Ein Genosse der B + G-Kommission

Was geht die das an?

Volkszählung 83

Fortsetzung von vorheriger Seite

tel erhoben werden kann. Als Abfallprodukt der BTX-Kommunikation entstehen an diversen untereinander schaltbaren Speichern umfassende Persönlichkeitsprofile der BTX-Benutzer. Auf weitere Datensammlungen im Bereich öffentlicher Dienste sei nur in aller Kürze verwiesen:
- das Flensburger Verkehrszentralregister;
- die Schwarzfahrerdatei der Bundesbahn;
- das Platzbuchungs- und Verwaltungssystem bei Fluggesellschaften (das übrigens als eines der technisch ausgereiftesten Systeme überhaupt gilt);
- Hoteldateien;
- Zollfahndungsdateien.

Zu ergänzen sind noch die öffentlichen Versorgungsbetriebe wie Strom-, Gas-, Wasserlieferanten, die umfangreiche Kundendateien führen, die von seiten der Polizei schon in der Vergangenheit im Rahmen ihres sog. Rasterfahndungsprogramms wiederholt benutzt wurden.

Personal-Informations-Systeme in Beruf und Ausbildung (PESI)

In zunehmendem Maße gehen Betriebe, Behörden, Ausbildungsstätten dazu über, nicht nur Verwaltungsvereinfachung durch Computerisierung zu betreiben, sondern vor allem Leistung, Eignung und politische Haltung von Belegschaften oder Auszubildenden umfassend zu kontrollieren.
Für die Betriebs-Informations-Systeme ergeben sich nach Ansicht von Experten als Hauptgefahren:
- Die dauernde - fast perfekte - Kontrolle und Überwachung der Leistung und des persönlichen Verhaltens von Arbeitnehmern;
- die gezielte Auslese von Arbeitnehmern nach für Außenstehende undurchschaubaren Kriterien, wie z.B. lange zurückliegendes 'Fehlverhalten', politische Merkmale, Qualifikation;
- die Analyse von Persönlichkeitsstrukturen, wodurch qualitativ völlig neue Manipulationsmechanismen erschlossen werden;
- Die Langzeitüberwachung von Arbeitnehmern, weil Arbeitnehmerdaten jahre- oder sogar jahrzehntelang ge-

turen, wodurch qualitativ völlig neue Manipulationsmechanismen erschlossen werden;
- Die Langzeitüberwachung von Arbeitnehmern, weil Arbeitnehmerdaten jahre- oder sogar jahrzehntelang ge-speichert sind;
- der Abbau von Freiräumen der Arbeitnehmer bei der Einteilung und Gestaltung der Arbeit, erhöhter Leistungsdruck und Disziplinierung.

Weitergabe solcher Daten erfolgt offiziell u.a. an Versicherungsträger (Berufsgenossenschaften, Krankenkasse und Rentenversicherung), an Behörden (Amt für Ausbildungsförderung, Arbeitsamt, Aufsichtsbehörde, Bundesinstitut für Berufsbildung, Finanzamt, Gewerbeaufsichtsamt und Gesundheitsamt) und an Körperschaften des öffentlichen Rechts (Industrie- und Handelskammer, Handelwerkskammer und Landwirtschaftskammer). Inoffiziell werden die Daten nachweislich als moderne Form „schwarzer Listen" an andere Betriebe und an „Sicherheitsorgane" weitergegeben; umgekehrt werden von dort Daten übernommen. Ausführliche Angaben bekommt auch das Arbeitsamt, wo sie ins „Computergestützte Arbeitsvermittlungssystem" wandern.

Im außerbetrieblichen Ausbildungsbereich (Schule, Hochschule) sind solche Systeme noch nicht so weit entwickelt. Personenbezogene Datenerhebungen erfolgen allerdings bereits im Kindergarten, desweiteren durch die gesamte Schule im Rahmen von Vorsorgeuntersuchungen der Gesundheitsämter und Erhebungen von pädagogischen Entwicklungsdaten sowohl über Schüler als auch deren Familienangehörige. Interessanterweise enthalten die Schulgesetze der Länder keinerlei datenschutzrechtliche Bestimmungen. Universitäten speichern persönliche Daten bei Studienplatzvergabe, Prüfungen und Examina und geben die Daten auch „zu statistischen Zwecken" weiter.

Sozialdaten-Bank

Die zweite wichtigste Säule für die Verdatung der Republik neben dem allgemeinen Meldewesen ist das soziale Meldewese der Gesundheits- und Sozialfürsorge. Wer immer ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis eingeht, nimmt damit automatisch an einem Meldeverfahren teil, in dem seine/ihre Daten zum einen nach der sog. Datenerfassungsverordnung erfaßt, zum andern nach der sog. Datenübermittlungsverordnung weitergeleitet werden. Zweck des Unternehmens ist, die Träger der Gesundheits- und Sozialfürsorge mit den für ihre Aufgaben benötigten Daten zu versorgen. Das betrifft die Krankenversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung.

Zentrale Stellung in diesem Meldeverfahren haben die Krankenkassen, die aus den ihnen zur Verfügung stehenden umfangreichen Personal- und Sozialdaten über ihre Mitglieder eine regelmäßig automatisch geführte Mitgliederbestandsdatei aufbauen, die ihrerseits Daten weiterleitet an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) in West-Berlin oder an die Datenstelle der Deutschen Rentenversicherung (DSRV). Dort, bei der DSRV, wird eine „Stammsatzdatei" für sämtliche vergebenen Versicherungsnummern aller Versicherungsträger (einschließlich der Angestellten) geführt. Die Würzburger Datenstelle der DSRV führt ca. 75 Mio. Personendatensätze, die BfA ca. 30 Mio.

Was da an Datenqualität, Ausführlichkeit, Intimität und Kontinuität bezüglich jedes/r Einzelnen vorliegt, mag man daran messen, daß sämtliche Daten aus Versicherungsabschluß, Arbeitsverhältnis, Familienverhältnisse, Krankenschein bei hausärztlicher Behandlung, Krankenhausaufenthalte, Rezepte u.a.m. auf diesem Wege zentral erfaßt, ausgewertet und gespeichert werden.

Die Sozialdaten-Bank umfaßt die Bundesanstalt für Arbeit, die Rentenversicherungsträger, Krankenkassen, Kassenärztliche und Kassenzahnärztliche Vereinigungen, Unfallversicherung, Landesversorgungsämter sowie Gewerbeaufsichtsämter. Auch aus den Betrieben fließt ein fetter Datenstrom an die Kassen und von diesen an die Rentenversicherungsträger und die Bundesanstalt für Arbeit. Die zuständi-

rung, Landesversorgungsämter sowie Gewerbeaufsichtsämter. Auch aus den Betrieben fließt ein fetter Datenstrom an die Kassen und von diesen an die Rentenversicherungsträger und die Bundesanstalt für Arbeit. Die zuständi-gen Rentenversicherungsträger richten für jede/n Versicherte/n ein individuelles Konto ein, für das alle relevanten Daten gespeichert werden.

Planungen gehen dahin, diese Sozialdatenbank ihrerseits zu einem Bestandteil eines umfassenderen Bundessystems zu machen, an das noch eine Verkehrsdatenbank, ein Juristisches Informationssystem, eine statistische Datenbank und ein Dokumentationssystem des Deutschen Bundestages angeschlossen werden sollen. Bleibt hier nur noch anzumerken: beim gegenwärtigen Stand der Rechtsprechung haben bundesdeutsche Parlamentarier keinen Zugang zu den als verwaltungsintern geltenden Daten der Sozialdaten-Bank, d.h. die Exekutive ist an diesem Punkt nicht öffentlich kontrollierbar. In seinem 2. Tätigkeitsbericht warnte der Bundesdatenschutz-Beauftragte Bull denn auch davor, soziale Segnungen dürfte nicht „zu einem Instrumentarium sozialer Kontrolle, Gängelung und Bevormundung denaturiert" werden - was für das „System der sozialen Sicherung" zu befürchten sei.

Um die Qualität der dort gespeicherten Daten zu beleuchten, sei von den x möglichen Beispielen eins herausgegriffen: Das Gesundheitsamt führt Dateien über - Lebensläufe von Ärzten - schulpflichtige Kinder - in Lebensmittelbetrieben tätige Personen - an Infektionskrankheiten Erkrankte - wegen Drogenabhängigkeit Verurteilte - Geschlechtskranke - Prostituierte - Behinderte - Schwangere - Impfungen - Tauglichkeitszeugnisse für bestimmte Berufe (Taxifahrer, Kraftfahrer, Sozialarbeiter) - Gesundheitszeugnisse - sonstige Stellungnahmen zu Gesundheits- und Geisteszustand... wie gesagt: das ist e i n e Datei.

Die Weitergabe der Daten erfolgt wie üblich personenbezogen., vielfach sogar familienbezogen, d.h. die jeweiligen Namen von Familienangehörigen im weiteren Umkreis sind gleich miterfaßt: Mißbrauch ist selbstverständlich ausgeschlossen...

Kommerzielle Datenpools

Die "Schufa", eine der größten Kreditschutzorganisationen, ist vermutlich die umfangreichste private Datei: Sie speichert heute 24 Millionen Bundesbürger, das ist rund ein Drittel, mit allen für ihre Kreditwürdigkeit relevanten Daten — vom Konto bis zum finanziell potenten Verwandten: ein perfekter Lebenslauf aus der Sicht der Banken. Eintragungen bei der "Schufa" erfolgen automatisch und ohne Kenntnis des Betroffenen. Abnehmer der Daten sind alle bundesdeutschen Geldinstitute, die Industrie, Handel und Banken — und die Polizei (aber dazu kommen wir später!).
Die "Schufa" ist nur eins von vergleichbaren Unternehmen, die als private Sicherheits-, Interessen- und Schutzverbände umfassende Datensammlungen anlegen und gegen Bezahlung zur Verfügung stellen. Andere heißen AVAD (Auskunftsstelle für den Versicherungsaußendienst), ARAG (Rechtsschutzversicherung), andere gehen schon dierekt in den Bereich privater Sicherungsunternehmen über. Der Bereich ist unüberschaubar; deswegen sei auf Einzelheiten verzichtet. Entscheidend ist allerdings: auch diese Pools sind — z.T. auf krummen, z.T. einfach auf kommerziellen Wegen durch Datenverkauf — an die allgemeinen Datennetze angeschlossen.

"Sicherheitsapparat"

Will man dem allgemeinen Sprachgebrauch und den Rechtskonstruktionen der fdGO folgen, so sind die bis hierher skizzierten Datenpools und die der "Sicherheitsorgane" strikt getrennt. Als solche gesonderten Datensysteme gelten das polizeiliche INPOL (Informationssystem der Polizei) mit 10 Mio. offiziell zugegebener Personendatensätze, NADIS ("Nachrichtendienstliche Datensammlung") der Geheimdienste VS, MAD und BND mit einer höchstwahrscheinlich noch höheren Anzahl gespeicherter Personendatensätze.

INPOL verkoppelt unmittelbar das BKA, die LKAs, Polizeidienststellen (auch ausländische) der Länder, Grenzschutzdirektionen des BGS, das Zollkriminalinstitut und die Bundesstaatsanwaltschaft. INPOL besteht aus acht Unterdateien:
— Zentraler Personenindex(ZPI), enthält alle überregionalen Straftäter; 2 Mio. Daten. Die Speicherung führt faktisch zu einem polizeilichen Superkennzeichen, das wie ein Universalschlüssel alle Polizei-(und anderen)Daten erschließt;
— Diebstahlsdatei;
— Haftdatei;
— Straftaten/Straftäter-Datei(SSD);
— Daktyloskopie (2,1 Mio. Fingerabdrücke elektronisch gespeichert), ergänzt durch digitalisierte Fotografien, Sonogramme, Graphologie — sowie — im zweiten Zugriff — für längere Suchaufträge das 'Archiv'...
— PIOS (Personen, Institutionen, Objekte und Sachen), eine Spezialdatei, die auf Aktenfunde und 'Vorgänge' außerhalb der bisherigen polizeilichen Speicher verweist, dient wesentlich der "vorbeugenden Verbrechensbekämpfung" im Drogen- und Terrorismusbereich.
— Spezialdateien für Einzeldelikte (inoffiziell auch Sonderdateien wie z.B. "Zigeunerdatei" u.a.);
— Personenfahndung (Haftbefehle, Aufenthaltsgenehmigung, Ausländer); in der Öffentlichkeit besonders bekannt geworden: PISA (personenbezogene Informationssammlung vor allem der sog. 'Beobachtenden Fahndung') und LISA (der länderbezogenen Informationssammlung), die Auslandsstraftaten sammelt.

In den NADIS-Speichern des MAD, VS, BND werden alle "Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung" gesammelt. Gespeichert werden z.B. alle Betriebsräte, sowie alle, die sich zur Betreibsratswahl gestellt haben, ob gewählt oder nicht. Meldepflichtig und an NADIS anschließbar sind alle Behörden und Gerichte der Bundesländer, die Gemeinden, Landkreise und sonstigen, landesrechtlicher Aufsicht unterstehenden juristischen Personen öffentlichen Rechts: Schulen, Universitäten, Handwerksinnungen, Handelskammern, Finanzämter und Kirchen; weitere Datenzentralen an den Hochschulen, die Individualdaten der Länder für den Schulbereich mit Angaben über Lehrer und Schüler, Speicherung von Zeugnis-Noten und Psycho-Tests und in Hamburg und Nordrhein-Westfalen auch die schuleigenen Datenspeicher, die im übrigen auch Daten an Wehrersatzämter und Gesundheitsämter liefern.

Zwischen INPOL und NADIS gibt es keinen offiziellen (on-line) Verbund; dafür speichert aber die Abteilung Staatsschutz des BKA (in PIOS) und BfV in NADIS mit wechselseitigem Zugriff auf den Bestand; Zugriff besteht auch wechselweise über die entsprechenden Länderanschlüsse. Damit ist die Trennung von Polizei und Geheimdienst auf der Ebene des Datenverbunds aufgehoben.

Rasterfahndung

Aber auch die — angebliche — Trennung zwischen "sicherheitsrelevanten" und anderen allgemeinen Datenerhebungen ist schon lange nur noch ein demokratisches Märchen, an dessen weitgehender Beseitigung außerdem kräftig gearbeitet wird. 1978 wurde durch Proteste von Betroffenen (sowohl potentieller Datenlieferanten als auch geschädigter Einzelpersonen) in der Öffentlichkeit die vom BKA im Rahmen der Terrorismus-Jagd eingeführte sog. Rasterfahndung bekannt, mit der das BKA schleppnetzartig die vorhandenen Datenpoole durchkämmte. Gesucht wurde dabei nicht wie zuvor nach Verdächtigen, sondern generell nach Personen, die von der statistischen Norm abweichen oder einem bestimmten polizeilichen Merkmal entsprechen, wie beispielsweise alle, die ihr Telefon nicht selbst einzahlen, oder alle 20 bis 25jährigen, die während der Schleyer-Entführung mit dem Zug nach Paris fuhren.

Die Programme sind im Einzelnen so vielfältig wie die Vielfalt der in der BRD entwickelten Datenpools: von den Daten der Sozialdaten-Bank bis hin zu denen der Personal-Informationssysteme oder der "Schufa" ist für die Rasterfahndung alles verwertbar und wird verwertet. Die jeweiligen Daten verschaffte sich das BKA offenbar jahrelang still und heimlich, nach Protesten 1978 dann auch per gerichtlichem Zwang. Allen Protesten zum Trotz wird auch heute Rasterfahndung betrieben. Die Ausbeutung des allgemeinen Datennetzes im Fahndungs- und Observations-Interesse der "Sicherheits-Organe" und der Ausbau der technischen Zentralisierung mit Blick auf Anschluß der allgemeinen Datenbanken an INPOL und NADIS schreitet voran: So umfaßt die neueste Konzeption für den INPOL-Ausbau (und damit auch für NADIS):
— den Aufbau eines zentralen Kriminalaktennachweises(KAN), der alle Vorgänge in Bund und Ländern erfaßt, zu denen eine kriminalpolizeiliche Akte angelegt wird und
— die Errichtung eines Teilverbunds mit den Auskunftssystemen des Bundeszentralregisters, des Ausländerzentralregisters und des Kraftfahrt-Bundesamtes.

Die eingangs erwähnte Einführung eines Stammdatensatzes in zentralen Ländermelderegistern soll den Zugriff auf das Netz aller vorhandenen Daten endgültig zu einer "Sicherheits"-Routine machen. Dieser Prozeß ist voll im Gange. Die Volkszählung bringt es nur erneut an den Tag.

F., Antifa-Kommission Hamburg

Verwendete Literatur

1) Streckenweise zitiert aus:
Frank A. Koch, Bürgerhandbuch Datenschutz, rororo aktuell 4837
2) Gerd E. Hoffmann, Erfaßt, registriert, verdatet, Fischer tb 4212
3) Jürgen Simon/Jürgen Taeger, Rasterfahndung, Nomos Paperback 11
4) Antifaschistische Russell-Reihe 5, Nach Schleyer: 'Sonderkommandos' in der BRD — zügiger Ausbau der neuen GeStaPo
5) ÖDV/Online 3/82 und 8/82

„Für Sie gelesen"

Anzeige
4) Antifaschistische Russell-Reihe 5, Nach Schleyer: 'Sonderkommandos' in der BRD — zügiger Ausbau der neuen GeStaPo
5) ÖDV/Online 3/82 und 8/82

„Für Sie gelesen"

Im Wortlaut:

FR

Bemerkenswerte Quelle

Bei seinem Versuch, die Zahl der bei Polizeieinsätzen von Polizisten erschossenen Bürger im gesamten Bundesgebiet zu erfahren, wurde dem SPD-Bundestagsabgeordneten Thomas Schröer vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages eine Dokumentation des Kommunistischen Bundes (nicht des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, wie Schröer selbst fälschlich schreibt) an die Hand gegeben, weil die offiziellen Zahlen bei der Polizei-Führungsakademie in Münster — weil streng vertraulich — nicht zugänglich sind. Hier der Schriftwechsel des Abgeordneten, der mit einer Bitte an den Wissenschaftlichen Dienst beginnt:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte Sie sehr herzlich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Todesfälle hat es seit 1970 bei Polizeieinsätzen auf seiten der Polizisten gegeben?

2. Wie viele Täter konnten ermittelt beziehungsweise gefaßt werden?

3. Wie hoch ist die durchschnittliche Strafe, mit der solche Täter belegt wurden?

4. Wie viele Zivilpersonen sind in demselben Zeitraum von Polizisten getötet worden?

5. Wie hoch ist hier die Aufklärungsquote?

6. Wie hoch ist die durchschnittliche Strafe, mit der solche Polizisten belegt wurden?

Darauf antwortete der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages dem Abgeordneten:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, zu Ihrer Anfrage vom 10. 12. 1982 konnte ich leider lediglich durch das Bundeskriminalamt Wiesbaden die Zahlen von vorsätzlich getöteten Polizeivollzugsbeamten in den Jahren von 1972 — 1981 in Erfahrung bringen. Das Schreiben des Bundeskriminalamtes füge ich als Anlage 1 bei.

Lediglich zu Frage 4 kann noch auf die Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse „Jeder kann der nächste sein" — Anti-faschistische Russell-Reihe 4 — der Antifaschismus-Kommission des Kommunistischen Bundes verwiesen werden. Dieses Buch wurde bereits auf Ihren Namen bei der Bibliothek entliehen und ist als Anlage 2 beigefügt.

Die Polizei-Führungsakademie, 4400 Münster (Zum roten Berge 18 bis 24, Tel. 02501 / 1221) verfügt über streng vertrauliche Materialien über die Todesfälle von Zivilisten durch Schußwaffengebrauch der Polizei seit 1976 und über die im Einsatz getöteten Polizisten seit 1961. Gegebenenfalls besteht für Sie die Möglichkeit, daß Ihnen der Präsident der Polizei-Führungsakademie diese Statistiken zugänglich macht. Dazu müßten Sie versichern können, diese Information ausschließlich zur eigenen Information zu verwerten und müßten auch den Zweck Ihrer Erhebung angeben.

Die Auskunft des Bundeskriminalamtes hatte folgenden Wortlaut:

Sehr geehrte Frau Eckert,

Ihre Anfrage kann leider nur unvollständig beantwortet werden. Das Bundeskriminalamt erhält erst seit 1972 aus den Ländern Meldungen über vorsätzliche Tötungen von Polizeivollzugsbeamten.

In den nun vorliegenden zehn Berichtsjahren (1972 bis 1981 einschließlich) wurden insgesamt 51 Polizeivollzugsbeamte vorsätzlich getötet, wobei 39 Beamte erschossen, 4 Beamte erstochen und 8 Beamte durch andere Tatmittel ums Leben kamen. Auf die einzelnen Jahre verteilten sich die Todesfälle wie folgt: 1972: 16; 1973: 1; 1974: 6; 1975: 7; 1976: 1; 1977: 5; 1978: 4; 1979: 4; 1980: 3; 1981: 4.

Daraufhin richtete der Abgeordnete dieselben Fragen als schriftliche Anfrage an die Bundesregierung:

1. Wie viel Todesfälle hat es seit 1970 bei Polizeieinsätzen auf seiten der Polizisten gegeben?

2. Wie viele Täter konnten ermittelt bzw. gefaßt werden?

3. Wie viele Zivilpersonen sind in demselben Zeitraum bei Polizeieinsätzen von Polizisten getötet worden?

4. In wie vielen dieser Fälle hat es eine strafrechtliche Verfolgung von Polizisten gegeben?

Darauf antwortete dem Abgeordneten Bundestagspräsident Richard Stücklen (CSU):

Sehr geehrter Herr Kollege Schröder,

Ihre Fragen vom 1 Februar 1983 kann ich leider nicht zulassen, weil sie nicht den Voraussetzungen der Nr. 2 Abs. 1 der Richtlinien für die schriftlichen Einzelfragen (Anlage 4 GO) entsprechen.

Die Fragen haben keinen Bezug zum Verantwortungsbereich der Bundesregierung.

Nun wandte sich Schröder direkt an Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU):

Sehr geehrter Herr Minister,

ich habe bereits im Dezember 1982 den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages um die Beantwortung der Fragen gebeten, wie viele Todesfälle es seit 1970 bei Polizeieinsätzen auf seiten der Polizisten gegeben habe beziehungsweise wie viele Zivilpersonen in demselben Zeitraum von Polizisten getötet wurden. Die erste Frage wurde vom Wissenschaftlichen Dienst umfassend beantwortet; zur zweiten wurde festgestellt, daß es sich hierbei um „streng vertrauliche" Zahlen handle, die mir nicht zugänglich gemacht werden können. Freundlicherweise wurde ich allerdings auf eine Dokumentation über polizeiliche Todesschüsse des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland" verwiesen.

Gleichlautende schriftliche Anfragen, die ich daraufhin an die Bundesregierung richtete, wurden vom Präsidenten des Deutschen Bundestages nicht zugelassen.

Ich halte es für bemerkenswert, daß die einzige Quelle, aus der ein Bürger — und sei er Abgeordneter des Deutschen Bundestages — sich über Todesfolgen bei Polizeieinsätzen informieren kann, ausgerechnet eine „tendenziöse Veröffentlichung des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland" ist. Dies erscheint mir nicht erträglich.

Ich nehme deshalb die Tötung des 14jährigen Jürgen Bergbauer durch einen bayrischen Polizeibeamten erneut zum Anlaß, Sie zu bitten, die Zahl der seit 1970 im Bundesgebiet bei Polizeieinsätzen getöteten Zivilpersonen zu veröffentlichen.

Ich habe großes Verständnis für das Schutzbedürfnis der Sicherheitsorgane. Höherrangig erscheint mir aber das Interesse der Öffentlichkeit, vorbehaltlos über den Schußwaffengebrauch der Polizei informiert zu werden. Nur die Offenlegung dieser Fakten ermöglicht eine kritische öffentliche Diskussion, zum Beispiel auch über Art und Umfang polizeilicher Bewaffnung. Die Polizei hat sich — wie jede andere staatliche Institution oder Behörde in unserem demokratischen Rechtsstaat auch — dieser öffentlichen Diskussion zu stellen. Das Verschweigen oder Unterdrücken wesentlicher Fakten beeinträchtigt die Rationalität dieser Diskussion; es fördert im Gegenteil emotionale Reaktionen in der Bevölkerung. Hieran kann der Polizei selbst nicht gelegen sein.

FR 11.3.h



Betrifft: Volkszählung

Fakten zur Verdatung der Republik

Thesen zur Volkszählung 1983
These 7

Die Volkszählung '83 ist also keineswegs der entscheidend neue Schritt in der Verdatung und Kontrolle der Republik: Vorhandene Datenpools des allgemeinen massenstatistischen Bereichs, aber auch politische und Minoritäten-Sonderkarteien, bieten bereits wesentlich umfassendere und detailliertere Erhebungen, als die VZ erbringen wird: Wahlanalysen, Kriminalitätsstatistiken, Altersschichtungen, Konsumanalysen, Krankheitsstatistiken u.a.m. bis hin zu den Datenpools der öffentlichen Versorgungseinrichtungen, der Banken, der Post u.a. privater und öffentlicher Systeme zeichnen ein sehr exaktes Bild einzelner Menschen und ganzer Gruppen der Bevölkerung - umfassende Milieustudien und Sonderdateien darüberhinaus ein noch genaueres Profil des Widerstandspotentials. **(aus AK 231)**

Der technische Stand der Verdatung und der Grad der Vernetzung der verschiedenen Systeme miteinander ist gegenwärtig unüberschaubar. Selbst Experten der Branche, wie Informationswissenschaftler und Datenschützer können nur annähernde Übersichten über den Stand dieser Entwicklung geben. Das gilt sowohl für die allgemeine Verdatung als auch für das Überwachungsintrumentarium der sog. Sicherheitsbehörden. Der Grund liegt zum einen in einer allgemeinen Unübersichtlichkeit des technischen Entwicklungsprozesses, der in den letzten Jahren explosionsartig erfolgte und der über neue Techniken wie z.B. Mikroprozessoren immer noch neu entfacht und in unkontrollierbarer Bewegung gehalten wird; zum anderen darin, daß die Öffentlichkeit selbst da, wo es möglich wäre, unzureichend bis gar nicht oder sogar falsch informiert wird, was insbesondere die Techniken des sog. Sicherheitsbereichs betrifft. Beispielsweise wurde die inzwischen berüchtigte Methode der Rasterfahndung im Rahmen der sog. Beobachtenden Fahndung (Befa) des BKA erst 1978 durch Klagen Betroffener bekannt, nachdem zuvor bereits jahrelang im Geheimen nach dieser Methode verfahren worden war. Die Datenschutzgesetzgebung hinkt hoffnungslos hinter der technischen Realität und den üblichen Praktiken der Datenbeschaffung und -verwertung hinterher, sofern sie nicht sogar ausdrücklich staatliche Datenschnüffelei vor den Bürgern schützt - statt umgekehrt. Überdies besteht in der Öffentlichkeit, selbst wo es möglich wäre, kaum ein Bewußtsein über den allgemeinen Stand der erreichten Verdatung und wenn, dann häufig nur in Form diffuser Ängste. In diesem Zusammenhang gesehen ist die VZ nicht einmal die Spitze eines Eisberges, sondern für ihre Betreiber lediglich eine günstige Gelegenheit, die ohnehin praktizierte Volksaushorchung und -verdatung juristisch und ideologisch zu legitimieren und auf technischem, bzw. administrativem Gebiet den Prozeß der Vernetzung zu perfektionieren. Für Linke und demokratische Gegner der VZ ist die VZ ein guter Anlaß, sich die bitter nötigen Kenntnisse über den Prozeß der Verdatung und die damit - auf kaltem Wege - verbundene Totalisierung des Staates zu beschaffen und diese Kenntnisse zu verbreiten - auch über die aktuelle VZ hinaus -, wenn ein Kampf gegen diese Entwicklung überhaupt einen Sinn haben soll. Ohne Fachveröffentlichungen Konkurrenz machen zu können, ohne Anspruch auf Vollständigkeit und unter Verzicht auf viele - notwendige - Details soll die folgende systematisierte Übersicht über vorhandene Datenpools und Vernetzungssysteme einen Arbeitsansatz liefern.

digkeit und unter Verzicht auf viele - notwendige - Details soll die folgende systematisierte Übersicht über vorhandene Datenpools und Vernetzungssysteme einen Arbeitsansatz liefern.











Allgemeines Meldewesen

Herzstück ist das Einwohnermeldewesen mit seinen kommunal gegliederten Meldebüros, in dem alle Bewohner der BRD nach Alter, Geschlecht, Name, Wohnort, Beruf, Familienstand, Religionszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit registriert sind. Die Daten sind nach Familienverbänden zusammengestellt, die Meldeämter aktualisieren die Daten ständig, wenn sie von Änderungen entweder durch eigene Angaben der Betroffenen oder durch Mitteilung anderer Behörden, z.B. der Standesämter, der Staatsangehörigkeitsbehörden, der Paßämter Kenntnis erhalten. Mitteilungspflichten bestehen an: das statistische Landesamt, das Standesamt, das Kreiswehrersatzamt, an Religionsgemeinschaften, die Ausländerbehörde, die örtliche Polizei. Da die Meldebehörden die einzigen Verwaltungsstellen sind, die Informationen über jede/n Bürger/in besitzen, erledigen sie auch einige Aufgaben, bei denen es wesentlich auf die Vollständigkeit personenbezogener Daten ankommt. So stellen sie z.B. Lohnsteuerkarten aus, fertigen die Wahlbenachrichtigungen und Wählerlisten und erfassen die Wehrpflichtigen. Sie erteilen auch Auskünfte an Adreßbuchherausgeber — sofern die Betroffenen nicht widersprochen haben.

Seit '68 ist eine umfassende Zentralisierung und Computerisierung des Meldewesens im Gange. Inzwischen ist die früher übliche karteimäßige Erfassung weitgehend durch Datenbänke ersetzt. Die föderal unterschiedlichen Meldegesetze wurden 1980 durch das sog. Melderechtsrahmengesetz abgelöst, mit dem die ,Unübersichtlichkeit' der früheren Meldeverfahren abgelöst und die Daten bundeseinheitlich verfügbar gemacht werden sollen. In den meisten Bundesländern sind die entsprechenden Landesfassungen des Gesetzes inzwischen verabschiedet; lediglich Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen stehen noch aus. Die Novellierung brachte z.T. erhebliche Verschärfungen der Bestimmungen mit sich. Beispielhaft sei das noch im Entwurf befindliche niedersächsische erwähnt, in dem neben besonderen Meldepflichten für Krankenhäuser und Hotels auch Einsichtsrechte für Polizei und VS und Übermittlung der Daten an behördliche und private Stellen festgeschrieben werden sollen.

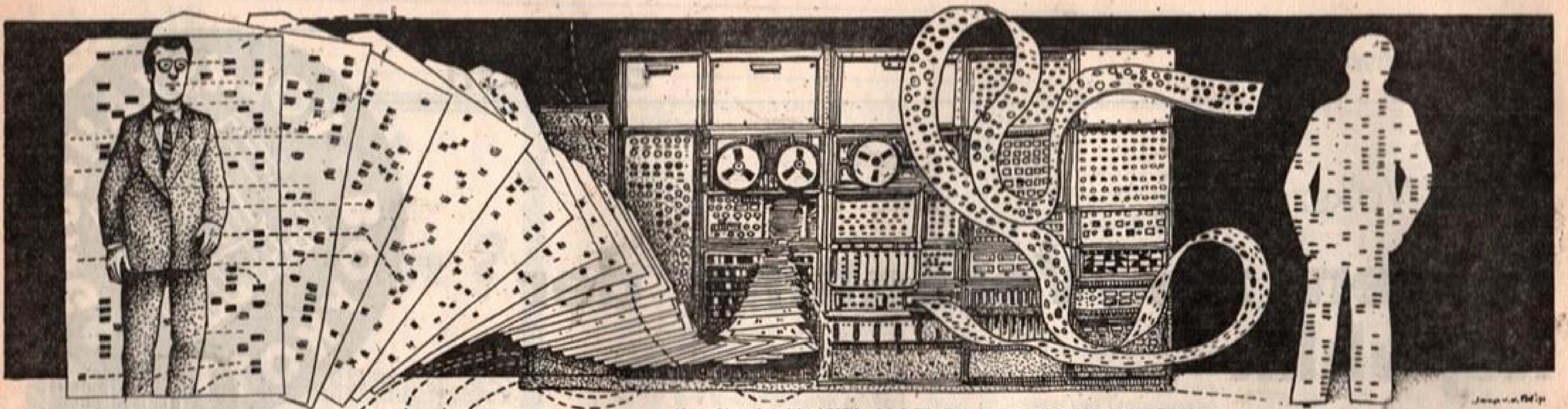
Kernpunkt der Reform des Meldewesens ist die Einführung von zentralen Einwohner-Daten-Banken der Länder, von wo über einen sog. Daten-Stammsatz sämtlicher Einwohner/innen jederzeit der Zugriff auf alle eine Person betreffende Daten in jedem Bundesland und jeder Gemeinde der BRD, sowie auf andere Datenbänke möglich werden soll. Die technische Entwicklung dieses Systems wird als Gemeinschaftsversuch der Länder ausgerechnet in Stuttgart als Pilotprojekt seit 1980 in der Praxis erprobt (Landespolizeipräsident Stümper läßt grüßen!). Im Zusammenhang mit der Neuordnung des Meldewesens war zunächst an die Einführung eines computerlesbaren Personen-Kennzeichen gedacht — was sinnigerweise auch noch als „PKZ" abgekürzt wurde. Proteste gegen die Kennzeichnung als „PKZ" sowie gegen die Einführung der Kenn-Nr. selbst führten zu der Modifikation, nach der nun spätestens 1984/85 der sog. fälschungssichere Personalausweis eingeführt werden soll — was ja wohl faktisch auf dasselbe hinausläuft, nämlich eine computerlesbare Stammnr. als Grunddatum für die Stamm-Register der Einwohnerzentralstellen.

Im Bereich des allgemeinen Meldewesens werden außerdem u.a. folgende Dateien geführt und abgeglichen:
— das automatisierte Familienbuch einschließlich ehelicher, unehelicher oder angenommener Kinder;
— die Kindergeldnummer bei der Bundesanstalt für Arbeit;
— die Religionszugehörigkeit;
— das Personalführungs- und Informationssystem der Bundeswehr mit Daten aller aktiven Soldaten, das Wehrersatz-Informationssystem mit Daten aller Wehrpflichtigen, angefangen bei Schul- und Berufsschulausbildung. Für anerkannte Kriegsdienstverweigerer werden Personaldaten an das Bundesamt für den Zivildienst übermittelt;
— in zentralen Dateien des Bundesverwaltungsamts in Köln wird jede/r nach seiner Staatsangehörigkeit gespeichert;
- darüberhinaus existiert dort gesondert das Ausländerzentralregister (AZR), das neben sämtlichen Zivilbehörden auch mit Justiz- und Polizeibehörden sowie den Ausländerbehörden abgeglichen wird. (Man erinnert sich an dieser Stelle des jüngsten ,Skandals', als deutlich wurde, daß der BND unkontrollierten Zugriff zu diesen Dateien hat).
- die statistischen Bundes- und Landesämter, deren Produkte die Bundesbürger immer wieder als Wahl-, Reise-, Wohn-, Sexual- oder sonstwelche Verhaltensanalysen beglücken. Hierin gehört auch die turnusmäßige für alle zehn Jahre festgelegte Volkszählung. Dabei können sich die Statistiker in der Regel auf eine ihnen gegenüber bestehende Auskunftspflicht berufen, sichern aber gleichzeitig Geheimhaltung zu - d.h. Einzelangaben zu persönlichen und sachlichen Verhältnissen von Betroffenen dürfen nur von ,auskunftsberechtigten Stellen' verwendet werden... (siehe auch aktuelles Volkszählungsgesetz von 1980).

Kommunikation, Verkehr, öffentliche Dienste

Weitere jederzeit abrufbare Daten sammeln sich bei den Trägern öffentlicher Dienste, im Verkehrs- und Kommunikationsbereich. Im Einzelnen: Postämter speichern Daten über Empfänger von Postsendungen; Fernmeldeämter und Postscheckämter Daten über Teilnehmer an ihren Diensten. Rundfunk und Fernsehen regeln den Gebühreneinzug über eine Gebühreneinzugszentrale. Über diesen Weg können schon jetzt bekanntlich z.B. für BKA-Fahndungen interessante Daten über Einzelne und Gruppen gewonnen werden. Mit Einführung der seit Herbst 1980 in Erprobung befindlichen Bildschirm-Text-Kommunikation (BTX), in der Haushalte über Video direkt an verschiedene Datensysteme und untereinander gekoppelt werden können, weitet sich der Datenanfall erheblich aus; erst recht, wenn im Zuge der geplanten Glasfaser-Verkabelung BTX zum allgemeinen Kommunikationsmit-

Fortsetzung nächste Seite



(Aus Handelsblad-NRL, 26.6.71, Zeichnung: Jaap van der Pool

„Hitler nummerierte die Menschen auch!"

Volkszählung in den Niederlanden 1971 und 1981

Der Absicht des Staates, über „Volkszählungen" seine Bürger auszuforschen, wird in den letzten Jahren allenthalben mit wachsender Ablehnung begenet. In Großbritannien erhob sich allgemeiner Protest gegen eine Volkszählung; in der Schweiz waren es einzelne Fragen, die Empörung hervorriefen. In den Niederlanden ging die Volkszählung 1971 so gründlich schief, daß die Regierung selbst vor der anstehenden 81er Zählung auf ihr Unternehmen verzichtete.

„Lösung der Judenfrage"

Im März 1970 beschloß die Zweite Kammer des niederländischen Parlaments, die nächste der in Zehnjahresabständen durchzuführenden Volkszählungen am 28.2.71 zu veranstalten. Nur drei kleine Parteien (darunter eine rechte) stimmten dagegen.

Die allgemeine gesellschaftliche Situation in den Niederlanden war zur Zeit dieser Beschlußfassung zwar noch von dem „aufrührerischen Geist" der
tuation in den Niederlanden war zur Zeit dieser Beschlußfassung zwar noch von dem „aufrührerischen Geist" der
60er Jahre geprägt, allgemein verbreitete Kenntnisse über Wesen und Gefahren einer Volkszählung wie überhaupt über den Stand der Verdatung der Bürger bestanden jedoch nicht.

Veröffentlichungen in der Presse aller Richtungen und die Informationsarbeit zahlreicher gegen die Volkszählung entstehender Initiativen sorgten für eine erste Informierung.

Enthüllt wurde, daß es sich bei dem staatlichen Unterfangen durchaus nicht um eine Volkszählung im etwa neutestemarischen Sinne (vgl. Lukas 2, 1-3) handelt, sondern vielmehr um eine breit angelegte Ausforschung aller Lebensbereiche. Rund hundert Fragen, die mit den „Großverbrauchern" - Behörden, Wissenschaftlern, Unternehmen - abgestimmt waren, sollten beantwortet werden. Die Haupteinnahmequelle sollte ebenso benannt werden wie eventuelle Nebenverdienste, der Arbeitsplatz, die Ausbildung, die Küchengröße, weltanschauliche/religiöse Bindung, etwaige Invalidität, Behinderungen, usw.usf.

Das Volkszählungsgesetz verpflichtete zur Beantwortung der Fragen und drohte für den Fall der Weigerung bis zu zwei Wochen Haft oder bis zu 500 Gulden Geldbuße an.

Bei der zunehmend und massiver vorgetragenen Ablehung der Volkszählung nahm die Erinnerung an die Okkupation der Niederlande durch die deutsche Wehrmacht 1940-45 einen hervorragenden Platz ein. Für wissenschaftliche Zwecke, so urteilte Martin von Amerongen in der linksliberalen Wochenzeitung „Vrij Nederland", erstehe aus der Volksbefragung zweifellos ein Schatz an Informationen. Es werde jedoch auch möglich sein, *„im Handumdrehen eine komplette Liste aller.....Arbeitsfähigen* (im Original deutsch ! — Anm.AK)*von 30 bis 40 Jahren und aller Arbeitsunfähiger von 60 Jahren und älter zu erhalten..... Lebensgefährliches Material angesichts unserer letztlichen Erfahrungen mit dem — dank des gut geschmierten Mechanismus unserer Einwohnerkartei fehlerlos ausgeführten — Arbeitseinsatz* (niederländischer Bürger im faschistischen Deutschland — Anm. AK)
chanismus unserer Einwohnerkartei fehlerlos ausgeführten — Arbeitseinsatz (niederländischer Bürger im faschistischen Deutschland — Anm. AK)
und der fachmännischen Lösung der Judenfrage"(„Vrij Nederland", 17.10.70).

Erinnert wird in „Vrij Nederland" an den Internationalen demografischen Kongreß 1937 in Paris, auf dem der seinerzeitige Präsident des Bayrischen Büros für Statistik die Perfektion des niederländischen Bevölkerungsregisters lobend hervorhob und dieses *„als Vorbild für andere Länder wegen seiner Eignung für die kommende rassenhygienische Sanierung Europas bezeichnete. Das Resultat ist bekannt: Dank ihres perfekt geführten Bevölkerungsregisters haben die niederländischen Beamten das ihre beigetragen zur grösseren Rassenreinheit der Bevölkerung an der Mündung des alten, treuen Vater Rhein. Zahn und seine politischen Freunde würde jedoch das Wasser im Munde zusammenlaufen, wenn sie wüßten, wie der der Staat der Niederlande dieses Verwaltungssystem weiter verfeinern wird."*(ebd.)

Ein ehemaliger Widerstandskämpfer berichtete: *„Nach der Besetzung begann die Registration, wurde die Kennkarte eingeführt.....Als die Kennkarten einmal an jeden ausgegeben waren, konnte der Besatzer zum Beispiel Juden von den Nicht-Juden trennen, konnte sie aus ihrer Arbeit rausschmeissen, konnte ihnen den Zugang zu den Restaurants, den Cafés und den Kinos verweigern".*

Als 1943 mit der deutschen Forderung nach totalem Kriegseinsatz zu befürchten war, daß in verstärktem Maße Niederländer nach Deutschland „dienstverplichtet" werden würden, beschlossen Widerstandskämpfer, das Amsterdamer Bevölkerungsregister, in dem ca. zehn Prozent der niederländischen Bevölkerung aufgelistet waren, anzugreifen und zu verbrennen, um den Besatzern so den Zugriff zu erschweren. Die Aktion scheiterte.*„Neunzehn Niederländer"*, schließt der Bericht, *„opferten ihr Leben für das, was die verantwortlichen Behörden unterlassen hatten"*,nämlich die Unterlagen beizeiten zu beseitigen.

Bei einer Protestveranstaltung im Februar 1971 heißt es aus dem Publikum,*„Hitler numerierte die Menschen auch !" — Es würde kein Jude aus Amsterdam verschwunden sein, wenn nicht im Bevölkerungsregister gestanden hätte: Mitglied der Niederländisch- Israelitischen Kirche."*— Und zeitbezogen: *„Die Regierung braucht die Volkszählung, um eine Übersicht über die Kräfte in der Gesellschaft zu bekommen, die sie unter Kontrolle halten will."*

Die Volkszählung wurde im Zusammenhang mit der Einführung einer „Personennummer" (außer während der Besatzungszeit gab und gibt es in den Niederlanden keine Personalausweise) und der Automatisierung der Personenregistration gesehen. — Offiziös wurde eingestanden, daß es möglich sein werde, die Ergebnisse der Volkszählung und die jeweilige Personennummer zu verbinden mit den über die betreffende Person bereits vorhandenen Daten bei Polizei, Justiz, Sozialdiensten, mit den Angaben auf Führerschein und Lohnabrechnung, mit dem Bankkonto, der Telefon-, Gas- und Wasserabrechnung. Damit entsteht ein komplettes Dossier, das für den Betroffenen selbst nicht zugänglich ist.

Kopien für die NATO

Kopien für die NATO

Des weiteren veranlaßte zu erheblicher Besorgnis, daß die Anonymität der Angaben und die sichere Aufbewahrung der (mit Namen versehenen) Fragebögen auch von den Befürwortern der Volkszählung nicht absolut garantiert werden konnte. Die für die Auswertung der Volkszählung zuständige Institution hatte schon vorab *„bestimmten Großverbrauchern"* Kopien zugesagt. Was also, fragte der Journalist Van Amerongen, haben wir von der Zusicherung, daß die Fragebögen später vernichtet werden, *„wenn schon lange in den Tresoren unserer NATO-Partner, der Universität von Amsterdam und Shell, Unilever, Philips und AKU Kopien liegen ?" („Vrij Nederland",17.10.70).*

Neben dem 1970 gegründeten und heute noch arbeitenden „Komitee Wachsamkeit Volkszählung" riefen rund 30 weitere Organisationen zum Boykott *„dieses massiven Angriffs auf unsere Freiheit"* („Vrij Nederland", 20.2.71) auf. Weitere rund hundert Gruppierungen empfahlen, ohne das dann „Boykott" zu nennen, die Fragebögen nicht auszufüllen. Der Niederländische Protestantenbund teilte seinen Gemeindmitgliedern mit: *„Leben und Eigentum wird von uns nicht gefordert. Höchstens 500 Gulden Buße. Das muß dann wohl."* Und die Kabouter veröffentlichten im Rahmen ihrer Aktion *„Es lebe das Privatleben"* Telefonnummern von Parlamentariern, von denen Anrufer dann in der Folge wissen wollen: *„Hallo, sind Sie Neger oder Jude?"*und,*„Hallo, ist Ihr WC an die Kanalisation angeschlossen?"*

Das *„kollektive Unbehagen"* ging quer durch die gesamte Bevölkerung und reichte von *„Radikaldemokraten bis zu religiösen Extremisten, von Anarcho-Liberalen bis Was-hab-ich-davon-was-krieg-ich-dafür-Apologeten"*(a.a.O.).

Selbst in der bürgerlichen Presse wurde nicht mit sinnigen Tips gespart, wie der Volkszählung zu entgehen ist oder die Fragebogen unbrauchbar zu machen sind — mit durchschlagendem Erfolg, wie sich später zeigen würde.

Verweigerer verstecken

Der Staatsapparat, mehr eifrig als klug, mochte ungeachtet der zu erwartenden Schlappe nicht auf die Durchführung der Volkszählung verzichten. Die in letzter Stunde zur „Aufklärung" vors Volk gesandten Statistiker, Soziologen etc.pp. konnten auch nichts mehr retten: trotz teilweise massiver Drohungen („Die Nichtbeantwortung könnte negative berufliche Folgen für Sie haben!") ging das Unternehmen voll in die Hose.

Monatelang waren die Behörden vor allem damit befaßt, die Zahl der Verweigerer zu „verkleinern". Offiziell zugegeben wurden anfangs rund 50.000 Verweigerer. Hierunter wurden dann aber nur *„13.500 Familienoberhäupter"* als Verweigerer „anerkannt". Weiter sollen 130.000 Personen für die Zähler „nicht erreichbar" gewesen sein. In der Presse wurden massive und belegte Zweifel an dieser Darstellung angemeldet. Angeführt wurde das Beispiel der Gemeinde Leeuwarden, die 135 Verweigerer meldete, wo aber nach dem offenen Eingeständnis des dortigen Leiters der Volkszählung Tausende von Fragebögen vom Behördenpersonal an-
135 Verweigerer meldete, wo aber nach dem offenen Eingeständnis des dortigen Leiters der Volkszählung Tausende von Fragebögen vom Behördenpersonal an-
hand der Angaben im Einwohnerregister ausgefüllt wurden („Vrij Nederland", 18.12.71).

Obwohl im Volkszählungsgesetz Haft- bzw. Geldstrafen für den Fall der Nichtteilnahme angedroht worden waren, wurde die strafrechtliche Verfolgung der „anerkannten" Verweigerer niedergeschlagen („NRC/Handelsblad", 27.12.71). Zum einen hätte der Justizapparat auch bei nur gut 10.000 Anklagen Kopf gestanden, zum anderen war dem Staatsapparat daran gelegen, ohne viel Aufsehen aus der Affaire herauszukommen.

Im Vorfeld der nächsten, 1981 anstehenden Volkszählung wurden dann Zahlenangaben zu den Verweigerern bekannt, die zwar von den ersten (offiziellen) Angaben stark abwichen, aber ein durchaus realistischeres Bild zeichneten: 22.400 Personen hätten sich direkt geweigert, die Fragebögen auszufüllen, 268.000 seien nicht erreichbar gewesen. Über die Anzahl unvollständig ausgefüllter oder sonstwie unbrauchbar gemachter Fragebögen wurden jedoch nach wie vor keine Angaben gemacht ("De Groene Amsterdammer", 20.9.78).

Ein — wie es offiziell dargestellt wurde — "Farbfehler" auf einer Million der Fragebögen verursachte, daß diese nicht vom Computer "gelesen" werden konnten und von Hand nochmals ausgefüllt werden mußten.

So waren (und das auch nur häppchenweise) erst Mitte der siebziger Jahre die ersten Ergebnisse der Volkszählung verfügbar. Die erste von 18 geplanten Monografien konnte erst 1978 erscheinen, die Daten waren zu diesem Zeitpunkt bereits stark veraltet und für die staatliche Planung weitgehend unbrauchbar geworden ("Kwartaalsschrift privacy en persoonsregistratie", 1980, Nr. 2).

Unlustgefühle

Von ihrer Niederlage hatte sich die (nach eigener Darstellung) Volksvertretung auch noch nicht wieder erholt, als im November 1978 die Vorbereitung der nächsten Volkszählung — 1981 — zur Sprache kam. Bei fast allen Mitgliedern der Zweiten Kammer bestanden *„große Reserven hinsichtlich des Nutzens von Volkszählungen"* („Politiek Overzicht" —P.O. —, 1978, S.614). Die Regierung wurde aufgefordert, bevor die nächste Volkszählung eingeleitet wird, die Ursachen der *„Mängel der vorigen Zählung"*(a.a.O.) zu untersuchen, mögliche Alternativen zu benennen und Schutzmaßnahmen für die Daten zu erarbeiten.

Ein Jahr später, im September 1979, wurde dem Parlament der Entwurf eines geänderten Volkszählungsgesetzes vorgelegt: Es besteht zwar nach wie vor die Pflicht zur Teilnahme an der Volkszählung, die Nicht-Teilnahme ist aber nicht mehr strafbar (alles klar?); die Daten der Volkszählung werden den Gemeinden nicht zur Überprüfung des Meldegesetzes zur Verfügung gestellt und dürfen nicht mit anderen Daten des Befragten gekoppelt werden. Zusätzlich wurde eine Verwaltungsvorschrift mit Bestimmungen über Aufbewahrung, Sicherung und Vernichtung der Fragebögen und Daten vorgelegt.

Ebenfalls 1979 wurden zwei Testzählungen durchgeführt, um die Verständlichkeit der Fragebögen, wie die offi-
Ebenfalls 1979 wurden zwei Testzählungen durchgeführt, um die Verständlichkeit der Fragebögen, wie die offi-
zielle Begründung lautet, zu erproben. Das Ergebnis war für die Staatsmaschine niederschmetternd: In Amsterdam verweigerten 51% der Befragten die Antwort, in Rotterdam 38%, in Den Haag 39% und in Utrecht 59% (P.O., 1980, S.72). Daraufhin trat die Regierung im Herbst 1980 mit dem Vorschlag vor das Parlament, einer Nicht-Durchführung der Volkszählung im Jahre 1981 zuzustimmen: Eine Untersuchung der Ergebnisse der Testbefragungen habe *„ernste Zweifel aufkommen lassen, ob die Bevölkerung in der heutigen Situation in ausreichendem Maße bereit sein wird, an der Volksbefragung mitzuarbeiten"* (aus der Regierungserklärung, zit. n.P.O. 1980, S.574). Im Durchschnitt hätten sich an der ersten Testzählung 26% nicht beteiligt. Davon hätten sich 17% ausdrücklich geweigert, 9% seien trotz mehrfacher Besuche zuhause nicht angetroffen werden.

Diesen harten Tatsachen gegenüber konnte sich die Regierung nur noch in die Darstellung einer leicht hysterischen Bevölkerung flüchten und sich selbst den Anschein weisen Verzichts geben: *„In dieselbe Richtung einer zu erwartenden geringen Bereitschaft der Bevölkerung, an der Zählung mitzuarbeiten, weisen die Ergebnisse einer unlängst angestellten qualitativen Untersuchung der Auffassungen und Haltung der Bevölkerung hinsichtlich des Begriffs Volkszählung. Daraus wird deutlich, daß der Begriff Volkszählung stark emotional geladen ist, weil er mit den Personenregistern assoziiert wird. Die allgemeine politische und gesellschaftliche Diskussion um das Problem des Schutzes des persönlichen Lebensbereichs wird auf die Volkszählung bezogen. Dies scheint Anlaß zu Angst- und Unlustgefühlen gegenüber der Volkszählung zu geben. — Obwohl nach unserer Meinung kein realer Grund für diese Gefühle besteht, ist dadurch ein sozialpsychologisches Klima entstanden, das für eine kurzfristige Durchführung einer erfolgreichen Volkszählung ungünstig ist"* (dass., ebd.).

Dieses „Klima" scheint bis auf den heutigen Tag angehalten zu haben: von einer Volkszählung ist bisher die Rede nicht mehr.

Niederlande-Kommission

In Sachen Volkszählung, Datenschutz, Widerstand gegen Ausforschung der Bevölkerung etc. arbeitet seit einem Dutzend Jahren in den Niederlanden die „Stichting Waakzaamkeid Persoonsregistratie", Postbus 711, NL — 1000 AS Amsterdam. Direkt zu erreichen ist die Initiative im (ehemaligen) Binnengasthuis Grimburgwal 10, Gebäude 3, 3. Stock, Amsterdam.

Die „konventionelle Option" der NATO:

Ein „Blitzkrieg" wird vorbereitet

Die Friedensbewegung, die derzeit Vorbereitungen für die entscheidende Phase im Kampf gegen die Nato-„Nachrüstung" trifft, täte gut daran, den politischen Stellenwert der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa nicht allein unter dem Gesichtspunkt des berüchtigten „victory is possible" („Sieg ist möglich") zu sehen — also der ‚großen Lösung' des US-Imperialismus zur Vernichtung des sowjetischen Machtbereichs und damit der Erlangung der Weltherrschaft mittels einer gigantischen atomaren Aufrüstung bis etwa zum Ende dieses Jahrzehnts (1).

Denn der im letzten Jahr von der Nato verabschiedete Rogers-Plan verschärft die Gefahr eines Krieges auf diesem Kontinent erheblich, weil er für den Imperialismus insgesamt realitätsträchtiger und auch risikoärmer erscheint als ein umfassender Atomkrieg. In diesem Zusammenhang erscheint auch die Nato-„Nachrüstung" in einem anderen Licht, wie noch zu zeigen sein wird. Kern des Rogers-Plans ist, innerhalb dieses Jahrzehnts die Fähigkeit zu erlangen, von Westeuropa aus mit einem „konventionellen" Blitzkrieg mit modernsten Präzisionswaffen die militärischen Verbände des Warschauer Paktes „in der Tiefe", das heißt bis an die Westgrenze der Sowjetunion, zu zerschlagen, ohne auf Atomwaffen zurückzugreifen. Es geht der Nato dabei um eine Revision der Nachkriegsordnung (Jalta) in dem Sinne, der Sowjetunion ihren osteuropäischen Machtbereich zu entreißen. Den Herrschenden der BRD ist der Roger-Plan weitaus sympatischer als die weitergehenden amerikanischen Absichten, die Mitteleuropa zum „atomaren Schießplatz" machen wollen und damit auch die Zerstörung der BRD einkalkulieren. Das ist ein Grund dafür, warum der BRD-Imperialismus mitsamt seinen Rüstungskonzernen so stark für die „konventionelle Option" der Nato eintritt und aktiv an der Planerfüllung beteiligt ist.

Die Wörner-Studie

Die Wörner-Studie

Am 21.5.82 legte der damalige ‚verteididigungspolitische Sprecher' der CDU und heutige Kriegsminister Wörner in einer Studie die Ziele der „konventionellen Option" dar. In dieser Studie wird aus der Sicht des BRD-Imperialismus vor allem das Dilemma bemängelt, schon frühzeitig auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu setzen, vor allem auf die „taktischen" Atomwaffen mit sehr geringen Reichweiten (unter 30 km), die *„ohnehin nahezu ausschließlich das eigene Territorium mit Zerstörung bedrohen"* (S.4). Dieses Dilemma sei nur durch erhebliche Verstärkung der „konventionellen" Mittel der Nato in Mitteleuropa zu lösen. Für nicht ausreichend hält Wörner aber die alleinige Verbesserung der „grenznahen Verteidigung" durch moderne Panzerabwehr-Lenkwaffen, da damit zwar die vorderste Linie der Streikräfte des Warschauer Paktes bekämpft werden könne, jedoch nicht die Nachschubkräfte „aus der Tiefe des Raumes". Gerade für „Schläge in die Tiefe" müßten jetzt neue Mittel bereitgestellt weerden: *„Die gegenwärtig wohl größte Chance für die Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der Nato liegt daher in der Erweiterung des strategischen Ansatzes um die Option, den Gegner auch dort zu treffen, von wo sein Angriff gestartet, genährt und unterstützt wird"*. Nötig ist dazu, daß die *„Wirkungswerte neuer konventioneller Waffen in Dimensionen reichen, die bisher Nuklearwaffen vorbehalten waren"* (S.11).

Es geht also um ein „Wirken in die Tiefe", wie die Zeitschrift „Wehrtechnik" dies nennt, oder um den „STRIKE DEEP" nach amerikanischer Definition mit „konventionellen", zur Zeit in der Nato noch nicht oder noch nicht ausreichend vorhandenen Waffen.

Die Konzeption des ‚STRIKE DEEP'

Um einen auf Europa begrenzten konventionellen Krieg gegen das sowjetische Vorfeld „erfolgreich" führen zu können, sind folgende Voraussetzungen erforderlich bzw. von der Nato bereits erfüllt worden:

1) Vorab bedarf es der genauen Kenntnis über die Standorte der Streitkräfte, Stützpunkte, Divisionsstandorte, Militäranlagen, Brücken, Flugplätze, Luftstreitkräfte, militärische Leitungsstellen usw. des Gegners. Diese sind der Nato vor allem durch Aufklärungssatelliten bekannt. Analog der SIOP-Einsatzplanung für die eurostrategischen Atomwaffen **existiert bereits eine detaillierte Einsatzplanung für insgesamt 2 685 bewegliche und unbewegliche Ziele im Bereich des Warschauer Paktes bis an die Westgrenze der Sowjetunion.** (Siehe nebenstehende Übersicht).

2) Um die gesamte Logistik der Streitkräfte des Warschauer Paktes in seinem Hinterland (seiner „Tiefe") zu zerschlagen, die weiter westlich stehenden Divisionen somit zu isolieren und dann zu vernichten, ist ein verbessertes Aufklärungs- und Führungssystem erforderlich. Es muß geeignet sein, vor allem die „beweglichen Ziele" schnell zu orten, die Daten weiterzureichen und die konventionellen Präzisions- und Flächenwaffen darauf zu programmieren. Zweitens ist dazu eine schnellstmögliche Vernichtung der Luftstreitkräfte des Warschauer Paktes erforderlich, bevor die ersten Bomber des Warschauer Paktes starten können. *„Die Bekämpfung der gegnerischen Luftwaffe kann nicht durch Luftverteidigungskräfte allein erfolgen. Sie setzt den Angriff auf die gegnerischen Luftbasen voraus"*, heißt es dazu in der Wörner-Studie (2).

Das ganze Konzept macht also nur einen Sinn, wenn die entsprechenden konventionellen Waffen der Nato präventiv und in Form eines Blitzkrieges schon vollendete Tatsachen schaffen, der Krieg nur wenige Stunden oder Tage dauert, sodaß den Streitkräften des Warschauer Paktes keine Zeit zur Erholung und Reorganisation bleibt. Im Kern handelt es sich um die Erlangung einer Kriegsführungsfähigkeit, wie sie Israel im 7-Tage-Krieg 1967 praktizierte. Auch damals schaltete die israelische Luftwaffe am ersten Tage die ägyptische Luftwaffe aus.

3) General Rogers sowie die Wörner-Studie betonen — nach ihrer Logik zu-
damals schaltete die israelische Luftwaffe am ersten Tage die ägyptische Luftwaffe aus.

3) General Rogers sowie die Wörner-Studie betonen — nach ihrer Logik zurecht — daß auf die eurostrategischen und (mittelstrecken-) und taktischen Atomwaffen nicht verzichtet werden könne. Zwar soll die „atomare Schwelle" bedeutend „angehoben" werden, aber auf den Ersteinsatz bzw. die Androhung des Ersteinsatzes möchte die Nato dennoch nicht verzichten, weil sie eine *„bedeutsame Wirkung auf die Dislozierung der sowjetischen Streitkräfte"* habe (2). Die Drohung mit Atomwaffen zwingt nämlich den Warschauer Pakt dazu, seine Divisionen „aufzulockern" und tief zu staffeln, um sie unverwundbarer gegenüber den atomaren Waffen zu machen. Das schwächt zugleich ihre Schlagkraft.

Die neuen Waffensysteme

Anfang Oktober letzten Jahres fand auf Einladung des westdeutschen Luftwaffenamtes ein deutsch-amerikanisches Symposium über die *„Nutzung modernen Technologie zur Stärkung der konventionellen Verteidigung'*, statt. Beteiligt waren neben Bundeswehrgeneral a.D. Schulze und amerikanischen Militärs auch führende Vertreter praktisch aller relevanten Rüstungskonzerne der USA und der BRD, um über die Produktion neuer konventioneller Waffen zu beraten. Von den Anforderungen her werden sowohl moderne Aufklärungsmittel als auch flächendeckende und sehr präzise Waffensysteme benötigt, die zum Teil weit nach Osteuropa hineinreichen müssen. Die Vertreter der Rüstungskonzerne erklärten einhellig, daß die technologischen Probleme bei der Produktion ‚intelligenter' Präzisionswaffen als gelöst zu betrachten sind. In den USA läuft bereits seit einigen Jahren unter dem Stichwort „Assault Breaker" ein koordiniertes Programm für neue konventionelle Waffen einschließlich entsprechender ‚Submunition' für das Nato-Konzept des „STRIKE DEEP". **Alle maßgeblichen BRD-Rüstungskonzerne wie MBB, Diehl, Dornier, Dynamit-Nobel, Rheinmetall usw. sind ebenfalls emsig dabei, die neue „Waffengeneration" zu erproben** (3).

Im einzelnen sind in der Öffentlichkeit folgende Rüstungsprogramme bekannt geworden:

a) Zur „präventiven" Ausschaltung der gegnerischen Luftstreitkräfte sowie der Flugzeugbasen einschließlich der Startbahnen steht eine Version der Trident-Rakete zur Diskussion, das BOSS-System. Auch eine Pershing-II-Variante unter der Bezeichnung CAM-40 mit 96-124 Tochtergeschossen pro Rakete wird angeboten. Und last but not least steht auch eine Version des Marschflugkörpers Tomahawk mit der Reichweite von 1800 km zur Verfügung. Für kürzere Entfernungen ist an umgerüstete Raketen der Boden/ Luft-Rakete Patriot und auch an die Lance (120 km Reichweite) gedacht — beides bodengestützte, mobile Raketen. Allein von der Pershing-II-Version CAM-40 werden nach Ansicht des Herstellers rund 600 Raketen benötigt. MBB (Messerschmidt-Bölkow-Blohm) wartet mit der MW-1 auf, einer Art Marschflugkörper, der vom Kampfflugzeug Tornado ins Ziel geflogen wird. Die MW-1 wiederum ist beladen mit der zerstörerischen „Submunition"; hier steht eine ganze Palette zur Verfügung. So z.B. der „Muspa", Geschosse, die wie Minen von anrollenden Flugzeugen zur Detonation gebracht werden, oder die Startbahnbombe „Stabo", die Löcher in die Betondecken reißt, sowie eine Anti-Bunker-Waffe „ASW". Allein 200 Stabo oder 668 Muspa finden in einer einzigen MW-1 Platz! Im Vergleich dazu kann eine Tomahawk etwa 30 Stabos aufnehmen. Als Konkurrenzsystem zur bundesdeutschen Tornado/MW-1-Version haben die US-Konzerne sogenannte „Dispenser" entwickelt, die auf F-4- und F-111-Kampfflugzeugen transportiert werden können. Auch die Dispenser (oder „Assdault Breaker" zu deutsch „Angriffs-Brecher") sind nichts anderes als Submunitionsträger, die über dem einprogrammierten Zielgebiet abgeworfen werden. Die schnelle Zerstörung der „Festziele" wie Flugplätze, Depots, Brücken, Befehlszentren, Bunker usw. — deren Gesamtzahl mit 425 Einzelzielen angegeben wird — scheint den Nato-Strategen keine sonderlichen Schwierigkeiten zu bereiten.

tren, Bunker usw. — deren Gesamtzahl mit 425 Einzelzielen angegeben wird — scheint den Nato-Strategen keine sonderlichen Schwierigkeiten zu bereiten.

b) Anders sieht es da schon bei allen beweglichen Zielen aus, also den Kampfverbänden des Warschauer Paktes, den beweglichen Atomraketen (SS-20!) usw. Nach der Nato-Einsatzplanung müssen im Rahmen des „STRIKE DEEP" immerhin 2 260 bewegliche Ziele zerstört werden, 50% davon in einer Entfernung von über 100 km bis zu 800 km. Voraussetzung einer präzisen Zielbekämpfung ist die sichere und schnelle Ortung bzw. Aufklärung von Truppenbewegungen. Die Nato verfügt bereits über die AWACS-Flugzeuge, die in Geilenkirchen stationiert sind. Die USA entwickeln derzeit das Aufklärungssystem Pave Mover sowie eine Anzahl von unbemannten Flugkörpern (Drohnen), die mit der F-111 in die Tiefe des Gegners geflogen werden. Die übermittelten Daten müssen sofort über Computer an diejenigen Nato-Verbände weitergeleitet werden, die diese beweglichen Ziele bekämpfen. Für größere Reichweiten kommen im wesentlichen die gleichen Trägerraketen in Frage wie bei der Bekämpfung der gegnerischen Flugplätze und Luftstreikräfte; nur andere, panzerbrechende Submunitionsarten sind erforderlich. Und hier bieten verschiedene BRD-Rüstungskonzerne eine ganze Palette von Streu- und Submunition an: die Fa. Dynamit-Nobel beispielsweise Panzerminen des Typs AT-2, die Fa. MBB die Panzerabwehrdrohne (PAD), und im Submunitionsbehälter MW-1, ebenfalls von MBB, stehen die Munitionsarten KB-44, MIFF („Mine flach-flach") und Musa („Multi-Splitter-aktiv") zur Verfügung, die alesamt auch als Mix in den 112 Rohren einer MW-1 beladen werden können. Bei diesen Munitionsarten handelt es sich um panzerbrechende Hohlladungsgeschosse, die teils am Boden detonieren und dann in einem weiten Umkreis verstreut werden, teils an Fallschirmen hängen und dann in einer bestimmten Höhe ausgestreut werden, teils — mit Marschflugkörpern verschossen — sich selbst ins Ziel streuen. Jedes dieser Einzelgeschosse verfügt über Sensoren, um die Ziele garantiert zu treffen. Zwei weitere panzerbrechende Munitionsarten sind unter den Bezeichnungen LASSO und SKEET von MBB in der Entwicklung. US- und BRD-Rüstungskonzerne arbeiten sehr eng an diesen Programmen zusammen, denn die westdeutschen Submunitionsarten können auch in den US- Dispensern („Assault Breaker") untergebracht werden. Bei den letztgenannten Systemen handelt es sich um die modernen endphasengesteuerten Munitionsarten, die sich selbst in anvisierte Ziel lenken, nachdem sie die MW-1 verlassen haben. In einem einzigen US-Dispenser können 660 KB-44 mitgeführt werden, mit einem Aktionsradius von 300 x 300 m!

Die Fa. Dornier entwickelt als weiteres Trägersystem eigene Marschflugkörper mit Reichweiten von 20 - 600 km, die ebenfalls jede beliebige Submunition mitführen können.

Bei der sogenannten ‚Submunition' handelt es sich um Quasi-Atomwaffen, jedenfalls erfüllen sie genau deren Funktion. Die Wörner-Studie stellt dazu fest: **„Um 60% einer sowjetischen Division zu vernichten und deren Verband dadurch kampfunfähig zu machen, benötigt man mit der heutigen Munition 2 200 Einsätze mit Flugzeugen oder 10 000 konventionell bestückte Raketen. Mit ungelenkter panzerbrechender Submunition sind nur noch 300 Flugzeugeinsätze oder 1 500 Raketen erforderlich. Bei gelenkter panzerbrechender Submunition aber vermindern sich die Flüge ebenso wie die Zahl der erforderlichen Raketen auf 50 bis 60. Um denselben Erfolg erzielen zu können, müßte man andererseits 20 bis 25 Nuklearwaffen von jeweils 10 Kilotonnen Sprengkraft einsetzen"** (2). In der Zeitschrift „Wehrtechnik" wird berechnet, daß in 3 Jahren nur noch 22 statt der 2 200 Einsätze ausreichen würden, um alle beweglichen Ziele einer sowjetischen Division erfolgreich zu bekämpfen (3).

c) Für mittelere (5-50 km) und große Reichweiten (bis 200 km) haben die Nato-Strategen ebenfalls neue Trägersysteme entwickelt. Hierzu zählt die Umrüstung der atomaren Rakete Lance (Reichweite 120 km) ebenso wie die Entwicklung von Mehrfachraketenwerfern auf Zugmaschinen. Das Mittlere Artillerie-Raketen-System (MARS) ist gewissermaßen eine bewegliche „Sta-

Entwicklung von Mehrfachraketenwerfern auf Zugmaschinen. Das Mittlere Artillerie-Raketen-System (MARS) ist gewissermaßen eine bewegliche „Sta-

lin-Orgel", die aus 12 Rohren zielgenaue Raketen verschießen kann. Während eine solche Lance-Version mit entsprechendem konventionellem Gefechtskopf und Submunition eine Million Splitter (!) liefert, die über das Zielgebiet verstreut werden, soll der Mehrfachraketenwerfer MARS aus 12 Rohren insgesamt 7200 granatgroße Projektile abfeuern, die im Umkreis von 200 m leichte Panzerungen durchschlagen. *„Die US-Army will in den nächsten Jahren etwa 360 000 Raketen anschaffen"*, wußte der „Spiegel" zu berichten (4). Natürlich kann der Mehrfachraketenwerfer ebenfalls mit der oben genannten Submunition ausgerüstet werden.

d) Bleibt noch die Bekämpfung des Gegners im„grenznahen" Raum, also die Bekämpfung der ersten sowjetischen Staffel in Artillerie-Reichweite (bis ca. 50 km). Die Nato verfügt auf dem Territorium der BRD bereits über die entsprechende Rohrartillerie in Form von Panzerhaubitzen der Kaliber 155 mm und 203 mm, die auch mit taktischen Atomwaffen bestückt werden können. Hier geht es der Nato um die Modernisierung ihrer Munition. So soll Ende dieses Jahres die Copperhead, ein endphasengelenktes und panzerbrechendes Geschoß für die 155 mm-Haubitzen, einsatzbereit sein. Die US-Army möchte 2000 Stück dafür bereitstellen. Die Fa. Rheinmetall entwickelt Submunition für kürzere Reichweiten, die von der Luft aus eingesetzt werden und die gegnerischen Panzer von oben zerstören. Dabei handelt es sich um sog. „Bomblets", die mit dem Fallschirm heruntergehen und dann, in der Endphase, sich selbst ins Ziel lenken. Im grenznahen Raum verfügt die Nato ohnehin schon über die Panzerlenkwaffen Hot und Tow in großer Stückzahl. Die US-Firma Honeywell entwickelt den Typ ADAM für die 155 mm-Artillerie, die insgesamt 36 Minen enthält und ebenfalls die Panzer, diesmal von ‚unten' zerstört.

Über den Charakter der sogenannten ‚intelligenten' konventionellen Waffen kann generell gesagt werden, daß sie klassische Angriffs- und Erstschlagswaffen sind, die präventiv gegen die Staaten des Warschauer Paktes eingesetzt werden sollen. Dank ihrer hohen Präzision — vor allem die endphasegelenkte Submunition wie Copperhead, Skeet und Lasso, die etwa ab Mitte der 80er Jahre einsatzbereit sind (2) — und der Kombination mit modernsten Kampfflugzeugen und Raketen (Tornado. F-111, Marschflugkörper, bodengestützte Raketensysteme) sowie präziser Aufklärung und Einsatzplanung erstrebt die Nato eine starke konventionelle Überlegenheit über den Warschauer Pakt. Sobald diese erreicht ist, wird sie zumindest in Erpressungsversuche und militärische Drohgesten umgesetzt werden. Und, wenn dann die Sowjetunion nicht „freiwillig" kapituliert, wird ein „begrenzter Krieg" sehr wahrscheinlich werden.

Schlußbemerkung

Bisher hat sich die Friedensbewegung darauf konzentriert, mit Nato-„Nachrüstung" die Pläne des US-Imperialismus durchkreuzen zu wollen. Daß die US-Strategie eine ‚begrenzten Atomkrieges' in Mitteleuropa auch den Interessen des BRD- Imperialismus widerspricht, weil dieser ein hohes Risiko zu tragen hätte, liegt auf der Hand. Wenn Herbert Wehner darüber jammert, daß *„wir der Kriegsschauplatz, die Leidtragenden wären"* und daß die USA dieses Land als *„Abladeplatz für alle möglichen Raketen betrachtet, und sich damit auch selber schützen"* (4), so ist das genauso zutreffend wie Äußerungen des ehemaligen bayerischen CSU-Innenministers Seidl, der im Kriegsfalle von einer *„atomaren Zerstörung ganz Deutschlands"* ausgeht 65).

Die Friedensbewegung täte gut daran, sich nicht allein auf die berüchtigte US-Strategie des „victory ist possible" zu fixieren, also — wenn man so will — das 'Endziel' amerikanischer Weltherrschaftspläne, das die Vernichtung des gesamten Systems des ‚realen Sozialismus' umfaßt.

Der Imperialismus könnte sich derzeit lieber mit ‚Zwischenlösungen' beg-

gesamten Systems des ‚realen Sozialismus' umfaßt.
Der Imperialismus könnte sich derzeit lieber mit ‚Zwischenlösungen' beg-

nügen, die auch realitätsträchtiger, kalkulierbarer und mit weniger Restrisiko behaftet sind. Denn der ‚großen Lösung' stehen nicht nur atomare Risiken angesichts des sowjetischen Atompotentials entgegen, das auch permanent modernsiert werden wird, sondern auch Interessen der westeuropäischen Imperialisten.

In diesem Zusammenhang macht die atomare „Nachrüstung" erst — vom Interesse des BRD-Imperialismus aus betrachtet — einen Sinn: die neuen Atomwaffen fungieren als „Überwachungsraketen", wie US-Berater Cotter sie nannte (7). Die Sowjetunion soll durch Pershing-II und Cruise Missiles davon abgehalten werden, atomar zurückzuschlagen, wenn die Nato einen „Präventivschlag" mit konventionellen Waffen gegen Osteuropa führt. Ganz auszuschließen ist eine atomare Eskalation natürlich nicht, jedoch wäre die Risikoschwelle für die BRD deutlich gesenkt.

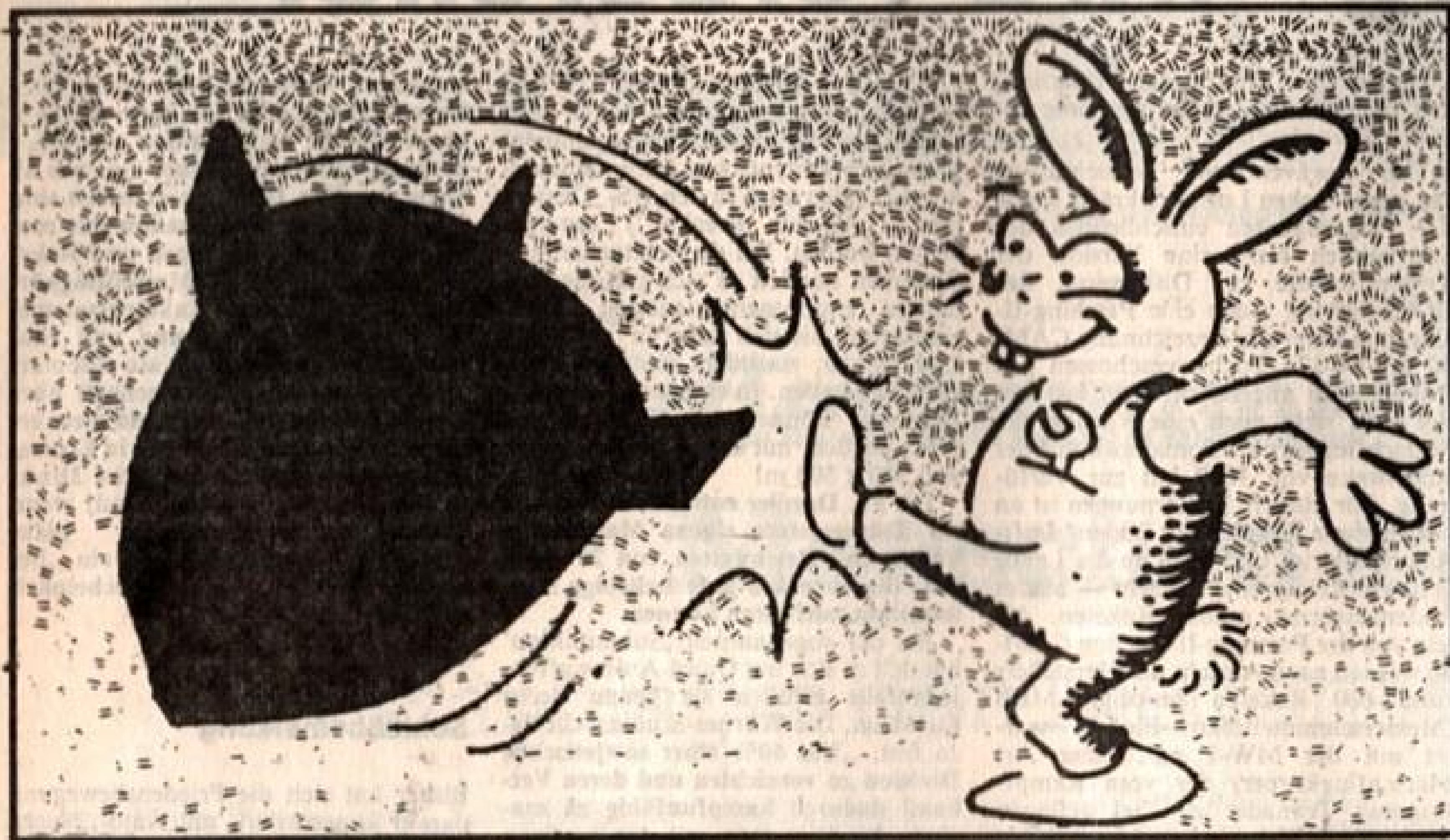
Der BRD-Imperialismus will, 5o Jahre nach der faschistischen „Machtergreifung', und 40 Jahre nach Stalingrad, in diesem Jahrzehnt über die Fähigkeit verfügen, an einer imperialistischen „Neuordnung Europas" teilzunehmen. Die Friedensbewegung hat also nicht nur die Atomkriegspläne, sondern auch die geplante konventionelle Aufrüstung der Nato zu durchkreuzen, die die Kriegsgefahr auf diesem Kontinent bedeutend erhöht.

D./Westberlin

Anmerkungen

(1) Alle strategisch-atomaren Aufrüstungsprogramme der USA (Trident, MX, Marschflugkörper etc.) sind für dieses Jahrzehnt konzipiert.
(2) Wörner/Würzbach (CDU): „Zur Verbesserung der konventionellen Verteidigung", CDU-Pressedienst, 21.5.82
(3) „Wehrtechnik', 2/1983: „Wirken in die Tiefe", S. 14 ff.
(4) „Spiegel", 42/82, S. 112 ff.
(5) „FR", 1.3.83
(6) „Spiegel", 28.2.83
(7) „Europäische Wehrkunde" 1/1983, siehe auch Nachdruck im AK 230.

Mehrheit für die «Nachrüstung»?



aus „UZ“ (DKP), 28.3.83

Die *„Publikumsbeschimpfung“* nach der Bundestagswahl im AK 231 ist erwartungsgemäß auf Widerspruch und Protest gestoßen. So dumm, wie im AK behauptet wurde, möchten manche bundesdeutsche Linke die Mehrheit ihres Volkes denn doch nicht gerne sehen müssen. Linke Realpolitiker möchten dem mehrheitlichen Wählerwillen Motive bescheinigen, die vom Standpunkt des gesunden Menschenverstands aus zumindest nachvollziehbar und respektabel sein sollen. Das Wahlvolk denke in erster Linie an seine wirtschaftlichen Interessen — und daß er diese mit klarer Mehrheit der CDU/CSU und FDP anvertraut, ist für linke Realpolitiker noch längst kein Zeichen von D u m m h e i t. Nebenbei sei das Volk zwar mehrheitlich g e g e n die „Nachrüstung“ und die AKWs, aber das werde den wirtschaftlichen Interessen „nachgeordnet“. Auch darin — unterstellen wir einmal, es wäre wirklich so — wollen linke Realpolitiker durchaus kein Indiz für politische Dummheit erkennen. Treten wir dem Problem also mal etwas näher.

Wenn im AK 231 zu lesen war: „ ... *Klare Mehrheit für neue Atomraketen* ...“ usw., so soll das zunächst eine p o l i t i s c h e Aussage sein, und nicht unbedingt auch eine s t a t i-

Klare Mehrheit für neue Atomraketen ...“ usw., so soll das zunächst eine p o l i t i s c h e Aussage sein, und nicht unbedingt auch eine s t a t i-

s t i s c h e. Sinn der Aussage ist also: eine Mehrheit des Wahlvolks hat für eine Regierung gestimmt, zu deren Programm und Politik neue Atomraketen, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Ausländerhetze (und selbstverständlich noch einige weitere Ärgerlichkeiten) gehören. Hätte man die Wähler beispielsweise am 6.März gefragt: „Möchten Sie gern eine längere Arbeitslosigkeit oder zumindest eine erhebliche Verschlechterung Ihres Lebensstandards riskieren, um den Großkapitalisten wieder auf die Beine zu helfen?“, dann wäre das Ergebnis wahrscheinlich etwas anders Ausgefallen. Um das zu erkennen, bedarf es allerdings nicht des realpoitischen Scharfblicks. Auch Hitler hätte 1933 vermutlich keine Mehrheit bekommen, wenn er dem Volk ungefähr die Frage vorgelegt hätte: „Wollt Ihr mir die totale Macht blindlings und unwiderruflich anvertrauen, damit ich einen Weltkrieg führen kann, der Deutschland die schlimmsten Verwüstungen seit dem 30jährigen Krieg bringen wird?“. Nein, so fragen Politiker bei Wahlen natürlich nicht. Und doch hat es damals in Deutschland Menschen gegeben, die den Sachverhalt treffend auf die Formel brachten: „Hitler bedeutet Krieg“. Dies damals entweder nicht begriffen zu haben oder es vielleicht der Hoffnung auf Arbeitsplätze und wirtschaftlichen aufstieg „nachgeordnet“ zu haben — wird man d a s wenigstens als politische Dummheit (oder Schlimmeres) bezeichnen dürfen?

Aber zur aktuellen Sache, der Frage nach Volkes Meinung zur „Nachrüstung“. Wer diese betrachten will, muß sich wohl oder übel an die Meinungumfragen einschlägiger Institute halten. Diese Umfragen sind (abgesehen von ihrer Zuverlässigkeit) fast immer parteilich, d.h. sie sollen nicht nur den bürgerlichen Manipulationsapparaten wertvolles Material abliefern, sondern sie dienen häufig selbst direkt der Manipulation, der Massenbeeinflussung. Viel hängt davon ab, wie die Fragen formuliert werden und wie anschliessend die Ergebnisse in den Massenmedien aufgearbeitet werden. Ein typisches Beispiel sei hier erwähnt. Das Wickert-Institut fragt: *„Sind sie für eine moderne Bundeswehr, die ausnahmslos dafür da ist, im Verband der NATO einen Angriff aus dem Osten abzuwehren?“*. 78% der Befragten antworteten mit Ja, und erstaunlicherweise immerhin 22% mit Nein. Präsentation in der Presse: Klares Bekenntnis zur Bundeswehr, 78% wollen eine starke Bundeswehr usw. (Anm.1). Die Fragestellung ist sugestiv, sie unterläuft vorhandene Zweifel am reinen „Verteidigungsauftrag“ der Bundeswehr ganz einfach. Häufig erklären sich scheinbar krass unterschiedliche Ergebnisse dear-tiger Umfragen aus Formulierungsvarianten in der Fragestellung. Die Frage „Sollen wir uns gegen einen Angriff aus dem Osten verteidigen?“ führt beispielsweise zu völlig anderen Ergebnissen als die gleiche Frage mit dem kleinen Zusatz „ ... *auch wenn dabei vielleicht Atomwaffen auf deutschem Boden eingesetzt werden müßten?“* (Anm.2).

Diejenigen, die von einer Mehrheit im Volk g e g e n die „Nachrüstung“

(Anm.2).

Diejenigen, die von einer Mehrheit im Volk g e g e n die „Nachrüstung“

ausgehen, beziehen sich vermutlich auf Untersuchungen des Sample-Instituts und von SINUS, beide vom Herbst 1982. Die eine veröffentlicht im „Stern“(10.12.82), die andere im „Spiegel“(3.1.83). Beide Untersuchungen kommen zu ähnlichen Ergebnissen, nämlich daß 54 oder 58% eine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der BRD ablehnen würden. Höchst erfreulich! Allerdings sollte man sich nicht bloß d i e Umfragen heraussuchen, deren Ergebnis man angenehm und auf dem Gleis eigener Vorstellungen findet. Es gibt auch scheinbar völlig andere Untersuchungsergebnisse, auch aus jüngster Zeit. Da veröffentlichte beispielsweise der „Spiegel“ am 7.2.83 (also n a c h der erfreulichen SINUS-Studie) die Ergebnisse einer Umfrage von Emnid aus dem Januar. Und dort gibt es plötzlich 38% für den Doppelbeschluß zur „Nachrüstung“ und nur 22% dagegen. Die Zahl der Befürworter soll seit Herbst 1981 (36%) sogar noch ein bißchen gewachsen sein.

Wo liegt denn nun die Wahrheit? Oder, vorsichtiger angefragt, welches Ergebnis kommt den Tatsachen näher? Ich möchte einmal als Arbeitshypothese annehmen, daß b e i d e Ergebnisse ungefähr zutreffen. Der Widerspruch könnte dann folgendermaßen aufgelöst werden: Einerseits bestätigen die meisten bekannt gewordenen Umfragen die Tendenz der Emnid-Untersuchung — also mehr Befürworter als Gegner der „Nachrüstung“, und ein großer Teil von Unentschiedenen oder Gleichgültigen. Einige Beispiele sollen hier angeführt werden.

* Eine Allensbach-Studie im Auftrag der Zeitschrift „Capital“ im Mai 1981 kam zu dem Ergebnis, daß 53% der Befragten sich positiv zum „Doppelbeschluß“ äusserten, und nur 20% negativ; 27% äusserten dazu keine Meinung.(3)
* Eine Studie im Oktober 81, ebenfalls von Allensbach, ergab 50% positiv und 22% negativ, also eine ganz kleine Verschiebung zugunsten der Kritiker.(4)
* Eine Emnid-Umfrage im Herbst 81 wies nur 36% Befürworter des „Doppelbeschlusses“ aus und 21% Gegner. 12% äusserten sich gleichgültig, 30% gaben keine Meinung an.(5)
* Eine Umfrage des Gallup-Instituts (USA) Anfang 1982 in den wichtigsten europäischen Ländern behauptete, daß 41% der Bundesdeutschen für die „Nachrüstung seien. In Frankreich sollen es lediglich 29% gewesen sein. Die Untersuchung diente u.a. dem Nachweis, daß „die Deutschen“ immer noch „Amerikas treuste Verbündete“ seien.(6)
* Eine Emnid-Umfrage etwa zur gleichen Zeit kam zu dem Ergebnis, daß 40% der Bundesdeutschen für die „Nachrüstung“ seien; dagegen seien 24%. Gleichgültig sei das Thema für 13%, ohne Meinungsangabe waren 22%.(7)

Aber wie kommt man von solchen Ergebnissen zu einer Mehrheit g e g e n die „Nachrüstung“? Doch, das geht, wenn man auf den Unterschied zwischen Theorie und Praxis, zwischen dem „Doppelbeschluß“ als (abstrakte) politische Aktion und der Stationierung von Raketen als konkreter Vorgang achtet. Einen sehr wichtigen An-

dem „Doppelbeschluß“ als (abstrakte) politische Aktion und der Stationierung von Raketen als konkreter Vorgang achtet. Einen sehr wichtigen An-

haltspunkt lieferte schon die erwähnte Emnid-Untersuchung vom Herbst 81. Dort war nämlich auch nach dem Z w e c k des NATO-„Doppelbeschlusses“ gefragt worden. Darauf gaben 64% als Ziel an, **unverzüglich mit dem Osten zu Abrüstungsverhandlungen zu kommen, um die Aufstellung der neuen Mittelstreckenraketen zu v e r m e i d e n.** Nur 34% meinten, daß zur Wiederherstellung des militärischen gleichgewichts früher oder später die neuen US-Raketen stationiert werden müßten.(5)

Auf die Frage nach der Haltung zu einer Stationierung (falls die Verhandlungen in Genf scheitern) sprachen sich bei der erwähnten Allensbach-Umfrage für „Capital“(3) 39% dagegen und nur 29% dafür aus. Auf die Frage, ob die Bundesregierung dann die Stationierung verhindern solle, antworteten immerhin 33% mit Ja; 37% waren dagegen. Zu noch krasseren Ergebnissen kam im Sommer 1981 eine Umfrage im Auftrag der US-Regierung. Danach wurden 66% der Bundesdeutschen als potentielle „Nachrüstungs“gegner eingestuft: davon wollen 26% keine Raketen, solange verhandelt wird; 40% wollen auch bei Scheitern der Verhandlungen keine Stationierung.(8)

Es gibt also anscheinend auf der einen Seite eine klare Mehrheit von Zustimmenden und Gleichgültigen zum NATO-„Doppelbeschluß“, die sich vor allem aus Anhänglichkeit an die Haupt- und Staatsdoktrinen des Westens speist — die NATO als unverzichtbares Verteidigungsbündnis, die BRD als Partner der USA, die sowjetische Überrüstung, die Kriegsverhinderung durch Abschreckung. Auf der anderen Seite ist aber auch einer Mehrheit der Gedanke unbehaglich, daß es mit der Stationierung e r n s t werden könnte. Es verhält sich damit, wie mit der Kriegsrüstung überhaupt: schließlich glauben die meisten, daß Waffen dazu da seien, um Kriege zu v e r h i n d e r n, nicht etwa, um sie zu führen.

Wer jetzt meint, es müßte sich mit dieser Umfrage-Mehrheit gegen die Stationierung doch wohl auch praktische Politik machen lassen, der wird noch sein schwarzes Wunder erleben. Jener Teil des Volkes, der zwar den Abschreckungsdoktrinen der NATO und dem Totrüst-Versuch gegen die Sowjetunion zustimmt, aber der kalte Füße kriegt, wenn er an die praktischen und persönlichen Konsequenzen denkt, taugt nur sehr bedingt als Bündnispartner. Man möge das nicht als moralischen Einwand mißverstehen. In einer Situation wie unserer wird man mit zeitweiligen Bündnispartnern nicht allzu heikel sein dürfen. Aber dieser Teil des Volkes wird im entscheidenden Moment eher auf der Gegenseite stehen oder sich bestenfalls gleichgültig verhalten. Und wer meint, es komme alles bloß drauf an, diesen Leuten das richtige Programm vorzuspielen, um ihre Herzen zu erobern, der sollte uns endlich einmal den Beiweis nicht länger schuldig bleiben.

Zur Untermauerung dieser These soll hier — wiederum anhand von veröffentlichten Umfrage-Ergebnissen — zwei weiteren Problemblöcken ein bißchen nähergetreten werden: Zuerst die Frage von Kriegsgefahr und Verteidigungsbereitschaft und dann die Frage nach den Verhältnis zur Friedensbewegung.

Beginnen wir bei der durch verschiedene Umfragen und über grössere Zeiträume hin bestätigten Aussage, daß angeblich rund 80% der Bundesdeutschen die Mitgliedschaft der BRD in der NATO unterstützen und nur 6-8% für einen Austritt plädieren würden (9). Für kaum eine andere Frage aus dem politisch-militärischen Bereich dürfte es eine derart breite Übereinstimmung geben. Warum dieser Massenkonsens, könnte man sich fragen. Haben die Leute denn so fürchterlich große Angst vorm Russen?! — Die Umfrage-Ergebnisse widersprechen dieser gradlinigen Interpretation. Erstes Kuriosum: In einer Allensbach-Umfrage, bei der 78% sich für die NATO-Mitgliedschaft aussprachen (6% dagegen), meinten nur 55%, daß die NATO für die BRD mehr Vorteile als Nachteile bringe. 14% sahen mehr Nachteile, 31% äußerten sich unentschieden oder meinungslos (10). Es scheint also einen gar nicht so kleinen Bevölkerungsteil zu geben, der sich aus Gründen des Glaubens, der Anständigkeit usw. für die NATO ausspricht, ohne den Vorteil angeben zu können, den sie uns angeb-

ben, der sich aus Gründen des Glaubens, der Anständigkeit usw. für die NATO ausspricht, ohne den Vorteil angeben zu können, den sie uns angeb-

lich bringen soll. Zweites Kuriosum: Diejenigen, die mit einem Krieg (unter Einbeziehung der BRD) ernsthaft rechnen, scheinen bei fast allen Umfragen in der Minderheit zu sein.

Beispiele:

* Umfrage eines Bundeswehrinstituts im Herbst 1979. Auf die Frage: Wird die BRD heute vom Osten bedroht?, antworteten nur 10% eindeutig mit Ja; 35% fühlten sich überhaupt nicht bedroht. Nach derselben Umfrage hielten nur 8,5% die Gefahr eines Krieges zwischen NATO und Warschauer Pakt für eher groß; 73,4% hielten sie für eher gering. Dies Gesamtbild verschob sich nur geringfügig, als die Umfrage im Februar 1980 — nach der sowjetischen Afghanistan-Invasion — wiederholt wurde. Nunmehr sahen 14,6% die Gefahr eines solchen Krieges als eher groß an, aber immer noch 73,5% hielten die Gefahr für eher gering. (11)
* Emnid-Umfrage Anfang 1981. 3% der Befragten halten einen 3. Weltkrieg für wahrscheinlich, 35% für möglich, aber 62% für unwahrscheinlich. (12)
* Etwas aus dem Rahmen fällt eine Umfrage von Infratest, die im Auftrag von Rüstungsunternehmen veranstaltet wurde. Danach sehen 44% die BRD als militärisch bedroht an. (13)

Zu den 80% Massenkonsens für die NATO klafft selbst bei dieser Angabe noch eine enorme Lücke. Viele Menschen scheinen die NATO als eine — ziemlich teure — Spezialversicherung für einen Fall anzusehen, von dem sie selbst nicht wirklich annehmen, daß er jemals eintreten könnte. Aber sicher ist eben sicher, man kann ja nie wissen usw. usf.

Sicher: Es tritt auf: das dritte Kuriosum! Eine Mehrheit der Bevölkerung scheint dieser aufwendigen (und, nebenbei bemerkt, auch riskanten!) Spezialversicherung nicht viel zuzutrauen. Der erwähnten Untersuchung des Bundeswehrinstituts (Herbst 79) zufolge hielten nur 33,2% die Abwehr eines Angriffs für möglich, 13,8% hielten sie für unmöglich und 34,2% für zweifelhaft (11). — Zu ähnlichen Ergebnissen kam im Sommer 1981 eine Allensbach-Umfrage. Auf die Frage „Können wir uns verteidigen?“ antworteten 41% mit Nein, 25% mit Ja; ohne Meinungsangabe waren 34%. Interessant ist zusätzlich der Vergleich mit einer Allensbach-Umfrage von 1971. Damals hatten 37% mit Nein und 27% mit Ja geantwortet, d.h. die Skepsis gegenüber den militärischen Chancen des Westens hat seither sogar noch zugenommen (10). Die Ursache der Skepsis liegt auf der Hand: Mangelndes Vertrauen in die militärische Stärke des Westens. Im Durchschnitt verschiedener Umfragen gehen 40-50% der Bundesdeutschen davon aus, daß der Warschauer Pakt überlegen sei; 30-40% halten beide Pakte für etwa gleich stark, und nur knapp 10% vermuten eine Überlegenheit der NATO (14). Dieses Ergebnis unterscheidet sich wesentlich von ähnlichen Umfragen in den USA: Dort glaubt die Mehrheit an eine eigene militärische Überlegenheit (21). Die extremen Ergebnisse in der BRD scheinen vor allem das Kontra-Produkt einer dumm-dreist überzogenen Medien-Kampagne zu sein, die ohne Scham vor Zahlen und Fakten permanent vom großen sowjetischen Rüstungsvorsprung phantasiert — und die damit wider die Absicht ihrer Auftraggeber die Kriegsbereitschaft eher dämpft als hebt.

Zwar, wenn der Osten angreift, will die Mehrheit der Bevölkerung für die Landesverteidigung eintreten: 57% nach Umfrage des mehrfach erwähnten Bundeswehr-Instituts (15), und gar 74% nach einer Umfrage von Gallup (USA — 16), die uns, gemeinsam mit Großbritannien (57%) mal wieder eine internationale Spitzenstellung bescheinigte (Frankreich:75%, Italien 48%). Wenn allerdings gefragt wird, ob eine Verteidigung auch unter Einsatz von Atomwaffen in der BRD gewünscht wird, kühlt sich die Begeisterung rasant ab. Laut Bundeswehrumfrage wollen in diesem Fall 66% das Verteidigen doch lieber sein lassen, und nur 14,6% bekennen sich auch zur letzten Konsequenz (Okt.79). Bei einer Umfrage desselben Instituts im Februar 1980 — nach Afghanistan — war die Zahl der Wehrwilligen sogar auf 71,7% gewachsen (11). — Allensbach-Umfragen bestätigen in der Tendenz diese Ergebnisse, allerdings nicht in derselben Schärfe.(17)

Denkt man das Problem zuende, so ergibt sich (auf dem Papier) eine große Mehrheit zur Landesverteidigung. Da

fe.(17)

Denkt man das Problem zuende, so ergibt sich (auf dem Papier) eine große Mehrheit zur Landesverteidigung. Da

aber gleichfalls eine große Mehrheit nicht an eine Überlegenheit der NATO glaubt und da die NATO-Doktrinen nun einmal den Ersteinsatz von Atomwaffen für den Fall vorsehen, daß auf andere Weise „die Front nicht mehr gehalten werden kann“ (Wohlgemerkt, hier geht es um die Doktrinen, nicht um reale Strategien), und da ein Atomkrieg vor der eigenen Haustür vom Bundesbürger verständlicherweise nicht gewünscht wird — so müßte es eigentlich eine klare Mehrheit g e g e n die Landesverteidigung geben, falls alle Leute korrekt informiert wären und vernünftig nachdenken würden. Stattdessen gibt es einen breiten Volks- und Staatskonsens für die NATO alias „westliches Verteidigungsbündnis“.

Das sind schon verrückte Zustände! An diesen Zuständen werden sich vermutlich auch diejenigen linken Ralpolitiker die Zähne ausbeissen, die das vermeintliche „gerechtfertigte Sicherheitsbedürfnis“ ihrer Mitbürger durch wunderschön ausgedachte „alternative Verteidigungsstategien“ zufriedenzustellen wünschen. Diese Sorte von Realpolitik unterstellt dem Volkswillen eine innere Logik und Vernünftigkeit.

Nichts gelernt

Oscar Lafontaine, SPD-Vorstands-Mitglied – also kein Genosse Irgendwer –, stellt die NATO-Mitgliedschaft Bonns in Frage. Durch neue US-Raketen könnte die NATO ein „Pulverfaß mit angezündeter Lunte“ werden (s. diese Seite).

So dreht man die Wahrheit um. Denn: Die neuen US-Raketen würden lediglich das Gleichgewicht wiederherstellen, daß durch die sowjetischen SS-20-Raketen zerstört wurde.

Die Deutschen haben aber das richtige Gefühl für ihre eigene Sicherheit. Am 6. März bekam die SPD die Quittung für ihren Raketen-Wahlkampf. Nur: Manche lernen's nie.

aus „Bild“, 28.3.83

Fortsetzung von vorheriger Seite

die vielleicht in der Mehrheit gar nicht vorhanden ist. **Denn wer eigentlich selbst gar nicht recht glauben mag, daß er bedroht ist, sich aber („sicher ist sicher") trotzdem in einen Militärpakt einbinden läßt, von dem er freilich militärisch nicht viel hält, und der sich dann noch das eigene Land mit der größten Atomwaffen-Konzentration unseres Erdballs vollstopfen läßt, obwohl er immerhin gerade noch gescheit genug ist, einem Atomkrieg im eigenen Land dann schon lieber die Kapitulation vorzuziehen — ja, der ist einfach nicht bei politischem Verstand.**

Wenn sich innerhalb dieser finsteren politischen Vorstellungswelt überhaupt eine Logik rekonstruieren läßt, dann vermutlich diese: Obwohl eine Mehrheit dazu neigt, der Sowjetunion den Willen zur Verständigung abzusprechen (18), wird mehrheitlich eine konkrete Kriegsgefahr für die BRD verneint. Insofern spielt es gar keine Rolle, daß der NATO die p r a k t i s c h e Kriegsfähigkeit in Europa mehrheitlich abgesprochen wird. Entscheidend ist der Glaube an die Logik der „A b s c h r e c k u n g" (20); d.h. solange wir uns darauf verlassen können, daß die USA einen sowjetischen Angriff auf Westeuropa mit ihrem ganzen atomaren Potential beantworten würden, ist alles in Ordnung — denn allein diese Drohung wird als ausreichend angesehen, um die Sowjetunion zurückzuhalten. Daß dies im Grunde die fragwürdige Androhung impliziert, wir würden im Falle eines Angriffs mit kollektivem Selbstmord antworten, scheint von der Bevölkerungsmehrheit noch nicht wahrgenommen und problematisiert zu werden.

Vor diesem Hintergrund wäre es fatal, die 54%, 58% oder — wie irrtümlich gehandelt wird (22) — sogar 61% „Nachrüstungsgegner" als politisches Indiz für eine angeblich zu erreichende „U n d u r c h f ü h r b a r k e i t" der Stationierung zu interpretieren. Es handelt sich um eine statistische Größe, nicht um eine politische. Das heißt, die 54% oder auch 58% sind keineswegs eine Größe, mit der sich rechnen läßt, wenn über den zu erreichenden realen Widerstand gegen die bevorstehende Stationierung kalkuliert wird. **Allein die Tatsache, d a ß viele „Nachrüstungsgegner" bereit sind, diese Frage irgendwelchen anderen Überlegungen „nachzuordnen", weist unübersehbar darauf hin, wie wenig ernst die „Nachrüstung" von ihnen letzten Endes genommen wird: daß sie also keineswegs als eine Ü b e r l e b e n s f r a g e begriffen wird.**



aus „UZ" (DKP), 18.3.83

Zu einem hohen Anteil handelt es sich um eine „Nachrüstungsgegnerschaft", die leicht von der jetzt freier und flexibler agierenden SPD aufgefangen werden wird oder die sich sogar — vor allem dann, wenn die Dinger erst einmal stehen — darauf einlassen wird, die „Nachrüstung" in den Abschreckungs-Glauben einzubauen oder sie als unvermeidliche Strafe für sowjetische Unnachgiebigkeit anzusehen. Einen interessanten Hinweis leistet uns die Tatsache, daß es wegen der seit Jahren in der BRD stehenden Tausenden von Atomwaffen bisher keine Unruhe gibt, die mit dem „Nachrüstungs"-Streit auch nur annähernd vergleichbar wäre: In einer Tabelle von Bundesbürgers Sorgen liegt die Kriegsgefahr auf Platz 3 (nach Arbeitslosigkeit und steigenden Energiekosten), die Rüstung in der Welt immerhin auf Platz 6 — **und die Waffenkonzentration in der BRD erst weit abgeschlagen auf Platz 21**, hinter klassischen deutschen Kardinalängsten wie „zuviele Ausländer bei uns" (Platz 8), „Rauschgiftsucht" (Platz 9) und „Orientierungslosigkeit der Jugend" (Platz 20). (23)

Eine Rolle wird für die Durchführbarkeit der „Nachrüstung" auch die Frage spielen, in welchem Maß die US-Regierung sich als glaubwürdige, ernsthaft bemühte Verhandlerin in Genf darstellen kann. In diesem Zusammenhang ist wichtig zu wissen, daß zwar wohl rund die Hälfte der BRD-Bevölkerung dem guten Willen b e i d e r Partner am Genfer Verhandlungstisch mißtraut (24), aber daß von der anderen Hälfte 43% die Vorschläge Reagans und nur 14% die Vorschläge Andropows für vernünftig halten. (25)

Als letztes Indiz: Umfrage-Ergebnisse über die Einstellung zur Friedensbewegung. Zuerst ein Leckerbissen für Berufsoptimisten. Bei einer Allensbach-Umfrage 1981 gaben 80% der Parole *„Frieden schaffen ohne Waffen"* eine positive Bewertung. Allerdings: bei genau der selben Umfrage bekannten sich 53% zur Doktrin „Frieden durch Abschreckung", während nur 22% diese ausdrücklich ablehnten (4). Das ergibt eine Schnittmenge von zumindest 27% Schizophrenen. Ebenfalls bei dieser Umfrage äußerten sich 46% positiv zum Stattfinden von Demonstrationen „gegen die Rüstung in Ost und West". Aber nur 29% äusserten sich auch zustimmend zu Demonstrationen gegen die „Nachrüstung". Das heißt, je allgemeiner und unverbindlicher das Aktionsziel definiert wird, umso breiter ist die Zustimmung in der Bevölkerung. Und je konkreter und „einseitiger" das Aktionsziel bestimmt ist, umso schmaler wird die Unterstützungsbasis.

Aus zwei weiteren Umfragen, beide von 1982, ergibt sich, daß 44-45% die Friedensbewegung ernst nehmen und sie insgesamt eher positiv einordnen, während nur 25-33% sich ablehnend oder mit erheblichen Vorbehalten äussern. Wenn es allerdings praktisch wird, sind nach einer Umfrage noch 35% prinzipiell bereit, irgendwie die Friedensbewegung zu unterstützen, während es nach der anderen Umfrage sogar nur noch bescheidenste 8% sind, die entweder in der FB aktiv sind oder zu Aktivitäten selbst bereit wären (26). Sehr aufschlußreich ist eine Emnid-Umfrage (Ende 1981), bei der u.a. gefragt wurde: **„Wie würden Sie sich verhalten, wenn US-Truppen hier in der Nähe Mittelstreckenraketen stationieren würden?"**. Vom Protest abraten würden demzufolge nur 16%, weitere 52% würden „nichts dafür und nichts dagegen tun". Zum Unterschreiben von Protestresolutionen wären 22% bereit, 6% würden auch bei Demonstrationen mitmachen, und 4% könnten sich ihre Beteiligung in einer entsprechenden Bürgerinitiative vorstellen. (5)

Das jetzt und in nächster Zeit mobilisierbare Widerstandspotential läßt sich aus diesen Zahlen ungefähr ablesen; die Friedensbewegung muß sich vermutlich sogar anstrengen, um dieses Niveau zu stabilisieren. Und die Frage der Durchführbarkeit der Stationierung entscheidet sich wesentlich am realen Widerstand, und nicht bloß an mehr oder weniger folgelosen, mehr oder weniger konsequenten "Meinungen", die mal gerade in der Bevölkerungsmehrheit bestehen.

Speziell von DKP-nahen Teilen der Friedensbewegung wird derzeit unter massivem Mitteleinsatz die bekannte "Nicht Siegen, Dabeinsein ist wichtig!"-Mentalität propagiert. Das heißt, es werden alle möglichen "Erfolge" aufgezählt, die die bundesdeutsche Friedensbewegung angeblich schon erreicht habe. Daß wir schon soviele sind, ist selbstverständlich ein Erfolg; daß über die "Nachrüstung" überhaupt diskutiert wird, ist ein Erfolg; daß die SPD sich als Friedens- und Öko-Partei kostümiert, ist ein Erfolg. Daß die Zahl atomwaffenfreier Straßen mittlerweile bundesweit vermutlich schon über 200 liegt und daß kürzlich sogar die erste atomwaffenfreie Berghütte gefeiert werden konnte ("UZ", 17.3.83) — ja, auch das muß selbstverständlich als Erfolg gelten, obwohl es doch eher ein Indiz für Blödheit oder gedankenlose Geschmacklosigkeit ist. Nur e i n e Sorte von Erfolgen fehlt in all den strahlenden Bilanzen: Erfolge hinsichtlich des Z w e c k s der Friedensbewegung, nämlich der Durchsetzung von Abrüstungsschritten oder, seien wir ruhig ganz bescheiden, der Verhinderung zusätzlicher Aufrüstung. An dem Punkt, auf den letzten Endes alles ankommt, sind unsere Erfolge tatsächlich nicht größer als NULL. Und es fragt sich, wie groß noch die Chancen sind, in den allernächsten Jahren an diesem Zustand etwas zu ändern. So betrachtet scheinen die optimistischen Spekulationen über die "Anti-Nachrüstungs-Mehrheit" eher verwirrend als klärend.

Dies alles möge nicht als Abwertung der Friedensbewegung gegen die "Nachrüstung" mißverstanden werden. Sie ist wahrscheinlich die breiteste und wichtigste politische Bewegung seit Bestehen der BRD. Nur spitzt sich leider die Sache immer mehr auf die Fragestellung zu, ob das r e i c h t. Und es stellt sich die Frage nach dem Sinn einer Strategie, die regelmäßig j e d e politische Niederlage mit penetrantester Mutmacher-Pädagogik zu begleiten pflegt.

Kt., Hamburg

Anmerkungen:

1) Eine Umfrage für Springers "Bild am Sonntag"; nach TAZ, 22.6.81
2) siehe Anm. 17
3) "Capital" 8/81
4) "Frankfurter Allgemeine Zeitung"/FAZ, 30.10.81
5) "Spiegel", 23.11.81
6) Umfrage für die "Newsweek". Präzise lautete die betreffende Frage, ob die "Nachrüstung" mehr Sicherheit für Europa bringe. 27% der befragten Bundesdeutschen gaben an, daß dadurch die Gefahr eines Angriffs auf Europa eher steigen würde.(FR, 9.3.82)
7) "Spiegel", 12.4.82
8) Vom Institut USICA (USA); nach "Spiegel", 10.8.81
9) So mehrere Allensbach-Umfragen, z.B. nach "Welt" vom 31.7.81, "Capital" 8/81 und FAZ vom 30.10.81. So aber auch die schon erwähnte Umfrage von Sample, die andererseits eine klare Mehrheit gegen die "Nachrüstung" konstatiert; nach "Stern", 10.12.82. (Letzteres dürfte gegen die Hypothese sprechen, daß der gigantische pro-NATO-Konsens nur eine Erfindung des bekanntermaßen CDU-nahen Allensbach-Instituts ist.)
10) siehe Anm. 3
11) nach "Welt", 30.4.80
12) nach "Spiegel", 2.3.81
13) nach "Welt", 7.8.81
14) Umfrage des Bundeswehrinstituts (II): WP überlegen 42,7%; NATO überlegen 10,9%; beide gleich stark 31,4,%. — Emnid-Umfrage (12): WP 52%; NATO 10%; gleich stark 37%. — Allensbach nach "Welt" vom 31.7.81: WP 46%; NATO 6%. — Sample für die "Bunte" vom 5.11.82: WP rund 50%; NATO 10%; gleich stark 37%. — Sample für den "Stern" vom 10.12.82: WP 35%; NATO 9%; gleich stark 34%; ohne Angabe 22%.
15) siehe Anm. 11 und "Bild", 18.6.80
16) Gallup für "Newsweek"; nach "Frankfurter Rundschau", 9.3.82
17) Allensbach fragte alternativ nach der Priorität, ob man im "Ernstfall" lieber einen (Atom-)Krieg vermeiden oder lieber die Demokratie verteidigen wolle. Das ergab in der unter (3) genannten Umfrage 48% für Vermeidung eines (Atom-)Kriegs, 27% für Verteidigung der Demokratie, 25% ohne Angabe. Dieselbe Frage einige Monate später gestellt ergab (nach FAZ, 30.10.81): Atomkrieg vermeiden 45%, Demokratie verteidigen 30%, ohne Angabe 25%.
18) z.B. laut Allensbach (nach FAZ, 30.10.81) antworteten auf die Frage "Hat der Osten den Willen zur Verständigung?" 36% mit Ja, 48% Nein, ohne Angabe 16%. Laut Wickert-Umfrage für die BamS (nach TAZ, 22.6.81) glauben 75% der Befragten nicht, daß die Sowjetunion "friedfertiger" wird, wenn die BRD einseitig abrüsten würde.
19) entfällt
20) Nach einer Allensbach-Umfrage (FAZ, 30.10.81) antworteten 53% zustimmend auf die Dktrin der (atomaren) Abschreckung. 22% antworteten ablehnend, 25% machten keine genauen Angabe.
21) Laut "Welt" (30.4.80) halten in den USA 24,3% die NATO für überlegen und 20% den WP; 34,5% halten beide für gleich stark; 21,2% ohne Angabe.
22) Die fast schon legendäre Zahl 61% geht zurück auf die Sinus-Umfrage ("Spiegel", 3.1.83). Danach antworteten 61% zustimmend zu der Frage, ob die Bundesregierung für eine Verschiebung der Stationierung eintreten solle, "um Zeit zu gewinnen", falls im Herbst 1983 noch kein Verhandlungserfolg in Genf erreicht ist. Diese 61% als "Nachrüstungs-Gegner" pauschal vereinnahmen zu wollen, grenzt schon ans Tollkühne. — Derselben Umfrage zufolge meinen 58%, daß die Bundesregierung die Stationierung ablehnen sollte, falls die USA in Genf nicht ernsthaft verhandeln.
23) Sample-Institut, in „Stern", 10.12.82.
24) Laut Sinus (22) bezweifeln 55%, daß in Genf ernsthaft verhandelt wird. Laut Gallup (nach „Welt", 25.1.83) erklärten 43%, daß sie keiner der beiden in Genf verhandelnden Seiten vertrauen.
25) Gallup (24)
26) Infas im Auftrag des WDR (nach „FR", 14.6.82): 45% nehmen die Friedensbewegung ernst, 10% halten sie für „Spinner", 15% für „kommunistisch gelenkt"; 35% wären bereit, die Friedensbewegung zu unterstützen. — Emnid („Spiegel", 12.4.82): 44% finden die Friedensbewegung gut, wollen sich aber nicht beteiligen; 6% sind aktiv oder würden vielleicht aktiv werden; 33% lehnen sie ab oder äußern Bedenken; 14% gleichgültig.

Fortsetzung von Seite 1

Reagans neue „Wunder-Waffe"

\+ Im Mai 1981 wurden zusätzliche 50 Mio. Dollar für die Entwicklung von Laserwaffen bewilligt. Begründet wurde dies mit den handelsüblichen Hinweisen, daß die Sowjetunion „auf Hochtouren" an einem Lasersystem arbeite und **„voraussichtlich bereits Mitte der 80er Jahre"** solche Waffen verfügbar haben werde.

\+ Im April 1981 startete die erste Raumfähre (Space Shuttle) „Columbia". Das Testprogramm war streng geheim; jedoch wurde allgemein und übereinstimmend davon ausgegangen, daß die Erprobung einer Laserkanone bereits zum Programm des ersten Fluges gehörte. Das Space-Shuttle-Programm bildet das Zentrum und den finanziellen Schwerpunkt der militärischen Weltraum-Projekte der USA. Bis 1999 sind mindestens 300 Flüge mit der bis zu 100mal wiederverwendbaren Raumfähre vorgeplant. Ende der 80er Jahre soll ein Rythmus von 24 Starts pro Jahr erreicht sein, der dann auf 40 Flüge jährlich gesteigert werden soll. Im Vordergrund des Projekts stehen militärische Zwecke. Seit 1977 übersteigen die Ausgaben für die militärische Nutzung der Raumfahrt die Kosten für zivile Projekte. Diese „Schere" soll zukünftig immer weiter geöffnet werden — es gibt bereits beträchtliche Einsparungen an zivilen Projekten, um noch mehr Mittel für die rein militärische Raumforschung freizubekommen.

> *„Wer vor dem anderen orbitale Strahlenwaffen zur Verfügung hat, könnte mit ballistischen Raketen einen atomaren Überraschungsangriff führen und den Vergeltungsangriff neutralisieren"* (A. Bärwolf in der „Welt", 10.6.81).

\+ Anfang Juni 1981 scheitert der erste Versuch, vom FLugzeug aus eine Rakete durch Laser abzufangen.

\+ Am 3.2.82 meldet die „FAZ", daß die USA derzeit 300 Mio. Dollar jährlich für die Laserwaffen-Entwicklung ausgeben, also 50% mehr als zur Zeit Carters. Der Kommentar merkt allerdings an, „die technischen Schwierigkeiten" seien **„so groß, daß an eine Realisierung wohl kaum zu denken ist"**.

\+ Im Juni 1982 bildet die US-Luftwaffe ein militärisches Oberkommando für den Weltraum. Die neue Stelle soll alle militärischen Aktivitäten imWeltraum, einschließlich der Forschung, koordinieren. Das Kommando nimmt am 1.9.82 in Colorado Springs die Arbeit auf. Gleichzeitig wird ein militärisches Forschungszentrum für Weltraumtechnologie mit Sitz in Kirtland (New Mexico) gegründet.

\+ Ende September/Anfang Oktober 1982 wird bekannt, daß die Regierung Reagan für die nächsten fünf Jahre eine **„außergewöhnlich große Erhöhung der Ausgaben für militärische Weltraumprojekte"** plant. Von 6,4 Mrd. Dollar 1981/82 sollen die Ausgaben steigen auf 8,5 Mrd. Dollar für 1982/83, 10 Mrd. Dollar für 1984 und rund 14 Mrd. Dollar für 1988.

Was soll also Reagans Ankündigung?

Das Weltraum- und Laserwaffen-Programm der USA ist offenbar schon ziemlich weit vorangeschritten. Reagans jetzt groß herausgestellte Ankündigung bedeutet sachlich überhaupt nichs Neues — Zumal sie mit keinerlei k o n k r e t e n Angaben ausgestattet war, welche wirklich n e u e n Schritte zur „Beschleunigung" der Projekte vielleicht geplant sein könnten.

Die von Reagan versprochene Wunderwaffe hat aber eine nicht zu übersehende massenpsychologische Funktion: Würde es wirklich zu einem atomaren Schlagabtausch zwischen den USA und der Sowjetunion kommen, müßte mit einer unvorstellbar großen Zahl von Toten auch in den USA gerechnet werden. Die Schätzungen liegen zwischen 80 und 160 Millionen Toten — wohlgemerkt allein in den USA! Dieser Umstand begünstigt, allen imperialistischen und aggressiven Grundtendenzen zum Trotz, Überlegungen über das Einfrieren und den Abbau der Atomrüstung. Gedanken dieser Art machen sich zwangsläufig immer mehr auch innerhalb der Herrschaftsklasse der USA breit. Diese Situation entwertet den Versuch, die Sowjetunion mit der Drohung atomarer Überlegenheit erpressen und in die Knie zwingen zu wollen. Andererseits will die US-Regierung nach wie vor für Zivilschutz-Programme möglichst wenig Geld ausgeben, weil sie militärisch sehr wenig „produktiv" sind. Derzeit sind es 150 Mio. Dollar im Jahr. Daß das kaum weniger als Nichts ist, ergibt sich aus einem Vergleich mit den 18 Mrd. Dollar, die für den Schutz der Kommando-, Kontroll- und Kommunikationssysteme der Streitkräfte bereits fest eingeplant sind („Welt", 17.8.82). Die Reagan-Regierung hat zwar mit ein bißchen Theaterdonner ein großes Zivilschutz-Programm (Evakuierungsvorbereitungen etc.) angekündigt, aber dafür sollen im Lauf der nächsten sieben Jahre auch bloß 4,2 Mrd. Dollar insgesamt aufgewendet werden — also kaum 50% der derzeitigen Ausgaben für militärische Raumfahrt in e i n e m Jahr.

Da bietet Reagans Laser-Wunderwaffe immerhin Hoffnung, in ein paar Jahren Gottes eigenes Land atomwaffendicht abschotten zu können und damit jenen Zustand endlich wiederherzustellen, der die USA schon zwei Weltkriege ertragen ließ. Unter demselben Motto — „Reagans Wunderwaffe schützt uns vor dem Atomtod" — möchten ein paar Leute das Projekt auch hierzulande massenwirksam verkaufen. Der Effekt scheint aber, soweit sich bisher absehen läßt, äußerst bescheiden zu sein. Nach ein paar Tagen verschwand die Sensationsmeldung wieder still und leise aus den Medien. Aus der Sicht der US-Regierung ist das immerhin ein halber Erfolg, denn daß die erklärtermaßen 'destabilisierende' Wirkung ihres Weltraum-Projekts kaum Beunruhigung und Protest hervorruft, bedeutet grünes Licht für die weitere Entwicklung.

Würde es den USA gelingen, eine derartige Raketenabwehr mit einer nahezu totalen Ausschaltquote zu schaffen, hätten sie faktisch ein Atom-Monopol und könnten die Sowjetunion atomar erpressen, ohne sich im geringsten noch um einen sowjetischen Gegenschlag Sorgen machen zu müssen. Nur bleibt das vorerst ein Wunschtraum: *„Seit 25 Jahren forschen wir auf dem Gebiet der antiballistischen Technologie. Auch in 20 Jahren werden wir noch keinen Durchbruch erzielt haben"*, sagt der ehemalige US-Verteidigungsminister McNamara („Welt", 26.3. — antiballistisch = gegen Raketen). Auch F.J. Strauß meint, daß das von Reagan angekündigte Abwehrsystem *„frühestens im Jahre 2000 einsetzbar sein könnte"* und daß bis dahin möglicherweise auch die gegnerische Angriffstechnik sich so weiterentwickelt hat, daß das Abwehrsystem schon wieder überholt ist („Welt", 26.3.).

> *„Die Raumfahrt ist den Weg gegangen, den sie gehen mußte. Hätte sie nicht die große militärische Bedeutung, gäbe es sie nicht"* (A. Bärwolf in der „Welt", 2.6.81).

In der Tat rechnen auch ärgste „Optimisten" nicht damit, daß die Wunderwaffe zur Raketenabwehr vor Mitte der 90er Jahre einsatzbereit sein könnte. Alle Experten sind sich einig, daß die noch zu überwindenden Schwierigkeiten zumindest enorm sind, und manche Fachleute halten das Problem sogar für praktisch nicht lösbar.

Es empfiehlt sich, sich durch das Gerede um die neue Wunderwaffe keinesfalls von den direkt für die allernächsten Jahre anstehenden Aufrüstungen und Kriegsvorbereitungen ablenken zu lassen. Aber die Suche nach einer totalen „Wunderwaffe" zur Erreichung des Atom-Monopols unterstreicht auch, mit welch extremer Entschlossenheit von den Herrschenden der USA A l l e s unternommen wird, um die Sowjetunion in die Knie zu zwingen und eine absolut ungeteilte Weltherrschaft zu erreichen.

Bundesregierung plant Verschärfung des Ausländergesetzes

Über 100.000 „Extremisten" sollen ausgewiesen werden

Nach ihrem Regierungsantritt im Herbst letzten Jahres setzte die CDU/CSU/FDP-Koalition eine Bund-Länder-Kommission zur Ausländerpolitik ein, die bis zum 1.3.83 umfassende Vorschläge für eine Neuregelung und Verschärfung des Ausländerrechts vorlegen sollte. Der nun vorliegende ca. 250 Seiten starke Bericht dieser Kommission wurde bereits Mitte Februar in der Öffentlichkeit bekannt. Nach bisherigen Informationen soll es auf Basis der dort entwickelten Vorstellungen und Vorschläge noch im Sommer des Jahres zu einer entsprechenden Gesetzesinitiative kommen.

An der Kommission Ausländerpolitik beteiligt waren das Bundesinnenministerium, das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, das Außenministerium, das Bundesjustizministerium, die Länderinnenministerien von Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, NRW, Niedersachsen, Bremen und West-Berlin sowie weitere politische Institutionen. Die Kommission hat den umfangreichen Themenkomplex in vier Ausschüssen bewältigt, deren Ergebnisse wir im folgenden darstellen wollen. Aufgrund des enormen Materialumfanges haben wir uns darauf beschränkt, nur die wichtigsten Vorschläge zu erwähnen. Bei Interesse kann darüber hinaus eine von uns erarbeitete knappe Zusammenstellung sämtlicher Kommissionsvorschläge bei der AG Ausländer angefordert werden (beachtet hierzu bitte den Hinweis am Schluß des Artikels).

Deutsch-Ausländische Solidaritätswoche

Ausschuß I: „Einreise und Aufenthalt"

Die Einreisebestimmungen und -kontrollen für Nicht-EG-Ausländer sollen erneut verschärft werden. Die Bundesregierung will sämtliche EG- und sonstige BRD-Anrainerstaaten dazu verpflichten, Transitvisa zur Durchreise in die BRD nur noch dann zu erteilen, wenn die betreffenden Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis für die BRD besitzen. Bei Grenzkontrollen sollen Ausländer u.a. genötigt werden, ihre „Touristeneigenschaft" gegenüber den Grenzbehörden zu b e w e i s e n.

Für die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen sollen weitere Einschränkungen gesetzlich fixiert werden: *„Im Ausländergesetz sollte eine Verordnungsermächtigung vorgesehen werden, aufgrund derer die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates allgemein oder für bestimmte Gruppen von Ausländern oder für bestimmte Aufenthaltszwecke die Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen ausschließen kann"*. Eine derartige Regelung würde der vom West-Berliner Innensenator Lummer bereits im November 1981 erhobenen Forderung entsprechen, pauschale Ausweisungstatbestände für bestimmte soziale Gruppen (z.B. junge Arbeitslose) oder Nationalitäten (z.B. für Türken) zu erlassen, soweit sich diese noch nicht im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis (frühestens nach 5 Jahren) oder einer Aufenthaltsberechtigung (frühestens nach 8 Jahren) befinden.

Die Kontrollbefugnisse und -tätigkeit der Ausländerbehörden und Polizei sollen erheblich ausgeweitet werden. Vorgesehen ist, Ausländer zu verpflichten, stets ihren Paß mit sich zu führen. Ein Verstoß gegen diese Bestimmung könnte u.U. die Ausweisung nach sich ziehen. Da mit Sicherheit die Aufenthaltserlaubnispflicht auch auf Ausländer u n t e r 16 Jahren ausgedehnt wird (siehe Ausschuß II), würde diese Regelung darauf hinauslaufen, daß auch ausländische K i n d e r stets ihren Paß mit sich herumtragen müßten!

Wie bereits in der Koalitionsvereinbarung vom Herbst letzten Jahres angekündigt, sollen Asylbewerber für die gesamte Dauer des Asylverfahrens keine Arbeitserlaubnis mehr erhalten (bisher 2jähriges Arbeitsverbot für Flüchtlinge aus Ländern des „freien Westens"; Ostblock-Flüchtlinge 1 Jahr). Für bestimmte Gruppen von Ausländern soll außerdem eine von vornherein auf einen bestimmten Zeitraum begrenzte Aufenthaltsregelung eingeführt werden. Dies gilt v.a. für Ausländer, die zu Studien- oder anderen Ausbildungszwecken in die BRD einreisen. Die Höchstdauer wird zeitlich befristet. Nach Ablauf dieser Zeit erfolgt — gleich, ob die Ausbildung bereits abgeschlossen werden konnte oder nicht — die Ausweisung. Außerdem soll geregelt werden, daß Ausländer nur noch bestimmte Studiengänge und Ausbildungseinrichtungen in Anspruch nehmen können. Der besondere Hammer: *„Deutschkurse werden nur an bestimmten, insbesondere öffentlichen Einrichtungen, und nur innerhalb des ersten Jahres des Aufenthalts zugelassen werden; wird die Abschlußprüfung im Deutschkurs dann nicht bestanden, ist der Aufenthalt zu beenden..."*.

Ausschuß II: „Familienzusammenführung"

Der Ausschuß legte eine Vielzahl von Regelungen vor, die den Nachzug von ausländischen Kindern, Ehepartnern, Eltern, Kindern aus deutsch-ausländischen Ehen usw.usf. in die BRD begrenzen, einschränken oder gänzlich ausschließen sollen. Ziel ist es den Zuwachs der ausländischen Bevölkerung „in diesem unserem Land" in engen Grenzen zu halten bzw. nach Möglichkeit die vorhandene Anzahl noch massiv zu reduzieren. Es wird dabei mit „Modellrechnungen" operiert, die von über 7 Mio. Ausländern im Jahre 2000 ausgehen (= 11,3% der Gesamtbevölkerung), wenn nicht rasch etwas unternommen werde. Derartige „Modellrechnungen" sollen eine Bedrohung der Deutschen durch Ausländer suggerieren; sie appellieren an speziell ausländerfeindliche oder rassistische Ressentiments, denn es geht dabei keineswegs um bevölkerungspolitische Maßnahmen als solche: Weder ist ein Zuwachs der Bevölkerung in der BRD insgesamt zu erwarten noch finden derart rigide Maßnahmen der Familientrennung Anwendung, wenn es darum geht, die hunderttausenden „deutschstämmigen" Sowjetbürger, Rumänen, Polen usw. in die BRD zu holen. Die Unterstellung, man könne im Jahre 2000 in dieser Größenordnung überhaupt noch „Deutsche" von „Ausländern" unterscheiden, birgt in ihrem Kern einen rassistischen Ansatz. Nach diesem Verfahren könnte man ebenso darangehen, z.B. die Bevölkerung des Ruhrgebiets aufgrund der Einwanderung polnischer Arbeitsemigranten um die Jahrhundertwende in „Deutsche", „Polen" und „Mischlinge" aufzuteilen und daraus politische Maßnahmen ableiten. Von den Konsequenzen derartiger „Modellrechnungen" blieben dann auch ihre Urheber nicht mehr verschont; so müßte z.B. der Hamburger Innensenator, der den Namen Pawelczyk trägt, als „Pole", zumindest aber doch als „nichtdeutsches Element" bezeichnet werden...

Die Mehrheit des Ausschusses II, darunter auch das Bundesinnenministerium, will einen Nachzug von Eltern „eingebürgerter" Ausländer in die BRD generell nicht zulassen. Ebenfalls setzt sich das Bundesinnenministerium dafür ein, daß der Ehegattennachzug von in der BRD geborenen oder aufgewachsenen Ausländern nur im Rahmen jährlich festzulegender Quoten gestattet werden soll. Die bereits bestehenden Einschränkungen (Nachzug nur, wenn sich der in der BRD lebende Ehepartner mindestens 8 Jahre hier aufgehalten hat und die Ehe mindestens 1 bzw. 3 Jahre besteht) bleiben dabei erhalten.

Am größten ist der Kreis der Betroffenen bei der geplanten Behinderung bzw. Verhinderung des Nachzugs ausländischer Kinder und Jugendlicher zu ihren in der BRD lebenden Eltern. Betroffen sind hiervon — wie auch von den o.g. Regelungen — Arbeitsemigranten und Flüchtlinge aus Nicht-EG-Ländern, darunter zahlenmäßig am gravierendsten Türken und Kurden. In der Diskussion sind noch verschiedene „Modelle" der Nachzugsbehinderung bzw. -verhinderung: Der Bundesinnenminister, Baden-Württemberg und West-Berlin setzen sich dafür ein, den Nachzug ausländischer Kinder generell nur bis zum 6. Lebensjahr zu gestatten. Der Bundesminister für Jugend und Familie plädiert für eine Altersgrenze von 8 Jahren. Bundesarbeitsminister Blüm möchte die bisherige Regelung (16 Jahre) behalten, allerdings mit der nicht unwichtigen Einschränkung, daß Kinder ab dem 6. Lebensjahr nur dann einreisen dürfen, wenn sie über entsprechende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen (was vermutlich nur in den seltensten Fällen gegeben ist). Bremen und Hessen wollen die bisherige Regelung beibehalten, wobei der Bremer Innensenator die Nachzugsgrenze wieder auf 18 Jahre hinaufsetzen will (Bremen ist z.Zt. das einzige Bundesland, in dem diese bis Ende 1981 bundesweit gültige Regelung praktiziert wird).

Insbesondere die SPD, aber auch FDP-Politiker versuchen sich an diesem Punkt in jüngster Zeit als besonders ausländer- bzw. familienfreundlich zu profilieren. Dabei spielt eine wesentliche Rolle, daß speziell der SPD in der Opposition derartige Sprüche nichts kosten, zumal sie damit weder im Bundestag noch im Bundesrat mehrheitsfähig sein dürfte. Noch am 14.4.82 hatten sich dagegen 8 Bundesländer, darunter auch SPD-regierte, im Bundesrat für die Herabsetzung der Altersgrenze auf 6 Jahre ausgesprochen. Entsprechende Forderungen wurden damals von Bundesarbeitsminister Westphal (SPD), von Holger Börner, vom NRW-Innenminister Schnoor u.a. erhoben. Zu glauben, in der SPD-Führung habe sich an diesem Punkt ein echter Sinneswandel vollzogen, liefe auf reinen Selbstbetrug hinaus. Hervorzuheben ist demgegenüber, daß sich ausnahmslos alle an der Kommission Ausländerpolitik Beteiligten d a f ü r ausgesprochen haben, auch u n t e r 16jährige ausländische Kinder und Jugendliche in die gesetzliche Aufenthaltserlaubnispflicht mit einzubeziehen. Damit ist die gesetzestechnische Voraussetzung gegeben, die es den zuständigen Ministerien jederzeit erlaubt, das Nachzugsalter per Erlaß herunterzusetzen oder den Nachzug auch gänzlich zu verbieten.

Es darf darüber spekuliert werden, ob sich Zimmermann & Co. mit dem derzeit radikalsten Vorschlag (Begrenzung auf 6 Jahre) aktuell durchsetzen können oder wollen. Sicher ist aber, daß die Bundesregierung mit Hilfe der SPD durch die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Aufenthaltserlaubnispflicht das entsprechende Instrumentarium dazu erhält, diesen Schritt jederzeit zu vollziehen.

Ausschuß III: „Integration"

Dieser Ausschuß ist alles in allem der unbedeutendste gewesen, da die etablierten Parteien in der Tat nicht vorhaben, die sozialen und rechtlichen Ansprüche der Ausländer zu erweitern. Es finden sich hier allerlei Definitionen und Aussagen zum Begriff der „Integration", zu „Integrationszielen", -absichten, -voraussetzungen, die letzthin weitgehend „interpretierbar" bleiben und der vorgegebenen Linie der Begrenzungs-, Ausweisungs- und Repressionspolitik nicht entgegenstehen. Zu erwähnen wären allenfalls Überlegungen, bestimmten Gruppen der 1. und 2. sowie folgender „Ausländergenerationen" die Einbürgerung zu erleichtern. Gegenwärtig ist davon auszugehen, daß nur eine Minderheit von Ausländern diese Möglichkeit wahrnehmen wird und auch wahrnehmen kann. Für die Mehrheit soll aus diesem „Angebot" ein propagandistischer und auch administrativer Druck erwachsen, wenn man nicht „Deutscher" werden wolle, doch bitte sehr zu gehen oder aber sich zumindest mit der massiven Diskriminierung abzufinden. Vorgeschlagen wird etwa, daß folgende Regelungen für Ausländer der 2. und weiteren Generationen gelten sollen, die sich n i c h t „einbürgern" lassen, aber dennoch in der BRD bleiben wollen:

— Ableistung der Wehrpflicht in der Bundeswehr
— Keine völlige Gleichstellung mit Deutschen bei der Einräumung bestimmter Positionen, etwa bei der Zulassung zu freien Berufen oder zu bestimmten Gewerben
— Keine Gleichstellung bei Gewährung bestimmter sozialer Leistungen, z.B. für ein Hochschulstudium
— Ehegattennachzug nur nach „Einbürgerung" des in der BRD lebenden Partners.

Befürwortet wurde in dem Ausschuß mehrheitlich die Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen (durch Änderung des Ausländergesetzes) für die Einführung von Zuzugssperren für Ausländer in bestimmte Gebiete der BRD.

Ausschuß IV: „Aufenthaltsbeendigung und sonstige Maßnahmen

Im bestehenden Ausländergesetz sind weitgefaßte Regelungen enthalten, die es den Ausländerbehörden erlauben, eine Einschränkung oder auch ein vollständiges Verbot der politischen Betätigung gegen einzelne Ausländer zu verfügen. In jedem Fall ist allerdings eine Einzelfallprüfung und -entscheidung nötig, was dem Repressionsapparat offenbar als zu mühsam und umständlich erscheint. Also will man sich per Gesetzesänderung eine pauschale Handhabe schaffen. Alternativ stehen sich dabei die folgenden Vorschläge gegenüber:

Alternative 1: Einführung eines gesetzlichen Verbots für bestimmte Formen der politischen Betätigung (z.B. Versammlungen, Demonstrationen, Flugblattaktionen) mit der Möglichkeit für die Behörden, im Einzelfall Ausnahmen zuzulassen.

Alternative 2: Die politische Betätigung bleibt grundsätzlich erlaubt. Jedoch Erleichterung von Verboten durch
— Klarstellung im Gesetz, daß jede politische Betätigung unerlaubt ist, die mit Verstößen gegen die Rechtsordnung (z.B. Versammlungsrecht) verbunden ist;
— individuelles Verbot der politischen Betätigung als gesetzliche Folge (zwingend oder im Regelfall) bei: einer vorangegangenen unerlaubten politischen Betätigung, der Mitgliedschaft in einer verbotenen Vereinigung, der Mitgliedschaft in einer Vereinigung, die sich **extremistisch** (!) betätigt oder eine solche Betätigung fördert oder unterstützt, dem Fehlen einer erforderlichen Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsgestattung sowie bei Beeinträchtigung der außenpolitischen Beziehungen der BRD, Anwendung von Gewalt, Unterstützung, Befürwortung oder Aufruf zur Anwendung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer, religiöser oder sonstiger Interessen.

So oder so: Mit derartigen Regelungen könnte die Betätigung jeder fortschrittlichen ausländischen Organisation, jeder in der BRD vertretenen Befreiungsbewegung praktisch vollständig verhindert werden. Insbesondere die Einbeziehung des von VS und Innenministerien bestimmten Begriffes „extremistisch" eröffnet weitestgehende Handhabe für ein Betätigungsverbot.

Man/frau muß dabei wissen, daß VS und Bundesinnenministerium von derzeit etwa 124.000 (!) „ausländischen Extremisten" in der BRD ausgehen, worunter ohne weiteres auch Mitglieder solcher Parteien und Organisationen fallen, die in anderen EG-Staaten parlamentarisch vertreten sind und dort z.T. höchste Staats- und Regierungsämter bekleiden (z.B. PCI, PCF, PCE).

Noch unglaublicher ist jedoch das Vorhaben, den Tatbestand „extremistische Betätigung" als Ausweisungsgrund in das Ausländergesetz aufzunehmen. Bei Vorliegen „extremistischer" Betätigung soll, um den Entscheidungsspielraum der Ausländerbehörden so gering wie möglich zu halten, eine Regel-Ausweisung, evtl. auch die in jedem Fall zwingende „Ist-Ausweisung" zur Anwendung kommen. Ebenfalls eine Regel- bzw. Ist-Ausweisung soll erfolgen bei Verletzung oder Gefährdung der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung" oder der Sicherheit der BRD, bei politisch motivierter Anwendung oder Androhung von Gewalt, bei Betätigung in einer verbotenen Organisation, bei mit Strafe bedrohten Verstößen gegen das Versammlungs- und Vereinsrecht und bei wiederholten Verstößen gegen das Verbot politischer Betätigung.

Seitens der CDU/CSU will man den Betroffenen außerdem jede Chance einer vorherigen gerichtlichen Überprüfung nehmen. Von der Polizei unter den o.g. Vorwürfen festgenommene Ausländer können dann sofort abgeschoben werden!

Der Ausschuß befaßt sich im folgenden mit einer Reihe weiterer Möglichkeiten zur Behinderung politischer Aktivitäten, zur Abschiebung politisch oder strafrechtlich in Erscheinung getretener Ausländer usw., die hier nicht näher ausgeführt werden sollen. Erwähnenswert ist allerdings, daß ein eigenständiger Ausweisungstatbestand „rechtswidriges Verhalten" geschaffen werden soll. Eine Ausweisung kann demnach bereits bei „Vergehen" erfolgen, die nur mit einer Geldbuße bedroht sind (z.B. bestimmte Verkehrsdelikte). Auch Drogenkranke sollen der Abschiebungsmaschinerie preisgegeben werden. Die Abhängigkeit von Heroin und anderen „harten" Drogen soll ebenfalls als Ausweisungstatbestand verankert werden.

Fortsetzung S. 28

Bundesweite Protestaktion wird vorbereitet

Auf Einladung der „Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen" (IAF), des „Initiativausschusses ausländischer Mitbürger in Hessen" und der Grünen-Landtagsfraktion in Hessen fand am 19.März in Frankfurt ein erstes bundesweites Treffen von ausländischen und deutschen Organisationen und Initiativen statt, um über ein gemeinsames Vorgehen gegen die neuesten Vorhaben staatlicher Ausländerpolitik zu beraten.

Anwesend waren etwa 50 Interessierte, darunter Vertreter/innen der Einlader, der GEW Hessen, der türkischen Organisationen Dev-Yol und DIDF, des KB, der GIM, der Volksfront, des Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnisses aus Hamburg, der GAL Hamburg, eines spanischen Verbandes sowie weiterer örtlicher Initiativen. Beschlossen wurde, ein bundesweites „Tribunal gegen Ausländerfeindlichkeit" sowie eine bundesweite Demonstration vorzubereiten, die beide Anfang Juni vermutlich in Frankfurt stattfinden sollen. Das nächste bundesweite Treffen wird am 9.April in Frankfurt stattfinden. Ort und Anfangszeit können bei der IAF in Frankfurt erfragt werden. Tel.: 0611/73 78 98

Direkte gewaltfreie Aktionen gegen die Vorrüstung nehmen inzwischen nicht nur eine zentrale Rolle in der Diskussion der Friedensbewegung ein, sie werden auch zunehmend von mehr Menschen aktiv getragen. Die gewaltfreie Blockade des Atomwaffenlagers in Großengstingen im letzten Sommer kann als Ausgangspunkt und Anstoß dieser Entwicklung in der Bundesrepublik gesehen werden. Ihr folgten am 12. Dezember 82 anläßlich des dritten Jahrestages des NATO-Doppelbeschlusses Blockadeaktionen im gesamten Bundesgebiet, hauptsächlich in Süddeutschland, an denen sich — soweit bekannt — 3000 Friedensbewegte beteiligten. Die Zahl der Teilnehmenden, Zahl, Dauer und Ausmaß dieser Aktionen werden im Rahmen der Osteraktivitäten eine weitere Steigerung erfahren.

Der KB ist an einigen Orten bei der Planung und Durchführung gewaltfreier Blockaden aktiv dabei; sein grundsätzliches Verhältnis zu derartigen Aktionsformen ist dagegen eher zwiespältig. Vor allem die befürchtete ,,Festlegung'' der Friedensbewegung auf das Prinzip der Gewaltfreiheit bereitet ihm arge Magenschmerzen, die sich dann in einem Bericht über das Frankfurter Treffen ,,Abrüstung jetzt! — Widerstand 83'' entladen haben (AK 231, S.14 und AK 230, S.10). Heftigst kritisiert wurde der mit diesem Arbeitstreffen verbundene Versuch, eine bundesweite Koordination direkter gewaltfreier Aktionen aufzubauen. Leider kommentar- und kritiklos wurden die Plädoyers gegen die Gewaltfreiheit und für eine Großaktion an der Frankfurter Air-Base im Herbst 83 von Claudia und Bernd aus dem Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie abgedruckt (AK 230, S.10/11). Vorausgegangen war ein kürzerer, mit einigen belächelnden Sticheleien durchsetzter Bericht über die Blockaden in Großengstingen und zum 12.12.82 (AK 229, S.10).



Gewaltfreie Illusion oder bloß Humor...? Foto: H.Reder

Friedensbewegung im Stationierungsjahr:

Radikal ins abseits oder Blümchen für die Polizei?

Aufs wärmste begrüße ich die wiederholten Aufforderungen des ,,AK'', die Friedensbewegung müsse im Jahr der Stationierung zu ,,radikaleren'', ,,weitergehenden'' Widerstandsaktionen kommen. Noch mehr allerdings wäre es zu begrüßen, könntet Ihr eine konkretere, diskutierbare Vorstellung geben, was darunter zu verstehen ist. Ich verlange nicht das Unmögliche, kein Patentrezept zur Verhinderung der Vorrüstung.

Aber eins: Wenn — wie der KB meint — eine konzentrierte Weiterentwiclung direkter gewaltfreier Aktionen, eine Koordination zum zivilen Ungehorsam unseren Widerstand unzulässig beschränkt, wenn dieses Konzept wichtige ,, weitergehende'' Aktionen gehorsam unseren Widerstand unzulässig beschränkt, wenn dieses Konzept wichtige ,, weitergehende'' Aktionen unberücksichtigt läßt und ausgrenzt — dann möchte man wenigstens wissen, w a s da eigentlich ausgegrenzt wird. der einzige bekannte Alternativvorschlag (Großaktion an der Frankfurter Air-Base), der ja in der vorgelegten Form auch nicht die Unterstützung des KB finden konnte, ist wohl durch die Absage der Startbahn-Initiativen inzwischen vom Tisch. Was für ,,weitergehende'' Aktionen sind es denn, die die Friedensbewegung in den kommenden Monaten auf die Beine stellen müßte und die mit einem Konzept direkter gewaltfreier Aktionen aber nicht zu vereinbaren wären?

Abgründe links und rechts

Ich denke, es kommt darauf an, in der Friedensbewegung ein Widerstandskonzept zu entwickeln, das einerseits so radikal wie möglich ist, andererseits gleichzeitig den höchstmöglichen Grad an aktiver Mitwirkung und öffentlicher Sympathie erreicht.

Radikalität läßt sich dabei allerdings nicht an der Zahl der Steinwürfe messen. Die Gleichung ,,Je gewaltfreier — desto staatstreuer und schwächer, je mehr ,,action'' — desto stärker!'' geht nicht auf. Sicher, so platt steht das nirgendwo geschrieben, und dennoch vermute ich, daß dieses Schema Hintergrund vieler Beurteilungen ist. Radikal ist eine Bewegung m.E. dann,

— wenn sie die Wurzeln des betreffenden Übels erkannt hat und dementsprechend nicht gewillt ist, sich mit dem Heilen von Symptomen zufrieden zu geben,

— wenn sie sich nicht länger bereit erklärt, die Verantwortlichen durch vorgebliche Sachzwänge, Unwissenheit o.ä. zu entschuldigen,

— wenn sie an ihren gesetzten Zielen festhält und sich nicht auf faule Kompromisse einläßt,

— wenn sie begreift, daß Bitten und Appellieren nicht zu tatsächlichen Veränderungen führt,

— wenn sie ihr politisches Ziel höher bewertet als das bürgerliche Gesetzbuch und nicht davor zurückscheut, herrschende Regeln zu übertreten.

Von einer solchen Radikalität ist die Friedensbewegung in ihrer Gesamtheit noch weit entfernt; Grundsatzdebatten über die Gewaltfrage werden sie mit Sicherheit nicht radikaler machen.

Die Diskussion um einen Widerstand, der den jeweiligen Bedingungen angemessen ist, bewegt sich immer am Rande zweier Abgründe. Links die Gefahr, durch konsequentes, aber unvermitteltes Vorstürmen in die Isolation zu rennen, rechts die Gefahr, durch Rücksichtnahme auf die Letzten in politischer Wirkungslosigkeit zu versinken. Hinzu kommt die Notwendigkeit, das jeweilige Verhältnis der eigenen Kraft zur Macht des Staatsapparates litischer Wirkungslosigkeit zu versinken. Hinzu kommt die Notwendigkeit, das jeweilige Verhältnis der eigenen Kraft zur Macht des Staatsapparates realistisch zu bestimmen, persönliches Risiko und erreichbares Ziel in ein angemessenes Verhältnis zu setzen.

Die Friedensbewegung kann — ebenso wie die Atomtod-Bewegung — unverrichteter Dinge ihre Sachen packen, wenn es gelingt, sie vor den Karren systemkonformer Scheinopposition zu spannen. Allerdings können wir unsere Koffer genauso bereitstellen für den Fall, daß es gelingt, dem antimilitaristischen Kampf die Basis zu entziehen. Eine Bewegung, die es nicht schafft, ihre Aktionen zu vermitteln, kann sich ihre Radikalität über kurz oder lang an den Hut stecken und wird an diesem Schmuck keine Freude haben. Wenn überhaupt die Chance besteht, den nächsten großen Krieg zu verhindern, dann nur, wenn weite Teile der Bevölkerung die herrschende ,,Verteidigungspolitik'' als Kriegspolitik erkennen und sich dagegen stark machen.

Ein Konzept direkten gewaltfreien Widerstandes scheint mir unter gegenwärtigen Bedingungen am besten geeignet, die Gratwandwanderung zu überstehen, den Spielraum der Friedensbewegung optimal auszuschöpfen, ohne in einen der beiden Abgründe abzukippen. Ein politisches Massenkonzept, welches die Gewaltfrage ,,offenläßt'', wie es immer so schön heißt, ist hier und heute undenkbar — wenn es sowohl kalte als auch durch Spontaneität geprägte heiße Tage mit einiger Stabilität überstehen will. Verbreitete Ablehnung von Gewaltanwendung — aus Angst, aus politischen, moralischen, religiösen Gründen — stehen dem absolut entgegen. Hinzu kommt ja, daß Gewaltanwendung unsererseits heute angesichts der Übermacht des Staatsapparates jedem sinn- und zwecklos erscheinen muß. Die ganze Gewaltdiskussion ist — unter praktischen Gesichtspunkten betrachtet — geradezu unsinnig, weil doch bereits jetzt für jeden offensichtlich ist, wer der Sieger einer ,,militärischen'' Kraftprobe bleiben würde. Und nicht nur, aber gerade weil das so ist, bleibt unverständlich, wieso die Möglichkeit breitester Aktivität und Sympathie durch ,,Offenlassen'' der Gewaltfrage eingeschränkt werden sollte.

Wenn sich Gruppen, die sich die meiste Wirksamkeit von konspirativen Einzelaktionen versprechen, ohne den Anspruch zu stellen, eine breite Bewegung aufzubauen, vehement gegen gewaltfreie Widerstandskonzepte wenden, so leuchtet das ein. Fragt sich allerdings, warum der KB, der sich nie selber für Weitwurftraining und Bodybuilding bei politischen Aktionen stark gemacht hat, um die Gewaltfrage so ein ausdauerndes Geschrei anstimmt.

Beliebige Definitionen

Beliebige Definitionen

,,Es ist vollkommen beliebig, was jeder Einzelne unter dem Begriff ,gewaltfrei' versteht'', schreibt Claudia vom Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie. Dieser Einschätzung kann man zustimmen und hinzufügen, daß auch die Motivation, sich für solch ein Widerstandskonzept einzusetzen, sehr unterschiedlich ist. Auffallend ist jedoch, daß gerade diejenigen, die sich aus vermeintlicher Radikalität gegen eine ,,Festlegung'' auf Gewaltfreiheit aussprechen, sich immer am harmlosesten und staatstreuesten Verständnis gewaltfreien Widerstandes orientieren und sich kaum die Mühe einer Differenzierung der vielen ,,beliebigen'' Standpunkte machen. *,,Ich unterstelle''*, schreibt Claudia weiter, *,,daß der Großteil, der diesen Begriff gebraucht, darunter friedlich und legal versteht.''* Es liegt mir fern abzustreiten, daß es solche Strömungen und Interpretationen gibt. Mir ist auch klar, daß eine solche Festlegung der Friedensbewegung auf erlaubtes Lieb-und-nett-sein unserem Widerstand nichtakzeptable Fesseln anlegen würde. Dennoch zeugt diese Aussage von einer falschen Einschätzung der gegenwärtigen Lage. Daß direkte gewaltfreie Aktionen heute von immer mehr Menschen befürwortet und für notwendig erachtet werden, ist doch nicht darauf zurückzuführen, daß die Friedensbewegung im Jahr der Stationierung lieber und harmloser werden will. Vielmehr ist Ausgangspunkt für die Verbreitung dieser Widerstandsformen der Gedanke, daß die Friedensbewegung weitergehende Schritte als bisher gegen die Mittelstreckenraketen einleiten muß. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der bisherigen Blockaden waren sich des illegalen Charakters ihrer Handlungen bewußt und haben sie trotzdem und gerade deswegen durchgeführt. Eine Argumentation, die dies nicht berücksichtigt und sich lediglich gegen Gewaltfreiheit = Ausdruck staatsloyalen Denkens richtet, geht an der realen Entwicklung in der Friedensbewegung vorbei.

Die relativ schnelle Ausbreitung direkter gewaltfreier Aktionen birgt die Gefahr der Verwässerung und Verharmlosung ihrer politischen Zielsetzung. Es wird in den kommenden Monaten darauf ankommen, in Abwägung zu berechtigten Ängsten und der Unerfahrenheit der Teilnehmenden, das kämpferische Moment dieser Aktionen weiterzuentwickeln und insbesondere denjenigen entgegenzutreten, die bewußt und taktierend bemüht sind, den Widerstand auf kleiner Flamme zu kochen.

Organisationen wie die DKP und das ,,Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit'' (KOFAZ) können es heute nicht mehr wagen, dem zivilen Ungehorsam die Unterstützung zu ver- Zusammenarbeit'' (KOFAZ) können es heute nicht mehr wagen, dem zivilen Ungehorsam die Unterstützung zu ver- sagen, ohne sich Ärger mit ihrer Basis einzuhandeln. Sie haben sich inzwischen weitgehend zu einer Unterstützung von Blockaden u.ä.durchgerungen, jedoch nicht ohne in jedem zweiten Satz auf die Notwendigkeit der Mehrheitsgewinnung durch Unterschriftenkampagnen hinzuweisen und in jedem dritten Satz die politische Funktion direkter Aktionen zu relativieren. Wer weiß, daß diese Organisationen das Argument von der notwendigen Mehrheit immer vorbringen, um auf Gewerkschafts- und SPD-Funktionäre, auf den allerletzten Uninformierten zu warten und damit einen effektiven Widerstand zu verhindern, weiß auch, was da auf uns zukommt: gewaltfreie Aktionen als ebenso nette wie wirkungslose Abwechslung zwischen Großdemonstration und Unterschriftensammeln.

Notwendig sein wird eine Diskussion um eine Reihe konkreter Fragen, die sich bereits in der Planung der Blockaden vergangenen Jahres und zu Ostern dieses Jahres als Streitpunkte erwiesen haben: Wie verhalten wir uns gegenüber der Polizei? Wo fängt Gewalt eigentlich an, etwa schon beim Selbstschutz durch einen Helm? Ist das Konzept abgeschlossener Bezugsgruppen nicht elitär und steht somit einem massenhaften Widerstand im Wege?...

Die Blockade in Großengstingen mag der Bewegung einen Anstoß gegeben haben, als ideales Vorbild kann sie keinesfalls genommen werden. Insbesondere die Planung der Osteraktionen beweist, daß die Friedensinitiativen durchaus in der Lage sind, vorhandene Erfahrungen kritisch und konstruktiv weiterzuentwickeln, ohne gleich das Kind mit dem Bade auszuschütten. Claudia jedoch möchte — ohne daß sich ihre Stellungnahme durch besonders große Kenntnis der Auseinandersetzungen um die Großengstingen-Blockade auszeichnen würde — gleich diskutieren, *ob solche Aktionen nicht eher schaden als nutzen.''*

,,Es ist in der Vergangenheit jedenfalls in den meisten Fällen nicht möglich gewesen, eine nicht genehmigte Demonstration oder einen nicht genehmigten Lautsprecherwagen ohne jegliche Auseinandersetzung mit der Polizei durchzusetzen, erst Recht natürlich keine Bauplatzbesetzung oder ähnliche Aktionen'' (Cl.). Meine Güte, bevor man eine Sache rundheraus ablehnt, sollte man sich wirklich mal etwas genauer damit beschäftigen! Es geht doch nicht darum, jegliche Auseinandersetzung mit der Polizei zu vermeiden, sondern darum, w i e diese Auseinandersetzung geführt wird. So schnell kann doch nicht vergessen sein, daß es auch gewaltfreie Bauplatzbesetzungen gegeben hat, daß wir uns gegen Verbote zumeist nicht mit Prügeleien durchgesetzt haben, sondern indem wir das Unerlaubte zu Vielen einfach getan haben. Ziviler Ungehorsam...

Natürlich ist mir klar, daß z.B. die politisch recht weitgehende Intention des Aufrufes zu Osterblockaden, der von der Hamburger Friedenskoordination initiiert wurde, längst nicht von allen getragen wird. Für vorwärtstreibender und überzeugender halte ich allerdings Diskussionen im Konkreten. Es wäre geradezu Aufgabe der Linken, das kämpferische Anliegen gewaltfreier Aktionen hervorzuheben, anstelle es zu ignorieren und zu leugnen.

Aber wenn ich, wie der KB, das einzig radikale Moment dieses Widerstandskonzeptes in einem Wechsel der Demonstrationsorte erblicken würde, würde ich mich wahrscheinlich auch nicht dafür stark machen: *,,Positiv an diesem Konzept ist, daß es eine Radikalisierung des Widerstandes über die Demonstrationen in Bonn und das Unterschriftensammeln hinaus versucht, indem es die Friedensbewegten, die Antimilitaristen, direkt vor die Stützpunkte ruft''* (AK 230). Es geht nun wahrlich nicht allein darum, anstatt einen Tag durch Bonn jetzt einmal rund um Bitburg (vorgesehener Cruise Missile Stationierungsort) zu latschen. Letztlich kommt es doch darauf an, was wir dort tun. Zudem engt diese Sichtweise den zivilen Ungehorsam auf Standortaktionen (die sicherlich einen zentralen Stellenwert haben werden und sollen) ein, ohne zu berücksichtigen, daß dieses Konzept vielfältigste Möglichkeiten des Widerstandes gegen die Kriegsplanung beinhaltet.

Verhinderung

,,Die Verhinderung der ,Nach'rüstung hängt aber nicht davon ab, ob wir ein besonders ausgefeiltes, moralisch einwandfreies Konzept haben'' (AK 230). Nein? Wovon denn? Abgesehen davon, daß das vorgeschlagene Widerstandskonzept hier auf seine Moral reduziert wird, steckt dahinter wohl der Gedanke, daß wir, die Bewegung, die von, daß das vorgeschlagene Widerstandskonzept hier auf seine Moral reduziert wird, steckt dahinter wohl der Gedanke, daß wir, die Bewegung, die Entscheidung über Stationierung oder nicht sowieso nicht in der Hand haben.

Nach der Bundestagswahl bin ich tatsächlich n o c h skeptischer als vorher, was die Chance einer Verhinderung der Stationierung angeht. Alles deutet daraufhin, daß uns die Mittelstreckenraketen so oder so beschert werden. Aber wenn wir nicht alles daran setzen, daß der kleine Rest verbliebener Hoffnung — und den habe ich mir tatsächlich noch bewahrt — nicht doch vielleicht Realität wird, dann sollten wir lieber gleich zu Hause bleiben. Und manchmal denke ich: wenn wir alle mehr im Bewußtsein unserer potentiellen Stärke handeln würden, wenn wir uns ab und zu ausmalen würden, welche Kraft im Grunde genommen hinter Hunderttausenden von Menschen steht, könnte dies unserem Widerstand mehr Entschlossenheit und notwendige Zuversicht verleihen.

Das beste Konzept gibt uns keine Erfolgsgarantie. Aber das, was w i r heute in der Hand haben, unsere Chance, liegt darin, ein möglichst gutes Konzept, einen breiten stabilen Widerstand zu entwickeln: gegen die Mittelstreckenraketen — und in dem Bewußtsein, daß ihre Verhinderung noch lange nicht die Verhinderung eines Krieges in Europa bedeutet, daß umgekehrt ihre Nicht-Verhinderung den Krieg nicht unmittelbar zur Folge haben wird. So oder so, wir müssen heute schon unsere Gedanken auch auf die Zeit nach dem Tag X lenken.

Spalter

,,Außerdem birgt die Festlegung auf ,gewaltfreie Aktionen' immer die Gefahr der Ausgrenzung, ja Spaltung in sich'', schreibt der AK (230) und wehrt sich damit gegen das Anliegen, eine bundesweite Koordination zur politischen Organisation direkten gewaltfreien Widerstandes aufzubauen. Eine Festlegung auf die I d e o l o g i e der Gewaltfreiheit sei verlangt worden, heißt es weiterhin (AK 231). Nun mag man hinsichtlich einiger Beteiligter tatsächlich Bedenken haben, ob es ihnen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nicht wirklich um die Ausgrenzung militanter Kräfte aus dem BAF-Spektrum ging

Für den Initiativkreis der Koordination insgesamt kann allerdings gesagt werden: Ziel der Koordination war es, all ,,*denjenigen, die an der Entwicklung des zivilen Ungehorsams in den kommenden Monaten interessiert sind,die Möglichkeit der Zusammenarbeit zu geben*''. Damit wurde niemandem eine bestimmte, gar gleichlautende ideologische Begründung für sein Interesse am zivilen Ungehorsam abverlangt. Was die Beteiligten außerhalb der Koordination anstellen, ist ganz und gar ihre Sache. Ebenso ausdrücklich, wie diese Feststellungen getroffen wurden, wurde betont, daß sich die Koordination nicht als Sprecherin d e r Friedensbewegung begreifen würde, sondern eben den T e i l der Bewegung zusammenfaßt, der sich die Entwicklung des direkten gewaltfreien Widerstandes zur Aufgabe setzt. Die Notwendigkeit, für weitere Aktionen Bündnisse mit anderen Kräften der Friedensbewegung anzustreben, wurde gesehen. Bereit waren auch alle, unterschiedlichste Widerstandsformen (außerhalb dieser Koordination) zu respektieren und sich von vornherein - gerade für den Fall von Kriminalisierung - solidarisch zu erklären mit a l l e n Friedensbewegten.

Ich will aufgrund vergangener Erfahrungen niemandem das Recht auf Mißtrauen absprechen, aber will man nicht einfach in Spekulationen herumstochern, kann man sich erstmal nur auf ausdrückliche Vereinbarungen und Zusagen beziehen. Und diese in der Haupttendenz als Spaltungsversuch zu titulieren, liegt nun wahrlich daneben und erinnert mich unangenehm an die DKP, die immer dann, wenn linke Kräfte eigenständige Aktivitäten auf die Beine stellen ohne vorher um Erlaubnis zu bitten, die Spaltung an die Wand malen. Wir haben der DKP nie Spaltung vorgeworfen, weil sie Unterschriften für den Krefelder Appell oder ähnliches gesammelt hat, sondern weil sie immer wieder versucht, der gesamten Bewegung ihr Konzept als ausschließliches aufzudrücken und dabei auch nicht vor den blödesten und undemokratischsten Tricks zurückscheut, um linksradikale Strömungen gänzlich aus der Bewegung auszuschließen.

Die Einheitlichkeit einer Bewegung macht sich nicht daran fest, daß sich alle zu jeder Zeit auf jegliche Aktion einigen.Der Zusammenhalt einer Bewegung drückt sich vielmehr aus durch gemeinsame Schwerpunktaktionen, in denen alle gleichermaßen ihre politischen Vorstellungen verwirklichen können und zu Kompromissen bereit sind. Er kommt zum Ausdruck durch das Bewußtsein, trotz aller Unterschiede für eine gemeinsame Sache zu kämpfen und prinzipiell untereinander solidarisch gegenüber Angriffen des Staatsapparates zu sein. Dazu gehört allerdings auch ein Höchstmaß an gegenseitiger Toleranz. (Ein nicht verwirklichtes Ideal!)

Das Problem der Spaltungan der Gewaltfrage ist kein einseitiges, sondern ein zweiseitiges. Genauso wie es immer Menschen geben wird, die der Staatsgewalt mit Gegengewalt antworten, wird es immer solche geben, die Gewaltanwendung ablehnen. Wollen beide Seiten gemeinsame Aktionen durchführen, werden sich b e i d e , gelinde gesagt, gestört fühlen. Das heißt, die Forderung ,,Keine Ausgrenzung des militanten Widerstandes!'', wie sie vom KB im Allgemeinen vertreten wird, ist keine angemessene Antwort. Notwendig ist vielmehr eine differenzierte Diskussion auf dem Hintergrund der Erfahrungen der Anti-AKW- und der Startbahn-Bewegung, ob und wie die ,,Einheit in der Vielfalt'' praktikabel ist.

Nicht nur das Bekenntnis zur Einheit, sondern auch das zur Vielfalt einer Bewegung sollte ein ehrliches sein. Wenn ich unter gegebenen Bedingungen für eine Schwerpunktsetzung und Weiterentwicklung von Handlungen des zivilen Ungehorsams plädiere, ist mir durchaus bewußt, daß diese Form des Widerstandes die Arbeit der gesamten Friedensbewegung nicht ausschließlich bestimmen kann und darf. Weitere Aufklärungsarbeit, Großdemonstrationen und anderes werden dadurch nicht ersetzt, sondern notwendigerweise ergänzt. Im Grunde genommen ist es geradezu ein Glück daß sich die verschiedenen Friedensinitiativen und Organisationen unterschiedliche Schwerpunkte ihrer Arbeit setzen.

Die Kompromißversuche des KB auf dem Frankfurter Arbeitstreffen waren zwar ehrenwert, aber von vornherein zum Scheitern verurteilt. Wenn die eine Seite auf die Charakterisierung ,,gewaltfrei'' keinesfalls verzichten will, die andere Seite diese Bezeichnung unter keinerlei Umständen akzeptiert, dann steht man dazwischen leider auf völlig verlorenem Posten...

Mein Anliegen: Der KB möge sich inhaltlich-politisch mit der Idee und aktuellen Praxis des direkten gewaltfreien Widerstandes und zivilen Ungehorsams auseinandersetzen und — da ich eine Zustimmung nicht erwarte — wenigstens Ansätze einer greifbaren ,,radikalen'' Alternative für die Friedensbewegung zur Diskussion stellen. Der KB möge überprüfen, ob es sein bisheriges politisches Grundverständnis wirklich nicht erlaubt, ein Konzept direkter gewaltfreier Aktionen aktiv mitzutragen, ohne sich dabei ausschließlich und ideologisch festzulegen.

Sabine
Hamburg, März 83

Der Nachschub

—Stoppt die Munitionstransporte!—

Wie bereits im letzten ARBEITRKAMPF kurz dokumentiert, bereiten sich v.a. in Norddeutschland Gruppen der Friedensbwegung darauf vor, die US-Munitionstransporte durch die BRD zu behindern und — falls möglich — auch zu verhindern. Als gelungenes Vorbild solcher bundesweiter dezentraler Aktionen gilt die Kampagne der niederländischen Kriegsgegner, die 1982 die Transporte von US-Munition durch die Niederlande (vorerst) stoppen konnten (siehe hierzu die Berichte in AK 217).

Wir wollen im Folgenden die bislang bekannt gewordenen Fakten zu den Transporten darstellen und Auszüge aus den bisher vorliegenden Konzeptionen für den Widerstand zur Diskussion stellen. Abschließend noch die ersten Reaktionen der Staatsgewalt auf die gerade erst anlaufende Kampagne der Friedensbewegung.

Umschlaghafen Nordenham

Bereits seit 1946 ist der westdeutsche Hafen Nordenham (in der Nähe von Bremen) einer der zentralen Umschlagplätze von US-Munition für Europa und den Nahen Osten. Die Ladung der US-Schiffe wird hier angelandet und gelöscht, um dann — via Binnenschiff oder Bundesbahn — quer durchs Land transportiert und verteilt zu werden. Bisher handelte es sich um ca. 90.000 Tonnen US-Munition im Jahr; die geplante Einlagerung von zusätzlichem Kriegsmaterial für weitere sechs US-Divisionen (diese sollen nach dem Wartime Host Nation Support Programm in ,,Krisenfällen'' eingeflogen werden und ihre Ausrüstung hier an Ort und Stelle übernehmen), wird aber mit Sicherheit die Transportmenge noch um einiges erhöhen. Außer der amerikanischen wird aber auch noch englische, französische und westdeutsche Munition in Nordenham umgeschlagen. Zum Vergleich: In Emden wurden 1981 21.360 und in Schwinge (bei Stade) 16.000 Tonnen gelöscht. Nach Angaben des Arbeitskreises Wesermarsch, Initiator der Kampagne, sollen dies bislang die drei einzigen Häfen sein, in denen US-Munition verladen wird.

Grundlage für die Wahl von Nordenham war neben der unmittelbaren Küstennähe v.a. eine relativ gute Infrastruktur (Bahn Nordenham-Bremen, Bundesstraße 212, beide werden/wurden gerade modernisiert, erneuert und ausgebaut). Daß die US-Militärs dennoch Anfang 1982 versuchten, das Hauptkontingent ihres Nachschubs über den niederländischen Hafen Eemshaven einzuschleusen, hatte v.a. den Grund, daß sie zunehmend alle ihre Planungen auf alle Eventualitäten eines realen Kriegsfalles ausrichten.: ,,*Zum Hintergrund der angepeilten, jetzt aber zunächst wieder vertagten Verlegung des Umschlagplatzes war zu hören, daß der Nordenhamer Hafen zwar gute Voraussetzungen für den Umschlag biete, die Bahnlinie in Richtung Süden aber Schwachpunkte wie etwa die Eisenbahnbrücke über die Hunte in Huntebrück in der Stadt Elsfleth aufweise. Falle diese Brücke einmal aus, gebe es keine Möglichkeit, den Nachschub auf dem Bahnwege weiterzubefördern''(KZW,23.2.82).*

Der Anlaufhafen der Schiffe ist der Privathafen der Gesellschaft MIDGARD, die sich aber im Besitz der VEBA und damit letztlich des Bundes befindet. Transportiert wird die Munition hauptsächlich auf dem US-Schiff ,,American Rover'', sowie der ,,Am. Ranger'', ,,Am. Challenger'' und ,,Am. Monarch'' (die letzten drei wurden allerdings längere Zeit nicht mehr gesichtet.). Diese Schiffe gehören der US-Navy; es sind Militärschiffe mit blaugrauem Anstrich und wahrscheinlich mit leichteren Waffen ausgerüstet. Die Munition, die sie mit sich führen, kommt aus Sunny Point, einem US-Marinehafen. Hinzu kommen noch mehrere Handelsschiffe, die von den Marinehafen. Hinzu kommen noch mehrere Handelsschiffe, die von den Militärs gechartert werden, z.B. die ,,Bay'' unter US-Flagge brachte im Juli '82 rund 2.000 Tonnen Munition aus dem Militärhafen Barry (Wales), wo sich US-Basen befinden. Die Hinzunahme zusätzlicher Schiffe ist hauptsächlich auf das Wartime Host Nation Support Programm zurückzuführen, das ja eine Aufstockung der US-Depots in der BRD vorsieht.

Ungefähr einmal alle zwei Wochen wird Nordenham von einem der genannten Transporter angelaufen und dann geht's los: ,,*Drei, vier, fünf Tage lang wird dann Munition entladen. Rund um die Uhr arbeiten extra angeheuerte Schüler oder Arbeitslose. Tempo. Tempo. Nato-Draht um's Schiff. Wachen im ganzen Hafengelände. US-Militärpolizei, aber auch deutsche Zivilangestellte in US-Uniform laufen schwerbewaffnet überall rum. US-Checker, höhere Offiziere, kontrollieren den Umschlag. Sie sind auch die ersten, die sich verpissen, wenn MIDGARD-Leute allzu routinemäßig mit dem Zeugs umgehen. Wenn zerbrochene Paletten kurzerhand mit zwei Gabelstaplern in die Zange genommen werden, oder wenn Munitionskisten zwischen Schiff und Pier ins Wasser fallen, weil mal wieder keine Sicherheitsnetze gspannt wurden. Lächerlich die Maßnahmen gegen Brandgefahr: zwei bereitliegende Wasserschläuche, ein Mann und ein alter Opel-Blitz-Feuerwehrwagen'' (taz, 14.2.83).*

Zum Inhalt der gelöschten Ladung gibt der Arbeitskreis Wesermarsch an:
,,*1. Container mit der Aufschrift US-MILVAN, Inhalt unbekannt.*
2.Stückgut:
a) Granaten ca. 60 - 80 cm lang auf Paletten.
b) Zünder, Holzkisten 100 x 50 x 30 cm. Diese Kisten werden auf Schaumgummi gebettet, das im Zug und auf der Pier liegt (stoßempfindlich).
c) Munition für alle möglichen Handwaffen (Pistolen, Gewehre, MP, MG, usw).
d) Kisten mit radioaktivem Material (Klassifizierung nach EVO Nr. 6D).
e) Kisten mit chemischen Kampfstoffen
f) und sichlich alle anderen Arten von Munition wie Handgranaten, Splittergranaten, Napalm, usw.''

Die Bremer vermuten, daß eventuell auch Teile der Cruise missiles und Pershing über Nordenham angeliefert werden können.

Die Munitionsschiffe

Zum Transport der Munition werden neben Bundesbahn und LKWs auch Binnenschiffe eingesetzt (s.Steckbrief). Neben der Kennzeichnung mit drei blauen Kegeln (explosionsgefährdete Güter), kommen auch noch zwei Kegel zur Anwendung für den Transport von ,,Ammoniak und anderen gleichgestellten Gütern'', d.h. Phosgen, Chlor, Fluor sowie organischen Halogen- und Phosphorverbindungen, also schlicht chemische Kampfstoffe. Die vier bekannten C-Waffendepots in Hanau, Maßweiler, Fischbach und Viernheim befinden sich auch alle im Umkreis des Entladehafens Gernsheim. Die Transporte laufen ebenfalls in umgekehrter Richtung (Modernisierung der C-Waffen durch die USA).

Die Munitionszüge

Pro entladenem Frachter fahren etwa 15 Züge in unregelmäßigen Abständen, tags und nachts. Da die Züge zwischen den normalen Linienzügen der DB weitergelotst werden müssen, kann es unterwegs zu Rangier- und Haltepausen kommen (siehe Steckbrief). Daß diese Transporte nicht so ganz ungefährlich sind, zeigte sich 1969, als auf dem Bahnhof Hannover-Linden ein solcher Transport teilweise Feuer fing und einige Waggonladungen explodierten. Der Bahnhof wurde ,,*verwüstet wie nach einem schweren Bombenangriff''* (Hann.Presse, 23.6.69).

„Szenen aus der nahen Zukunft" — Überlegungen zum Widerstand

Nach dem Bekanntwerden des Aufrufes des AK Wesermarsch bildeten sich in verschiedenen Orten entlang der Transportstrecken Gruppen, um zunächst mal zu erforschen, wo und wann die Transporte durchkommen. In einigen Orten kam es bereits zu ,,öffentlichen Begrüßungen'' der Schiffe bzw. Züge. Voll im Gange ist die Diskussion, wie denn eine möglichst wirksame Störung/ Beendigung der Transporte erreichbar wäre. Erste öffentliche Überlegungen hierzu stellt der AK Wesermarsch zur Diskussion. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Papier:

„Alle Leute in Bremen und Umgebung wissen Bescheid: irgendwann in den nächsten drei Tagen werden wieder die Munitionstransportzüge kommen.
Überall hängen entsprechende Plakate rum, liegen Flugblätter und Aufrufe. An jeder öffentlichen Mauer stehen Parolen. Auch auf den Ostermärschen hieß es überall:LASST SIE NICHT DURCHKOMMEN!! ...
In ganz vielen Wohnungen sind die Radios eingeschaltet auf UKW 104 MHz. Radio Zebra. Da kommt dann endlich am Donnerstagmorgen um 7.00 Uhr früh die Nachricht - kurz vor dem Bremer Hauptbahnhof hat eine Gruppe von 60 Leuten den Munitionszug zum Stehen gebracht. Ein Signal war außerplanmäßig auf „Rot" gestellt. (...). Diese Nachricht wird auch im gesamten Stadtgebiet über ein Telefonalarmsystem verbreitet. Überall schwingen sich die Leute auf ihre Fahrräder, in ihre Autos. (...). Im Laufe der nächsten Viertelstunde sammeln sich vielleicht 300 bis 400 Menschen.

Fortsetzung nächste Seite

Friedensaktionskonferenz am 16./17. April in Köln

Zur Kölner Aktionskonferenz lädt ein Teil der Friedensbewegung ein (Aktion Sühnezeichen, BBU, BUKO, DFG/VK, Frauen für den Frieden). Obwohl ein ,,offizielles'' Bündnis für solche Zwecke wie die Vorbereitung einer großen Friedenskonferenz vonnöten und sicherlich demokratischer wäre, kommt der Aktionskonferenz doch eine wichtige Bedeutung zu. Denn erstens ist für das Jahresende die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles angesagt, und zweitens, das ergibt sich daraus, ist es notwendig, zu gemeinsamen, großen, alle Teile der Friedensbewegung einbeziehenden Aktionen in diesem Jahr zu kommen, und solche Aktionen brauchen eine längere Vorbereitungszeit. Deshalb soll die Konferenz nicht wie im letzten Herbst nur eine ,,hochkarätige Informationsbörse'' sein, vielmehr sind konkrete Beschlüsse über Widerstandsaktionen in den kommenden Monaten zu erwarten.

Hauptdiskussionsgegenstand werden die Sommer- und Herbstaktivitäten sein, sowie ein Aufruftext für die Herbstaktivitäten. Während die Sommeraktionen nicht umstritten sind — bisher liegt nur der Vorschlag für Camps vor — und vielfach politisch als nicht so schwergewichtig eingeschätzt werden, ist es im Vorfeld der Konferenz zu Auseinandersetzungen über die Herbstaktionen gekommen. Im Kern geht es dabei um die Orientierung vor allem SPD- und DKP-naher Kreise auf Bonn als einzigem zentralem Demonstrationsort. Somit werden nach bisherigem Stand zwei Vorschläge zur Diskussion gestellt: 1.Auf Anregung von J.Dietrich (VDS), Gerd Greune (DFG-VK) und Jo Leinen (BBU) soll parallel zur UN-Abrüstungswoche (15.-22. Oktober) eine dezentrale Aktionswoche stattfinden. Jeder Tag, so ein jüngster Vorschlag, soll sich auf einen sozialen Bereich konzentrieren, so daß es einen Tag der Kirchen geben soll, einen Tag der Frauen, der Arbeitnehmer, der Ministerien usw. Abgeschlossen werden soll die Aktionswoche am 22.10. mit einer ,,friedlichen Belagerung des politischen Stationierungsortes Bonn''. Dafür werden schon Zahlen von 1 Million Menschen gehandelt.

2. Statt der Großdemonstration in Bonn werden von der Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen und der Hamburger Friedenskoordination mehrere (drei) große Demonstrationen/Aktionen in Nord-, West- und Süddeutschland vorgeschlagen. ,,*Wir lehnen eine zentrale Großdemonstration in Bonn am 22.10.83 ab. Neben dem Problem, daß viele Gruppen sich nicht mehr nach Bonn mobilisieren lassen, neben dem kräftezehrenden Aufwand spricht v.a. die neue politische Lage nach der Wahl gegen eine Zentraldemo in Bonn. Die frisch eingesetzte Rechtskoalition durch eine solche Veranstaltung unter Druck setzen zu wollen, bleibt eine Illusion. Wir sehen auch keinen Sinn darin, sich mit einer Bonner Großdemonstration insbesondere an die oppositionelle SPD zu wenden. Die Friedensbewegung darf nicht zu einem Anhängsel einer lediglich gemäßigten Opposition gemacht werden, die bisher nicht bereit ist, klar gegen den geplanten Stationierungsbeginn Stellung zu nehmen. Im Herbst muß die Friedensbewegung deutlich machen, daß sie unabhängig von den Genfer Verhandlungen (ohne diese aus der Verantwortung zu entlassen) gegen die Stationierung vor Ort mit vielfältigen Widerstandsaktionen vorgehen wird. Die Veranstaltungen am 22.10. müssen neben der Breite der Bewegung diese Tendenz deutlich machen.*'' Deshalb werden (neben Bonn) Aktionen an mehreren Orten mit demselben Gewicht vorgeschlagen. ,,*Dabei sollte der Charakter der Veranstaltungen vom Widerstandsgedanken geprägt sein, indem etwa in Bonn das Verteidigungsministerium belagert wird...*''

Obwohl dieser Vorschlag insofern eindeutig Kompromißcharakter hat, als Bonn mit in Planung einbezogen ist, hat das ,,Bonner Spektrum'' (hauptsächlich um das KOFAZ-Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit) keine Bereitschaft zum Einlenken gezeigt. Deshalb ist für die Konferenz zu befürchten, daß diese Kreise ihren Vorschlag durchstimmen lassen. Dann könnte sich für diese Herbstaktivitäten eine gespaltene Situation und in bezug auf die Mobilisierung für die unterschiedlichen Aktivitäten eine 'Kraftprobe' ergeben. Fragt sich, ob diejenigen die den ,,Minimalkonsens'' in der Friedensbewegung vertreten wie Sauerbier in der wichtigen Frage der Herbstaktionen tatsächlich zu einem Konsens finden können. Es empfielt sich, die Konferenz gut vorzubereiten — und dafür dürfte auch gehören, konkrete Vorschläge für große Aktionen am 22.10. an Stand- bzw. Stationierungsorten zu präsentieren.

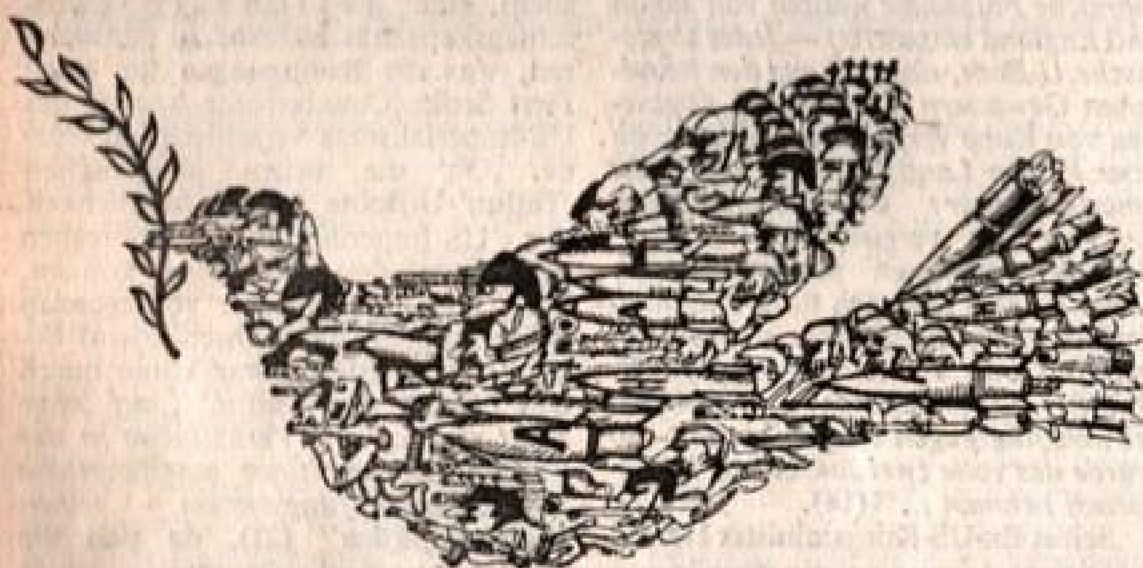
Beginn: 16.4. um 13 Uhr in der Pädagogischen Hochschule, Gronewaldstr. 41 in Köln.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Sie können aber nicht bis zu dem ersten Blockadetrupp kommen, weil der inzwischen von Bullerei total umstellt ist. Entlang des gesamten Zuges stehen ebenfalls Wachmannschaften. Dazwischen hirseln diverse Reporter rum. CBS hat ein Fernsehteam geschickt. Totale Hektik. Viertel nach sieben fangen die Bullen an, die Leute von den Schienen zu schleppen. Sie haben darauf verzichtet, Hunde einzusetzen, weils von Hand auch ziemlich schnell geht und besser aussieht. (...).

STOPPT DEN BOMBENZUG! MUNITIONSTRANSPORT IST VÖLKERMORD! LASST SIE NICHT DURCH! KRIEG DEM KRIEG! (...)

Mittags in den Nachrichten ist zu hören, daß der Munitionszug kurz vor dem Bahnhof Hemelingen durch brennende Autoreifen auf den Gleisen nochmal gestoppt wurde, im Raum Hannover eine weitere Menschenblockade stattfand.... Überall in Bremen wird diskutiert, wie man auf die Züge reagiert, die am Freitag kommen werden. Hochstimmung, als bekannt wird, daß kurz vor Oldenburg auch ein Binnenschiff mit US-Munition für eine Dreiviertelstunde aufgehalten worden ist.



Miodrag Veličković

Auch im Hauptbahnhof herrscht totales Durcheinander. Berufsverkehr, Bullen, die hinter Flugblattverteilern herrennen. Sämtliche Züge haben Verspätung. Hitzige Diskussionen auf den Bahnsteigen. Nach einer halben Stunde, so gegen 7.30 Uhr fährt schließlich der Munitionszug ein. Vorweg eine Draisine mit Wachmannschaften, Hunden, alle bis an die Zähne bewaffnet. Ohrenbetäubender Lärm. Irgendwo in der Halle hat jemand eine Sirene in Gang gesetzt. (...). Plötzlich wird aus der obersten Etage des Hotels „Columbus" ein Transparent runtergelassen:

Und dann passiert, was keiner glauben wollte: eine Grußbotschaft (immerhin!) des SPD-Unterbezirks Ost trifft ein, in der die Hiwi-Rolle des Senates und der Polizeieinsatz scharf kritisiert wird. Der Bezirksverband der GdED (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands) ruft unter der Parole „Lasst sie nicht durch! Lieber heute blockieren als morgen krepieren!" zur Beteiligung an der Kundgebung auf.(...).

Könnte das so aussehen?

Nach ellenlangen Diskussionen in verschiedensten Gruppen ist scheinbar klar, daß wir bei der Entwicklung des Widerstandes gegen die Munitions- und Waffentransporte nur weiterkommen, wenn größere Blockaden stattfinden. Das ist der Engpass, durch den wir durchmüssen. Dahinter liegt das weite Feld der Vielfalt des Widerstandes. Wenn wir Blockaden sagen, meinen wir „Menschenblockaden". „Technische Blockaden", also mit anderen Worten, Sabotageaktionen gegen die Transporte, sind wahrscheinlich leichter zu machen. Ihr politischer Zweck ist auch einsehbar, aber der entscheidende Punkt, um den Widerstand zu verbreitern und ihm neue Impulse zu geben, neuen Schwung zu bekommen, sind schlicht und einfach „Menschenblockaden" —— das heißt, daß sich eine nennenswerte Anzahl von Menschen aus den verschiedensten Zusammenhängen, Gruppen und Initiativen höchstpersönlich den Zügen in den Weg stellt/setzt/legt.

Weil wir das meinen, legen wir Grundzüge eines Blockadekonzepts vor und wollen darüber diskutieren.

Der erste Punkt lautet:
Wir wollen bei einer Blockadeaktion keine Hauerei mit den Wach- und Begleitmannschaften. Eine größere Menschenblockade läßt sich nicht im Geheimen vorbereiten. Wir müssen darum auch mit massivster Anwesenheit von Polizei und Bahnpolizei rechnen. Sie werden den Zug so absichern, daß die Amis selber sich total im Hintergrund halten können. Die Amis haben kein Interesse, als Besatzer in Erscheinung zu treten, sondern verlangen und bekommen extreme Sicherungsmaßnahmen seitens der BRD,von Bullerei, VS, MAD, BKA etc.pp.

Aus dieser Situation heraus, aus unserem Interesse, den Widerstand in größerem Umfang anzufachen, ergibt sich, daß es falsch wäre, eine Schlacht auf den Schienen zu veranstalten, ein kamikazemäßiges Strohfeuer auf den Gleisen anzuzünden. Das ist nicht der Ausfluß eines Dogmas von „Gewaltfreiheit", sondern konkreter Überlegungen. Allerdings kann niemand eine Garantie dafür übernehmen, daß die Bullerei sich friedlich verhält. Wir können nur hoffen und darauf hinarbeiten, daß deren Energie gebremst wird durch eine breite öffentliche Untermauerung solcher Aktionen und durch die breite Beteiligung eines erheblichen Teils dieser Öffentlichkeit an den Aktionen selber.

Es könnte sein, daß es im Umkreis von Menschenblockaden auch zu Sabotageaktionen gegen die Transporte kommt. Es ist ja sogar so, daß eine „Menschenblockade" auch nur möglich ist, wenn der Zug vorher mit technischen Hilfsmitteln zum Stehen gebracht wurde. Sabotageaktionen, bei denen offenbar die Gefährdung menschlichen Lebens ausgeschlossen ist, würden die Wirkung von massenhaften Blockaden wohl nicht beeinträchtigen, sondern zusätzlich Signale setzen, daß eben die Kriegsvorbereitungen auf massiven, breit gefächerten Widerstand treffen, der in seiner Gesamtheit für die NATO-Strategen schwer kalkulierbar werden kann."

Die ersten Reaktionen der Kriegsplaner auf diese gerade erst anlaufende Kampagne sind deutlich:
— Bereits im Oktober 82 wurde ein Team von Radion Bremen bei Dreharbeiten am Pier von Nordenham plötzlich von einigen US-Militärpolizisten mit gezogenen Waffen umstellt und dann durchsucht.
— Am 2.März wurden acht Wohnungen in Bremen von mehr als 100 Ordnungshütern durchsucht. „Gefahndet" wurde nach den Herausgebern eines angeblich gefälschten Briefes des Bremer Innensenators, in dem dieser auf die Munitionstransporte der US-Streitkräfte und fehlende Katastrophenschutzpläne hinwies. Sechs Leute wurden ED-behandelt (taz, 4.3.).

STOPPT DIE MUNITIONSTRANSPORTE!!!!

Antimil-Kommission/KB Göttingen

Quellen: Die Angaben sind entnommer. der taz vom 14.2.83 sowie der Dokumentation des AK Wesermarsch „Der Nachschub", erhältlich über:
BBA-Laden, Poststr.,2800 Bremen 1,
für 3.50 DM.

Kontakte: Der ARBEITSKREIS WESERMARSCH — Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen Umweltschutz — ist unter anderem zu erreichen über:
Nordenham: 04731/7483; Brake: 04401/3813; Delmenhorst: 04221/16153 und auch über die Grünen; Elsfleth: 04404/631; Berne: 04404/888; Bremen: 0421/39 29 69; Oldenburg: 0441/14 388; Hude: 04408/2535; Rastede: 04402/2794; Varel: 04451/3736; Bremerhaven:
Zuschriften bitte an: Arbeitskreis Wesermarsch c/o BBA-Laden, Poststraße, 28 Bremen 1
Spendenkonto: H.Zahn, Sparkasse in Bremen, Kt.Nr.11 22 22 62

Schiff verlor Munition

KZW 16.4.83

Hochexplosive Zünder auf Inseln gefunden

Bevölkerung wird über den Rundfunk gewarnt

Aurich/Emden (lni). An den Stränden von Borkum, Juist und Norderney sind seit Mittwoch insgesamt zehn hochexplosive Munitionszünder gefunden worden, die ein niederländisches Schiff vermutlich schon Ende März verloren hat.

Steckbrief: Bahn



Bundesbahn: **Wenn Munitionsschiffe da sind, fahren drei bis fünf Tage lang die Muni-Sonderzüge. Tags und nachts. Ungefähr 300 t pro Zug. Teils in Containern (der US-Army), teils in Stückgut-Waggons. Zusammensetzung z.B.: Lok, Personenwagen, 2 Leerwaggons, Stückgut, Leerwaggons, Container, Leerwaggons. Ca acht US-Militärpolizisten als Wache. Die Bundesbahn erhält keine genauen Angaben über den Inhalt der Waggons.**

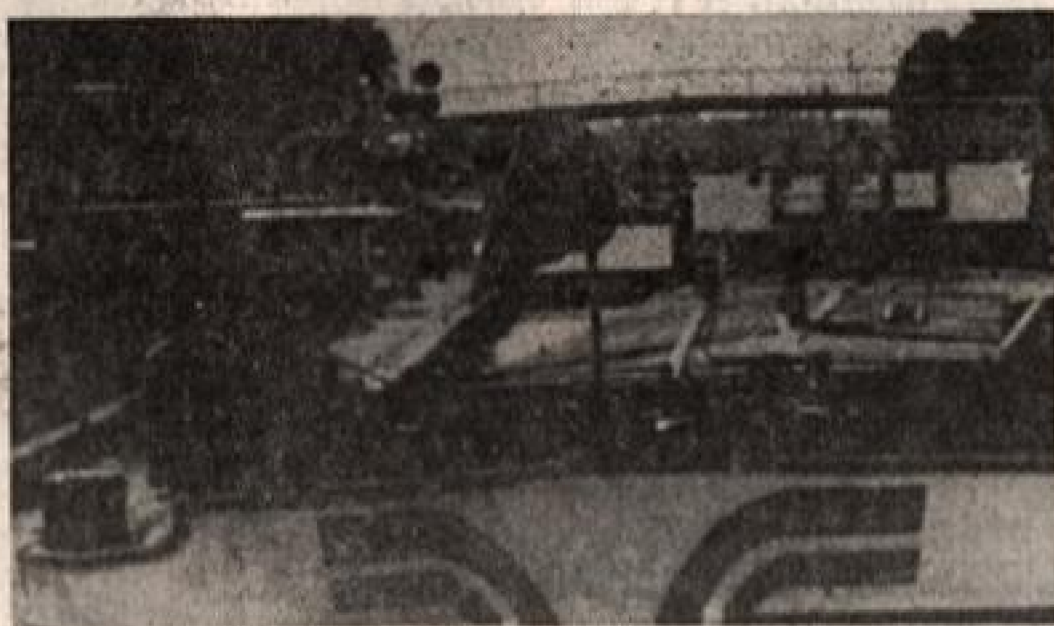
Kennzeichung **pauschal als Muni-Zug mit gelben Dreiecken (30 x 30 x 30) oder roten Kreisen auf weißem Grund (∅ ca. 30 cm).**

Fahrtstrecke: **Brake, Delmenhorst, Bremen, Verden, Hannover, Göttingen, Frankfurt, Mannheim/Heidelberg. Häufig werden die Züge abgestellt. Es wird auch mit ihnen rangiert.**

Steckbrief: Schiffe

Binnenschiffe: **Handelt sich meist um die Schiffe der »Rhenania« mit den Nummern 272, 202, 108 und 106. Transport von Sondermunition auf der** ***Route*****: Elsfleth, Oldenburg, Küstenkanal, Dortmund-Ems-Kanal, Münster, Köln, Frankfurt. US-Militärpolizei-Begleitung. BRD-Wasserschutz bis Oldenburg.**

Kennzeichnung **mit roter Flagge (auf der Weser), danach mit blauen Kegeln. Drei für „Explosivstoffe", zwei für „gefährliche Chemikalien". Die Schiffe fahren z.T. im Konvoi — mit zu geringem Sicherheitsabstand. Sollten täglich vorgeschriebene Liegeplätze erreichen. Brauchen mindestens fünf Tage bis beispielsweise Gernsheim, Germersheim oder Mannheim. Dort Umschlag auf Schiene oder Straße.**



Interview mit dem Bundesvorstand der DFG-VK geplatzt

An dieser Stelle sollte eigentlich ein Interview mit dem Bundesvorstand der DFG-VK stehen. Wir hatten im vorigen AK die Situation dieses Verbandes nach seinem letzten Bundeskongress DFG-VK stehen. Wir hatten im vorigen AK die Situation dieses Verbandes nach seinem letzten Bundeskongress dargestellt, insbesondere was den Umgang mit der innerverbandlichen Opposition betrifft ("DFG-VK: Ein pluralistischer Verband ohne Pluralismus"). Vor dem Bundeskongress hatten Vertreter dieser Opposition ihre Vorstellungen im AK dargestellt (siehe AK 216). Nach dem Kongress sprachen sowohl Vorstands- wie auch Oppositionsseite von der Gefahr einer Spaltung des Verbandes. Wir hatten nun den Bundesvorstand gebeten, aus seiner Sicht Stellung zu nehmen zur Tragweite dieser Differenzen, zur Bestreitung des Fraktionsrechts für die Opposition, zur Haltung gegenüber der Rüstung des Warschauer Pakts und zum KDV-Recht in der DDR, zur Entwicklung der Aktionsformen und zu den Schwerpunkten der Friedensbewegung. Leider lehnte der DFG-VK-Bundesvorstand nach einer ursprünglichen Zusage die Beantwortung dieser Fragen ab, da sie für suggestiv befunden wurden. Stattdessen ging uns eine Stellungnahme zu, in der die innerverbandliche Demokratie in himmelblauen Tönen beschworen wird und ansonsten dem KB vorgeworfen wird, daß er sich in der Friedensbewegung immer vor allem für Spaltungstendenzen interessiere... Wir bedauern das Platzen des Interviews und hoffen, daß der Bundesvorstand zu einem anderen Zeitpunkt zu den Streitpunkten Stellung nehmen wird, denn sie werden die DFG-VK sicher noch länger beschäftigen.

Richtigstellung

In dem genannten Artikel "DFG-VK: Ein pluralistischer Verband ohne Pluralismus" (AK 231) haben wir den NRW-Landesgeschäftsführer Michael G e m s in Verwechslung seines Namens zum DKP-Präsidiumsmitglied Gerns gemacht, was nicht den Tatsachen entspricht. Außerdem fand der zweite Teil des Bundeskongresses nicht in Bielefeld, sondern in Duisburg statt.

Neues Atom-U-Boot der Sowjetunion:

Bedroht ein Unterwasser-Monster die NATO?

„Das größte Unterwasserschiff der Welt" („Welt", 4.2.83), „Unterwasser-Monster" mit „Superraketen" und „gewaltigstes U-Boot der Militärgeschichte" (Spiegel, 18.2.83), so kommentiert die bürgerliche Presse ein von der Sowjetunion neu entwickeltes Atom-U-Boot mit der NATO-Code-Bezeichnung ‚Typhoon' (dt. ‚Taifun'). Was hat es mit diesem U-Boot wirklich auf sich? Welche Rolle könnte es bei einer Veränderung des militärstrategischen Kräfteverhältnisses im Bereich U-Boot-gestützter atomarer Interkontinentalraketen (SLBM) spielen? Ist die NATO der ‚Taifun' und ihren ‚Superraketen' wirklich hilflos ausgeliefert? Fragen, auf die dieser Artikel eine Antwort zu geben versucht.

Bereits 1980 tauchen die ersten Meldungen auf über das *„größte Unterwasserschiff der Welt"* (1): Auf einer Pressekonferenz gab der damalige NATO-General Luns die Existenz eines angeblich 30.000 Tonnen großen sowjetischen strategischen Atom-U-Bootes bekannt: *„Ein Monstrum, ich hätte überhaupt nicht davon reden sollen"* (2). Nur zwei Wochen später war dieses ‚Monstrum' auf 22.000 Tonnen geschrumpft. Ein Jahr später weiß das SIPRI-Jahrbuch 81/82 für die ‚Taifun' von einer Wasserverdrängung zwischen 25.000 und 30.000 Tonnen zu berichten (3). Geeinigt hat man sich jetzt bei „mehr" bzw. „deutlich mehr" als 20.000 Tonnen. Zwei Schiffe dieses Typs seien bis Ende 1980 vom Stapel gelaufen, zwei weitere in Bau und wahrscheinlich würden zehn oder noch mehr gebaut (4).

Ging man 1980 noch davon aus, daß die 20 Abschußschächte der ‚Taifun' mit SS-N-18 Raketen mit 3 MIRV-Sprengköpfen (MIRV = unabhängig voneinander zielprogrammierbare Mehrfachsprengköpfe) bestückt waren, ist jetzt von einer neuen *„Superrakete"* (5) die Rede: Die SS-NX-20. Wie bei der Mittelstreckenrakete SS-20 soll es sich um eine Feststoffrakete handeln (6), die über 6-10 MIRV-Sprengköpfe (7) und eine Reichweite von ca. 10.000 Kilometern verfügt. Damit ist die Sowjetunion (SU) erstmals in der Lage, im Abstand weniger Sekunden eine größere Anzahl seegestützter Interkontinentalraketen zu starten und der sofortigen Entdeckung zu entgehen; denn die Flugbahn erlaubt den Rückschluß auf den Standort des Trägerschiffes. Neben der neuen SS-NX-20 soll die 170 Meter lange ‚Taifun' über einen Drei-Hüllen-Rumpf verfügen, der volle Sicherheit gegen herkömmliche Torpedos garantiere, extrem tiefe Tauchfahrten zulasse und mit Hilfe der massiven Aufbauten das Durchstoßen von 1,20 Meter dickem Polareis ermögliche (8).

Aufbauten das Durchstoßen von 1,20 Meter dickem Polareis ermögliche (8).

Einmal angenommen, die Taifun-U-Boote existieren wirklich — und nach den bisher vorliegenden Meldungen muß man davon ausgehen (9) — dann rüstet die UdSSR gegenüber der Entwicklung der US-Atom-U-Boote der Ohio-Klasse mit 18.700 Tonnen (Trident-U-Boote) ein ganzes Stück hinterher: Zwar dürfte die Anzahl der Sprengköpfe in etwa gleich sein (‚Taifun' = 120-200, je nach Angaben; Trident-U-Boote = 192), doch entspricht die Zielgenauigkeit der US-amerikanischen strategischen U-Boot-Raketen (SLBM's) schon heute der der modernsten sowjetischen landgestützten Langstreckenraketen (ICBM's).

Die SS-NX-20 wird deshalb den Poseidon C 3 und Trident 1/C-4 in qualitativer Hinsicht, d.h. in Bezug auf die Zielgenauigkeit, eher unterlegen sein.

Aber das Geschrei von der „Superrakete" hat natürlich einen Sinn: „ ... *die U.S. Navy (möchte) ihre neuentwickelte U-Boot-Rakete Trident II/D-5 sehr viel früher in Dienst stellen als ursprünglich geplant. Dieser Flugkörper wird (...) die Taifun-Rakete SS-N-20 in vielen Belangen weit übertreffen."* (10)

Die Trident-II-Raketen werden je 14 MIRV-Sprengköpfe besitzen. Damit kann ein U-Boot der Ohio-Klasse aus 24 Abschußschächten 336 verschiedene Ziele unter atomares Feuer nehmen. Auch die Größe des neuen U-Bootes sagt allein noch nichts aus: *„Marine-Experten betrachten den sowjetischen Gigantismus ohnehin gelassen. Sie sehen darin Anzeichen für einen fortdauernden technologischen Rückschritt der Sowjets. Sei es in der Elektronik, sei es bei den Antriebsaggregaten, sei es bei den übrigen Waffenanlagen — der Westen baut durchweg kompakter ..."* (11). Zu untersuchen wäre aber die Frage, ob die neuen Taifun-U-Boote das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der SLBM's entscheidend verändern.

U-Boot-gestützte strategische Waffen im Vergleich

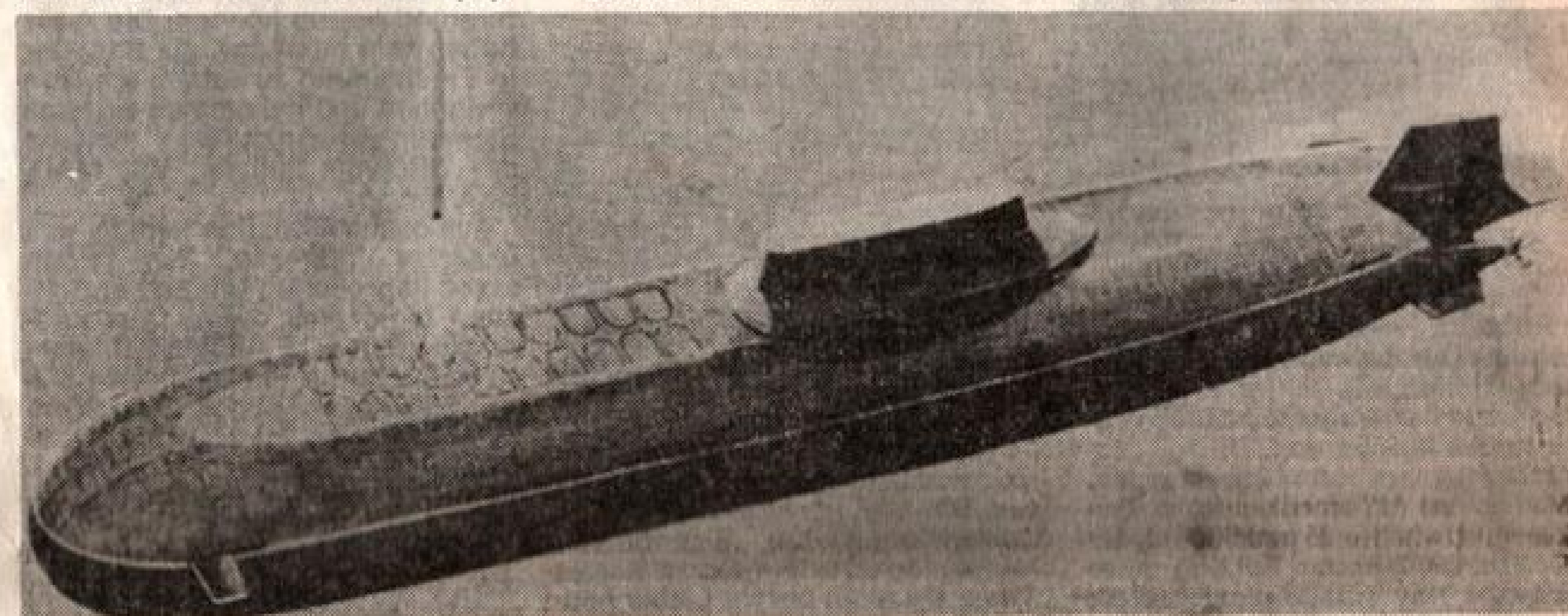
Den U-Boot-gestützten ballistischen Flugkörpern (submarine-launched ballistic missiles = SLBM) fällt im strategischen Kräfteverhältnis eine besondere Rolle zu: Sie sind (und das gilt fast ausschließlich für die NATO) schwer zu orten und praktisch unverwundbar, sie bilden damit in erster Linie eine verläßliche Zweitschlags-, aber auch eine Erstschlagskapazität, die konventionell nicht neutralisiert werden kann. Nach einer vier Jahre zurückliegenden Untersuchung konzentriert sich aber die Gesamtsprengkraft bei den sowjetischen Waffen mit über 91% fast ausschließ-

samtsprengkraft bei den sowjetischen Waffen mit über 91% fast ausschließ-

lich auf die verwundbareren landgestützten Interkontinentalraketen (ICBM), bei den Sprengköpfen waren es 69%. Die Vergleichszahlen bei den USA lauten dagegen 24% bzw. 18,5% (12). Deutlich wird dieses Mißverhältnis, d.h. das absolute qualitative Übergewicht des US-Imperialismus, auch anhand der q u a n t i t a t i v e n Möglichkeiten im SLBM-Bereich (gl. Tabelle).

5248 Sprengköpfe der USA stehen im für die SU günstigsten Fall 1494 bei der Sowjetunion gegenüber, ein Verhältnis von 3,5 : 1. Zu den strategischen U-Boot-Raketen der USA sind aber noch 64 Polaris-Raketen auf 4 britischen U-Booten und 80 Raketen auf 5 französischen U-Booten hinzuzurechnen. (192 + 80 = 272). Damit ergibt sich ein Verhältns von 3,7 : 1. Da die alten britischen Polaris-Raketen z. Zt. gegen die Trident I ausgetauscht werden, ergibt sich sogar ein Verhältnis von 4 : 1. An diesem Verhältnis ändert sich durch die erwartete Indienststellung von zwei ‚Taifun'-U-Booten nichts, da die USA in Kürze zwei weitere Trident-U-Boote einsatzbereit haben werden. Werden diese allerdings auf die Trident II umgerüstet, stehen der U.S. Navy mit 6.084 Sprengköpfen 836 neue zur Verfügung, während der UdSSR im Höchstfall 1894 Sprengköpfe auf SLBM's insgesamt zur Verfügung stehen werden (bei diesem Vergleich bleibt die Ausmusterung alter Raketen außen vor).

Zwar unterscheiden sich bei der Reichweite die US- und die sowjetischen Systeme nicht wesentlich voneinander, aber in ihrer Einsatzbereitschaft gibt es große Unterschiede: Denn während die USA jederzeit 50-70% ihrer Raketen-U-Boote auf See hat, hat die UdSSR 11-15% ihrer strategischen U-Boote in ständigem Einsatz und nur vier bis fünf in Tiefseebecken tauchend, von denen sie mit ihren Waffen Ziele in der USA erreichen können. Selbst in Krisenzeiten läßt die Sowjetunion nicht mehr Boote auslaufen, während die USA dann eine Einsatzquote nahe an 100% erreichen (13).



US-Zeichnung des sowjetischen U-Boots „Taifun"

(aus: Spiegel 9/83)

Durch diese unterschiedliche Einsatzbereitschaft der strategischen U-Boot-Systeme ergibt sich für die sowjetischen U-Boote im für die SU g ü n s t i g s t e n Fall eine Unterlegenheit von 1 : 12 (15% von 1494 Sprengköpfen : 50% von 5248 Sprengköpfen), im u n g ü n s t i g s t e n (11% : 100%) sogar ein Verhältnis von 1 : 32 (!!); das alles o h n e die britischen und französischen U-Boote!

Mit dem Bau und dem Einsatz der ‚Taifun'-U-Boote versucht die Sowjetunion diesen Rückstand wettzumachen. Ob ihr das allerdings gelingt, ist fraglich, denn die US-Imperialisten haben sich durch die Entwicklung eines totalen U-Boot-Abwehrsystems darauf eingestellt, die Masse der sowjetischen SLBM's bereits in einem Präemptivschlag zu zerschlagen.

Das U-Boot-Abwehrsystem der USA

Randall Forsberg schreibt in einem Aufsatz für „Scientific American" zu diesen Systemen: *„Gestützt auf ihre günstigere geostrategische Lage haben die Vereinigten Staaten in den eigenen Gewässern und denen befreundeter Staaten im Nordpazifik und Nordatlantik ein weitgespanntes Netz von Unterwassersonaranlagen ausgelegt, und die US-Flotte von 80 (demnächst 90) ‚Hunter-Killer'-U-Booten beschattet — unterstützt von mehreren hundert P-3c-Patrouilleflugzeugen der Marine (ähnliche Flugzeuge werden von Japan und England eingesetzt) — jedes strategische U-Boot, das sich aus den heimischen Gewässern herauswagt. Abgesehen von Kuba verfügt die Sowjetunion über keinen Landzugang in der Nähe amerikanischer U-Bootstützpunkte, den sie für vergleichbare U-Boot-Abwehrmaßnahmen nutzen könnte. Sollte sie sich dennoch dazu entschließen, ähnliche Sonarnetze zu installieren und ihre Flotte vor Angriffs-U-Booten und U-Boot-Abwehrflugzeugen auszubauen, so würde das volle zwei Jahrzehnte in Anspruch nehmen ..."* (14).

Selbst Ex-US-Kriegsminister Harold Brown mußte 1980 eingestehen, daß *„die Bedrohung ... hinsichtlich unserer U-Boot geführten Raketen (SLBM's) mehr hypothetisch"* sei. (15)

Durch die forcierte militärische Anwendung der Mikroelektronik schaffen sich hingegen die US-Imperialisten eine absolute Überlegenheit auf dem Gebiet der U-Boot-Bekämpfung: *„Durch den*

sich hingegen die US-Imperialisten eine absolute Überlegenheit auf dem Gebiet der U-Boot-Bekämpfung: „Durch den

Einsatz von Mikroelektronik werden (...) alle zur U-Boot-Bekämpfung (‚Anti-Submarine-Warfare' — ASW) tauglichen Sensoren immer weiter verbessert: die elektromagnetischen, die auf Radar, Infrarotstrahlung, Laser und Optik beruhen; die akustischen, einschließlich der aktiven und passiven Unterwasserortungsgeräte; außerdem die magnetischen, welche die von einem U-Boot hervorgerufenen Störungen des magnetischen Feldes messen. In der Luft und im Weltraum stationierte Sensoren werden in zunehmendem Maße mit Sensoren auf der Meeresoberfläche und auf dem Meeresgrund kombiniert und folglich effektiver" (16).

Diese US-Navy-Einrichtungen sind mit einem Satelliten- und Datenverarbeitungssystem (Fleet Satelite Communication System = FLTSATCOM) verbunden. Dieses System *„überträgt Signale zwischen den Geräten in und auf hoher See, den fliegenden Einheiten und den Datenbanken an Land. Es ermöglicht eine perfekte Unterwasserüberwachung und ist über Echtzeitanalysen in der Lage, die US-Einheiten in allen Meeresgebieten unmittelbar mit genauen Angaben über Position und Kurs feindlicher U-Boote zu versorgen, und darauf basierend eine direkte, koordinierte Kampfführung herzustellen."* (17)

Für diesen Kampfauftrag verfügt die US-Navy über eigens entwickelte Angriffs-U-Boote (SSN 668) und eine Luftflotte von 333 Maschinen. Diese Luftflotte mit ihrem Netz an Flugbasen ist in der Lage, ein 51,5 Mio. Quadratkilometer großes Seegebiet zu überwachen, was auch mutmaßliche Stationierungsräume der strategischen U-Boote der Sowjetunion einschließt. Ein Sechstel der gesamten Meeresoberfläche ist damit unter ständiger Kontrolle des US-Imperialismus (18). Es ist deshalb durchaus folgerichtig, wenn Forsberg zu der Schlußfolgerung kommt: *„Die Zahl der strategischen U-Boote, die von der Sowjetunion auf See und im Hafen gehalten werden, ist klein genug, um den USA und ihren Verbündeten mit ihrem hochentwickelten System zur Überwachung und Zielverfolgung zu erlauben, sie alle ständig im Auge zu behalten und sie damit gegebenenfalls durch einen Präemptivschlag praktisch vollständig auszuschalten."* (19)

Zu der damit angedeuteten Möglichkeit eines First Strike/Counterforce-Angriffs der US-Imperialisten stellte SIPRI bereits 1979 fest: *„Ein Erstschlag gegen sowjetische U-Boote könnte (derzeit) sogar attraktiver sein als ein schadenbegrenzter Schlag während des Verlaufs eines Nuklearkriegs."* (20)

Sicher ist, daß die SU deshalb versucht, eine g e s i c h e r t e Zweitschlagskapazität auf See zu stationieren, was die Bedingungen für einen First Strike/Counterforce-Angriff des US-Imperialismus verschlechtern würde. Ob die neuen sowjetischen ‚Taifun'-U-Boote diese Möglichkeit der US-Imperialisten durchbrechen oder zumindest verzögern können, kann hier aufgrund der vorliegenden Informationen nicht abschließend beantwortet werden. Zwar könte durch den Einsatz der ‚Taifun' *„auf lange Sicht das auf die Verhältnisse in der Tiefsee zugeschnittene amerikanische U-Bootbekämpfungssystem seinen Wert einbüßen"* (21), da sich die U-Boote wegen der hohen Reichweite ihrer Raketen auch in den Randmeeren zur SU aufhalten können oder *„nahezu unauffindbar und unerreichbar"* (22) unter der Polarkappe tauchen können. Doch kann man auf der anderen Seite davon ausgehen, daß die US-Kriegsmarine dieser veränderten Lage durch Einführung noch besserer Syste-

ren Seite davon ausgehen, daß die US-Kriegsmarine dieser veränderten Lage durch Einführung noch besserer Syste-

me Rechnung trägt — zumal „die große Taifun", wie der „Spiegel" anmerkt, der überlegenen amerikanischen U-Boot-Abwehr zugleich ein großes Ziel bieten könnte, das zudem noch „schnell und laut" und damit leich zu orten wäre.

Ax., Antimil-Bereich Hamburg

Vergleich U-Boot-gestützter strategischer Interkontinentalraketen ++

SLBM's der Sowjetunion: Zahl	Name	Anzahl der Sprengköpfe	Sprengköpfe insgesamt	SLBM's der USA: Zahl	Name	Anzahl der Sprenköpfe	Sprengköpfe insgesamt
18	SS-N-5	1	18	16o	Polaris	3	48o
374	SS-N-6	1	374	3o4	Poseidon	1o	3o4o
29o	SS-N-8	1	29o	192	Trident I (Auf U-Boot Poseidon)	8	1536
12	SS-NX-17	1	12				
(192)+	SS-N-18	(3)	(576)	24	Trident I (Auf U-Boot Ohio)	8	192
(32)	SS-N18	(7)	(224)				
(928)	gesamt		(1494)	68o	gesamt		5248
(968)	gesamt		(1894)***	728	gesamt		6084*** (Nach Umrüstung auf Trident II bzw. SS-NX-20)

\+ Eingeklammerte Zahlen sind Schätzwerte
++ Der Vergleich beruht auf Daten aus: Spektrum der Wissenschaft 1/83; "Z" 4/81 (und den darin verwendeten Quellen); Krell/Lutz: Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt. Baden-Baden 198o
+++ Das Abwracken alter Raketen ist hierbei nicht berücksichtigt und würde auch das Verhältnis insgesamt nicht berühren

Anmerkungen:

1) ‚Spiegel' Nr.48/1980, S.151
2) ebd.
3) SIPRI Rüstungsjahrbuch '81/82. Reinbek b. Hamburg, 1981. S.13
4) ‚Spiegel' Nr. 9/1983, S. 124 u. ‚Welt' v. 24.2.83
5) ‚Spiegel' 9/83
6) Feststoffraketen sind wartungsärmer, reaktionsschneller und antriebsstärker als Raketen mit Flüssigkeitsbrennstoff. Allerdings war bisher für die SU die Zielgenauigkeit dieser Raketen ein großes Problem.
7) Der ‚Spiegel' spricht von 9, die ‚Welt' von 6-9, Forsberg (a.a.O., S. 23) von 10 MIRV-Sprengköpfen bei der SS-NX-20
8) Spiegel 9/83; ‚Welt', 24.2.83
9) Vgl. SIPRI, a.a.O.; „Spektrum der Wissenschaft", 4/81, S.66 und 1/83, S.23; Koch, P.: Rüstungswahnsinn. Hamburg, 1981, S. 65; ‚Spiegel' 48/80 u. 9/83; ‚Marine-Rundschau' 3/81
10) ‚Spiegel 9/83
11) ebd.
12) ‚Vorwärts', 16.11.78
13) Spiegel 9/83; Wit, Joel S.: Neue Systeme der U-Bootbekämpfung. In: ‚Spektrum der Wissenschaft' 4/81, S.67; sowie Krell, G.; Lutz, Dieter S.: Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt. Baden-Baden, 1980 zit. nach: Reents, J.: Wettrüsten auf See — Sowjetunion ohne Chance. In ‚Z' 4/81 S. 27
14) Forsberg, R.: Stopp der Atomrüstung — das Für und Wider. In: ‚Spektrum der Wissenschaft', 1/83, S. 24. Übers. aus: ‚Scientific American' 11/82
15) Brown, Harold: US-Nuklearstrategie — Rede des US-Verteidigungsministers vor dem Naval War College am 20.8.80. In: ‚Europäische Wehrkunde' 10/80, S. 528
16) ‚Spiegel' v. 15.2.82
17) Reents, a.a.O., S. 28. Er bezieht sich auf Wit, a.a.O., S. 60 ff
18) Wit, a.a.O., S. 62
19) Forsberg, a.a.O., S. 26
20) SIPRI Yearbook 1979. London 1978, S. 445. zit. nach: Lutz, Dieter S.: Weltkrieg wider Willen? Reinbek b. Hamburg, 1981. S. 256/57
21) Wit, a.a.O., S. 66
22) ‚Spiegel' 9/83, S. 124

Verschuldung am Beispiel Mexikos

Der Weg in die Abhängigkeit

Mexiko ist ein Land mit riesigen Bodenschätzen, fruchtbaren Landstrichen und einem wundervollen Klima. Trotzdem ist das Land verschuldet wie kaum ein anderes, müssen Lebensmittel importiert werden um die Bevölkerung vor dem Verhungern zu bewahren und Hunderttausende müssen ihr Land als illegale Wanderarbeiter verlassen, ohne Rechte und Perspektiven gehen sie im Moloch USA unter.

Mexiko vekauft soviel Öl wie kaum ein anderes Land dieser Erde. Mexiko ist der aktuelle Gegenbeweis als Antwort auf die imperialistische Argumentation, die OPEC und ihre Preispolitik trieben die ,,3. Welt'' in den Ruin. ,,Haltet den Dieb!'' schreit Reagan und kolonisiert stillschweigend den mexikanischen Hinterhof. In jüngster Zeit ist die bürgerliche Presse voller Schlagzeilen, daß die Verschuldung eine Wirtschaftskrise gigantischen Ausmaßes hervorrufen könne. Die Situation wird häufig so dargestellt, als ob den internationalen Großbanken die Fäden des Handelns entglitten sind.

An sich reich, real arm: Das ist Mexikos Situation. Und diese Situation teilt das Land mit vielen anderen Ländern der ,,3. Welt''. Mexiko ist hier ein Beispiel für die Länder der ,,3. Welt'', die sich Hoffnungen auf politische Unabhängigkeit über den Weg der wirtschaftlichen Entwicklung machten. Das mexikanische Projekt ist gescheitert, wird erdrückt unter einem riesigen Schuldenberg.



Im August 1982 erreichte die Auslandsschuld Mexicos 80 bis 85 Milliarden US-Dollar und die mexikanische Regierung erklärte die Zahlungsunfähigkeit, verbunden mit der Forderung nach Stundung der Tilgungen und Zinszahlungen für ein Jahr. Als Lopez Partillo vor Ablauf seiner Amtszeit kurzfristig ein Verbot des Devisenhandels erließ, die Devisenguthaben sperrte und die mexikanischen Banken verstaatlichte schien für einen Moment die Banken- und Finanzwelt ins Wanken geraten zu sein. Innenpolitisch versuchte die mexikanische Regierung die Verstaatlichung der Banken mit der Verstaatlichung der Ölquellen im Jahre 1938 gleichzusetzen.

Mexikos Auslandsverschuldung ist in den vergangenen zehn Jahren von 3 auf über 80 Milliarden US-Dollar angestiegen. Allein eine Milliarde US-Dollar mußten monatlich zur Tilgung und Zinszahlung aufgebracht werden. Oder anders ausgedrückt: gegenwärtig müssen 75% der Exporteinnahmen aus dem Verkauf von Öl, Erzen etc. zur Deckung der Zins- und Kreditrückzahlungen aufgewandt werden.

Den größeren Teil der Kredite nahm Mexiko bei US-amerikanischen Banken auf (zwischen 25 und 50 Mrd. US-Dollar), den kleineren Teil bei europäischen und japanischen Banken. Als die mexikanische Regierung die Zahlungsunfähigkeit erklärte, wurden in der Finanz- und Bankenwelt wiedereinmal die Gefahren und Risiken der Kreditvergabe an Länder der ,,3. Welt'' diskutiert. Der relativ geringe Anteil der Auslandskredite an ,,Risikoländer'' in der ,,3. Welt'' im Vergleich zum gesamten Volumen der Bankgeschäfte der Metropolen zeigt jedoch, daß hier über Gefahren geredet wird, die objektiv nicht bestehen:

— zehn US-Banken haben zusammen ca. 13 Mrd. US-Dollar-Kredite nach Mexiko vergeben; am gesamten Kreditvolumen dieser Banken gemessen, bildet die mexikanische Schuld gegenüber diesen Banken lediglich 3%.

— Die Citicorp, eine der größten Banken der Welt, ist an mexikanischen Krediten mit rund 2,3 Mrd. US-Dollar beteiligt. Die Bilanzsumme der Citicorp für 1980 hatte eine Höhe von 109 Mrd. US-Dollar — eine Größenordnung, die der Einnahme aller OPEC-Staaten für 1980 entspricht.

Diese Größenordnungen zeigen, daß die reale Gefahr für die Banken nicht so groß ist, wie von bürgerlicher Seite oft dargestellt. Gerade in solchen Diskussion wird die Tatsache ausgeblendet, daß die einzelnen Banken auch einen erheblichen politischen Einfluß auf die Politik Mexikos ausüben, und so selbst an der Zahlungsunfähigkeit noch verdienen, und in solchen Phasen ihre Einflußnahme erheblich ausdehnen.

Es scheint paradox, aber die Situation, in der die mexikanische Regierung die Banken verstaatlichte, ist ein Beispiel dafür. Grundsätzlich handelt die internationale Finanzwelt bei der Kreditvergabe nach dem Motto ,,Eine Firma, eine Regierung kann bankrott gehen, ein Land nicht''. Aus der Sicht des Finanzkapitals bietet ein Land, auch wenn es zahlungsunfähig gemacht worden ist, immer noch genügend Möglichkeiten der Ausbeutung — und vor allem: Schuldnerländer können sich dem politischen Diktat der Kreditgeber selten entziehen. Die Erpreßbarkeit steigt an. Das Land, das aus dem Geschäftsbereich des Finanzkapitals auszusteigen versucht, wird niemanden finden, der mit ihm Handel treibt.

Mögliche Schritte eines verschuldeten Landes sind: die Schulden, die von privaten Personen (in diesem Fall in Mexiko) gegenüber Auslandsbanken bestehen, werden durch öffentliche mexikanische Zusicherungen abgedeckt. In Mexiko wurde dies durch die Verstaatlichung des Bankensektors gewährleistet. Ein Genosse der mexikanischen Gruppe ,Pueblo' beschrieb den Ablauf der Situation folgendermaßen. Es gab zwei Gründe für die Verstaatlichung: *,,Die Verschuldung des Landes — die 80 Mrd. US-Dollar erreiche — und die Notwendigkeit einer Rückzahlungsgarantie gegenüber den internationalen Bankenkonsortien. Die mexikanischen Privatbanken konnten diese Garantie nicht geben, da sie die enormen Gewinne der letzten Jahre in die Unternehmen ihrer Gruppen geleitet haben und deshalb nicht liquide sind. Daß die Verstaatlichung der Banken im Sinne des internationalen Finanzkapitals sind, kann man daran ablesen, daß am 2. September, einen Tag nach der Bekanntgabe der Verstaatlichung, die Bank of America ihre weitere Unterstützung der mexikanischen Regierung verkündete.''* (LN, Nov. 1982).

Die Handlung der Regierung Lopez Portillo war nur scheinbar revolutionär, eben auf der Ebene des platten Gleichsetzens der jüngsten Bankenverstaatlichung mit der Sozialisierung der Ölquellen 1938. Die mit der Verstaatlichung verbundene Devisenbewirtschaftung hinderte unter anderem die nationale Bourgeoisie, weiterhin Pesos in Milliardenhöhe in die USA zu schleusen — die Kapitalflucht betrug allein in den letzten Monaten fast 50 Mrd. US-Dollar. Die Handlungen der mexikanischen Regierung waren allein durch die Interessen der internationalen Banken bestimmt. Nachdem die Vorbedingungen für das weitere politische Wirken der US-amerikanischen, europäischen und japanischen Politik geschaffen waren, begannen die Verhandlungen um die Umschuldung und damit auch über die zukünftige Wirtschaftspolitik Mexikos. Verhandlungsinhalte waren die künftige mexikanische Ölpolitik, die Öffnung des mexikanischen Marktes für das ausländische Kapital und die Ausformung der Haushalts- und Sozialpolitik.

Wird Mexiko eine Kolonie der USA?

Bei der Kreditvergabe an Länder spielt der Internationale Währungsfond (IWF) die Rolle des diktierenden Interessenvertreters der Metropolen gegenüber der ,,3. Welt''. Heute wird nahezu jeder größere Kredit, der in die ,,3. Welt'' vergeben wird, an die Vergabebedingungen des IWF gekoppelt (sog. ,stand by-Kredite'), und so die Interessen des Finanzkapitals abgesichert. So sind die Bedingungen, zu den direkte IWF-Kredite vergeben werden, nahezu identisch mit den Krediten, die von internationalen Bankenkonsortien ausgegeben werden. Diese Bedingungen werden in einem ,letter of intent' niedergelegt, gleichbedeutend mit einer Absichtserklärung der jeweiligen Regierung des ,,3. Welt''-Landes, in Zukunft die diktierte Politik zu verfolgen.

Schon 1976 hatte der ehemalige Präsident Portillo einen Kredit über 1,2 Mrd. US-Dollar ausgehandelt. Damals zu folgenden Bedingungen: Lohnbegrenzung in Mexiko, Drosselung der Inflation, Kürzung der Sozialausgaben und Begünstigungen für die nationalen Kapitalisten. Im Rahmen der jetzigen Umschuldungsverhandlungen erhielt Mexiko einen 3,6 Mrd. US-Dollar Kredit, der die gleichen Forderungen nach sich zog — sie sollten als Regierungsprogramm der neuen Regierung des Präsidenten de la Madrid formuliert werden. Das Haushaltsdefizit soll drastisch gesenkt und an das Wachstum der Wirtschaft gekoppelt werden. 1982 hatte dieses Defizit das Ausmaß von 16,5% des Bruttoinlandsproduktes, bis 1985 soll es auf ein Ausmaß von 3,5% gesenkt werden. Erreicht werden soll dies durch höhere Einnahmen des Staates über kräftige Tariferhöhungen für Strom, Gas, Benzin und Diesel. Schon im August letzten Jahres waren die Preise für bisher staatlich subventionierte Grundnahrungsmittel um 100% angehoben worden.

Zudem sollen die Exporte weiter erhöht werden, um mit diesen Einnahmen die Schulden abzuzahlen. Eine Lohnpolitik soll verfolgt werden, die auch in Zukunft ,,vernünftige Profitraten'' sichert. Damit der IWF auch eine Kontrolle darüber hat, ob Mexiko diese Auflagen erfüllt, wird es jährliche Konsultationen geben, eine diplomatische Formulierung für einen Verlust an staatlicher Souveränität. In der Vergangenheit ging der IWF in anderen Ländern sogar soweit, kurzfristig den nationalen Notenbankpräsidenten selbst zu stellen, oder ganz einfach Mitarbeiter des IWF an den entscheidenden Stellen in Wirtschaftsministerien zu postieren.

Der nun zugesicherte Kredit wird in mehreren Teilzahlungen (,Tranchen') gezahlt und so den Metropolen die Möglichkeit gegeben, bei Nichtbefolgung ihrer Interessen jederzeit den Geldhahn zuzudrehen.

Der IWF wird nunmehr verstärkt zum mitentscheidenden Faktor in der mexikanischen Innenpolitik. Da durch die Struktur des IWF gewährleistet ist, daß die US-Regierung und die amerikanischen Banken den IWF als Exekutor ihrer Politik halten, ist durch solche Abkommen der Einfluß auf Länder wie Mexiko gesichert. Mexikos Geschichte ist geprägt durch eine ständige Auseinandersetzung mit dem US-Imperialismus, die in den letzten Jahren von einer immer stärkeren und offeneren Verflechtung mit dem US-Kapital geprägt ist.

Zwischen Nationalisierung und Abhängigkeit

1938 verstaatlichte der damalige Präsident Cárdenas die nordamerikanischen, britischen und niederländischen Ölgesellschaften als verspätete Tat der mexikanischen Revolution von 1910. Aber erst 1960 wurden im Bergbau und in der Energiewirtschaft verschiedenste Nationalisierungen durchgesetzt. 1960 kaufte der mexikanische Staat zwei große ausländische Firmen im Energiebereich auf, und Mitte der sechziger Jahre wurden alle ausländischen Firmen im Minensektor verpflichtet, 51% ihres Kapitals an einheimische Investoren zu veräußern. Formal waren 1972 die Kupfer-Zink- und Schwefel-Minen in nationalen Händen. Im gesamten Minensektor ist das ausländische Kapital nur noch mit 37% beteiligt. Dennoch bestanden vielerlei Möglichkeiten, über Strohmänner oder die vier größten mexikanischen Banken, die eng mit US-amerikanischen Großbanken verflochten sind, diese Nationalisierung zu unterlaufen. 1938 betrug der US-Anteil an den ausländischen Direktinvestitionen 60%, 1972 jedoch 80%. Die Investitionen des Auslandskapitals verlagerten sich aus dem Bereich des Bergbaus hin in die Verarbeitende und Investitionsgüterindustrie. Das ausländische Kapital — vornehmlich US-Kapital — wurde so in dem Bereich konzentriert, der nicht für den mexikanischen, sondern für den US-Markt produzierte. Dadurch wurde das große Ziel der mexikanischen Industrialisierungspolitik der 60er Jahre unterlaufen, eine Wirtschaftsstruktur aufzubauen, die die teuren ausländischen Importe durch einheimische Produktion ersetzen sollte. 1965 existierten in Mexiko ca. 136.000 Industriebetriebe. Von diesen erbrachten etwa 1.100 64% der Bruttoproduktion der Verarbeitenden Industrie. Diese Betriebe produzieren allesamt auf einem im gesamtmexikanischen Vergleich hohen technischen Niveau. Dadurch erbringen weniger als 1 Prozent der Betriebe mit unter einem Drittel der Industriearbeiterschaft zweidrittel der Industrieproduktion. In diesen Betrieben ist der Anteil ausländischen Kapitals sehr hoch. Von den 100 größten Industriekonzernen sind ca. 50% in ausländischer Hand, bei den 1.000 größten Konzernen beträgt dieser Anteil noch 27%. Um diese Auslandsabhängigkeit zu begrenzen, wurde 1973 ein Gesetz erlassen, wonach der maximale ausländische Kapitalanteil im Bergbau auf 34%, in der Verarbeitenden Petrochemie und im Automobilbau auf 40%, und in allen anderen Bereichen auf 49% beschränkt wurde. Der mexikanische Staat behält sich die Verfügung über den Ölbereich, die Uranvorkommen, die Energiewirtschaft, Eisenbahn, Post- und Fernmeldewesen vor.

Als Entschädigung: Freie Produktionszonen

Nachwievor waren die Möglichkeiten sehr groß durch verschachtelte Beteiligungen solche Bestimmungen zu umgehen. Darüberhinaus wurden seit den 60er Jahren sogenannte freie Produktionszonen entlang der mexikanisch-nordamerikanischen Grenze aufgebaut, die ,maquiladoras'.

In diesen freien Produktionszonen sind die Firmen ohne jede Beschränkung zu 100% in ausländischem, was heißt mehrheitlich in nordamerikanischem Besitz. Zollfrei können Maschinen, Vor- und Zwischenprodukte eingeführt und Endprodukte wieder ausgeführt werden. Grundkonzept der freien Produktionszonen ist, daß diese nicht für den Markt des Landes arbeiten, in dem sie liegen, sondern ihre Produkte exportieren müssen.

Mit der billigen mexikanischen Arbeitskraft, vor allem von Frauen, wird mit niedrigem Lohnniveau für den US-amerikanischen Markt produziert. Der Profittransfer und ,,Repatriierung von Kapital'' (das Kapital macht die Fabriken wieder dicht und sucht andere Anlagemöglichkeiten) unterliegen keinerlei Beschränkungen. Hauptinteressenten für die freien Produktionszonen kommen aus den Bereichen der Elektronik-, Textil- und Bekleidungsindustrie. Die Bedeutung der freien Produktionszonen wächst gegenwärtig weiter an, 1977 waren es 449 Unternehmnen mit 77.000 Beschäftigten, aktuell sind es über 600 Unternehmen mit über 100.000 Beschäftigten. Fast ausschließlich Frauen werden für ungelernte Tätigkeiten angestellt — zu einem drei- bis viermal niedrigerem Lohnniveau wie in den USA. Mexikanische Gewerkschaften haben zu den freien Produktionszonen keinen Zugang, stattdessen gibt es von den Geschäftsleitungen eingesetzte ,,weiße Gewerkschaften''. Arbeitsrecht nach unserem Verständnis existiert nicht, Organisierungsversuche werden zerschlagen, je nach Bedürfnis und US-amerikanischer Konjunkturlage wird entlassen oder eingestellt.

Mittlerweile werden für das gesamte mexikanische Gebiet freie Produktionszonen zugelassen. Im Vergleich zum Produktionsvolumen der mexikanischen Wirtschaft ist das Volumen der freien Produktionszonen sehr groß. Der gesamte Produktionswert stieg von 500 Mill. US-Dollar (1977) auf über 1,2 Mrd. US-Dollar (1982). Für Maschinen und elektronische Geräte schwankt der Anteil an der Produktion in ganz Mexiko um die 60%. Da die in den freien Produktionszonen Arbeitenden ihre Löhne für US-Konsumgüter ausgeben, ist der effektive Nutzen für die mexikanische Wirtschaft sehr gering.

Agrarpolitik nach US-amerikanischen Bedürfnissen

Auch die Agrarpolitik verläßt schon seit Jahren den Pfad der mexikanischen Revolution und fördert das Agrobusiness US-amerikanischer Konzerne und die Konzentration des Großgrundbesitzes in den Händen einiger weniger Mexikaner. 1940 wurde unter dem damaligen Präsidenten Cárdenas eine durchgreifende Landreform verwirklicht — die Agrarpolitik der folgenden Jahre machte diese Reform jedoch wieder rückgängig. Statt weiterer Landverteilungen wurden produktionsfördernde Maßnahmen ergriffen: die Modernisierung von Maschinen, Bau von Bewässerungssystemen, verbessertem Saatgut und Düngemitteln. Begünstigt wurden hier vor allem die privaten Großgrundbesitze, die im Norden längs der nordamerikanischen Grenze und im Süden riesige exportorientierte Landwirtschaftsbetriebe aufbauen konnten. Das Gesetz, nachdem eine Person nicht mehr als 100 ha Land besitzen durfte, wurde durch Aufteilung an Verwandte und Strohmänner umgangen oder durch das Pachten von Kollektivbetrieben unterlaufen. Schätzungsweise 30% des während der Landreform verteilten Bodens gehört heute nicht mehr seinen ursprünglichen Besitzern.

Die staatlichen Investitionen konzentrieren sich fast ausschließlich auf den Großgrundbesitz, der mittlerweile auf den besten Böden mit 15% der landwirtschaftlichen Betriebe 75% der vermarkteten landwirtschaftlichen Produkte liefert. So werden heute Baumwolle, Kaffee, Tomaten, Zuckerrohr, Weizen und Rinder vor allem in die USA exportiert, auf der anderen Seite aber Grundnahrungsmittel wie Mais und US-amerikanischer Weizen vom mexikanischen Staat importiert. Das Land, das heute noch auf der Grundlage der Landreform nicht in den Händen der Großgrundbesitzer liegt, und allen Konzentrationsbemühungen widersteht, ist einer zunehmenden Pulverisierung und Zerstückelung ausgesetzt. Zudem werden keine Flächen mehr zur kollektiven Bewirtschaftung vergeben. Ergebnis ist, daß heute 60% der mexikanischen Landbevölkerung auf Minifundien sitzt, die so klein sind, daß sie die Bauern nicht mehr ernähren

Die Engagements von US-Banken in Mexiko

Bank	Kredite an Mexiko (in Mill. $)	Art der Angaben (siehe Fußn.)	Anteil der Mexiko-Kredite an den ges. Krediten	Anteil der Mexiko-Kredite am Eigenkap. der Bank
Bank America	2 400	(2)	3,3%	57,3%
Citicorp	2 300	(1)	3,0%	50,6%
Chase Manhattan	1 500	(2)	2,9%	47,7%
Manufactures Han	1 700	(2)	3,8%	78,3%
J P Morgan	1 100	(1)	3,7%	43,6%
Continental Ill	575	(2)	1,6%	34,3%
Chemical Bank	1 300	(2)	4,3%	72,7%
First Interstate	725	(2)	3,1%	42,7%
Bankers Trust	800	(1)	4,2%	56,1%
First Chicago	800	(2)	3,8%	60,9%
Zusammen bzw Durchschnitt	13 200	–	3,3%	53,9%

Fortsetzung von vorheriger Seite

können. Die Bauern und ihre Familien haben vielfach nur noch die Wahl, sich entweder an den nächsten Großgrundbesitzer zu verdingen oder in die Städte und Industriezentren abzuwandern, mit der kleinen Hoffnung auf einen Arbeitsplatz.

Dieser Prozeß hat zu einer Landflucht großen Ausmaßes geführt, und die Bevölkerung der größten Stadt Mexico City und einiger Industriezonen nahe der nordamerikanischen Grenze extrem anschwellen lassen. In der bürgerlichen Presse wird diese Entwicklung gerne auf die ‚Bevölkerungsexplosion' zurückgeführt. In Mexiko leben aber nicht wesentlich mehr Menschen als in der BRD (71 Millionen), das Land ist aber achtmal so groß wie Westdeutschland. Die Gründe für das Anschwellen der Elendsquartiere um die größten Städte lautet: Rückgängig gemachte Landreform, Landflucht um des Überlebens willen, Arbeitssuche in der Industrie.

Ursprünglich haben die Minifundien ihre Bewohner ernährt. Es blieb zwar nichts für den Weiterverkauf übrig, die Subsistenzwirtschaft bot den Bauern jedoch eine gesicherte Existenz. Heute ist ungefähr die Hälfte der mexikanischen Bevölkerung unterernährt und ein Viertel hungert. Somit besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit auf dem Lande, der daraus resultierenden Landflucht und den steigenden Lebensmittelimporten. Bis in die 70er Jahre hinein konnte Mexiko sich selbst versorgen. 1980 mußten aber schon 25% des eigenen Lebensmittelbedarfes importiert werden. Die kapitalistische Wirtschaft treibt Blüten, wie wir sie nur aus der Presse als Paradoxa osteuropäischer Planwirtschaft kennen: 1980 wurden von den Großgrundbesitzern 600.000 Tonnen Zucker exportiert, gleichzeitig mußte der Staat im Rahmen eines Lebensmittel-Hilfeprogramms 900.000 Tonnen Zucker importieren.

Das Ende des Leidensweges mexikanischer Bauern und ihrer Familien sind die Slums von Mexico City, oder die freien Produktionszonen. Die Zerstörung der Existenzbedingungen auf dem Lande schafft das Industrieproletariat für die mexikanische und die US-Wirtschaft. 1930 zählte Mexiko City rund eine Million Einwohner auf über 200 Quadratkilometern Bodenfläche, bis 1950 stieg diese Zahl auf 2,8 Millionen Menschen; heute leben jedoch 14 Millionen auf rund 800 Quadratkilometern. 65% der Familien leben in den Slums, die mittlerweile fast 40% der Stadtfläche ausmachen. Vier Millionen Menschen wohnen hier, die einen Lohn erhalten, der unter dem Existenzminimum liegt, 30% sind arbeitslos. Zahl-

erhalten, der unter dem Existenzminimum liegt, 30% sind arbeitslos. Zahl-

reiche Firmen siedeln sich um diese Slums herum an und produzieren auf der Grundlage billigster Löhne. Streiks werden blutig niedergeschlagen und ganze Belegschaften kurzerhand vor die Tür der Betriebe gesetzt. Zudem blüht in den Slums, ähnlich wie in Singapur und Hongkong, die Heimarbeit und die Kleinstfabriken in den Wellblechhütten — das ist der so vielgerühmte, profitable informelle Sektor. Wie produktiv die Slums sind, zeigt allein der Anteil Mexico Citys am Bruttoinlandsprodukt des Landes. 1950 lag dieser Anteil noch bei 22%, 1975 bei 44% und heute bei 50%.

Mexikos Ölpolitik

1921 war Mexiko der zweitgrößte Erdölproduzent der Welt. Nach der Verstaatlichung der Ölfelder und der Schaffung der PEMEX verlagerten die internationalen Ölkonzerne die Förderung in den Nahen Osten. Selbstverständlich bekam die PEMEX auch nur noch geringe Hilfe und technische Unterstützung in der Erforschung neuer Ölfelder. Als im Rahmen der Industrialisierung zur Substitution der teureren Importe der inländische Ölbedarf anstieg, mußte Mexiko sogar ab 1970 Öl importieren. Nachdem die Preispolitik der OPEC die Situation aller ölfördernden Staaten abrupt verbessert hatte, wurden in der mexikanischen Regierung Überlegungen angestellt, mithilfe der Gewinne aus Ölexporten die Schulden abzutragen, die durch die Industrialisierung entstanden waren. Während der Regierungszeit Echeverria's wurde noch eine Politik verfolgt, die eine fast monostrukturelle Ausrichtung Mexikos auf die Ölexporte abbremste, eben um Mexiko nicht zu sehr von den Preisbewegungen eines Exportgutes abhängig werden zu lassen.

Erst mit der Wahl Lopez Portillo's folgte eine Wende in der Erdölpolitik. Erstmals wurde auf die riesigen Ölreserven Mexikos aufmerksam gemacht — Mexiko ist mittlerweile nach der UdSSR das Land mit den zweitgrößten Erdölvorräten. Ein gigantisches Programm zur Steigerung der Förderung und des Exportes wurde angeworfen, Mexiko sollte in Zukunft im Überfluß leben. So lauteten zumindest die Versprechungen. Der Anteil des Öl am Gesamtexport stieg auf 60% und Mexiko rückte an die vierte Stelle in der Rangliste der Ölproduzenten — nach der UdSSR, Saudi-Arabien und den USA. Andererseits wurde diese Entwicklung nur dadurch ermöglicht, daß z.B. 1978 70% aller Investitionen in die Erdölwirtschaft flossen. Hauptlieferant für die Ausrüstungen für Förderung oder für Erforschung und Erschließung neuer Erdölfelder waren die USA. Die PEMEX — die als staatliche mexikanische Erdölgesellschaft das Monopl für Mexikos schwarzes Gold besaß — wurde auf dieser Grundlage der Hauptverursacher des Schuldenberges Mexikos. Ein schier unbegreiflicher Irrsinn: Mit jeder Tonne Öl, die aus Mexikos Boden gefördert wurde, wuchs die Verschuldung! 1980 stand die PEMEX für 23% der mexikanischen Auslandsschuld, bis Ende 1982 stieg der absolute Anteil an Mexikos Auslandsschuld auf 25 Mrd. US-Dollar, das entpricht einem Anteil von ca. 31%.

Zu erklären ist dieser Prozeß nur durch die Käufe von Ausrüstungen usw. für viele US-Dollars in den USA. In den meisten übrigen Erdölproduzierenden Ländern werden an die Ölmultis Konzessioinen vergeben, die diese Gesellschaften dazu berechtigen, das Erdöl auf eigene Kosten zu fördern. Mexiko mußte die gesamte Ausrüstung selbst beschaffen, und konnte diese hohen Kosten nicht über den Ölpreis weitergeben. Mexiko war nämlich nicht nur von den Ölexporten abhängig geworden, das Land war in seiner Handelsstruktur einseitig auf die USA ausgerichtet.

Mit einem weiteren Energieprojekt rutschte Mexiko noch weiter in die Abhängigkeit der USA. Teile der PEMEX-Leitung projektierten eine Erdgasleitung von den südmexikanischen Ölfeldern nach Texas, da es ihrer Meinung nach in Mexiko selbst keinen Bedarf für das Erdgas gäbe. Tatsächlich war das ganze eine Planung im Interesse der USA. Mehrere US-Erdgasunternehmen entwarfen die Linienführung der Erdgas-Pipeline, die US-Regierung sorgte über die Exim-Bank (US-eigene staatliche Exportbank) mit einem Kredit von einer Mrd. Dollar für die Finanzierung, die US-Regierung vermittelte über den IWF weitere Kredite. Das Projekt scheiterte schließlich an der Opposition in Mexiko, den Preisforderungen der PEMEX, bzw. dem Unwillen der US-Unternehmen, einen kostendeckenden Preis zu zahlen. Die USA ließen daraufhin das ganze Projekt platzen, zogen die Kreditzusagen und Bürgschaften zurück. Diese Situation versuchte die mexikanische

sagen und Bürgschaften zurück. Diese Situation versuchte die mexikanische

Regierung zu nutzen und sich von den USA unabhängiger zu machen. Es wurden Abkommen mit der UdSSR und Bulgarien zur Lieferung von Erdöltechnologie abgeschlossen, Mexiko wollte im Gegenzug mit Öl bezahlen. Den zurückgezogen Kredit der US-amerikanischen Exim-Bank gewährten europäisch-japanische Banken. Statt US-Steel lieferte Mannesmann die Pipeline-Röhren, mit Brasilien, Spanien und Italien wurden Raffinerie-Abkommen geschlossen. Im Ergebnis brachte dieser Prozeß für Mexiko eine betonte Abkoppelung von den USA: 1976 gingen 90% der Erdölexporte in die USA und 10% nach Israel; 1978 wurde nur noch 60% des Erdöls in die USA exportiert, die restlichen 40% gingen nach Japan, Frankreich, Kanada, Brasilien und Spanien.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre wurde die Energiequelle Erdgas für die mexikanische Industrie ausgebaut, 1979 konnte das Erdgas-Projekt mit den USA doch noch realisiert werden, und zwar auf der Basis der mexikanischen Preisvorstellungen. Mexiko schien dem Ziel einer größeren Unabhängigkeit von den USA näher denn je gekommen zu sein.

Mexiko wird gekippt

Ab 1979/80 zeigten die Entwicklungen in der OPEC, daß die Politik der imperialistischen Metropolen gegen dieses Rohstoffkartell erste Erfolge brachte. Mexiko war unter dem Druck der USA nie in die OPEC eingetreten, hatte sich aber bis zu diesem Zeitpunkt immer am Mindestpreis der OPEC orientiert oder konnte in Boomzeiten über dem OPEC-Preisniveau verkaufen.

Durch die Ölsparmaßnahmen und die Umstellung der Energieversorgung der imperialistischen Staaten sank die weltweite Erdölproduktion 1980 um 3,9% und 1981 sogar um 6,5%. Zur gleichen Zeit konnte Mexiko seinen Anteil um 12,4% erhöhen. Da die OPEC, vor allem durch die Politik Saudi-Arabiens, die Förderung nicht entsprechend der verminderten Nachfrage drosselte, schlug der „*Verkäufermarkt in einen Käufermarkt um*", wie es Lopez Portillo formulierte. Die Metropolen begannen wieder die Preise zu diktieren. 1981 stoppte Frankreich vertraglich festgelegte Abnahmen und verlangte niedrigere Preise. Japan und die USA zogen mit den gleichen Forderungen nach. Der Export sank von 1,5 Mill. Faß auf 1 Mill. Faß täglich und Mexiko machte zu diesem Zeitpunkt 6 Mrd. US-Dollar weniger Einnahmen als ursprünglich geplant. Nachwievor war das ins Ausland verkaufte Erdöl die überragende Devisenquelle für Mexiko, und nur aus dieser Quelle hätten die Auslandsschulden bezahlt werden können.

Der PEMEX-Generaldirektor senkte eigenmächtig den Ölpreis, wurde entlassen, aber der Preis blieb unten, und Mexiko unterlief erstmals die Preispolitik der OPEC. Mexiko nutzte die Gunst der Stunde und spielte den Preisbrecher gegenüber der OPEC. 1982 versprach Lopez Portillo in Frankreich, Mexiko werden dafür sorgen, daß „*künftig nicht zu wenig, sondern zuviel Öl auf den Weltmarkt kommen wird*". Konsequent senkte Mexiko den Preis im Februar 1982 nochmals, trotz heftiger Proteste der OPEC. Das US-amerikanische Mineralölinstitutfertigte begleitend eine Studie über die zukünftige Ölpolitik Mexikos an und erklärte, „*daß es jetzt darum gehe, eine aggressivee und wirksamere Absatzpolitik zu verfolgen*". Und die PEMEX erklärte auf der Basis dieser Studie, daß sie künftig „*den Preis der Ölexporte den Marktbedingungen anpassen (werde), um die Kundschaft zu erhalten und sich als Lieferant nicht verdrängen zu lassen*". Der ‚Erfolg' dieser Politik ließ auch nicht lange auf sich warten: Von Januar bis September 1982 stieg die Ölförderung wieder von 1 Mill. Faß auf 1,7 Mill. Faß täglich. Aber Mexiko mußte einen hohen Preis für seine Rolle als Preisbrecher bezahlen: Im Gefolge der Ölpreissenkungen der OPEC mußte Mexiko ebenfalls die Preise senken, und eben immer ein wenig mehr als die OPEC. Dankbarkeit konnte Mexiko nicht erwarten, schon gar nicht von den Metropolen. Früher waren die Auslandsschulden der Grund gewesen, warum Mexiko über eine Preisbrecher-Politik saniert werden sollte — heute sind es die Umschuldungsverhandlungen, die dazu genutzt werden, Mexiko noch niedrigere Preise zu diktieren. So gelang es den USA bzw. den US-Großbanken mit Mexiko einen bisher einzigartigen Vertrag zu schließen. Für einen Kredit von 1,5 Mrd. US-Dollar verpflichtet sich Mexiko seine Ölausfuhr von 50.000 auf 190.000 Faß täglich zu steigern, aber im Verbund mit Preisklauseln. Der Höchstpreis wird auf 35 und der Mindestpreis auf 25 US-Dollar festgelegt. Solche Preisdiktate sind in der Geschichte der erdölexportierenden Länder ohne Beispiel. Die US-Regierung wird die Ölexporte Mexikos einbunkern, zur nationalen Ölreserve erklären und zur gegebenen Zeit wieder auf den Weltmarkt werfen, um den Weltmarktpreis fürs Öl nochmals zu drücken. Mexiko Unabhängigkeit von den USA — so greifbar nahe sie zu sein schien — ist damit wieder in weite Ferne gerückt: Mexiko ist neuerlich aufgestiegen zum Hauptöl-Lieferant für die USA.

Gekettet an den Ölexport und den Schuldendienst

In der mexikanischen Geschichte haben schon die bescheidensten Versuche einer ‚Nationaliserung' den heftigsten Widerstand der USA hervorgerufen. Zu den geschilderten Abhängigkeiten durch Ölexport und Verschuldung kommt noch die wirtschaftliche Verflechtung mit der US-amerikanischen Wirtschaft, die das klare Ziel verfolgt, die mexikanische Wirtschaft an die US-Wirtschaft zu koppeln. Die Wege dieser Verflechtung sind vielfältig:

— Der Außenhandel Mexikos wird zu fast 70% mit den USA abgewickelt. Auch Diversifizierungsbemühungen haben diesen Anteil nicht drücken können. Bis zum heutigen Tag beherrschen US-Firmen den mexikanischen Markt für Industriegüter und chemische Rohprodukte zu 50%. Die Abhängigkeit ist — wie in vielen Fällen — sehr einseitig: Für den US-Markt ist das Handelsvolumen mit Mexiko ‚ein Klacks' mit rund 3 bis 4% seiner eigenen Größe.

— Mexiko ist fast eine US-Kolonie: Ein sehr großer Teil der Geschäfte wird gleich in US-Dollar abgewickelt, z.B. ein Drittel der Bankaktionen. Das Zinsniveau ist immer mit dem in den USA identisch. Im Resultat ist die mexikanische Wirtschaft ein Spiegelbild der US-amerikanischen Konjunktur.

— Dreiviertel der Auslandsinvestitionen stammen aus den USA.

Gleichzeitig fließt ein beständiger Strom von Migrationsarbeitern und -arbeiterinnen in die USA. Diesen Strom kann die US-Regierung beliebig steuern. Schätzungen gehen davon aus, daß zwischen 4 und 12 Millionen illegaler Einwanderer aus Mexiko in den USA leben, die sich zu Billigstlöhnen auf den Farmen der Südstaaten und Kaliforniens verkaufen müssen. Eine Arbeitslosigkeit von über 50% und die Verteuerung der Lebenshaltung um 100% hat die Zahl der täglichen illegalen Auswanderer auf 10.000 ansteigen lassen.

Im Gegensatz zu der erhofften Loslösung von den USA steht Mexiko heute vor einer weitgehenden Auflösung seiner nationalen Souveränität. Die nationalstaatliche Identität ist zu einer völkerrechtlichen Hülse geworden, das ausländische Finanzkapital aus den USA ist der wahre Souverän. Mexiko ist zu einem Monoexportland für Erdöl geworden, künftig durch Verträge gebunden und in die Rolle des Preisbrechers gegen die OPEC gezwungen. Die Verstaatlichung der Banken kommt einer Übereignung an die ausländischen Großbanken gleich. Die nationale Bourgeoisie gerät durch ihre Politik auch wirtschaftlich in die Rolle einer Kompradorenbourgeoisie, die den größten Teil ihrer Profite an das ausländische Finanzkapital abführen muß. Heute besitzen die Banken, die den letzten großen Kredit über 5 Milliarden US-Dollar für Mexiko managen, mehr Macht über das Land als der formaldemokratisch gewählte Präsident; auf der Regierungsbank sitzen Morgan Garantee, Manufactures Hanover Trust, Bank of America, Deutsche Bank und Société General.

Mexikos Entwicklung beweist, daß die imperialistischen Staaten die Entstehung eigenständiger kapitalistischer Staaten nicht zuläßt, wie die Schwellenländer der „3. Welt", die scheinbar auf dem Sprung in die kapitalistische Souveränität stehen. Unter dem Deckmantel der „internationalen Arbeitsteilung" werden diese Länder weiterhin auf einem kolonialen Status gehalten, nur formal sind sie Regierende ihrer Länder. Die Verschuldungs-Politik des Finanzkapitals ist ein integraler Bestandteil dieser Prozesse. Die Gefahren und Risiken sind für die Metropolen dabei vergleichsweise gering, im Vergleich zu den Gefahren, die für die betreffenden Völker der Länder der „3. Welt" zum Alltag werden: Hunger, Migration, Rechtlosigkeit und Sklaverei.

Imperialismus-Kommission

Quellen:
Lateinamerika Nachrichten, 6/82; Handbuch der Dritten Welt, Band 3; Mexikanische Erdölpolitik im Rahmen der Beziehungen Mexiko-USA, Ehrke — 1979; Le Monde diplomatique, Oktober, September, Dezember 1982; Corée, Mexique: Deux expériences de développement face a la crise, 1982; BANCOMER, Nov. 1982; Le mal-développement en Amérique latine, Dumont-Mottin, 1981.

Konterrevolution in Nicaragua

Fortsetzung von Seite 1

„Wir werden nicht durchkommen, aber wir werden töten"

Die US-Politik in Mittelamerika und der Karibik ist seit der Monroe-Doktrin (1823: „Amerika den (Nord-)Amerikanern") darauf ausgerichtet, keiner „fremden Macht" in diesem strategischen Hinterhof Raum zu gewähren. Die wachsenden revolutionären Bewegungen in Lateinamerika werden nicht auf die ungerechten sozialen Verhältnisse zurückgeführt, sondern in das Schema der „Ost-West-Konfrontation" gepreßt. Das Santa-Fe-Dokument mißt der Entwicklung in Mittelamerika besondere Bedeutung bei, da der „*Kampf um die dritte Phase des 3. Weltkrieges nach dem Kalten Krieg und ‚Entspannung' hier ausgetragen werde*".

Was dies für Nicaragua bedeutet, konkretisiert die Heritage-Studie (4), die ebenfalls 1980 die künftige Strategie der Mittelamerikapolitik Reagans formulierte:

„*Der Kommunismus ist die Gefahr, die allen droht; solange er in einem der Länder mit gewisser Kraft existiert, werden die anderen ebenfalls bedroht sein. Aber obwohl die marxistische Revolution Nicaraguas eventuell durch ihre eigenen Fehler fallen kann, erfordert die Sicherheit El Salvadors die Beschleunigung der Beseitigung der Regierung von Managua.*" Weiter heißt es: „*Es wird nicht möglich sein, und zwar unabhängig vom Grad der Unzufriedenheit im Volk, die gegenwärtige kommunistische Regierung anders als durch eine militärische Aktion zu verdrängen... Zweifellos könnten diese unzufriedenen Nicaraguaner im bewaffneten Kampf gegen die Sandinisten von den ehemaligen Angehörigen der Nationalgarde unterstützt werden, die jetzt im Exil leben.*"

Um die Etablierung weiterer Volksregierungen in El Salvador und Guatemala zu verhindern, sieht die Reagan-Administration ihre vorrangige Aufgabe darin, die sandinistische Regierung durch ein Regime zu ersetzen, das konsequent die Interessen der USA vertritt.

Die Destabilisierungspolitik der USA

Da eine direkte Intervention der USA in Nicaragua sowohl im eigenen Land (Vietnam Trauma) als auch international (5) auf zu großen Widerstand stoßen würde und sich eine ähnliche Situation wie 1961 bei der versuchten Schweinebucht-Invasion in Cuba fehlgeschlagen war, bedient sich die US-Regierung einer Strategie, die auf verschiedenen Ebenen ansetzt: die diplomatisch-politische Offensive auf nationaler und internationaler Ebene, die wirschaftliche Zermürbung und permanente militärische Agression:

a) Die politischen, ideologischen und diplomatischen Aktivitäten erfüllen als Teil des Krieges gegen Nicaragua eine wichtige Funktion. Sie sollen dem Ansehen der nicaraguanischen Revolution im Ausland Schaden zufügen und ihr die Legitimation entziehen. Im Inneren Nicaraguas werden diese Kampagnen getragen von den am weitesten rechts stehenden Sektoren der „Coordinadora Democratica" (Zusammenschluß der Oppositionsparteien), von Teilen der Kirche und der größten Tageszeitung „La Prensa", die wiederum von der Regierung Costa Ricas unterstützt werden. Gegenstand der Kampagnen sind der „Totalitarismus" und die „Kriegsgelüste" Nicaraguas. Gruppen von Miskito-Indianern, die vom geheimen Radio-Sender „15.September" in Honduras zur Flucht angehalten werden, werden in Honduras militärisch trainiert und dann an der nicaraguanischen Atlantikküste eingesetzt, um Übergriffe der Sandinisten zu provozieren. Damit soll der internationalen Presse Gründe geliefert werden, um die Sandinisten als Unterdrücker von indianischen Minderheiten anzuklagen. Ideologisch soll ein Klima geschaffen werden, das eine offene Intervention rechtfertigt. (6).

b) Die wirtschaftliche Destabilisierung geht über Sperrung bereits zugesagter Entwicklungskredite, Handelsboykott, Nicht-Lieferung von Ersatzteilen, Blockierung der für den Wiederaufbau Nicaraguas dringenden Kredite bei den internationalen Finanzinstitutionen, Druck auf die Nato-Verbündeten ebenfalls keine Wirtschaftshilfe mehr zu leisten bis hin zur Anstiftung zu Sabotage an der Produktion und Infrastruktur des Landes. Unter diesem Vorzeichen ist auch der Rückzug der Standard Fruit — entgegen den Vertragsvereinbarungen — im Oktober letzten Jahres zu sehen. Sie vermarktete den gesamten Bananenexport Nicaraguas und fügte dem Land damit einen jährlichen Devisenverlust von 24 Mio. Dollar zu.

Durch die ständigen militärischen Aggressionen ist Nicaragua wiederum gezwungen, erhebliche Mittel in die Verteidigung zu stecken, die dem Aufbau und den sozialen Programmen zur Verbeserung der materiellen Lage der Bevölkerung fehlen. Auch hier kalkuliert die Reagan-Administration mit wachsender Unzufriedenheit der Bevölkerung und hofft, der sandinistischen Regierung die soziale Basis abzugraben. „*Und diese Unterstützung des Volkes für den Sturz der sandinistischen Regierung kann in dem Maße wachsen, in*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

dem sich die ökonomischen Probleme weiterentwickeln." (Zitat: Heritage-Studie)

c) Die militärische Option bekommt Vorrang. Militärisch stützt sich die US-Regierung auf ca. 6.000 Nationalgardisten, die 1979 nach dem Sturz Somozas nach Honduras geflohen waren. Dazu kommen noch ca. 2.000 Miskito-Indianer. Sie werden entweder in Trainingscamps in Kalifornien und Florida/USA ausgebildet, oder in Honduras, wo es an der Grenze zu Nicaragua mindestens acht Lager gibt (im unwegsamen Norden Nicaraguas nochmal sieben). Sie werden von den USA und vom hondurenischen Militär logistisch und materiell unterstützt und von mehr als 100 Militärberatern und Geheimagenten verschiedener Nationalitäten (USA, Chile, Argentinien, Israel) ausgebildet. Die Überfälle der somozistischen Gruppierungen, die in den „Demokratischen Kräften Nicaraguas" (FDN) organisiert sind, haben im letzten Jahr zahlenmäßig beträchtlich zugenommen; der Schlachtruf der ‚contras' ist: **„no pasaremos, pero mataremos"** (wir werden nicht durchkommen, aber wir werden töten). Bisher sind über 400 Nicaraguaner ums Leben gekommen. Waren die Konterrevolutionäre anfangs bandenähnlich organisiert und in der Regel nicht mit modernen Waffen ausgerüstet, so haben sie sich inzwischen in gut ausgerüstete militärische Einheiten verwandelt. Parallel dazu wurden 500 von der CIA angeheuerte Agenten darauf vorbereitet, Sabotageakte gegen nicaraguanische Wirtschaftseinrichtungen zu unternehmen. Für solche CIA Aktionen stellte die US-Regierung 19 Mio. Dollar bereit. Damit werden allmählich die Bedingungen für den Sturz der sandinistischen Regierung geschaffen.

Nach Aussagen des ehemaligen Offiziers des argentinischen Geheimdienstes, Hector Frances (7), der für die Koordination der konterrevolutionären Aktivitäten verantwortlich war, existieren ganz konkrete Invasionspläne für Nicaragua. Demzufolge sollen die konterrevolutionären Gruppen mit Unterstützung des hondurenischen Heeres und unter Anweisung von den ausländischen Militärberatern den Nordosten Nicaraguas (sehr dünn besiedelt und militärisch schwer kontrollierbar) erobern, um dort eine Exilregierung zu installieren, die dann ihrerseits sofort von den USA, Honduras, El Salvador und Aregentinien anerkannt und militärisch unterstützt werden würde. Frances berichtete auch von der Bildung konterrevolutionärer Zellen im Inneren Nicaraguas. Die ständigen Überfälle und Sabotageakte sollen wirtschaftliche Schwierigkeiten und somit Unmut in der Bevölkerung hervorrufen. Auf der anderen Seite sollen gezielter Terror und Mord an lokalen politischen Führern, Drohungen und Versprechen an nicht-organisierte Bauern die Bevölkerung einschüchtern und ihr Vertrauen in die Regierung erschüttern. Es ist schwer einzuschätzen, wieviel Erfolg die Konterrevolutionäre bisher mit dieser Taktik hatten. Fest steht aber, daß die Konterrevolution politisch noch keine Alternative zu bieten hat. Da sie vorwiegend aus ehemaligen Mitgliedern von Somozas Nationalgarde besteht, steht ihr die Bevölkerung feindselig bis ablehnend gegenüber; denn in Nicaragua existiert fast keine Familie, die nicht Opfer zu beklagen hat unter den 50.000 Toten, die es kostete, um die uniformierten Massenmörder aus dem Land zu werfen. In Rechnung gestellt werden muß aber, daß es den Sandinisten nicht gelang, im dünnbesiedelten Nordosten des Landes, das während der Revolution eher eine untergeordnete Rolle spielte, Fuß zu fassen. Gerade hier trägt die antisandinistische Propaganda des „Radios 15. September" Früchte; die Kleinbauern werden vor allem dadurch verunsichert, daß behauptet wird, die Sandinisten wollen durch die Agrarreform alles Land enteignen (8).

In jedem Fall soll die sandinistische Regierung gezwungen werden, früher oder später rigidere und vielleicht auch unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen, um dann vor der Weltöffentlichkeit den Beweis zu stellen, die Konterrevolutionäre seien legitime „Befreier" Nicaraguas vom „Totalitarismus".

Da es den USA weder gelang, die salvadorenische Befreiungsbewegung FMLN zu zerschlagen, noch die guatemalische Guerillaverbände, die sich im Februar 1982 zur URNG zusammenschlossen, entscheidend zu schwächen, begann die Reagan-Administration, Honduras zum Aufmarschgebiet der Konterrevolution auszubauen.

Neben massiver Aufrüstung und Verachtfachung der US-Militärhilfe in den letzten drei Jahren (vergl.: AK 231), plant die US-Regierung auch noch die Ausbildung salvadorenischer Spezialtruppen ab nächsten Monat in Honduras, da eine militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Armeen bei der Bekämpfung der FMLN sowieso schon seit Juni letzten Jahres läuft (9).

Daß die USA Honduras zum Ausgangspunkt zur Umsetzung ihrer Strategie in Mittelamerika gemacht haben, beweist auch die Tatsache, daß die US-Botschaft in Tegucigalpa mit 115 Angestellten eine der größten in ganz Lateinamerika ist. Weder in politischer noch in militärischer Hinsicht werden in Honduras Entscheidungen getroffen ohne die Zustimmung des Vietnam-erfahrenen US-Botschafters John Dimitri Negroponte.

Während Honduras für die Aggressionspolitik der USA militärisch aufgerüstet wird, ist Costa Rica die politische Rolle gegenüber Nicaragua zugedacht. Teile der nicaraguanischen Opposition (um Eden Pastora und Alfonso Robelo) haben dort ihr Hauptquartier aufgeschlagen und versuchen sich auf internationalem Parkett als „demokaratische Alternative" anzubiedern. Israel unterstützt Costa Rica mit seinen Kibbuz-Erfahrungen bei einem Landerschließungsplan, der die Besiedelung der Grenze zu Nicaragua mit „vertrauenswürdigen" Leuten beinhaltet. Jedoch gibt es vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, dort nichts zu erschließen. Vielmehr geht es darum, die zunehmende Anzahl von militärischen Lagern der Anti-Sandinisten dort zu decken (10).



Von allen Seiten bedroht, muß Nicaragua die schwierige Aufgabe bewältigen, sich zu verteidigen, ohne sich zu einem Krieg provozieren zu lassen.

US-Intervention in Mittelamerika — (k)ein Thema für die Friedensbewegung?

Um die Gefahr der gegenwärtigen bewaffneten Konflikte in Nicaragua einschätzen zu können, müssen auf jeden Fall die Schwierigkeiten der US-Administration in der gesamten Region in Betracht gezogen werden. Die Zuspitzung der Lage in El Salvador und Guatemala zwingen die USA zu verstärkten interventionistischen Aktivitäten, um die jeweiligen Regimes an der Macht zu halten (die Napalm-Bomben für Flächenbombardements liegen schon bereit). Ein von den USA provozierter Krieg, der als regionaler Konflikt zwischen Honduras und Nicaragua verbrämt wird, lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit von El Salvador ab und entlastet gleichzeitig die USA.

Jedoch wird es Honduras trotz seiner starken Luftwaffe allein nicht gelingen, Nicaragua militärisch zu besiegen. Die Bereitschaft des nicaraguanischen Volkes, seine Revolution zu verteidigen, ist enorm groß: nach Schätzungen des US-Militärexperten Buchanan wäre im Kriegsfall allein in den Milizen organisierte Volksmacht von 50.000 Kämpfer/n/innen mobilisierbar. Hinzu kommt, daß beim Kampf im eigenen Land den sandinistischen Einheiten jede Art logistische Unterstützung aus der Bevölkerung zukommen würde, die damit während des Befreiungskampfes gegen die Somoza-Diktatur bereits genügend Erfahrungen gesammelt hat. Buchanan hält die Anzettelung eines Krieges durch Honduras für eine Tollkühnheit, weil die nicaraguanische Stärke in der Verteidigung liegt. Ein direktes Eingreifen von US-Truppen ist also vorprogrammiert. Das käme einer Regionalisierung des Krieges gleich.

Für dieses Eingreifen wurden in den USA bereits die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen: am 11.8.1982 verabschiedete der Senat mit 2/3 Mehrheit die sog. „Symms-Entschließung", die u.a. vorsieht, daß *alle*, auch militärische Mittel, gegen die „kubanische Einmischung" in dieser Region eingesetzt werden können (11).

Die Interventionsbereitschaft der USA wird auch noch dadurch erhöht, da sie in der BRD nach dem Machtantritt Kohls treue Verbündete gewonnen hat, die bereit sind, eine aggressive Mittelamerika-Politik mitzutragen.

Wenn mensch in Rechnung stellt, daß ein offenes militärisches Eingreifen der USA in Nicaragua und El Salvador *auch* von der Durchsetzbarkeit und Legitimation auf internationaler Ebene abhängt, so ist die Forderung *„Stoppt die US-Intervention"* eine unbedingte Notwendigkeit für die Friedensbewegung, um ein politisches Klima zu erzeugen, das eine Intervention erschwert bzw. verunmöglicht.

Internationalismus-Kommission KB Göttingen

Anmerkungen:

1) Südd. Zeit. 26.3.83
2) Zit. nach FR 29.3.83
3) Die Mitglieder des Santa-Fe-Komitees:General Gordon Summer, Lateinamerika-Spezialist im Stabe von Ex-Außenminister Haig; Roger W. Fontane, Sicherheitsberater Reagans, Unterstützer der Gruppen kubanischer Konterrevolutionäre, Verbindungsmann zu den faschistischen Organisationen Guatemalas.
Das Geheimdokument des Komitees von Santa Fe, „Eine neue Interamerikanische Politik für die 80er Jahre" ist zu beziehen über: ASK, Mainzer Landstr. 15, 6 Ffm 1
4) Diese Studie ist Produkt der Heritage-Stiftung. Ähnlich wie beim Santa-Fe-Komitee handelt es sich um ein Sammelbecken reaktionärer Professoren und ehemaliger Mitarbeiter des CIA. Hier zit. nach: Lateinamerika-Nachrichten 93, Mai 1981, S. 35 ff
5) Widerstand gab es vor allem von Mexiko und Venezuela, die sich mit einer eigenen Friedensinitiative den Plänen der US-Regierung entgegenstellten. Von Bedeutung ist auch eine anti-amerikanische Stimmung seit dem Falkland-Krieg in fast allen lateinamerikanischen Ländern.
6) Jedoch stieß der Versuch einer diplomatischen Isolierung eines „Forums für Frieden und Demokratie" durch die USA auf Ablehnung von Mexiko und Venezuela. Diesem Forum sollten alle Staaten des Karibik-Raumes, mit Ausnahme von Nicaragua angehören. Zum Ärger der US-Regierung wurde Nicaragua im Oktober 1982 sogar in den Weltsicherheitsrat gewählt.
7) Der lateinamerikanische Journalistenverband stellte der Presse am 30.11.82 in Mexiko eine Videoaufzeichnung vor, die die Erklärungen des ehemaligen Agenten Hector Frances enthielten. Vgl.: ides, Nr. 114 vom 10.12.82
8) die taz versucht, in ihrer Ausgabe vom 28.3.83 eine soziale Basis der Konterrevolutionäre in Nicaragua ausfindig zu machen. Die Aussage, daß sich in den abgelegenen Regionen des Nordosten „heute kaum noch jemand traut, sich zur FSLN zu bekennen", erscheint sehr fragwürdig. In der gleichen Ausgabe lassen sie zwei Vertreter der konterrevolutionären „Demokratische Kräfte Nicaraguas" (FDN) und den nicaraguanischen Postminister, Enrique Schmidt, gleichfalls zu Wort kommen. Die taz kommt zu dem Ergebnis, daß „beide Seiten ein undifferenziertes Bild zeichnen" und keine so recht die Wahrheit sagt; soll das etwa heißen, daß die absolute Wahrheit in der berühmten goldenen Mitte liegt, vielleicht sogar in der taz???
9) ides Nr. 128 vom 18.3.83
10) Der Minister für öffentliche Sicherheit von Costa Rica, Angel Edmundo Golano Calderon, bestätigte am 10.2. die „Entdeckung" von 13 neuen Somozisten-Camps auf costaricanischem Gebiet, ohne von (weiteren) Verhaftungen zu berichten. Vgl.: ides Nr. 124 vom 18.2.83
11) vgl.: AIB 1/1983

Konterrevolutionäre Banden in Mittelamerika

In Costa Rica:

ARDE (Alianza Revolucionaria Democrática) = Revolutionäre Demokratische Allianz: wurde Ende September 82 in San José/Costa Rica als „demokratische Alternative" zu der FDN der ehemaligen Nationalgardisten gegründet. Die polit.-militärische Organisation plant „zur demokratischen Errettung Nicaraguas" den Sturz der nationalen Führung der Sandinisten, und zwar durch Provokation eines bewaffneten Aufstands im Innern und internationale politische Isolierung.

Dieser Front gehören an:
1. **Eden Pastora**, der ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister u. von der Revolution frustrierter Guerrillakommandant, mit seiner
FRS (Frente Revolucionario Sandinista) = Sandinistische Revolutionäre Front: koordiniert militärische Aktionen ausschließlich im Landesinnern Nicaraguas.
2. **Alfonso Robelo**, als Präsident der
MDN (Movimento Demokrático de Nicaragua) = Demokratische Bewegung Nicaraguas: größte Oppositionspartei Nicaraguas. Robelo, der Im Sommer 82 „zum bewaffneten Kampf entschlossen" ins selbstgewählte Exil nach Costa Rica ging, versteht sich als das politsiche Haupt der Allianz.
3. **Brooklyn Rivera** mit einer kleinen Fraktion der Indianerorganisation **MISURASATA**, ihr bewaffneter Arm nennt sich „Los Astros"
4. **UDN/FARN** in Honduras unter den Brüdern Chamorro
„Vereinigung zur Verteidigung der Demokratie in Nicaragua" (Movimento Pro-democracia en Nicaragua): wurde am 19.Juli 82 in San José gegründet. Diese bürgerliche Bewegung (Wilfredo Montalvan, Alfaro, Alvarado) versucht der ‚contra' politischen Gehalt zu geben.

ELN (Ejercito de Liberación Nacional) = Nationale Befreiungsarmee: besteht aus Ex-Guardias und wird angeführt vom Ex-Guardikommandant u. Ex-Intimus Somozas Pedro Ortega, ist hauptsächlich in Costa Rica aktiv. Die einzige Organisation, die sich den Vereinigungsbemühungen strikt widersetzt.

Mitte Dezember 82 ist eine neue anti-sandinistische Organisation in Costa Rica an die Öffentlichkeit getreten:
ANUDE (Asamblea Nicaragüense de Unidad Democrática) = Nicaraguanische Versammlung der demokratischen Einheit: setzt sich zusammen aus bekannten ins Exil gegangenen Oppositionellen verschiedener politischer Gruppierungen. In der bereits am 15.Sept. in Caracas unterzeichneten Gründungserklärung gibt sie als Ziel an: „den Sturz der Sandinisten und den Aufbau der wahren Demokratie in Nicaragua". Als ihre Aufgabe sieht ANUDE an: das Bemühen um internationale Unterstützung im Kampf gegen die Sandinisten und als Voraussetzung dazu die „Vereinigung der demokratischen Kräfte Nicaraguas". Das bedeutet im Klartext: der Versuch einer Einigung zwischen FDN und ARDE!
Jedoch ist eine Einigung sehr schwierig wegen
— dem Fehlen einer einheitlichen Ideologie für alle Organisationen
— persönlicher Ambitionen einzelner Figuren, Machtgerangel
— Mißtrauen unter den verschiedenen Gruppen (Völkermörder-Guardias und Ex-Sandinistas)
— unterschiedliche strategische Ziele (z.B. Miskito-Interesse bezieht sich nur auf die Atlantikküste).

In Honduras:

FDN (Frente Demokrático Nicaragüense) = Demokratische Front Nicaraguas:
wurde im August 1981 als polit.-militärische Organisation gegründet. Ziel: „Befreiung Nicaraguas vom kommunistischen Regime". Das Oppositionsbündnis setzte sich anfangs aus folgenden Gruppen zusammen:
1. **Legion 15. September:** besteht vor allem aus Ex- Nationalgardisten Somozas und gut bewaffneten Ex-Sicherheitsdienstangehörigen. Betreiben in Honduras die Radiostation „15. September", die bis nach Costa Rica sendet.
2. **ADREN** (Alianza Democrática Revolucionaria de Nicaragua) = Demokratisch-Revolutinäre Allianz Nicaraguas: war die erste Organisation der Exil-Somozisten, die in den bewaffneten Kampf ging. Aus ihr ging hervor:
3. **UDN** (Unión Demokrática de Nicaragua) = Demokratische Union Nicaraguas und ihr bewaffneter Arm:
FARN (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Nicaragua) = Revolutionäre bewaffnete Kräfte Nicaraguas: wurden 1980 von oppositionellen Konservativen gegründet, angeführt von den Ex-Sandinisten Edmundo und Fernando Chamorro-Rapaccciolli, ist aber durchsetzt von Ex-National-Gardisten. 1982 schloß sich die UDN/FARN dem neuen Bündnis ARDE an.
4. **MISURA** (Miskitos, Sumos, Ramas) = der Teil der früheren Indianerorganisationen MISURASATA, der unter der Führung von Steadman Fagoth steht (direkte Zusammenarbeit mit Somozisten und der honduranischen Armee)
5. Die FDN hat auch ein **„lokales Komitee"** in Costa Rica. Das Zentralkomitee der FDN besteht aus hohen Ex-Guardias, Fagoth, den Brüdern Chamorro und dem Ex-Staatsratsmitglied José Francisco Cardenal. Hinter diesem politischen „Koordinierungskomitee" steht nach Aussagen von FDN-Informanten, die in der TIME vom 4.April 83 veröffentlicht wurden, drei militärische Kommandostäbe
1. ehemalige Offiziere der Nationalgarde
2. hondureanische Armeeangehörige, Oberst Bermúdez, ein Militär aus Argentinien und der Chef des CIA-Stützpunktes in Tegucigalpa namens ‚Carlos'
3. nur US-Amerikaner (als Gehirn des Aufstandes): CIA-Experten, Vertreter des in Panama stationierten Südkommandos der US-Armee

Koordinator der einzelnen Kommandoebenen: US-Botschafter Negroponte!

In Nicaragua:

FI (Frente Interno) = Innere Front: ist eine Abspaltung von v.a. Ex-Nationalgardisten aus der UDN/FARN, entstand vor etwa einem Jahr. Operiert im Innern Nicaraguas u. zeichnet für die schwersten Sabotageakte der letzten Zeit verantwortlich.

Israel und die Dritte Welt

Teil der strategischen Zusammenarbeit zwischen Israel und den USA

In den letzten anderthalb Jahren haben hohe israelische Politiker, insbesondere auch Kriegsminister Sharon, eine rege Reisediplomatie in mehrere Staaten Latein- und Mittelamerikas und Afrikas entfaltet. Zielländer sind vor allem diskreditierte Diktaturen, die im Kampf gegen Befreiungsbewegungen stehen, und korrupte Regimes, die ihre Macht nur mit scharfer Unterdrückung aufrechterhalten können.

Sicher geht es der israelischen Regierung auch darum, in Ländern der Dritten Welt diplomatische und politische Rückschläge der letzten zehn Jahre wettzumachen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit, besonders den Export israelischer Güter, auszuweiten. Der Schwerpunkt der israelischen Bemühungen liegt allerdings auf militärischem Gebiet: Export von Rüstungsgüten und Nachrichten- und Computertechnologie, Entsendung von Militärberatern, Ausbildung von Anti-Guerilla-Einheiten, Aufbau und Training von Polizei und Geheimdiensten.

Könnte man selbst den Export von Rüstungsgütern noch allein mit wirtschaftlichen Interessen Israels begründen, so geht doch die militärische Zusammenarbeit mit den reaktionärsten Diktaturen der Welt weit über das hinaus, was für die Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen aus nationalen israelischen Interessen notwendig wäre. In den letzten Jahren zeichnet sich immer klarer ab, daß die israelische Militärhilfe in gezielter Arbeitsteilung mit den USA erfolgt und als Teil der strategischen Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel begriffen werden muß. Das gilt — eingeschränkt — auch für die Rüstungslieferungen Israels an das Khomeiny-Regime im Iran während des iranisch-irakischen Krieges.

Khomeiny-Regime im Iran während des iranisch-irakischen Krieges.

Latein- und Mittelamerika

Zu den meisten Ländern Latein- und Mittelamerikas hat Israel schon immer ausgesprochen gute Beziehungen unterhalten. Fast alle lateinamerikanischen Staaten stimmten dem UN-Teilungsplan für Palästina und der Aufnahme Israels in die UNO zu. Über US-Kontakte unterhielt Israel gute Beziehungen zur Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und erhielt — neben Spanien als einzigem nicht zu dieser Region gehörendem Land — einen ständigen Beobachterposten bei der OAS. Als nach dem Oktoberkrieg 1973 fast alle asiatischen und afrikanischen Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Israel abbrachen, verhinderten die lateinamerkanischen Staaten in internationalen Gremien die vollständige Isolierung Israels in der Dritten Welt. Nur Kuba und Guyana brachen die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab. Besondere Unterstützung erhielt Israel von Costa Rica, Honduras, Haiti, Nicaragua (bis zum Sturz des Somoza-Regimes 1979), El Salvador, Dominikanische Republik und Bolivien. Dies sind im wesentlichen auch die Länder (außerdem Argentinien und Chile), die nicht nur wirtschaftliche Beziehungen zu Israel unterhalten, sondern auch einen erheblichen Teil ihrer Rüstungsimporte aus Israel beziehen und die militärische Zusammenarbeit mit Israel entwickelt haben.(1)

Die Handelsstatistiken geben allerdings nur ein sehr eingeschränktes Bild der immer umfangreicher werdenden Zusammenarbeit wieder, da sie weder die Waffenlieferungen noch die Ölimporte Israels umfassen. Von 1968 bis 1972 verdoppelten sich die Exporte Israels nach Lateinamerika (2); 1973 umfaßten sie ca. 24 Mio. Dollar (1), 1979 71 Mio. Dollar, 1980 schon 138 Mio. Dollar, das waren allerdings nur 2,5 % aller israelischen Ausfuhren. 1981 sollen sie nicht auf mehr als 4 % angewachsen sein (3). Israelische Firmen arbeiten mit lateinamerikanischen Unternehmen vor allem auf dem Gebiet der Luftfahrt, der Elektronik und Nachrichtenübermittlung, der Landwirtschaft und des Maschinenbaus zusammen.

Daß diese Zahlen nur die Spitze des Eisbergs zeigen, wird am Beispiel Mexikos deutlich. Für 1980 geben israelische Statistiken die Einfuhr aus Mexiko mit 11,3 Mio. Dollar (ohne Erdöl, das immerhin 40% aller Erdöleinfuhren Israels umfaßt) an; mexikanische Statistiken beziffern die Ausfuhr nach Israel für das gleiche Jahr auf 507 Mio. Dollar (einschließlich Erdöl). Umgekehrt hat Israel Mexiko 75 Avara-Flugzeuge geliefert und baut gemeinsam mit mexikanischen Firmen ein Montage- und Wartungsunternehmen für Luftfahrt/Luftwaffe für den gesamten Raum auf (3).

Das Stockholmer SIPRI-Institut gibt an, daß Israel seit 1976 der drittgrößte Waffenlieferant Latein- und Mittelamerikas geworden sei. Umgekehrt ist dieses Gebiet der Hauptabnehmer israelischer Rüstungsproduktion (4). Die Rüsungslieferungen werden ergänzt durch eine umfangreiche Ausbildungs- und Beratertätigkeit israelischer Militärexperten.

Israel — Stellvertreter der USA

Nicht nur die zahlreichen Reisen hochgestellter israelischer Politiker nach Latein- und Mittelamerika richteten das Augenmerk auf die militärischen Aktivitäten Israels. Der „Lateinamerikanische Dienst für Frieden und Gerechtigkeit" richtete kürzlich einen Appell (unterzeichnet von dem argentischen Nobelpreisträger Esquivel) an „Volk und Regierung von Israel", die israelische Beihilfe zum Völkermord in Guatemala zu unterlassen (5). Der Vertreter der salvadoranischen Opposition (FDR-FMLN) in Rom, Joaquin Antonio Aguilar, forderte in Jerusalem den sofortigen Stopp der Lieferung von Waffen und der Entsendung von Beratern an die salvadorianische Armee. Er war vom israelischen Solidaritäts-Komitee mit dem salvadorianischen Volk eingeladen und traf sich auch mit Vertretern von Maarakh (Arbeiterpartei und MAPAM) und der israelischen KP (Rakach). Verschiedene israelische Zeitungen hatten schon zuvor Informationen über die Aktivitäten von israelischen Militärberatern in El Salvador

Komitee mit dem salvadorianischen Volk eingeladen und traf sich auch mit Vertretern von Maarakh (Arbeiterpartei und MAPAM) und der israelischen KP (Rakach). Verschiedene israelische Zeitungen hatten schon zuvor Informationen über die Aktivitäten von israelischen Militärberatern in El Salvador

veröffentlicht. Schon vor mehr als zwei Jahren hatte der ehemalige Pressesekretär des Innenministeriums, Elias Barahona, nach seinem Ausscheiden enthüllt, daß die Israelis zu denen gehörten, die die Nachfolge der USA angetreten hätten, als die Carter-Regierung wegen ihrer „Menschenrechtspolitik" jede Militärhilfe an Guatemala verbot.

In spektakulären Aktionen hatten die Befreiungsbewegungen dieser Länder schon vorher auf die enge Zusammenarbeit Israels (und Südafrikas) mit den Militärdiktaturen hingewiesen. Anfang 1979 wurde Ernesto Liebes, Honorarkonsul Israels in San Salvador, von Guerilleros der FARN entführt und als Kriegsverbrecher hingerichtet, wegen der wichtigen Rolle, die er beim Verkauf von israelischen Flugzeugen an das salvadorianische Regime gespielt hat. Im November 1979 entführten die Volksbefreiungskräfte den südafrikanischen Botschafter in Guatemala und forderten den Abbruch der Beziehungen zu Südafrika und Israel und die Anerkennung der PLO. Im Januar 1982 wurde ein Bombenanschlag auf die israelische Botschaft in Guatemala verübt. Yossi Sarid und Abba Eban, Mitglieder der Arbeiterpartei, forderten damals die israelische Regierung auf, die Waffenverkäufe nach El Salvador und Guatemala zu stoppen. Sechs Abgeordnete der MAPAM versuchten, eine Gesetzesvorlage einzubringen, die die Militärhilfe an Länder wie Guatemala und El Salvador verbieten sollte und parlamentarischen Gremien der Knesset eine gewisse Kontrolle über die Exporte von Militärgütern geben sollte (6); diese Vorlage hatte allerdings keine Chance auf Durchsetzung. Anfragen in der Knesset über die Rolle Israels in der Dritten Welt werden nicht beantwortet. Das militärische Engagement Israels in Ländern Latein- und Mittelamerikas läßt sich mit „Sicherheitsinteressen" Israels überhaupt nicht begründen, es ist Ausdruck einer gezielten Arbeitsteilung zwischen Israel und den USA und reicht in die 60er Jahre zurück. Damals forderte die amerikanische Regierung Israel auf, seine „Aktivprogramme" unter das Volk zu bringen, um den kubanischen Einfluß in der Region auszugleichen. Israel hat dabei von seinem Image als „Entwicklungsland" profitiert. Lange bevor Israel zu einem der wichtigsten Waffenlieferanten Lateinamerikas werden konnte, bildeten israelische Berater mitltärische und paramilitärische Kräfte aus. Zum Beispiel bot die Abteilung Zusammearbeit und Verbindung mit dem Ausland des israelischen Verteidgungsministeriums Offizieren in 13 Ländern Lateinamerikas Ausbildung in paramilitärischen Programmen für die Jugend an, u.a. für Offiziere aus El Salvador und Guatemala. Diese Pro-

Kräfte aus. Zum Beispiel bot die Abteilung Zusammearbeit und Verbindung mit dem Ausland des israelischen Verteidgungsministeriums Offizieren in 13 Ländern Lateinamerikas Ausbildung in paramilitärischen Programmen für die Jugend an, u.a. für Offiziere aus El Salvador und Guatemala. Diese Pro-

gramme wurden von den USA über das Amt für internationale Entwicklung finanziert (6). Sebstverständlich ist Israel wirtschaftlich nicht in der Lage, Militärhilfe, die es leistet, selbst zu finanzieren. Israel „überbringt" US-amerikanische Gelder. So berichtet z.B. die israelische Zeitung „Davar"(3.1.82), daß,nach Auskünften von Danny Halperin, Wirtschaftsberater an der israelischen Botschaft in Washington, die israelische Regierung 1981 beschlossen habe, der salvadorianischen Regierung auf Bitten Washingtons 21 Mio. Dollar zu leihen, die auf die US-Hilfe für Israel berechnet würden (6).

Es ist sicher nicht zufällig, daß das verstärkte Engagement Israels in dieser Region seit Mitte der 70er Jahre einhergeht mit einer ungeheuren Steigerung amerkanischer Militärhilfe für Israel, die — zusammen mit der Wirtschaftshilfe — seitdem jährlich mehr als 2 Mrd. Dollar beträgt, ständig wächst und nur zum kleinen Teil aus Krediten besteht. Ein Sprecher der „Demokratischen Front" in Israel ordnete die Militärhilfe in die strategische Zusammenarbeit zwischen srael und den USA ein und betonte, daß trotz der vorübergehenden Suspension der strategischen Zusammenarbeit nach der Annexion der Golanhöhen im Dezember 1981 die Kooperation nach wie vor praktiziert werde. Der Krieg im Libanon, das Militärabkommen mit Zaire, die Intensivierung der israelischen Beziehungen zu Latein- und Mittelamerika und die Tendenz im US-Senat, die amerkanische Hilfe für Israel zu erhöhen, zeigten den Ausbau der globalen israelisch-amerikanischen Zusammenarbeit (4).

Über das „Abkommen zur strategischen Zusammenarbeit" zwischen Israel und den USA hatten wir im „Arbeiterkampf" ausführlich berichtet (7). Es soll angeblich der Abwehr sowjetischer Aktionen im Nahen Osten dienen und gibt den Israelis ziemlich freie Hand, nach den selbstdefinierten „Sicherheits-Interessen" im arabischen Raum zu agieren. Die tatsächlichen Übereinkünfte sind allerdings geheim. Der israelische Kriegsminister Sharon, der auf weitergehende Vereinbarungen gedrängt hatte und federführend bei dem Abschluß war, hatte unmittelbar danach seine Interpretation zum besten gegeben: Das strategische Abkommen könnte sich auch auf Afrika beziehen, um die westlichen Interessen gegen die Politik der Sowjetunion und ihrer Allierten, Kuba und Libyen, zu verteidigen (8). Warum sollte sich Israel dann nicht auch an der Zurückdrängung des „sowjetischen Einflusses" weltweit beteiligen? Das jedenfalls mutmaßte die israelische Zeitung „Haaretz", als sie über die kürzlich von Sharon abgeschlossenen Waffengeschäfte mit Honduras berichtete: „*Die Waffengeschäfte mit Honduras könnten von Minister Sharon als Teil der strategischen Kooperation zwischen Israel und den USA angesehen werden. Es gibt jedoch keine Gewißheit darüber, ob die Amerikaner Zentralamerika als die ideale Arena für die Realisierung von Sharons Konzept ansehen*"(4).

Honduras

Nach Honduras reiste der israelische Kriegsminister Sharon Ende letzten Jahres mit einer hohen militärischen Delegation. Mit von der Partie waren: Der Luftwaffenchef, General David Ivry, und der Generaldirektor des Verteidigungsministeriums, Aharon Bet Alajmi. Israel hat die Luftwaffe von Honduras ausgerüstet und trainiert. Honduras verfügt über die stärkste Luftwaffe in dem Gebiet und soll zusammen mit Costa Rica den Druck gegen Nicaragua erhöhen. Zwischen Israel und Honduras wude eine Militärhilfeabkommen unterzeichnet (9%.

Nicaragua

Nicaragua hat 1982 die dipolomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen.Grund dafür war die Rolle Israels bei Destabiliserungsversuchen gegen

Nicaragua

Nicaragua hat 1982 die dipolomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen.Grund dafür war die Rolle Israels bei Destabiliserungsversuchen gegen

die sandinistische Regierung, vor allem über Casta Rica. Bis zwei Wochen vor dem Sturz des Somoza-Regimes 1979 hatte Israel Waffen an dessen Nationalgarde geliefert. Mit diesen Waffenlieferungen wurde - in Arbeitsteilung mit den USA - das von den USA 1978 verhängte Waffen-Embargo gegen das Somoza-Regime unterlaufen. Ernesto Cardenal hatte die USA damals angegriffen, Israel als Mittler von Waffenlieferungen einzusetzen (6).

Guatemala

Schon in den Jahren 1974 bis 1979 bezog Guatemala 40 Prozent seiner Waffen aus Israel.Als Carter 1980 wegen der Menschenrechtsverletzungen Militärhilfe und -verkäufe an Guatemala stoppte, sprangen Chile, Argentinien und Israel diskret ein (11). Der Präsident der Militärjunta Guatemalas, Rios Montt, erklärte nach dem Staatsstreich im März '82, der Putsch sei so gut gelungen, „*weil zahlreiche unserer Soldaten von den Israelis ausgebildet wurden.*"Die israelische Zeitung „Maariv" zitierte General Benedicto Lucas Garcia, Generalstabschef der Armee vor dem Putsch, mit der Äußerung, Israel hätte „gigantische Aufgaben" für die bewaffneten Kräfte Guatemalas erfüllt. Garcia dankte öffentlich dem israelischen Botschafter für „*die Beratung und die Lieferung elektronischer Technologie*", anläßlich der Eröffnung der Schule für Kommunikation und Elektronik der Armee im November 1981 (6). Nach Angaben von Shulami Aloini, Führerin der Bürgerrechtsbewegung in Israel, umfaßt diese Hilfe elektronisches Material und Ausbildung für die Aufstandsbekämpfung sowie militärische Berater. Nach Angaben der Guerillabewegung leiteten israelische Berater auch den Einsatz von Computern bei der Aufstöberung von Guerilla-Wohnungen. Die „Organization of People in Arms" mußte daraufhin in der Stadt schwere Verluste hinnehmen.

Israel hilft außerdem bei der Finanzierung, Überwachung und Durchführung von gewaltsamen Umsiedlungsprojekten für die indianische Bevölkerung in Nordguatemala, die dort zu schlimmen Repressalien und Massenmord geführt haben (11).

El Salvador

El Salvador bezieht etwa 80 Prozent aller Waffenlieferungen aus Israel. Israel hat nach El Salvador Experten für psychologische Kriegsführung und Spionage entsandt, es trainiert Anti-Guerilla-Einheiten. Israel spielt gerade auch in El Salvador eine wichtige Rolle, um als Stellvertreter der amerikanischen Politik die Beschränkungen zuu unterlaufen, die der Kongreß der Ausweitung der US-Intervention in dem Gebiet auferlegt hat. Der israelische Minister für wirtschaftliche Koordination, Meridor, hat auf einer privaten Versammlung von Geschäftsleuten er-

Aufruf zur Hilfe für den Libanon



Dias, eine Fotoausstellung und informative Faltblätter können bestellt werden.

Die Hilfe für die palästinensischen und libanesischen Flüchtlinge muß weitergehen -

medico international

bittet um Unterstützung für Soforthilfe und langfristige Projektarbeit. Für:

- Sozialmedizinische Basisstrukturen in Süd-Beirut
- Soforthilfe für die Krankenhäuser Ghaza und Akka in den Lagern Sabra und Chatila
- Langfristige Hilfe für ein Frauengesundheitsprojekt an der Bir Zeit Universität im israelisch besetzten Palästina.

SPENDEN

Stadtsparkasse Frankfurt, Konto 1800
Stichwort: Libanon / Palästina

medico international
Hanauer Landstr. 147-149
6000 Frankfurt am Main 1
Telefon: (06 11) 49 03 50

klärt, daß Israel für die USA in Zentralamerika und in der Karibik, in Südafrika und Taiwan agieren wolle, da dort politische Überlegungen die USA davon abhielten, die notwendige Militärhilfe zu gewähren. Meridor sicherte sich die Mitarbeit eines israelisch-amerikanischen Geschäftsmannes, Arye Genger, um die Exporte von Militärmaterial und Versorgungstruppen zu koordinieren.

Israels Engagement in Afrika

In den Jahren von 1958 bis 1973 waren die Beziehungen zwischen Israel und den Staaten Afrikas sehr intensiv. Israelische Hilfe konnte deshalb so gut in Anspruch genommen werden, weil der junge Staat Israel nicht mit den Kolonialmächten in Verbindung gebracht zu werden brauchte und Israel von seinem Image als tatkräftiges und erfolgreiches ,,Entwicklungsland'' profitierte. Tausende von israelischen Experten arbeiteten in der Landwirtschaft, in Bewässerungsvorhaben, in der Regionalplanung und im Gesundheits- und Ingenieurswesen. Die ersten afrikanischen Schulbücher und Briefmarken wurden in Israel gedruckt. (14). Nach dem israelisch-arabischen Krieg 1973 brachen außer Südafrika, Malawi und Swaziland alle afrikanischen Länder die diplomatischen Beziehungen ab. Dies geschah vor allem auf Druck der arabischen Staaten, insbesondere auch Ägyptens, das selbst Mitglied der OAU ist. Bilateralen Beziehungen zwischen Israel und einzelnen afrikanischen Staaten hat dieser diplomatische Rückschlag allerdings nicht geschadet: sie wurden diskret fortgesetzt. 1980 betrug der israelische Export in diese Länder 100 Mio. Dollar. Der Präsident der israelischen Industrie-Gruppe Koor (kontrolliert von dem Gewerkschaftsverband Histadrut) berichtete, daß heute doppelt soviele israelische Experten in Afrika arbeiten würden wie 1973. Hunderte von afrikanischen

heute doppelt soviele israelische Experten in Afrika arbeiten würden wie 1973. Hunderte von afrikanischen

Technikern und Studenten haben in dieser Zeit in Israel ihre Ausbildung beendet. In einigen Ländern leistet Israel ganz erhebliche Hilfe bei Ausrüstung und Organisation von Polizei und Armee (15). Vor gut einem Jahr schickte der israelische Ministerpräsident Begin denn auch nicht seinen Außenminister auf Rundreise durch einige - geheimgehaltene - afrikanische Staaten (nur Zaire ist bekannt), sondern Kriegsminister Sharon. Nicht dementiert wurden von israelischer Seite Berichte, nach denenisraelische Militärexperten in Namibia Truppen der prowestlichen UNITA für Angriffe auf Ziele in Angola ausbilden (16). Israelische Offiziere sollen außerdem für die Sicherheit des kenianischen Präsidenten Moi verantwortlich sein (17). Neben Südafrika, das mit Israel engstens auf militärischem, nuklearem und wirtschaftlichem Gebiet zusammenarbeitet, unterhalten besonders Kenia und andere ostafrikanische Länder, Elfenbeinküste und Nigeria gute Beziehungen zu Israel (18).

Seit der ,,Friedensinitiative'' Sadats wurden von Seiten der OAU Bemühungen unternommen, die diplomatischen Beziehungen zu Israel wiederaufzunehmen, da der Grund für den Abbruch nun ja entfallen sei und die meisten afrikanischen Ländern hinter der Friedensinitiative Sadats stünden. So gab es 1979 Bestrebungen, dieses Thema auf einem OAU-Gipfel zu erörtern, was aber wohl am Widerstand der arabischen afrikanischen Länder und an der unnachgiebigen Haltung Israels in seiner Annektionspolitik (Golan-Höhen, sich lang hinziehende Verhandlungen mit Ägypten über die Sinai-Rückgabe) bisher gescheitert ist. Bisher hat- außer Ägypten - nur Zaire im Mai 1982 die diplmatischen Beziehungen wiederaufgenommen.

Zaire

Der korrupte Staatschef Zaires, Mobutu, machte gleich nach der Sinai-Rückgabe die ersten Schritte für eine diplomatische Anerkennung Israels. Sowohl Begin als auch der ägyptische Präsident Mubarak erhielten Glückwunschbriefe. Qatar, Nordjemen und Irak brachen daraufhin ihre diplomatischen Beziehungen zu Zaire ab (19). Der Grund für dieses Vorpreschen lag in einer weitgehenden Isolierung des Mobutu-Regimes. Nach dem Sturz Idi Amins (Uganda) und Bokassas (Zentralafrikanische Republik) verhinderte der amerikanische Kongreß weitere Finanzhilfe an Zaire. Mobutu hatte 55 Mio. Dollar gefordert, der Finanzvorschlag der amerikanischen Regierung von 20 Mio Dollar war vom Kongreß auf 4 Mio. zusammengestrichen worden. Mobutu lehnte empört ab. Im November flog Sharon nach Kinshasa und sagte israelische Hilfe bei der Reorganisierung der Armee zu. Anschließend besuchte eine Delegation jüdisch-amerikanischer Geschäftsleute Zaire und versprach - u.a. für die Anerkennung Israels - Druck zugunsten Zaires auf die US-Regierung auszuüben. Israelische Experten und internationale Finanzhilfe sollen das Mobutu- Regime retten. Im November 1982 besuchte der amerikanische Vizepräsident Bush Zaire.

Zwischen Israel und Zaire ist inzwischen ein Militärabkommen unterzeichnet worden: Innerhalb von fünf Jahren soll die gesamte zairische Armee reorganisiert werden. Zaire soll seine Waffen aus Israel erhalten. Priorität in diesem Programm hat Training und Ausrüstung von Mobutus Schutztruppe sowie der Ausbau des Geheimdienstes. Anschließend soll die Reorganisierung der 12.000 Mann starken Kanyoulow-Division in Shaba erfolgen, sowie der Aufbau der Artillerie und der militärischen Kommunikationssysteme (20). Beutewaffen der PLO aus dem Libanon-Krieg sollen inzwischen kostenlos an Zaire geliefert worden sein (21). Wem die Hilfe für Mobutu, Statthalter eines korrupten und bankrotten Regimes, als etwas skurril erscheint erscheint, sollte einen Blick auf die Landkarte werfen. Israelische Militärberater werden nicht nur in Namibia, sondern auch in Zaire und dort besonders in der Grenzprovinz Shaba tätig sein. Damit wird Angola weitgehend eingekreist und bedroht (drittes angrenzendes Land mit einer weitaus kürzeren Grenze ist Sambia). In der Provinz Shaba war das Mobutu-Regime 1978 und 1979 durch die dort kämpfende Befreiungsbewegung schwer unter Druck geraten und konnte nur durch eine imperialistische Militärintervention (vor allem Frankreichs) gerettet werden.

Iran

Iran

Es ist oben schon deutlich geworden, daß Israel in seiner konkreten Politik sehr wohl in der Lage ist, von anti-israelischen offiziellen Verlautbarungen abzusehen und beharrlich und stillschweigend seine Interessen in bilateralen Beziehungen durchzusetzen. Das gilt insbesondere für die Beziehungen zum Mörderregime Khomeinys im Iran. Rüstungslieferungen Israels haben zu dem langen Durchhalten und den Teilerfolgen Irans im Krieg gegen Irak erheblich beigetragen.

Khomeiny läuft bei seinen antizionistischen Tiraden und seinen Aufrufen zur Vernichtung des Staates Israel bekanntlich Libyens Ghaddafi fast den Rang ab . Natürlich mußten diese Geschäfte noch diskreter und auf verschlungeneren Pfaden laufen, als anderswo in der Welt - diesmal unter Einschaltung der libanesischen Faschisten und zur neofaschistischen Szene gehörender internationaler Waffenhändler. Der israelische Kriegsminister Sharon gab diese Unterstützung sogar zu. Nach Rüstungslieferungen an Iran befragt, äußerte er, Israel habe Iran eine kleine Hilfe geleistet, weil es die Bedrohung des Nahen Ostens durch Irak sehen würde (22).

Schon sehr frühzeitig hatten israelische Regierungsmitglieder Iran Unterstützung angeboten. Der stellvertretende israelische Verteidigungsminister Tzipori äußerte gleich nach Beginn des israelisch-irakischen Krieges, Israel sei bereit, den Iran zu unterstützen, falls Iran seine Israel-Politik ändern würde (23). In einer Sendung des Israelischen Rundfunks (1.2.82) (24) wurde der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, David Kimche, zitiert (nach einem BBC-Interview), daß Israel ein Interesse an einer starken iranischen Armee habe, die die Kontrolle über den Iran wahrnehmen könne. In der Sendung sprach auch der Oberst der Reserve, Nimrodi, der während des Schah-Regimes Repräsentant der israelischen Armee im Iran war (25). Er erklärte, es sei immer noch möglich, im Iran einen Militärputsch zu unternehmen, und diese Gelegenheit sollte nicht versäumt werden, damit die Kommunisten nicht die Macht im Lande übernehmen.

Weiter wurde berichtet, daß sich Sharon während seines letzten Besuches in den USA vergebens bemüht habe, die USA für einen solchen Plan zu gewinnen. Israel hätte dem Iran rückstoßfreie Geschütze, Munition und Ersatzteile für Panzer und Flugzeuge geliefert, insgesamt Bestellungen für 200 Mio. Dollar.

Der Politisch-Parlamentarische Pressedienst der SPD hat zu dieser Zusammenarbeit am 12.11.82 einen Bericht herausgegeben, der im folgenden zusammengefaßt werden soll. Die Zusammenarbeit zwischen Israel und dem Khomeiny-Regime werde zwar offiziell geleugnet; sie sei aber der Grund dafür, weshalb Iran von der PLO immer mehr abrücke. Seit Frühjahr 1981 sei von Kontakten die Rede gewesen, im April 1981 hätten Gespräche zwischen Israel und Iran in B o n n stattgefunden (jetzt weiß man vielleicht auch, weshalb der Opium-Schmuggel des Herrn Tabatabai eine geheime diplomatische Sondermission war, Anm. AK). Die ,,Sunday Times'' habe am 26.7.81 über den acht Tage zuvor erfolgten Absturz eines argentinischen Transportflugzeuges über sowjetischem Territoriums berichtet (Die Sowjetunion hatte - nach Radio Teheran - dank der damaligen guten Zusammenarbeit keinerlei Überreste eines Flugzeuges gefunden, weshalb für sie der Rüstungstransport imperialistische Propaganda war (26), Anm. AK). Diese Maschine der ,,Transporte Aero Rioplatense'' habe am 12., 14. und 17. Juli einen Teil der Lieferung von Panzerersatzteilen und Munition nach Teheran gebracht, die in Londen zwischen israelischen und iranischen Unterhändlern für 34 Mio. Dollar ausgehandelt worden sei. ,,Jerusalem Post'', ,,Haaretz'' und die US-amerikanische Fernsehgesellschaft ABC bestätigten dies im Sommer '81.

Am 2. August 1982 wurde, während der Belagerung Beiruts, über Vermittler ein Waffengeschäft für 50 Mio. Dollar ausgehandelt. Israel sollte für diese Summe Erdöllieferungen von Iran erhalten, für 22 Dollar pro Barrel plus 5 Dollar Vermittlungsgebühr. Westliche Diplomaten äußerten gegenüber der Zeitschrift ,,The Middle East'', das Geschäft würde über eine libanesische Firma in der Schweiz abgewickelt, deren Eigentümer libanesische Schiiten mit engen Beziehungen zu Israel und der libanesischen Falange-Partei seien. Weitere Hinweise seien von maronitischen Geschäftskreisen aus Ostbeirut und von Esso-Repräsentanten in Italien gekommen.

Die oben genannte libanesische Firma würde eng mit dem italienischen

gekommen.

Die oben genannte libanesische Firma würde eng mit dem italienischen

Waffenhändler Stefano Delle Chiaie zusammenarbeiten, der zunächst in Teheran ansässig gewesen sei, von Bani Sadr aber ausgewiesen worden sei, und ... nach Bolivien gegangen sei. (Anm.: Im Arbeiterkampf 232 wurde in dem Artikel über den Barbie auch über Chiaie berichtet. Gegen ihn läuft ein Haftbefehl wegen des Bombenanschlages in Bologna 1980, er gehört zu den Schlüsselfiguren der neonazistischen Terror-Internationale). Zur Gesellschaftsgruppe der libanesischen Firma gehöre auch die Schweizer Firma ,,Kreikot Driving an Financial Company'', die Beziehungen zum italienischen Bankier Roberto Calvi (Mitglied der Geheimloge P 2) pflegte, der vor einiger Zeit in London erhängt gefunden wurde. Bei diesem Geschäft seien Beutewaffen aus palästinensischen und syrischen Beständen geliefert worden.

Am 10.5.82 habe außerdem ,,Newsweek'' gemeldet, daß die USA mit Iran einen Vertrag zur Lieferung von 1,8 Mio. Barrel Erdöl abgeschlossen hätten, und zwar über die Genfer Handelsgesellschaft ,,Catoil'' zum Preis von 29 Dollar (OPEC-Preis damals 34 Dollar). Soweit der Pressedienst der SPD.

Zu ergänzen wäre, daß die ,,Frankfurter Allgemeine'' schon am 3.11.80 meldete, daß Israel auf dem Schiffswege Waffen nach Iran liefern würde, und zwar: Teile für F 4-Phantoms, Hubschrauber und Raketensysteme.

Nahost-Kommission

Anmerkungen

(1) vgl. Regina Sharif, Latin America and the Arab-Israeli-Conflict, in: „Journal of Palestine Studies", 25, Autumn 1977, S. 98-122
(2) „Monitor-Dienst", MD, 17.8.83
(3) „The Middle East", April 1982, S. 50/51
(4) Informationsdienst El Salvador, 10.12.82, Artikel von Amos Wollin und (4)
(5) „taz", 10.3.83
(6) „Le Monde Diplomatique", 4.10.82
(7) „Arbeiterkampf" 223, 12.7.82
(8) „Le Monde", LM, 1.12.82
(9) „Kuwait Times, KuT, 16.12.82; „Neue Zürcher Zeitung", NZZ, 14.12.82; und (4)
(10) s. (1), S. 100, (4); LM, 25.12.82; KuT, 16.12.82 (6)
(11) taz, 10.3.83; „The Guardian", TG, 10.1.
(12) MD, 14.5.82; „Jordan Times", JT, 18./19.3.82, (6)
(13) „Financial Times", 18.8.81
(14) NZZ, 2.12.82
(15) LM, 1.12.82
(16) MD, 19.1.82
(17) MD, 23.12.82
(18) KuT, 26.1.83
(19) NZZ, 2.12.82
(20) KuT, 26.1.83
(21) SZ, 1.12.82
(22) JT, 27./28.5.82
(23) MD, 1.10.80
(24) MD, 3.2.82
(25) Über die guten Beziehungen zwischen dem Schah-Regime und Israel berichten Artikel im „Arbeiterkampf" 141 und 142
(26) MD, 28.7.81; nach Aussagen des Schweizer Waffenhändlers Andrea Jenni waren ursprünglich 12 Flüge vorgesehen, FAZ, 27.7.81

Zypern:

Wahlen auf dem Flugzeugträger

Zur Wahl ihres alten und neuen Präsidenten waren am 13. Februar die Einwohner des grichiesch-zypriotischen Teils der Insel angetreten.

23 Jahre nach der formellen Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht ist Zypern noch immer ein besetztes Land: Im Süden halten die Briten noch immer zwei souveräne militärische Basen; vor dem britischen Stützpunkt Akrotiri liegen gegen den Willen der zypriotischen Regierung US-amerikanische Kriegsschiffe. Der Norden hingegen ist seit 1974 zu 35% von türkischem Militär besetzt. Entlang der ,,grünen Linie'' zwischen dem

amerikanische Kriegsschiffe. Der Norden hingegen ist seit 1974 zu 35% von türkischem Militär besetzt. Entlang der ,,grünen Linie'' zwischen dem

griechisch-zypriotischen und dem türkischen Teil der Insel sind zudem 4000 UN-Soldaten stationiert.

Bereits die britischen Kolonialherren hatten die strategische Bedeutung Zyperns als ,,unser unsinkbarer Flugzeugträger im Mittelmeer'' hervorgehoben und mit blutigen Repressalien den Befreiungskampf der EOKA (Nationale Organisation Zyprischer Kämpfer) bis 1960 unterdrückt. Durch geschickte Politik von ,,Teile und Herrsche'' war es der Kolonialmacht gelungen, die Differenzen zwischen griechischen Zyprioten und der türkisch sprechenden Minderheit zu schüren und für sich auszunutzen. Diese Auseinandersetzungen, die sich bis zum blutigen Bürgerkrieg steigerten, lieferten nach dem Putschversuch der griechischen Obristen-Junta den Vorwand für die türkische Invasion auf Zypern im Juli 1974. Damit war der unruhige Mittelmeerstützpunkt für die NATO gesichert worden.

Die türkische Besetzung des Nordens und die Bedrohung durch die 20000 Soldaten des türkischen Militärs hat im griechisch-zypriotischen Teil zu einer noch engeren Bindung und Orientierung auf das griechische Festland geführt. Die griechische Regierung gefällt sich auch in der Rolle des ,,mächtigen Bruders'', wenngleich Papandreous Versprechen, er werde den griechischen Zyprioten gegen türkische Drohungen zu Hilfe kommen, angesichts der militärischen Schwäche Griechenlands gegenüber der Türkei als hohle Wahlkampfsprüche gewertet werden müssen. Eine Lösung des im Wahlkampf auf der Insel fast ausschließlich behandelten ,,zypriotischen Problems'' der Teilung wird eher bei den unter UNO-Beteiligung stattfindenden Gesprächen, den ,,Intercommunal Talks'', gesehen. Allerdings scheinen sich die Lager hier seit Jahren kaum einen Schritt näher gekommen zu sein. Die türkische Seite besteht nach wie vor darauf, 35% des Landes im Rahmen einer lockeren Föderation zweier voneinander unabhängiger Staaten zu behalten. Die griechische Seite ist allenfalls zu 20% für einen türkisch-sprachigen Kanton innerhalb eines einheitlichen Staates mit Zentralregierung bereit. Auf jeden Fall denkt das von Rauf Denktasch repräsentierte türkische Regime im Norden überhaupt nicht daran, einen einzigen Soldaten abzuziehen — es sei denn, es würde aus Ankara so befohlen. Um vollendete Tatsachen zu schaffen, hatten die Invasoren 1975 einen ,,Föderativen Türkischen Staat von Zypern'' ausgerufen, der allerdings mit Ausnahme der Türkei von keinem Land völkerrechtlich anerkannt wurde. Der türkisch-sprachige Bevölkerungsanteil wurde durch die Ansiedlung von Familien aus der Osttürkei nach oben gedrückt. Die strenge NATO-Gefolgschaft der türkischen Truppen im Norden steht weiterhin im Widerspruch zur Blockfreiheit des griechisch-zypriotischen Südens. Die nationale Unabhängigkeit Zyperns, durch den ersten Staatspräsidenten Bischof Makarios zugrundegelegt, gilt auch als Verpflichtung für den jetzigen Präsidenten Spyros Kyprianou. Seine Wiederwahl am 13. Februar ließ sich bereit aus den Ergebnissen der Parlamentswahlen von 1981 vorausberechnen. Bis auf ein paar Prozentpunkte wurden die angespannten politischen Verhältnisse zwischen den Parteien kaum erschüttert. Die

1981 vorausberechnen. Bis auf ein paar Prozentpunkte wurden die angespannten politischen Verhältnisse zwischen den Parteien kaum erschüttert. Die

prosowjetische AKEL, mit fast 33% knapp die stärkste Partei, hatte sich im Bündnis mit Kyprianous konservativer DIKO (19,5%) auf ein sogenanntes ,,Minimalprogramm'' geeinigt. Dieses Programm sieht neben dem Ausbau von Sozialleistungen für die Unterschichten eine Stärkung des Mittelstandes vor. Weder im innen- noch im außenpolitischen Bereich sind spezifisch sozialistische Forderungen enthalten. Papaioannou, Chef der kommunistischen AKEL, erklärt dazu, daß die vordringliche Aufgabe in der Beseitigung der fremden Truppen — Briten im Süden und türkische Armee im Norden — bestehe. Danach könnten ,,die Zyprioten entscheiden, ob sie eine sozialistische Veränderung wollten''. Ein gemeinsames Komitee soll die Umsetzung des ,,Minimalprogramms'' überprüfen, zumal die Verfassung für den Präsidenten eine außergewöhnlich starke Stellung vorsieht — die es ihm auch erlauben würde, faktisch am Parlament vorbeizuregieren. Die zweitstärkste Partei, die extrem rechte ,,Demokratische Sammlung'' (31,8%), schickte ihren Führer Glafkos Clerides ins Wahlrennen. Clerides, dem gute Kontakte zur faschistischen EOKA-B, die in den 74er Putschversuch verstrickt war, nachgesagt werden, schoß sich hauptsächlich auf die ,,kommunistische Unterstützung'' seines Rivalen Kyprianou ein. Er orakelte in seinen Wahlkampfreden, Zypern würde zu einem ,,Kuba des Mittelmeerraumes'' und dies würde für die Amerikaner ein militärisches Eingreifen nötig machen. Clerides-Anhänger planten, Tausende von Hammer- und Sichel-Fähnchen drucken zu lassen, damit diese, am Wahltag überall ausgehängt, ,,dem zyprischen Volk die kommunistische Bedrohung verdeutlichten''. Als Bauchlandung erwies sich ebenso wie dieser Plan auch der propagandistische Höhenflug des Kandidaten Dr. Lyssarides, Zögling der Sozialistischen Internationale und Kandidat der sozialdemokratischen EDEK. Mit riesigem Werbeaufwand ließ sich Lyssarides, Seite an Seite mit Griechenlands Papandreou, als dessen treuer Statthalter auf zyprischem Boden verkaufen. Doch trotz der Versicherung, daß alle sozialistischen und sozialdemokratischen Regierungen von Frankreich bis Malta seinen Sieg wünschten, blieb der Erfolg für den Letzten im Rennen aus. Im Süden der Insel sind damit die politischen Verhältnisse im wesentlichen unverändert geblieben, während sich die Presse im türkischen Teil gelegentlich über die demokratischen Faxen im griechischen Teil belustigte. Dort gibt es solche Wahlkämpfe nicht. Es herrscht die Ruhe eines NATO-Flugzeugträgers.

Rü.

Kommunalwahlen in Frankreich

DIE FRUSTRIERTEN

Während die französische Rechte (RPR-Gaullisten mit Chirac an der Spitze plus UDF-Giscardianer) im esten Wahlgang zu den Gemeindewahlen 50,9% der Stimmen gegenüber 39,7% für PS und KPF erhalten hatte, ging ihr Stimmenanteil beim zweiten Wahlgang auf 49,8% zurück gegenüber 39,8% für PS und KPF. Insgesamt mußte die Linke 30 Städte mit mehr als 30.000 Einwohnern an die Konservativen abgeben; die Hälfte der 57 Städte, die die Linke bei den Gemeindewahlen 1977 dazugewonnen hatte, konnte schließlich doch gehalten werden. Gegenüber dem 1. Wahlgang am 6. März sind viele der Stimmenthalter beim 2. Wahlgang am 13 . März doch Wählen gegangen, insbesondere in allen Städten, wo die Position der Linken gefährdet war. Dadurch wurde gegenüber der Rechten doch noch Terrain zurückerobert und dadurch gab es weitaus weniger Verluste, als die ersten Wahlergebnisse es vermuten ließen. Dies bestätigt, daß es sich bei den Nichtwählern des 1. Wahlganges in der Mehrheit um linke Wähler handelte, die nicht aus Vertrauen zur Regierung doch noch zur Urne gingen (dann hätten sie es gleich am 6. März tun können), sondern weil sie das ,,kleinere Übel'' einem drohenden Sieg der Rechten vorzogen. Addiert man allerdings die Stimmen aller Linken zusammen (d.h. radikale Linke und Grüne inklusive), kommt man auch beim 1. Wahlgang auf ein Stimmenverhältnis zwischen Rechten und Linken von knapp 51% zu 46%. Bei den Parlamentswahlen im Juni 1981 hatten die Linken 55,7% der Stimmen erhalten, während die Rechten 43,2% bekommen hatten.

Die gesamte französische Presse betont bei ihrer Analyse der Wahlergebnisse insbesondere die Verluste der KPF. Welches sind die Zahlen, auf die sich hierbei gestützt wird? Die KPF hat insgesamt 16 Städte mit mehr als 30.000 Einwohnern verloren. Im Departement Ile-de-France (rund um Paris) verwaltete sie früher 119 Gemeinden, heute 86; das bedeutet einen Verlust von 33 Gemeinden.

Allerdings sind die Verluste der PS ähnlich groß: sie verliert 15 Städte mit mehr als 30.000 Einwohnern; Im Departement Ile-de-France verwaltete sie früher 70 Gemeinden, heute 50; das bedeutet einen Verlust von 20 Gemeinden — also proportional gesehen ein vergleichbares Ergebnis wie das der KPF.

Dennoch schreibt die der PS wohlgesonnene Presse (z.B. ,,Le Monde'') von nur ,,begrenzten Verlusten''. Gestützt wird sich dabei auf folgende Zahlen:

Beim ersten Wahlgang verzeichneten die PS-regierten Städte einen Verlust von 3,6% gegenüber den (Präsidentschafts-)Wahlen vom 10. Mai 1981, die KPF-regierten Städte hingegen einen Verlust von 5,1%. Dieser Abstand verringerte sich aber deutlich beim zweiten Wahlgang:

— PS-regierte Städte: minus 5,3%,
— KPF-regierte Städte: minus 4,9%.

In manchen Städten, wo die KPF im 1. Wahlgang gegen die PS antrat, verbesserte sie sich sogar in der 2. Runde (z.B. in Sète von 28% auf 33,78%; in Dieppe von 23,9% auf 28,52%; in Le Mans von 17,56% auf 35,45%).

Die französischen Ökologisten oder
Dieppe von 23,9% auf 28,52%; in Le Mans von 17,56% auf 35,45%).

Die französischen Ökologisten oder
Grünen erzielten in einigen Städten Ergebnisse über 10%, wie z.B. in Cahors und Rocquencourt. Ihre besten Ergebnisse erreichten sie in der Region rund um die Wiederaufbereitungsanlage von La Hague (Cherbourg: 10,04%; in anderen Gemeinden bis zu 17,89%). Gegenüber den Gemeindewahlen von 1977 haben aber auch sie Verluste zu verbuchen. In Paris kandidierten die Grünen 1977 in 19 Wahlkreisen; in 10 von ihnen erhielten sie über 10% der Stimmen , in den 9 weiteren lagen sie damals nahe an 9%. Bei den Wahlen '83 kommen sie nirgendwo über 6,25% (Spitzenergebnis); in 11 von 15 Wahlkreisen liegen sie unter 5%. Insgesamt, national betrachtet, haben die französischen Ökologen einen Durchschnitt von 5%. Zum Teil kandidierten sie im 1. Wahlgang auf gemeinsamen Listen mit KPF (!) und PS, in einigen Ausnahmen leider auch auf Listen der rechten Oppositionsparteien. Uneinigkeit herrschte unter ihnen auch im 2. Wahlgang, ob sie nun zur Wahl der Regierungsparteien aufrufen oder nicht. In Cherbourg beispielsweise lehnten sie es ab, aufgrund der Atompolitik der französischen Sozialisten und Kommunisten.

Die radikale Linke kandidierte auf verschiedenen Listen. Einerseits gab es zwischen den beiden trotzkistischen Organisationen ,,Lutte ouvriere'' und ,,Ligue Communiste Revolutionnaire'' (LCR) das Bündnis **,,La voix des Travailleurs contre l'austerite'' (,,Arbeiterstimme gegen Austerität'')** mit 80 Kandidaten/innen-Listen. Im Durchschnitt erhielten sie 2,16% der Stimmen, wobei ihre Ergebnisse zwischen 1 und 5% pendelten, in einigen — seltenen — Fällen lagen sie auch ein bißchen drüber. Sie erhielten ca. 63.000 Stimmen. 1977 hatte es ein ähnliches Bündnis zwischen LO, LCR und der damals noch existierenden OCT gegeben, das 3,78% im Schnitt bekommen hatte. Teilweise konnten sie solche hervorragenden Ergebnisse wie in Orleans mit 11,98% erzielen. Die Ergebnisse dieser Strömung im Rückblick:

— 1974, Präsidentschaftswahlen: A. Laguiller (LO): 2,33%, A. Krivine (LCR): 0,36%;
— 1978, Parlamentswahlen: LO 1,7%;
— 1979, Europaparlamentswahlen: Bündnis LO + LCR: 3,08%;
— 1981, Präsidentschaftswahlen: A. Laguiller (LO): 2,3%;
— 1981, Parlamentswahlen: LO: 1,11%.

Man sieht, daß es sich um eine seit 10 Jahren gleichbleibende Wählerschaft handelt, wobei der kleine Sprung nach vorne von 1977 nie wieder erreicht worden ist. Also eine wenn auch treue, so doch konstant schwache Minderheit.

Eine weitere trotzkistische Formation, ,,Parti communiste internationaliste'' (PCI), kandidierte diesmal auch, mit mindestens 73 LIsten. Sie erhielten im Schnitt 2,08% (knapp 32.000 Stimmen) und haben mit 5 Abgeordneten 3 mehr als das Bündnis LO + LCR.

Die Befürchtung großer Wahlverluste führte zu bislang ungekannten Allianzen: so kandidierten PCMLF-Kandidaten (vergleichbar mit der hiesigen ,,Volksfront'') mancherorts auf KPF-Listen ...

Schließlich kandidierte die PSU in 109 Städten meistens auf Listen der PS.

Die Kampagne der Rechten: „Lieber Mustapha ..."

Die Ausländerfeindlichkeit spielte im Wahlkampf eine prioritäre Rolle. *,,Sie sind überall''*, *,,zuviel ist zuviel''*, *,,Schluß mit der sonnengebräunten Kriminalität''* und so weiter waren die Hauptthemen der Rechten und Rechtsextremisten. So wurden beispielsweise in Paris von den UDF-Kandidaten Wahlzeitungen verteilt mit Photos von Afrikanern. Der darunter stehende Text: *,,Verlangen wir unser Recht auf Sicherheit''*. Der UDF-Bürgermeister von Toulon machte zum Wahlthema Nr. 1: *,,Unsere Stadt darf nicht zum Mülleimer Europas werden''*. In Marseille gab es ein Bündnis zwischen der UDF und der rechtsextremistischen Liste ,,Marseille-Securite''. Ähnliches bei Chiracs RPR: zwar lehnte er in Paris ein Bündnis mit der faschistischen ,,Front National'' ab, in anderen Städten wie beispielsweise Dreux kandidierten allerdings FN-Mitglieder auf RPR-Listen. In verschiedenen Großbetrieben verteilte die ,,Arbeiter''- Organisation der RPR Flugblätter wie: *,,Lieber Mustapha...''*. Darin erklärt ein ,,Ali Ben Mohammed'', daß der ausländische Arbeiter der zukünftige Besitzer Frankreichs sei, und daß er dann u.a. ,,alle bretonischen Kanacken'' ausweisen würde. In einem anderen solcher Flugblätter erklärt ,,Mohammed'' seinem Cousin ,,Mustapha'', Frankreich sei ein Paradies, und er solle bald dorthin ziehen, um auf Kosten der Franzosen zu leben ...

Aus einer Ärzte-Zeitschrift stammt folgende Literatur: *,,Wissen sie, wenn man sieht, daß die aktuelle Regierung voll mit Menschen ist, die aus Polen oder Besarabien kommen, deren Väter nicht immer französisch sprechen, (wenn sie Namen wollen: Attali, Fabius, Lang, Badinter, Dreyfus, Fittermann, Estier-Esterhazy, Mme. Mitterand-Gouze-Raynal und andere, Krasucki, der Bischof Lustiger sogar); wenn diese Leute sich auf Jaurès und irgendeine internationalistische Ideologie berufen, dann kann man sich wirklich die Frage stellen, ob wir nicht von Ausländern regiert werden, auch wenn diese die französische Staatsbürgerschaft haben''* (,,La Generaliste'', zitiert nach ,,Canard Enchaine'', 16.3.83).

Die offiziellen Rechtsextremisten verzeichnen folgende Ergebnisse: In Paris, wo die ,,Front National'' kandidierte, zwischen 0,87% und 4,11%. Im 20. Arrondissement, wo besonders viele Ausländer leben, erreichte der FN-Chef, Jean-Marie Le Pen, 11,26% der Stimmen. Auf rechtsextremistische Bündnislisten, wie in Marseille und Roubaix, kamen 6% bzw. 9,5% der Stimmen; in Nizza bekam die FN 2,62%, in Montpellier 3,9% der Stimmen

Gegenüber der ausländerfeindlichen Hetze traten die Regieungsparteien äu-
Gegenüber der ausländerfeindlichen Hetze traten die Regieungsparteien äu-
ßerst zurückhaltend auf. Insbesondere in Marseille, wo Innenminister Deferre, dort Bürgermeister seit 30 Jahren, beim 1. Wahlgang zunächst eine Schlappe erfuhr. Genauso wie bei den anderen (rechten) Parteien drehte sich auch sein Wahlkampf um das Hauptthema ,,Sicherheit''. Zur Illustration der Text eines PS-Plakates in Marseille: *,,Die Rechte: 30 Jahre illegale Einreise. Mit der Linken: Endlich eine wirksame Kontrolle''*. Gegenüber den besonders rechtslastigen Taxifahrervereinigungen erklärte Deferre: *Ich habe tausende von Ausweisungen verfügt ... Seit einigen Monaten gehen aus Frankreich mehr Ausländer raus als rein''* ... (zitiert nach ,,Lutte Ouvriere'', 5.3.83).

Erinnert werden soll hier auch an Premierminister Mauroy, der zu den Forderungen der ausländischen Arbeiter bei Renault-Bilancourt erklärte, diese stünden *,,außerhalb der französischen sozialen Realitäten''* (ebda.). Gegenüber Behauptungen der Rechten, in Frankreich würden 10 Millionen Ausländer leben, fühlte sich die PS-Regierung im Deferre-Stil bemüßigt, die Zahlen geradezurücken (insgesamt leben heute 4.223.928 Ausländer/innen in Frankreich, davon 628.258 aus EG-Ländern).

In dem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß gegenwärtig 100.000 ausländische Familien obdachlos sind; die Sozialwohnungsbaugesellschaft (,,HLM'') verweigert die Vermietung von Sozialwohnungen an Ausländer und Franzosen aus den Übersee-Territorien ...

Ähnlich wie in der BRD war Thema Nr. 2 des Wahlkampfes ,,Arbeit macht reich''; Chirac erläuterte beispielsweise, es gebe einige soziale Errungenschaften (unter der PS-Regierung), die nicht in Frage gestellt werden sollten, anders verhielte es sich aber mit der 39-Stunden-Woche: *,,Eins ist sicher: es muß eine große Kraftanstrengung her. Wir befinden uns in einer Periode der Krise: Im Gegensatz zum Glauben der Regierung wird man aus der Krise nicht durch weniger arbeiten rauskommen, sondern es muß mehr gearbeitet werden''*. Als Paradebeispiel für Verschwendung des Staates zitierten RPR und UDF beständig das neue Rentenmodell, das ab 1. April in Kraft treten soll.

Dieses Modell, von PS und KPF enthusiastisch bejubelt als eine der schönsten Errungenschaften der Werktätigen, sieht so aus: Nun sollen die werktätigen Menschen mit 60 in Rente gehen können. Dies entspricht zwar einem Bedürfnis vieler, allerdings hat diese ,,Errungenschaft'' einen Haken — nämlich daß die Meisten mit einem Existenzminimum von gerade 2.900 F. werden leben müssen (das entspricht nach der neuen Franc-Abwertung noch nicht mal 1000 DM). Die Unternehmer selber haben demgegenüber keinerlei Einwände, da ihre Verweigerung einer Kostenbeteiligung von der Regierung akzeptiert worden ist. Das bedeutet, sie sparen sogar dadurch. Zwar soll diese Maßnahme auch im Kampf gegen die
sparen sogar dadurch. Zwar soll diese Maßnahme auch im Kampf gegen die
Arbeitslosigkeit dienlich sein, bloß ist es aufgrund der gesamten ökonomischen Situation überaus unwahrscheinlich, daß die Kapitalisten die frei gewordenen Arbeitsplätze neu besetzen lassen.

Die Chirac-Giscard d'Estaing-Demagogie ist dabei, daß sie sich als Anwälte der älteren Mitbürger aufspielen, während ihre eigene Lobby, sprich die Unternehmer, sich mit Händen und Füßen gegen eine Rentenerhöhung gewandt hat.

Ihren Wahlsieg interpretieren die Rechten als große Ermutigung. Es gebe kein sozialistisches Frankreich, was immer man darunter verstehen mag, vielmehr sei die jetzige Mehrheit tatsächlich eine Minderheit im Lande. *,,Wir haben eine langsam sich entwickelnde Bewegung. Das französische Volk ist dabei, sich ein Urteil zu bilden. Dieser Prozeß wird weitergehen ... Eine neue Hoffnung wird entstehen, wenn die Opposition die Schwelle der 50% sprengt''* (Giscard, LM, 18.3.83).

Chirac selber nannte den Erfolg der Konservativen einen Erfolg des ,,gesunden Menschenverstandes''.

,,Die Politik der Linken'', so Lecanuet aus der UDF, sorge sich nämlich *,,nur um die Verteilung, nicht aber um die Produktion ... der Sozialismus will sich generös geben, tatsächlich verarmt er Frankreich''*. Wenn man weiß, daß derselbe meinte, die bundesrepublikanischen Wahlen vom 6. März seien *,,für unser Überleben und unsere Sicherheit die Bedeutendsten''*, so ahnt man, an welchen Modellen sich auch die französische Rechte orientieren will (,,LM'', 6.3.83).

„Eine ernsthafte Warnung"

Diese Parole gab Mitterand zur Wahlauswertung aus. Gleich beim 1. Wahlgang hatten 6 Minister eine Schlappe einstecken müssen — unter anderem Premierminister Mauroy, seit 10 Jahren Bürgermeister von Lille, Lionel Jospin, Generalsekretär der PS, und der weiter oben genannte Innenminister Deferre, seit 30 Jahren Bürgermeister von Marseille. Weit davon entfernt, nun eine massenfreundliche Politik einzuleiten, ist jetzt eine zweite Phase Austeritätspolitik angesagt, worüber ohnehin schon seit Monaten gesprochen wird. Viel an den Lebensbedingungen der werktätigen Massen hatte die PS-KPF-Regierung bislang ohnehin nicht verbesert. Der Mindestlohn war lediglich von 3.158 F. auf 3.516,67 F. gestiegen, die Altenrente von 2000 F. auf 2.310 F. und das Kindergeld für eine 4-köpfige Familie von 318 auf 455 F. Das andere große Projekt, das ansatzweise umgesetzt wurde, ist die Dezentralisierung. Dafür stiegen im gleichen Zeitraum die Preise für alle möglichen Dienstleistungen ...

Pünktlich zu den Nachwahlen machte die linke Strömung innerhalb
Dienstleistungen ...

Pünktlich zu den Nachwahlen machte die linke Strömung innerhalb
der PS, der ,,CERES'', wieder von sich reden. In einem jetzt erschienenen Buch ,,Der Sozialismus und Frankreich'', das als Vorbereitung zum PS-Kongreß dienen soll, wird die sogenannte ,,moderne'' oder auch ,,amerikanische'' Linke innerhalb der PS, repräsentiert unter anderem durch Michel Rocard, scharf angegriffen. *,,Ihr Unglück ist, daß sie sich immer täuscht und daß sie uns immer täuscht ... Die amerikanische Linke will den Klassenkampf vertuschen zugunsten einer Abstraktion eines vereinfachten Gegensatzes zwischen Staat und ziviler Gesellschaft ... Sie verzichtet auf die Eroberung des Staates''*. Zuviele Sozialisten, heißt es an anderer Stelle, *,,strengen sich an, als Sozialisten nicht bemerkt zu werden''*. Aber: *,,Die Bourgeoisie mag es nicht, daß man ihr den Hof macht, und das Volk mag es auch nicht''* (LM, 15.3.83)! Während des Wahlkampfes hielten sie sich aber mit klassenkämpferischen Konzepten zurück ...

Die bisherigen Erklärungen der KPF sehen genauso seicht aus wie die ihrer PS-Kollegen. *,,Es geht jetzt für die vereinigte Linke darum, die Politik, die das Land im Mai 1981 gewählt hat, fortzusetzen ... Die Wünsche, die die Mehrheit der Franzosen zum Ausdruck gebracht haben, müssen berücksichtigt werden''* (Erklärung des Politbüros der KPF, 19.3.83, LM). Die KPF soll, wie Mitterand ankündigte, mit dem Verlust zweier Minister (bisher vier) in der Regierung für das Wahlergebnis büßen.

Gemessen an der unheiligen Allianz der Konservativen mit Rechtsextremisten, gemessen an der faschistoiden Wahlpropaganda derselben, wünschte man sich dezidiertere und der Realität angemessenere Töne

Frankreich-Kommission



(Dessin de PESSIN.)

(an der franz. Grenze) „weißt du, auf dieser Seite ist es noch schlimmer"

Flughafen Frankfurt:

WASSER KAPUTT!

In den letzten Jahren haben mehrere Kerosinunfälle auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen für erhebliches Aufsehen in der gesamten Region gesorgt. Durch diese Unfälle, bei denen mehrere Millionen Liter Flugzeugbenzin ins Erdreich gelangten, wurde das Grundwasser stark verseucht und das Trinkwasser erheblich gefährdet. Jetzt bringt ein Gutachten, bisher geheimgehalten, Licht in eine weitere, ältere Umwelt-Schweinerei am Frankfurter Flughafen und in die Abwiegelungs- und Verheimlichungspolitik der zuständigen Behörden.

,,Im Juni 1978 fanden Chemiker der Außenstelle des Bundesgesundheitsamtes im Rahmen einer Trinkwasseranalyse, die durch eine besorgniserregende Zunahme von organischen Verbindungen im Trinkwasser aus dem hauseigenen Wasserhahn in der Kennedyallee und in der Offenbacher Landstraße ausgelöst worden war, auch rein zufällig 230 und 186 Mikrogramm Tetrachloräthylen pro Liter'' (FR, 1.12.82).

Die Grenzwerte für Tetrachloräthylen (TCE) liegen heute bei 25 Mikrogramm (µg) pro Liter Trinkwasser für bundesdeutsche Wasserwerke und 1 µg pro Liter Trinkwasser als geplante EG-Richtlinie (1 Mikrogramm ist 1 Millionstel Gramm).

,,Bei strengster Nachrichtensperre (!) gingen die Behörden an die Ermittlungen. Bisher hatten die Wasserwerke TCE überhaupt nicht mit in ihr Kontrollprogramm einbezogen. Als schließlich auch in den sogenannten Hinkelsteinbrunnen, der städtischen Grundwassergewinnungsanlage (Anm. AK: diese Anlage befindet sich südwestlich von Frankfurt, etwa zwei Kilometer vom Gebäudeteil des Frankfurter Flughafens) *Äthylen gefunden wurde, kam man alsbald dem Verursacher auf die Spur''* (FR, 1.12.82).

Tetra- und Trichloräthylen sind sogenannte halogenierte Kohlenwasserstoffe und werden heute unter anderem zum Reinigen und Entfetten von Motoren, Metallen und Textilien benutzt. Sie lösen Fett besonders gut, brennen nicht und verdampfen schnell, brauchen also nicht kompliziert wieder herausgewaschen zu werden.

Beide Stoffe sind krebserzeugend, schädigen Leber und Niere und greifen das Zentrale Nervensystem an. Über die Wirkungen im menschlichen Körper schreibt Uwe Lahl: *,,Es hat sich gezeigt, daß bei der Umwandlung chlorierter Lösungsmittel sehr aktive Fragmente entstehen, die mit den Großmo-*
zeigt, daß bei der Umwandlung chlorierter Lösungsmittel sehr aktive Fragmente entstehen, die mit den Großmo-
lekülen der Zellen — wahrscheinlich auch der Erbsubstanz, der DNA — reagieren können'' (1).

TCE ist in Wasser nur schwer löslich und tritt daher immer in bestimmten Konzentrationen auf. Trichloräthylen löst sich leichter, ist aber auch der gefährlichere Stoff. TCE und TRI sind schwerer als Wasser, sie sickern daher durch den Untergrund, sammeln sich in den wasserunlöslichen Schichten an und geben wie ein Giftdepot ständig Verseuchungen an das Grundwasser ab.

Das TCE sickerte nach einer groben Schätzung eines Bielefelder Institutes, das von der Lufthansa und Frankfurter Behörden beauftragt wurde, bereits seit 1970 (!) aus einer Leitung der Lufthansa-Werft in den Boden (2). Es gelangte in das Grundwasser und wurde von diesem Meter für Meter in nordwestlicher Richtung zu den Trinkwasserbrunnen der Hinkelsteinanlage mitgeführt. Eine Studie des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) zu den Kerosinunfällen am Frankfurter Flughafen besagt, daß Grundwasser von der Position der Hallen, wo das TCE eingesetzt wurde und wahrscheinlich immer noch benützt wird, etwa ein Jahr bis zu den Hinkelsteinbrunnen benötigt (3). Von daher ist anzunehmen, daß auch das TCE und TRI am Hinkelstein erheblich früher als 1978 eingetroffen ist. Der extrem hohe Wert, der im Juni 1978 im Sachsenhäuser Trinkwasser festgestellt wurde, ist ein weiteres Argument. Zumeist ist eine Verseuchung anfangs in geringer Konzentration vorhanden und nimmt dann stetig zu.

Demnach befand sich das TCE in einem längeren Zeitraum, mehrere Jahre, im Trinkwasser der Gemeinde Kelsterbach, die wenige Kilometer westlich vom Flughafen liegt und ebenfalls von der Hinkelsteinanlage versorgt wird. Da es keine zentrale Erfassung der Gesundheitsdaten gibt, selbst ein Krebsregister existiert ja nicht, kann hier keine Aussage über Entstehen und Ausmaß gesundheitlicher Schädigung der Bevölkerung gemacht werden.

Über die Menge des ausgelaufenen Giftes werden die verschiedensten Aussagen gemacht. Man hält es *,,in hessischen Fachkreisen für möglich ..., daß seit 1970 bis zu 150.000 Liter Tetra- und Trichloräthylen ausgelaufen sind''* (FR, 1.12.82). Die Bielefelder Gutachter sprechen größenordnungsmäßig von 1.200 kg, 2.700 kg oder 5.800 kg TCE, die sich in einer Kontaminationsfahne (verseuchter Bereich) im Grundwasser befinden sollen. Zusätzlich nennt das Gutachten weitere 130 Tonnen, die im Erdreich unter der Unfallstelle liegen müßten. Umgerechnet wären das über 80.000 Liter (die Verharmloser-Propaganda benutzt lieber die Gewichtsangaben aus dem einfachen Grund, daß die Zahlen dann kleiner sind; so wurden ganz ähnlich bei den Kerosin-Unfällen die offiziellen Angaben in Kubikmeter gemacht, weil man darauf baute, daß viele Leute nicht wissen, daß das 1.000 Litern entspricht). Die Gutachtergruppe bezeichnet die eigenen Berechnungen dabei selbst als *,,rein spekulative Schätzwerte''*, aus denen jedoch *,,die Größenordnung der Verunreinigung''* deutlich werde (4). In die Umgangssprache übersetzt heißt das, daß die Verseuchung genauso gut doppelt so groß sein kann.

Wie schon bei den Kerosin-Unfällen wäre des ,,Rätsels'' Lösung sehr einfach, und man bräuchte keine teuren Gutachten in Auftrag zu geben, wenn die Lufthansa nur bereit wäre, den Tatbestand aufzuklären. Da die in den Flugzeugwerften verwendeten Lösungsmittel n i c h t in Abfallbeseitigungsanlagen gebracht werden, bleibt eigentlich nur die Möglichkeit eines Reservoirs auf dem Flughafengelände selbst (sofern man nicht annehmen will, daß der ganze Dreck von Anfang an schlicht in den Boden geleitet wurde!!). Man braucht also nur festzustellen, wieviel an Lösungsmitteln dieses Typs verbraucht wurde, wieviel davon in dem (hoffentlich vorhandenen!) Reservoir übrig ist, berücksichtigt ggf. einen Verdunstungsfaktor und kann auf diese Weise den Verlust jedenfalls präziser abschätzen.

Zusätzliche Gefahren entstehen durch die weitere Ausbreitung der Giftfahne in Richtung Kelsterbach und auf den Main zu:

— Das Gift kann (und wird) in den Main eintreten;

— Das Gift kann (und wird) in den Main eintreten;

— es kann in tieferen Grundwasserströmen auch unter diesem hindurch in weitere für die Trinkwassergewinnung wichtige Bereiche gelangen;

— es kann zur Verseuchung der Brunnen von Kleingärtnern im Kelsterbacher Grund führen.

Wichtig ,,Gegenmaßnahme'': Schweigen

Als die Verseuchung den Behörden bekannt geworden war, wurden einige Maßnahmen durchgeführt:

— Stillegung von drei betroffenen Hinkelsteinbrunnen,

— Anlegen von ca. 20 Beobachtungsbrunnen (um die Ausbreitung des Giftes feststellen zu können),

— Errichten von 5 Schluckbrunnen (das sind ,,umgekehrte'' Brunnen, mit denen große Mengen Grundwasser zur Verdünnung der Vergiftung und zur Errichtung eines ,,Wasserberges'' vor den Trinkwasserbrunnen zugepumpt werden)

— und natürlich eisernes Schweigen gegenüber den Betroffenen und der Öffentlichkeit.

So ist es nicht verwunderlich, daß der Kreis Groß-Gerau und seine zuständige Untere Wasserbehörde nur rein zufällig am 27.11.78 von der TCE-Vergiftung erfuhr. Mit diesem Termin teilte der Magistrat der Gemeinde Kelsterbach nämlich mit, daß in der Kelsterbacher Gemarkung vier Bohrungen zur späteren Installation von Beobachtungsbrunnen gemacht wurden (5).

Daß nicht einmal die zuständige Behörde rechtzeitig unterrichtet wurde, ist eine *,,nicht beabsichtigte Unkorrektheit''*, wie es die für die Maßnahme verantwortliche Frankfurter Stelle sieht. Im Februar wurde dann auch die Untere Wasserbehörde Frankfurt auf eigenen Antrag beim Regierungspräsidium zur zuständigen Stelle für alle Maßnahmen und Anordnungen im Zusammenhang mit dem TCE-Schadensfall erklärt. Das Kompetenzgerangel hat seinen Sinn: Offenbar wollte man eine derart brisante Sache in verschwiegenen und ,,zuverlässigen'' Händen wissen.

Dann hat der Kreis Groß-Gerau seit Juni 1979 bis zu den ersten Presseveröffentlichungen im November 1982 nichts mehr von den Vorgängen, die den TCE-Schadensfall auf seinem Gebiet betreffen, aus Frankfurt erfahren.

,,Technische'' Probleme und halbe Sachen

Bisher weiß niemand der Verantwortlichen so recht, wie das TCE erfolgreich aus dem Grundwasser zu entfernen ist. Es gäbe zwar Methoden, aber in diesem Fall auch spezielle Probleme. So schreiben die Bielefelder Gutachter: *,,Als Aufbereitungsverfahren kämen Absorptionsverfahren (Aktivkohle), Stripverfahren (Intensivbelüftung) oder kombinierte Verfahren infrage. Da das Grundwasser mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht nur mit organischen Lösungsmitteln, sondern auch mit Motor- und anderen Mineralölen (Lösung von den behandelten Aggregaten) beaufschlagt ist, können Aktivkohleverfahren nicht angewendet werden, da die auf diese Weise verwendete Aktivkohle nach heutigem Wissensstand nicht wieder aufbereitet werden kann. Bei Anwendung von Stripverfahren sollte die Abluft über Kohle gefiltert werden, auch hier stellen sich ähnliche Probleme wie bei ausschließlicher Aktivkohlebehandlung ein''*(6). Die schamhaft erwähnten Mineralöle freilich dürften weniger ,,Lösungen von behandelten Aggregaten'' sein als vielmehr Kerosin, das noch in einigen Millionen Litern im Flughafen-Untergrund lagert und von den Unfällen am Betankungssystem der Flugzeuge herrührt. Schlußfolgerung der Gutachter: Am besten gar nichts tun! Nun ja — vielleicht wurde das Gutachten ja von
der Lufthansa bezahlt ...?
Am besten gar nichts tun! Nun ja — vielleicht wurde das Gutachten ja von
der Lufthansa bezahlt ...?

Auf einer in Frankfurt für Mitte Dezember 1982 einberufenen, als ,,Krisensitzung'' verkauften Zusammenkunft, an der *,,Hydrologen, Mediziner, Biologen, Fachleute der Unteren Wasserbehörde, des Regierungspräsidiums Darmstadt, des Umweltministeriums, des Wasserwirtschaftsamtes Wiesbaden, anderer Fachbehörden und der Lufthansa''* teilnahmen (FR, 17.12.82), wurde eben jenes Aufbereitungsverfahren vorgeschlagen (Aktivkohle), das lt. Bielefelder Gutachten nicht praktikabel sein soll. Mit der Konzeption dieser ,,Reinigungsanlage'' wurde paradoxerweise dasselbe Bielefelder Büro ,,bis Mitte Januar'' 1983 beauftragt. Mensch sollte doch spätestens an dieser Stelle zu zweifeln beginnen: Gestern noch selbstbehauptete Unmöglichkeit eines wirkungsvollen Konzeptes der Entgiftung — heute tolle Sanierungsmaßnahme. Offenbar hat man gemerkt, daß man wenigstens irgendwelche Aktivitäten zum Vorzeigen unternehmen muß.

Schon ein Laie kann hier berechtigt von dem Versuch der Quadratur des Kreises sprechen. Der offensichtliche Widerspruch löst sich denn auch, wenn man davon ausgeht, daß es gar nicht um ,,Reinigung'' des Grundwassers, um wirkliche Behebung der Schäden geht, sondern um die Vertuschung von Sachverhalten. Die Vergifter und die Lurgi, eine Firma in Frankfurt, die nicht nur dick im Atomgeschäft steckt, sondern sich auch mit ,,Umwelt und Chemotechnik'' beschäftigt und mit dem Bau einer Grundwasserreinigungsanlage beauftragt werden soll, sprechen so auch ein paar Wochen später nicht von reinem, sauberem Grundwasser, das man erreichen wolle. Es soll lediglich — unter V o r b e h a l t — *,,auf einen Zustand gebracht werden, der behördlichen Vorschriften entspreche''*, also: **Das Gift bleibt im Wasser; es wird lediglich so lange verdünnt, bis seine Konzentration wieder den Vorschriften entspricht.** Und hier müssen weitere Überlegungen ansetzen.



1. Was ist der sogenannte Vorbehalt?

Keine Frage: die Lufthansa! Sie genießt geradezu selbstverständliche Entscheidungsfreiheit in Sachen TCE-Schaden und das seit Jahren. Die Lufthansa kann in i h r finanzielles Kalkül stellen, ob überhaupt Maßnahmen getroffen, wann diese durchgeführt werden und in welchem Umfang: *,,Wieviel Kubikmeter Grundwasser pro Stunde später nach der Probeausscheidung gepumpt und gereinigt werden, sei eine politische Entscheidung ... und hänge davon ab, wieviel die Lufthansa sich das kosten lassen wolle''* (FR, 1.2.83).

Die Grenze der Belastbarkeit der Lufthansa und ein passender Vorwand sind schnell gefunden. Man könne nicht *,,bedenkenlos so viel wie möglich Grundwasser abpumpen, weil um die Standfestigkeit der beiden Flugzeughallen zu fürchten sei''* (FR, 1.2.83)

So ist also die Sache. Der Schutz des Grundwassers und Trinkwassers am Hinkelstein ist nicht mehr Sache der
Grundwassers und Trinkwassers am Hinkelstein ist nicht mehr Sache der
zuständigen Wasserbehörden. Wozu noch ein Hessisches Wassergesetz, in dem u.a. steht: *,,Die Wasseraufsicht hat im Rahmen der geltenden Gesetze die nach pflichtmäßigem Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen, um von der Allgemeinheit oder dem einzelnen Gefahren abzuwehren''* (§ 74 Abs. 3)? Ein ganz neues, kurzerhand auf den Kopf gestelltes ,,Verursacherprinzip'': Es liegt im Ermessen des Schadenverursachers, welche Maßnahmen ergriffen werden. Das ist die klassische Unterordnung der Ökologie — nicht etwa allgemein unter ,,die Ökonomie'', sondern ganz konkret unter den schmählichen Profit, unter die Gewinnbilanzen der Lufthansa.

Wohl nicht zufällig ist es die Untere Wasserbehörde Frankfurt, die sich solche Sorgen um die Lufthansa macht. Gerade diese Wasserbehörde, deren Vorgesetzter Walter Wallmann ist, hat sich ja die Zuständigkeit für alle Maßnahmen im TCE-Schadensfall an Land gezogen. Die bemerkenswerte Entscheidungsfreiheit der Lufthansa ist somit nicht vom Himmel gefallen. Sie ist von der Unteren Wasserbehörde verliehen.

Sollte dennoch, möglicherweise als Ergebnis öffentlichen Drucks, das finanzielle Problem der Lufthansa durch eine weiter ,,politische Entscheidung'' der für Steuergeldverschwendung zuständigen Gremien gelöst werden, dann kann das Grundwasser am Hinkelstein auf ,,behördliche Vorschriften'' gebracht werden.

2. Schaffen die ,,behördlichen Vorschriften'' das Gift aus dem Grundwasser?

Gehen die Grünen in einer Presseerklärung zum TCE-Unfall (7) davon aus, daß *,,mit 130 Tonnen TCE ... bei einer Konzentration von 30 µg/l 4,33 Milliarden Liter Trinkwasser verseucht und unbrauchbar gemacht werden''* könnten — **,,dies entspricht dem Trinkwasserverbrauch der Stadt Frankfurt für 50 Jahre''** so streben die bisherigen Konzeptionen der Unteren Wasserbehörde und ihrer Bielefelder Gutachter gerade umgekehrt an, das Gift auf etwa diese Konzentration zu verdünnen. *,,Um eine Verdünnung auf eine Konzentration von 25 µg/l zu erreichen, müßte pro Kubikmeter Boden mit ... 16.000 Kubikmeter nicht kontaminiertem Wasser verdünnt werden ...''* (8). Der natürliche Auswaschungsvorgang würde sich in demjenigen Bereich, in em die geschätzten 130 Tonnen lagern, dann auf etwa 420 Jahre (!) belaufen. Der Auswaschvorgang lasse sich aber künstlich beschleunigen.

Aber auch das Heraufpumpen des verseuchten Grundwassers, wie in Erwägung gezogen, an der Stelle der größten Vergiftung sowie Filterung und Einpumpen von Grundwasser mit niedrigerer Verunreinigung wird die Misere nicht stoppen können. Möglicherweise werden noch schlummernde Giftdepots im Untergrund durch zusätzliche Umwälzungsvorgänge aktiviert. Verschoben und tiefer liegende Depots werden nicht einmal berührt, geschweige denn ,,saniert'', da die Bie-
Depots werden nicht einmal berührt, geschweige denn ,,saniert'', da die Bie-
lefelder Studie nur von einer Vergiftungstiefe von etwa 35 m ausgeht. Mit den anvisierten Maßnahmen ausschließlich am Punkt der größten Vergiftung bleibt die Kontaminationsfahne des TCE im Grundwasser, die sich ja bereits kilometerweit ausgebreitet hat, überdies vollkommen unberührt. Hier wird nicht einmal ,,geplant''.

Wieder informierten nicht die Behörden die Öffentlichkeit, sondern es waren wie schon beim Kerosin-Skandal die Grünen im Frankfurter Römer, die Daten veröffentlichten. Demnach lagen die Werte innerhalb der Kontaminationsfahne im Herbst 1982 weit über dem Hilfsgrenzwert von 25 µg/l, z.B.:
Beobachtungsbrunnen LH 2:
— 860 µg/l,
Beobachtungsbrunnen LH 3:
— 284 µg/l.

3. Schafft das Gift die Vergifter oder uns?

Das Gift hält sich nicht an Magistratsbeschlüsse und effekthascherische Meldungen über geplante Maßnahmen der dazu immer wieder beauftragten Lurgi. Diese wirken höchstens auf ein uninformiertes Publikum. Das TCE bleibt toxisch und breitet sich weiter aus. Das Gift in der Kontaminationsfahne kurz vor Kelsterbach und kurz vor dem Main wird nicht durch Verdünnungs- und Infiltrationsmaßnahmen an den Lufthansahallen aufgehalten, da es eben von die sen wegfließt. Eher wird die Ausbreitung noch beschleunigt. Auch vor Gerichtsurteilen, die dem jetzigen Lufthansabetrieb wasserrechtliche Unbedenklichkeit bescheinigen, besitzt das TCE leider keine Hochachtung.

Das TCE läßt sich nur bei wirklichen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Sanierungsmaßnahmen in den Griff bekommen:

- Die mindestens 130 t TCE, die im Bereich der Lufthansahallen versickert sind, müssen durch Aushub schnellstens heraus,
- etliche zehntausend Kubikmeter Boden müssen entseucht und sicher abgelagert werden,
- durch weitere Maßnahmen muß die Entseuchungsfahne im Grundwasser aufgehalten und entgiftet werden.
- Und wenn Maßnahmen die Lufthansahallen gefährden, so müssen diese eben abgerissen werden.

All das schafft Arbeitsplätze für eine gute Sache.

In dem Gutachten des BUND zum Kerosinunfall fordern die Wissenschaftler desweiteren:

- *"die vollständige Erfassung aller Gefahrenpotentiale und vorhandener Grundwasserschädigungen im Einzugsgebiet des Wasserwerkes,*
- *die sofortige Stillegung der wassergefährdenden oder verunreinigenden Anlagen und ihren Ersatz durch sichere Systeme nach Stand der Technik, ...*
- *die Ausweisung von Wasserschutzzonen für das Wasserwerk Hinkelstein mit verbindlichen Auflagen für den Flughafenbetreiber (9).*

Schwerlich wären die die Startbahn West betreffenden Urteile so fällbar gewesen. Wasserrechtliche Unbedenklichkeit hätte diesem „Jahrhundertwerk" nicht zugebilligt werden können, wenn nur ein Sprung weiter sichtbare massive Sanierungsarbeiten zum Schutz von Hinkelstein hätten durchgeführt werden müssen.

Über die finanziellen und politischen Kosten hinaus hat jede Sanierungsmaßnahme ein weiteres unangenehmes Risikopotential in sich: Neue Verschmutzungen könnten auftauchen und weitere Maßnahmen müßten ergriffen werden. Und wenn diese Raupe den wirklich nicht schmackhaften Flughafen-Untergrund aufwühlt, wer kann da sicher sein, wo sie aufhört.

Wenn die Startbahngegner und Umweltschützer nicht Licht in den Kerosin-Skandal gebracht hätten, hätte dann der Flughafen wirklich damit begonnen, neue Rohre für das Betankungssystem zu verlegen? Ohne energischen Protest werden es die Lufthansa und die Behörden dabei belassen, echte Sanierungsmaßnahmen gar nicht erst zu versuchen und stattdessen einen Brunnen nach dem anderen stillzulegen. Frankfurts enormer Wasserbedarf könnte von ihrem Standpunkt aus gesehen dadurch gedeckt werden, daß immer neue Wasservorräte in immer größerer Entfernung angezapft werden. So greift eine Umweltzerstörung in die nächste. Denn die betroffenen immer neue Wasservorräte in immer größerer Entfernung angezapft werden. So greift eine Umweltzerstörung in die nächste. Denn die betroffenen Gebiete werden dann nicht mehr dieselben sein, wie sich am Beispiel des südhessischen Ried bereits gezeigt hat.

Diesen Standpunkt hat sich der Hessische Umweltminister in weiser Voraussicht schon vor Jahren zu eigen gemacht: *„Die festgestellten Werte bestätigen mich in meiner Auffassung, daß wir langfristig für die Trinkwasserversorgung des Rhein-Main-Ballungsraumes auf eine Mehrzahl von unbedenklichen Quellen zurückgreifen müssen, um die auch wenn nur zum Teil belasteten Quellen zu ersetzen. Dies bestärkt mich in meiner Auffassung, die Trinkwasserversorgung auch durch Trinkwasserentnahmen aus dem Vogelsberg, dem Main-Kinzig-Gebiet und der Ernstbachtalsperre sicherzustellen ..."* (10).

Zwei Genossen des KB-Frankfurt

Anmerkungen

1 In: „Bild der Wissenschaft" 12/82.
2 „Tetrachloraethylen-Schaden", Geohydrologisches Büro und Ingenieurbüro für Wassererschließung und Wasserversorgung, Bielefeld.
3 Arbeitsgemeinschaft Hydrologie und Umweltschutz: „Gutachten zur Grundwassergefährdung durch den Kerosinunfall im Dezember 1980 auf dem Flughafen Frankfurt/M", Aachen im April 1982.
4 Bielefelder Gutachten, s. Anm. 2.
5 Aus: Antwortschreiben des Kreisausschusses Groß-Gerau an die Kreistagsfraktion der Grünen vom 6. Januar 1983.
6 Bielefelder Gutachten, s. Anm. 2.
7 Stellungnahme der Grünen im Römer vom 8.12.82.
8 Bielefelder Gutachten, s. Anm. 2.
9 Arbeitsgemeinschaft Hydrologie und Umweltschutz, Kerosingutachten, s. Anm. 3.
10 Erklärung von Umweltminister Karl Schneider zur Situation des Grundwassers im Bereich des Flughafens Frankfurt, insbesondere des Wasserwerkes Hinkelstein, 2.9.81.

Akzeptanzforschung:

Ein Blick in die Köpfe der Bürger riskiert

In insgesamt sechs Städten der Bundesrepublik läuft zur Zeit zu Fragen der Energieversorgung der Zukunft ein Unternehmen, das sich „Bürgergutachten" nennt. Hinter diesem recht harmlos klingenden Begriff verbergen sich Ziele, Hintergründe und ein maßgeblicher Teil seiner Betreiber. Das Ziel ist offensichtlich eine qualitative Weiterentwicklung der Meinungsumfrage, im Hintergrund steht ein Forschungskomplex namens Akzeptanzforschung und unter den Betreibern als Träger des Unternehmens fungiert die Kernforschungsanstalt Jülich. Daß um diese Zusammenhänge mit den hinzugezogenen „Bürgern als Gutachtern", aber auch mit der Öffentlichkeit ein regelrechtes Versteckspiel von den Veranstaltern gespielt worden ist, hat seine Gründe. Man hat sich offenbar ein großes Ziel gesteckt: Die politische Durchsetzbarkeit künftiger Energiepolitik auszuloten. Nach den Stationen Offenbach, Soest, Viehrsen und Norderstedt hat sich das „Bürgergutachten" jetzt auf den Weg in die letzten beiden Städte, nach Neustadt an der Waldnaab und Gelsenkirchen, gemacht.

„Akzeptanzforschung" ist ein sehr sprechender Begriff. Es geht dabei, auf einen einfachen Nenner gebracht, darum, herauszubekommen, was die Bürger an politischen Entscheidungen akzeptieren, seien sie schon getroffen worden oder stehen sie auch erst noch bevor. Spezialisten dieses Zweigs der Sozialwissenschaft sitzen in einer Abteilung der Kernforschungsanstalt (KFA) Jülich; ihr Kopf heißt Ortwin Renn (1).

Es bedarf nur geringer Inanspruchnahme der Phantasie, den richtigen Schluß zu ziehen, daß es im vorliegenden Fall im wesentlichen um Fragen der Akzeptanz der Atomenergie geht. Dafür spricht der Charakter des Instituts, in dem diese Forschung betrieben wird und das gleichzeitig Projektträger des „Bürgergutachtens" ist, die dieses Projekt in Auftrag gegeben haben, und dafür spricht schließlich das „Bürgergutachten" selbst.

Bevor es nun um dieses sog. Gutachten selbst geht, sollen an dieser Stelle noch einmal alle Beteiligten die Ehre haben, vorbeidefilieren zu dürfen. Auftraggeber des „Bürgergutachtens" sind Bundesregierung und die Enquete-Kommission zur Kernenergiepolitik (2) des Bundestages. Aufträge dieser Art gehen unter anderem — wie hier — an die KFA Jülich, wobei die Jülicher Wert auf die (richtige) Tatsache legen, daß sie nicht nur Forschung betreiben, die sich allein oder vorwiegend mit Atomenergie befaßt. Die KFA wiederum hat die Angelegenheit zur Durchführung weitergegeben an die Gesamthochschule Wuppertal. Diese betreibt, so wurde man nicht müde, den Nachfragenden zu versichern, das Projekt nun in eigener Regie. Durch glückliche Fügung hat diese Konstellation aber auch den Vorteil, daß über dem, was schriftlich herausgegeben wird, ein unverfänglicher Briefkopf steht. Tatsächlich, und davon wird noch die Rede sein, hat die KFA Jülich das Unternehmen weder inhaltlich noch personell aus der Hand gegeben.

lich, und davon wird noch die Rede sein, hat die KFA Jülich das Unternehmen weder inhaltlich noch personell aus der Hand gegeben.

Was ist, was verspricht ein „Bürgergutachten"?

Die Bezeichnung „Bürgergutachten" ist zwar auch ein sprechender Begriff, verspricht aber in diesem Fall das Falsche. In den einzelnen Städten werden, durch ein Zufallsverfahren ausgewählt, Bürger angeschrieben (von der Gesamthochschule Wuppertal und nicht von der KFA, versteht sich) und um Mitarbeit gebeten; aus den Rückmeldungen werden dann die Arbeitsgruppen der „Gutachter" zusammengestellt. Im Falle einer 60.000 Einwohner-Stadt sind das 120 Leute als repräsentativer Querschnitt, in der Bundesrepublik insgesamt sind es über 500.

„Der Bundesminister für Forschung und Technologie und die zuständige Kommission des Bundestages", heißt es in diesem Anschreiben, „möchten die künftige Energiepolitik stärker an den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten. Da nicht alle Einwohner der Bundesrepublik einzeln befragt werden können, erhalten im Zufall ausgesuchte Bürger die Gelegenheit, an einem Bürgergutachten mitzuarbeiten." Ziel sei es, die Bürger die Energiesituation in dieser Form beurteilen zu lassen und von ihnen zu erfahren, welchen energiepolitischen Entscheidungen sie demgemäß den Vorzug geben würden. Da staunt der Laie.

Ziel, das sei hier schon mal vorweggenommen, ist es, dem repräsentativen Querschnitt das Gefühl zu geben, er solle ein Gutachten abgeben — als Sachwalter des „gesunden Menschenverstandes" gewissermaßen — und dieses werde in den Entscheidungsgang der Regierenden eingehen; das ganze aber vor allem deshalb, um aus den beteiligten Bürgern möglichst offenherzige Auskünfte über ihre Sorgen, Ängste und Widerstände in Sachen Energie und speziell Atomenergie zu erhalten; Auskünfte, die natürlich äußerst wertvoll sind, um der Frage näher zu kommen, wo eine interessierte „Öffentlichkeitsarbeit" in Zukunft anzusetzen hätte. Wie das Beispiel in einer der Städte zeigt, hatte dieses Verfahren selbst bei zufällig ausgewählten gestandenen Atomkraftgegnern Erfolg (3).

Wer auf das Anschreiben antwortet, bekommt ein Merkblatt, dann einen Vertrag, der ihm oder ihr sogar ein Vergütung von 260 DM für die ganze Mühe zusichert und der zum ersten Mal den Titel der Veranstaltung vollständig nennt: „Bürgergutachten Sozialverträglichkeit Energiepolitik". Und mit angereisten und auch örtlich bestellten Tagungsleitern geht es an die Arbeit: In wechselnden kleinen Gruppen zu fünft oder allein, durch Referate, Videofilm und Besichtigungen in der „Informationsphase", auf Schautafeln und zahlreichen Frage- und Antwortbögen, wenn es dann um die geforderten Meinungen und Entscheidungen der Bürger geht. Und erst jetzt, mitten drin, stellt sich für den „Bürgergutachter" heraus, daß auch die KFA Jülich an dieser Veranstaltung beteiligt ist.

Im Ergebnis plaudern diese Arbeitsbögen dann detailliert die Einschätzungen der repräsentativen Bürger aus. Das Kernstück dieser Art Auskünfte sind Bewertungen in verschiedenen Durchgängen, die nach dem Muster des Warentests vorgenommen werden sollen: von sehr gut bis nicht empfehlenswert. Unter den Fragen als Beispiel: eine Bewertung der Großkraftwerktechnologie, eine in Kleingruppen und einzeln abgefragte Bewertung der „4 Pfade der Enquete-Kommission" (s. Kasten), noch einmal eine persönliche Hitliste dieser „4 Pfade", eine Auseinandersetzung mit vorgegebenen Gegenargumenten zum jeweilig als sympatischsten ausgewählten Pfad, und eine Diskussion der persönlichen Bewertungen verschiedener Zielvorstellungen bis in das Jahr 2000 bzw. 2030 hinein, die argumenten zum jeweilig als sympatischsten ausgewählten Pfad, und eine Diskussion der persönlichen Bewertungen verschiedener Zielvorstellungen bis in das Jahr 2000 bzw. 2030 hinein, die Zeiträume, mit denen sich auch die Enquete-Kommission befaßt.

Dieses Verfahren als „Gutachten" zu bezeichnen, wäre absurd, wenn diese Bezeichnung nicht werbewirksam wäre. In vier Tagen brutto soll sich der Laie, um den oder die es sich hier ja wohl im Regelfall handelt, die Grundlagen dafür angeeignet haben, über solche Fragen fundierte Urteile abzugeben wie die oben genannten oder damit zusammenhängende, die ebenfalls zum Gutachten gehören wie: Welche außenpolitischen Konsequenzen auf die nächsten 20 bis 30 Jahre hin hat eine ölorientierte Energiepolitik, oder welche innenpolitischen Wirkungen haben jeweils abgestuft mehr oder weniger drastische Energiesparverordnungen? Es ist kaum ernsthaft anzunehmen, daß dem „Bürgergutachter" eine andere Wahl bleibt, als hier seine persönlichen Meinungen, seinen Bewußtseinsstand zu Protokoll zu geben.

„Akzeptanzforschung" — der Röntgenstrahl aus Jülich

Das ganze wäre nun reibungslos über die Bühne gegangen, wäre nicht in einer Stadt der örtlichen Presse aufgefallen, wie wenig Aufhebens um eine solche außergewöhnliche Ehre, die ihren Bürgern hier zuteil wird, gemacht wurde. Es kam zu Rückfragen und Fällen von lästiger Neugier.

Die Durchführenden in dieser Stadt bestritten zwar vehement, als sie darauf angesprochen wurden, daß die KFA hier ein Auge in die Köpfe der Bürger wirft. Nicht bestritten wurde, daß es hier um Akzeptanzforschung geht. Als Unterschied zu einer „verfeinerten Form der Meinungsumfrage" nannte einer der Tagungsleiter, daß die Ergebnisse des „Bürgergutachtens" wesentlich *„qualifizierter sind, als wenn man jemanden mit einem Fragebogen in der Hand an der Haustür überfällt."*

Wieviel der KFA Jülich an diesem qualitativen Unterschied gelegen ist, kann man der Arbeit Ortwin Renns: „Wahrnehmung und Akzeptanz technischer Risiken" (erschienen Januar 1982) entnehmen: „**Auch sie** (die generellen Befürworter der Atomenergie, die nach Renns Erkenntnissen seit 1978 wieder eine solide Mehrheit in der Bevölkerung haben, d. Verf.) **glauben an ein hohes Risiko der Kernenergienutzung und stimmen einer Reihe von antinuklearen Argumenten zu. Ihr Glaube (!) an die wirtschaftliche Notwendigkeit der Kernenergie für die zukünftige Energieversorgung kompensiert jedoch die Angst vor dem Risiko ... Die Widersprüche der Einstellungsstruktur ... (machen) eine andauernde Rückversicherung durch einstellungsunterstützende Informationen der Bezugsgruppen notwendig.**" Und noch einmal ganz unmißverständlich: „**Die relativ hohe Risikoeinschätzung der Kernenergie auch auf Seiten der Befürworter macht deutlich, daß die Position, Kernenergie zu nutzen, nur dann aufrecht erhalten werden kann, wenn zweifelsohne die wirtschaftliche Notwendigkeit im Wahrnehmungsfeld garantiert (!) ist**" (4).

Hierzu ist es wichtig, sich in Erinnerung zu rufen, daß in Jülich und auch anderswo die Sorge um die Haltbarkeit des Wirtschaftlichkeitsarguments in den letzten paar Jahren sprunghaft gestiegen ist. In der ersten Jahreshälfte 1980 zum Beispiel reagierten die Jülicher außerordentlich empfindlich und heftig auf die Veröffentlichung des „Energiewende-Szenarios" des Öko-Instituts, das den Energiebedarf der Zukunft (für die nächsten 20 bis 50 Jahre) den Prognosen der Atomenergiebetreiber und den Fortschreibungen des Energieprogramms der Bundesregierung gegenüber erheblich nach unten revidierte. Solche Revisionen, deren Kern die Ausschöpfung der „Energiequelle Energiesparen" ist und die tatsächlich die einschlägigen Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Atomenergie erheblich ins Schleudern gebracht haben, haben zwar in der breiten Öffentlichkeit bislang unter der Decke gehalten werden können, sind aber andererseits schon bis in Teile der SPD, ja sogar in die Köpfe ehemaliger Enquete-Kommissionsmitglieder der CDU eingedrungen (5).

Gegenspezialisten unter den Atom- aber andererseits schon bis in Teile der SPD, ja sogar in die Köpfe ehemaliger Enquete-Kommissionsmitglieder der CDU eingedrungen (5).

Gegenspezialisten unter den Atomkraftgegnern in Sachen Akzeptanzforschung, die diese Studien der KFA schon eine Weile beobachten, halten das „Bürgergutachten" als einen Angelpunkt zwischen den Renn'schen Erkenntnistheorien und der Umsetzung in eine praktische Politik für durchaus denkbar. Der Sprengsatz in der Frage nach dieser praktischen Politik liegt darin, daß man sich gerade aufgrund dieser verschiedenen Szenarien — gelinde ausgedrückt — unsicher werden kann, ob sich ein „harter" wie ein „weicher" Weg der Energiepolitik künftig mit den herkömmlichen politischen Instrumenten wird durchsetzen lassen (6).

So erhält die Tatsache eine besondere Bedeutung, daß die KFA Jülich, obwohl nominell nicht Veranstalterin, beim „Bürgergutachten" den Fuß in der Tür behielt. Personell stellte sie einen Teil des Stabs der Projekte vor Ort, bei den Arbeitsgruppenleitern ebenso wie bei den Referenten, wobei es bei letzteren eine bemerkenswerte Personalunion gab: Der Atomkraftreferent war gleichzeitig Vortragender in Sachen Stromversorgung, ein Mann aus Jülich. Die KFA stellte zudem die schriftlichen Arbeitsunterlagen, insbesondere ein 70seitiges „Energielexikon", und schließlich auch den genannten Videofilm, die Stelle in der Informationsphase, an der Atomkraftkritiker auch mal selbst zu Worte kommen. Bleibt nachzutragen, daß die Ergebnisse des „Bürgergutachtens" nicht nur an die Bundesregierung, an die Enquetekommission, (in welcher Form auch immer) und an die beteiligten „Bürgergutachter" gehen, sondern auch — natürlich — an die Kernforschungsanstalt Jülich.

Pfad 1 geht davon aus, daß die nächsten Jahrzehnte große Anstrengungen bezüglich der Anpassung der Infrastrukturen der Industrieländer an die sich verändernden Weltwirtschaftsbedingungen und für eine Verbesserung der Lebensbedingungen in der Dritten Welt nötig machen. Dieser Pfad schließt sich im Wirtschaftswachstum bis 2000 weitgehend an die bisherigen Wachstumsvorstellungen an und geht von leicht abnehmenden Wachstumsraten in der Zeit danach aus. Es werden mittlere Strukturveränderungen in der Wirtschaft unterstellt und die Energieeinsparungen folgen einem angenommenen Trend. Es wird von einem umfangreichen Ausbau der Kernenergie ausgegangen, der nach dem Jahr 2000 den Einsatz von Schnellen Brutreaktoren und Wiederaufbearbeitungsanlagen miteinschließt. Weiter wird angenommen, daß ausreichend fossile Energieträger zur Verfügung stehen.

Pfad 2 geht davon aus, daß es in Zukunft erhebliche Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Primärenergieträger geben wird. Dieser Pfad ist deshalb gekennzeichnet durch starke Energieeinsparungen mittels rationeller Energieverwendung, einen Strukturwandel in der Wirtschaft, der sich dämpfend auf den Energiebedarf auswirkt sowie einem gegenüber Pfad 1 reduzierten Wirtschaftswachstum. Die Nutzung der Kernenergie bleibt, ebenso wie der Bedarf an fossilen Energieträgern, hinter Pfad 1 zurück.

Pfad 3 geht ebenfalls davon aus, daß die Energiebeschaffung immer größere Schwierigkeiten bereiten wird, rechnet jedoch gleichzeitig damit, daß die Nutzung der Kernenergie zunehmend kritisch beurteilt wird. Der gegenwärtig eingeschlagene Weg, der zunehmenden Nachfrage nach Energie durch verstärkte Anstrengungen auf der Versorgungsseite zu begegnen, wird teilt wird. Der gegenwärtig eingeschlagene Weg, der zunehmenden Nachfrage nach Energie durch verstärkte Anstrengungen auf der Versorgungsseite zu begegnen, wird deshalb als nicht aussichtsreich angesehen. Statt dessen wird vorgeschlagen, die die Nachfrage bestimmenden Faktoren so zu beeinflussen, daß die Energienachfrage nicht weiter ansteigt. Dieser Pfad ist deshalb gekennzeichnet durch sehr starke Energieeinsparungen mittels rationeller Energieverwendung und einem starken Strukturwandel in der Industrie, insbesondere keine weitere Steigerung der grundstoffspezifischen Produktion. Die Erwartungen hinsichtlich des Wirtschaftswachstums entsprechen denen bei Pfad 2. Auf die Nutzung der Kerneenergie kann schrittweise verzichtet werden. Nach dem Jahr 2000 wird Kernenergie nicht mehr genutzt.

Pfad 4 geht davon aus, daß der Verbrauch an Öl und Gas so schnell und umfassend wie möglich reduziert und langfristig auf die Verwendung im Verkehr und als Rohstoff beschränkt werden sollte. Die schnellste und billigste Strategie wird dabei nicht in dem verstärkten Einsatz von Kernenergie gesehen, sondern in einer sich drastisch verbessernden Nutzung der Energie und dem vorrangigen und maximal möglichen Einsatz regenerativer Energiequellen. Daneben wird von einer leichten Steigerung des Einsatzes der reichlich verfügbaren Kohle ausgegangen, vor allem zur Prozeßwärmeerzeugung in der Industrie und zur Kraft-Wärme-Koppelung. Das Wirtschaftswachstum ist das gleiche wie bei den Pfaden 2 und 3. Es wird von einem starken Strukturwandel in der Wirtschaft ausgegangen. Auf die Nutzung der Kernernergie wird verzichtet.

(nach den Arbeitsunterlagen des „Bürgergutachtens")

(nach Traube/Ullrich: „Billiger Atomstrom?" a.a.O., S. 45)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Nicht auch ein Fall für die Volkszählung?

Zu diesem Ergebnis des „Bürgergutachtens" zählen nicht allein die „Beurteilungsbögen". Am Ende der Veranstaltung wird den Bürgern noch ein vierseitiger Fragebogen unterbreitet, der mal nicht Öl oder Kernkraft, sondern sie selbst betrifft: Sozialdaten. Gefragt wird hier — natürlich nicht nach dem Namen, da sei ja der „Datenschutz" vor, dafür geht es nach der „Arbeitsnummer" — nach: Alter, Geschlecht, Anzahl der Kinder, Art und Beheizung der Wohnung (Mietverhältnis oder Eigentum), Familienstand, Beruf (genaue Angabe: „nicht etwa Angestellter, sondern Buchhalter in einer Glaswarenfabrik", Originalton Fragebogen), Einkommen der Familie (netto), Schulabschluß, Ausbildung, und — jetzt geht's in die Vollen: „Haben Sie jemals in einer Organisation oder einem Verein ein Amt bekleidet!", „Haben Sie jemals in einer großen Versammlung gesprochen?", jemals einen Leserbrief oder einen Artikel geschrieben?, Mitglied in einem Verein oder einer Organisation?, Mitglied in einem Verein oder einer Organisation?, Mitglied in einer Gewerkschaft?, in einer politischen Partei?, welche Konfession oder keine? und last not least: „Wenn am folgenden Sonntag Bundestagswahlen stattfinden würden, welcher der folgenden Parteien würden Sie dann Ihre Stimme geben?"

Es fällt schwer, beim Wohnungs- und Heizungsteil dieses Fragebogens nicht an die entsprechenden Fragen der sogenannten Volkszählung zu denken. Es fällt genauso schwer zu glauben, daß diese beiden verteufelt ähnlichen Datensätze nicht eine begehbare Brücke schlagen. Andersherum: Es liegt nahe, anzunehmen, daß sich nach einem Rasterverfahren dieses „Bürgergutachten" einschließlich des Teils der Energie-Beurteilungen an einer „Volkszählung" relativ problemlos hochrechnen läßt.

Anmerkungen

(1) Die Kernforschungsanstalt Jülich nimmt neben der Tätigkeit, für die ihr Name steht, zahlreiche andere Forschungsprojekte wahr. So ist sie unter anderem auch am GROWIAN beteiligt wie auch sonst an einer Reihe nichtatomarer Projekte. Die KFA unterhält dazu eine eigene Sozialwissenschaftliche Abteilung, die in diesem Fall die tragende Rolle spielt. Kapitalmäßig gehört die KFA zu 90 % dem Bund, zu 10 % dem Land NRW.

(2) Enquete-Kommission: „Der deutsche Bundestag beriet im Dezember 1978 die 2. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung und debattierte zugleich über den Weiterbau des Natrium-Schnellbrüter-Demonstrationskraftwerks Kalkar. Dabei wurde unter anderem beschlossen, eine Kommission einzurichten, die die Parlamentsentscheidung über die Inbetriebnahme dieses Kraftwerks durch Untersuchungen vorbereiten sollte. Im März 1979 verabschiedete der Bundes-

triebnahme dieses Kraftwerks durch Untersuchungen vorbereiten sollte. Im März 1979 verabschiedete der Bundes-

tag formell die Einsetzung dieser Kommission. Ihr Aufgabenspektrum war recht breit definiert. Eingeschlossen wurden nicht nur alle Fragen, die die gesellschaftliche „Akzeptanz" und Entwicklungsmöglichkeiten der Kernenergie beleuchten. Sondern es oblag ihr auch, die Auswirkungen der Energietechnik auf die soziale Ordnung und insbesondere die Folgen eines Verzichts auf Kernenergie zu berücksichtigen. Im Frühjahr 1980 legte die Kommission ihren ersten Zwischenbericht vor ... Die Kommission ist an keine der bisher im parlamentarischen oder administrativen Rahmen mit (Kern-)Energiepolitik befaßten Instanzen gebunden gewesen", aus „Energiepolitische Stagnation oder Innovation", Herbert Kitschelt, in „Technik und Gesellschaft, Jahrbuch 1", Ffm. 1982

(3) Das Verfahren „Bürgergutachten" geht tatsächlich auf ein Bürgerbeteiligungsmodell zurück, das seine Heimat bei Prof. Dienl an der Uni Wuppertal hat. Die Methode ist unter dem Namen „Planungszelle" schon häufig erprobt worden — allerdings im Unterschied zu diesem „Bürgergutachten" in überschaubarem Rahmen bei Fragen der Stadtentwicklung und Stadtteilplanung. Von den hier veranstaltenden Spezialisten, die nicht zur KFA gehören, wurden selbst laut Zweifel darüber geäußert, ob die Übertragung dieses Verfahrens auf einen so komplexen Gegenstand wie die nationale Energieversorgung der Zukunft vertretbar sei.

(4) zit. nach: „Billiger Atomstrom?" Klaus Traube, Otto Ullrich, Hmb. 1982, S. 59.

(5) Näheres zur Rolle der KFA Jülich in der Wirtschaftlichkeitsdebatte um den Atomstrom, aber auch näheres über die Auseinandersetzung innerhalb der Enquete-Kommission findet sich in dem genannten Buch von Traube und Ullrich (erschienen als rororo-aktuell 4947).

(6) Interessante, wenn auch mitunter schwer lesbare Gedanken zu diesem Punkt in dem genannten Aufsatz von Kitschelt. Das „Jahrbuch" erschien im Campus-Verlag.

Bremen: Große Beteiligung am Kommunalpolitischen Kongreß

Mit der Beteiligung von 350 Menschen an Plena und Arbeitsgruppen, die meist vorwärtsweisende Ergebnisse erbrachten, endete der Bremer Kommunalpolitische Kongress am 19./20. März erfolgreich. Es gelang tatsächlich, breite Teile der „neuen sozialen Bewegungen" und der linken Arbeiterbewegung zur gemeinsamen Diskussion zusammenzuführen. Allein die Grünen stellten sich auf dem Abschlußplenum mit ihren uneingeschränkten Alleinvertretungsansprüchen selbst ins Abseits.

Der Verlauf des Kongresses

Nach einem kurzen Eingangsplenum fand die Hauptarbeit der Teilnehmer/-innen in den Arbeitsgruppen zu den diversen kommunalpolitischen Fragen (Arbeitslosigkeit, Frauen, Ausländer, u.a.) statt. Das politische Spektrum reichte von der DKP über viele alternative und autonome Initiativen bis hin zum BAB (Betrieblich-Alternatives Bündnis), den Grünen und der AL (Alternative Liste). In den Diskussionen ergab sich ein unterschiedlicher Grad von Gemeinsamkeiten und Plänen zur Weiterarbeit; doch auch dort, wo erheblich auseinanderliegende Ansätze zusammenstießen, wurde es als sinnvoll und fruchtbar angesehen, einmal fernab vom politischen Tagesgeschäft und „kleinlichen" Aktionseinheits-Verhandlungen die Positionen gegenseitig zu erklären. In den konkreten Sachfragen waren die Übereinstimmungen mit den Grünen z.T. beträchtlich und verliefen quer zu den Auseinandersetzungen um die Listenbildung.

Auf dem Abschlußplenum wurden zunächst die Handlungsperspektiven der verschiedenen AGs vorgetragen. — Die anschließende Debatte um die Möglichkeiten der parlamentarischen Durchsetzung von Interessen wurde von dem grünen Chefideologen Ralf Fücks und dem zukünftigen Bundestagsabgeordneten Jo Müller mit knüppelharten Beiträgen eröffnet: sie erteilten allen Bestrebungen, zur Bürgerschaftswahl am 25. September mit einer gemeinsamen Liste aus dem betrieblich-grün-alternativen Spektrum anzutreten, eine klare Absage. Schließlich böten ihre „offene Liste" und ihre „AG Grün 83" jedem, der d a z u bereit sei, die Möglichkeit, ein ö k o l o g i s c h e s Programm mitzuerarbeiten und d a r a u f zu kandidieren. Ökologische Orientierung und die von Müller beschworene „Solidarität mit den Arbeitslosen" verlange z.B. von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, bei Arbeitszeitverkürzung auf jeden Lohnausgleich zu v e r z i c h t e n, sofern das Familieneinkommen mehr als 2000 Mark beträgt.

Initiativler, BAB- und AL-Mitglieder lehnten de Unterordnung unter diese beschränkte „ökologistische" Ausrichtung ab, wiesen aber zugleich darauf hin, daß es trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher Utopien angesichts der reaktionären Entwicklung notwendig sei, die Abwehrkämpfe durch eine g e m e i n s a m e parlamentarische Vertretung zu ergänzen. Ein Vorschlag der AL, am 13.April ein „Wahlplenum" durchzuführen, auf dem gezielt über die Frage der eigenen Listenbildung gesprochen werden soll, wurde weithin positiv diskutiert.

Zwei Beiträge verdienen unter der Vielzahl von Kritiken an den Grünen besondere Erwähnung:

— Ein Grüner aus Oldenburg wies auf die heftigen Auseinanderseetzungen hin, die es um die Bundestagskandidatur von Jo Müller auf der niedersächsischen Landesliste gegeben hatte. Demnach sei Müller letztlich mit der Maßgabe nominiert worden, daß die Bremer Grünen ihre „offene Liste" wirklich so gestalten, daß alle linken oppositionellen Kräfte sich dort wiederfinden könnten.

— Bonno Schütter, ehemaliges Mitglied der Arpo (Gruppe Arbeiterpolitik), der 1979 zur BGL und später zu den Landesgrünen gegangen war, wertete öffentlich seine Erfahrungen im grünen Landesverband aus und kam zu dem Ergebnis, daß sich dort verstärkt Tendenzen zeigten, den LV zumindest inhaltlich und strukturell auf den rechten BGL-Kurs auszurichten.

Wie halten wir's mit der DKP?

Fücks und Müller stellten in ihren Beiträgen die Mitarbeit von DKPlern beim BAB als einen zentralen Hinderungsgrund für ein gemeinsames Wahlbündnis dar, und es ist anzunehmen, daß grüne Angriffe wegen der Mitarbeit von DKP-Mitgliedern sich in Zukunft häufen werden. Gezielt sind solche Angriffe auf die schlechten Erfahrungen , die viele von uns bei den diversen Versuchen der Zusammenarbeit mit der DKP gemacht haben. Die Grünen werden versuchen, hierüber den Spaltpilz in die sich entwickelnde festere Verbindung zwischen alternativer und Arbeiterbewegung zu tragen. Wir haben bereits in einem früheren Artikel (AK 229) darauf verwiesen, daß aktive Gewerkschafter der DKP fester Bestandteil des BAB sind. Jeder Versuch, diese Kräfte auszugrenzen, käme daher einem Angriff auf das Selbstverständnis und die Strukturen des BAB insgesamt gleich. Nun wird es nicht ausbleiben, sofern sich eine Liste neben den Grünen bilden sollte, daß dort stärker als bisher Mitglieder der DKP mitarbeiten werden; dies scheint uns auch das Motiv einiger Unsicherheiten und Ängste innerhalb der Linken zu sein. Die DKP erhebt jedoch keinen Anspruch auf ein Organisationsbündnis auf Grundlage eines Minimalkonsens, und mit diersem Sachverhalt sollten die Linken o f f e n s i v umgehen: Es wird z.B. aus der Anti-AKW-Bewegung heraus unverzichtbare Positionen zur Abschaffung aller AKWs geben, die die DKP nur um den Preis eines Platzens des Bündnisses niederstimmen könnte. Es ist für die gesamte oppositionelle Bewegung von Nutzen, wenn die DKP im Zuge des Wandels ihrer Bündnispolitik lernt, Kompromisse und Abstriche zu machen. Wer jetzt darauf verzichten will, den eingeschlagenen Weg der Zusammenarbeit von alternativer Bewegung und BAB unter Einschluß von DKPlern zu Ende zu gehen, wird die Wahl zwichen Unterordnung unter das Konzept der Grünen und politischer Abstinenz haben.

Linke Politik oder Ansetzen an wertkonservativen Tendenzen?

Bei der Bundestagswahl erreichten die Bremer Grünen mit 9,7% der Zweitstimmen ein außerordentlich gutes Ergebnis, das sie nun als besonderes Gewicht in ihrem Machtpoker benutzen. Das Ergebnis wird als „Zustimmung zum ökologischen Ansatz der Grünen" (Fücks) verkauft und bestärkte die Grünen bereits vor dem Kongress bei ihrem Alleingang. Dabei dürfte der Anteil sogenannter „Leihstimmen", den die Grünen erhalten habern, beträchtlich sein. Knapp 18.500 Wähler der Grünen haben ihre Erststimmen der SPD gegeben (das sind 41,5%), und viele Linke haben a l l e i n aus t a k t i s c h e n Gründen die Grünen gewählt. Wir wollen das Gewicht der Grünen gar nicht schmälern (immerhin erhielten sie 7,08% der Erststimmen), doch haben die Wahlen in Rheinland Pfalz und Schlewig-Holstein gezeigt, wie labil die grünen Wählerkontingente sind. Und neben der Bremer Grünen Liste haben auch die Liberalen Demokraten ihre Kandidatur bereits angekündigt.

Der Tatsache, daß die Mehrzehal der grünen Stimmen von links kommt, stoßen Überlegungen von Jo Müller direkt ins Gesicht, *„an den ... beschriebenen wertkonservativen Tendenzen* (Stabilitätswünsche, Votum pro Marktwirtschaft — d.V.) *im fortschrittlichen Sinne anzusetzen"* und *„ideologischen Schrott"* wie die *„generelle Vergesellschaftung von Grund und Boden"* schlicht *„beiseite zu lassen"* („Kommune" 3/83). Hier soll genau der Weg ins Ghetto beschritten werden, dem Müller gerne entkommen möchte, denn weder in Bremen noch in der BRD insgesamt wird eine fortschrittliche Strömung ohne Teile der Arbeiterbewegung und das Anknüpfen an „traditionalistischen" Gedanken realitätstüchtige Perspektiven entwickeln können.



Nach den letzten Auftritten der Grünen mehren sich BAB und im alternativen Spektrum Stimmen, auf dem „Wahlplenum" am 13.4. die Bildung einer eigenen Liste forciert zu diskutieren. Sollte sich die Debatte tatsächlich in dieser Richtung entwickeln, d a n n allerdings müßten die Linken sich b e e i l e n , denn Mitte Juni beginnen die Sommerferien. Und davor muß Klarheit über die eigene Kandidatur gewonnen sein.

KB/Gruppe Bremen

Hessische Landespolitik: Börner-Karre tief im Dreck

Mit viel staatsmännischem Geplüster versucht Hessen-König Börner den Neuwahltermin möglichst auf den der SPD genehmen Herbst'83 zu fixieren. Der Erfolg seiner Bemühungen bleibt fraglich. Während sein Hamburger Kollege Dohnanyi mit einigem Geschick über „Verhandlungen" etc. ein gewisses Ansehen erreichen konnte, mißlingt Börner seine Politik lediglich zur peinlichen Posse.

Während die CDU seit Beginn der Legislaturperiode sofortige Neuwahlen fordert und nach dem 6. März diese Forderung verstärkte, um vom Bonner Rückenwind zu profitieren, will die SPD offenbar eine im Herbst'83 verstärkte Diskussion um die Raketenstationierung nutzen, um den Grünen Stimmen abzunehmen. Gleichzeitig will die Börner-SPD über ein möglichst unverschämtes Umgehen mit den Grünen nach rechts abgewanderte sozialdemokratische „Stammwähler" zurückgewinnen.

Dazu dient der SPD die Inszenierung der Auseinandersetzung über den hessischen Landeshaushaltsentwurf für 1983. Mit dem Vorwurf, Grüne und CDU hätten zusammen den Haushalt blockiert und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze, soziale Investitionen, Schulneubauten, die Anschaffung von Feuerwehrautos etc.pp. verhindert, will die SPD sich als an den Bevölkerungsinteressen orientierte Partei profilieren. Dazu entblödete Börner sich nicht, staatsmännisch aufgeplustert, die Zustimmung der im Landtag vertretenen Parteien zu einem Haushalt, nämlich seinem, zur verfassungsmäßigen Pflicht zu erklären. Doch das nützte ihm auch nichts: Der Landtag lehnte den SPD-Entwurf, der nur noch zu 5% verhandelbar sein sollte, ab. Nun holzte Börner im bekannten Dachlattenstil los. Er stellte klar, daß es ihm Freude breiten würde, den Grünen „weh" zu tun, daß er „keine Brücken mehr zu deren Vorstellungen" sehe und daß er ihnen nun die Wähler „dezimieren" wolle.

Doch Wahlkampf ist schon länger angesagt. Sofort nachdem Börners geschäftsführende, d.h. nicht gewählte, Regierung für sich werbewirksam und als einseitige Vorleistung der Grünen das Haushaltvorschaltgesetz durchgebracht hatte (s. AK 230), kam der sprichwörtliche Undank der SPD wieder zum Vorschein. Eine knappe Woche später schon zielte SPD-Wirtschaftsminister Heribert Reitz direkt ins Herz der Grünen: Er genehmigte — wie in Hessen mittlerweile ständige Übung durch sofortige Vollziehbarkeit — den Bau der Rheinufer-Umgehungsstraße um Eltville nahe Rüdesheim, ein Projekt, das ähnlich lange umstritten wie die Startbahn-West, alle hessischen Umweltschützer wieder auf die Palme bringen wird. Wohl wissend, daß die Grünen jeden zusätzlichen Straßenbau ablehnen, wurde hier brutal die Hoffnung von Teilen der Grünen auf ein gewandeltes umweltpolitisches Bewußtsein der SPD ad absurdum geführt. Doch damit der Provokation nicht genug. Unter tatkräftiger Mitwirkung der sog. SPD-Linken Nitzling und Kurth trug die SPD-Fraktion den Grünen ein geradezu schamloses „Angebot" vor: Nachdem SPD und CDU zunächst gemeinsam den Entwurf der Grünen für ein Straffreiheitsgesetz für kriminalisierte Startbahngegner abgelehnt hatte, diente die SPD den Grünen nun an, einem Hearing des Landtages „über die Möglichkeiten zur Befriedung der Startbahnregion" zuzustimmen. Nach heftigen Protesten der BI gegen Flughafenerweiterung lehnten die Grünen endlich ab.

Bereits mit diesen Schritten hatte Börners SPD deutlich gemacht, welche Bedeutung sie dem „rot-grünen Techtelmechtel" einräumen mag. Und sei es um den Preis einer CDU-Regierung auch in Hessen: Börner will ‚originär sozialdemokratische Politik", zu der die Grünen bestenfalls die Hand heben dürfen. Selbst dabei geht es der SPD allerdings lediglich um den ihr genehmsten Zeitpunkt für Neuwahlen.

Nachdem die SPD in keiner Weise bereit ist, ihren Haushaltsentwurf mit den Grünen auch nur zu verhandeln und Börner deshalb auf keine Zustimmung hoffen kann, stellt sich den Bürgern immer klarer die Frage, warum Börner keine soforigen Neuwahlen will, wenn doch die Nichtverabschiedung des Haushaltes angeblich so großen Schaden anrichtet.

Die ganze lächerlich anmutende staatsmännische Inszenierung Börners kommt so von Tag zu Tag unter immer größeren Druck, nicht auch zuletzt durch eine sehr kritische Berichterstattung der Medien, v.a. der „Franfurter Rundschau" („Börner gescheitert" — nicht etwa „SPD gescheitert") und des Hessischen Rundfunks, die auch nicht mehr nachvollziehen mögen, was das alles noch bringen soll.

Nachdem die Grünen bislang Neuwahlen ablehnten, weil sie nicht einsehen können, daß sie sich ausgerechnet aus dem Landtag herauswählen lassen sollen, nur damit Wallmann oder Börner staatsmännisch regieren können, wird mittlerweise in Fraktion und Partei immer offener ein Eingehen auf die öffentliche Neuwahlforderung erwogen. Eine riskante und nicht unproblematische Entscheidung, nachdem die Grünen bisher deutliche Schwierigkeiten hatten, sich gegen die etablierten Parteien zu profilieren und seit dem 6.März die 5-%-Hürde in drohender Nähe steht. Wesentlich müßte für sie sein, alle Hoffnungen in die SPD fahren zu lassen und eine kompetente eigene Opposition gegen Börner aufzubauen; anstatt auf sog. SPD-Linke zu hoffen.

In der Frankfurter SPD drückte sich auf einem Unterbezirksparteitag heftiger Widerspruch zu Börners inhaltlich unflexibler Taktiererei aus. So wurde Börner-Statthalter Fred Gebhardt als Unterbezirksvorsitzender abgewählt und durch den Börner-Startbahn-Biblis etc.pp.-Kritiker Martin Wentz ersetzt. Doch schon zwei Tage darauf verkündete auch der in der Presse, daß der Frankfurter SPD-Verband „die Partei", und das bedeutet im Klartext Börner, im Wahlkampf loyal unterstützen will. So hat also nach einigen verbalen Attacken die SPD-Linke wieder einmal nur Integrationsfunktion.

KB/Gruppe Frankfurt

„Die 'grüne Bewegung' ist eine faschistische Bewegung'' (EAP)

Wer kennt sie nicht, die EAP(''Europäische Arbeiter Partei''), deren Verteiler seit gut zehn Jahren gelegentlich in den Geschäftsstraßen auftauchen, um ihre unglaublichen Flugblätter und Broschüren unter die Leute zu bringen? Andererseits, wer k e n n t sie eigentlich, diese EAP, die über eine finanzkräftige und hartnäckige Zentrale in den USA verfügt, die ihre Propaganda- Themen zwar alle paar Jahre auswechselt, aber die dabei doch ihrem einzigen erkennbaren Interesse, Hetze gegen Links, so beachtlich treu bleibt? Eine Sekte, so kann man lesen, die in der BRD nur mit etwa 250 Mitgliedern präsent sei. Aber eine Sekte, zu deren Veranstaltungen sich gelegentlich auch Provinzpolitiker der CDU und der FDP als Referenten und Statisten verirren. Und eine Sekte, die - das zeigen ihre Ergebnisse bei der letzten Bundestagswahl - in ihren eigenen kleinen Maßstäben einen gewaltigen Sprung nach vorn gemacht hat.

15.382 Zweitstimmen hat die EAP am 6.März einsammeln können und ist damit die größte unter den Allerkleinsten. Aufschlußreich ist ein Vergleich mit dem Abschneiden des Wahlbündnisses von KPD/ML und BWK, auf das bundesweit insgesamt rund 6.000 Stimmen entfielen. Ebenfalls interessant ist ein Vergleich mit dem KBW, der im Zenit seiner Laufbahn bei der Bundestagswahl 1976 auch nur gerade eben 20.000 Stimmen holen konnte. Soweit es sich vergleichen läßt, hat die EAP gegenüber der Bundestagswahl 1980 stark zugelegt, vor allem in den Städten, wo sie ihre Ergebnisse z.T. verdoppelt bis verdreifacht hat. Das ist selbstverständlich trotzdem nur eine Angelegenheit für Lupe und Pinzette, denn prozentual ist die EAP nach wie vor mit ihren rundgerechnet 0,05% gar nicht meßbar, erscheint in allen Statistiken mit 0,0. Aber ein bemerkenswertes Phänomen ist es wohl doch, nämlich ein Indiz, daß die Nachfrage nach dem ganz spezifischen Produkt der EAP gestiegen ist. Dieses Produkt ist - mit gelegentlich wechselnden und sich z.T. widersprechenden Details - Verschwörungstheorie en gros. Ob es nun das Drogenproblem ist oder die Anti-AKW-Bewegung, am Ende läuft alles darauf hinaus, daß alles Unheil dieser Welt von einer unendlich komplizierten und verknoteten internationalen Verschwörung gemanagt wird. Im Komplott sind die Königin von England and her husband, Henry Kissinger, die Freimaurer, Petra Kelly und die Grünen, das Weltjudentum (Pardon: ''die zionistische Lobby''), Elektrokonzerne wie Siemens und Bosch, Schrate wie Baldur Springmann, die evangelische Kirche, SPD-Linke wie Eppler, Nazi-Terroristen, Homosexuelle, Teufels-

wie Siemens und Bosch, Schrate wie Baldur Springmann, die evangelische Kirche, SPD-Linke wie Eppler, Nazi-Terroristen, Homosexuelle, Teufels-

anbeter, Ernst Albrecht (jawohl, der auch!), der ''Club of Rome'', die Hausbesetzer, das ''Netzwerk'' (bei denen ist ja schon der Name höchst verdächtig), die ''Unterhaltungsmafia'' (''*die im übrigen eng mit der Drogenmafia verwoben ist*''), Gollwitzer und Albertz (beide werden von der EAP als Agenten Ghaddafis und Khomeinys entlarvt), die Weltbank, der BBU, die Reformhäuser und last but not least der KB, der'' *über weitverzweigte Verbindungen zu anderen Gruppen und Projekten verfügt* '', aber auch mit der Drogenmafia irgendwie verflochten ist. Ach, und viele, viele weitere natürlich auch, von Cohn-Bendit bis Otto von Habsburg, von Mitterand bis zur KP Chinas.

Wer die genauen Einzelheiten wissen will, dem sei eines der jüngsten Produkte der EAP empfohlen: die Broschüre ''Stoppt die grüne Gefahr!'' Ein Namensregister erleichtert die Orientierung. Der Spaß ist allerdings mit 8 Deutschmark (für 82 Seiten) nicht gerade wohlfeil. Der Inhalt ist in knappen Worten kaum angemessen wiederzugeben, er enthält als geballte Ladung fast sämtliche Hits derEAP-Weltsicht.

Da ist zum ersten die allerdings nicht sehr originelle These, '' *daß es eigentlich keinen Unterschied gibt zwischen 'rechts' und 'links'* ''(S.12), weshalb es völlig logisch ist, die Grünen als '' *faschistische Bewegung*'' zu kennzeichnen.(S.7) Um dies zu beweisen, wird - neben einigen tatsächlichen rechten Grünen, vor allem aus der Anfangsphase der Grünen Partei - ein sagenhafter Blödsinn zusammengeschmiert. Da taucht plötzlich die NPD als Mitbegründerin der Grünen Partei auf (S.54), ebenso wie die Nazi- terroristische VSDP/VSBD (S.57); da wird der Niedergang der NPD-Wahlergebnisse als Beweis für ihr Verschmelzen mit den Grünen interpretiert (S.61), da soll sogar die frühere Strauß-Hilfstruppe AVP (''Aktion Vierte Partei'') inzwischen ''*in der grünen Bewegung aufgegangen*'' sein (S.61); da macht es auch keine Probleme, aus dem Nazi-Terroristen Kühnen mal eben ein Mitglied der ''maoistischen KPD'' zu machen und die KPD/ML in einen Zusammenschluß ''*verschiedener national-revolutionärer Zirkel*'' zu verwandeln.(S,58). Das ist zwar alles Quark, aber für die Leserinnen und Leser der EAP-Propaganda wird das zum Teil schwer festzustellen sein. (Auch der Schreiber dieser Zeilen, politischer Boabachter seit mehr als 10 Jahren, wäre nicht bei allen Behauptungen der EAP auf Anhieb in der Lage, mit Sicherheit zu sagen, ob richtig oder falsch.

Freilich, rechte Leute bei den Grünen aufzuspüren und zu ihrer Vertreibung beizutragen, das ist keine Erfindung der EAP. ''*An erster Stelle ist hier der Kommunistische Bund zu nennen, der sehr eifrig derartige Zusammenhänge aufdeckt*'', wie die EAP selbst zutreffend schreibt (S.59). Aber das, so entlarvt uns die EAP ist nur ein besonders schmutziger Trick, um ''*sich mit einschlägig vorbelasteten Elementen nicht allzu eindeutig zu befrachten*''. Nicht um e i n z e l n e Rechte bei den Grünen gehe es, sondern **''die 'grüne' Ideologie als solche (ist) ihrem Wesen nach faschistisch, gleich ob sie nun in maoistischer, anarchistischer, spontaneistischer oder nationalsozialistischer Einfärbung vertreten wird''**.(S.59).

Dem Beweis für diese verblüffende These sind in der EAP-Broschüre breite Ausführungen gewidmet. Die Argumente sind von extremer Kühnheit. So erfahren wir vor allem, **''daß Drogenverherrlichung und Technologiefeindlichkeit wesentliche Merkmale faschistischer Weltanschauung sind''** (S.6). Nun muß man noch wissen, daß die EAP unter ''Drogenverherrlichung'' jede halbwegs differenzierte Position (bis hin zum früheren FDP-Innenminister Baum) versteht, und daß sie den Vorwurf der ''Technologiefeindlichkeit'' gegen buchstäblich j e d e n erhebt, der sich, und sei es auch bloß mit dummen Sprüchen, ein paar kritische Gedanken über den Umweltschutz macht. Das schließt z.B. auch Willy Brandt ein, der sich besonders dadurch verdächtig gemacht hat, daß er in den frühen 60er Jahren einmal ''blauen Himmel über der Ruhr'' versprach (S.59). So definiert macht es überhaupt keine Schwierigkeit, faschistische Ideologie an sämtlichen Ecken aufzuspüren.

Auch an idiotischen Gleichsetzun-

überhaupt keine Schwierigkeit, faschistische Ideologie an sämtlichen Ecken aufzuspüren.

Auch an idiotischen Gleichsetzun-

gen herrscht bei der EAP kein Mangel:'' *Daß sich Hunderte protestantische Pfarrer an die Spitze dieser Bewegung gestellt haben, ruft auch ungute Erinnerungen an die Nazipfarrerbünde wach*'' (S.7). Klar, schließlich handelt es sich in beiden Fällen um Pfarrer! Und die Hausbesetzer sind selbstverständlich die moderne Form der SA:''*Was heute die besetzten Häuser sind, waren damals ohne Zweifel die SA-Heime, in die sich auch nur noch immer seltener Polizeistreifen hineinwagten*'' (S.40). Überhaupt ist ''Gewalt'' per se ein Kennzeichen von Faschismus, und selbst aus einer Heiligen wie Petra Kelly macht die EAP noch ein rasendes Flintenweib (S.52 und EAP-Flugblatt ''Israel warnt vor grünem Antisemitismus'').

Bis hierhin wirkt die EAP-Argumentation zwar reichlich extravagant, bleibt aber noch halbwegs im Rahmen üblicher Polemiken gegen die Grünen. Nun kommt jedoch die internationale Verschwörung hinzu. Denn bei den Grünen handelt es sich **''nicht um ein spontanes Phänomen, sondern um das Ergebnis eines generalstabsmäßig durchdachten Propagandafeldzuges''** (S.4). Hinter dem Meisterplan steht ein nicht wiederzugebendes Gewusel von internationalen Verbänden der Hochfinanz und des Adels, deren Absicht kurz zusammengefaßt darin besteht, die Industriegesellschaften zugrunde zu richten und einige Hundert Millionen Menschen dem Hungertod preiszugeben. Führend in dem Komplott ist der ''Club of Rome'', und hinter diesem steht laut EAP: ''*1. die Agnelli-Stiftung, eine Schöpfung des venezianischen Adels, 2. die Nobel-Stiftung, eine Schöpfung des schwedischen Adels, 3. Royal Dutch Shell, eine Schöpfung des holländischen Adels, 4. das Nestlé-Unternehmen, eine Schöpfung des Schweizer und alten österreichisch-ungarischen Adels, und die OECD-NATO-Gruppe selbst, die als Geheimdienstableger des britischen königlichen Haushalts funktioniert*'' (S.73). Wenn man das erst einmal weiß, fällt es einem plötzlich wie Schuppen von den Augen. Beispielsweise diese verheerende Schulreform der SPD, deren Ergebnis heute die (faschistische) Jugendrevolte ist: Hinter dieser international durchgesetzten Reform steht ein gewisser Alexander King, und der ist Gründungsmitglied des ''Club of Rome'' (S.10). Daß Albrecht ''*die Wiederaufbereitungsanlage von Gorleben verhinderte*'' (hat er?!...), wundert einen gar nicht mehr, wenn man mitgeteilt bekommt, daß er in seinem Kabinett einen Minister Pestel hat, der natürlich Mitglied des ''Club of Rome'' ist. Ach, und viele weitere rätselhafte Dinge werden aufgeklärt! Beispielsweise der plötzliche Verhaltenswandel von Holger ''Dachlatte'' Börner gegenüber den Grünen: ''*seine freimaurerischen Brüder*'' haben ihn dazu veranlaßt, sich auf Verhandlungen mit den Grünen einzulassen (Flugblatt ''Israel warnt...''). Überhaupt, Frankfurt! Ein Tummelplatz internationaler Geheimbünde! Beispielsweise auch der jüdischen Loge ''B'nai B'rith'', repräsentiert durch den ''*Diamantenhändler und Immobilienspekulanten*'' Ignaz Bubis, der seinerzeit dafür sorgte, daß ein Herr von Schoeler Staatssekretär bei Innenminister Baum wurde. Ja, und der Schoeler hat dann im Dienste der Drogenmafia eine Liberalisierung der einschlägigen Gesetzgebung befürwortet. (''Die unheilige Allianz gegen die ADK'', Dezember 1980).

Aber nicht bloß jüdische Diamantenhändler, sondern auch bundesdeutsche Elektrokonzerne sind mit von der Verschwörung: Siemens, Bosch und



Voith **''gehören heute zu den wichtigsten finanziellen Gönnern und Fürsprechern des grünen Faschismus''** (S.44). Wir blicken in Abgründe von Rafinesse und Infamie: Zwar hat sich Siemens ein ''*fast vollständiges Monopol...über den Kernenergiesektor in Deutschland*'' geschaffen. ''*Tatsächlich aber diente Siemens von Anfang an dazu, in Zusammenarbeit mit den Laboratorien des britischen Geheimdienstes...und anglo-amerikanischen Finanzinteressen wie der Morgan Bank sämtliche technologische Spizenbereiche erst zu übernehmen und dann dank der Monopolstellung abzuwürgen*''.(S.44) Weiß das der Kanzler?!

Von der EAP erfahren wir auch das letzte, tiefste der Geheimnisse: das Band, das Adlige, Finanzherren, Politiker und grüne Ideologen zusammenhält ist der Satanskult! Nein, nein, das ist kein Witz:**''Lüftet man die Maske, hinter der sich die führenden 'Umweltschützer' so gern tarnen, dann stößt man auf fanatische Kultanbeter, die in der Tradition britisch-venezianischer Freimaurerkreise, der Rosenkreuzer, der Antroposophen oder anderer Formen mehr oder weniger offener Teufelsanbetung stehen''**.(S.42) For more details please see ''Rosemary's Baby''...Robert McNamara, früherer Chef der Weltbank (und Kriegsminister der USA während des Vietnamkrieges), pflegt z.B. ''*regelmäßige Schiffsausflüge auf den Potomac zu unternehmen, um 'bei Mondschein' zu baden*'', was zweifellos eine typische ''*Kulthandlung*'' darstellt.(S.42). Der schon erwähnte Kinderverderber Alexander King ''*ist Mitglied des Sufi-Kultes, einer der wichtigsten Sekten, die vom britischen Geheimdienst SIS unter St. John Philby und später seinem Sohn und heutigem KGB-General H.'Kim' Philby als Vorläuferorganisation der Moslem Bruderschaft und ähnlicher fundamentalistischer Kreise gegründet wurden.*'' (S.43)?

Bezeichnend ist auch, daß die Siemens-Stiftung ''*im Bereich der Kultur mit zahlreichen Veranstaltungen über heidnische Religionen*'' eine ganz üble Rolle spielt (S.44).

Luziferischer Schwefelgestank dringt natürlich vor allem aus der Grünen Partei. Denn bei der Gründung der Grünen haben die sogenannten Anthroposophen (auch ''Achberger'' genannt) bekanntlich ''*eine Schlüsselrolle gespielt*'' - übrigens gemeinsam mit ''*Küngs Anhängern im Jesuiten-Orden*''.(S.43). Und die Anthroposophen sind, was ich in dieser Klarheit auch erst von der EAP erfahren habe, Teufelsanbeter in Reinkultur.Ganz besonders der Begründer dieser Richtung, Rudolf Steiner, der ''*die theosophischen Luzifer-Kulte salonfähig machte*''(S.42) und der (auch das war mir bis dato absolut unbekannt gewesen) ''*in den Jahren 1902-1905 mit Karl Liebknecht und August Bebel bei der Gründung der SPD in Berlin kooperierte*'' (S.43). Absolut teuflisch, wer hätte das vom alten Bebel gedacht! Aber daß Rosa Luxemburg in diesem Zusammenhang von der EAP nicht erwähnt wird, hat mich doch gewundert. Auch das Fehlen von Hinweisen auf Ritualmorde läßt bei mir noch Fragen offen.

Ja, und was ist das zentrale Anliegen aller Satanisten und Luziferisten? Richtig, die Jugend wollen sie verführen und verderben. Das ist ihnen, wie die EAP nachweist, schon sehr weitgehend gelungen. ''*Die Verseuchung immer größerer Teile der Jugend mit Rock und Drogen*'' ist dabei das Hauptmittel (S.4), die ''*Verführung von orientierungslosen Jugendlichen zu Prostitution, Homosexuellentum, Sexorgien, Drogenkonsum von Haschisch bis zu LSD*'' (S.11). Die Folge ist Faschismus: ''..*Die Verherrlichung eines übersteigerten rauschhaften Lebensgefühls, der dionysische Charakter der Rock- und Drogenkultur - dies alles sind ganz typische Merkmale einer faschistischen Massenbewegung*'' (S.7). Die Opfer sind natürlich verloren:**''Wohin der Sinnverlust führen kann, verdeutlichen vielleicht am erschreckendsten die Punks, im Grunde die bedauernswertesten Opfer der oligarchischen Elite, Kinder noch, aber geistig schon tot und mit Lebensgewohnheiten, die man eigentlich gar nicht bestialisch nennen kann, weil kein normales Tier sich so verhält''**. (S.11).

Daß ausgerechnet die EAP einen Großteil ihrer Publizistik mit Tiraden gegen angebliche Faschisten (d.h. Grüne und Linke) bestreitet, daß sie sich sogar bei pro-israelischen Kreisen anzubiedern versucht (Flugblatt ''*Israel warnt vor grünem Antisemitismus*''), das verrät schon eine sagenhafte Dreistigkeit. Denn die Verschwörungstheorien der EAP stehen vollständig in der Tradition nazistischer und völkischer ''Aufklärungsliteratur'' früherer Zeiten. Da fehlt kaum eines der traditionellen Stichworte und Themen. Selbst der Hinweis auf den Satanskult ist nicht neu: Schon über Lenin war in Schriften der frühen 20er Jahre zu lesen, er sei ein Teufelsanbeter und tanze nachts nackt auf irgendwelchen Wiesen herum.

Das nimmt doch sowieso niemand ernst? Aber über 15.000 Wähler haben es offenbar getan. Und die EAP hat ein beachtliches Geschick entwickelt, sich durch seriöses Auftreten (Stil: Junge Union) und durch das Aufgreifen von Reizthemen (Drogen, Punks, linke Gewalt, Atomenergie u.ä.) für Provinzpolitiker der etablierten Parteien immer wieder interessant zu machen. Da kann dann auch schon mal der Bürgermeister von Neckarwestheim, ein Herr Armbrust (FDP), als Redner einer EAP-Veranstaltung gewonnen werden, und eine CDU-Gemeinderätin, Frau Wiedemann, ist auch mit von der Partie (S. 80/81). Vor allem mit ihrer „Anti-Drogen-Koalition'' (ADK) schien die EAP zeitweise einen Volltreffer in die Politdrüsen bürgerlicher Politiker, Professoren und Kripo-Funktionäre gelandet zu haben. Allerdings hält das Glück bisher nie lange, denn die durch EAP-Sprüche gegen Drogenkonsum, Jugendverderber, linke Terroristen und Atomkraftgegner angelockten Bürgerlichen gehen bei näherer Bekanntschaft doch lieber auf Distanz — und sei es bloß, weil in ihren Parteien die EAP eben doch noch keineswegs als salonfähig gilt.

Bleibt die Frage, wer nun eigentlich „dahinter steht''. Von CIA bis Ku Klux Klan sind schon so ziemlich sämtliche Spekulationen getätigt worden. Sicher scheint nur folgendes zu sein: Lyndon LaRouche, Gründer und Chef des USLP (US Labor Party), deren deutscher Ableger die EAP ist, war früher Trotzkist und Aktivist im US-amerikanischen SDS. Dort hinausgeworfen eröffnete er Anfang der 70er Jahre seinen eigenen Verein, zunächst unter dem Namen „Labor Committees''. Mit bunten und abwechslungsreichen Geschichten über Mordanschläge des CIA und des KGB auf LaRouche (der sich damals noch Lyn Marcus nannte) machte die neue Sekte sich interessant, wobei sie sich in der äusseren Aufmachung zunächst noch stark an die traditionelle Linke anlehnte. — Filialen der Sekte gibt es heute nach eigenen Angaben in 26 Ländern, beispielsweise auch in Lateinamerika und in Taiwan. Der deutsche Ableger tritt seit 1972 in Erscheinung. Die EAP-Chefin Helga Zepp-LaRouche ist die Ehefrau des USLP-Bosses. — Lyndon LaRouche besitzt (nach Recherchen der „New York Times'') in Manhatten/New York *„ein Firmenimperium, das Druck-, EDV-und Lichtsatzunternehmen ... umfaßt''*, mit Jahreseinnahmen von 5 Millionen Dollar. Das Unternehmen beliefert (nach eigenen Angaben!) seit 1976 Polizeistellen und das FBI mit Nachrichten und Dossiers aus linksoppositionellen Bewegungen; zu den Be-

seit 1976 Polizeistellen und das FBI mit Nachrichten und Dossiers aus linksoppositionellen Bewegungen; zu den Be-

ziehern von USLP-Informationen gehören außerdem (laut „New York Times'') der südafrikanische Geheimdienst und zu Schah-Zeiten der iranische Geheimdienst SAVAK. (Nach „Spiegel'', 39/1980).

Das spezielle Interesse der USLP/EAP, gilt der Ausspitzelung der Anit-AKW-Bewegung (im Dienste der AKW-Industrie) und der Registrierung von „antiamerikanischen Aktivitäten'', wobei ihr Beoachtungsfeld bis in die SPD hinein reicht.

Das EAP-Leute also in jedem Fall auch Polizeispitzel sind, muß unbedingt angenommen werden, zumal das ihrer gesamten Weltsicht nach vollkommen logisch und geradezu „sittlich geboten'' ist. In den USA hat sich die USLP zudem zumindest in der Vergangenheit mit systematischem Terror gegen linke Gewerkschafter und KP-Leute einen Namen zu machen versucht.

Wem die EAP nutzt und wer sie benützt, ist somit offensichtlich genug: Polizei- und Geheimdienststellen sowie bestimmte Teile des US-Finanzkapitals, die stark am Technologie-Export interessiert sind. Damit ist über die Frage, wer nun eigentlich konkret „dahinter steht'', immer noch nichts Vollständiges ausgesagt. Die Einzelheiten des Verhältnisses zwischen mehr oder weniger „naturwüchsiger'' Sekten-Soziologie einerseits und systematischer Arbeit imperialistischer Apparate andererseits bleiben bisher nahezu völlig unklar. Auch über die Absichten, die vielleicht irgendwelche Stellen mit dieser Sekte verfolgen (über die wertvolle Funktion der Daten-Beschaffung h i n a u s), liesse sich nur herumraten. Das zu tun, wäre allerdings schon ein Schritt in die falsche Richtung, nämlich hin zu eigenen Verschwörungstheorien.

Kt., Hamburg

§ 129a — frisch poliert

Razzia beim Atom-Express

Mit über 200 Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen 129a, d.h. Unterstützung oder Werbung für eine terroristische Vereinigung, gingen die Bundesanwaltschaft und ihre regionalen Niederlassungen gegen Alle und Alles vor, was die Knastbedingungen der Gefangenen aus der RAF kritisierte. Ungeachtet einer endgültigen politischen Bilanz, erwies sich der § 129a in der damaligen Situation als ein jederzeit anwendbarer Paragraph zur Einschränkung oder Behinderung der Informations- und Meinungsfreiheit; er wurde eingesetzt gegen Parolen auf Häuserwänden genauso wie gegen Presseerzeugnisse und Wandzeitungen.

Ein unschätzbarer Vorteil des § 129a für Bullen und Staatsanwaltschaft ist, daß Werbung mit Mitgliedschaft und/oder Unterstützung gleichgestellt ist und so eine ganze Reihe strafprozesualer Möglichkeiten wie jederzeitige Untersuchungshaft u.ä. ermöglicht. Zur Not, d.h. wenn es jemand sinnvoll und machbar erscheint, stehen also die nötigen Repressionsmittel zur Verfügung, um zumindest zeitweise Wohlverhalten im Gesinnungsbereich zu e r z w i n g e n .

Mit einem Durchsuchungsbeschluß in Sachen 129a meldeten sich jetzt am Morgen des 9. März die Herren des

Mit einem Durchsuchungsbeschluß in Sachen 129a meldeten sich jetzt am Morgen des 9. März die Herren des Morgengrauens bei Redakteuren und Mitarbeitern des Götinger ,,Atom-Express'', der bundesweiten und einflußreichen Zeitung der Initiativen gegen Atomenergie. Weil es diesmal gegen weniger Leute ging, so offensichtlich die Logik der Staatsschützer, mußte der Einsatz erhöht werden:

,,*Um Punkt sechs Uhr drangen jeweils 10-15 Beamte des Landeskriminalamtes (LKA) Hannover in Begleitung von Staatsanwälten und weiträumiger Sicherung durch die Göttinger Polizei in die vorher ausgewählten Objekte ein, wo sie sich bis zu 4 Stunden aufhielten, um Zimmer zu vermessen, Bücherregale und Unterlagen zu photographieren, eine Vielzahl von Schreibmaschinenproben zu nehmen, Keller und Bodenräume auszuleuchten, Autos zu inspizieren und zu durchwühlen, Akten und Papiere zu sichten und Beschlagnahmungen zu tätigen; neben der gesamten verfügbaren Restauflage des Atomexpress Nr. 32 wurden auch private und politische Adressenlisten, persönliche Aufzeichnungen und Broschüren mitgenommen. Drei Leute wurden nach Abschluß der Durchsuchung im Göttinger Polizeirevier erkennungsdienstlich behandelt ...''*. So schildert der Arbeitskreis gegen Atomernergie die Aktion.

Offizielle Begründung und Anlaß für die Durchsuchungen, die am 1.März vom Oberlandesgericht Celle angeordnet worden waren, war ein im Atomexpress'' abgedrucktes Papier, daß sich u.a. mit Möglichkeiten des militanten und bombigen Widerstandes gegen das Atomprogramm am Beispiel des Kalkar-Brüters auseinandersetzt. Unterzeichnet war es mit ,,Revolutionäre Zellen''. Zu dem ausdrücklich als nichtredaktionellem ,,Diskussionsbeitrag'' gekennzeichneten Abdruck vermerkt der Durchsuchungsbeschluß:

,,*Bereits der unkritische Abdruck einer derartigen Erklärung ohne Distanzierung durch die Redaktion muß die für die Herausgabe der Zeitung Verantwortlichen dem Verdacht aussetzen, mit den Zielen der Verfasser zu sympathisieren und sie sich zu eigen zu machen. Die Veröffentlichung und Verbreitung wäre für sich geeignet, die terroristische Vereinbarung* (genauso steht's da — AK) *,Revolutionäre Zellen' mit den Mitteln journalistischer Propaganda zu unterstützen und hierdurch zu stärken ...''*.Und so offen geht es auch weiter:

daneben sei es aber auch der ,,*Gesamtzuschnitt, wie er sich aus weiteren Veröffentlichungen im Heft 32 erkennen läßt, der darauf hindeutet, daß die verantwortlichen Personen geneigt und gewillt sind, gewalttätige Protestaktionen gutzuheißen und zu propagieren ...*''. ,,Im Gewahrsam der Beschuldigten'' befänden sich also möglicherweise Aufzeichnungen darüber, wie es und mit welcher Beteiligung es zur Aufnahme der Erklärung gekommen sei!

Nicht das erstemal — aber noch nie so offen

Seit seiner Existenz stehen der Arbeitskreis und der ,,Atomexpress'' unter der besonderen Obhut der Staatsschützer verschiedenster Branchen des Gewerbes. 1979 flogen zwei Spitzel des LKA, Politische Abteilung, nach einer etwa halbjährigen Tätigkeit als ganz engagierte AKW-Gegner im Arbeitskreis auf. Neben Ermittlungsverfahren we-

halbjährigen Tätigkeit als ganz engagierte AKW-Gegner im Arbeitskreis auf. Neben Ermittlungsverfahren we-

gen Billigung von Straftaten und Aufruf zu Gewalt stand und steht der Arbeitskreis bzw. der ,,Atomexpress'' unter ständiger Beobachtung durch den VS. Für den niedersächsischen Innenminister ist er — neben den Grünen, der GABL/Hannover und der AGIL/Göttingen — das Paradepferd, wenn es darum geht, im Schweinsgalopp fließende Grenzen zwischen alternativer und terroristisch-gewalttätiger Politik abzureiten.

Das Interesse der für ,,unsere'' Sicherheit Verantwortlichen wurde sicher noch erheblich dadurch gesteigert, daß sich Mitglieder des Arbeitskreises seit längerem in die bundesweite Diskussion über Aufgaben und Perspektiven der Friedensbewegung eingemischt haben und für diese Diskussion auch die Seiten des ,,Atomexpress'' geöffnet haben. Dabei bildet der Arbeitskreis eine der Hauptstützen der radikaleren Kräfte innerhalb des Spektrums der autonomen Friedensinitiaiven, die sich im BAF organisiert haben. Er wendet sich dort gegen eine Mystifizierung der Gewaltfreiheit und fordert u.a.: ,,*Was in der Friedensbewegung nottut, ist eine wirkliche Kampfansage, kein Nebeneinander, sondern gegeneinander''* (Vgl. AK 230).

der Friedensbewegung nottut, ist eine wirkliche Kampfansage, kein Neben-

In diesem Sinne trifft es keine Unschuldigen — so verstanden ist der Einsatz der Keule 129a gegen den ,,Atomexpress'' der Auftakt der Herrschenden zum Raketenjahr 83. Frisch zurechtgeschnitzt auf die ,,Revolutionäaren Zellen'', deren Struktur so undurchsichtig sei, daß man erst nachstochern müsse, von deren Erklärungen man nicht einmal wisse, ob sie von den ,,echten'' oder ihren Nachahmern stamme — so der nds. Innenminister in der ,,Gewaltdebatte'' im Landtag zu Anfang dieses Jahres.

Der Abdruck des anonym zugesandten Papiers bot den willkommenen Anlaß für das Durchspielen — fast — aller Möglichkeiten, die ein derartiges Ermittlungsverfahren bietet, und — wie immer in Sachen ,,Terrorismusverdacht'' und ,,Sympathisanenwesen'' — bedeutet diese Aktion eine Herausforderung unserer Solidarität mit den davon Betroffenen!

KB Göttingen

§129a in Aktion

Seit der Durchsuchung sind die Betroffenen, ihre Freunde und Anwälte von einer Vielzahl von Repressalien betroffen, die allesamt mit ,,Ermittlungstätigkeit'' nichts, sehr viel aber mit kleinlicher Terrorisierung, Einschüchterung und Desorientierung, Erzeugung von Resignation oder ,,Kurzschlüssen'' zu tun haben:

— Offensichtlich werden Telefone abgehört; am ersten Abend gab es gar eine Art Konferenzschaltung d.h. vier Gesprächsteilnehmer wurden zusammengeschaltet, darunter ein Anwalt von Betroffenen. (Darüber existiert eine Bandaufnahme).
— Andere Telefongespräche wurden mehrfach unterbrochen.
— Eine Rechtsanwaltnummer war zeitweise blockiert. (Erinnern wir uns: in den Göttinger Mitschnitten des Bullenfunks überlegen zwei Kommandobullen, ob sie RA-Nummern blockieren sollen. Die Polizei damals: das sei seit Neustem überhaupt nicht mehr möglich!).
— ein Betroffener wurde an seiner Arbeitsstelle angeklingelt, obwohl der Teilnehmer die Privatnummer gewählt hatte.
— Post, adressiert an die Privatadresse, findet sich nach eintägiger Verspätung im Postfach der Redaktion.
— Paketpost kommt völlig zugeklebt (Pflaster oder Tesa) an, obwohl der Absender davon nichts weiß.
— Noch eine Woche nach dem Durchsuchungstermin tauchen LKA-Bullen in der Buchbinderei auf, mit der Betroffene beruflich zusammenarbeiten.
— Daneben die ortsübliche ,,Observation'' durch bekannte Kommandobullen (ehem. Aufklärungs- und Festnahmekommando), d.h. offenes ,,auf den Hacken rumfahren'' und Hinterherlaufen.
— Es besteht auch der Verdacht, daß die Wohnungen direkt abgehört werden.
— Erster greifbarer ,,Erfolg'': die Büroräume sind gekündigt ...

Selbstverständlich wissen offizielle Stellen — Post etc. — von derartigen Dingen nichts, außer daß nach einigem Nachfragen ,,Störungen im Netz'' zugegeben wurden.

Göttingen, 22. März 1983

Presseerklärung der Atom Express Redaktion

Zwei Wochen nach der Groß-Razzia des niedersächsichen Landeskriminalamtes gegen den Atom Express, nach den Durchsuchungen von Büro-Räumen und Wohnungen angeblicher Mitarbeiter und nach der Einleitung von Ermittlungsverfahren nach § 129a — ,,Werben für eine terroristische Vereinigung'' — gegen die vier presserechtlich verantwortlichen Redakteure hüllen sich Polizei und Ermittlungsbehörden über die Hintergründe ihrer Aktion und über ihre weiteren Absichten immer noch in Schweigen.

Die Unsicherheit über das weitere Vorgehen der Staatsanwaltschaft korrespondiert mit dem großen psychologischen Druck, dem die Beschuldigten ausgesetzt sind. Ihre Telefone, möglicherweise auch ihre Wohnungen, werden von der Polizei abgehört; Zivil- und Streifenwagen begleiten und verfolgen angebliche Atom Express-Mitarbeiter, sobald diese ihr Haus verlassen usw.

Die Überwachungsmaßnahmen treffen aber nicht nur den Atom Express, sondern auch Freunde, Rechtsanwälte und Ratsabgeordnete der AGIL; eine Art Notstandsrecht hat ihre Grundrechte teilweise außer Kraft gesetzt, ihre Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt.

Auf der anderen Seite erfahren die Beschuldigten und der Atom Express eine breite persönliche und politische Solidarität. Neben vielen Bürgerinitiativen, Friedensgruppen und anderen politischen Organisationen (inzwischen über 30 — AK) sowie ungezählten Einzelpersonen haben bisher u.a. der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), der Bundeshauptausschuß der GRÜNEN, die Demokratischen Sozialisten (DS) und die Zeitschrift KONKRET die sofortige Einstellung der Ermittlungen gefordert.

Wir werden uns auch weiterhin politisch und publizistisch gegen den massiven Versuch, den Atom Express als bundesweite Zeitung der Bürgerinitiativen gegen Atomernergie zu zerschlagen und die Redakteure ins Gefängnis zu werfen, zur Wehr setzen. Das polizeiliche und juristische Vorgehen gegen uns reiht sich ein in das Ausschalten und Mundtotmachen von mißliebigen oppositionellen Strömungen und in die allgemeine staatliche Aufrüstung gegen Widerstandsbewegungen.

Wir werden unsere Offentlichkeitsarbeit in diese Richtung weiter verstärken!

Vorbildlich

Liebe Freunde vom Atom Express!

Wir Göttinger Grünen sind betroffen und wütend darüber, daß nach der AGIL jetzt auch ihr wegen Eurer politischen Arbeit vom Staatsschutz und der Justiz in die Zange genommen werdet.

Viele von uns kommen aus der Anti-AKW-Bewegung, haben dort z.T. ihre ersten politischen Erfahrungen gesammelt und sind zu den Grünen gestoßen aus der Einsicht, daß auch die Parteienlandschaft hier bei uns verändert werden muß.

Bei allen politischen Differenzen zwischen uns und Euch, die auch nicht unter den Tisch gewischt werden sollen, gab es doch viele Gemeinsamkeiten in der Ablehnung des lebensbedrohenden Atomprogramms und im Kampf gegen die nicht minder bedrohliche Kriegsgefahr.

Die herrschende Macht legt es darauf an, gerade diese Gemeinsamkeit derer, die sich gegen die immer unerträglicher werdenden Zustände wehren, zu zerstören. Nicht umsonst verlangt der Gesinnungsparagraph 129a, daß Ihr Euch als Redakteure des Atom Express von den Herrschenden mißliebigen Strömungen offen distanziert, anderenfalls ihr des heimlichen Sympathisantentums, im Justizdeutsch der Werbung für eine terroristische Vereinigung beschuldigt werdet. Indem man Euch zwingt, das Trennende zu betonen anstelle des Gemeinsamen, soll die Oppositionsbewegung in Gute und Schlechte, Erlaubte und Verbotene aufgespalten werden. Es bedarf nicht allzu viel Phantasie um sich auszumalen, wann von den Grünen erwartet wird, sich offen vom Atom Express zu distanzieren, um dem Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu entgehen.

Diesem Druck der Herrschenden, die uns die Freiheit nehmen wollen, Zustimmung öder Kritik dort zu äußern, wo wir und nicht wo sie es wollen, wollen wir uns widersetzen.

Deshalb möchten wir Euch (und auch uns selbst) ermuntern, der Schere im Kopf zu widerstehen und den Atom Express weiter als offenes Diskussionsforum allen Strömungen des Widerstandes zur Verfügung zu stellen.

Mit herzlichen und solidarischen Grüßen
die Mitgliederversammlung der Grünen am 18.3.83

Tschuldigung: wo geht's lang ?

In einem ersten Flugblatt zu den Durchsuchungen schreibt der Anti-AKW-Arbeitskreis u.a.:

,,*Durch die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens nach § 129a soll der Atomexpress und der Göttingr Arbeitskreis'... sowie die gesamte Anti-AKW-Bewegung in Verbindung zu ,terroristischen Vereinigungen'gebracht werden, damit isoliert und weniger aktionsfähig gemacht werden ...*''. Einige hartgesottene Menschen gewinnen in einem ,,Autonomen Info extra'' ,,den Eindruck'', daß die Aufforderung zur Solidarität mit den Betroffenen ,,*gleichzeitig der Aufruf ist, sich von der Politik der Revolutionären Zellen und anderer militant und bewaffnet kämpfenden Gruppen des Widerstandes zu entsolidarisieren*''.

Weiter heißt es:

,,*Ihr schreibt die Grenzen der AKW-Bewegung fest, den Kampf gegen das Atomprogramm nicht als Angriff auf diesen Staat zu führen, indem ihr für die Gruppen, die genau an diesen Grenzen versuchen weiterzugehen, Begriffe der Staatsschutzpropaganda wie ,terroristische Vereinigung' übernehmt ... Schlimmer aber ist, daß ihr die Verbindung zu Gruppen wie der RZ als Gefahr beschreibt, ,damit isoliert und weniger aktionsfähig' zu sein ... Ihr beschreibt auch, daß der Staatsschutz weiterhin versucht, ,das Bild der politischen Linken als Gewalttäter und damit als Gefahr Nr.1' zu wahren. Was anders als ,Gefahr Nr.1' für diesen Staat wollt ihr denn sein oder werden. Eigentlich sollte doch klar sein, daß jede Politik, die die Wurzeln seiner Macht hier angreift, ihm gefährlich ist ...*''

Logisch und bei einem Angriff macht's Bumm!

,,*Sie* (die RZ) *haben in dem, was sie schreiben und in ihrer dazugehörenden Praxis entscheidende Schritte gemacht, um die Frage, wie der Kampf sich hier entwickeln muß, um die Wurzeln dieses Staates angreifen zu können, zu beantworten. Und genau auf die Weiterführung dieser Diskusion zielen die Durchsuchungen ...*''

Eben. Die RZ wissen, wo's langgehen m u ß , und Zeitungen wie der ,,Atomexpress'' haben sich gefälligst zum bewußten Propagandisten dieses ,,Wissens'' — daß umgelegte Strommasten diesem Staat nämlich an die Wurzeln gehen — zu machen, weil zum jetzigen Zeitpunkt, ,,*für viele die Beantwortung dieser Frage ansteht*'' (Autonomen extra).

Dem Staatsschutz - Distanzierungsdruck, dem nachzugeben erwiesenermaßen nichts einbringt, wird hier scheinradikaler Bekennerdruck entgegengesetzt, der mit einem Mythos der RZ moralisch hausieren und erpressen geht, an dessen Zustandekommen der Staatsschutz selbst beteiligt ist. Zum Glück ist diese Position eine heftig kritisierte absolute Minderheitenmeinung — in dieser Schärfe!

Überlegungen, daß diese Aktion wesentlich auf die RZ zielt und daß deshalb in erster Linie deren Politik verteidigt werden müsse, sind durchaus weiter verbreitet. Manche schlürfen einfach zu gerne den Kakao, durch den sie gezogen werden sollen.

Legt Kühnen das Handwerk!

Seit seiner Haftentlassung am 30.11.82 hat Michael Kühnen seine Ankündigungen in die Tat umgesetzt: Völlig ungehindert durch die zuständigen Behörden reist er durch die BRD, knüpft seine Fäden, hält Versammlungen ab, gründet Organisationen. Kurzum: er macht genau da weiter, wo er Mitte 1978 aufgehört hatte. Schlimmer noch: er macht mit genau dem weiter, weshalb er die letzten 4 1/2 Jahre im Knast gesessen hat: mit Volksverhetzung, Propagierung von NS-Symbolen, mit Gründung krimineller Vereinigungen etc.pp.

Es hat den Anschein, als haben Teile der militanten Nazi-Szene nur auf den Zeitpunkt gewartet, zu dem einer ihrer „Führer" aus dem Knast entlassen wird. Oftmals relativ untätig während der letzten Monate und Jahre, sind sie jetzt wieder da und offenbar voller Erwartung, nun wieder ordentlich loslegen zu können: die ANS selbst, die Mitglieder der verbotenen WSG Hoffmann und der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands (VSBD), der WSG Fulda, der NRAF in Bremen. Großkotzig kann Kühnen heute verkünden, daß die „Aufbauphase" dieser angeblich so „neuen" „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" im April abgeschlossen sein wird (die ‚Kameraden' werden Führers Geburtstag zu feiern wissen) und daß am 1.Mai eine erste „große" öffentliche Aktion geplant sei. Auf eines kann Kühnen bei seinen Bemühungen mit Sicherheit bauen: auf die westdeutschen Behörden, die in altbewährtem Zusammenspiel von Untätigkeit, Kompetenzgerangel, Blindheit und halbherzigen Ermittlungen alles andere unternehmen, als ihm das Handwerk zu legen. 50 Jahre nach der Machtübertragung an die Nazis wird es auch 1983 den Antifaschist/inn/en vorbehalten sein, dieser Bande das Handwerk zu legen.

Während seiner Knastzeit hat Kühnen intensiv für „die Zeit danach" vorgearbeitet. Über 3000 Briefe soll seine — angeblich in Isolationshaft unter strengen Sicherheitsvorkehrungen — geschriebene Korrespondenz umfassen. Nahezu jeder aktive Nazi also stand mit Kühnen im Briefwechsel. Ein Versuch Kühnens, ähnlich wie sein großes Vorbild die Knastzeit für ein Buch („Mein Kampf") zu nutzen, schlug fehl: Für dieses Machwerk, das von Thies Christophersen verbreitet werden sollte, erhielt Kühnen noch im Knast weitere 9 Monate Haft (von denen er aber nur wenige Monate absitzen mußte). Es blieb dem „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt" vorbehalten, die politische Strategie des Michael Kühnen nach dem Knast einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. In einem Interview, das am 14.2.82 veröffentlicht wurde, nannte Kühnen als Hauptlinien, an denen eine Nazi-Politik ansetzen müsse: *„Das Hauptgewicht der NS-Bewegung wird in den nächsten Jahren — unabhängig von der Frage des NS-Verbots, die immer nebenher laufen wird — hauptsächlich die Ausländerfrage sein. Das heißt: die Überfremdungsdiskussion."* Ganz deutlich stellt Kühnen in diesem Interview die soziale Demagogie in den Vordergrund, greift aktuelle Fragen (auch der Linken!) auf und versucht, sie mit dem Nazismus zu verbinden. *„Ich hoffe langfristig darauf, daß es gelingen wird, die Frage Umweltzerstörung und Überfremdung in eine einheitliche systemgegnerische Organisation zu brin-*

grund, greift aktuelle Fragen (auch der Linken!) auf und versucht, sie mit dem Nazismus zu verbinden. „Ich hoffe langfristig darauf, daß es gelingen wird, die Frage Umweltzerstörung und Überfremdung in eine einheitliche systemgegnerische Organisation zu brin-

gen...Das ist meine einzige Sicht, wie wir 'ne Massenbewegung bekommen können". Und:*„Und ich setze zum zweiten darauf, daß sozusagen von unten herauf eine Kulturrevolution gegen den Amerikanismus durchgeführt werden kann und wird. Es gibt endlos viele Menschen in diesem Land, die sich darüber aufregen, wenn weiße Mädchen mit Negern aus einer Disko kommen".* Und: er könne sich sogar vorstellen, *„daß junge Nationalsozialisten gegen die Startbahn West, Frankfurt, genauso mitdemonstrieren können wie gegen die Wohnungsbauspekulation. Wir haben ja immer gesagt, wir sind auch Sozialisten..."*. Bisher sei es — so Kühnen — darauf angekommen, den Nationalsozialismus zu propagieren, das Hakenkreuz bekannt zu machen. Diese Phase sei abgeschlossen. Nun komme es darauf an, Inhalte zu finden, an denen Menschen für den Nationalsozialismus organisiert werden könnten.

Seit seiner Haftentlassung allerdings ist bisher wenig von dieser „neuen Linie" zu spüren. Was Kühnen bisher hat zusammensammeln können, sind die alten Kumpane aus der Zeit der nazistischen Provokation; die bisher abgehaltenen Treffen waren geprägt von nazistischem Ritual und trotzigen Treueschwüren bis in den Tod. Dennoch sollten diese Nazis nicht unterschätzt werden, was ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten anbelangt, rechtslastige Jugendliche, rechtsradikale Fußball-Fan-Clubs und Skin-Banden zumindest kurzfristig an sich zu binden, für Aktionen zu mobilisieren und zumindest teilweise zu organisieren. Je länger Kühnen und Co. ungehindert operieren können, umso größer wird die Gefahr, daß sie zu einem organisierenden Moment im zunehmenden Ausländerhaß und unter sozial entwurzelten Jugendlichen werden können.

Stationen einer Sammlung

Nur wenige Tage vor Kühnens Haftentlassung wurde am 27.11.82 in Frankfurt die **„Kameradschaft Nationaler Sozialisten"** gegründet. Etwa 50 Nazis hatten sich vor den Fernsehkameras aufgebaut, nachdem sie zuvor in der Innenstadt Flugblätter gegen die erneut ausgestrahlte Fernsehserie „Holocaust" verteilt hatten. Verantwortlich für das Flugblatt und Mitglied des Podiums auf dieser Veranstaltung war **Peter Müller**, Ex-Mitglied der VSBD und bekannter Nazi-Aktivist aus Frankfurt. Neben ihm auf dem Podium saßen damals weitere führende Nazis: **Thomas Brehl**, Führer der WSG Fulda, und **Arndt Marx**, Ex-Mitglied der WSG-Hoffmann und dort Ausbilder von Gundolf Köhler (Attentäter von München 1980); nach dem WSG-Verbot gehörte Marx zu den Hoffmann-Leuten, die sich in den Libanon absetzten; nach seiner Rückkehr schloß er sich der VSBD an und arbeitete bis in die allerjüngste Zeit als Wachmann bei der US-amerikanischen Ruthier-Kaserne in Frankfurt. Ebenfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit mit von der Partei: **W. Koch**, seit spätestens '68 bekannter NS-Aktivist (Molotow-Cocktail im linken Buchladen „Libresso"); später mit H. Beier Herausgeber des NSDAP-Schmierblattes „Das Braune Bataillon"; ehemals (bzw. immer noch) Mitglied der Deutsch-Völkischen Gemeinschaft, der

stens '68 bekannter NS-Aktivist (Molotow-Cocktail im linken Buchladen „Libresso"); später mit H. Beier Herausgeber des NSDAP-Schmierblattes „Das Braune Bataillon"; ehemals (bzw. immer noch) Mitglied der Deutsch-Völkischen Gemeinschaft, der

VSBD, der Arbeitsgemeinschaft Nationales Europa (Schönborn) und der Hilfsorganisation Nationaler Gefangener (HNG).

Drei Tage später, am 30.11.82, wird Michael Kühnen entlassen. Er zieht u dem Hamburger Uralt-Nazi **Carlus Baagoe** (Wesselyring 63, 2 Hamburg 60), der schon 1977/78 bei der damaligen ANS in Hamburg als großzügiger Geldspender in Erscheinung getreten war. Ursprünglich hatte Kühnen die Absicht gehabt, zu Edgar Geiss nach Beckdorf zu ziehen; dies war ihm aber vom Gericht ausdrücklich verboten worden. Doch so wesentlich scheint der Unterschied nicht zu sein: Baagoe zeichnete Ende '82/Anfang '83 verantwortlich für ein weiteres Anti-„Holocaust"-Flugblatt, in dem er sich selbst als *„förderndes Mitglied der Deutschen Bürgerinitiative gegen Kriegsschuld- und Vergasungslüge; Edgar Geiss, 2151 Beckdorf"* bezeichnet. Carlos Baagoe ist nicht der einzige Alt-Nazi, der sich um Kühnen kümmert. Anfang Januar dementierte Kühnen Presseberichte, denen zufolge er nach Göttingen zu einem ehemaligen Goebbels-Mitarbeiter umziehen wolle, bestätigte aber die Bekanntschaft.

Nur wenige Tage nach seiner Entlassung gab Kühnen in einem Schreiben bekannt, daß die ANS Hamburg wieder aufgebaut worden sei.

18./19.12.82

Auf dem Gelände des Mainzers **Curt Müller** (NS-Kampfgruppe Mainz) versammeln sich 85 Nazis zu einer nazistischen „Sonnwendfeier" — unter ihnen Michael Kühnen. Die Polizei löste diese Versammlung auf, stellte die Personalien der Teilnehmer fest und fuhr einen Lastwagen voll mit NS-Propagandamaterial vom Gelände.

21.12.82

Die Fernsehsendung „panorama" verbreitet ein Interview mit Kühnen, in dem er zum Antiamerikanismus Stellung bezieht: *„Es ist historisch eine alte Strömung, denn wir haben im 2. Weltkrieg bekanntlich sowohl gegen die USA wie gegen die Sowjetunion Krieg führen müssen. Es ist die alte Geschichte der europäischen Mitte, die sich eben gegen raumfremde Mächte in Ost und West wendet, und im Augenblick ist für uns das Problem des Westimperialismus noch stärker als das des Ostimperialismus...".*

31.12.82

Bei einem Treffen der Wiking-Jugend in Hilders/Nordhessen nimmt auch die WSG Fulda unter Führung von **Thomas Brehl** teil. In einem Dementi der Wiking-Jugend wird bestritten, daß es eine WSG Fulda gebe, und daraus „messerscharf" geschlossen, daß eine solche Gruppe nicht habe teilnehmen können; der eigentliche Punkt, daß Thomas Brehl mit seinen Leuten bei der Wiking-Jugend mit von der Partie war, wird von der WJ in ihrem „Dementi" gar nicht erwähnt...

13.1.83

Im Fernsehen wird der Film „Die verdrängte Gefahr" über Neofaschismus in der BRD gezeigt, in dem Kühnen, Brehl und Marx interviewt werden.

13.1.83

Im Fernsehen wird der Film „Die verdrängte Gefahr" über Neofaschismus in der BRD gezeigt, in dem Kühnen, Brehl und Marx interviewt werden.

Später stellt sich heraus, daß das Fernsehen mindestens DM 750,-- an die Nazis bezahlt hat, um u.a. die Flugblattaktion vom 27.11.82 zu filmen.

14.1.83

Im hessischen Hanau feiert die KNA ihren Auftritt im Fernsehen. Am selben Tag tauchen beim Prozeß gegen den Wolfsburger Nazi **Tiedemann**, Mitglied der WSG Fulda, Michael Kühnen, Thomas Brehl und weitere Mitglieder der ANS Hamburg auf.

15.1.83

Gründungsversammlung der **„Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten"** (ANS/NA) in Frankfurt-Niederrad: das als Klassentreffen angemeldete Stelldichein von ca. 50 Faschisten (darunter Kühnen, Brehl, Marx) wird bekannt; Antifaschisten belagern die Kneipe, bis die Polizei die Faschisten auf Intervention des Wirts hinausgeleitet. Eine Antifaschistin, die im Gebäude war, wird von den Nazis bös' zusammengeschlagen. **Auf diesem Gründungstreffen wird Michael Kühnen zum Chef der ANS/NA bestimmt.** Neben Mitgliedern der ANS Hamburg, der KNA und der WSG Fulda werden bei diesem Treffen auch Teilnehmer aus Bayern (Garmisch) und Heidelberg beobachtet.

21.1.83

Wenige Tage vor der Sendung wird Michael Kühnen von Radio Bremen wieder ausgeladen. Ursprünglich sollte er in der Fernseh-Talkshow „III nach 9" auftreten (zusammen mit Konstantin Wecker, Erich Fried u.a.). Kühnen

Dokumentation

Die hier dokumentierte „Mitteilung" der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" verschickte ihr „Organisationsleiter" Michael Kühnen am 4.3.83 (dem „Jahr 93 nach Hitlers Geburt" nach Nazi-Zeitrechnung) an die Presse. Kühnen zieht hier eine erste Bilanz nach drei Monaten intensiver Bemühungen, die Nazi-Szene wieder zusammenzufassen. Es gibt überhaupt keinen Grund, an den hier von Kühnen gemachten sachlichen Angaben zu zweifeln — allzuviel Übertreibung darf er sich auch gegenüber seinen Anhängern/Rivalen auf Dauer nicht leisten.

Da, wie gewohnt, von den offiziellen Ermittlungsbehörden in Sachen Kühnen außer öffentlich geäußerter Überlegungen, vielleicht doch mal den Arsch hochzukriegen, nicht zu erwarten ist, daß sie in Sachen Kühnen etwas unternehmen, fordern wir alle Antifaschist/inn/en auf, gemeinsam dafür zu sorgen, daß Kühnen und Kumpanei schnellstmöglich wieder hinter Gitter kommen.

Insbesondere bitten wir darum, uns alle Informationen über Kühnens Umtriebe zuzuschicken.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg
c/o Arbeiterkampf
Postfach
2 Hamburg 19

Ihr Kriegt uns nie Kaputt

Postfach 700351/6450 Hanau 7



WIDERSTAND !

Michael Kühnen
ANS-Organisationsleiter
Hamburg 4.3.1983/93

AKTIONSFRONT NATIONALER SOZIALISTEN
NATIONALE AKTIVISTEN

PRESSEMITTEILUNG

Am 15.1.d.J.schlossen sich die AKTIONSFRONT NATIONALER SOZIALISTEN (ANS) und die NATIONALEN AKTIVISTEN (NA) zu einer einheitlichen Kaderbewegung des Nationalen Sozialismus zusammen.Seither nimmt unsere Bewegung einen stürmischen Aufschwung:
Die ANS/NA gliedert sich nunmehr in die Kameradschaften der ANS-Traditionsgaue Hamburg und Main-Franken (Würzburg), in die drei Stammkameradschaften der NATIONALEN AKTIVISTEN (Fulda,Frankfurt,Nagold) sowie in weitere Kameradschaften und Stützpunkte überall in Deutschland.
Während einer öffentlichen Veranstaltung wurde am 27.2. die Kameradschaft 4 der ANS/NA in Karlsruhe gegründet. Weitere örtliche Gründungen stehen bevor.
Die ANS/NA kann heute eine stolze Zwischenbilanz der Aufbauarbeit der letzten Wochen vorlegen:

Gau Nordmark: Es besteht ein Stützpunkt Kiel und Gesprächskontakt zu weiteren jungen Nationalisten.
Gau Hamburg: Bereits jetzt hat die Hamburger ANS schon wieder mehr Mitglieder als in ihrer Glanzzeit 1978. Es finden wieder regelmäßige Kameradschaftstreffen statt.
Gau Bremen: In Bremen ist weiterhin die Nationalrevolutionäre Arbeiterfront (NRAF) aktiv,mit der die ANS bereits seit 1977 politisch verbunden ist.Ein Zusammenschluß erfolgte noch nicht,doch eine Zusammenarbeit in Einzelfragen ist möglich.Vor allem steht eine nationalrevolutionäre Testkandidatur bei den nächsten Bürgerschaftswahlen zur Diskussion.
Gau Berlin: Es wurden Kontakte zur Deutschen Arbeiterjugend (DAJ) geknüpft.Eine enge Zusammenarbeit ist vorgesehen.
Gau Niedersachsen: Ein enges Bündnis besteht mit der "Bürgerinitiative gegen Kriegsschuld- und antideutsche Greuellügen" unseres Kameraden Edgar Geiss in Stade.Kontakte gibt es zu Kameraden in Hannover.
Gau Rhein-Westfalen: Die"Kameradschaft Rhein-Westfalen" mit Stützpunkten in ganz NRW hat sich uns angeschlossen.Weitere Stützpunkte der ANS/NA gibt es in Bielefeld,Raum Köln,Koblenz und Wuppertal.

Bankverbindung: Volksbank Hanau e. G. BLZ 506 900 00 Kto. Nr. 50 904 202

Gau Rhein-Westfalen: Die"Kameradschaft Rhein-Westfalen" mit Stützpunkten in ganz NRW hat sich uns angeschlossen.Weitere Stützpunkte der ANS/NA gibt es in Bielefeld,Raum Köln,Koblenz und Wuppertal.

Bankverbindung: Volksbank Hanau e. G. BLZ 506 900 00 Kto. Nr. 50 904 202

- 2 -

Gau Hessen: Heimat der Stammkameradschaften 1 und 2 (Fulda und Frankfurt) der NA.Die Kameraden sind sehr aktiv und führen regelmäßige Kameradschaftstreffen durch.Eine Teilnahme an den nächsten Frankfurter Kommunalwahlen ist fest geplant. - Weitere Stützpunkte bestehen u.a. in Hanau,Mannheim,Rüsselsheim,Bad Ems und im Taunusgebiet.
Gau Rheinland-Pfalz: Eng verbunden fühlen wir uns der Familie Müller und ihren Mainzer Kameraden. Ein Stützpunkt besteht in Kaiserslautern.
Gau Baden-Württemberg: Heimat der Stammkameradschaft 3 (Nagold) der NA.Die Kameraden führen regelmäßige Kameradschaftstreffen durch und sind sehr aktiv.Am 27.2.wurde in Karlsruhe die Kameradschaft 4 gegründet.Kameradschaftsführer ist Heinz Huh,Nationalsozialist seit 1940. - Weitere Stützpunkte in Stuttgart und Umgebung und im Raum Heidelberg.
Gau Saarland: Es wurde Kontakt hergestellt zu einer dort aktiven Kameradschaft.
Gau Bayern: Weiter aktiv ist der 1979 gegründete ANS-Gau Main-Franken (Würzburg) unter Jürgen Mook - nunmehr organisiert als Kameradschaft Main-Franken der ANS/NA.
Kontakt wurde hergestellt zu der Kameradschaft in München (früher Junge Front).Ein Stützpunkt der ANS/NA besteht in Nürnberg.
Gau Ostmark: Es besteht ein Stützpunkt Wien.
Schweiz: Schweizer Kameraden haben einen Stützpunkt der ANS/NA gebildet.Außerdem fühlen uns weltanschaulich dem "Kommando Edelweiß" eng verbunden.

Das ist das Ergebnis einer dreimonatigen Aufbauarbeit! Mit nunmehr etwa 200 Nationalen Aktivisten und vielen tausend Sympathisanten und Helfern ist die ANS/NA die stärkste Bewegung im Lager des Nationalen Sozialismus.

Der Kampf geht weiter!

Für die AKTIONSFRONT NATIONALER SOZIALISTEN/NATIONALE AKTIVISTEN:

(Michael Kühnen)
ANS-Organisationsleiter

hatte angekündigt, mit mehreren Nazis zu erscheinen. Dafür kann er am

25.1.83

morgens im Deutschlandfunk in einem Interview seine Thesen verbreiten.

28.-31.1.83

Aufgrund der „Sonnwendfeier" vom 18./19.12.82 hatten Mainzer Antifaschisten anläßlich des 50. Jahrestags der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zu einer „Belagerung', der Gärtnerei Müller in Mainz aufgerufen. Über 100 Nazis, unter ihnen wieder Kühnen und Marx, versammelten sich auf dem Grundstück. Mehrere Drohbriefe und Telefonanrufe gehen bei der Mainzer Initiative ein. Trotz Hitlergruß und Nazi-Liedern schreitet die Polizei nicht gegen die Nazis ein.

Tatsächlich haben die Nazis allen Grund, ihre Gärtnerei Müller zu „verteidigen": Seit über 10 Jahren ist die NS-Kampfgruppe Mainz ein Dreh- und Angelpunkt der Nazi-Szene: Sohn Harald gehörte Anfang der 70er Jahre zu den ersten NSDAP-Aktivisten, Vater Curt fiel u.a. im Zusammenhang mit Roeders ersten Aktionen auf; hier hatte der US-Nazi Gary Rex Lauck seinen ersten Stützpunkt in der BRD, hier wohnte der NSDAP-„Führer" Gunnar Pahl nach seiner Entlassung aus italienischer Haft, hier hielt sich der VSBD-Bankräuber und Mörder Frank Schubert vor seinen Taten auf, und auch für Arndt Marx waren die Müllers Durchgangs- und Auffangstation für sein libanesisches Abenteuer...

26.2.83

Zum 3. Mal in wenigen Monaten treffen sich in Hüttenberg bei Gießen Nazis (am 26.2.83 ca.80) von ANS, HNG und NA im dortigen Bürgerhaus. Neben Kühnen, Marx und Brehl als dem neuen Dreigestirn der Nazi-Szene waren dieses Mal neben Österreichern auch **Henry Beier** von der HNG sowie einige im BDM-Look aufgemachte Nazi-Frauen anwesend. (Beier war offenbar in Vertretung für seinen zu diesem Zeitpunkt wegen des Verdachts auf Anstiftung zum Bankraub außer Gefecht gesetzten Kumpanen W. Koch dabei, der früher im ANS/NA-Spektrum verkehrte). Auf diesem Treffen, das der Polizei zwar rechtzeitig bekannt war, zu dem sie aber auch nicht einen Finger zu rühren bereit war, erklärte Kühnen gegenüber der Wetzlarer „Neuen Zeitung": Wir *„stehen zu Adolf Hitler, kämpfen für die Wiederzulassung der NSDAP und wollen dieses System beseitigen und einen autoritären Staat errichten"*, und: *„Wir gehen für unsere Ziele auch in den Tod, wenn es sein muß"*. Diese Äußerungen Kühnens waren der Anlaß für die Staatsanwaltschaft Wetzlar, gegen Kühnen, Marx und Brehl wegen des „Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung" zu ermitteln. — Auf dieser Veranstaltung in Hüttenberg äußerte sich Kühnen auch zu der gerade festgenommenen Kexel-Bande: Diese seien „Putschisten', und man hätte sich „vor einem Jahr getrennt". (Diese Äußerung Kühnens deckt sich mit Aussagen Kexels vor Gericht im Sommer '82; dennoch war Kexel mindestens bis Sommer '82 noch des öfteren mit VSBDlern bzw. NA-Aktivisten gesehen worden.)

27.2.83

Nur einen Tag später wiederholt sich dasselbe Spiel in Karlsruhe. Vor den Augen der Bundesanwaltschaft und der eingeladenen Presse verkündet Kühnen die Gründung der örtlichen Gruppierung...

Das Netz steht wieder

In nur knapp drei Monaten hat Michael Kühnen die teilweise versprengten oder inaktiven Nazis wieder unter einen Hut gebracht. Heute bestehen — so seine eigenen Angaben — Stützpunkte in
— Kiel
— Hamburg
— Bremen
— Westberlin
— Hannover
— Bielefeld
— Köln
— Koblenz
— Wuppertal
— Fulda
— Frankfurt
— Hanau
— Mainz
— Mannheim
— Rüsselsheim
— Bad Ems
— Taunus-Gebiet
— Saarland
— Würzburg (Jürgen Bock)
— München (Junge Front)
— Nürnberg
— Nagold
— Karlsruhe (Heinz Ruh)
— Stuttgart
— Heidelberg
— Österreich und Schweiz („Kommando Edelweiß")

Eindeutiger Schwerpunkt der bisherigen Aktivitäten ist Hessen (Frankfurt und Umgebung). Die meisten anderen „Stützpunkte" dürften im wesentlichen aus nur ganz wenigen Aktivisten bestehen. Antifaschist/inn/en sind dringend aufgefordert, sehr genau hinzusehen, was sich da vor Ort tut. Meldungen nehmen wir gern entgegen.

„Kühnen ist vollständig in diese Gesellschaft integriert"

Wie der Hamburger Senat am 15.3.83 auf eine Anfrage der GAL mitteilte, sind Michael Kühnen anläßlich seiner Haftentlassung folgende Auflagen erteilt worden:
a) er muß seinen Wohnsitz der zuständigen Führungsaufsichtsstelle sowie der zuständigen Strafvollstreckungskammer anzeigen;
b) er darf seinen jeweiligen Wohn- oder Aufenthaltsort nicht ohne Erlaubnis der zuständigen Aufsichtsstelle verlegen;
c) er hat jeden Wechsel seines Wohnorts und seines Arbeitsplatzes unverzüglich der zuständigen Aufsichtsstelle zu melden;
d) er hat sich nach seiner Entlassung bis zu einem bestimmten Tag eines jeden Monats bei seiner Aufsichtsstelle während der Dienststunden persönlich zu melden;
e) ihm wird verboten, zwei namentlich benannte Personen (Edgar Geiss und Curt Müller, Anm. AK), Mitglieder der Aktionsfront Nationaler Sozialisten, Angehörige der NSDAP/AO, der DVG zu „beschäftigen, auszubilden oder zu beherbergen" oder sonst mit den benannten Personen oder Mitgliedern zu verkehren.

Tatsächlich hat Kühnen ständig gegen die Auflagen verstoßen.

Doch in den Auflagen wird ihm lediglich verboten, „auszubilden, zu beschäftigen oder zu beherbergen"; nur dieser Teil der Führungsauflagen ist mit Strafe bedroht; der bloße Verkehr mit diesen Personen, so die Rechtsauffassung des Hamburger Senats, sei straffrei. Die Führungsauflage sei in diesem Punkt bloß eine unverbindliche „Richtlinie für seine künftige Lebensführung". Diese Argumentation ist völlig absurd, denn Kühnens gesamte Tätigkeit ist die eines Ausbilders; dazu bedarf es überhaupt keiner juristischen Verrenkung, um seine gesamte Tätigkeit als Reisekader der Nazis und Organisationsleiter unter dem Gesichtspunkt der Heranbildung von NS-Aktivisten zu sehen. Der Hamburger Senat jedoch sieht das ganz anders. Der zuständige Beamte in der Führungsaufsichtsbehörde erklärte gegenüber der „Tat" sogar: *„Er* (Kühnen) *ist in die Gesellschaft eingegliedert und zeigt sich sehr wendig. Man kann ihn nicht als normalen Kriminellen ansehen"* („Tat", 11.2.83).

Seiner Rechtsauffassung folgend, hat der Hamburger Senat bisher in keinem einzigen Fall einen Strafantrag gegen Kühnen gestellt. Das einzige, was in Sachen Führungsaufsicht bisher gegen Kühnen unternommen worden ist, ist die Berichterstattung über die Lebensführung des Herrn Kühnen an die Strafvollstreckungskammer sowie eine Anfrage an das zuständige Gericht, wie bestimmte Auflagen präzisiert werden könnten. Doch die Führungsaufsicht, der Kühnen unterliegt, ist wahrscheinlich das ungeeignete Instrument, ihn wieder in den Knast zu bringen. Denn tatsächlich begeht Kühnen laufend neue Straftaten, die nicht nur zur Wiedereinsetzung des Haftbefehls gegen ihn führen müßten, sondern auch zu neuer Verurteilung längst ausreichen: Da ist der öffentlich in Mainz dargebrachte Hitlergruß (anläßlich der „Belagerung"; zu sehen im ARD-Fernsehen am 1.2.83, 21 Uhr), da sind seine volksverhetzenden Reden bei den Versammlungen, und da ist insbesondere seine Funktion als „Organisationsleiter', der ANS/NA. Ohne jeden Zweifel stellt die ANS/NA eine Nachfolgeorganisation der beiden verbotenen Nazi-Gruppen WSG-Hoffmann und VSBD dar. Alle führenden Mitglieder kommen aus diesen Gruppen (Marx, Brehl, Koch, der Münchner „Stützpunkt" u.a.). Da die ANS/NA kein eingetragener Verein ist und da Michael Kühnen der Vorsitzende (und nach außen Verantwortliche) ist, liegt es auf der Hand, daß vor allem der Hamburger Senat dafür zuständig ist, diese Bande zu verbieten bzw. ein bundesweites Verbot einzuleiten, b e v o r diese Bande (wie ihre Vorgänger) Bomben gelegt und Morde begangen hat. Nach unseren Informationen sind gegen Kühnen seit seiner Haftentlassung bisher Ermittlungsverfahren in Hessen und Niedersachsen eingeleitet worden.

Wir sollten nicht abwarten, bis diese Verfahren im Sande verlaufen sind, sondern alles tun, um Kühnen und seine neue entstehende Bande umgehend unschädlich zu machen.

Antifa-Kommission
KB Gruppe Hamburg

Haben Kexel und Kühnen wirklich nichts miteinander zu tun?

Als vor wenigen Wochen eine Nazi-Bande verhaftet wurde, die mehrere Bombenanschläge gegen US-Soldaten verübt hat, war Innenminister Zimmermann schnell zur Stelle, um von einem Zusammenwachsen der rechten und linken Terrorszene sprechen. Daß N a z i s für diese Bombenserie zuständig sind, daß diese Bomben sich gegen zufällig herausgegriffenen Menschen richteten, sich also himmelweit von dem unterscheiden, was gemeinhin als Terror von links auftritt, spielte angesichts der Sensation keine Rolle. Hängen bleiben sollte offenbar das alte Märchen, daß Linke und Rechte gegen den Staat und die Demokratie zusammenarbeiten. Wir erinnern uns: In den offiziellen Reden zum 50. Jahrestag der Nazi-Machtergreifung kam diese Argumentation nicht nur von der CDU.

Kein Wunder, daß n a c h der Sensation nichts näheres mehr über diese Nazi-Bande zu lesen war, daß es ganz offensichtlich nichts mehr zu berichten gibt, was in diese Schablone passen könnte. Denn wenn es über die ersten Behauptungen hinaus auch nur den geringsten Anhaltspunkt für dieses Zusammenwachsen gäbe, so würde das sicher sofort als angeblich erneuter Beweis an die Öffentlichkeit gebracht.

Dagegen — und das ist ein bemerkenswerter Zug in der Veröffentlichungspolitik in Sachen rechter „Antiamerikanismus" — fiel in den wenigen Tagen, in denen überhaupt berichtet wurde, der offensichtliche Zusammenhang der Kexel-Bande mit der neu entstehenden Gruppe um Kühnen völlig unter den Tisch. Kühnen kann sich bei Bundesinnenminister Zimmermann bedanken, daß das nicht mehr bekannt wurde. Er selbst hielt es im Kreis seiner Getreuen für nötig, sich von Kexel und Co. ausdrücklich zu distanzieren. Dies seien Putschisten und man habe sich schon vor einem Jahr getrennt.

Aber in Wirklichkeit ist es mit dieser Trennung nicht so weit her, wie uns weisgemacht werden soll:
— So soll der verhaftete Sporleder nach einem Zeitungsbericht Teilnehmer der ANS/NA-Gründungsversammlung in Frankfurt/Niederrad gewesen sein. Zudem war Sporleder seit Jahren als Vorsitzender der VSBD in Hessen engstens verbunden mit Marx, Peter Müller und all den anderen Nazis, die sich heute um Kühnen scharen.
— Helge Blasche (nicht Blaschke, wie wir ursprünglich geschrieben hatten), ein anderer der mit Kexel Verhafteten, wurde noch im Herbst 1982 zusammen mit den ANS/NS-Aktivisten P.Müller und Scholz gesehen.
— Kexel selbst war während Kühnens Knastzeit einer der tragenden Figuren der ihrer Führer aus der ersten Reihe beraubten Nazis. Vor allem er hielt die einzelnen Gruppen zusammen, die Kühnen jetzt wieder zusammenbringt.
— Fraas und (der noch flüchtige) Odfried Hepp waren ebenso Mitglieder der WSG-Hoffmann im Libanon wie die heutigen ANS/NA-Kader Arndt Heinz Marx und Stefan Dupper. Speziell Dupper und Hepp verbindet seit langem eine gemeinsame Geschichte. Beide kamen im Juni 1981 gemeinsam zurück in die BRD, nachdem ihr gemeinsames Bemühen, schon im September 1980 aus Beirut abzuhauen, unter mysteriösen Umständen scheiterte.

Nun mag es ja sein, daß innerhalb der Nazi-Szene Differenzen bestehen über das Ausmaß des Terrors, der heute auf der Tagesordnung steht. Noch vor 1 1/2 Jahren lehnte z.B. Odfried Hepp, der heute zu den Aktivisten des Nazi-Terrors zählen soll, eine Teilnahme an den geplanten Überfällen der VSBD (Hamberger, Uhl, Wolfgram, Busse, etc.) mit offenbar ähnlicher Begründung ab, wie sie heute von Kühnen öffentlich gegen Kexel, Hepp und Co. gebracht wird.

Es ist klar, daß die Nazi-Predigten Kühnens und anderer die jeweiligen Anhanger zu Mord und Totschlag anstacheln, daß Ausländerhaß und „Antiamerikanismus" unter den Nazis und ihrem Anhang zwangsläufig solche terroristischen Zusammenhänge produziert. So steht z.B. bis heute die Aussage eines 19jährigen Bankräubers aus Simmern/Hunsrück im Raum, der behauptet, zu einem Bankraub in Bad Vilbel am 21.2.83 vom Kühnen-Anhänger Koch angestiftet worden zu sein, dem er auch die Beute ausgehändigt haben will.

Die Methode, sich von den verhafteten Nazi-Terroristen zu distanzieren, ist nicht neu. Traurig ist nur, daß die Gerichte diesen Distanzierungen Glauben schenken. Einige Fälle:
— Kühnen selbst wurde im Bückeburger Prozeß ausdrücklich nicht wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt, obwohl seine engsten Anhänger (Rohwer, Börm, Wegener, Puls) diverse Überfälle verübt hatten. Selbst Kühnens Anwesenheit anläßlich des Verteilens von Rohrbomben an mehrere Nazigruppen führte zu keiner Verurteilung. Das Gericht glaubte der Behauptung, daß Kühnen von den terroristischen Umtrieben seiner Anhänger nichts gewußt habe.
— Frank Schubert, VSBD-Nazi und lange Zeit „Rechte Hand" von Bandenchef Busse, überfiel eine Bank im Südhessischen und erschoß beim Versuch, Waffen in die BRD zu schmuggeln, erst zwei Schweizer Grenzbeamte und dann sich selbst. Weder die Tatsache, daß Kexel noch kurz zuvor Schubert in die Schweiz gefahren hatte (und wohl den Schmuggler anschließend in Süddeutschland wieder „auflesen" sollte), noch die Tatsache, daß Schubert bei seinem Bankraub Helfer gehabt haben muß, führten zu Konsequenzen gegen die Nazis. Stattdessen ließ VSBD-Chef Busse, mittlerweile selbst wegen Bankraub vor Gericht, ausposaunen, Schubert habe sich leider in eine falsche Richtung entwickelt (der arme Junge ...). Die VSBD ließ es sich dennoch nicht nehmen, am Grabe ihres Helden makabre Racheschwüre anzulegen ...
— Hoffmann — auch er mittlerweile wegen Mordes oder zumindest Beihilfe vor Gericht — stritt jede Urheberschaft am Münchner Attentat ab. Selbst zum Erlanger Doppelmord sah es lange Zeit so aus, als würde Hoffmann mit seiner Behauptung durchkommen, er habe zwar dem Mörder (den er aus ganz anderen Gründen beherbergt hätte) zur Flucht verholfen, nicht aber dessen Taten auch nur vermutet.

Es ist nur logisch, daß Nazi-Größen, die in der Öffentlichkeit auftreten wollen, sich von solchen bekannt gewordenen Aktionen distanzieren müssen. Es ist aber eine ganz andere Sache, wenn von offizieller Seite diese „Distanzierung" auch noch unterstützt wird, wie es im Fall der Bande um Kexel geschehen ist.

Wie eng die Vebindungen zwischen Kexel und Kühnen tatsächlich sind, wird auch noch an einer weiteren Tatsache deutlich: In einem Rundschreiben vom 4.3.83 spricht Kühnen von einem Schweizer „Kommando Edelweiß", dem sich die Kühnen-Bande „weltanschaulich verbunden" fühle. Dieses „Kommando Edelweiß" ist eine Gründung des englischen Nazis Ian Souter Clarence, bei dem W.Kexel und U. Tillmann festgenommen worden sind. Clarence ist einer der Chefausbilder militanter Neonazis in Europa, mit engen Kontakten zum VMO, zur FANE u.a.. In der FANE-Zeitung „Notre Europe" fand sich 1980 eine Anzeige: *„Edelweiß wartet auf Dich irgendwo in Europa. Kostet 300 Franc. Gute Kondition notwendig"* (Searchlight, März 83).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nazi-Umtriebe im Umfeld von Michael Kühnen

Anfang März wurde in Frankfurt/Main-Gallus ein türkischer Gemüsehändler attackiert: Sein Schaufenster wurde mit Kot beschmiert und an seiner Tür hingen rassistische Parolen und Drohbriefe (FNP, 5.3.83).

Etwa zur selben Zeit wird von der NSDAP/Frankfurt ein Mord-Drohbrief an die Raummieterin einer Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit geschickt. Von der Polizei wurde die Sache immerhin so ernst genommen, daß die darauffolgende Versammlung der Initiative unter Polizeischutz stattfand.

Mitte März veranstalten GEW und DPB im DGB-Haus in Frankfurt eine Veranstaltung zum neuen Ausländerrecht. Kurz nach Beginn stürmen drei junge Nazis durch den Vorraum und schreien: „ Heraus mit den roten Schweinen" — „Sieg Heil", und sind sofort wieder weg.

Baden-Württembergs Innenminister Herzog sieht keine Gefahr in der Gründung einer WSG Mannheim. 300 Antifaschisten hatten die Gründungsveranstaltung verhindert. Die jugendlichen Gründer, so das Innenministerium, seien bisher nicht auffällig geworden. Antifaschisten berichten dagegen, daß die stadtbekannten Nazis vom „MC Natinal" (Nazi-Motorrad-Bande) bei der Gründung anwesend waren ("Tat", 11.3.83).

In Bielefeld verteilte eine „Bielefelder Türkentod Organisation (BTO)" Flugblätter in Briefkästen von Ausländern. Darin hieß es: *„Alle Türken mit schwarzen Haaren, türkischen Namen, Knoblauchgestank und so weiter haben deutschen Boden bis zum 1.März 1983 zu verlassen. Andernfalls wird ihr Hab und Gut vom Staat beschlagnahmt. Die Kinder werden standrechtlich erschossen, die Alten erhängt. Darum geht!"*("Tat", 18.3.83).

Ähnliches wird aus Westberlin berichtet. Dort tauchten Flugblätter auf mit folgendem Inhalt: *„Ihr habt dieses Land nicht gebaut! Ihr seid nicht durch die Trümmer Berlins gelaufen! Was liegt Euch an der Einheit derNation?...Es gibt nur eine Türkenfeindlichkeit und das hat Gründe...Geht jetzt, bevor es zum großen Knall kommt, und der kommt bestimmt bald."*

Mildes Urteil für Schläger-Bullen

Mitte März ging der Prozeß gegen die Dortmunder Polizeibeamten Murawski (36) und Weist (40), die im September am Überfall auf ein besetztes Haus beteiligt waren, mit unverschämt milden Urteilen zu Ende: sie wurden wegen fortgesetzter Nötigung und gefährlicher Körperverletzung zu je 4 Monaten Haft auf Bewährung und zu Geldstrafen von 2000 bzw. 800 DM verurteilt. Nach drei Verhandlungstagen vor dem Amtsgericht stand fest, daß die hochrangigen Polizeioffiziere (Murawski ist Hauptkommissar und stellvertretender Leiter des SEK, Weist ist Polizeioberrat und Leiter eines Schutzbereichs) gemeinsam mit mehreren Unbekannten das besetzte Haus überfallen hatten und die anwesenden Besetzer und Gäste verprügelt und aus dem Haus geworfen hatten, wobei es mehrere Leichtverletzte und einen Schwerverletzten gab. Auch die Verteidiger konnten nichts gegen die von 20 Zeugen bestätigte Beteiligung der Angeklagten vorbringen.

Zur Empörung der zahlreichen Prozeßbesucher blieb das Gericht trotzdem deutlich unter den Strafanträgen des Staatsanwaltes und der Nebenkläger, die 7 Monate bzw. 2 Jahre gefordert hatten. Die Anwälte forderten zusätzlich die Entfernung der Beamten aus dem Dienst. Um die Beamten zu schonen, kramte das Gericht tief in der Trickkiste und zog die „überdurchschnittlich gute Beurteilung" der Angeklagten durch ihre Vorgesetzten heran; die Angeklagten, die ansonsten zu allen Vorwürfen schwiegen, benutzten ihr Schlußwort zu Lobeshymnen auf ihr ansonsten „vorbildliches Verhalten", „Besonnenheit" und ihre „zahlreichen Erfolge" — und gaben damit dem Gericht das Stichwort zur Urteilsbegründung. Als besonders strafmildernd führte das Gericht an, daß die häufigen Einsätze gegen Hausbesetzungen und Demonstrationen bei den Angeklagten zu „Frust" geführt hätten, da „Hausbesetzungen politisch geduldet" und „juristisch nicht genügend geahndet würden". (mündl. Urteilsbegründung; nach TAZ, 14.3.).

Von „politischer Duldung" und „nicht genügender Ahndung" kann man angesichts von ca. 200 Verfahren gegen Leute aus dem Häuserkampf, von denen 2/3 schon im Schnellverfahren mit zum Teil empfindlichen Geld- und Haftstrafen durchzogen worden sind, wohl kaum sprechen. Auch ist bisher noch nicht bekannt geworden, daß der „Frust" über leerstehende Häuser, Bodenspekulation, die Zerstörung billigen Wohnraums, und die politische, polizeiliche und juristische Unterstützung dieser menschenfeindlichen Politik, zur Einstellung der Verfahren gegen Hausbesetzer geführt hat. Vielmehr ist mit diesem Urteil ein Freibrief für weitere Selbstjustiz und Terroreinsätze der Polizei geschaffen worden.

Der Überfall

Hintergrund des Prozesses war die Besetzung eines seit langem leerstehenden Hauses in der Dortmunder Innenstadt. Als die Stadt im September 1982 ihre 1100-jährige Geschichte abfeierte, wurde das Haus besetzt. Doch schon in der darauffolgenden Nacht stürmte ein Trupp von 6-8 Männern das Haus. Möbel wurden zerschlagen, 3 Menschen die Treppe hinuntergeworfen und mehrere verprügelt; eines der Opfer mußte bewußtlos ins Krankenhaus gebracht werden.

War zuerst angenommen worden, daß es sich um einen Überfall durch Faschisten handelte, stellte sich heraus, daß die Polizisten Murawski und Weist die Anführer des Rollkommandos waren; beide hatten schon öfter Einsätze gegen Instandbesetzungen geleitet. Die von Nachbarn herbeigerufene Polizei blieb entsprechend untätig, bis die Schläger verschwunden waren. Umso tatkräftiger verweigerten die gleichen Beamten dann auf der Polizeiwache die Anzeigenerstattung der Zusammengeschlagenen. Erst nach Hinzuziehung mehrere Professoren gelang es, die Anzeige zu erstatten. („Westfälische Rundschau", 7.9.82).

Polizeispitze deckt den Schlägereinsatz

Polizeispitze deckt den Schlägereinsatz

Zwar mußte die Polizeiführung zugestehen, daß die beschuldigten Beamten am Tatort waren, aber es wurde versucht, den Vorfall herunterzuspielen. So erklärte der Polizeipräsident: *„Im Moment reicht das Material nicht aus für eine Suspendierung der beiden Beamten"* (WAZ 8.9.82), bzw. das Verhalten der beiden Beamten wurde als „private Angelegenheit" bezeichnet, das nicht zur Suspendierung führen könne. (Pressekonferenz am 14.9.82). Die beiden Beschuldigten wurden nicht gleich vernommen, sondern man ließ ihnen eine Woche Zeit bis zur Vorladung, wo sie jede Aussage verweigerten. Zugleich versuchte die Polizeiführung um Polizeipräsident Manner, die „guten Seiten" der beiden Schläger hervorzuheben. Beide seien ein Muster von Ruhe und Zurückhaltung und hätten Hervorragendes bei Einsätzen geleitet, ohne daß Blut geflosen sei. Eventuell hätten sie die Schlägerei nur schlichten wollen, meinte Manner weiter (WAZ 15.9.82).

Die so „ruhigen" und „besonnenen" Beamten sind allerdings keine unbeschriebenen Blätter: Weist war 1977 an der brutalen Räumung eines besetzten Hauses beteiligt. Murawski war bei mehreren Einsätzen (Räumung des Bochumer Jugendzentrums und Einsätze gegen Hausbesetzer im Ruhrgebiet, in Siegen und an der Startbahn West) dabei. Gegen beide Beamte lief auch noch ein Verfahren wegen Körperverletzung im Amt: Sie waren Einsatzleiter, als Polizisten am Rosenmontag 1981 mehrere Jugendliche beim Einsatz und später auf der Wache geschlagen hatten. (WAZ, 15.9.82). Außerdem läuft eine Dienstaufsichtsbeschwerde, da Murawski in diesem Verfahren eine Identifizierung der beschuldigten Beamten hintertrieben und ihnen Einsicht in die Ermittlungsakten ermöglicht haben soll. (WAZ, 19.10.82).

Staatsanwalt und Gericht ohne Interesse an Hintergründen

Hatte die Polizeiführung schon frühzeitig versucht, die Hintergründe des Überfalls im Dunkeln zu lassen (so blieb Weist trotz angeblich intensiver Suche der Polizei in der gesamten Tatnacht unauffindbar. Murawski konnte auch erst mehrere Stunden nach dem Überfall einem Alkoholtest unterzogen werden), so setzte das Gericht diese Praxis fort. Hatte man erhofft, endlich etwas über die immer noch nicht ermittelten Mittäter zu erfahren, so stellte das Gericht schnell klar, daß seinerseits an dieser Frage kein Interesse bestehe. Wenn die Anwälte der Nebenkläger versuchten, durch die Befragung der Polizeizeugen etwas Licht ins Dunkel zu bringen, fiel ihnen der Richter ins Wort und versuchte, die Fragen als nicht zur Sache gehörig abzutun. Auch das merkwürdige Verhalten der zum Tatort gerufenen Streifenpolizisten, die — obwohl von Zeugen der Vorgänge dazu aufgefordert — nicht eingriffen und die Schläger entkommen ließen, blieb ungeklärt. Offen bleibt, ob sie nicht eingriffen, weil sie „nicht wußten, was los war" und es „zu dunkel" war, wie alle Polizeizeugen erstaunlich gleich aussagten, oder ob sie nicht eingriffen, weil sie sehr genau wußten, was dort passierte und sie vielleicht als Verstärkung für den Schlägertrupp eingeplant waren, sofern sich größere Gegenwehr entwickelt hätte. (So befand sich der direkte Untergebene von Weist „zufällig" nur wenig entfernt auf Streifenfahrt und war als erster am Tatort).

Daß überhaupt Haftstrafen gefällt wurden, ist wohl dem regen öffentlichen Interesse an diesem Prozeß und weniger dem Aufklärungsinteresse des Staatsapparates zu verdanken.

Ein Skandal unter Vielen

Der Überfall auf das besetzte Haus ist nur einer von vielen Fällen krimineller Tätigkeit von Dortmunder Polizisten in den letzten Monaten:

— Dezember 82: 3 Beamte des Schutzbereichs Nord werden in 2. Instanz zu 10 bzw. zweimal zu 8 Monaten Haft wegen gefährlicher Körperverletzung, Strafvereitelung und Verfolgung Unschuldiger verurteilt. Die Bullen hatten zwei schlafende 'Berber' mit der Chemischen Keule angegriffen, wodurch diese schwere Verletzungen davontrugen. Einen Zeugen des Vorfalls hatten zwei schlafende 'Berber' mit der Chemischen Keule angegriffen, wodurch diese schwere Verletzungen davontrugen. Einen Zeugen des Vorfalls hatten sie mit einer Anzeige einzuschüchtern versucht. Der Verteidiger der Bullen nannte das „ein auf der Wache übliches Vorgehen" (WAZ, 13.11.82).

— Mehrmals wurden Festgenommene auf den Wachen zusammengeschlagen; einer Frau wurde ohne Durchsuchungsbefehl die Wohnungstür geöffnet, und die Frau in Handschellen geschlagen und später barfuß aus der Haft entlassen (WAZ, 23.10.82 / WR 26.10.82).

— Im Dezember 82 wurde ein Schutzpolizist festgenommen, der schon seit längerem als Zuhälter arbeitete (WR, 30.12.82).

— Für den bisher größten Skandal sorgte Anfang Dezember 82 die Aufdeckung der organisierten Bandenkriminalität durch Beamte eines „Sonderkommandos zur Bekämpfung der Straßenkriminalität". Seit 1977 hatten die Bullen bei Einbrüchen, zu denen sie gerufen wurden, Videogeräte, Fernseher, Stereoanlagen u.a. geklaut. Sie hatten sogar ein gemeinsames Konto eingerichtet, auf das wohl Erlöse aus den Einbrüchen eingezahlt wurden (RN, 14.12.82). Bei mindestens 16 Hausdurchsuchungen wurde ein Teil des Diebesgutes sichergestellt. Insgesamt wurden gegen 41 Beamte Ermittlungsverfahren eingeleitet, von denen allerdings bereits 14 wieder eingestellt wurden, da „obwohl Tatverdacht besteht, keine Nachweise geführt werden" können, meinte der Staatsanwalt (WR, 28.2.82).

Hatte nach der Aufdeckung des Skandals bei der Polizei allgemeine Betretenheit vorgeherrscht, so versuchte man nach einiger Zeit, das Bild der Polizei wieder „geradezurücken". War angesichts der großen Zahl der betroffenen Bullen und den sich über 6 Jahre erstreckenden Diebstählen das Argument von wenigen „Schwarzen Schafen" kaum aufrechtzuerhalten, versuchte man nun die Kritik an der Polizei von Seiten der Bevölkerung zurückzudrängen. Politiker, Polizei, Innenminister u.a. warfen der Bevölkerung vor, sie würde „pauschalieren" und „alle in einen Topf werfen" (WR, 17./21./23.12.82). Dabei hatten empörte Bürger lediglich der Polizei telefonisch oder bei Einsätzen zu verstehen gegeben, was sie von deren merkwürdigen Praktiken halten. So mußten Streifen vom Markt abgezogen werden, da die Bevölkerung befürchtete, daß ihre Geldbörsen und Einkaufstaschen bei Anwesenheit der Polizei nicht sicher seien — und dies den Beamten auch lautstark zu verstehen gab (RN, 10.12.82).

Zu hoffen bleibt, daß die Staatsorgane es nicht schaffen, das volle Ausmaß der Polizeikriminalität zu verschleiern, und daß es weiterhin gelingt, alte und neue Schweinereien der Bullen aufzudecken, die die gerade entstandene Skepsis „des Bürgers" gegenüber „seiner Polizei" noch größer und nachhaltiger werde.

KB/OG Dortmund

Bundesregierung plant...

Fortsetzung von Seite 10

Im geltenden Ausländergesetz ist der Bezug von Sozialhilfe ein Ausweisungsgrund. Er soll es auch weiterhin bleiben, allerdings waren und sind hiervon Ausländer ausgenommen, die sich seit mindestens 5 Jahren in der BRD aufhalten (bzw. seit 10 Jahren, sofern sie bei Einreise 55 und älter waren). Dies bestimmt das „Europäische Fürsorgeabkommen", das mehr als 15 europäische Staaten unterzeichnet haben (auch die Türkei, nicht allerdings Spanien und Jugoslawien). Wer im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder einer Aufenthaltsberechtigung ist, kann ebenfalls allein wegen Sozialhilfebezug nicht ausgewiesen werden. „Günstiger" sieht es für die Bundesregierung im Falle der **Arbeitslosenhilfe** aus, für die das „Europäische Fürsorgeabkommen" nicht gilt. **Ausländer, die seit einem Jahr Arbeitslosenhilfe beziehen und noch keinen „verfestigten Aufenthaltsstatus" besitzen (unbefristete Aufenthaltserlaubnis/Aufenthaltsberechtigung) sollen in Zukunft ausgewiesen werden können.**

Damit derartige Maßnahmen auch zügig und umfassend in die Tat umgesetzt werden können, sollen die öffentlichen Leistungsträger für Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe, Jugendhilfe usw. künftig gesetzlich verpflichtet werden, die Ausländerbehörden unverzüglich **lichen Leistungsträger für Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe, Jugendhilfe usw. künftig gesetzlich verpflichtet werden, die Ausländerbehörden unverzüglich** **zu unterrichten, wenn ein Ausländer Sozial- oder Arbeitslosenhilfe bezieht.**

Ist d a s bereits die „Wende" in der Ausländerpolitik?

Mit den dargestellten Maßnahmen kann die Kontrolle, Unterdrückung und Ausweisung von Ausländern erheblich ausgeweitet und effektiviert werden. Ökonomisch fällt ins Gewicht, daß die infrastrukturellen „Folgekosten" der Arbeitsemigration drastisch reduziert werden können (weniger Schulen, Lehrer, Kindergeld, Sozial- und Arbeitslosenhilfe usw.usf.). **Alles dies berechtigt allerdings noch nicht davon zu sprechen, daß mit Regierungsantritt der CDU/-CSU eine W e n d e in der staatlichen Ausländerpolitik eingetreten sei.** Tatsächlich hat diese „Wende" in der Ausländerpolitik, weg von nicht eingelösten „Integrations"-Versprechen, hin zu Maßnahmen verstärkter Repression, Begrenzung und Vertreibung, schon erheblich früher, noch zu Zeiten der SPD/FDP-Koalition stattgefunden: Spätestens mit den Beschlüssen der damaligen Bundesregierung vom 2.12.81, durch die einschneidende Einschränkungen beim Familiennachzug verfügt wurden, ist eine entsprechende Weichenstellung erfolgt. Bei den nun vorliegenden Vorhaben handelt es sich zumindest teilweise um Planungen, die damals schon begonnen wurden. Dies ist zu bedenken, wenn heute führende Politiker der SPD versuchen, sich an die Spitze aufkommender Proteste zu stellen.

Eine durchaus qualitative Verschärfung in Richtung auf polizeistaatliche und offen rassistische Praktiken gegen Ausländer ist allerdings zu erwarten, wenn die dargestellten Vorhaben auch tatsächlich in dem damit möglichen Umfang durch polizeiliche und andere behördliche Einrichtungen realisiert werden sollten...

AG Ausländer

Bestellhinweise:

Eine knappe Zusammenstellung sämtlicher Vorschläge der Bund-Länder-Kommission „Ausländerpolitik" kann bei Interesse bei der AG Ausländer über die Redaktionsadresse angefordert werden. Wir übersenden Euch diese von uns erarbeitete Zusammenfassung gegen DM 3,90 in Briefmarken.

Der Originalbericht der Kommission ist gegen Vorausbezahlung von DM 28,-- unter folgender Adresse erhältlich:

Initiativausschuß ausländischer Mitbürger in Hessen -
Detlef Lüderwaldt
Ringstr.47
6070 Dreieichenhain

ANS/NA in Karlsruhe

Ungefähr 20 Neonazis versammelten sich Anfang März im Karlsruher „Karlshof", um in aller Öffentlichkeit die Kameradschaft Karlsruhe der ANS/NA zu gründen. Angeblich 20 Aktive soll es dort schon geben; der Älteste, Heinz Ruh ist 60 Jahre alt und noch immer von seiner HJ-Zeit begeistert und über die NPD zu Kühnen gestoßen.

Offensichtlich Chef der Karlsruher Gruppe ist Stefan Dupper, ein alter Bekannter: Zusammen mit Odfried Hepp, dem nach wie vor flüchtigen Mitglied der Kexel-Bande (mehrere Anschläge auf US-Soldaten und mindestens ein Bankraub) war Dupper Mitglied der „Wehrsportgruppe Ortenau/Schlageter" (78/79), mit Kontakten zu dem Attentäter vom Münchner Oktoberfest, Gundolf Köhler, und zur Hoffmann-Bande (WSG). Dupper war gemeinsam mit Hepp Mitte 1980 in den Libanon gegangen, wo eine ganze Reihe von WSG-Mitgliedern ausgebildet wurden. Nach einem mysteriösen Versuch, sich im September 80 aus dem Libanon abzusetzen, kehrte Dupper gemeinsam mit Hepp im Juni 81 durch Vermittlung des BKA in die BRD zurück. Im Libanon, wahrscheinlich aber schon zu WSG-Hoffmann-Zeiten, lernte Dupper auch Arndt Marx kennen. Hepp, Kühnen und Thomas Brehl von der WSG-Fulda waren dann auch in Karlsruhe die Nazis, die die Gründung vollzogen. „Die neue SA sind wir!" tönte Kühnen und forderte „Fanatismus" und „Opferbereitschaft". 80% der neuen Anhänger seien Arbeiterjugendliche, „die in diesem System am wenigsten zu verlieren haben". Auch hier verkündete Kühnen seine 4 Programmpunkte: Aufhebung des NS-Verbots, gegen „Überfremdung" und Umweltzerstörung sowie „Kulturrevolution gegen den Amerikanismus". Die Polizei schritt gegen die Versammlung nicht ein.



„Nationale Aktivisten" Marx, Duper

Guerilla konfusa

Seit Mitte Februar fünf Neonazis in Frankfurt und London wegen Sprengstoffanschlägen auf US-Einrichtungen in Hessen festgenommen wurden, ist die Welt der Stadtguerilla wieder in Ordnung und doch heillos am Arsch. In Ordnung ist sie, weil damit klar ist, daß Anschläge, die völlig wahllos irgendwelchen US-Soldaten und sogar deren Angehörigen galten, nicht aus der linken Ecke kamen. Kaputt ist sie, weil eben auch große Teile der Linken eine Urheberschaft von RAF oder RZ, die natürlich sofort von Staatsschutz und Presse verdächtigt worden waren, für möglich hielten — zumindest anfangs. Das gilt nicht nur für diejenigen Linken, die der „Guerilla" ohnehin alles zutrauen. Es gilt auch für Teile der sich revolutionär verstehenden Linken. Autonome aus dem Rhein-Main-Gebiet berichten offen über *„unsere anfängliche unreflektierte Freude, daß es in der damaligen Situation (Großfahndung, Razzias und massenhafte Kontrollen) Genossen gelungen sein sollte, diese Aktionen durchzuführen"* („radikal", Nr.113). Erst nach einer genaueren Analyse und Diskussionen seien sie über diese anfängliche Reaktion erschrocken. Für die Glaubwürdigkeit der Rhein-Main-Autonomen spricht, daß sie sich von den schließlich als „konterrevolutionär" eingeschätzten Aktionen distanzierten, noch b e v o r die Verhaftung der Neonazis bekannt wurde. Dies änderte an dem Dilemma freilich kaum etwas. Wenn schon Leute, die sich ernsthaft und intensiv mit der „Guerilla" befassen, so unsicher sind, was gil. dann für die Meinungsbildung innerhalb der sozialen Bewegungen? Oder gar für „die Menschen draußen im Lande" (treffender Begriff, was? Stammt aus dem Sprachschatz des deutschen Bundestags, paßt hier aber auch sehr gut)? **Wenn Aktionen von Faschisten kaum mehr unterschieden werden von solchen der „Guerilla", dann muß sich damit auseinandergsetzt werden, und zwar ebenso sorgfältig wie konsequent.**

Die Parole, die innerhalb der militanten Szene gegenwärtig ausgegeben wird, lautet: *„Mehr Genauigkeit"* bei den Aktionen. *„Eine Aktion, bei der nicht sofort klar ist, von wem und gegen wen sie gerichtet ist, wäre besser nie gelaufen"* („radikal", Nr. 113). **Hier wird ein W u n s c h formuliert, aber nicht die objektive Wirklichkeit untersucht.** Eine Debatte über „Genauigkeit" läuft auch anhand der nebenstehend abgedruckten Aktion „Der (nicht) zündende Kloreiniger". Wohlmeinender Rat von Kritikern an die bescheuerte „Guerilla diffusa"-Gruppe: Nächstesmal Mollies nehmen und nachts „arbeiten", dann seien Zünder-Pannen wie auch die Gefährdung Unbeteiligter ausgeschlossen. Sorry: Ich kann mir sehr gut einen Brandanschlag auf „Aldi", „Penny" oder wie sie heißen vorstellen... gekoppelt mit der Parole: „Türkenboutique"! Was unterscheidet einen Kaufhausanschlag von „links" von einem solchen von rechts? Und wie identifiziere ich den gewöhnlichen kriminellen Erpresser dabei (auch schon passiert: in Frankfurt während des letzten Hungerstreiks von RAF-Gefangenen!). Wie soll denn so eine Aktion „für sich selber sprechen"? Tatsächlich ist die Geschichte mit den Kaufhäusern von Anfang an (und damit meine ich Bander/Ensslin) Scheiße gewesen. Welche Wirkung hat es wohl in den Köpfen der Menschen, wenn sie über Rundfunk alarmiert werden, daß in den Kaufhäusern, in denen sie täglich einkaufen, nicht hochgegangene Brandsätze liegen? Welcher b e s s e r e Dienst könnte den Herrschenden und ihrer Propaganda wohl erbracht werden? Etwas läuft falsch und zwar nicht bei der „Technik", sondern bei der Politik. Die Wahl der Kampfformen ist nicht unabhängig von der objektiven Situation, in der ein Kampf stattfindet. Die Guerilla hat die Möglichkeit, die offensichtliche Krise, in der sie sich befindet, zum Nachdenken zu nutzen, bevor ebenso ungewollt wie unvermeidlich verheerender Schaden angerichtet wird.

de.

Der zündende Kloreiniger

Also, ich hab's ja immer befürchtet. Logik besagt:
— Realsatire ist die beste Satire.
— Linke Satire ist besser als rechte Sastire.
— Schlußfolgerung: Linke Realsatire ist besser als ...
Tja. Find' ich eigentlich gar nicht witzig. Aber wenns so is, isses halt so. Dann doch lieber lachen als weinen. Bitte anschnallen, liebe Leserinnen und Leser, es folgt der absolute Lach-Flash, aufgeschnappt aus „radikal" Nr.114. The one and only Berlin presents, aus dem Herzen der Szene........

Am 7.1. haben wir in den drei Supermärkten, die den Chamissokiez mit Konserven versorgen, jeweils eine Brandbombe gelegt. Sie befand sich in einer Verpackung, die im Laden geführt wird. Bei Reichelt und Aldi in der Bergmannstraße stellten wir sie in einem präparierten Stärkepulver bzw. Kloreiniger so ab, daß sie ganz hinten bzw. in einem nicht angebrochenen Karton untergebracht waren. Wir haben noch andere Vorkehrungen getroffen, die auch für uns nicht ganz ungefährlich schienen. Bei Kaiser's in der Zossener Straße war die Situation wesentlich ungünstiger, aber wir rechneten trotzdem damit, daß innerhalb kurzer Zeit niemand zugreifen und die Freßhalle gut abfackeln würde.

Die Zünder waren so eingestellt, daß die Dinger mitten in der Nacht hochgegangen wären. Keiner der Brandsätze hat gezündet! Als klar war, daß irgendetwas nicht funktioniert hatte, riefen wir am nächsten Tag einen Pfaffen an, der die Bullen verständigte. Uns war klar, daß wir sie nicht selber rausholen konnten und daß sich der Technische Dienst wegen ein paar neuer Spuren einen abwichsen würde.

Nachdem sich die Bullen einige Zeit gelassen hatten, zauberten sie einen pompösen Einsatz mit hermetischer Abriegelung des Gebiets über Blöcke herbei, beschränkten sich aber auf die stümperhafte Begehung der Außenmauern und lehnten es ab, die Geschäftsführer zu verständigen, um die Läden öffnen zu lassen. Ansonsten machten sie keinen Hehl daraus, daß sie das ganze für groben Unfug hielten.

Leicht überrascht über die Blödheit, Faulheit oder kalte Berechnung der Spezialkommandos gaben wir einem Krankenhaus genauere Angaben durch und vermieden dabei die Hastigkeit des ersten Anrufs. Wir wissen, daß auch diesmal die Bullen verständigt wurden. Aber es geschah nichts mehr.

Am 10.1. erschien im Lokalteil der taz ein Artikel einer Kreuzberger WG, die bei Kaiser's nichtsahnend den Kloreiniger gekauft, die Brandbombe entdeckt und unter Schwitzen selbst entschärft und dann weggeworfen hatten. Deshalb baten wir die taz unter Hinweis auf den Artikel, zum dritten Mal die Bullen zu unterrichten, daß zwei Teile noch unentschärft in den beiden anderen Supermärkten lagen. Es fanden keine Absperrungen statt, die Läden waren durchgehend geöffnet. Nach dem Abdruck unserer Erklärung in der taz vom 13.1. aber ging plötzlich ein Riesenzirkus los. In den SFB-Nachrichten wurden großspurige Entwarnungen für die Kreuzberger Bevölkerung verkündet, der Staatschutz gab ständig sich widersprechende Kommuniques heraus über Zeitpunkt und Anzahl der Bombenfunde. Von unseren Anrufen kein Wort. Wir gehen davon aus, daß sie nach unseren genauen Hinweisen die restlichen Dinger am Donnerstagnachmittag (13.1.) gefunden haben — fast eine Woche nach der Aktion — und allen Anlaß hatten, ihre üble Rolle bei der ganzen Angelegenheit zu verschleiern.

Wir wissen, daß viele Leute, als sie von der Aktion hörten, sich vor Lachen ausgeschüttet haben. Dazu haben vielleicht die ungewöhnlichen Präparierungen (Kloreiniger) und der süffisante Schreibstil der Kreuzberger WG beigetragen. Das macht die Sache für uns etwas erträglicher, denn lachen können wir auch jetzt nur zögernd darüber.

Wir haben entscheidende Fehler gemacht. Abgesehen von der technischen Unzulänglichkeit war der folgenschwerste unsere verdammte Blauäugigkeit gegenüber dem Zynismus des Apparats, kurz: wir hätten uns nie vorstellen können, daß der Staatsapparat trotz dauernder massiver Hinweise sich beharrlich weigern würde, die Teile rauszuholen. Sie haben genau gewußt, auf was sie sich einlassen, und sie haben es absichtlich getan!

Es ist nicht das erste Mal, daß die Bullen es darauf anlegen, daß Unbeteiligte dabei draufgehen (Real-Kauf in SO 36, verschiedene RZ-Anschläge), aber sie haben es noch nie so offensichtlich gemacht. Wir haben vor der Aktion lange überlegt, ob wir ausschließen können, daß ein Unbeteiligter so ein Teil kauft und es in seiner Wohnung hochgeht. Wir haben es — und das war unser dritter schwerer Fehler — am Ende wohl in Kauf genommen, weil der Fall so unwahrscheinlich war, daß wir nicht genug Überlegungen darauf verwandt haben. Wir wissen inzwischen, daß selbst das kleinste Risiko plötzlich groß werden und gefährliche Folgen haben kann.

Es ist klar, daß die Aktion in dieser Beziehung Scheiße war, besonders auch, weil es noch übel hätte ausgehen können, wenn der Kloreiniger von Kaiser's nach dem Kauf nicht gleich aufgemacht worden wäre, das Ticken des Weckers war von außen nicht zu hören. Die ganze Sache ist relativ glimpflich abgelaufen (abgesehen von der Tatsache, daß die Bullen jetzt zwei vollständige Bomben von uns in der Hand haben). Das verdanken wir neben den Leuten, die unsere Anrufe weitergegeben haben, vor allen Dingen der WG, die das eine Teil gefunden hat. Wir haben nie damit gerechnet, daß sich Leute angesichts einer tickenden Bombe auf dem Küchentisch so ungeheuer solidarisch und noch dazu cool verhalten, die Bombe selbst entschärfen und wegschaffen würden. Wir rechnen das den Leuten sehr hoch an. Unsere Absicht mit dem leider mißlungenen Anschlag war weniger, dem Imperialismus die Fresse zu polieren, sondern die Umsetzung eigener Erfahrungen und Betroffenheit. Zum einen die Notwendigkeit von Krawall, Sabotage und Lagerfeuern, um die routinemäßige Räumung der Häuser zu verhindern. Besonders in der jetzigen Phase sind militante Aktionen das einzige Mittel (für alle, die nicht Baustad- ? sind), das Lummer und seine Staatsanwälte in ihrer Räumungswut hemmt. Das bedeutet nicht, daß dies ein aufgezwungenes Mittel ist. Die Notwendigkeit von Anschlägen ergibt sich aus dem Wissen,daß Multis, Bankiers, Politikern, Wohnungsbaugesellschaften und dem ganzen Scheiß mit friedlichen Mitteln noch nie die grundlegenden Änderungen oder Toleranz abgerungen worden sind. Es liegt bei jedem selbst, wie oft er die staatliche Gewalt zu spüren bekommt, bis er sich mit eigenen Kräften dagegen wehrt und nicht seinen Widerstand delegiert.

Zum anderen geschah die Aktion aus der Überlegung heraus, was wäre, wenn alle drei Supermärkte einen Monat dicht wären und nur noch die Markthalle offen hätte? Die Leute im Kiez rechnen mit jedem Pfennig und kaufen dort ein, wo es am billigsten ist. Kleine Läden gibt es schon kaum mehr, und wenn sie endgültig verschwunden sind, werden die Preise der Aldis und Kaiser's plötzlich in die Höhe schnellen, wie schon an anderen Stellen geschehen. Dies läuft parallel mit Luxusmodernisierung und Mietervertreibung im Kiez und hat dieselbe (hier fehlt etwas im Manuskript). Angesichts des Hohns, mit dem die Herrschenden unsere Forderungen bedenken, fanden wir es an der Zeit, dieses ohnmächtige Ritual symbolischer Anschläge mit weitergehenden Forderungen zu durchbrechen durch einen Anschlag, der (für den Chamissokiez) unsere Forderungen erfüllt hätte, denn weitere Supermärkte gibt es dort nicht. Im selbstgesteckten Rahmen (immerhin 20.000 Menschen) wäre es tatsächlich ein Schlag in die widerwärtige Fratze des Systems gewesen, und wir hätten es nicht einmal zu schreiben brauchen. Wir wollten damit auch für andere Gruppen eine Anregung geben, das System umfassender anzugreifen, als durch die bisherigen partiellen Anschläge geschehen (also statt einem Bullenbulli die ganze Garage abfackeln, statt einen Fahrkartenautomaten alle auf einem Bahnhof zukleben, statt einem fetten Daimler allen fetten Daimlern in der Straße die Reifen aufschlitzen).

Gewöhnlich unterscheiden sich die Anschläge aus der Autonomen Scene von denen der Faschisten auch dadurch, daß sie sich nicht wahllos gegen Unbeteiligte richten. Es hätte diesmal leicht anders kommen können, und wir werden daraus die Konsequenzen ziehen!

Eine von vielen — GUERILLA DIFFUSA — 30.1.83

Diskussionsbeitrag

Wie ihr selbst als eine Gruppe der „guerilla diffusa" erzählt habt, habt ihr die Erklärung von der ominösen Gruppe „Bewegung 2.Juni" in der Radikal selbst gelesen und habt von daher mitgekriegt, daß diese Gruppe dieselben Erfahrungen gemacht und sie auch noch in ihrer Erklärung wiedergegeben hatte.

Wieso also dieselben Fehler nochmals und vor allem, woher nehmt ihr die naive Staatsgläubigkeit, zumal den Schweinen jede Gelegenheit recht ist,
hatte.

Wieso also dieselben Fehler nochmals und vor allem, woher nehmt ihr die naive Staatsgläubigkeit, zumal den Schweinen jede Gelegenheit recht ist, die sie gegen uns benützen können. Das einfachste wäre gewesen, ihr wärt am nächsten Morgen hingegangen und hättet die superscharfen Kloreiniger wieder selbst rausgeholt, anstatt einen Pfaffen anzurufen und hilf- und handlungslos auf die Dinge, die da kommen, zu harren.

Es gibt tatsächlich keine 100-ige Sicherheit bei Aktionen, die mit — wie auch immer gearteten — Zeitzündern ablaufen. Von daher ist prinzipiell zu überlegen, welches Mittel bei welchem Ziel eingesetzt wird. Das heißt in eurem Fall, daß kaputte Scheiben mit gut plazierten Mollies, die aufgrund der Mischung nicht gleich ausgehen, den gleichen Effekt gehabt hätten, aber unter Ausschaltung des menschengefährdenden Risikos.

Wenn trotzdem mit Zeitzündern gearbeitet wird, ist die Überlegung nicht falsch, soweit die Gefährdung einzugrenzen, daß sie nicht ungezielt bzw. gegen Frau/Mann vom Volke gerichtet sind. Es muß ausgeschlossen sein, daß z.B. spielende Kinder so ein explosives Teil finden (geschehen in Berlin vor der Amerika-Gedenkbibliothek) usw.

Auch wenn ihr euch der „guerilla diffusa" zugehörig fühlt, dann muß dies ja nicht zwangsläufig dazu führen, daß ihr „militante Aktionen als das einzige Mittel" verabsolutiert oder?

Sich gegen das Zerstören von Kiezstrukturen zu wehren, wurde schon länger praktiziert und war auch immer ein Teil des Inhalts des Häuserkampfes gewesen. Das Kleingewerbe, die Tante Emma in ihrer Existenzberechtigung durch Lebensmittelverbrennung zu erhalten, ist verdammt fragwürdig. Die Tante Emma unhinterfragt retten zu wollen, kann nicht unser Anliegen sein, auch hinterläßt die Lebensmittelverbrennung einen merkwürdigen Nachgeschmack. Die Lebensmittelkonzerne zu schädigen, ist ne prima Idee und dies mit ner Plünderung und Verteilung im Kiez zu verbinden, kommt noch besser!

Ihr habt recht, wenn ihr sagt, wir hätten uns gefreut, wenn es gebrannt hätte. Deshalb gehen uns diese Überlegungen und Kritik ebenso an. Auch wenn die Worte besserwisserisch und moralisch klingen, wir lassen sie trotzdem so stehen. Ein Austausch mit Anregungen findet sowieso viel zu wenig statt

eine Gruppe



Noch mal zu AK 231

Anschläge auf US-Soldaten — Nazis in Haft

Bei dem Artikel in AK 231 sind uns leider einige Fehler unterlaufen, die berichtigt werden müssen: Der eine der festgenommenen Nazis heißt nicht Helge Blaschke, sondern Helge Blasche; er wurde auch nicht „zum letzten Mal" im Hessenwahlkampf in der Öffentlichkeit gesehen, sondern noch später — zusammen mit heutigen Aktivisten der ANS/NSA um Kühnen (P. Müller und Scholz). Dies ist umso bedeutsamer, als Kühnen heute behauptet, man habe sich vor ca. 1 Jahr getrennt.

Über Odfreid Hepp hatten wir geschrieben, daß er offenbar jeweils zu den Anschlägen aus Westberlin angereist sei. Dies ist zumindest zweifelhaft. Die entspechende Meldung lautet, daß Hepp jeweils zu den Anschlägen „die Berliner Luft mit der Frankfurter" vertauscht hätte. Wie das gemeint ist, wird aus der Formulierung nicht eindeutig ersichtlich. Angesichts der reichlich dubiosen Vergangenheit Hepps, der u.a. schon als „Kronzeuge" gegen Hoffmann aufgetreten ist, scheint es genausogut möglich, daß er zwar federführend die Anschläge vorbereitet hat, bei ihrer Ausführung aber „zufällig" nicht dabei (sondern in Berlin) war.

Kexel und Hepp wohnten mindestens bis zum Sommer 82 gemeinsam in Offenbach (Waldstr. oder Waldhofstr.). Kexel hatte daneben immer seinen Hauptwohnsitz in Frankfurt, Ortenbergstraße 19. Seit dem 11.10.82 bestand Kexels „Zweitwohnung" in Dietzenbach. Diese Wohnung mietete er unter Vorlage einer „Verdienstbescheinigung der Nach- furt, Ortenbergstraße 19. Seit dem 11.10.82 bestand Kexels „Zweitwohnung" in Dietzenbach. Diese Wohnung mietete er unter Vorlage einer „Verdienstbescheinigung der Nachrichtenagentur Hepp" als „Journalist" an. Seit dem 27.12.82 hatte auch Hepp dort wieder seinen Hauptwohnsitz. Hepps Aufenthalt in Westberlin kann sich also auf die zweite Hälfte 82 beziehen. Daß die Bande aber Beziehungen nach Westberlin hat, geht schon daraus hervor, daß Hepp dort eine Druckerei als legale Anlaufstelle für Neonazis gekauft haben soll; zudem fährt Hepp bei jedem Besuch in Stuttgart einen Wagen mit Westberliner Nummer.

Es wäre interessant, die Westberliner Kontakte der Bande zu kennen — immerhin hat ja auch Kühnens ANS/NA einen „Stützpunkt" in Westberlin.

Auch über den uns bislang unbekannten Nazi Ulrich Tillmann gibt es mittlerweile Genaueres zu berichten: Er wohnte bis vor kurzem in Dillenburg (Lahn-Dillkreis), bevor er nach Bad Nauheim (Wetterau) umzog. Mit seiner Schwester soll der Dachdecker Dieter Sporleder seit einiger Zeit befreundet sein. Kexel und Tillmann gingen bei Sporleders (wohnhaft in Grafenstein bei Gießen) ein und aus, und angeblich sollen die Bomben bei Sporleder gebaut worden sein. Angeblich soll die Bekanntschaft zu Ian Souter Clarence (einem engl. Nazi, wo Tillmann und Kexel verhaftet wurden über Tillmann hergestellt worden sein.

Antifa-Kommission Hamburg

Berichtigung

In meinem Kommentar **„Fischzug im Trüben"** (AK 231, S. 19) haben sich einige Fehler eingeschlichen.

Wer sich seit vier Wochen die Frage gestellt hat, als was für eine „vierte" nun eigentlich Susanne Albrecht beim PFLP-Chef Habbasch gearbeitet haben soll, ist vielleicht über die Banalität der konkreten Auskunft enttäuscht: als vierte S e k r e t ä r i n. Bei den antijüdischen Anschlägen in Paris sind peinlicherweise zwei Daten falsch geschrieben worden: Das Attentat auf die Pariser Synagoge war am 30.10.80 (nicht '82), der Überfall auf das Restaurant Goldenberg am 9.8.82 (nicht 9.2.). (Wen's interessiert: der erste Verschreiber geht auf mein Konto,der zweite auf das des Satzes). - In dem Zitat aus der „Welt" muß es heißen:„... *Daran sollten die Deutschen denken, wenn von dem Vorgehen Israels in der Nahost-Region die Rede ist".* (statt:„von einem Vorgehen ..."). In dem unmittelbar folgenden Satz stand in meinem Manuskript ein g e s p e r r t e s „ein", also:„*Somit wäre immerhin e i n vernüftiger Grund genannt, warum ...*" usw. Daß diese Hervorhebung im Satz unterblieben ist, läßt die Mißdeutung zu , als sollte die Kampagne gegen die PLO ausschließlich oder zumindest in der Hauptsache mit den Interessen Israels begründet werden. Eine solche Mißdeutung liegt meinen Absichten fern.

Kt.

,,Die Jugendlichen von heute — Die Kriminellen von morgen''?

Die Verpolizeilichung der Jugendarbeit und das damit verbundene Eindringen der Polizei in den sozialen und pädagogischen Bereich schreitet rapide voran.
Deshalb sollen im folgenden Modelle, Konzeptionen und konkrete Auswirkungen vorgestellt werden.
Wieder einmal müssen wir dabei auf den uns bekannten Dr. Alfred Stümper zurückkommen und dessen 1981 erschienenes Buch ,,Systematisierung der Verbrechensbekämpfung — Die Herausforderung von Politik, Justiz und Polizei durch eine sich tiefgreifend verändernde Sicherheitsproblematik''. In seiner groben Konzeption wurde dieses Buch schon im AK vorgestellt. Was uns hierbei besonders interessiert, ist, daß Stümper bei seinen Überlegungen als Landespolizeipräsident im Innenministerium Baden-Württembergs und Chefideologe in seinem ,,Werk'' die Jugend als polizeilichen Schwerpunkt an vorderster Stelle sieht — und daß seine Vorstellungen mehr und mehr in die Praxis umgesetzt werden.
Das dies nicht nur in CDU-regierten Ländern der Fall ist, werden wir später sehen.
Anlehnend an die polizeistaatlichen Vorstellungen Stümpers wurden u.a. das Präventionsmodell Polizei/Sozialarbeiter PPS in Hannover durchgeführt (Ein Modell des Niedersächsischen Justizministeriums), wo wir eine exakt identische Wort- und Argumentationswahl wiederfinden. Und auch in der SPD-Stadt Hamburg laufen seit mindestens 1978 Präventionsmodelle von Polizei an den Schulen usw.

Ausgehend von einer Zeit des totalen Umbruchs gibt Stümper die Stoßrichtung der polizeilichen Jugendpolitik an, die er schwerpunktmäßig für die Praxis konkretisiert (Siehe nebenstehenden Kasten).

Zur Familienpolitik setzt er sich dafür ein, daß neben der für die Jugendlichen stabilisierend wirkenden Familie eine sorgfältige, ''fachkundige'' Betreuung von Jugendhäusern notwendig sei.

Hierbei meint er natürlich die Betreuung durch die ''fachkundige'' Polizei und spricht sich entschieden gegen selbstverwaltete und parteiliche Jugendeinrichtungen als Gefahrenherd aus.

In seinem Kapitel zur Sozialpolitik kommt als Konsequenz der Appell an die Sozialarbeiter heraus, doch kollegial mit den Bullen zusammenzuarbeiten und die Jugendlichen, natürlich ''ordnungsgemäß'', zu verpfeifen. In

die Sozialarbeiter heraus, doch kollegial mit den Bullen zusammenzuarbeiten und die Jugendlichen, natürlich ''ordnungsgemäß'', zu verpfeifen. In

der Schulpolitik klagt er über einen unsicher gewordenen Erziehungsbereich. Garant staatstragender Erziehung ist selbstverständlich die Polizei.

Ja, nicht nur in der Schule, schon im Kindergarten ist ein positives Verhältnis zwischen den Kindern und ,,ihren'' Polizeibeamten herzustellen. Um die Forderungen auch durchzusetzen, fordert er eine Verpflichtung der Lehrer und Erzieher, mit der Polizei zusammenzuarbeiten. Da Stümpers Vorstellungen bei den Jugendlichen selbst z.Zt. wohl schwer durchzusetzen sind, fordert er ein entschiedenes Vorgehen gegen die ''politischen Umweltverschmutzer'' die die Polizei bei den Jugendlichen — ja überhaupt diesen Staat — madig machen. Schließlich will er sich nicht seinen polizeilichen Generalauftrag (!) kaputtmachen lassen.

Bei der vorbeugenden Bekämpfung der Jugendkriminalität habe die Polizei sich taktisch gegenüber den Jugendlichen zu verhalten innerhalb einer Spannweite von harten und weichen Vorgehensweisen — aber immer im vollen Bewußtsein, der letzte glaubwürdige Garant für eine staatstreue und pflichtbewußte Erziehung zu sein. So ist es nur eine logische Schlußfolgerung, daß er seinen Generalauftrag mit der gebotenen Systematik, dem notwendigen Kräfteeinsatz und der wünschenswerten publizistischen Resonanz betrieben haben möchte. Doch dabei gebe es leider Kompetenz- und sogar ideologische Schwierigkeiten mit den Sozialarbeitern — in deren Arbeitsgebiete sich die Polizei hineindrängen will — obwohl doch Polizei und Sozialarbeiter letztendlich das gleiche wollten: ,,Jugendgerechte Vorgehensweisen''! Es kommen einem die Tränen; die Polizei will sich nun auch mal von ihrer besten Seite zeigen und dem schwankenden Erziehungsbereich zeigen, was jugendgerecht ist, wie Jugendhäuser fachgerecht geführt werden, wie der gesellschaftliche Unterricht in unseren Schulen verbessert werden kann, wie unsere Kinder ein positives Verhältnis zu unserem, ach so wohlwollenden, Staat und seinen Sicherheitsorganen bekommen können — und da sind die menschlichen Umweltverschmutzer, die der Polizei dazu keine Chance geben wollen!

Daß es noch viel zu wenig dieser Umweltverschmutzer gibt, die der Polizei auf die Finger hauen, macht deutlich, wie weit Stümpers Vorstellungen schon in die tagtägliche Praxis umgesetzt wurden. Auch Stümper selbst weist noch einmal exakt auf das Wesen der polizeilichen Ermittlungen hin: *,,Die Funktionsweise der Polizei im Ermittlungsbereich ist vom Wesen her Verdachtsgewinnung aufgrund sich laufend anreichernder und steigender einzelner, anfänglich oft ganz minimaler Verdachtsmomente; es interessiert — im wahrsten Sinne des Wortes — u.U. selbst das Schwarze unter dem Fingernagel''* (S. 92). Daran sollten wir den ,,sozialen'' Auftrag der Polizei auch immer messen!

Das Präventionsmodell Polizei/Sozialarbeiter (PPS)

Das Präventionsmodell Polizei/Sozialarbeiter (PPS)

Daß Stümpers jahrelange Appelle inzwischen umgesetzt wurden, zeigt das PPS, ein Modellversuch des Niedersächsischen Justizministeriums. Es geht um einen regional auf Hannover und zeitlich auf zwei Jahre begrenzten Modellversuch, der inzwischen abgelaufen ist. Dabei wurde die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Sozialarbeiter vor Ort erprobt. Beim 9. Polizeirevier der Stadt Hannover waren 6 Sozialarbeiter tätig, die ihre Räume in diesem Revier hatten.

Die Einrichtung habe den Namen ,,Modell Sozialarbeit'' erhalten, um den Bürger niocht mit der komplexen Projektbeschreibung PPS zu konfrontieren (Alle Angaben aus der unter Anmerkung 2 angegeben Quelle). So werden die Bürger getäuscht! Das Projekt wurde nicht nur mit der Polizei, sondern auch mit den sozialen Diensten der Stadt und des Landkreises Hannover abgestimmt! Im Vorwort heißt es, angesichts sinkender Aufklärungsquoten und unzureichender Personal- und Sachmittel der Polizei erscheine die Konzentration der knappen Mittel auf Vorbeugungsprogramme als Gebot der Stunde. Deshalb habe der Gedanke der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung (...) auch in den Reihen der Polizei (...) an Boden gewonnen. Also dieselbe Argumentationskette wie bei Stümper!

Außerdem sei die polizeiliche Prävention auf Dauer billiger (...) als die ungleich steigenden Repressionskosten. Insoweit zur Legitimation.

Probleme sehen die Verfasser darin, daß die Prävention Bereiche berühre, die primär in die Zuständigkeit anderer Institutionen gehöre, (...) nämlich die sozialen Dienste, Verbände und Organisationen — vom Kinderschutzbund über das Jugendamt und die Familienhilfe bis hin zum Zusammenschluß der Anonymen Alkoholiker.

„Polizei — Sozialarbeiter Eine Problematische Beziehung"

Um in diese gesamte Spannbreite der sozialen Einrichtungen hineinzukommen, wird erstmal das Verhältnis Sozialarbeiter - Polizei ,,problematisiert'', indem bedauert wird, daß diese Beziehung zwiespältig, mitunter feindselig, zumindest aber durch Vorurteile belastet sei. Vorurteile und Rollenkonflikte würden jedoch die Vorbeugungsarbeit erschweren, da diese die Kooperation aller Beteiligten voraussetzt, wenn sie Erfolg haben wolle. So wird bedauert, daß Interaktionen keineswegs problemlos vonstatten gingen; daß es ohne Polizei gar keine effektive Sozialarbeit gebe, gipfelt in der Behauptung, daß die Tätigkeit behördlicher Sozialarbeit häufig auf Ausgangsinformationen beruhe, die nicht von ihr, sondern von der Polizei beschafft würden; die Klienten für die Sozialarbeit würden in manchen Fällen von Polizei nach deren Gesichtspunkten ausgewählt. Und überhaupt mache die Polizei die Erfahrung, daß, nachdem soziale Einrichtungen unterrichtet würden, die erforderlichen Maßnahmen häufig mit erheblichem Zeitverlust eingeleitet würden. Somit können die Verfasser nur zu der Schlußfolgerung kommen, daß die Zusammenarbeit nur positiv für die Sozialarbeit insgesamt sein kann. Die Polizei muß den Sozialarbeitern also mal ordentlich unter die Arme greifen!

„Grundgedanke des PPS-Modells"

Es werden mehrere Möglichkeiten erwogen, wie die Polizei soziale Probleme angemessen bearbeiten könne:

1 . ,,*Zusatzausbildung der Polizei zu Sozialarbeitern''*
Jedoch erscheinen den Verfassern hierbei Rollenkonflikte und Interessenskollisionen unausweichlich.

2 . ,,*Bessere Zusammenarbeit zwischen Polizei und sozialen Diensten''*
In Bezug auf rasche Erreichbarkeit auch in den Abendstunden und Wo-

2 . ,,*Bessere Zusammenarbeit zwischen Polizei und sozialen Diensten''*
In Bezug auf rasche Erreichbarkeit auch in den Abendstunden und Wo-

chenenden.

3 . ,,*Einstellung von Sozialarbeitern in den Polizeidienst''*
Dadurch könnte jedoch das grundsätzlich erforderliche Vertrauensverhältnis zwischen Sozialarbeiter und Klient beeinträchtigt werden. Um dieses unter diesen Umständen total verlogene ,,Vertrauensverhältnis'' zu bewahren, wird als 4. das PPS Modell angepriesen.

4 . ,,*PPS''*
Grundgedanke sei die Vorverlagerung der Prävention an den Ort des Geschehens; Sozialarbeiter sollten dort tätig werden, wo kriminalitätsträchtige Kriseninterventionen bzw. Problemfälle am schnellsten bekannt würden und wo rascher Einsatz gewährleistet sei: Beim Polizeirevier. Damit ist die Katze endlich aus dem Sack. Was liegt auch näher, als Sozialarbeit direkt im Polizeirevier zu verrichten ?!

Zielkatalog des PPS

Die Verfasser unterscheiden heirbei in drei Adressaten:

1 . Bevölkerung:
Das PPS soll die Bereitschaft erhöhen, die vermittelten Hilfeleistungen sozialer Dienste anzunehmen und eine Beratung erfolgreich zu durchlaufen. Außerdem soll die psychosoziale Versorgung von Opfern und deren Angehörigen und solcher Personen, die der Polizei bekannt werden, verbessert werden. Und natürlich die Verhinderung bzw. Unterbrechung von kriminellen Entwicklungen.

2 . Polizei und Sozialarbeiter:
Abbau gegenseitiger Vorurteile und Verbesserung der unmittelbaren Zusammenarbeit zwischen Polizei und Sozialarbeitern im Interesse der Bevölkerung.

3 . Polizeiliche und soziale Institutionen:
Verbesserung der Treffsicherheit von Entscheidungen über Notwendigkeit und Zuständigkeit (!) sozialer Dienste, Verbesserung des Informationsflusses.

Das PPS-Modell wolle also eine Vermittlerposition zwischen Polizei und dem zugehörigen Netz sozialer Einrichtungen übernehmen. Wie die Effizienz der sozialen Leistungen hergestellt werden soll, wird auch gleich deutlich, denn der Infromationsfluß verlaufe sinnvollerweise in e i n e r Richtung: Der Sozialarbeiter erhalte von der Polizei Informationen über Vorkommnisse, bei denen Sozialarbeit angezeigt sein könnte. Selbstverständlich bestehe der Grundsatz der gegenseitigen Nichteinmischung; und auch über die der Polizei bisher nicht bekannt gewordenen Straftaten seiner Klienten brauche der Sozialarbeiter die Polizei nicht zu unterrichten. Wie zynisch hier die Tatsachen verschleiert werden! Selbstverständlich haben die in diesem Modell arbeitenden Sozialarbeiter kein prozessuales Zeugnisverweigerungsrecht. Besser getarnte Hilfsbullen kann dieser Staat kaum noch produzieren. Die gesamten Inhalte gelegentlich ja noch parteilicher Sozialarbeit werden auf den Kopf gestellt. Die Inhalte werden von der Polizei festgelegt. Sozialarbeit wird zur Kriminalitätsbekämpfung und -vorbeugung. Alle Forderungen von Stümper wurden exakt erfüllt!

Ja, seine Vorstellungen werden sogar noch übertroffen, denn selbstverständlich wurde das Projekt wissenschaftlich begleitet. Dabei kommen die Verfasser zu dem Ergebnis, daß die Vorgehensweise der Aktionsforschung, deren Ausgangspunkt die zunehmende Kritik an der Praxisferne traditioneller empirischer Sozialforschung bildete, deren Methoden und Fragestellungen nur stark eingegrenzte Aspekte der sozialen Realität zu erfassen vermöge und deren Ergebnisse häufig ohne Belang für die Praxis blieben. So müsse dort auf empirisch-analytisches Vorgehen verzichtet werden.

Für Sozialarbeiter ist es also praxisfern und ineffektiv, auf gesellschaftliche Ursachen der Probleme zu achten. Das lenkt nur von den polizeilichen Vorstellungen der ,,eigentlichen'' Sozialarbeit ab. In der Auswertung wird

che Ursachen der Probleme zu achten. Das lenkt nur von den polizeilichen Vorstellungen der ,,eigentlichen'' Sozialarbeit ab. In der Auswertung wird

das PPS-Modell als durchweg positiv und beispielhaft gepriesen, da sich das Verhältnis zwischen Polizei und Sozialarbeitern nach anfänglicher Zurückhaltung als zunehmend kooperativ erwiesen habe. Ja, die Polizei habe so viele Problemfälle an die Sozialarbeiter herangetragen, daß die Arbeit kaum noch bewältigt werden könne. Die Polizei braucht also noch mehr Sozialarbeiter! Sollte sich der Versuch als erfolgreich erweisen, solle daraus ein landesweites Programm zumindest für den städtischen Bereich entwickelt werden.

Da davon ausgegangen werden kann, darf Mensch gespannt sein, wann derartige Kastrationen der Sozialarbeit bundesweit versucht werden, bei den Sozialarbeitern durchzusetzen.

Auch in der SPD-Stadt Hamburg: Polizei auf dem Vormarsch

Stümpers Klage vom stark verunsicherten Erziehungsbereich hat sich auch die Hamburger SPD bereits zu eigen gemacht und forciert seit 1978 den Ausbau der polizeilichen Kompetenzen in der präventiven und pädagogischen Arbeit.

So wurde dem Hamburger ,,Aufschrei'' der Zwischenbericht der Polizeidirektion West PD 233 ,,Aktionsgruppe Jugendprogramme'' zugespielt. Es stellt ebenfalls einen Modellversuch zur ,,Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität im Vorfeld'' dar. Das etwa 100seitige Material besteht aus einem großen Teil aus von den Polizisten angefertigten Unterrichtsprotokollen. Unter anderem: *,,Ein Junge, der überhaupt nicht ansprechbar war, wurde von mir aufgefordert, mir seine Mütze zu geben. Er gab sie mir ohne Zögern. Danach folgten das Hemd, die Schuh, die Socken, das Unterhemd. Dabei fing er langsam an zu zögern. Plötzlich wollte er nicht mehr weitermachen. Ich hate ihn da, wo ich ihn haben wollte. Er wurde danach sehr nachdenklich, als wir darüber sprachen, daß jeder das Gefühl des Eigentums hat und dies respektiert sehen möchte''.*

Oder ein Polizist schildert, daß er an die Schule gerufen wurde, weil ein anderer Teil der Kinder von zu Hause stark links beeinflußt werde, auch von einem Lehrer an der Schule. *,,Nach dem Motto: Es macht nichts, wenn ihr den Kapitalistenschweinen etwas wegnehmt, sie nehmen sich auch alles unberechtigt von den kleinen Leuten''* (3.).

Auf eine kleine Anfrage der Hamburger GAL vom 6.1.83 zu diesen Einsätzen von Polizisten an Schulen antwortete der Hamburger Senat, daß das ,,Jugendprogramm West — ein Präventionsmodell'' von Polizeibeamten des Jugendschutzes erarbeitet sei und in enger Zusammenarbeit mit Schulen und Lehrern durchgeführt worden sei. Die zuständigen Behörden hätten dieses Programm unterstützt. Im Frühjahr 1981 seien die zuständigen Behörden übereingekommen, für ganz Hamburg ein Projekt ,,Prävention von Kinder- und Jugenddeliquenz'' zu entwickeln. Dabei gehe es um folgendes:

Die Behörde für Schule und Berufsbildung sei Träger des neuen Projekts, an dem die Polizei mitgewirkt habe. Für Lehrer und Polizeibeamte würden gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt. Die Einbeziehung von Jugendrichtern und Sozialarbeitern in die Projektarbeit sei geplant (!).

Weiter gesteht der Senat auf Befragen ein, daß es über das ,,Jugendprogramm West'' noch einen weiteren Zwischen- und einen Abschlußbericht gebe. Diese lägen der Behörde für Schule und Berufsbildung und der Behörde für Inneres vor, seien aber wegen ihres internen Charakters nicht für jedermann einsehbar. Selbst auf Anfrage der GAL sind ihr die Herausgabe dieser Berichte verweigert worden. Es handelt sich also um hochbrisantes Material! Schon am 12.12.82 stand in der Hamburger SPD- Wahlzeitung ZAS, daß in Zusammenarbeit mit der Schulbehörde im Frühjahr 1981 von Innensenator Alfons Pawelczyk beschlossen worden sei, Unterrichtsveranstaltungen nicht nur im Bezirk West, sondern in allen

im Frühjahr 1981 von Innensenator Alfons Pawelczyk beschlossen worden sei, Unterrichtsveranstaltungen nicht nur im Bezirk West, sondern in allen

Hamburger Bezirken durchzuführen. Seitdem würden 60 (!) freiwillige Polizisten auf Anfrage Klassen aufsuchen, die sich für das Präventionsprogramm interessierten. Doch damit nicht genug!

Der Erfolg dieses Vorbeugungsprogramms sei so groß, daß es jetzt auch von anderen Bundesländern übernommen werden solle. In Hamburg werde 1983 entschieden, ob dafür nicht eine eigene Polizeidienststelle eingerichtet werden solle. Da die SPD in Hamburg wieder die absolute Mehrheit bekommen hat und die CDU mit dieser CDU-Politik sicher einverstanden ist, kann Mensch also dieses Jahr mit o.g. Dienststelle rechnen. Außerdem gibt es in Hamburg in den vier Polizei-Direktionen Jugendbeauftragte, die ihre Aufgaben Anfang 1982 schriftlich den sozialen Institutionen mitteilten (6).

Neben dem Mitwirken bei grundsätzlichen oder auf den Einzelfall abgestellten Angelegenheiten jugendgerechter Sachbearbeitung und dem Mitwirken bei Öffentlichkeitsarbeit in Jugendangelegenheiten der Polizeidirektionen sei ein zentraler Schwerpunkt die Zusammenarbeit und Kontaktpfle-

Fortsetzung nächste Seite

Wir suchen noch Genossen/innen, die Interesse und Freude haben, mit uns an diesen relevanten Fragen theoretisch und praktisch zu arbeiten! Meldet euch über die Verlagsadresse beim Antifa-Bereich.

Fortsetzung von vorheriger Seite

ge in grundsätzlichen Angelegenheiten der Jugendsachbearbeitung mit:

— Jugendbeauftragten bei LPD 03 (Landespolizeidirektion) und anderen Polizeidirektionen;
— Dienstgruppen Jugendschutz und weiblicher Schutzpolizei
— Polizeidienststellen angrenzender Nachbarländer;
— Bezirksjugendämter
— Schulen;
— Institutionen/Sozialarbeiter im Bereich der Jugendwohlfahrt;
— Jugendstaatsanwaltschaft und Jugendgericht.

Inwieweit dererlei Konzepte und Zielvorstellungen in Hamburg schon in die Praxis versucht werden umzusetzen, machen Beispiele aus einem Hamburger Bezirk deutlich:

— Der Jugendschutztrupp hat sich und seine Arbeit im Jugendwohlfahrtsausschuß vorgestellt.
— Wegen einer kleinen Gruppe Punx, die sich friedlich auf einem Platz trafen, wurde ein Beratungsgespräch auf Leitungsebene zwischen Bezirksjugendamt, Amt für Soziale Dienste, Wirtschafts- und Ordnungsamt, Sozialdezernenten, Bezirksjugendreferenten und der Polizei durchgeführt.
— Der Bezirksjugendreferent trat an die Sozialarbeiter eines Spielplatzhauses heran, inwieweit diese bereit seien, Polizisten als Interessensgruppenleiter einzusetzen.
— Um Feindbilder zwischen Jugendlichen und Polizei abzubauen, kam der Vorschlag des Bezirksjugendreferenten und Mitgliedern eines Vereinshauses für Jugendliche, Polizisten sollten bei der offenen Jugendarbeit stets anwesend sein.
— Sozialarbeiter der offenen Jugendarbeit werden ermutigt, mehr mit der Polizei zu kooperieren.

Dieses ist sicher nur ein kleiner Ausschnitt der Welle der Verpolizeilichung der Jugend- und Sozialarbeit. In den Vorstellungen und in der Praxis unterscheiden sich CDU- und SPD-regierte Länder offensichtlich nicht.

Dies ist an und für sich erstaunlich, da es bei diesen Konzepten letztendlich um die Abschaffung sozialdemokratischer Sozialarbeit geht. D.h., gesellschaftliche Ursachen sind nicht mehr gefragt. Die Jugendlichen von heute sind die Verbrecher von morgen. Parteiliche Sozialarbeit würde dem entgegenstehen und ist nicht mehr gefragt.

So geht die Entwicklung auf der einen Seite hin zur allgemeinen Verpolizeilichung sozialer Dienstleistungen überhaupt mit dem vorrangigen Schwerpunkt der Jugend — und auf der anderen Seite stehen immer schwerwiegendere Sparmaßnahmen im Jugend- und Sozialbereich an, während der Etat für die Polizei immer mehr aufgestockt wird.

Widerstand gegen diese Verpolizeilichung gab es unseres Wissens bisher recht wenig, obwohl die Problematik zunehmende Beachtung findet. Festzustellen ist aber, daß diese Konzepte durch die Hintertür schleichend ohne viel Aufsehen eingeführt werden, so das die Unwissenheit noch recht groß ist.

Es wird darauf ankommen, durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit ein Bewußtsein und eine Sensibilisierung für diese Frage zu erreichen.

AG Jugend im Antifa-Bereich

Quellennachweis:
1. „Systematisierung der Verbrechensbekämpfung. Die Herausforderung von Politik, Justiz und Polizei durch eine sich tiefgreifend verändernde Sicherheitsproblematik", von Dr. Alfred Stümper 1981;
2. „Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter (PPS)" von Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind: Niedersächsischer Minister der Justiz, Dr. jur. o. Prof. für Kriminalogie und Strafvollzug an der Ruhr-Universität Bochum, Gernot Steinhilper: Dr. jur., Leiter der Referatsgruppe „Planung und Forschung" des Niedersächsischen Justizministeriums und Monica Wilhelm-Reiss: Dr. phil., Dipl.-Psych., Referentin in o. g. Referatsgruppe;
3. „Zwischenbericht zu Modellversuch der PD West „Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität im Vorfeld" von: Polizeidirektion West PD 233;
4. Schriftliche Kleine Anfrage der GAL. Betr.: Einsatz von Polizeibeamten im Schuldienst/Drucksache 10/130 vom 6.1.83 Drucksache 11/29;
5. „ZAS", „Zeitung am Sonntag", 12.12.82;
6. Aufgaben des Jugendbeauftragten, seit dem 1.5.82 in jeder der vier Polizeidirektionen Hamburgs.

Zitate von Dr. Alfred Stümper aus: Systematisierung der Verbrechensbekämpfung

Vorwort:

Wir leben in einer Zeit des totalen Umbruchs.

Bislang als unerschütterlich geltende Werte sind von Grund auf in Frage gestellt. Sie lassen erhebliche ethische und weltanschauliche sowie menschliche, gesellschaftliche und staatliche Freiräume entstehen, die es neu auszufüllen gilt.

Dieser Entwicklungsbruch vollzieht sich im geisteswissenschaftlichen Bereich genauso wie im ideologischen, im technischen genauso wie im wirtschaftlichen. Er trifft zwangsläufig auf eine dadurch weithin verunsicherte Welt.

Zeiten eines solch epochalen Umbruchs und einer damit gegebenen hohen Labilität der Menschheit bringen in ganz besonderer Weise schwerwiegende Sicherheitsprobleme mit sich.

So kann in der Verbrechensbekämpfng nicht mehr (nur) improvisiert werden. Vielmehr bedarf Verbrechensbekämpfung einer übergreifenden, strategisch geplanten, griffigen Systematik.

Familienpolitik

Die Stabilisierung der Gesellschaft, insbesondere die natürliche Pflege menschlicher Gemeinschaften, voran der Familie, gibt der Jugend Halt, Orientierung und lebensmäßige Zielsetzung.

Umgekehrt können sich sicherheitspolitische Nachteile einstellen, wenn man ... andere Maßnahmen ... völlig oder jedenfalls weitestgehend zurückstellen muß. Als Beispielsfall wäre die Notwendigkeit einer sorgfältigen Betreuung von Jugendhäusern zu nennen.

Eine bloße „exkulpative" Einrichtung von Jugendtreffpunkten ohne qualifizierte Betreuung ist nicht nur „eine halbe Sache", sondern unter Umständen sogar wieder gefährlich, da sich dann dort Einflüsse breitmachen können, die es mit unserer Jugend nicht gut meinen ... Eine im Ansatz richtige Maßnahme (Einrichtung von Jugendhäusern) kann wieder, wenn sie nicht richtig betrieben wird, sich zunehmend verselbständigt und abschottet, zu einem Gefahrenherd für die innere Sicherheit werden.

Sozialpolitik

Die Fürsorge für Opfer und Täter ... hat entscheidenden präventiven Gehalt. Aktivisten im Sozialbereich ... — vor allem auch die der Streetworker — werden sich positiv unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten auswirken, wenn sie von einer klaren, an unserer Verfassung ausgerichteten Wertorientierung getragen werden.

Diese positiven Auswirkungen können jedoch ... ins Gegenteil umschlagen, wenn beispielsweise der Kontakt der im Sozialbereich Tätigen zu den Betreuenden nur unter Inkaufnahme sicherheitspolitischer Erscheinungen möglich ist, sei es, daß die staatlichen Sicherheitsorgane dabei einer unterschwelligen Diffamierung ausgesetzt oder sei es, daß Straftaten von gewissem Gewicht mehr oder weniger bewußt gedeckt würden.

Schulpolitik

Im grundlegenden Bereich geht es darum, schon sehr frühzeitig die richtige Einstellung zu den Mitmenschen und zur Umwelt zu schaffen. Hierzu zählt die richtige Einstellung zum Freund, Klassenkamerad, Nachbarskind usw., Egoismus, Klassendenken usw. muß schon frühzeitig im kindlichen Verständnis entgegengewirkt werden.

Damit wird schließlich die Voraussetzung für die so wichtige, richtige Einstellung zum Staat, seinen Gesetzen und Organen geschaffen: Der Staat ist ein Instrument der Gemeinschaft, nicht jedoch ein anonymer, kapitalstarker Bösewicht, den man laufend nur beschimpfen und schröpfen kann.

Auf dieser Grundlage kann schließlich eine gesunde und effektive Einstellung zur Sicherheit aufgebaut werden, speziell:
— Vertrauen in den Staat
— positives Verhältnis zur Rechtsordnung; Erleben der Rechtsordnung als notwendige Grundlage des menschlichen Zusammenlebens; Rechtsordnung als Friedensordnung. (!)

Insgesamt hängt von dieser grundlegenden Erziehung ... vor allem in präventiver Hinsicht sehr viel ab. Aber selbst auch in repressiver Hinsicht ist eine richtige Erziehung sicherheitsrelevant. Sie vermittelt das notwendige Gespür, wann man den staatlichen Organen bei der Verfolgung strafbarer Handlungen zu helfen hat, ohne in Extreme des Denunzierens einerseits oder der Verweigerung der Mithilfe ... andererseits zu verfallen.

Im methodischen Bereich muß der Unterricht selbstverständlich altersgerecht durchgeführt werden. Ausschlaggebend ist letztlich eine hier sich offenbaren müssende Glaubwürdigkeit des Lehrers und Erziehers. Dabei ist es richtig, schon sehr frühzeitig, nämlich im Kindergarten, ein Vertrauensverhältnis zwischen Kindern und ihren Polizeibeamten, auch als Repräsentanten des Staates, zu schaffen.

Entscheidend kommt es darauf an, daß das hierzu Erforderliche auch in die Realität umgesetzt wird.
— Zahl der Unterrichtsstunden, die dem Anliegen gewidmet werden,
— die konkreten Vorbereitungen hierfür, speziell die Vorbereitung der Lehrkräfte (Ausbildung und Fortbildung) und deren Verpflichtung hierzu und
— die Verbindlichkeit des entsprechenden Lehrstoffes.

Gesamtstrategie

1. Liberalität und „law and order". Zunächst: Auch als Verantwortungsträger der Polizei vertrete ich sowohl aus allgemeinen als auch aus langfristig präventivpolizeilichen Überlegungen heraus die Auffassung, daß man schon aus „klimatischen" Gründen Sicherheitslücken in kauf zu nehmen hat, wenn man dadurch unserer Jugend von vornherein das Gefühl nehmen kann, in einem „engen", „kleinlichen" oder gar repressiv handelnden Staat aufzuwachsen; man muß ihr — gerade in unserer schwierigen Zeit — innerlich eine Identifizierung mit unserer Gemeinschaft und dem von dieser Gemeinschaft getragenen Staat erleichtern.

Indes, wenn zur gleichen Zeit ... die damit gewollte positive Zielsetzung dadurch kaputt gemacht wird oder man kaputt machen läßt, daß man diesen Staat als „Überwachungs- und Schnüffelstaat" mit überzogenen repressiven oder gar faschistoiden Tendenzen beschimpft oder beschimpfen läßt, geht die sicherheitspolitische Rechnung nicht mehr auf.

Gerade im Interesse einer gesunden Liberalität und eines freien Klimas in unserer Gesellschaft ist es erforderlich, gezielt gegen diejenigen vorzugehen, die hier den Staat „madig" machen. Es gibt nicht nur eine chemische, sondern darüber hinaus auch eine allgemeine menschliche und politische Umweltverschmutzung, die sich gerade auf unsere Kinder und Jugendlichen besonders verheerend auswirken kann.

2. Vorbeugung

Vorbeugen ist besser als Heilen, Heilen ist besser als Sichern, Sichern ist besser als Strafen, Strafen ist besser als unkonzeptionelles, unsicheres, schwankendes Reagieren oder Nichtreagieren.

a) Strukturelle Vorbeugung — (Die Polizei) kann aus ihrem reichen Erfahrungsschatz mit konkreten Anregungen hervortreten, diese zu begründen und zur politischen Durchsetzung ... aufzubereiten.

b) Subjektive Vorbeugung — (Die Polizei) kann aber auch selbst „originär" tätig werden, von Vortrags- und Schulungsmöglichkeiten in Kindergärten und Schulen, Vereinen usw. angefangen über das Betreiben eigener oder mit Mithilfe bei anderen Jugendklubs bis hin zum gesamten Auftreten dem Bürger gegenüber, was insbesondere bei Jugendlichen auch subjektiv prägende und damit auch vorbeugende Wirkung haben kann.

Vorbeugende Bekämpfung der Jugendkriminalität als kriminalpolitischer Schwerpunkt

... Man darf nicht nach dem Gießkannenprinzip überall etwas hingeben — ... — vielmehr muß man gezielt die wichtigsten und auch erfolgversprechendsten Aufgaben herausgreifen. Als zentralste Schwerpunktaufgabe (uff!!) *hat dabei die vorbeugende Bekämpfung der Kinderdeliquenz und der Jugendkriminalität zu gelten. Dazu tritt, daß auch unter dem Gesichtspunkt der Ökonomie eine Konzentration der Kräfte auf diesen Generalauftrag durchgreifende Erfolge bringen kann, denn*
— die Chancen der effektiven Einwirkung und die Beeinflussungsmöglichkeiten sind bei jüngeren Menschen in der Regel größer als bei schon verfestigten, älteren,
— die Jugend insgesamt ... prägt entscheidend das zukünftige Klima, in das die nächsten Generationen hineinwachsen.

Dabei ist davon auszugehen, daß
— einerseits Kinder und Jugendliche durch einseitig repressives Erziehen zunehmend zu Trotz und im weiteren Verlauf auch zu echtem Fehlverhalten gebracht werden können,
— andererseits aber das Fehlen eines klaren und glaubwürdigen Standorts sowie fester Zielvorgaben durch einen sich selbst unsicher gewordenen, schwankenden Erziehungsbereich (nicht nur Eltern und Lehrer, sondern letzten Endes die ganze Gesellschaft) mehr und mehr ein Verständnis für Norm, Schranken und Pflichten verlorengehen lassen.

Dieser vorbeugende polizeiliche Auftrag wurde in der zurückliegenden Zeit nicht mit der gebotenen Systematik, nicht mit dem hierfür an sich notwendigen personellen und sachlichen Kräfteeinsatz und auch nicht mit der wünschenwerten, publizistischen Resonanz betrieben. Auch die derzeitigen Anstrengungen und Aufwendungen im präventiven Bereich nehmen sich absolut unverhältnismäßig und ungenügend aus.

...; Abgesehen von den Schwierigkeiten einer gewissen Umorientierung im eigenen Bereich und der Neuerschließung und Stärkung eines neuen Aufgabengebiets in einer finanziell zunehmend enger werdenden Zeit, treten noch andere Kompetenz-, Planungs- und sogar ideologische Schwierigkeiten auf:

Es scheint geradezu paradox, daß bestimmte Kreise, die der Polizei zuviel Repression vorgeworfen haben, nunmehr, wo diese im vorbeugenden, unterstützenden und auch helfenden Bereich verstärkt tätig werden will und tätig wird, lautstark dagegen protestieren: Die Polizei würde Kinder und Jugendliche bespitzeln wollen, und sie dränge sich in die Aufgabenbereiche anderer Berufe hinein! Man muß fast den Eindruck gewinnen, als ob diese Kräfte die Polizei bewußt wieder in die rein repressive Ecke zurückdrängen wollen, um sie als den „bösen" Bullen mit Schlagstock und nicht als den Menschen, mit dem man reden kann, abzustempeln. Man muß sich hier ernstlich die Frage stellen, inwieweit und wo hier Kräfte ein- und mitwirken, die diesen Staat und diese Gesellschaft nicht mögen und alles, was Positives bringen könnte, ablehnen.

Streng davon zu unterscheiden sind indes diejenigen kritischen Stimmen, die mit sachlicher Berechtigung darauf hinweisen, daß
— die eigentliche Jugendarbeit ... von Fachleuten betrieben werden muß
— das Vertrauen der Jugendlichen zu diesen Personen nicht gestört werden darf ... durch eine zu enge Kooperation mit der Polizei.

Die Lösung des Problems liegt in einer durchaus möglichen, sachlichen Arbeitsteilung und sauberen Festlegung der Kompetenzen, wobei man nicht bürokratisch, sondern „zielgerecht", d. h. letztlich „jugendgerecht" verfahren muß. Aus praktischen Erfahrungen mit dem Polizeijugendclub in Mannheim weiß ich, daß ein hervorragendes Verhältnis zwischen Polizeibeamten und auch schwierigen Jugendlichen geschaffen werden kann ...

In der Zusammenarbeit sollte man nicht zu schematisch und „ängstlich" vorgehen. So ist es sicher richtig, Gemeinschaftsprogramme von Polizei und Sozialbehörden zu probieren ...

Insgesamt ist das Feld der Vorbeugungsmöglichkeiten und Vorbeugungsnotwendigkeiten jedoch so breit gestreut, daß jeder hinreichend zu tun hat. Je mehr echt mithelfen, desto besser!

Schädlich wäre ein offizielles Gerangel darum, wer was machen darf, in etwa genauso, wie wenn Elternteile sich vor ihren Kindern um deren Gunst streiten wollten!

Gegen die Bedrohung, aber wofür?

Interview mit dem Jugendsoziologen Hellmut Lessing und Manfred Liebel, Westberlin

Hellmut Lessing und Manfred Liebel sind beide Hochschullehrer an den Instituten für Sozialpädagogik und Sozialwissenschaften der Technischen Universität West - Berlin, dort zuständig für Jugendarbeit, Jugendfragen, Jugendforschung. 1974 veröffentlichten sie gemeinsam ein Buch ,,Jugend in der Klassengesellschaft'', in dem dem bürgerlichen Jugendbrgriff von links zuleibe gerückt und eine differenziertere Betrachtungsweise gefordert wurde. Als 1982 die sog. Shell - Studie ,,Jugend 81'' herauskam, die in der Öffentlichkeit für einigen Wirbel sorgte, veröffentlichten sie in Päd Extra/Sozialarbeit einen kritischen Aufsatz, in dem sie die Studie als zu oberflächlich und verschleiernd angriffen. Wir nahmen diese Auseinandersetzung zum Anlaß, mit den beiden die von uns im AK 226/227 veröffentlichte Analyse und daraus folgende Konsequenzen ,,Die Angst des Staates vor der Angst der Jugend'' zu diskutieren - was hoffentlich zu einer Vertiefung dieser Diskussion beiträgt. Die Auseinandersetzung um den neuen ,,Jugendprotest'' und seine Konsequenzen auch für die Linke hat ja erst begonnen. (Im übrigen gehören Hellmut Lessing und Manfred Liebel auch zu jenem Kreis der sog. Buback-Professoren, die seinerzeit öffentlich gegen die Mescalero-Verfolgung eintraten).

Unser Interview ist in drei Teile gegliedert: erstens Ursachen und Formen der Proteste, zweitens Integrationsmöglichkeiten seitens der etablierten Politik, drittens Alternativen der Linken. - Und noch was: Laßt euch durch die Länge nicht abschrecken: es lohnt sich.

Arbeiterkampf: Die Ursachen des sog. Jugendprotestes werden von den bür- tern. Das liegt ziemlich auf der Hand Hellmut Lessing: Ich glaube, wir soll-

Arbeiterkampf: Die Ursachen des sog. Jugendprotestes werden von den bürgerlichen Parteien, wie's scheint, recht unterschiedlich beurteilt. Etwas vereinfacht: die CDU/CSU meint, es gehe der Jugend zu gut und der Riemen müsse wieder enger angezogen werden. Die SPD — Expertisen sagen nahezu das Gegenteil: die Jugend leide unter der Krise — immerhin. Was sind eurer Meinung nach die Ursachen für die Situation der Jugendlichen?

Hellmut Lessing: Vielleicht sage ich erst mal was zur CDU und zur SPD, weil ich davon ausgehe, daß die CDU mittlerweile auch anerkennt, daß es einen großen Teil von Jugendlichen gibt, denen es in dieser Gesellschaft nicht mehr gut geht. Im Verhältnis zur SPD benennt sie andere Ursachen. Während die SPD eher dazu neigt, soziale Probleme für Jugendliche anzuerkennen, neigt die CDU dazu — klassisch konservativ — zu sagen, die Jugend leide hauptsächlich unter der mangelnden Verbindlichkeit von Normen und Werten. Also die CDU propagiert eine konservative Wertproblematik und versucht den Leiden der Jugend an dieser Gesellschaft als ein Leiden an unsicheren Normen hinzustellen und will traditionelle Werte wie ,,Mut zur Erziehung'' wieder etablieren. Dabei ist klar, daß die CDU diese Position nur durch Zwangsmaßnahmen, insbesondere im Erziehungsbereich, durchsetzen kann.

Manfred Liebel: Um zu verstehen, warum große Teile von Jugendlichen heute in dieser Gesellschaft sich nicht mehr zu hause fühlen, und sich auch in recht extremer Weise bedroht fühlen, muß man berücksichtigen, daß offensichtlich eine ganze Reihe von Krisenmomenten, die je für sich vielleicht schon mal auch in früheren historischen Perioden aufgetaucht sind, heute zusammentreffen, und so zu einer Zuspitzung in der Erfahrungswelt der Jugendlichen, vieler Jugendlicher zumindest, führen. Dabei denke ich, daß zum einen heute sichtbar wird, daß das, was sich bislang mit dem technologischen Fortschritt verbunden hat — nämlich die Hoffnung, zu immer mehr Wohlstand zu kommen, auch zu einem immer besseren Leben im Sinne von mehr Lebensqualität — sich nicht bestätigt. Im Gegenteil wird sichtbar, daß die ganze Umgebung, in der heute Jugendliche leben — und auf dem Lande nicht viel weniger als in der Stadt — als eher zerstört, zunehmend zerstört, wahrgenommen werden muß. Dieses Moment von Krise ist gekoppelt mit einer schon weit entwickelten, aber sich noch weiter entwickelnden Arbeitslosigkeit — auch vor dem Hintergrund einer veränderten Situation in der Arbeitssphäre selbst, wo es immer schwerer wird, die Arbeit mit dem eigenen Leben in Beziehung zu setzen, wenn es überhaupt noch gelingt, eine Arbeit zu bekommen. Und dann die Zukunft als eigener Komplex von Rüstung und Kriegsgefahr — aber das brauch ich wohl im Moment nicht im Einzelnen zu erläutern. Das liegt ziemlich auf der Hand

Hellmut Lessing: Ich glaube, wir sollten von vornherein vermeiden — das ist jetzt auch bei Manfred schon deutlich geworden — in diesem Zusammenhang von ,,der Jugend'' zu sprechen, sondern wir sollten davon ausgehen, daß es gerade unter den heutigen Bedingungen so etwas wie einen Generationstypus nicht gibt; wahrscheinlich hat es das so niemals gegeben. Sondern Jugendliche zerfallen sehr stark in unterschiedliche Gruppierungen. Und, was vielleicht anders ist als früher, ist, daß diese Art von Klassifikationen, wie man sie vielleicht sogar klassenanalytisch ableiten könnte, heute einfach nicht mehr hinhauen. Man kann nicht mehr sagen, hier liegen relativ einheitliche Interessen bei Arbeiterjugendlichen vor und da bei bürgerlichen Jugendlichen. Das Bewußtsein von Jugendlichen ist in diesen unterschiedlichen Gruppierungen häufig polarisiert, geht häufig auseinander. Um das deutlich zu machen: das Arbeitsproblem — was Manfred angesprochen hat — das ja umgekehrt bezeichnet werden kann als ein Problem langanhaltender Unterbeschäftigung bei Jugendlichen und das sowohl bei Mädchen wie bei Jungen, diese langanhaltende Nichtbeschäftigung wird von Jugendlichen äußerst verschieden verarbeitet. So gibt es eine relativ kleine Gruppe, die für sich irgendwo die Entscheidung getroffen haben, in diesem Sinne gar nicht mehr eine dauerhafte Lohnarbeitstätigkeit einzugehen. Aber auch bei denen, die noch im Arbeitsprozess stehen, oder die vor den Toren der Fabrik stehen, kann man sagen, ist das Bewußtsein oft völlig gespalten. Die, die Arbeit, sogar eine relativ gut bezahlte Arbeit, haben, haben oft die Schnauze voll von der Arbeit und wollen aussteigen. Und das klassische Perspektivproblem: sprich, du arbeitest, um später was aus deinem Leben zu machen, oder um dich zu politisieren, um gegen die Betriebshierarchie, gegen das Kapital zu kämpfen — ist heute völlig ins Schwimmen geraten, weil gerade die Linken, die in den Fabriken auch bewußte Arbeit geleistet haben, häufig so enttäuscht sind von ihren Möglichkeiten, etwas zu verändern, daß sie sowohl auf der Arbeitsebene wie auch auf derpolitischen Ebene erst mal sagen: für mich ist Schluß und ich mach was anderes.

Aussteiger? Verhinderte Einsteiger? Soziale Bewegung? Oder was?

Wie steht ihr zu den Stichworten ,,Aussteigerbewegung'' und ,,soziale Bewegung''? Kann man davon sprechen, daß sich die seit 68 bis heute fortsetzende ,,Aussteigerbewegung'' angesichts der zunehmenden Bedeutung sozialer Probleme, unmittelbarer sozialer Betroffenheit heute tendenziell mehr in eine ,,soziale Bewegung'' verwandelt? Ist eine solche Unterscheidung sinnvoll? Seht ihr da einen Veränderungsprozess?

ManfredLiebel: Also, mir fällt es schwer, da einen Gegensatz zwischen ,,sozialer Bewegung'' und ,,Aussteigerbewegung'' zu sehen. Einmal habe ich ein Problem mit den Begriffen überhaupt: von ,,Aussteigerbewegung'' zu reden, das beinhaltet ja schon ein bestimmtes Bild von denen, die da aussteigen sollen, nämlich daß sie selber gleichsam dieVorstellung hätten, sie könnten irgendwohin verschwinden, irgendwohin aussteigen, und ich hab da gewisse Zweifel, daß diese Vorstellungen existieren. Überall da, selbst wo es versucht würde auszusteigen, wird die Erfahrung gemacht, daß das gar nicht geht, daß man überall wieder neu konfrontiert wird mit Repression, oder man wird jedenfalls durch das, was man erlebt, immer wieder herausgefordert, auch einzusteigen in die Konflikte. Und was ,,soziale Bewegung'' angeht, habe ich das Problem, daß soziale Bewegung für mich eigentlich alles ist. Es ist nur die Frage, wohin die geht,

te. Und was ,,soziale Bewegung'' angeht, habe ich das Problem, daß soziale Bewegung für mich eigentlich alles ist. Es ist nur die Frage, wohin die geht,

und auch, welche Mächtigkeit sie erreicht und inwiefern sie ne dauerhafte Basis für so eine Bewegung entwickelt — also die nicht wie ein Strohfeuer beginnt und verpufft.

Dann will ich meine Frage noch mal präzisieren: die ,,Aussteigerbewegung'', wie sie bisher definiert wurde und sich auch z.T. selbst definiert hat, wurde als "Randständigenbewegung" bezeichnet, während es heute so scheint, als ob zunehmend Arbeiterjugendliche in den Prozess der Deklassierung hineingezogen werden und sich der Charakter der Bewegung insofern zu verändern beginnt.

Manfred Liebel: Ich finde, daß auch in dieser Betrachtung immer noch von ziemlich traditionellen Kategorien ausgegangen wird. Ich sehe jedenfalls in dieser Bewegung heute nicht eine Bewegung von Arbeiterjugendlichen, deren Situation sich insgesamt verschärft hat, sondern ich bin der Meinung, daß sich hier mehreres miteinander vermischt: die Lebensperspektiven stellen sich, ein Stück weit unabhängig von sozialer Herkunft und Bildungsgeschichte, für einen wachsenden Teil von Jugendlichen als ungewisser dar, als weniger erstrebens- und lebenswert. Dies ist, finde ich, als allgemeiner Hintergrund zu bedenken. In dem, was sich als Protest, als Unmut oder Verzweiflung äußert, sehen wir sehr unterschiedliche Ausdrucksformen. Und man sollte ja auch nicht nur die von uns unmittelbar als politisch deutbaren Ausdrucksformen betrachten. Wenn man sich allein auf d i e versucht zu beschränken, etwa die Instandbesetzerbewegung, da kann man auch feststellen, daß da von der Lebens- und Bildungsgeschichte her ganz unterschiedliche Individuen zusammenkommen, die durchaus nicht immer dieselben Ausdrucksformen finden, wenn wir mal über das Hausbesetzten an sich hinausgehen.Da steht nur die Frage, ob sich aus diesen unterschiedlichen Ausgangssituationen heraus sowas wie ne gemeinsame soziale Bewegung entwickeln kann.

Also so, daß sich die heutige Bewegung sowohl aus Elementen des unmittelbaren sozialen Protestes als auch aus kulturrevolutionären, im weitesten Sinne bildungspolitischen zusammensetzt? Habe ich das richtig verstanden? Und in welchem Verhältnis zueinander befindet sich das? Ist da ein Veränderungsprozess in der Relation dieser Elemente zueinander im Gange?

Hellmut Lessing: Eine Veränderung sicher. Nur, was das Verstehen schwierig macht, ist, daß gerade protestierende und auch rebellierende Teile der Jugend sich selbst im Grunde von ihrem Selbstverständnis her gegen bestimmte Klassifikationen wehren. Sie begreifen sich selbst als Gruppen, die durch ihre Ausdrucksform, durch ihre Lebensform eine bestimmte Kritik an dieser Gesellschaft nicht nur ausdrücken, sondern diese Kritik leben; begreifen das als ein Stück Veränderung, ein Stück Lernen, als eine Situation, die sie für sich erst mal versuchen auszugestalten, häufig unter extrem ungünstigen materiellen und sonstigen Voraussetzungen. Sie sagen häufig — zu recht mein er Ansicht nach — wir lassen uns nicht einfach in irgendein rechts — links — Schema einordnen, sondern wir leben eine bestimmte Kritik so aus, wie wir sie empfinden. Und wenn wir uns jetzt hinstellen und sagen, das ist ehe eine linke Strömung, das ist eher eine rechte Strömung, das ist eine desintegrierende, das ist eine integrierende Strömung, dann treffen alle diese Merkmale im Grunde nicht zu.

Und damit ist noch ein anderes Problem angesprochen, nämlich: daß in diesem — man kann das ja auch als einen Zerfallsprozess begreifen, einen Zerfallsprozess traditioneller politischer Vorstellungen, auch traditioneller Lebensformen und Vorstellungen von Veränderungsstrategien — daß dieser Zerfallsprozess ja einhergeht mit einem gesellschaftlichen Zerfall. Auch gesamtgesellschaftlich gesehen, ist die Situation gekennzeichnet von einem Auseinanderfallen dieser so wunderbaren westdeutschen Gesellschaft in äußerst verschiedene und sich teilweise sogar äußerst haßerfüllt gegenüberste-

Auseinanderfallen dieser so wunderbaren westdeutschen Gesellschaft in äußerst verschiedene und sich teilweise sogar äußerst haßerfüllt gegenüberste-

hende gesellschaftliche Gruppierungen, sprich in Ausländer — um das mal grob und etwas schematisch anzudeuten —, in diejenigen, die über Arbeitsplätze relativ sicher verfügen, die so gesehen also keine Zukunftsprobnleme für sich wahrnehmen, in diejenigen, die Lohnarbeit nur noch zwanghaft erleben, ohne eine Alternative an ihre Stelle setzten zu können usw. Man kann also sagen, daß, was bei den Jugendlichen viel massiver und viel unmittelbarer ausgedrückt und ausgelebt wird, ist im Grunde in der Gesamtgesellschaft auch der Fall. Und das hat damit zu tun, daß das, was die Gesellschaft bisher zusammengehalten hat, gerade diese westdeutsche Gesellschaftstradition, doch im Grunde nichts anderes gewesen ist als zu sagen, wir arbeiten, wir leben hier vom Wirtschaftswachstum. Mit dem Wirtschaftswachstum konnte man die sozialen Probleme bisher soweit minimieren, daß für alle noch irgendetwas übrig blieb. Gut — und jetzt ist auf einmal der Punkt erreicht, wo nicht mehr für alle was übrig bleibt, sondern diejenigen, die viel haben, mehr kriegen, und diejenigen, die nichts haben, noch weniger haben als zuvor und so an den Rand des Existenzminimums gedrängt werden, siehe CDU — Sozialpolitik und vieles andere mehr. Also diese Art von Zerfall und Polarisierung wird von Jugendlichen deshalb viel unmittelbarer ausgelebt, weil sie von ihren Eltern ja noch — da muß man wohl den lebensgeschichtlichen Zusammenhang mit einfügen — mit Erfahrungen konfrontiert worden sind, die im Grunde auf diese Wohlstandsperspektive hinausliefen, diese Erahrungen aber heute schlicht und einfach nicht mehr tragfähig sind.

Manfred Liebel: Das ist ja nicht — traditionelle marxistisch gesprochen — der Gegensatz von Kapitalisten und lohnabhängigen Arbeitern; der besteht, finde ich, weiter. Aber es ist zunehmend problematisch, sozusagen aus diesem abstrakt formulierten Gegensatz heraus jetzt etwa soziale Bewegungen zu erklären,, weil dieser von Hellmut angesprochene Unterschied zwischen denen, die mehr haben und denen, die fast nichts mehr haben, einer ist zwischen denen, die selber in einer beherrschten Situation sind...

...die Jugendlichen...

Manfred Liebel: ...ja, Jugendliche noch mal in besonderem Maße, aber z. T. auch bei Älteren,z.B. im Verhältnis Ausländer — Deutsche , aber auch innerhalb der deutschen Bevölkerung, läßt sich das in etwas abgeschwächterem Maße sehen und verstärkt sich auch. Es findet eine gewisse Polarisierung statt zwischen denen, die noch mehr oder minder vom System profitieren — die zwar keine sichere Existenz haben, auch nichtlangfristig Eigentumsbildung betreiben können, aber die jedenfalls irgendwie mit dem System noch eigene Vorteile verbinden — und denen, die dieses nicht mehr tun und deren Zahl zunimmt. Und das ist auf Jugendliche konzentriert ein besonders gravierendes Problem, weil mit ihnen tendenziell eine ganze Altersgruppe in die Situation gebracht wird, die es nur noch zynischerweise erlaubt, von Randgruppe zu reden.

Ich verstehe das so, daß ihr darstellt: der Protest ist Ausdruck des Zerfalls des herrschenden Konsenses hier in der BRD, was natürlich in letzter Zeit der sozialdemokratische Sozialstaatskonsens war. Das sehe ich auch so. Allerdings betrifft das ja die gesamte Gesell-

BRD, was natürlich in letzter Zeit der sozialdemokratische Sozialstaatskonsens war. Das sehe ich auch so. Allerdings betrifft das ja die gesamte Gesell-

schaft. Wo ist dann die Besonderheit des Jugendprotestes zu sehen?

Hellmut Lessing: Das Besondere des Jugendprotestes ist, daß Jugendliche alle Probleme, die diese Gesellschaft hat, und nicht gelöst hat, auf einmal, in einer Situation, erleben. Erwachsene neigen eher dazu — da sich lebensgeschichtlich Ordnungen und Prioritäten herangebildet haben — Probleme, die sie nicht selbst haben und nicht als die ihren begreifen, von sich abzuwehren. Und das Wichtige des Jugendprotestes ist es je gerade, daß sowohl bezogen auf Arbeit, wie auf Kultur, auf Musik, auf Beziehungen, auf Ökologieprobleme, auf die Frage des militärischen Todrüstens usw. alles als eine gemeinsame Bedrohung erlebt wird. Dennoch werden in jugendkulturellen Gruppierungen immer auch unterschiedliche Prioritäten gesetzt. Jedoch im Unterschied zu Erwachsenen, würde ich sagen, sind diese Prioritäten veränderbar, fließend, sind nicht verhärtet. Aber auch dann bleibt noch das Problem übrig, daß durch die einzelnen Personen hindurch große Brüche existieren; jemand, der sich vorgenommen hat, in diesem System nicht mehr regelmäßig Lohnarbeit zu leisten, ist trotzdem ständig materiell konfrontiert und muß irgendwo seine Knete herholen; man kann sie nicht mit großer Freude vom Sozialamt abholen, es kommt eine ständige existenzielle Unsicherheitssituation dazu. Insofern hat diese Person natürlich gleichzeitig auch wahnsinnige Sicherheitsbedürfnisse, die konträr stehen zu dem Entschluß, ungesichert leben zu wollen. Was ich damit ausdrücken will ist, daß selbst dann, wenn von Gruppen Jugendlicher Prioritäten gesetzt werden — sei es in der Musikszene, sei es auf AKW — Ebene, sei es in der Entwicklung alternativer Arbeis- und Lebensweisen — immer eine Vielzahl von Brüchen, Widersprüchen und Zerrissenheiten vorhanden sind, die auch zu starken Fluktuationen führen. Die Hausbesetzerbewegung ist z.B. in diesem Sinne keine soziale Bewegung, keine homogene Bewegung, die sich irgendwo klassifizieren läßt. Sie ist fluktuierend. Da gibt es Leute, die wieder aussteigen, wieder in Wohnungen zie-



hen, weil sie es anders nicht mehr durchhalten, und es gibt andere, die hinzukommen, weil sie es in ihrem bisherigen Leben nicht mehr aushalten.

Kann man sagen, daß der Zerfall des Konsenses auch bedeutet, daß sich die Jugendlichen heute nach anderen Werten sehnen, daß sie selbst versuchen, andere Werze zu entwickeln, daß sie gleichzeitig da, wo sie die Sicherheitsversprechungen dieser Gesellschaft ablehnen, neue Sicherheit für sich zu entdecken, und somit ansprechbar wäre für das Versprechen 'neuer Sicherheiten' Das wäre für mich eine sehr interessante Frage.

Manfred Liebel: Ich weiß nicht, ob ich das so eindeutig beantworten kann. Also ich denke, wenn man das vorwiegend auf der Ebene von Werten versuchen will zu beantworten, daß das dann schwer beantwortbar ist, weil die Jugendlichen — also wir reden jetzt hier von den Jugendlichen, was ja eine sehr pauschalisierende Bezeichnung ist, die vielleicht bestimmte Tendenzaussagen enthält — also die Jugendlichen ja nicht Werte neu schaffen, indem sie jetzt irgendwelche Manifeste herausgeben oder indem sie programmatische Ziele formulieren. Jugendliche artikulieren sich mehr über Musik und Stilformen als über verbal formulierte Programme. Das muß man praktisch deuten.Das ist nicht in dem Sinne zu deuten, als setzten die Jugendlichen gleichsam an die Stelle der jetzt noch vorherrschenden aber zu Sprüchen gewordenen Werte jetzt ganz andere Werte. Ich denke mir, daß auch Jugendliche nach wie vor befangen sind in dem, was immer noch in dieser Gesellschaft so vorherrschend gemacht und erwartet wird, etwa sich in bestimmten Zusammenhängenleistungsorientiert zu verhalten oder den eigenen Ellenbogen zu gebrauchen. Ich denke mir, daß die Jugendlichen sich da zum aller größten Teil in Lebenssituationen bewegen, die sie selber zwingen, immer wieder verschiedene Anforderungen zu bearbeiten, sich selber zurechtzufinden, und erst eine Position zu entwickeln. Ich denke mir, daß das heutre ffür Jugendliche eine besonders schwierige Geschichte ist und das wohl auch e i n Grund ist, warum diese konservative Argumentation, daß mehr Sicherheit durch neue Sinnstiftung möglich sei, indem man Werte wieder vermeintlich verbindlicher macht, auf den ersten Blick eine gewisse Plausibilität beanspruchen kann. Aber es hat nur solange Plausibilität, wie man im Grunde annimmt, alleine dadurch, daß man Werte nachdrücklicher und lauter propagiert, würden sie glaubwürdiger.

War die APO besser...?

Von der APO wird behauptet, und zwar seitens heutiger Analytiker der sog. Jugendbewegung, die selbst großenteils alte „68er" sind, daß sie einen theoretischen Gegenentwurf zur bestehenden Gesellschaft gehabt habe und überhaupt sehr stark strategieorientiert gewesen sei. Im Gegensatz dazu sei die heutige Jugendbewegung in ihrer Gesamtheit mehr dadurch definierbar, daß sie einen praktischen Gegenentwurf gegen die bestehende Gesellschaft lebe. Seht ihr diesen Gegensatz auch so oder haltet ihr das für eine nachträgliche Interpretation?

Hellmut Lessing: Man kann es sicher nicht mit einem Satz beantworten, aber dahinter steckt natürlich auch eine Selbststilisierung bestimmter APO — Vertreter, die heute die APO im Nachherein als eine theoretisch, strategisch und perspektivisch orientierte Bewegung darstellen. Das war damals nur in Teilen der Fall. Es gab da Gruppen, die sich in diesem Sinne überhaupt nicht in langfristigen Stragegien geäußert haben, sondern die unmittelbare Politik gemacht und das als ihre Hauptsache angesehen haben. Zugleich geht bei dieser Kritik ein wesentliches praktisches Element der APO verloren, nämlich, daß z.B. in der Kritik der familialen Wertorientierung Wohngemeinschaften enstanden sind, in denen in anderer Weise auch beziehungsmäßig gelebt wird. So gesehen gibt es für mich politisch eher verbindende Elemente, da durch die APO in mehrfacher Weise dafür Voraussetzungen geschaffen worden sind, daß heute in wesentlich praktischerer Weise Gegenentwürfe zum herrschenden Leben entwickeltz werden konnten. Mit der APO wurde eine Tradition eingeleitet, die staatliches Handeln prionzipiell hinterfragbar und fragwürdig gemacht hat. Das ist etwas anarchistisches. Und damit hat eine praktische Form der Staatskritik eingesetzt, die sich seit 1968 radikalisiert hat.

Ist das nicht auch eine Frage der Desillusionierung? Ich weiß aus meiner eigenen Geschichte, daß ich damals bei aller Radikalität immer noch die Hoffnung hatte, einiges positiv verändern zu können, und doch heute sehen muß, genau das habe ich eben so nicht können, sondern die Verhältnisse haben sich entgegen den Hoffnungen, die ich hatte, verschlechtert, nach rechts entwickelt, neues soziales Elend gebracht usw. — und die heutigen Jugendlichen haben genau die Möglichkeit, wenn ich das mal so sagen darf, sich solche Hoffnungen zu machen nicht mehr.

Manfred Liebel: Ich würde sagen, es ist da schon ein Unterschied. Aber nicht in dem Sinne, daß man sagen könnte: die Bewegung war theoretisch. Die war nicht theoretisch. Der Unterschied besteht eher darin, daß die Studentenbewegung sich stärker bezogen hat auf den Staat als einen möglichen Träger von Veränderungen, was sich dann z.B. auch ausdrückte in der von gewissen Wortführern hervorgebrachten Parole des ‚Marsches durch die Institutionen'. Der Staat war nicht in dem Sinne der Feind; er war zwar auch der Gegner, aber er war — perspektivisch gesehen — in entsprechend veränderter Form auch der Träger von Veränderungen; das antiautoritäre Element war dadurch auch ein stückweit gebrochen. Und ob man das strategisch nennen will oder nicht, Fakt ist jedenfalls, daß die Studentenbewegung noch einen bestimmten sozialen Ort hatte, von dem sie ausging, wohin sie auch immer wieder zurückkehrte, wo sozusagen ihre kommunikativen Orte waren. Das ist ja heute nicht mehr der Fall. Heute liegt die Universität am Rande der Bewegungen. In den Universitäten findet ja nicht viel Bewegung statt, und selbst wenn Menschen daran beteiligt sind, dann handeln sie weniger im Bewußtsein, Studenten zu sein, als das noch in der sog. Studentenbewegung der Fall war. Also, es gibt da schon gewisse Unterschiede. Heute ist die Hoffnung, daß irgendwie über den Staat etwas verändert werden könnte, gleich Null.

Die Realität: weniger Soziales — mehr Staat

Kann man also sagen, daß das Zerbrechen des sozialdemokratischen Konsenses als einer damals neuen Hoffnung nach dem, was die CDU/CSU uns überlassen hatte, wesentlich ein Zerbrechen von Illusionen und Hoffnungen in den Staat ist und gleichzeitig darüberhinaus eine Demaskierung aller möglichen etablierten Organisationsformen dieser Gesellschaft bis hin zu Organisationen und Verbänden, denen Jugendliche in ihrfer Mehrzahl ebenfalls keine Veränderugskraft mehr zutrauen?

Hellmut Lessing: Ich stimme dem zu. Gleichzeitig taucht ein anderes Problem auf, das in diesem Zusammenhang nicht unberücksichtigt bleiben darf. Der Verlust an Illusionen in staatliche Transformationsmöglichkeiten findet zu einer Zeit statt, in der zugleich der staatliche Einfluß auf alle Lebensbereiche zunimmt. Das ist ein ganz bedrohlicher Gegensatz, der sich hier zeigt, und der politisch auch schwer zu bearbeiten ist. Der Versuch, außerhalb eines staatlich begrenzten engen Handlungsspielraums eigene Politik zu machen, auch nur eigene Lebensweisen zu entwickeln, wird ständig durchkreuzt von massiven staatlichen Einflußnahmen , wie durch unmittelbare oder demonstrative Polizeipräsenz, die überall dort aufgefahren wird, wo das staatliche Legitimationsdefizit schon ganz offen zutage tritt — sei es in Gorleben, sei es bei Häuserräumungen oder durch die Ausdehnung des staatlichen Einflusses durch neue Medien, durch die stärkere sozialpolitische Kontrolle. Also mnan kann sagen: je weniger der Staat das Lebensrisiko absichern kann, umso mehr bringt er die Menschen in unmittelbare Abhängigkeit von sich selbst und kontrolliert sie.

Manfred Liebel: Ja, und diesen Prozess hat die SPD ja sehr stark mit vorangetrieben. Da sehe ich jetzt die Zeit des Übergangs — mal ganz abgesehen vom möglichen Wahlausgang am 6. März — als sehr prekär an. Im Unterschied zur SPD glaubt die CDU viel weniger auf Legitimation angeweisen zu sein, also, die CDU exekutiert, die diskutiert nicht mehr lange. Und das ist u.U. mit Blick auf diese stark von Jugendlichen getragenen Bewegungen insofern ein Problem, weil der Eindruck sich verstärken könnte, sich in einer ohnmächtigen Situation zu befinden. Im Unterschied zu traditionellen klassenkämpferischen orientierten Bewegungen sind diese Bewegungen sehr stark auf symbolische Formen des Widerstands angewiesen, damit zugleich auch angewiesen auf dieses Legitimationsdefizit, genauer das Legitimationsinteresse der staatlichen Herschaftsträger. Und die Annahme, sich im Rahmen eines formalen parlamentarisch — demokratischen Systems legitimieren zu müssen, ist bei der CDU deutlich wesentlich geringer. Da würde ich nicht ausschließen, daß eine Bewegung quasi erstickt wird, zumindest dazu gebracht wird, sich im Kreise zu drehen. In Berlin kann man das beobachten. Mit dem Machtantritt der CDU nach den letzten Wahlen ist die Instandbesetzerbewegung zumindest ins Schleudern gekommen, jedenfalls kurze Zeit danach. Sie hat es nicht geschafft, hierauf irgendeine adäquate Antwort zu finden. Ich kann jetzt auch nicht aus dem Ärmel zaubern, wie diese Antwort hätte aussehen können. Ich hab da gewisse Vorstellungen im Kopf. Ich bin mir aber gar nicht sicher, ob das überhaupt von diesem Teil der Bewegung her möglich gewesen wäre.

Wollt ihr damit sagen, daß das, was man gemeinhin als Staatsverdrossenheit bezeichnet, von einer CDU/CSU oder auch noch weiter nach rechts besetzbar und entwickelbar ist?

Hellmut Lessing: Es gibt bestimmte Gruppierungen von Jugendlichen, die sich der CDU zugehörig fühlen, die das in der tatversuchen. Ich will da jetzt keine großen historischen Vergleiche anstellen, aber es ist kein Zufall — wenn man das mal von der lokalen Situation her diskutiert —, daß die HJ ihr politisches Zentrum von 1933 in den bürgerlichen Bezirken, insbesondere in Zehlendorf, hatte, daß auch in diesen Bezirken heute der Übergang von CDU — nahen Gruppen zu rechtsradikalen Gruppen fließend geworden ist. Es gibt also durchaus Tendenzen, die in diese Richtung weisen, wobei wir momentan noch in der Situation sind, daß dieser CDU — Staat, indem er unmittelbare materielle und sonstige lebensnotwendige Interessen nicht befriedigen kann, ausschließlich auf das Gewaltmonopol setzt. Und mit dem Gewaltmonopol werden demonstrative Übermachtssituationen hergestellt, die jeden, der das miterlebt, ganz klar vor die Ohnmachtsperspektive stellt.



Von Staatsverdrossenheit zum ‚starken Mann'?

Es ist doch so,daß diese Staatsverdrossenheit aktuell erst mal die Verdrossenheit über die aktuellen Formen dieses parlamentarisch — demokratischen Systems ist und über die nicht eingehaltenen Versprechungen, daß die Existenz-Lebens- und Zukunfstfragen im Rahmen dieses Systems lösbar sind. Insofern muß sich die Resignation aktuelle natürlioch gegen eine sozialdemokratische Politik richten, die dieses System zuletzt verwaltet hat. Deshalb noch einmal — schärfer — mein e Frage: glaubt ihr, daß es möglich ist, mit der Ideologie eines von rechts abzulösenden Parlamentarismus, ‚starker Mann' usw., evtl. auch diese Staatsverdrossenheit aufzufangen? Tendenzen seh ich darin — ich betone: Tendenzen — wenn Neo-Nazis heute bei Jugendlichen auftauchen und genau an dem Punkt Zuspruch finden. Sie kommen mit dem Slogan ‚Kameradschaft', was auf die Isolation zielt usw., und ‚Putz, was auf das Ohnmachtsgefühl zielt. Haltet ihr eine solche Entwicklung für möglich oder schließt Staatsverdrossenheit die CDU und ihr — hr sagt — eindeutiges Setzen auf die Macht mit ein?

Manfred Liebel: Also was die CDU angeht, sofern sie jetzt über den Staat Machtpolitik betreibt, so setzt sie zumindest m.E. im Moment nicht darauf, sich eine Massenbasis zu schaffen, so analog etwa zu faschistischen Lösungen, die ja eng verknüpft sind mit einer Mobilisierung der Massen — auch als Legitimation des eigenen Handelns. Ich meine, daß die CDU erstens glaubt, dieses Moment nicht nötig zu haben, weil sie, wie ch schon sagte, im Moment gar keinen Anlaß sieht, ihr Handeln zu legitimieren. Ihre Legitimation sind die Wahlergebnisse, und auf die hofft sie. Und zweitens muß auch die CDU diese Jugendlichen, die du angesprochen hast, Fan-Clubs, Rechte usw. fürchten. Diese Staatsverdrossenheit ist ja keine, die an sich besonders der CDU entgegenkäme, die sich verbinden würde mit bestimmten Vorstellungen über politische Lösungen sozialer Probleme, die etwa sich orientieren würde an früheren faschistischen Modellen oder an einer besonderen autoritären Staatskonzeption. Was sich da ausdrückt in diesen Fußball-Fan-Clubs und diesen Macho-Situationen in den Fußballstadien, das sind gewisse Protestphänomene, die zum Teil benutzt werden von einzelnen Agitatoren aus dem neofaschistischen Lager, denen es auch gelingt, in geeigneten Momenten diese Jugendlichen mit Parolen zu versehen, die dann aufgegriffen werden. Aber ich sehe keinen zwingenden Zusammenhang zwischen der sozialen und der Gefühlslage dieser Jugendlichen und diesen neofaschistischen Lösungen. Ich finde es ein außerordentlich großes Versäumnis — obwohl es die Linken in Deutschland immer schwerer haben —, daß die Linken nicht in der Weise auf die Jugendlichen zugehen, daß sie auch Resonanz finden. Ich finde das heute besonders wichtig, nicht weil die CDU das in nächster Zeit machen wird, sondern weil das auch ganz wesentliche Teile der jungen Generation sind, die wir vielleicht vergessen, weil wir den Blick zu sehr richten auf das, was uns als soziale Bewegung näher zu stehen scheint.

Hellmut Lessing: Das, was als Ambivalenz dabei übrigbleibt, ist das, was sich an den Samstagen in den Bundesligavereinen abspielt, was auch eine Situation von Macht ist. Jugendliche stellen in dieser Situation Macht für sich her und sei es auch nur in einer bestimmten Straße oder in einem bestimmten Verkehrsmittel. Und das ist ein äußerst komplizierter Punkt, weil das Machtgefühl natürlich erst einmal das generelle Ohnmachtsgefühl zur Voraussetzung hat, gleichzeitig aber auch mit einer realen Machterfahrung verbunden ist — und auf dieser Ebene ausbeutbar ist für Neo-Faschisten.

...oder Vorboten neuer Klassenkämpfe?

Der Jugendprotest und seine Verzweigungen — einschließlich der Proteste der Erwachsenen — ist also zunächst einmal Ausdruck des Zerfalls der Sozialstaats- und Klassenversöhnungsideologien, in seiner Richtung aber unbestimmt, ambivalent. Seht ihr die Möglichkeit, daß in den aktuellen Protesten auch Keime neu aufflammender Klassenkämpfe liegen könnten?

Manfred Liebel: Wenn wir traditionell unter Klassenkampf verstehen: ein Kampf der Lohnarbeiter gegen das Kaital und seiner vermittelten Verkörperung im Staat, dann, finde ich, wäre es fahrlässig, hier von Klassenkämpfen zureden. Aber wenn ich berücksichtige, daß sich die Kapitalisierung und Verstaatlichung aller Lebensbereiche des Kapitals verstärkt hat, also nicht mehr einfach gesagt werden kann, es gebe so etwas wie wie einen zentralen Ort des Klassenkampfs, was ja zunächst der Betrieb war, wo dann alle Räder still stehn, dann ist die Vielfalt durchaus auch eine Vielfalt neuer Formen des Klassenkampfes. Es geht um einen Kampf derer, die ausgeschlossen werden und die zu leiden haben unter der Kapitalisierung und Verstaatlichung, gegen diejenigen, die genau diese Politik und diese Praxis betreiben. Und insofern sind alle diese verschiedenen Kämpfe — auch die, die sich eher ökologisch oder als Friedensbewegung darstellen oder als Bürgerinitiative zu bestimmten Fragen — im Großen und Ganzen als ein Bestandteil von Klassenkämpfen in der m.E. heute adäquaten Form zu begreifen. Das heißt aber auch, daß es nicht darum gehen kann, irgendwie diese Kämpfe zentralisieren zu wollen, sondern daß die Chance, daß sie Einfluß gewinnen, statt in einer Zentralisierung in einer möglichen Gleichzeitigkeitz bestehen. Ich würde sagen, die Chancen der Instandbesetzer wären wesentlich größer, wenn sich gleichzeitig in Berlin auch an anderen Stellen sichtbarer Widerstand entwickeln würde. Aber ein entsprechender Erfahrungsprozess hat erst begonnen.

Weimarer Vehältnisse unter der Jugend — passé?

Ich nehm das Stichwort so auf, hoffnungsvoll, nehm ich's, daß der Erfahrungsprozess erst begonnen hat und möchte dann gern eine weitere Frage stellen, und zwar: seht ihr Vergleichsmöglichkeiten zwischen der heutigen Bewegung in der Jugend und der Bewegung in der weimarer Zeit, oder glaubt ihr, das gar nicht vergleichen zu dürfen? Insbesondere würde mich interessieren, welche Unterschiede ihr in der Haltung der Jugend zur Familie seht. Eine der zentralen Parolen der HJ war ja „Jugend führt Jugend", was nur denkbar war vor dem Hintergrund einer autoritären Familienstruktur, die noch direkt aus Kaisers Zeiten kam.

Hellmut Lessing: Ich gehe davon aus, daß die Autoritätsproblematik in den zwanziger Jahren einen wesentlich zugespitzteren Ausdruck erfahren hat als das heute der Fall ist. Anders gesagt: autoritäre oder hierarchische Strukturen haben gewissermaßen zum gesellschaftlichen Normaltatbestand gehört. Es waren nicht nur die Familien, die autoritär strukturiert waren.Es war vielmehr so, daß autoritäre und hierarchische Strukturen zum Alltagsbestandteil der Gesellschaft gehört haben. Es war auch nicht nur der Betrieb. Es waren ebenso die Nachbildungen der betrieblichen Hierarchie in den Organisationen der Arbeiterbewegung und der Arbeiterjugendbewegung, was damals nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von den Kommunisten als politische Notwendigkeit immer wieder legitimiert worden ist. Dagegen gab es nur relativ wenige Gruppierungen, die sich dieser Hierarchie nicht unterworfen haben, z.B. einige Gruppen der Lebensreformbewegung, der libertären Bewegung, besonders in den relativ klein gebliebenen Gruppen libertärer anarcho — syndikalistischer Organisationen.

Welchen Unterschied macht ihr zu heute?

Hellmut Lessing: Der Unterschied zu heute liegt darin, daß die gesellschaftliche Absicherung autoritärer Strukturen so nicht mehr existiert. Da ist in der Tat etwas durch den Nationalsozialismus und durch die Erfahrung mit „dem Führer" passiert. Das Führerprinzip ist sinnlich nicht mehr existent — sei es in dem Arbeiterführer oder in der Perversion des Arbeiterführers in den Organisationen des Nationalsozialismus.

Manfred Liebel: Damals war das selbstverständlich, dab eben geführt werden mußte. Das drückt sich ja auch in dem Slogan aus „Jugend führt Jugend". Da wird auf den ersten Blick sowas wie Autonomie angesprochen.Beim genauen Hinsehn soll da eben auch geführt werden, und ich finde, genau da ist eine ziemlich gravierende Differenz zu den heutigen Bewegungen unter Jugendlichen, wo genau das Geführt-Werden-Sollen sehr vehement abgelehnt wird. Man kann das vielleicht nicht so generell auf alle Gruppen von Jugendlichen beziehen, weil sich auch heute Autoritätsverhältnisse ein Stück weit in Jugendgruppen reproduzieren, z.B. in Rockergruppen, in Motorradclubs, Faßballfan-Gruppen uam. Da reproduzieren sich gewisse Autoritätsverhältnisse, aber ich habe den Eindruck, daß es auch dort nicht in dem Sinne geschieht, wie das in der Weimarer Zeit, und dann erst recht im Faschismus, vertreten und praktiziert worden ist. Dauerhaft anerkannte Führerfiguren, von denen man sich über eine Identifikation mit ihnen führen läßt, sind nicht vorhanden. So etwas wie die Verherrlichung des Führenden läßt sich — soweit ich da überhaupt einen Einblick habe — in dieser Weise selbst in auf den ersten Blick autoritären Jugendgruppen nicht mehr finden. Sofern da einzelne Jugendliche eine besondere Rolle spielen, kann es von heute auf morgen eschehen, daß die die Anerkennung verlieren.

Hellmut Lessing: Im Zusammenhang mit dem Macht-Ohnmacht-Dualismus entsteht eine Situation, in der hierarchisch organisierte Jugendgruppen wieder Fuß fassen können. Den Unterschied zu 1928 kann ich jetzt nicht konkret entwickeln. Das hat was mit den

Ausgrenzungsprozessen, denen Jugendliche heute generell unterliegen, zu tun. Dabei ist wesentlich, daß diese Ausgrenzung verbunden ist mit einer übermächtigen Staatsreaktion. Diese stellt nicht nur eine Überreaktion dar, sondern ist gleichzeitig auch eine Machtdarstellung, die Ohnmacht vermitteln soll. Das ist eine bewußte Strategie. Und das hat was zu tun mit Rechtsradikalen oder in diese Richtung gehende Gruppen. Die real, ,,objektiv'' existierende Ohnmacht von Jugendlichen im Stadion oder auf dem Weg dahin wird umgewidmet, indem Jugendliche eine Machtsituation für sich herstellen. Und diese Machtsituation ist nicht nur autoritär, ich würde vorsichtiger sagen, sie ist hierarchisch, d.h. die Machtstrukturen sind gegenüber früher eben äußerlich.

Das Führerprinzip diskreditiert...?

Würdet ihr das so sehen, daß die aktuelle Staatsverdrossenheit und der Zerfall des Konsenses der BRD als der besten aller Welten noch ergänzt wird durch die Ablehnung historischer Staatsrealität, speziell des Faschismus und des durch ihn vertretenen Führerprinzips?

Manfred Liebel: Ja, es ist in dem Sinn nicht mehr gültig, als eine bestimmte Ideologie in den Köpfen und im Gefühlsleben verankert wäre, daß es sozusagen selbstverständlich wäre, einen Führer haben zu müssen. Aber den Mechanismus, den Hellmut beschrieben hat, den würde ich doch auch so sehen, daß in der besonderen Situation, in der Jugendliche sich befinden, aus dem Gefühl der Ohnmacht wenigstens das Gefühl von Macht und Einfluß haben zu wollen, Strukturen reproduziert werden, die in der Gesellschaft vorhanden sind. Sie ist ja nicht baisdemokratisch strukturiert, sie ist ja in vielem hierarchisch und machtmäßig strukturiert, und ich finde, daß da auch ein Problem liegt bei einer ganzen Reihe von Jugendlichen das Fan-Typs. Es ist ja kein Wunder, da sie in einer ganz bestimmten Umgebung aufwachsen, daß sie dann auch zurückgreifen auf bestimmte Verhaltensmuster, die sie selbst auch erleben, nur versuchen anders — um es mal so zu legen — mit Leben zu füllen. Ihre Agressivität, die sie ausleben wollen, greift zwar zurück auf bestimmte Muster, z.B. in der Ausländerfeindlichkeit. Das ist ja auch ein Stück Herrschaftsmechanismus dieser Gesellschaft. Das wird von diesen Jugendlichen häufig aufgegriffen und wirkt sich darin aus, daß sie eben auf die Ausländer losgehen, aber ich würde diese Ausländerfeindlichkeit jetzt nicht als Ausfluß einer bestimmten Ideologie, die die Jugendlichen verinnerlicht hätten, begreifen, sondern begreifen im Moment des Konflikts, wo sie sich selber auch zeigen wollen, daß sie nicht ohnmächtig sind — dann greifen sie auf diese vorherrschenden Muster zurück. Das ist sicher auch eine Gefahr,
ohnmächtig sind — dann greifen sie auf diese vorherrschenden Muster zurück. Das ist sicher auch eine Gefahr,
weil es diese Jugendlichen ein stückweit verfügbar macht. Und das ist schon eine besondere Gefahr, wo zurückgegriffen werden kann auf sowieso verbreitete Denkmuster und Vorurteilsstrukturen in der Gesellschaft. Denken wir nur daran, daß der Herr Strauß, den wir vielleicht bald als staatstragenden Hintergrund-Kanzler genießen müssen, unangefochten mit Blick auf linke Kritiker von ,,entarteter Kultur'' schwadronieren kann.

Ich habe die Erfahrung gemacht, daß da, wo der Faschismus tatsächlich als Ideologie diskreditiert ist, genauer: solange das noch so ist, es dann auch relativ einfach ist zu sagen: er tritt ja auf wie Hitler. Damit war es möglich, solche Leute anzugreifen. Inzwischen ist es ja so, daß viele Jugendliche mit dem Satz ,Der tritt auf wie Hitler' gar nichts mehr anfangen können — oder sogar eher umgekehrt, daß sie sagen: den Scheiß kriegen wir in der Schule ständig erzählt. Das wollen wir nicht mehr hören. Da wollen wir doch grade auftreten wie der, allein schon, um die Lehrer anzumachen. Angesichts dieser Schwierigkeiten, den Faschismus als historische Erfahrung zu diskreditieren, habe ich etwas Widerspruch zu dir, daß du m.E. etwas zu leichthin sagst, diese autoritären Strukturen könnten nicht wieder ideologisiert auftreten.

Hellmut Lessing: Das ist aber nicht der Punkt, um den es momentan geht. Es gibt natürlich die Träger dieser Ideologie. Sie sitzen bei der ANS oder NSDAP/AO, DVP, bei Personen wie Michael Kühnen. Und es gibt natürlich Faschisten, die die Ideologie auf die heutige Situation hin weiterentwickeln, sei es in ökologischen wie auch in Friedensgruppen. Aber ich würde dennoch nicht sagen, daß das das gegenwärtige Problem ist. Dies würde ich ganz anders festmachen. — Gut, wenn du die jetzt nicht mehr existierende Real-Erfahrung mit dem Faschismus und seinen Folgen bei Jugendlichen ansprichst, dann möchte ich einwenden, darüber ließe sich leichter reden, wenn ich nur irgendwo auf dem Hintergrund der deutschen Tradition den Eindruck hätte, daß es über die Generationen weg eine Verarbeitung des Faschismus und des Krieges gegeben hätte. Ich gehe davon aus, daß hier die Erfahrung nicht vermittelt worden ist, sondern daß sich ein riesiges Schweigen darüber ausgebreitet hat. Und dieses riesige Schweigen tritt jetzt auf einmal nach fast zwei Generationen wieder hervor in provokatorischen Handlungen von Jugendlichen. Dies berichten ja häufig gerade Lehrer und Sozialarbeiter über Jugendliche, die mit den Nazisymbolen durch die gegend rennen, sich damit sogar verbal identifizieren, aber dennoch häufig nichts damit im Sinn haben, sondern in der Provokation so etwas wie eine Umwidmung der Werte für sich versuchen. Das ist sehr kompliziert: sie provozieren, sie wollen mit der Provokation etwas erfahren über die Symbolik, auch über sich selbst und stellen damit die Werte, die sie mit dem Symbol ausdrücken wollen, zur Diskussion. Es wäre völlig falsch, Jugendliche generell, wenn sie in diesem Prozess der provokatorischen Auseinandersetzung sich befinden, als potentielle Neo-Nazis oder irgendwans dergleichen zu stigmatisieren. Dennoch bin ich mir darüber im Klaren, daß dies in der Realsituation schwer auseinanderzuhalten ist. Das zu entschlüsseln, was da passiert, ist heute unglaublich kompliziert. Aber das hat, glaube ich, was zu tun mit diesem verhängnisvollen Schweigen. Die Jugendlichen sind deshalb heute erfahrungslos gegenüber dem Nationalsozialismus, weil ihre Eltern auch keine Erfahrungen hatten und ihre Großeltern auch nicht, selbst wenn sie das direkt erlebt haben.

Manfred Liebel: Das Schweigen setzt sich ja heute fort. Wenn da in Fußballstadien viele hunderte von Jugendlichen den Arm zum Hitlergruß hochreißen und Sieg-Heil rufen, wie das praktisch jetzt in allen Stadien geschieht, dann ist das ein Ausdruck des jahrzehntelangen Schweigens und Verdrängens. Das Schweigen setzt sich auch in dem Sinne fort, daß in keiner Weise dazu öffentlich Stellung genommen wird etwa von Seiten derer, die diese Fußballspiele organisieren, daß man so tut, als gäbe es das gar nicht. Ich meine nicht, daß die Jugendlichen, die ,,Sieg-Heil'' in den Stadien brüllen, alles Faschisten sind, das auf keinen Fall, aber es gibt sozusagen eine massenhafte Dimension in bestimmten Situationen, die einen qualitativen Sprung hervorrufen könnte. Solche Massenerlebnisse prägen auch ein stückweit, verfestigen auch Stimmungen, die sich dann in anderen vergleichbaren Situationen wiederbeleben könnten, nicht auf Einzelne beschränkt bleiben.

Protest durch Provokation?

Ich will noch mal zu dem Begriff Provokation zurückkommen. Ich denke, daß man dem Schweigen, von dem ihr gesprochen habt, noch etwas anderes hinzufügen muß. Nämlich, daß Jugendliche mit einer Art von ,Bewältigung' des Faschismus konfrontiert sind, die sehr wohl reden bedeutet, aber die den Faschismus darstellt als Totalitarismus zum einen, tendenziell sogar so, daß die Kommunisten daran Schuld haben, zum andern erleben sie, daß die gesellschaftliche Realität mit dem, was ihnen die Lehrer als Antifaschismus vorsetzen, überhaupt nicht übereinstimmt, und die Sprüche als blanke Lüge vor ihren Augen entlarvt. Von daher muß natürlich die Opposition gegen diesen offiziellen Antifaschismus notwendigerweise zu Provokationen führen.

Hellmut Lessing: Das kann ich in zwei Punkten noch genauer kennzeichnen. Mit Schweigen meinte ich nicht nur das Nicht-Verbalisieren, sondern die familiale und die gesamtgesellschaftliche Situation des emotionalen Schweigens, des Tabus, das über dieser Zeit liegt; ich meine die Nicht-Vermittlung von Erfahrung. Die zweite Komponente in Deutschland war, daß das Schweigen über den Nationalsozialismus auch von den westlichen Besatzungsmächten belohnt wurde. Mit dem kalten Krieg war es völlig klar, daß der neue Feind bereits im eignen Land stand, und damit mußte an das, was drei Jahre vorher geschehen war, keiner mehr zurückdenken. Wasich in diesem Zusammenhang noch sagen möchte ist, daß dieses Anknüpfen an die Kalte-Kriegs-Tradition bis heute in der ,,politischen Weltkunde''(als Schulfach) dominiert. Wenn Schüler jetzt mit historischen Erfahrungen konfrontiert werden, sind es totalitaristische Ideologien. Dazu kommt als erschwerender Faktor, für die Lehrer beispielsweise, die sich diesem Weltbild nicht unterwerfen, der Zwiespalt, wie ein Lehrer, der für die Schüler immer auch eine Un-Person ist, d.h. eine Person, die Zensuren gibt, die selektiert, bewertet, Sanktionsinstrumente hat, über Zukunftschancen verfügt, in dieser Situation glaubwürdig historische Wahrheiten vermitteln kann. Ich meine, daß nur die Lehrerin oder der Lehrer aus dieser Schere rauskommen, die entweder durch Zufall oder durch eigenes Zutun über den Unterricht hinaus Beziehungen zu den Schülern eingehen, die so etwas wie ein Vertrauensverhältnis zwischen Schülern und Lehrern zur Folge haben. Dann kann es gelingen, Antifaschismus auch emotional erlebbar und nachvollziehbar zu machen.

Sind Ganzheitsversprechen attraktiv?

Wir haben jetzt herausdiskutiert, daß der Zustand der verschiedenen Jugendlichen unmittelbar zusammenhängt mit dem Zerfall des geltenden parlamentarisch-demokratischen Konsenses, Stichwort: fdGO und Sozialstaatsideologie, und nun auch noch mit der Unmöglichkeit, sich mit der eigenen Vergangenheit zu identifizieren, im Gegenteil, einer diskreditierten Vergangenheit gegenüberzustehen, Stichwort: Führerprinzip. — also alles in allem eine Welt für Jugendliche, eingeschlossen noch die Zukunftsaussichten, in der überhaupt keine Sicherheiten, weder materielle noch ideologische, vorhanden sind, bzw. sogar och abnehmen. Ist es nicht denkbar, daß gerade diese Situation eine ganz gefährliche Dialektik hervorbringt: in dem Maße wie die Sicherheiten flöten gehen, wächst auf der anderen Seite das Ver-
Dialektik hervorbringt: in dem Maße wie die Sicherheiten flöten gehen, wächst auf der anderen Seite das Ver-
langen nach neuen ganzheitlichen Weltbildern, ganzheitlichen Erlebniszusammenhängen, totalen, geschlossenen Welterklärungen, die allen möglichen Ersatz- und Heilslehren neuen Boden verschafft, wie das beispielsweise, wenn ich das richtig sehe, diesen Punkt betreffend auch der Jugend der Weimarer Republik passiert ist.? Der Faschismus ist ja so gesesehen — und vielleicht etwas zugespitzt formuliert — für viele eben auch vom ideologischen her das starke mystische Ganzheitserlebnis gewesen und zugleich die Überwindung des eigenen Ohnmachtsgefühls durch die scheinbare Beteiligung, z.T. auch reale Beteiligung, an der kollektiven Macht und Weiteroberunbg usw., einschließlich all der Einzelfragen von Führer, Gewalt und darin angelegten Identifikationsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang sehe ich heute wieder große Gefahren, ohne von einer direkten Wiederholung historischer Formen reden zu wollen. Wie seht ihr das?(langes nachdenkliches Schweigen).



Manfred Liebel: Also ich will die Gefahr nicht irgendwie wegdiskutieren. Ich bin mir da eben auch in der Einschätzung nicht so sicher. Aber ein stückweit muß man auch davon ausgehen, daß diese Ganzheitserlebnisse, die etwa der Nationalsozialismus vielen Menschen und gerade vielen Jugendlichen vermittelt hat, daß das davon abhängig war, daß die Zeit damals viel stärker von Ideologien bestimmt war, als es heute der Fall ist. Ideologie meine ich im Sinne von sich selber geschlossen darstellenden politischen Ideologien. Ich meine, daß solche politischen Ideologien heute bei den meisten Jugendlichen keine Resonanz mehr finden, daß die Jugendlichen sich damit identifizieren würden. Ich würde eher sagen, daß die Unsicherheit, die sich auch heute bei Jugendlichen findet, eher punktuell aufgegriffen werden könnte, auch vielfach aufgegriffen wird, um Jugendliche für bestimmte Dinge zu mobilisieren, möglicherweise sogar streckenweise zu begeistern. Aber was heute, glaube ich, nicht mehr gelingt, so wie es damals gelungen ist, zumindest für einige Jahre, das ist, Jugendliche zu binden. Ich glaube, daß Jugendliche bei aller Unsicherheit, die sie heute empfinden mögen, sich heute nicht mehr über Ideologien binden lassen und auch nicht mehr über Führerfiguren, mit denen man sich identifizieren soll. Unter Jugendlichen ist heute eher die Tendenz vorhanden, irgendwie was selber zu machen, also jedenfalls nicht mehr sich irgendjemand so in die Arme zu werfen, im Vertrauen, dann ginge alles besser. Da ist, glaube ich, das Mißtrauen zu gegenwärtig.

Auch über Generationen hinweg als Generationserfahrung?

Manfred Liebel: Auch als Generationserfahrung. Ich finde, daß Jugendliche heute, auch die sog. rechte Szene, von einem Mißtrauuen geprägt sind. Die Staatsverdrossenheit, die heute vorhanden ist, enthält eben gerade auch ein Mißtrauen gegenüber den von außen kommenden, sich so ganzheitlich darstellenden Orientierungsangeboten.

Aber was sagst du zu Phänomenen wie Poona, Scientology Church und und und, religiösen Angeboten, die Massenzulauf haben, dann eben auch die Massenentwicklung bei diesen Fan-Geschichten. Sicher ist das nicht in allen Fällen eine geschlossene Ideologie, aber es ist doch offenbar so, daß man mindestens die Bereitschaft erkennen kann, sich eben solchen Erlebnissen hinzugeben, sie zu suchen.

Hellmut Lessing: Trotzdem begreife ich das nicht in der Weise, daß nun dauerhafte Bindungen eingegangen werden. Das ist wohl nur bei relativ wenigen der Fall. Sondern für viele, sowohl die, die Sanyassin geworden sind, sich einer bestimmten Szene zuordnen — das gilt auch für die linken Szenen bei Jugendlichen — begreifen das für sich nur als ein Durchgangssatdium. Es
— das gilt auch für die linken Szenen bei Jugendlichen — begreifen das für sich nur als ein Durchgangssatdium. Es
entspricht einer bestimmten Lebensphase oder einem bestimmten Zeitabschnitt, heißt aber nicht, daß da etwas Dauerhaftes an Bindungen an eine Organisation, an eine Gruppe oder Ideologie eingegangen wird. Die Bindung bleibt auch gleichzeitig peripher. Wenn ich das trotzdem mit einer Gesamtentwicklung in Beziehung bringe, bleibvt das Phänomen übrig, daß periphere Bindungen mit den Versuchen verknüpft sind, für sich selbst etwas zu schaffen. Und da sehe ich die größere Problematik, das Risiko darin, daß trotz vieler Selbstorganisationsersuche, seien sie sehr bewußt hergestellt oder nicht, der staatliche Einfluß auf die Lebensbereiche nicht nur zugenommen hat, sondern unmittelbarer auch der Zugriff des Staates in alle Lebensbereiche hinein möglich geworden ist — Stichworte: Polizei, Verdatung, Entrechtung uam.

Konfrontation oder Integration?

Ihr zieht aus der Vergangenheit und noch in die Zukunft hinein die Konfrontationslinie an der Staatsfrage. Das bedeutet auch, daß sich genau an dieser Frage die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Jugendlichen (sowie auch Älteren) verschärfen könnten oder mindestens hier Entscheidungen fallen, wo man steht und wo man nicht steht. Das entspricht auch meiner Erfahrung. Und ich denke, daß die staatlichen Organe und ihre ideologischen Vertreter das auch so sehen und die Politik entsprechend gemacht wird. Soweit ich die ganzen Jugend-Enqueten usw. verstanden habe, machen sie sich darüber die Hauptgedanken, wie sie insbesondere die Staatsverdrossenheit integrieren können. Kann der Staat das eurer Meinung nach schaffen, die Jugend an seine Ziele — wohlgemerkt nicht nur abstrakt an irgendeinen Staat —.zu binden? Wie schätzt ihr diesbezüglich die Politik der SPD ein?

Manfred Liebel: Ich gehe davon aus, daß das, was der SPD mit weiten Teilen der Studentenbewegung gelungen ist, nämlich sie über die Jusos zu integrieren, daß das heute mit den Jugendlichen nicht mehr möglich ist — auch nicht in der Opposition. In dem, was wir heute so etwas euphemistisch soziale Bewegung nennen, ist inzwischen ein Mißtrauenskomplex so weit entwickelt, daß zumindest bezogen auf die Sozialdemokratie die Desillusionierung inzwischen so tief sitzt und sich auch tardiert, daß die SPD einfach als Partei für sehr viele Jugendliche absolut indiskutabel geworden ist. Als Partei eh, aber auch als ein Faktor, in den man Hoffnung setzt, sei es an sozialer Orientierung, sei es an besserer Zukunft usw. Das hängt ja auch sehr eng damit zusammen, daß das Denken unter Jugendlichen heute ,überhaupt nicht mehr wie noch vor 15 Jahren die Hoffnung mitenthält, daß diese Gesellschaft sich sozusagen fortschreitend weiter entwickeln würde und man einen solchen Prozess auch selber beeinflussen könnte — das hatte ja der SPD vor 15 Jahren die Chance vermittelt. Sie war ja selber sozusagen aufsteigende Partei, was ihren Staatseinfluß anging, und als aufsteigende Partei hat sie eine gewisse Faszination auf Jugendliche ausgeübt, die dachten, jetzt kann es vielleicht noch mal klappen. Und das ist ja heute nicht mehr der Fall. Die SPD ist zerschlissen und kann kaum noch was anbieten.

Ein Problem stellt sich in diesem Zusammenhang mit der grünen Bewegung und den Alternativen. Die stellen für Teile von Jugendlichen eher so ein Bindeglied dar, wo die konstruktive Lösung oder die kleine Veränderung noch für möglich gehalten wird. Aber ich glaube nicht, daß die Grünen eine Jugendpartei in dem Sinne werden, sind es ja auch heute nicht. Sie sind eine Partei, nicht ausschließlich, aber schwergewichtig derer, die heute so n dem Alter zwischen dreißig und vierzig sind.

Das steht doch eigentlich sehr stark im Widerspruch zu den grundsätzlichen Ausführungen, die wir vorher diskutiert haben, nämlich daß die Jugendlichen ein abgrundtiefes Mißtrauen gegen alles Etablierte haben, also einschließlich dessen, was sich jetzt Grüne Partei nennt.

Hellmut Lessing: Gegenüber dem etablierten Parteienspektrum scheint es mir klar zu sein, daß viele Jugendliche begriffen haben, daß sie dort nur als Kalkül existieren. Wenn man das nurmal an der sog. Dialogstrategie der letzten zwei Jahre nachvollzieht, dann weiß jeder, daß es sich hier um Pseudodialoge gehandelt hat. Die waren arrangiert und vonvornherein vom Er-
weiß jeder, daß es sich hier um Pseudodialoge gehandelt hat. Die waren arrangiert und vonvornherein vom Er-
gebnis her fertig.

Das waren klare Inszenierungen der Parteien und Jugendliche haben sich total bescheuert gefühlt, wenn sie daran teilgenommen hatten, und glaubten, sie könnten da wirklich mit jemanden diskuieren. Was aber bei den Grün-Alternativen das Problem ist, ist, daß da ja eine viel größere Erwartung von Jugendlichen, auch von Gruppen, Szenen an die Bewegung gesetzt wird, zugleich aber diese Bewegung sich schwer tut mit Jugendlichen, die sich nicht in der Weise politisch artikulieren, wie das erwartet wird, und sich schlicht und einfach nicht an die Regeln halten, die auch innerhalb der grünen und alternativen Gruppen gelten.

Die CDU entwickelt ja neuerdings Parolen wie ,,für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht'', ,,überschaubare Räume'', ,,mehr Mitmenschlichkeit'' usw. Das sind Parolen, die doch sehr genau auf die Situation von Jugendlichen zielen. Das wird verbunden mit einer Kritik an der SPD, die mit einer angeblich sozialistischen Fortschrittsgläubigkeit für diese ,,kollektivistischen'', ,,nivellierenden'', entmenschenden'', ,,bürokratisierten'' etc. Verhältnisse verantwortlich sei. Kann eine solche Argumentation nach eurer Meinung bei Jugendlichen ankommen?

Manfred Liebel: Die vorherrschende Auffassung ist wohl eher, daß diese Reglementierungen nicht nur die der SPD sind, sondern genauso auch von der CDU gekommen sind, da wo sie den Staat auch vertreten hat, bzw. wo sie über Staat gehandelt hat. Insofern ist die CDU nicht minder als die SPD diskreditiert, zumindest bei den Gruppierungen von Jugendlichen, die selbst manifest Vorstellungen entwickelt haben von diesem anderen Leben, das sie

Jugend

sich wünschen. Ein Problem auch für diese Gruppierungen — die ja nicht die Mehrheit der Jugendlichen umfassen — liegt da, wo sie zur eigenen Reproduktion auf staatliche Ressourcen angewiesen sind, also die berühmte Diskussion um die Staatsknete. Es mag sein, daß da sich an die Phraseologie der CDU zeitweise gewisse Hoffnunmgen knüpfen, daß hier die CDU im Sinne einer Entbürokratiesierung der Gesellschaft die Selbsthilfepotentiale und damit diese Gruppierungen stützt. Aber ich glaube, daß zumindest aus der Berliner Perspektivbe bereits wieder ein Erfahrungsprozess gelaufen ist, seit die CDU hier jetzt seit anderthalb Jahren an der Regierung ist. Da ist für den letzten deutlich geworden, daß die Versprechungen der CDU Demagogie sind und daß die Gruppen in keiner Weise davon profitieren.

Kannst du das etwas genauer darstellen?

Manfred Liebel: Der CDU Senat hat vor ungefähr anderthalb Jahren, ausgelöst durch eine Große Anfrage der CDU im Abgeordnetenhaus sein Verhältnis zur Alternativbewegung dargelegt. Da ist alles an alternativen Gruppen mit aufgeführt worden, als sei es das Verdienst der CDU, daß sowas entsteht. Das hat ja die SPD früher auch schon gemacht, zumal wenn die Gruppierungen im sozialen Bereich oder im Bildungsbereich aktiv geworden sind. Das war dann eben i h r Verdienst. Das hat die CDU nun genauso gemacht. Und sie hat ein Programm entwickelt, daß darin gipfelte: es werden einige Millionen zur Verfügung gestellt, um Alterntivgruppierungen zu unterstützen. Konkret ist das dann so gelaufen, daß letztlich die CDU sich auch gar nicht getraut hat, wahrscheinlich ja auch von vornherein nicht vorhatte, dieses Geld jetzt wirklich n Gruppierungen zur Selbstverwaltung zur Verfügung zu stellen, sondern sie wollte es über die ihr vertrauten Wohlfahrtsverbände verteilen lassen. Die werden als staatsfreie Selbsthilfe-Organisationen dargestellt, während sie der facto, wie man weiß, quasi staatliche Institutionen sind, die seit langem von staatlichen Geldern gelebt haben und auch ähnliche Strukturen wie die staatlichen Bürokratien aufweisen. Das ist dann die ‚Lösung' gewesen, und zugleich wurde der Betrag reduziert. Das heißt, die CDU konnte ihre Phraseologie gar nicht in die Praxis umsetzen, konnte gar nicht die Erfahrung ermöglichen, daß man mit dem CDU-Senat besser läuft, da eher eine Chance hat, wirklich ein anderes Leben zu entwickeln, da eher eine Chance hat, den Staat von sich fern zu halten. Diese Erfahrung ist ja mit dem CDU-Staat absolut nicht zu machen, im Gegenteil: unter der CDU rückt der Staat sogar noch ein Stückchen näher, wie z.B. die Polizeipraxis zeigt. er polizeiliche Zugriff wird eskaliert in einer viel schärferen und kaum noch an Legitimationsversuche gebundenen Weise.

welche Bedrohung der Faschismus von 1933 gewesen ist und wir wissen eben auch, daß die Entwicklung von Widerstand offensichtlich nicht ausgereicht hat, um eine lebendige Kraft auch z.B. auf dem Land dem Faschismus gegenüberzustellen. D.h., es ergibt sich auch nachträglich keine Logik der Zweiteilung, sondern gerade heute ist die Bedrohung in allen Fragen weltweit. Es reicht nicht auszusagen, das mache ich zu meiner Hauptaufgabe und da will ich mich beteiligen, sondern es ist die Hauptaufgabe, alle diese Bedrohungen abzuwehren, aber ich werde sie auch nur abwehren können, wenn ich mich daran beteilige und die Leute unterstütze, die gleichzeitig für sich neue Lebens und Politikformen suchen.

Manfred Liebel: Für mich ist noch ein wesentlicher Punkt,was sich perspektivisch entwickeln könnte und müßte. Es sind nicht einfach Jugendprobleme, um die es geht. Sie werden von Jugendlichen vielleicht in einer zugespitzten Weise erfahren und sensibler wahrgenommen. Aber im Hinblick auf die Bestimmung einer eigenen Position, die auch Perspektiven beinhalten müßte, ist es für mich notwendig, daß man nicht nur auf die Jugendlichen starrt und meint, die Jugendlöichen würden das schon machen oder man würde auch meinetwegen zusammen mit den Jugendlichen machen. Jugendliche mögen noch so engagiert und entschlossen in ihrem Handeln sein und noch so kreativ in dem Entwickeln von Alternativen für ihr eigenes Leben, aber eingegrenzt als Jugend wird sie ohnmächtig bleiben und nur die Polarisierung noch verstärken, die sich eh schon entwickelt hat. Es gibt ja auch gerade unter den Älteren viele, die von der Entwicklung des Systems sehr wohl profitieren, und andererseits die, die von der Entwicklung bedroht sind wie Jugendliche auch. Auch bei vielen Älteren ist ein Gefühl der Bedrohung da, dieses Gefühl drückt sich nur nicht in der spektakulären Weise handelnd aus. Man kann cht nur aufhalten wollen, man muß auch zeigen, wofür es eigentlich zu leben lohnt, wohin sich eigentlich das Leben entwickeln könnte. All das, was bisher formuliert worden ist, sei es in der Ökologiebewegung, sei es in der Friedensbewegung, ist ja formuliert worden unter dem Gesichtspunkt, wir müssen etwas verhindern: wir müssen die weitere Zerstörung verhindern, wir müssen den Krieg verhindern. Und die überkommene Lösung, zu sagen: unsere Perspektive ist der Sozialismus, ist heutzutage eine ideologische Hülse, jedenfalls ist das sehr schwer in der Weise mit Inhalt heute zu füllen, daß es die Menschen mit ihrem Leben irgendwie in Verbindung bringen könnten. Das ist m.E. eine Art Hauptaufgabe, daß man versucht, hier Perspektioven zu formulieren. Ich sehe da auch keine andere Möglichkeit als zu gucken, was bereits an Ansätzen da ist — aber ich kann das jetzt nicht weiter konkretisieren.

Ich kann das nicht im Nachhinein moralisch kritisieren, aber ich muß einfach feststellen, daß es so gewesen ist. Und ich glaube, da liegt nicht nur ein Problem der Hausbesetzerbewegung ,sondern auch ein Problem einer linken Sympathisantenschicht, die, als sie gemerkt hat, es gibt Schwierigkeiten, auch innehalb der Hausbesetzerszene, sich wieder rausgezogen hat und ihren linken Alltag weitergemacht hat. Und da komme ich zu dem andern Punkt, der hier angeschnitten worden ist, zu der Gewaltfrage. Die Erosion der Solidarität mit den Hausbesetzern von Seiten einer relativ etablierten Linken begann, als diese Linke die Gewaltfrage, die die Hausbesetzer gestellt hatten, als unberechtigt und als nicht den momentanen Prioritäten linker Politik enstsprechend begriffen hat. Die Gewaltfrage ist in diesem Zusammenhang ein ganz entscheidendes Element, um auch die Frage der Unterstützung und die linker Solidarität zu stellen.Ich gehe davon aus, daß die Gewaltsamkeit des Protestes in der linken Szene bei Jugendlichen zwar im Moment nicht eruptiv hervorbricht, aber durch den Zwang der Verhältnisse wieder hervorbrechen wird. Dabei wird für diejenigen, die nicht mehr in derselben Erfahrungssituation sind wie die Jugendlichen immer auch ein Stück Infragestellung Ihrer selbst sein, sich darauf zu beziehen und zu fragen, was ist da eigentlich Gewalt von dem, was die Jugendlichen da machen, oder was ist einfach definierte, durch die Medien, durch Springer, durch das Fernsehen etikettierte Gewalt. Die Gewalt geht von den Verhältnissen, sie geht vom Staat aus. Nicht umsonst wird der Staat durch das Gewaltmonopol legitimiert. Mir ist unbegreiflich, wie häufig und wie leicht daß ignoriert wird.

Häufig gehen Jugendliche, gerade wenn sie mit staatlichem Verhalten das erste mal konfrontiert werden, naturgemäß mit Illusionen in die Auseinandersetzung.Eine knifflioge Frage: Wioe sollsich die Linke auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen mit dem Staat dazu verhalten? Warnen? Schweigen und anschließend darüber reden? Sind unsere Erfahrungen — so beschränkt sie sind — überhaupt vermittelbar?

Manfred Liebel: Ich würde sagen, sie sind nicht nur schwer vermittelbar, sondern schwer übertragbar. Ich würde nicht pädagogisch argumentieren wollen in dem Sinne: jeder muß seine Erfahrungen selber machen. Aber ich denke, die Illusionen sind bei Jugendlichen gar nicht so ausgeprägt im Vergleich unserer vermeintlichen Aufgeklärtheit. Wir haben andere Illusionen, andere Eierschalen hinter den Ohren, die wiederum die Jugendlichen nicht haben. Es gibt, glaube ich, gerade heute nicht sowas wie den Vorsprung der aufgeklärten Linken gegenüber den jungen, aktionistischen, mit Illusionen besetzten Jugendlichen. Eher ist es ein Problem, wie man sich gegenüber den Jugendlichen mit den Möglichkeiten, die man selber zur Verfügung gat, auch solidarisch verhält, und ich finde das Desillusionieren im Sinne eines Aufklärungskonzepts gegenüber Jugendlichen genauso problematisch wie die Gewaltkritik als generelle Kritik an den Jugendlichen, etwa mit dem Argument, wenn sie so weiter mit Steinen um sich werfen, dann zerstören sie noch die Reste von Rechtsstaatlichkeit oder bewirken, daß das staatliche Gewaltmonopol möglicherweise durch eine Lynchjystiz ersetzt würde. Das sind alles Warnungen und Kritikpunkte, die an den heute bestehenden politischen Notwendigkeiten vorbeigehen, weil sie falsche Gewichtungen vornehmen. Ich kann das alles nur auf mich und meine Möglichkeiten bezogen sagen. Die Gewaltförmigkeit und Gewalttätigkeit des staatlichen Handelns, selbst da, wo er auf Samtpfoten kommt, zu kritisieren und mich damit auseinanderzusetzen — darauf bezogen Aufklärung zu betreiben, das finde ich wichtiger, als Jugendliche über ihre Illusionen Aufzuklären. Wir sollten eher mehr Durchsichtigkeit erzeugen über das, was eigentlich der Staat bezweckt und wo Deskrepanzen auftreten zwischen seiner Phraseologie, z.B. bei der CDU bzgl. der Entbürokratisierung und, der faktischen Verpolizeilichung

Kann man es vieleicht so sagen, daß es richtig ist, daß was viele ältere gemeinhin schnell geneigt sind als Illusion anzusehen, zunächst als berechtigte Hoffnung zu begreifen und daß es nötig ist, eben die Unfähigkeit und mangelnde Bereichtschaft des Staates, diese Hoffnung sich verwirklichen zu lasse, transparent zu machen.

Manfred Liebel: Ja, und nicht nur das, sondern indem ich mich mit dem statlichen Handeln und auch seinen versteckten Seiten öffnetlich auseinandersetze, bringe ich auch selbst das staatliche Handeln in Schwierigkeiten. Wenn ich mich mit der Gewalttätigkeit des Staates auseinandersetze, mache ich den Staat ja nicht noch unangreifbarer, daß er noch übermächtiger erscheint, als er eh schon wahrgenommen wird. Sondern ich trage gerade ein stückweit dazu bei, den Schein der Allmächtigkeit, den der Staat um sich verbreitet, aufzulösen und damit die eigene Hoffnung, man könne den Staat in seine Schranken weisen, auch ein bißchen realistischer erscheinen zu lassen.

Alternativen...

Gut — kommen wir zum dritten Teil unserer Diskussion: Alternativen der Linken. Was haltet ihr von den (im AK 226/227 angegebenen) Stichworten? —
1.Organisierung des Abwehrkampfes
2.Polarisierung des Protestes
3.Unterstützung praktischer Alternativen von Jugendkultur und -alltag?
Stimmt ihr damit überein, daß die Organisierung des Abwehrkampfes an vorderster Stelle genannt wird?

Hellmut Lessing: Abwehrkampf und Entwicklung von Alternativen, Punkt 1 und 3, gehören für mich zusammen. Ich halte die Aufteilung — ich weiß nicht, ob es so gemeint ist, aber es könnte so verstanden werden — in Abwehrkampf einerseits,d,h, antifaschistisch, antimilitaristisch, gegen die Zerstörung der Umwelt uam. ohne andererseits zugleich etwas Neues praktisch zu bewirken und zu verändern nicht für sinnvoll. Ich glaube, daß die Erfahrung, über die wir verfügen, über die wir auch historisch verfügen, da schließe ich die Weimarer Zeit mit ein, von diesem Mangel gekennzeichnet war. Da geriet in bestimmten Phasen der exzessiven Bedrohung das Stichwort des Abwehrkampfes so groß, daß die Frage, wie ich zugleich auch meine eigene Lebensperspektive entfalte und dies mit anderen zusammen tut, in eine falsche gegenüberstellung gekommen ist.

Manfred Liebel: Also die Haltung: wenn wir erst mal abgewehrt haben, dann können wir weiter sehen...

Helmut Lessing: Ja, diese Zweiteilung der Politik, die dahinterstehen könnte, halte ich aus der Geschichte heraus für problematisch. Man kann es jetzt gar nicht in die Relation stellen, die wohl historisch vernünftig wäre. Wir wissen,

...gegen die Bedrohung, aber wofür?

Ich glaube, daß das nicht nur dein Problem ist, daß du das jetzt nicht aktuell konkretisieren kannst. Ich denke, es ist ein grundsätzlioches Problem. Ich hab darüber für mich auch schon sehr oft nachgedacht. Und ich muß dir ehrlich stehen: ich bin bisher nicht inder Lage gewesen, eine positive Formulierung der Utopie, die möglich ist, zu finden und sie konkret anzugeben, und ich sehe mich da wirklich außerstande, irgendetwas aus dem Daumen zu lutschen. Das ist wirklich unser Problem. Alle Utopien sind ja ganz unvorstellbar oder unglaubwürdig angesichts geschichtlicher Erfahrungen bzw. auch drohenmder zukünftiger Entwicklungen. Da reduziert sich die Utopie je erst mal auf die Abwehr derr Bedrohung zum einen und ein bißchen Alltagsunterstützung und Unterstützung bei der Entwicklung von Alltagskultur auf der anderen.

Hellmut Lessing: Selbst wenn wir das jetzt so allgemein belassen, halte ich es dennoch für unerläßlich, diese Perspektive nicht nur für Jugendliche, sondern auch für uns selbst vor Augen zu halten. Ich sage dies, weil schon in der Linken meiner Generation (der 4ojährigen) häufig die Solidarität mit Lebensformen, die anders sind als die, die einem selbst inzwischen selbstverständlich oder gewohnt sind, nicht mehr existieret. Ein für mich sehrkonkretes Beispiel war die abfallende Solidarität mit der Hausbesetzerbewegung nach Antritt der CDU hier in Berlin. Die Solidarität mit der Hausbesetzerbewegung hat sich zunehmend verschlissen, ist nicht mehr ausdgeübt worden.





„Niemand muß befürchten, er würde sein Ziel ... nicht erreichen. Denn jedesmal, wenn fünf Leben verspielt sind, 'fragt' Euch das System, ob Ihr weiterspielen wollt. Das Punktekonto beginnt'' (1). Dieses System, daß geradezu betulich Leben in Fünfereinheiten auf Kredit gewährt, heißt Video-Electronic und erobert sich als Spielzeug der Zukunft die Wohnstuben. Knatterten, pfiffen und fipsten „Backgammon'' oder „American Football'' als Sport-Tele -Spiele oder „Missile War'', „Ms. Pac-Man'', „Starwars'' oder „Ocean Battle'' als sogenannte Killer„spiele'' in Spielhallen, Kino-Foyers, Bahnhöfen und Wartehallen, kann kind sich das nun alles höchst gemütlich und so oft es will zu Hause reinziehen. Die Hersteller dieser Video-Electronic-Spiele kalkulieren „traumhafte Umsätze''; die Video-Theken, Radio- und Fernsehfachhändler partizipieren mit einem dicken Stück am Taschengeld der Kinder - denn kaum mehr als das braucht es zum Ausleihen von Programmen. Die Technik ist einfach: Benötigt wird lediglich ein halbwegs modernes Fernsehgerät und ein Spiel-Terminal. Bedenkt man, daß in der BRD z.B. Vierzehnjährige bereits 122 Minuten, Acht- bis Zehnjährige etwa 82 und Dreijährige immerhin schon 45 Minuten täglich vor dem Fernseher sitzen (2), wird das Medium der electronischen Video-Spiele, zusammen mit den Video-Cassetten-Spielfilmen, d a s zukünftige Medium der Kinder-Kultur werden; d.h. ein ganz wesentlicher Teil kindlichen Lebens und Erfahrungen stammt aus Scheinwelten. Über die Bedeutung und Wirkung der in der Mehrzahl electronischen Kriegs-„Spiele'' gibt es sehr unterschiedliche Einschätzungen, auf die neben der ökonomischen Bedeutung dieser Branche sowie den gelieferten Inhalten im Folgenden eingegangen werden soll.

Ich greife jetzt an...

Im Konreten sieht der Familienspaß für Groß und Klein z.B.so aus: *„Irgendwo in den Tiefen eines unheimlichen Labyrinths verborgen und von starken Abwehrverbänden beschirmt, liegt die fantastische Stadt der Geheimnisse, Hauptquartier des alles beherrschenden 'Großen Gond'. Von ihm droht die Gefahr für die Menschheit! Also muß er, müssen seine starken Angriffsverbände ausgeschaltet werden, bevor sie uns Schaden zufügen können''.* Zur Verfügung stehen starke Lasergeschütze, die in vier Richtungen feuern. Es gilt, *„kühlenKopf behalten, reaktionsschneller als der Angreifer zu sein....''* (8).

Extra geil: Der Dritte Weltkrieg!

Bei einer genauen Analyse der Werbetexte und Spielanleitungen wird aus der „Freizeit zum Abenteuer'' eine spielerische Anleitung zur modernen Kriegsführung. Das Vokabular ist bekannt: Missile Command, Breakout, Space Hawk, Missile War, Luft-See-Schlacht, Panzerkommandant, Luft-Panzer-Gefecht, Scharfschützen, Stoßtrupps - Materialschlachten und Massenmord.

Aufgabenstellungen: Da sollen gekidnappte Bewohner aus unserer Stadt aus den Klauen der Räuber mit Abfangjägern befreit werden. Die hinterlistigen Kryptonier greifen unseren friedlichen Planeten an, blühende Städte werden zerstört. Da muß dann eiligst ein schlagkräftiges Verteidigungssystem aufgebaut werden, Invasionen und Vormärsche müssen gestoppt, Gegner in blitzschneller Reaktion im Kampf zu Lande, zu Wasser und zur Luft gestoppt werden. Diebessere Strategie, möglichst bessere, wenn nicht zumindest gleichwertige Waffen entscheiden über Sieg oder Untergang.

Das Schema ist klar: Es ist immer der Fremde, die Gefahr von außen, die die

Original Werbeanzeige von Atari * (Fragezeichen vom Autor)

den gelieferten Inhalten im Folgenden eingegangen werden soll.

Ich greife jetzt an...

Original Werbeanzeige von Atari * (Fragezeichen vom Autor)

Elektronische Video-Spiele «Spaß ohne Ende»?

„Mal ist es der Weiße Hai, mal King Kong, mal ein unbekanntes Wesen aus dem Weltraum. Ganze Mannschaften können gegeneinander antreten. Und wer allein kommt, aber in Gesellschaft spielen möchte, findet vor dem Video-Spielfeld mit Sicherheit Gleichgesinnte'' (3), freute sich der „Verband der Deutschen Automatenindustrie (VDAI)'' noch bis vor kurzem in einer Hochglanzbroschüre. Damit scheint es nun allerdings vorbei zu sein, denn bereits im letzten Quartal 1981 fielen rund 30 Prozent weniger Markstücke durch die Schlitze der Spielautomaten als im gleichen Zeitraum zuvor. Das bedeutet auf das ganze Jahr bezogen für die Spielbetriebe einen Umsatzrückgang von 200 Mio. Mark (Gesamtumsatz 3 Mrd. Mark).

Die 75.000 aufgestellten Video-Automaten (1975 waren es gerade 5.000) brachten 1981 einen Umsatz von 720 Mio. Mark. Diesen Umsatzrückgang, der auch nicht mehr durch das Aufstellen der neuesten Innovationen aufzufangen ist, verdanken die Spielbetriebe dem boomartigen Umsatz von Kleinst-Video-Spielen für den Heimgebrauch. Dieser „Fortschritt'' wurde durch die dritte Generation der Micro-Chips möglich, die es erlaubt, für etwa 350 bis 500 Mark preisgünstige Spielterminals zu produzieren, die kaum größer als ein Taschenrechner sind und alle Programme eines großen Spielterminals bieten.

In bundesdeutschen Haushalten sollen bisher etwa 200.000 bis 400.000 Spiel-Terminals bereitstehen. Diese Zahlen stammen aus Dezember '82. Für dieses Jahr ist ein Umsatz für Terminals von 180 Mio Mark prognostiziert.

Das erste Electronic-Spiel wurde 1966 von der amerikanischen Sanders-Corporation zum Patent angemeldet. 1972 brachte die Philips-Tochter Magnavox die ersten Spiele auf den Markt.

Heute stehen in den USA mehr als 9 Millionen Telespiele in den Kinderzimmern; 30 Millionen Telespiel-Cassetten wurden 1981 verkauft, was einem Umsatz von etwa 5 Mrd. Dollar entspricht.

In welchen Dimensionen hier Geschäfte gemacht werden, verdeutlichen folgende Beispiele: Der Umsatz an Electronic-Spielen war 1981 in den USA dreimal höher als der der gesamten Filmindustrie: 9 Mrd. Dollar (4). Und auf der Konferenz „Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden'' nannte S. Zielinski 6,1 Mrd. Dollar Umsatz für Tele- bzw. Video-Spiele; das entspricht 7,4 Prozent des Gesamtumsatzes in kommerziellen Freizeitaktivitäten (5).

Offensichtlich ist dieser Unterhaltungsbereich in den USA so eine Art Konjunkturbarometer: Als kürzlich die Firma Warner Communications (Tochter: Marktbeherrscher Atari: „Ms. Pac Man'') und die Firma Mattel („Intertelevision'', bekannt durch das Puppen-Busen-Wunder „Barbie'') Umsatzrückgänge meldeten, fiel der Dow Jones-Index für Aktienkurse um 9 bzw. 19 Punkte. Die Ursache: Zunehmend mehr Produzenten aus der Spiel- und Unterhaltungsindustrie stoßen in dieses Umsatzparadies vor - auch Firmen, die sonst nur Brettspiele herstellten, wie z.B. die Firma Parker mit ihrem militaristischen Brettspiel „Stratego'' oder „Risiko''. Alleine in die Werbung ihres Spieles „Empire strikes back'' investierte die Firma Parker Broth. 4,5 Mio. Dollar, für das neue Spiel „Frogger'' (Frösche) waren es 5 Mio. Dollar.

Sowohl in den USA als auch in der BRD marktbeherrschend auf diesem Sektor, ist die Firma Atari (der Name kommt aus dem Japanischen und heißt soviel wie „Ich greife jetzt an'') mit 80 Prozent Marktanteil: Geboten werden über 40 Programme mit mehr als 1500 Spielvariationen, die mit einer geradezu aggressiven Werbung in über 400 Fernseh-Spots und zum Teil doppelseitigen Vierfarb-Hochglanzanzeigen die Konkurrenz kleinhalten sollen. Zum Service gehört ein ausgefeilter Kundendienst ebenso wie ein eigener Fan-Club mit Zeitschrift. Eintrittskarte für die Kinder ist allerdings die Kaufquittung eines Atari-Terminals. Neuester Hit: E.T. als Electronic-Spiel und Video-Cassette.

Elektronischer Krieg als Familienspaß

Ob Oma, Opa, Onkel, Tante, Vater, Mutter, Bruder oder Schwester - der tolle „Spaß für alle ohne Ende'' schlingt mit seinem Angebot der *„aktiven Freizeitgestaltung ..., bei der jeder Spieler endlich mal die Hauptrolle spielen darf''* seine festen dreidimensionalen, abwechslungsreichen Bande um die ganze schon verloren geglaubte Familie.

Das hört sich dann z.B. so an: *„Herr Reimer will partout die Menschheit retten. Angefeuert von Ehefrau Margot und Tochter Karin kämpft er verbissen gegen außerirdische Eindringlinge. Aber hat er überhaupt noch eine Chance? Sohn Ernst bezweifelt das. So ungeschickt können auch nur Erwachsene die Erde verteidigen. Er selbst ist natürlich Spezialist ... auf Defender''.* (6). Auf in den Kampf geht es da gegen außerirdische Wesen, feindliche Flugzeuge, oder U-Boote ... Jede Cassette hält neue Abenteuer bereit.

Und die Automatenindustrie lockt: *„Vor den Geräten werden aus den Gejagten Jäger, aus Fußgängern Piloten, aus mittelmäßigen Schülern mutige Feuerwehrmänner, aus Buchhaltern beherzte Retter, Gebrechlichen Cowboys. Sie vergessen ihre Unzulänglichkeit oder ihre Komplexe und schlüpfen in eine andere Haut ... Tagträume werden für ein paar Stunden wahr''* (7).

Worüber darf denn nun für ein paar Stunden geträumt werden? Schauen wir uns die Programme doch mal etwas näher an.

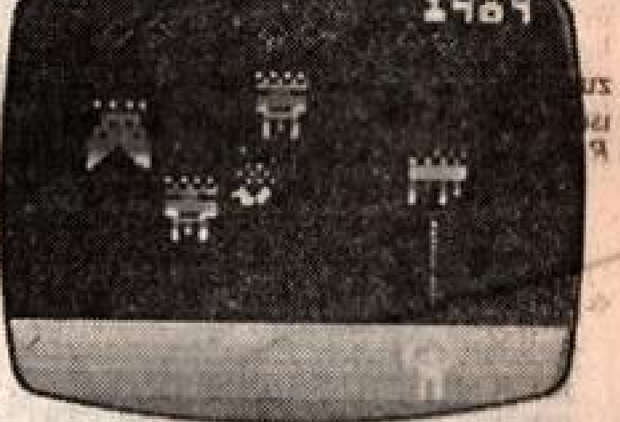
In einer Programmaufstellung der 13 bekanntesten Video-Electronic-Spiele-Hersteller werden etwa 260 Spiele angeboten. Davon gehören 88 zu der Sparte Weltraumkrieg/See-Panzer-Schlacht, 55 Spiele zur Sparte Sport; 46 Programme sind elektronisch umgesetzte Brett- und Kartenspiele (z.B. Schach); 33 Cassetten stellen im weitesten Sinne Intelligenz- bzw. Bildungsprogramme dar; 21 Programme bieten Auto- und Motorradrennen; 9 Spiele suchen das Abenteuer, den Schatz usw.; der Rest fällt unter Sonstiges (z.B. Zirkus- u.a. Spiele).

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die Durchsicht des neuesten Kataloges der Firma Atari: 17 Action/Kriegs/Science-Fiction-Programnme, 14 Sport-Spiele, 4 Unterhaltungs-, 4 Intelligenz-, ein Computer- sowie ein Mathematik-Trainings-Programm.

Etwa 40 % der Spiele gehören also zu den Kategorien Krieg/Action/Science-Fiction. Video-Spieler favorisieren überwiegend Action-Spiele und weniger Denk- und Strategie-, Lehr- oder Lernspiele, so eine Studie des B-A-T-Freizeit-Forschungsinstitutes in Hamburg (November '82).

mindest gleichwertige Waffen entscheiden über Sieg oder Untergang.

Das Schema ist klar: Es ist immer der Fremde, die Gefahr von außen, die die



SPACE CAVERN



FREEDOM FIGHTER

Spiele auf dem Bildschirm

Kein... Krieg der Stern... Krieg in den Sternen? Krieg im Kinderzimmer?
Ein hoher nordamerikanischer Regierungsbeamter hat auf die pädagogische Nützlichkeit des nebenstehend abgebildeten Spielzeugs hingewiesen: Die Kinder würden dadurch frühzeitig jene kognitiven und feinmotorischen Fähigkeiten erwerben, die ein Pilot der Air Force für seinen Job braucht.
Die W[illegible]schaf[illegible] haben uns so Reagan

aus „taz", 28.3.83

Freiheit der Menschheit, blühende Städte bedroht, vernichten wollen. Daß es da schnell zu Identifikation mit der Gefahr aus dem Osten kommt, mit Terroristen, Ausländern liegt nahe, denn es ist kaum vorstellbar, daß die Phantasie-Begriffe oder Spiele nicht mit realen Vorstellungen aus dem Alltag besetzt würden.

Der Dritte Weltkrieg läuft in teilweise vierfarbigen abstrakten Pünktchenbildern mit Original-Kampfgeräuschen über den Schirm:„*Lebensechte Spieldarstellung, fließende Bewegung und das alles im bewährten, raschen ATARI-Spieltempo*". Und wieviel mehr Spaß macht die Zerstörung von Wesen, Welten oder sontwas, wenn „*auf dem Bildschirm ein Fluß zu sehen ist, (und) dann hört Ihr tatsächlich Wasser rauschen. Und lodern und prasseln da nicht echte Flammen, obwohl das doch nur aus dem Lautsprecher des Fernsehers kommen kann? Richtig. So perfekt sind die neuen Sound-Effekte*".(9). In herrlich farbigen Bildern signalisieren Blitze Treffer. Flugzeuge jagen in den neusten Video-Spielen durch plastische Reallandschaften, Schluchten, Städte und suchen ganz auf dem neuesten Stand der Kriegstechnik mit Infrarot- oder Laser-Raster-Zielgeräten den zu vernichtenden Feind: Städte, Fabriken, Festungen.

Eingezeichnete Planquadrate, Codierungen am Bildschirmrand, akustische Hinweise auf den richtigen Augenblick, um die Rakete ins Zielquadrat zu lenken, oder Fehltreffer: Lob oder Tadel. Natürlich braucht auch nicht auf Auszeichnungen und Orden verzichtet

lenken, oder Fehltreffer: Lob oder Tadel. Natürlich braucht auch nicht auf Auszeichnungen und Orden verzichtet

zu werden; schließlich müssen die Spiele ja einen Anreiz haben: verliehen werden diese Auszeichnungen per Computerbild mit „Commander", „Chief-Commander" oder steigender Punktzahl. Akustische Hinweise signalisieren das erfolgreiche Steigen auf der Leistungsskala der Zerstörung. Damit das Ganze nicht zu langweilig wird, sind strategische Schwierigkeiten miteinprogrammiert: Je höher kind auf der Leistungsskala steigt, desto kniffeliger wird die Vernichtung. Der Angreifer wird schneller, wendiger, zahlreicher und geschickter. Der Reiz des Spieles liegt u.a. auch darin, daß der Spieler zugleich Zuschauer und Akteur ist„*Der ‚Defender' ist unser Super-Raumschiff, mit dem wir die Angreifer abwehren. Für uns ist der Fernsehschirm gleich dem ‚Blick aus dem Cockpit'. Dazu steht uns ein in den Schirm eingeblendetes Radargerät zur Verfügung. Das Bild, das sich uns bietet, ist geradezu furchteinflößend: Gondelschiffe, Bomber, Köder, Schwärmer und Lander attackieren uns in raschen Angriffswellen ... Zunächst fliegen die minenlegenden Bomber an, darauf folgen die sogenannten Köder. Gondelschiffe explodieren nach etwaigen Treffern und verwandeln sich in Schwärmer. Bleiben schließlich die Lander, die die Stadt nach Menschen absuchen und diese in Mutanten verwandeln... Und natürlich stehen jedem Defender-Piloten video-erprobte Waffen zur Verfügung: Laserraketen und Lenkbomben*"(9).

Bevor es soweit ist, findet die fachliche Einführung in das technische Arsenal statt:„*Unser Abtaster ist ein perfektes Ortungsgerät. Er zeigt uns am oberen Bildschirmrand exakt auf, wieviele Femde welcher Art sich wo nähern ... Neue ‚Defender'-Piloten sollten sich zunächst mit dem Abtaster vertraut machen. Ihm sind alle strategisch wichtigen Hinweise zu entnehmen*"(9). Und der Trainings-Tip: Erst einmal den Umgang mit der Maschine und ihren Einrichtungen lernen, ohne auf Punktjagd zu gehen.....

Das im Ernstfalle in diesen Städten, Straßen, Fabriken auch noch lebende Menschen wohnen, die mit diesen technologisch hochwertigen Waffen - geht im abstrakten Pünktchen-Kampfgetümmel als Feierabend-Vergnügen im trauten Familienkreis völlig unter.....

... später keine Angst mehr vor Elektronik

Über die Auswirkungen dieser elektronischen Video-Spiele gibt es sehr unterschiedliche Einschätzungen. Der Verband der Deutschen Automatenaufsteller sieht ausgesprochen positive Seiten:

„*Junge Leute, die sich mit Video-Spielen beschäftigen, haben später keine Angst vor Elektronik. Ihnen sind die Lichtsignale kein Buch mit sieben Siegeln, sondern etwas, das man sich nutzbar macht ... zwar geht es im Berufsleben nicht mehr spielerisch darum, das gefährliche Monster aus dem Weltraum mit einem Laserstrahl auszuschalten, sondern um den richtigen Schaltkreis, aber das Prinzip der Elektronik ist geläufig.*" Eine im Auftrag des Verbands angefertigte Studie (10) kommt zu dem Schluß: „*Wenn Kinder ‚Krieg spielen', dann s p i e l e n sie Krieg, sie m a c h e n keinen Krieg* (Hervorheb. durch den Autor der Studie). *Das Wesen des Krieges ist ihnen unbekannt ... Kinder basteln und ma-*

(Hervorheb. durch den Autor der Studie). *Das Wesen des Krieges ist ihnen unbekannt ... Kinder basteln und ma-*

chen sich ‚Waffen', die sie symbolisch benutzen". Schlußfolgerung: die Kriegsspielautomaten seien nicht „sozialschädlich". Sie förderten weder Aggression noch Kriminalität. Sie bewirken keinerlei Einstellungsbeeinflussung im Sinne einer Verharmlosung oder Befürwortung des Krieges (oder Aggression) als Mittel sozialer oder individueller Problemlösung. — Diese Feststellungen erlauben es, die „*Kriegsspielautomaten in die Reihe der modernen elektronischen Spielgeräte einzureihen ..., die eine ‚Hilfe' seien. Die ‚Gewaltdarstellung' habe im Gegenteil eine ‚entspannende, aggressionsabbauende Bedeutung'*"(11). In den USA, so argumentierte der VDAI weiter, würden Video-Spiele bereits gegen Hirnstörungen eingesetzt, da sie „*keineswegs zu schädlichen sozialen Verhalten*" führten, sondern „*im Gegenteil eine ‚wichtige Rolle bei der Entwicklung und Verstärkung verschiedener sensomotorischer Fähigkeiten und der Lernfähigkeit sowie bei der Bewältigung von Alltagsproblemen*" spielen (12).

Leider wird in dem entsprechenden Hinweis nicht die A r t der Video-Spiele benannt, ob es z.B. Reaktionsspiele, Intelligenz- oder Lernspiele sind, was (abgesehen davon, daß die Technik die gleiche ist) sich doch von den „Killer-Spielen" erheblich unterscheiden dürfte. Nach Ansicht des Psychologen J. Sehulter, seien Automatenspiele bei Jugendlichen äußerst nützlich, um Lernfähigkeit heranzubilden, das Erinnerungsvermögen zu stärken und Strategien zur Lösung unterschiedlicher Lebensprobleme zu entwickeln. Kritiker dieser Spiele würden „oberflächlich denken". Bei zunehmend mehr Jugendpsychologen, Sozialarbeitern und Therapeuten setze sich die Meinung durch, „*abweichendes Verhalten wie Aggressivität nicht den Automatenspielen, sondern anderen Umweltfaktoren zuzuschreiben*, während Automatenspiele „*Disziplin und Konzentrationsvermögen*" förderten (13).

Das dürfte hierzulande einige sparwütige Politiker freudig stimmen, angesichts der vielen Jugendlichen, die ohne Zukunftsperspektiven und Freizeitalternativen auf der Straße sitzen: Ein Video-Elektronik-Jugend-Freizeit-Programm, daß sich die Betroffenen auch noch selbst finanzieren dürfen.

Der VDAI hat eine „freiwillige Selbstkontrolle" und selbstauferlegte Beschränkungen eingeführt, die das Aufstellen von Videoautomaten mit besonders grausamem Charakter, wie es sie in den USA und Japan gebe, verhindern solle — sicherlich nicht ohne den Hintergedanken, unliebsame Konkurrenz auszuschalten. Bis Januar 1983 wurden von insgesamt 135 Videoautomaten 28 als „nicht geeignet für Kinder und Jugendliche" eingestuft. Ein verbandseigenes Kontrollgremium vergibt grüne („jugendfreie') Plaketten und gelbe („nicht jugendrei") Plaketten. Geräte mit gelber Plakette sollen nur in Räumen aufgestellt werden, die nicht frei zugänglich sind. Da für den VDAI das Kriegs-„Spielen" aber lediglich ein Symbolspiel ist, dürfte die Spannweite zwischen gelb und grün ziemlich beliebig sein. Es hat eine komische Logik, diese Electronic-Spiele zwar zu produzieren, dann aber die Kinder nicht selbst entscheiden zu lassen, ob sie damit spielen wollen oder nicht, sondern eine alters- und raummäßige Zensur zu schaffen, als ob der inhaltliche Nutzen der Spiele sich bei zunehmendem Alter irgendwie verändern würde.

Die Bundesprüfstelle (BPS), die ebenfalls gerne statt mit Herstellungsverboten (schließlich leben wir in einer Gesellschaft, die das Privateigentum schützt) mit inhaltlich unbegründbaren Zensurmaßnahmen arbeitet, sieht in diesen Spielen „nichts konstruktives": Die Kinder hätten ihre Erfolgserlebnisse nur durch Zerstörung, selbst wenn es sich dabei bloß um elektronisch gesteuerte Punkte handele. Es werde kein konstruktives Denken geschult, sondern alleine die Freude gefördert, etwas kaputt zu machen. Diese Spiele würden fast immer alleine gespielt. Kontakt mit anderen Personen, wie es in anderen Spielen üblich sei, finde nicht mehr statt.

In eine ähnliche Richtung, aber etwas umfassender argumentiert der „Arbeitsausschuß Kinder und Spielzeug" - ein Zusammenschluß von Pädagogen, Psychologen, Ärzten, Architekten , Stadtplanern, Gestaltungsfachleuten und Eltern: Nicht nur der Trend zur Gewalt im Spiel sei besorgniserregend, sondern viel mehr noch die primitive, geistlose Spielweise, mit der immer mehr Kinder stundenlang die Zeit totschlagen würden. Erhöhter Schwierigkeitsgrad bedeute dabei nur mehr Tempo oder mehr Knöpfe, die gedrückt werden müssen. Das Spielschema sei immer wieder das gleiche. Diese Spiele, so der Arbeitsausschuß, verlangten und trainierten immer wieder das gleiche Verhalten, das zudem viele Erwachsene und auch Kinder in Schule, Ausbildung und Beruf täglich erleben und erleiden würden: Sich anpassen, einwandfrei funktionieren, Leistungen unter Zeitdruck produzieren. „Leistungen" seien ständig wiederholbar, was in der Wirklichkeit so nicht möglich sei....



„Insgesamt gingen im Dritten Reich die Spielzeugindustrie und das Militär eine Verbindung ein, die enger war als im wilhelminischen Reich ... um die politische Funktion von Wehrspielzeug zu propagieren." (aus: Ist das noch Spielzeug, Katalog Galarie 70)



Bild oben: Soldaten in einer B 707 an der Radaraufklärung.
Bild unten: Arbeiten an einem Bildschirm Satzcomputer



Ein grafischer Knüller, vom Spielablauf her aber sehr gemächlich ist Activisions ‚Sky Jink' (links außen). Mit ‚River Raid', ihrem Videospiel-Erstling lieferte Game Designerin Carol Shaw eine aktionsgeladene Cassette ab, die man nur nach intensivem Training erfolgreich in den Griff bekommen wird

aus „Match", 4/5/83

Im Zeichen von Jugendarbeitslosigkeit und „no future"

Natürlich wäre es albern anzunehmen, daß jedes Kind oder jeder Jugendliche, der mit diesen militaristischen Programmen spielt oder diese interessant findet, zugleich auch Gewalt und Krieg gut findet. Aber diese Spiele bekommen ihre wesentliche Bedeutung im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, der ihre Lebenssituation und ihre ökonomischen Zukunftsperspektiven betrifft. In den Killer-„Spielen" werden alltägliche Erfahrungen höchst intensiv und auf einer extremen Ebenene von Gewalt und Zerstörung mit einem eingängigen, interessanten und abwechslungsreichen Medium transportiert. Erfahrungen, die kind zu Hause, in der Schule, in der Lehre und in seinem alltäglichen Leben macht; Autoritäre Eltern, Lehrer, Vorgesetzte; eine kinderfeindliche Umwelt, die u.a. aus fehlenden Freizeitmöglichkeiten , aus Anordnungen und Verboten besteht. Konflikte und Probleme werden fast ausschließlich mit seelischer und körperlicher Gewalt, Drohungen, Mißhandlungen, Liebesentzug gelöst. Die Schwelle für die gewaltsame Lösung

ausschließlich mit seelischer und körperlicher Gewalt, Drohungen, Mißhandlungen, Liebesentzug gelöst. Die Schwelle für die gewaltsame Lösung

von Konflikten wird auf spielerischem Wege zunehmend leichter zu überschreiten. War es beim „Spielen" noch immer Phantasie, bzw. Nachspielen von Filmen, Erlebnissen, werden mit diesen kriegselektronischen Schulungsprogrammen alle notwendigen Fakten und Handlungen vorgegeben, auch die Lösung: Wer nicht gut zerstört, ist eine Niete; wer möglichst reaktionsschnell, strategisch gut und mit kühlem Kopf „auslöscht", wird Sieger, Held, Supermann im Superspiel.

Ein zweiter Punkt: In einer Zeit, in der die meisten Jugendlichen und Schüler damit rechnen müssen, entweder gar keinen oder nur einen ebenso stereotypen Arbeitsplatz zu erhalten, wie es diese Computerspiele einüben, ist es doch eher wahrscheinlich, daß die intensiven, abenteuerlichen , abwechslungsreichen Superspiele ganz andere Bedeutung erhalten.

Diese Superspiele sind auch im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Entwicklung im Schul- und Bildungsbereich zu sehen, wo militaristische und nationalistische Beeinflussung höchst offiziell zum Lehr- und Lerninhalt avancieren soll: Verteidigungsbereitschaft als wesentliches Lernziel an den Schulen (Kriegsminister Wörner) und Pflichteinübung „Deutschen Kulturgutes" in Form von Volksliedern und Nationalhymne (siehe dazu nebenstehenden Artikel) machen dies deutlich.

Schaut kind sich die Situation möglicher Alternativen zu diesen „gut deutschen" Eigenschaften an, dürfte es kaum Hoffnungen haben: Alternativen pädagogischen Projekten, emanzipatorischer Erziehung, Freien Schulen und friedenspolitischen Initiativen und Aktivitäten wird in diesem Land mit allen Mitteln das Leben schwergemacht.

Die historische Entwicklung des Spielzeugs beweist, daß die Herrschenden den Kindern immer das Spielzeug verpaßt haben haben, das ihren jeweiligen ökonomischen und politischen Zielen entsprach. Da ist es nur logisch, wenn angesichts der Kriegsvorbereitungen und einer computerisierten Arbeitswelt Kinder und Jugendliche mit den Killer-„Spielen" auf den aktuellen Stand der Kriegstechnik und der Produktionsmittel gebracht werden sollen. Am erfolgreichsten war diese Propaganda immer dann, wenn sie mit Volksfesten, Musik und viel Vergnügen verkauft wurde. Warum nicht auch als „toller Freizeitspaß" für die ganze Familie....

Kinderkommission/KB Hamburg

Anmerkungen

1) Atari-Club Magazin 1/83
2) „Frankfurter Rundschau", 29.11.82
3) Aus „Partner der Freizeit" - Broschüre des Verbandes der Deutschen Automaten-Industrie
4) „Frankfurter Rundschau", 18.12.82
5) „Die Tat", 25.2.83
6) Atari Werbetext-Anzeige in der Zeitschrift „Stern"
7) s. 3)
8) Atari-Club-Magazin 1/83
9) s.o.
10) s. 3)
11) „Grausame Automatenspiele", Armand Mergen - eine Untersuchung im Auftrage des VDAI
12) „Welt", 10.2.83
13) s.o.

Ein Lied zwei, drei...

... für's deutsche Vaterland

Kanzler Birne hat auch für die Schulen die moralische Wende gefordert: „*Die einseitige Indoktrination in den verschiedenen Bereichen muß endlich aufhören. Beispielsweise in den Schulen ist es ganz offensichtlich, daß viele junge Leute — wer selber Kinder hat, kann das unschwer im Gespräch mit ihnen feststellen — die Notwendigkeit des Dienstes in der Bundeswehr nicht akzeptieren, weil sie schon vorher in Schulstuben oder durch manche Medien geradezu gegen die Bundeswehr indoktriniert wurden ... Ich bin für ein klare und kämpferische Auseinandersetzung in diesem Bereich*". („Taz", 4.2.83, nach „Deutschlandmagazin"). Kohl will „alles tun" gegen die „Indoktrination linker Lehrer", die ein großes „*Ärgernis v.a. für jene vielen Eltern* (ist) , *die sich ungeheuer Mühe mit einer sinnvollen Erziehung geben...*"

Erste praktische Schritte in diese Richtung sind aus Hamburg, Baden-Württemberg und Schlewig-Holstein zu vernehmen: In Hamburg gibt sich besonders die „Konservative Aktion" (KA), deren Bundesvorsitzender der Tscheche Ludek Pachmann ist, große Mühe. In einer Umfrageaktion unter 1000 Hamburger Schülern stellte man fest, daß nur 6,5 % der Hamburger Schüler die dritte Strophe des „Deutschlandliedes'. kennen, und nur 0,7 % alle drei Strophen — was ja durchaus ein Anlaß zur Freude sein kann. „*Feigheit und Opportunismus der Politiker trügen mit Schuld daran, daß es soviel Widerstand gegen das Singen der Nationalhymne gebe*", jammert Herr Pachmann („Hamburger Abendblatt, 12.2.83). Das soll sich nun schlagartig ändern: 100.000 Platten, die bundesweit kostenlos an den Schulen verteilt werden sollen, seien schon bei Bertelsmann zum Preis von DM 1,30 bestellt. Die einleitenden Worte spricht der rechtsradikale ZDF-Journalist Gerhard Löwenthal, Führungsmitglied der „Konservativen Aktion". Wenn das nicht jugendgefährdend ist ...

Die „Konservative Aktion" kann, so der Geschäftsführer Joachim Siegerist, auf 45.000 Mitglieder (davon 1500 in Hamburg), die Hälfte Jugendliche zwischen 17 und 25 Jahren, verweisen. Sie steht dem Strauß-Flügel der CDU/CSU nahe.

Inzwischen kam es in Hamburg zu einem ersten parlamentarischen Schlagabtausch in dieser Angelegenheit: Auf eine Anfrage der GAL ließ CDU/CSU nahe. Inzwischen kam es in Hamburg zu einem ersten parlamentarischen Schlagabtausch in dieser Angelegenheit: Auf eine Anfrage der GAL ließ die SPD wissen, daß diese Gratis-Sendungen zurückgewiesen würden. Das veranlaßte die CDU dazu, von Geschichtsklitterei der GAL und SPD zu schimpfen; denn „*bei der Hymne handle es sich um völkisches Liedgut...; das im 19. Jahrhundert entstandene Deutschlandlied ist offizielle Hymne mit allen drei Strophen*". Inzwischen ist auch von einem CDU-Antrag bekannt, der das Unterrichtsfach Deutsch und Geschichte in Hamburg für das Abitur zum Pflichtfach werden lassen solle. („Hamburger Abendblatt", 2.2.83).

In Baden-Württemberg wurden die Lehrpläne von Kultusminister Mayer-Vorfelder völlig überarbeitet und „kindgerechter' gestaltet.

Zentrale Veränderungen:

- An den Grundschulen wird die Mengenlehre abgeschafft.
- Die „Grundfertigkeiten" in Deutsch und Mathematik werden stärker betont. („Die Kinder müssen wieder schreiben, lesen und rechnen lernen").
- Im Erdkundeunterricht wird — bevor ein Blick auf die Länder der 3. Welt geworfen wird, z.B. Sahel-Zone. erst die Schwäbische Alb, Schwarzwald und Bodensee durchgenommen. Da kommt man auch nicht so schnell auf das Thema „Hunger und Armut". in der 3. Welt.
- Der Geschichtsunterricht wird ganz im Zeichen der heimischen Schlösser und Burgen stehen, bevor die theoretischen Grundlagen der Geschichtsschreibung, vor allem die Zeit vor 1945 behandelt wird. Da kann dann so richtig schön erzählt werden, wie heldenhaft Ritter Kunibert gekämpft hat.
- Ein besonderes Anliegen ist natürlich, neben dem Deutsch-Unterricht, der Politik-Unterricht. Hier soll eine stärkere „*Koordinierung der deutschen Frage mit dem Europagedanken, die Anerkennung von Autorität sowie die Sicherung von Demokratie und Frieden*" verbindlich festgeschrieben werden.

Durchgeschlagen hat der Drang zu nationalem Bewußtsein besonders in Stoltenbergs Schleswig-Holstein, wo es jetzt unter Barschel so richtig losgehen soll: „*Längst Vergessenes, von vielen Erinnerungen an die ferne Schulzeit sogar Gehaßtes, wird wieder modern — ... Die Kinder sollen wieder Volkslieder lernen und sogar Gedichte auswendig aufsagen können*" („Hamburger Abendblatt", 14.1.83).

Diese Idee soll auf einen Neujahrsempfang beim Bundespräsidenten zurückgehen ... Zur Pflicht ab der vierten Klasse wurde die Hymne und das Schleswig-Holstein-Lied gemacht. Hinzu kamen 58 Volkslieder, die für die Grundschule ausgesucht wurden, von denn jeweils sechs Pflicht sind. Auch diese dürften im Präsidialamt nicht unbekannt sein: *Ein Vogel wollte Hochzeit machen, Kein schöner Land, Alle Vögel sind schon da, Auf, Du junger Wandersmann, Lütt Matten, de hass* und *Ihr Kinderlein kommet*. Im Fach Musik sollten gar zwölf „erhaltenswerte, deutsche Volkslieder" gelernt werden.

Zudem sollen Rechtschreibung und Gedächtnisschulung nicht nur im Fach Deutsch, wie bisher üblich, sondern auch in anderen Fächern gelehrt werden. Der Geschichtsunterricht in Klasse 9 soll auf die Geschichte n a c h 1945 begrenzt werden — damit schüler nicht mehr ins Grübeln kommt oder gar dumme Fragen stellt.

Natürlich soll auch im Fach Erdkunde die „Heimat" nicht vergessen werden. Kenntnisse über die Länder der 3. Welt, z.B. „soziale Ungerechtigkeit in Nicaragua", seien durchaus erwünscht, aber zuerst müssen die Kinder richtig nationalistisch eingestimmt werden.

Wirkliche Ursache für die Deutsche-Kulturgut-Verordnung aus dem Kultusministerium soll die Tatsache sein, daß „*selbst gestandene Landespolitiker auf feierlichen Veranstaltungen oder auch auf CDU-Landesparteitagen ... bei der Hymne ab der zweiten Strophe mangels Textkenntnissen in ein Summen verfielen.*" („Welt, 14.1.83). Das soll in Zukunft nun nicht einmal mehr einem Viertklässler passieren — er soll frisch intonieren:

mangels Textkenntnissen in ein Summen verfielen." („Welt, 14.1.83). Das soll in Zukunft nun nicht einmal mehr einem Viertklässler passieren — er soll frisch intonieren:

Schleswig-Holstein, meerumschlungen,
deutscher Sitte, hohe Wacht,
wahre Treu, was schwer errungen,
bis ein schön'rer Morgen tagt.
Schleswig-Holstein, stammverwandt
wankte nicht, mein Vaterland.

Kinderkommission/KB Hamburg

Vorsicht Kind?

Seit einiger Zeit vollzieht sich in den Veröffentlichungen zum Thema Kleinkinder eine bemerkenswerte Wandlung. Dem Bücherboom mit euphorischen Hochglanzschwangeren und sanftgeborenen Babys folgt nun allerdings nicht die Bücherflaute. Vielmehr erscheinen zunehmend kritische, z.T. direkt provokatorische Bücher, Artikel und bereits Videofilme, die sich ausdrücklich n i c h t mit den positiven Seiten des Kinder-Haben-Wollens, des Elterndaseins, den Erfahrungen mit Krabbelgruppen befassen. Gemeinsam ist diesen Veröffentlichungen, daß sie sich fast nur mit den unerfreulichen Seiten, dem Streß, den strukturellen Defiziten und den leidvollen Erfahrungen der betroffenen Erwachsenen beschäftigen. Und alle brechen mit dem Grundtenor vorhergehender Bücher: Kopf-hoch-stark-sein, Mütter-entlasten-sich-selbst-und-helfen-ihren-Kindern, irgendwie-schaffe-ich- das-schon!

Barbara Sichtermann greift sich in ihrem vieldiskutierten Buch „Vorsicht Kind!" gerade das Zentralproblem heraus: Leidenschaftlich, voll Witz und Ironie, dabei kenntnisreich und enorm treffsicher argumentiert sie gegen den Wahnsinn, die Verantwortung für die gedeihliche Entwicklung eines Kleinkindes ausschließlich seiner Mutter aufzubürden. Schritt für Schritt erklärt und beweist sie die absolute Notwendigkeit der Beteiligung mehrerer Erwachsener an der Aufgabe, mit einem Kleinkind zusammenzuleben. Denn: „*Das Vergnügen, das Kinder machen, ist nur als Geteiltes ein Ganzes*"!

Mit ihrer Beschreibung des „Arbeitsplatzes" Mutter-mit-Kind-zuhause beschreitet sie völliges Neuland: Es gibt so gut wie keine Untersuchungen hierzu. Mutterliebe schien bislang die alleinige Voraussetzung für den Umgang mit einem Kleinkind zu sein — frau hatte sie oder sie hatte sie eben nicht. Im ersten Fall blieb die Mutter ganz zu Haus, gab Beruf und soziale Kontakte auf, widmete sich ausschließlich ihrem Kind und konnte dafür auf Anerkennung hoffen. Im zweiten Fall handelte es sich um eine Rabenmutter, die das Kleinkind in eine Krippe steckte, damit sie weiterhin ihrem Beruf und ihren „eigenen" Interessen (was immer das sein mochte) nachgehen konnte. Dafür hatte sie dann den Preis allseitiger Diskriminierung und permanent schlechten Gewissens zu bezahlen.

In „Vorsicht Kind" geht genau diese simple Gleichung nicht mehr auf. O b w o h l die Mutter ständig zu Hause ist, o b w o h l sie finanziell In „Vorsicht Kind" geht genau diese simple Gleichung nicht mehr auf. O b w o h l die Mutter ständig zu Hause ist, o b w o h l sie finanziell versorgt ist, o b w o h l sie ihr Kind liebt, geht es ihr ganz und gar nicht gut dabei. B.S. macht hierfür verantwortlich: den ständigen Anspruch, den tatsächlichen Mangel und gleichzeitigen Überschuß von Gefühl dem Kind gegenüber, die Bindung der Mutter an den anderen physiologischen Prozeß des Kindes (Schlaf- und Wachrhytmus, Essen, Verdauen, Ausscheiden); die ständige Aufsicht, die das Kleinkind über seine Mutter ausübt („little kid is watching you") sowie die dadurch hervorgerufenen „veränderten Weisen der Zeiterfahrung" auf Seiten der Mutter.

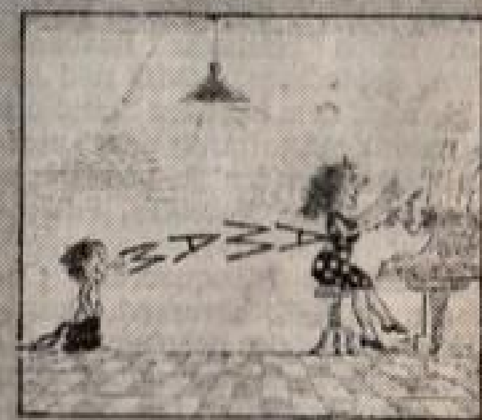
Das Kleinkind entwickelt sich in dem Maße, wie es seine Umwelt konkret be — greift, wie es die Handlungen „seiner" erwachsenen (aber auch kindlichen) Bezugspersonen durchbricht, sich einmischt und scheinbar stört, letztlich jedoch immer „bloß" an ihnen teilnehmen will. Für die alleinverantwortliche Mutter bedeutet dies jedoch den ständigen Aufschub, die häufige Vergeblichkeit, die dadurch notwendig werdende Wiederholung oder die gleichzeitige Erledigung von für sie wichtigen Handlungen, über die sie ihre Wahrnehmung, ihre Gefühle, ihre Zufriedenheit, letztlich ihre gesamte Persönlichkeit aufbaut. Wenn nun dieses Zu-Ende-Bringen von Handlungs-Bögen entsprechend den eigenen Bedürfnissen, Interessen und Möglichkeiten über J a h r e hinweg nicht mehr ungestört möglich ist, wenn zudem die Mutter in diesem ständigen Zweikampf mit dem Kleinkind nicht Zwang anwenden will, dann wird sie leicht von der „Bekinderten" zur allseitig reduzierten „Behinderten". Dies ist kurz und überspitzt die Grundaussage des Buches.

Es ist wichtig, sich klarzumachen, welche konkrete Situation B.S. hier eigentlich beschreibt: An ihrem eigenen Beispiel schildert sie die Erfahrungen einer akademisch gebildeten, nicht-erwerbstätigen, ohne Mann lebenden, zuhause geistig arbeitenden Mutter aus der sogenannten Mittelschicht. Ihre Analysen, Begriffe, Feststellungen und Mutmaßungen gehen genau von d i e s e r Situation aus und von den hieraus entspringenden Bedürfnissen der Mutter.

So hat sie reichlich Muße und Gelegenheit, ihr Verhältnis zum Kind auf das Genaueste zu studieren, sich ihre Ansprüche in Bezug auf die kindliche Entwicklung bewußt zu machen und — ein Buch darüber zu schreiben! Diese große Stärke der begrifflichen Erfassung einer bisher unbegriffenen s p e z i f i s c h e n Situation auf der Grundlage der persönlichen Betroffenheit ist jedoch zugleich auch die große Scheuklappe, die verhindert, daß die Autorin durch die Gitterstäbe des eigenen goldenen Käfigs hindurch blicken könnte.

Sie plädiert für ein umfassendes Eingehen auf die kindlichen Bedürfnisse, auf den großen Bewegungs- und Ent- könnte. Sie plädiert für ein umfassendes Eingehen auf die kindlichen Bedürfnisse, auf den großen Bewegungs- und Ent- deckungsdrang des Kleinkindes sowie für einen gewährenden, unterstützenden Umgang der Mutter mit ihrem Kind. Unter den Bedingungen ihrer eigenen Situation gerät dieses Plädoyer jedoch zu einem gigantischen Überanspruch.

B.S. sieht das Kleinkind in erster Linie als „Forscher" und beschreibt die mütterliche Rolle als die einer „Laborassistentin", die sämtliche eigenen Anstrengungen darauf zu richten habe,



dem Kind seine Umwelt verfügbar zu machen. Sie fordert letztlich die Unterordnung der mütterlichen unter die kindlichen Bedürfnisse. Dies ist eine völlig bodenlose, gefährliche und total unrealistische Forderung, die nur zur ständigen Frustration der Mutter führen kann. Sie bedeutet die kritiklose Übernahme und Perfektionierung der traditionellen Rollenzuweisung, daß die Mutter die alleinige Verantwortung für ihr Kind zu tragen habe, wenn auch B.S. versucht, mittels höchstem pädagogischen Anspruch das vermeintlich Beste daraus zu machen.

B.S. versucht nicht, diese Rolle zu sprengen, etwa durch Lockerung des Anspruches auf ständige Verfügbarkeit durch das Kind (indem sie es mal etwas allein machen läßt), etwa durch gleichzeitige Betreuung mit anderen Erwachsenen, etwa durch Zusammenbringen des Kleinkindes mit Gleichaltrigen (ohne Anwesenheit der Mütter). Nein, sie behält die Fiktion der „Laborassistentin" bei und fordert lediglich eine Entlastung derart, daß ein weiterer Erwachsener (sprich: der Vater) die Mutter d a b e i ablöst.

Aus dieser Betrachtungsweise fallen andere Kinder als „Bezugspersonen" völlig heraus — Gleichaltrige könnten eben keine Laborassistenten für das eigene Kind sein. Sie hätten zuviel eigene Ansprüche, was sich in Gruppensituationen als Konkurrez und Streit der Kinder untereinander äussere.

Ansprüche, was sich in Gruppensituationen als Konkurrez und Streit der Kinder untereinander äussere.

Diesen Gesichtspunkt führt sie in dem zunächst so vielversprechend klingenden Schlußkapitel: „Zur Verwandlung des Arbeitsplatzes (Mutter-mit Kind-zuhause) in eine Lebensweise" näher aus. B.S. denkt dabei „*an etwas sehr altmodisches: die Idee, daß das Beste für ein Kind ‚die Familie' sei*".

Fortsetzung nächste Seite

„Alles, woran dieser Rechtsstaat seit Jahren krankt..."

Verhandlungen zur Friedenserziehung an den Schulen gescheitert

Die lange erwartete und mehrfach von oben angeordnete Einigung der Kultusminister ins Sachen „Friedenserziehung" an den Schulen ist — wie zu erwarten war — in Streit geendet, und es scheint, daß bildungspolitisch an den Grundfesten der Nation gerüttelt wird: Von „*Amtsmißbrauch*", von „*staatsbürgerlichem Skandal*" schimpfen die christlichen Friedensverordner; sie klagen darüber, daß seites ihrer sozialdemokratischen Kollegen „Fakten" gesetzt würden, „*die mit dem Auftrag der Kultutsministerkonferenz nicht vereinbar*"seien und,„*Unfrieden in die Schulen*"tragen würden; in deren Folge würde eine „*tiefe Spaltung in unsere Lehrer*"gebracht, was auf den„*zweifelhaften politischen Stil*"zurückzuführen sei, der „*das Sprungtuch für die Vernünftigen zerschnitten*" habe und nun den „*Steppenbrand der Trennung signalisiert*" („Frankfurter Rundschau", 18.3., „Hamburger Abendblatt", dto.).

Der Streit geht um die unterschiedlichen Konzeptionen, wie dem Schüler die Verteidigungsbereitschaft am besten nahegebracht werden könnte. Seit zwei Jahren schwelt die Kontroverse, ausgelöst von dem damaligen Kriegsminister Apel, der angesichts der Störungen der ach so schön gedachten Rekrutenvereidigungen in Bremen usw. etwas mehr Respekt und Verständnis der Jugend fürs Militär von den Schulen als Bildungsauftrag forderte. Seit Apels Besuch bei den Kultusministern geistern mehrere Vorschläge durchs Land: Die CDU-Kultusminister präsentierten „Friedens- und Sicherheitspolitik" ganz im Geiste eines Freund-Feind-Schemas der „Bedrohung aus demn Osten" durch den „*Herrschaftsanspruch des Kommunismus*". Hingegen versuchten die verschiedenen SPD-Vorschläge und zuletzt jener des Hamburger Schulsenators Grolle Konzeptionen in Richtung Friedensbewegung. Dies mündete in der These, „*ob nicht Zweifel geboten (sei), ob es wirklich zum pädagogisch begründbaren Erziehungsauftrag der Schule gehört, für Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit zu sorgen?*" Besonderen Groll erregten die SPD-Kultusminister dadurch, daß sie ihre Vorstellung bereis vor der KMK-Konferenz als Broschüre herausgaben und an alle interessierten Lehrer und Pädagogen verschickten, da die Grenze der Kompromissfähigkeit erreicht und es nicht nötig sei, einheitliche Vorstellungen in Sachen Friedenserziehung zu verabschieden. So werden nun also, je nach politischer Mehrheitslage in den Ländern, zwei unterschiedliche Konzepte praktiziert. Für Kriegsminister Wörner,der liebend gerne an die Vorarbeit seines Kollegen Apel anknüpft, ist „*das letzte Wort noch nicht gesprochen*", da für ihn die „*Verteidigungsbereitschaft zu dem wesentlichen Lernziel der Schule*" gehört. Zur Übernahme des Vorsitzes der KMK durch Senator Grolle überreichte Wörner ihm ein Dokument einer französischen Vereinbarung sozialistischer Minister die für die Schüler vorsieht „*die Jugend über die Notwendigdkeit der Verteidigung und den Zweck der allgemeinen Wehrpflicht*" aufzuklären und „*zur Förderung von Aktivitäten zur Entwicklung der Verteidigungsbereitschaft*" und zur „*Unterstützung wehrbewußter Lehrer und Forscher*" anhält. Grolle wies dies mit dem Argument zurück, daß solche Vereinbarungen in Frankreich auf Grund historischer und traditioneller Entwicklungen etwas ganz anderes seien als hierzulande. Springers „Welt"-Leitartikler und Rechtsaußen v.' Loewenstern meint zum Problem:„*Für die Schüler, die entweder wider besseres Wissen mitmachen oder gar wider Wissen und Willen- denn viele haben bereits erfahren, daß ein klares Bekenntnis zum Recht auf Verteidigung zu schlechteren Noten führen kann - stellt sich als mögliches Lernziel die Neurotisierung: ... Alles, woran dieser Rechtsstaat seit Jahren krankt, bündelt sich hier wie in einem Brennpunkt...*" („Welt", 17.3.) Der GEW-Vorsitzende Wunder hingegen kam zu der durchaus richtungsweisenden Einsicht, daß jede Form von Friedenserziehung als Wehrkunde die Militarisierung der Schulen bedeute.Schüler darf gespannt sein...

Kinderkommission/KB Hamburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

Zwar meint sie damit nicht die heute vorherrschende Rumpfkleinfamilie (Vater-Mutter-Einzelkind), sondern ein Zuhause nach Art der ,,alten Großfamilie'', das auf die Bedürfnisse des Kindes und seiner Mutter ,,*wirklich eingerichtet ist, in dem es mehrere Erwachsene gibt und immer wieder mal andere Kinder*''. Und noch deutlicher: **,,Also: De-Professionalisierung und Re-Verhäuslichung! Damit diese (nur scheinbar rückwärtsgewandte) Perspektive eine Chance hat, müssen die Häuser entsprechend ausgestattet sein, vor allem mit ,Personal'. Leute für Kinder müssen in ihnen wohnen''.**

Wo sollen denn diese Leute herkommen? Woraus sollen sie ihre Perspektive beziehen, sich dauerhaft und ehrlich mit ihrer gesamten Lebensperspektive auf die ,,fremden'' Kinder einzulassen — und auf deren Eltern? Was soll die materielle Grundlage für diese stabile gefühlsmäßige Bindung abgeben? Und woher nimmt B.S. die Gewißheit, daß alle diese Erwachsenen genau den Erziehungsstil der Mutter fortsetzen werden?!

Dieser blauäugigen Zuversicht in die allseitige Kompetenz des erwachsenen Menschen entspricht die völlige Diskriminierung der s o z i a l e n Entwicklungsmöglichkeiten von Kleinkindern! Die fatale Kehrseite der zunächst so einleuchtenden Forderung ,,mehrere Erwachsene für (m)ein Kind'' sieht bei B.S. nämlich so aus: ,,*Kleinkinder passen noch nicht recht in Gruppen mit Gleichaltrigen. Sie gehören zu ihren Großen*''. Und weiter: ,,*Ein Kind unter drei braucht mindestens einen (Erwachsenen), jedenfalls für den größten Teil seiner Zeit — und es braucht Gleichaltrige nur mal hier und da, und bitte nicht zu viele. Eine Gruppe von mehr als vier Kleinkindern ist über einen längeren Zeitraum nicht mehr vernünftig zu betreuen — selbst w e n n pro Kind ein Erwachsener dabei wäre*''.

Darauf können wir uns sofort verständigen: vier Erwachsene mit (mindestens) vier verschiedenen pädagogischen Konzepten, Praktiken und Kompetenzen auf vier Kleinkinder loszulassen, das kann ja nicht gutgehen! Aber Scherz beiseite. B.S. sieht die Probleme ja anderswo, nämlich ausschließlich auf Seiten der Kinder, die ,,*oftmals so roh miteinander umgehen, daß zuviel Kontakt mit Gleichaltrigen die Neugier auf andere Kinder in Angst vor ihnen verwandeln kann*''. Jegliche Gruppensituation bedeutet für sie eine unnötige Ansammlung von ,,Kleinkindkonkur-



„Kinder sein dagegen sehr, ...“

auf andere Kinder in Angst vor ihnen verwandeln kann''. Jegliche Gruppensituation bedeutet für sie eine unnötige Ansammlung von ,,Kleinkindkonkur-

„Kinder sein dagegen sehr, ...“

renten''.

Und was ist mit der Konkurrenz unter den diversen Erwachsenen um die Liebe und Anhänglichkeit ,,ihres'' Kindes, um die Durchsetzung des ,,richtigen'' Umgangs mit den Kindern? Was ist mit der verbreiteten Unehrlichkeit bei der Diskussion um Verhaltensprobleme der gemeinsam betreuten Kinder, wenn ,,private'' Beziehungsprobleme zwischen den Eltern, die Unzufriedenheit der Mutter mit ihrer Isolation, die Tendenz zur Verwöhnung des Kindes zuhause etc. zur Sprache gebracht werden? Es ist doch einfach unredlich, bestenfalls illusionär, zu glauben, die ach so kinderfreundlichen Eltern kämen immer ganz prima miteinander aus, wenn bloß diese rohen und unzivilisierten Kleinkinder sich nicht dauernd gegenseitig die Köppe einschlagen würden!

Die bisher vorliegenden Erfahrungsberichte aus selbstorganisierten Baby-Initiativen belegen das genaue Gegenteil.

In ihnen setzen sich schon die Kleinsten mit den Bedürfnissen der Anderen auseinander — auf ihre Art, die von der Art der Erwachsenen durchaus verschieden ist! Was für die ängstlichen Erwachsenen nach Streit, Aggressionsentladung und nicht wiedergutzumachenden seelischen Verletzungen aussieht, bedeutet f ü r d i e K i n d e r oftmals etwas Anderes, nämlich in der Regel das sämtliche Aspekte ihrer Persönlichkeit umfassende, vollständige Sich-Einlassen auf das jeweils andere Kind. Dabei sind harte körperliche Auseinandersetzungen eng verwoben mit intensivem Interesse, das rohe Kräftemessen mit dem Bedürfnis nach Nähe und Zärtlichkeit, das scheinbar bloß aggressive Streben nach Konflikten mit dem möglichst engen Teilhaben-Wollen an den interessanten Handlungen des heimlich bewunderten ,,ranghöheren'' Kindes (das ist auch der Ursprung des Wortes Aggression).

Diese a l l s e i t i g e Auseinandersetzung der Kinder untereinander - mit Lachen und Weinen, Hauen und Schmusen, Zanken Vertragen - kann, muß aber keineswegs automatisch, unter bestimmten Bedingungen in ständiges Gekloppe, Brüllerei, gegenseitige Konkurrenz und Ablehnung umschlagen.Dann sind aber in der Regel die konflikthaften Beziehungen der beteiligten E r w a c h s e n e n die Ursache dafür, daß auf der Ebene der Kinder ,,nichts läuft''. Die Kindergruppe spiegelt das Verhältnis der Eltern zueinander sowie zur Erzieherin wieder!

Wenn selbstorganisierte Babygruppen kaputtgehen, dann daran, daß die Eltern sich über die Erziehung der Kinder nicht einig werden, daß die materiellen Belastungen durch hohe Beiträge zur Unsicherheit und Fluktuation führen, daß Mütter ihr Kleinkind doch am liebsten ganz bei sich behalten wollen, daß an der Kinderfrage Partnerschaften zerbrechen,daß die Bezugsperson rausgeschmissen wird oder selbst kündigt. Und nie, niemals, behaupten wir, daran, daß sich die Kinder streiten!! Wo und wann sollen denn diese Massen bundesdeutscher Einzelkinder die Auseinandersetzung und die Bewältigung von Konflikten mit Gleichaltrigen lernen? Und wieso eigentlich glaubt immer noch jemand, dies könnten sie aufgrund biologischer Ausreifung erst ab dem dritten Geburtstag?! Dies ist absoluter Humug, Bauernfängerei, Aberglaube - und das im 20. Jahrhundert!

Alle verfügbaren, aus der P r a x i s gewonnenen Forschungsergebnisse sprechen ziemlich eindeutig dafür, daß soziales Verhalten von Kindern untereinander (wozu gerade auch das Austragen von Konflikten wesentlich gehört) ein ständiger L e r nprozeß ist und daß er beginnen kann, sobald das Kind auf der Welt ist. Es gibt keine Altersbegrenzung nach unten! Und: gerade in den ,,alten Großfamilien'' lebten stets mehrere Kinder unterschiedlichen Alters, die sich auch untereinander ,,erzogen'' (die Kleinen ahmten die Großen nach, die Großen leiteten die Kleinen an). Es war ganz und gar unmöglich, daß rund um die Uhr einander sich ablösende Erwachsene die Kinder betüteln konnten (wie sich das B.S. wohl vorstellt).

Der gesamte letzte Abschnitt ihres Buches ist vollständig frei von tieferen Analysen der historischen Familienformationen (die keineswegs ideal waren) sowie der bestehenden außerhäuslichen Tagesbetreuung.

Ebenso sucht man vergebens Ergebnisse empirischer Untersuchungen oder doch wenigstens Belege, Hinweise,eigene Erfahrungen, theoretischen Bezügen etc. Das erscheint zunächst absolut unverständlich, bestehen doch die ersten neun Zehntel des Buches aus sehr genauen und scharfsinnigen Einzelbeobachtungen der unmittelbaren Praxis, die in einen Zusammenhang gestellt werden.

Im krassen Gegensatz dazu schludert B.S. auf nur acht Seiten eine oberflächliche Beurteilung sämtlicher Tagesbetreuungsformen für Kleinkinder hin, die sie allesamt als ,,Notbehelf'', bestenfalls als ,,Zwischenlösung'' verdammt. Kein Wunder, mißt sie diese ja nicht an der tatsächlichen Misere bundesdeutscher Ein-Kind-Familien, sondern an irgendwelchen,,sozialen Formationen'', in denen dann alles so viel toller und befriedigender zugehen soll, deren materielle und soziale Grundlage jedoch ziemlich im Spekulativen bleibt. Eines allerdings dürfte heute schon klar sein: Diese ,,neue'' Familie wir nur für eine verschwindende Minderheit von Eltern überhaupt realisierbar sein, benötigt sie doch immerhin ein größeres Haus und ,,Personal'' für Kinder!

Nun kann sich auch B.S. nicht der krassen Notsituation verschließen, in der sich hier und heute viele Familien mit Kleinkindern real befinden. Konsequent fordert sie eine strukturelle Verbesserung der Familie (in Anlehnung an E. Dessai's ,,Elternschutzgesetz''), jedoch nicht für die bestehenden Tagesbetreuungs-Arrangements.

Den zweifellos vielfach verbesserungsbedürftigen zur Zeit betriebenen Krippen, Tagespflegestellen und auch Babygruppen werden nur ihre negativen Seiten vorgehalten; die oft genug am eigenen Leib und Kind erfahrbaren Defizite werden als strukturelles, unveränderbares Versagen ausgegeben. Zu große Gruppen, hohe Elternbeiträge, ungeeignete Räume,fehlende männliche Betreuer usw. sieht B.S. nicht in erster Linie als logische Folge mangelnder finanzieller Förderung und fehlender pädagogischer Anerkennung seitens der öffentlichen Jugendhilfe.

Bei Jugendämtern und Familienpolitikern gelten familienergänzende Tagesbetreuungs-Formen durch die Bank immer noch als Notlösung, wenn nämlich ,,die Familie versagt'' (soll heißen, wenn der Ehemann nicht materiell oder ideologisch verhindern kann, daß die Mutter berufstätig ist). Von dieser konservativen Familienpolitik - die Kleinfamilie wird total idealisiert, und zwar ebenfalls in Richtung auf die alte großbürgerliche Familie, während alle anderen Lebens- und Erziehungsformen diskriminiert werden - grenzt B.S. sich leider überhaupt nicht ab. Im Gegenteil leistet sie sich einige hämische Seitenhiebe gegen die Alternativen aus den ,,Babyläden'' mit ihrer ,,Kollektivierungseuphorie für Kleinkinder''.

Auf zwei sehr spannenden Diskussionsveranstaltungen in Bremen wurde deutlich, woher Barbara Sichtermann ihre ans Hysterische grenzende Abneigung gegenüber Kleinkindergruppen hat. Sie schilderte, wie sie sehr euphorisch mit anderen Eltern eine Babygruppe anfing und wie ihr Sohn völlig verstört nur in der Ecke saß und nach seiner Mutter rief,sodaß sie ihn schließlich wieder herausnahm. Aber selbst in ihrer eigenen Gruppe kamen drei von fünf Kindern gut miteinander aus! B.S.: ,,Für diese Kinder war die Gruppe das Richtige. Für meinen Sohn und ein weiteres Kind dagegen nicht''.

Sie folgert trotzdem nicht etwa das Naheliegende, daß nämlich für viele Kinder eine Babygruppe gut geeignet ist, für manche dagegen offensichtlich andere Betreuungsformen entwickelt werden müssen,sondern verallgemeinert ihre spezielle Erfahrung mit e i n e r bestimmten Kleinstkindgruppe zu einer umfassenden Theorie über die Schädlichkeit von außerhäuslichenTagesbetreuungsformen überhaupt.

Sie analysiert nicht die ökonomische und familiale Situation der großen Mehrheit der Mütter mit Kleinkindern in der BRD,die zu drei Vierteln Arbeiterinnen und kleine Angestellte sind, nicht die beruflichen Zwänge und Belastungen der trotz Mutterschaft weiterarbeitenden Frauen. Sie weiß im Grunde nichts über die nunmehr zehnjährigen Forschungen zur Tagesbetreuung kleiner Kinder bei uns (von der ungleich längeren Tradition in den angelsächsischen Ländern, in Skandinavien, in der DDR ganz zu schweigen), nichts über die mindestens fünfjährigen praktischen Erfahrungen der bisherigen Babygruppen und -häuser (die auch bereits eine ganze Menge veröffentlicht haben). Wir vermuten, sie hat noch nie eine dieser Einrichtungen von innen her kennengelernt, sich mit Eltern und Erzieherinnen auseinandergesetzt, die Kinder längere Zeit beobachtet.

Sonst wüßte sie, was diese Betroffenen brauchen, was auch aus allen gängigen Befragungen deutlich herauskommt.

M ü t t e r brauchen die Möglichkeit, finanziell auf eigenen Füßen zu stehen, d.h. ganz- oder halbtags berufstätig zu sein. Sie brauchen Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, brauchen Arbeitskolleginnen, brauchen Anregungen und Auseinandersetzungen, die nicht immer über das Kind vermittelt sind. Während ihrer Arbeitszeit brauchen s i e also eine gute Tagesbetreuung für ihre Kinder.

K l e i n k i n d e r brauchen ganz dringend kontinuierlichen Umgang mit Gleichaltrigen — die durchschnittliche Familiengröße ist bereits auf 1,2 (!) Kinder abgesunken. D.h. zwei von drei Kindern wachsen allein auf, ohne Geschwister. Sie brauchen mehr Distanz und Unabhängigkeit gegenüber ihren Eltern, um mit ihnen tendenziell als eigenständige kleine Menschen zusammenleben zu können. S i e brauchen also unbedingt eine gute Tagesbetreuung mit überschaubaren Gruppen Gleichaltriger, kindgerechte Räume und Materialien, qualifizierte Betreuerinnen.

B e t r e u e r / i n n e n , Erzieher, Nicht-Eltern brauchen Muße, Gelegenheit, Interesse und vor allem eine befriedigende materielle Basis für ihren kontinuierlichen und liebevollen Umgang mit Kindern. Für professionelle Erzieher/innen sind das eine angemessene Bezahlung (bei gleichzeitiger finanzieller Unabhängigkeit von ,,ihren'' Eltern), gleichberechtigter Umgang mit Kollegen und Eltern , Mitwirkungsrechte in Bezug auf die eigenen Arbeitsbedingungen, eine qualifizierte berufsbegleitende Fortbildung.

N i c h t - E l t e r n brauchen Anregungen und Auseinandersetzungen mit Eltern, ein ehrliches und belastbares Verhältnis zu ihnen, eine Art von finanziellem oder arbeitsorganisatorischem Ausgleich bzw. Flexibilität im Zusammensein mit dem ,,fremden'' Kind. Diese Voraussetzungen sind aber in unserer Gesellschaft so sehr begrenzt, daß es eigentlich nur zwei Gruppen von betroffenen Erwachsenen gibt, die ständigen Kontakt zu Kindern haben: Eltern/Vewandte und professionelle Betreuer/Lehrer. Zwischen i h n e n spielen sich die Konflikte um das Kind ab. Es müssen Lösungen erarbeitet werden, die an i h r e n Bedürfnissen - und denen ihrer Kinder - orientiert sind.

So wertvoll die Arbeit von B.S. ist, indem sie für eine bestimmte Gruppe von Frauen mit Kindern unter drei Jahren genau zutrifft, so beschränkt sind ihre Aussagen und Empfehlungen für die große Mehrheit dieser Mütter. Wenn sie berufstätig sind, m ü s s e n ihre Kinder tagsüber betreut werden! Besonders ärgerlich finden wir es, daß B.S. zu diesem Problem absolut nichts zu sagen hat, jedoch mit dem gleichen Gestus an Sicherheit und Kompetenz wie auf den ersten 180 Seiten ihres Buches am Schluß schlimmste Allgemeinplätze verbreitet und damit unselige Vorurteile verstärkt. Sie hätte besser daran getan, ihre Ahnungslosigkeit offenzulegen und gleichwohl mit Ideen, Anregungen und Modellen mögliche Wege zu weisen auf der Suche nach besseren Bedingungen für Mütter u n d Kleinkinder.

Wir allerdings, die wir in unseren Wohngemeinschaften, Babygruppen, Kinderhäusern und wo auch immer seit Jahren praktisch mit der Betreuung kleiner Kinder befaßt sind, sollten endlich mal diese Erfahrungen und Einsichten - als Eltern wie als Erzieher/in - zusammentragen und austauschen! Viell-icht können wir die Diskussion wieder beleben über das Verhältnis der Linken zu (Klein)Kindern, die vor drei Jahren unter anderem aufgrund fehlender Analyse der diversen praktischen Ansätze abgebrochen ist. Kinder im KB - gibt's die eigentlich noch?

Ein Genosse aus Bremen
22.2.82

Gegen Hunger Appetitanregende Vitaminpräparate

,,Medico international'', die sich besonders dem Hunger- und Ernährungsproblem sowie der medizinischen Versorgung in der 3. Welt angenommen hat, enthüllt die korrupten Geschäfte deutscher und schweizerischer Pharma-Konzerne mit dem Hunger, Armut und Elend der Menschen in diesen Regionen. In der Studie ,,Geschäfte mit der Armut — Pharma-Konzerne in der 3. Welt'' des Schweizers Marcel Bühler wird darüber berichtet, daß diese Konzerne eine wqirklich hilfreiche medizinische Versorgung verhindern; die wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit der Entwicklungsländer werde ausgenutzt, indem dorthin Medikamente transportiert und verkauft würden, die nicht die ,,Massenkrankheiten der Armut'' berücksichtigen. Es würden kaum ausreichende Informationen für Ärzte und Verbraucher ge-

kamente transportiert und verkauft würden, die nicht die ,,Massenkrankheiten der Armut'' berücksichtigen. Es würden kaum ausreichende Informationen für Ärzte und Verbraucher ge-

liefert; die Preise seien stark überhöht. Zudem würden nach dort noch Mittel vertrieben, die wegen ihrer Nebenwirkungen in den Ländern der ,Ersten Welt' vom Markt genommen werden mußten. Viele Medikamente, für die mit viel Geld geworben wird, seien überflüssig: so werde z.B. in Indonesien, wo mehr als ein Drittel der Bevölkerung nicht genug zu Essen habe, mit appetitanregenden Vitaminpräparaten geworben.

Nach einer jetzt erschienenen Studie von UNICEF ist nicht klar, ob es 100 Millionen, 500 Millionen, 800 Millionen oder gar 1 Milliarde Hungernde gibt: Auch UNICEF weiß nicht, ob 10 oder 14 Millionen Kinder jedes Jahr an ,,Ursachen im Zusammenhang mit Mangelernährung sterben.''

Das chronisch unter- oder mangelernährte Kind sei jedoch nur das extremste Symptom des umfassenden Hungerproblemes. Die große Mehrheit der 500 oder 800 Millionen sei nicht am ,,Verhungern''. Ebensowenig stürben die 14 Millionen Kinder wegen Mangelernährung, fehlender Kalorien, Proteinen oder Vitaminen. Meistens stürben sie an Infektionen, die auf ihre geschwächten Körper verheerende Auswirkungen haben: Diarrhoe und Erkrankungen der Atemwege. Teilweise würden die Kinder an Mangelzuständen leiden, die nicht sofort sichtbar würden, sondern nur bei regelmäßiger ärztlicher Kontrolle erkennbar würden.



Zur Geschichte des Antisemitismus

Teil II

Judenpogrome im Mittelalter

Gegen Ende des 1. Jahrhunderts hatten sich zwar beide Gemeinden, die christliche und die jüdische, auseinandergelebt; die Christen waren jedoch an den Anfängen der Judenfeindschaft im kaiserlichen Römerreich nicht beteiligt. Vielmehr waren auch sie Opfer von Verfolgungen. Das Auseinderleben drückte sich eher in gegenseitigen Profilierungsversuchen aus — zwischen dem „alten, auserwählten Volke Gottes" und der „neu berufenen Kirche Gottes".

Erst im 4. Jahrhundert, als die christliche Kirche offiziell anerkannt wurde, kam es zum offenen Antijudaismus.

Zwischen dem 2. und 7. Jahrhundert wurde eine ganze Serie christlicher Schriften unter dem Titel „adversus Judaeos" („gegen die Juden") produziert. Deren tragende theologische Argumente waren:

— Die Kirche als das wahre Israel, begründet in der Überzeugung, Jesus von Nazareth sei der Messias. Der im Alten Testament bezeugte Gottesbund sei zerbrochen; der Heilsweg der Juden könne nur in der reuigen Einkehr in die christliche Gemeinde liegen.

— Der Alleinanspruch auf das Alte Testament, das nicht mit der Zukunftsvision auf einen irgendwann kommenden Messias hin, sondern vom gekommenen und erlebten Jesus Christus her gelesen werden müsse.

den Messias hin, sondern vom gekommenen und erlebten Jesus Christus her gelesen werden müsse.

— Der Vorwurf des Gottesmordes: Die Klage über die Ablehnung Jesus' durch die Juden steigert sich zu der schlimmsten Anklage, die Juden seien die eigentlichen Gottesmörder. Dieser Vorwurf wird den Juden wie eine Erbschuld aufgedrückt, die alles Unheil über dieses Volk als notwendige Strafe und Buße rechtfertigt.

Durch die Kirche ausgerufen bedeuteten die Kreuzzüge Massaker in Nordfrankreich, im Reich und in Jerusalem. 1096 wurden in knapp zwei Monaten im rheinischen-fränkischen-lothringischen Raum alle bedeutenden jüdischen Gemeinden vernichtet. Anläßlich der damaligen Pogrome starben mindestens 5000 Menschen in Speyer, Worms, Mainz, Trier, Metz, Köln, Neuß, Xanten, Regensburg und Prag — wobei keine Angaben über die Zahl der Zwangskonvertierten existieren. Diese zunächste nicht voraussehbaren Massaker, die sich 1146/1147 anläßlich des 2. Kreuzzuges wiederholten, dann unabhängig von den Kreuzzügen die ersten Ritualmordbeschuldigungen (Norwich 1144 und Blois 1171), begleitet von den entsprechenden Verfolgungen, sowie 1180 die Vertreibung aus der französischen Krondomäne bedeuteten eine einschneidende Zäsur in der Geschichte der Juden.

Aufgrund der seit 1096 gesammelten Erfahrungen („von Unglück ausgehen zu Unglück" oder „das Tal der Tränen") entwickelten die aschkenasischen europäischen Juden (nicht die sefardischen in Spanien) ein verdüstertes Selbst- und Daseinsverständnis, wie es sich (zweite Hälfte des 12. Jahrhunders) in dem „Buch der Frommen" („Sefer Chassidim") zu erkennen gibt (von Juda ben Samuel). Die 1096 und danach wieder aufgezwungene Alternative „Tod oder Taufe" wird darin mit der Aktivierung des „Kiddusch ha-Schem", der „Heiligung Seines Namens", beantwortet, die die Selbsttötung in der Verfolgung zu Forderung erhebt, als Askese, Weltabkehr, Fatalismus und rigorose Lebensverneinung. Selbstverteidigung (wie 1096 geübt) wurde abgelehnt.

Die Rechtsbasis jüdischer Ansiedlung und Gemeindebildung war, vor- und nach 1096, gebunden an die kaiserliche Gesetzgebung bzw. an die jeweilige politische Macht. Ausgeschlossen von öffentlichen Ämtern waren die Juden an der Stärke ihrer Schutzherren interssiert, diese wiederum an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Juden. Nach 1096 wird allmählich, aufgrund der Schwächung der politischen Macht des Königtums, die politische und ökonomische Integration der Juden durch das Papsttum in Frage gestellt. Dabei entsteht eine Ideologie und Praxis der Diskriminierung, Zwangstaufe, Unterdrückung und Vertreibung.

Im ersten Teil dieser Artikelserie (AK 231) wurde ein Überblick über Judenverfolgungen von der Antike bis zu den Kreuzzügen gegeben. Dieser Teil II schließt sich dem chronologisch an.

Der Schwarze Tod

Mitte des 14. Jahrhunderts erlebten die Juden in Deutschland eine neue große Pogromwelle. Im späten Mittelalter dienten vor allem zwei Fabeln zu ihrer Begründung: Einerseits die Fabel von Ritualmorden der Juden an Christen, andererseits die Fabel der Hostienschändung durch Juden.

Diese zweite Legende lieferte den Anlaß der Pogromwelle von 1298 in Franken (genannt nach ihrem Anführer, dem Adligen Rindfleisch) sowie der von 1337 im bayerichen Deggendorf und der von 1336/38 im österreichischen Pulkau, die sich rasch in der weiteren Umgebung ausbreiteten.

Die große Pogromwelle von 1336 in Franken (genannt nach einem ihrer An-

weiteren Umgebung ausbreiteten.
Die große Pogromwelle von 1336 in Franken (genannt nach einem ihrer An-

führer, „König Armleder") und 1338 im Elsaß verfolgte abgesehen vom christlichen „Glaubenseifer" den Zweck, sich der Habe der ermordeten Juden zu bemächtigen. Die größte Pogromwelle des Mittelalters aber, von 1346 bis 1350, deren Endergebnis die Zerstörung der meisten jüdischen Gemeinden im Reich war, wurde von einer anderen Legende getragen: von der Legende der Brunnen- und Quellenvergiftung, wodurch die Juden die Pest bewirkt hätten. Beim Auftauchen der Pest, an der mindestens ein Drittel der europäischen Bevölkerung starb, waren die Juden nicht die einzigen Verdächtigen gewesen. Zunächst hatten sich Adelige und Arme gegenseitig beschuldigt, die Pest durch Brunnenvergiftungen bewirkt zu haben, um jeweils die Gegenseite auszurotten. Auf die „jüdische Verschwörung", die systematisch den Massentod organisiert hätte, einigte man sich erst allmählich.

Das neue Element an dieser Fabel ist das Fehlen einer unmittelbaren religiösen Begründung, neu ist an der dann einsetzenden Pogromwelle die sorgsame Regie.

„*Als dort* (in Nürnberg) *am 5. Dezember 1349 der Pogrom über die Bühne ging, hatten Karl IV. und der patrizische Rat, der kürzlich mit Hilfe des Römischen Königs eine sogenannte Zunftrevolte in der Stadt liquidiert hatte, bereits ausgiebig über den 'Nachlaß' der künfighin zu Ermordenden verfügt. Die erste erhaltene Urkunde dieser Art wurde von Karl IV. am 6. April 1349 erlassen, d.h. acht Monate v o r dem Pogrom. Als Nutznießer des künfigen Judenmordes wurden Adelige und Patrizier mit Häusern der im voraus bezeichneten Opfer bedacht, und als sich der König mit dem Markgrafen Ludwig von Brandenburg, dem Sohn Ludwigs des Bayern, aussöhnte, verschrieb er auch ihm mit einer Urkunde vom 27. Juni 1349 drei der besten Judenhäuser in Nürnberg — nach freier Wahl 'wann die Juden daselbes nu nehst werden geslagen' —, die er nach dieser sorgfälgigen Vorbereitung fünf Monate später programmgemäß erhielt"* („Die Juden als Minderheit in der Geschichte", dtv 81, S. 71 - 72).

Ähnlich auch in Straßburg: „*Hier hatte der Rat zwar — aufgrund verschiedener Berichte über die Brunnenvergiftung der Juden — gegen sie ermittelt und auch einige als Übeltäter hinrichten lassen; mit dem Hinweis auf die städtischen Schutzprivilegien der Juden lehnte er es jedoch ab, sie einfach summarisch abzuschlachten. Angefacht von einigen Rittern und Patriziern wurde jedoch mit Hilfe der Fleischerzunft in einer Aktion, die wohl eher den Namen Schmierenkomödie als Aufstand verdient, die Verbrennung der Juden erzwungen. Aber selbst dieserMord war sorgfältig geplant und wohlvorbereitet. Man gaukelte den Opfern vor, sie würden aus der Stadt vertrieben. Auf dem Weg ins vermeintliche Exil wurden sie zunächst völlig ausgeraubt und am 14. Februar 1349 in einem eigens dafür vorbereiteten Haus verbrannt. Das Bargeld der Ermordeten verteilte der neue Rat unter die Zünfte nach dem Proporz, und Straßburg war seitdem, durch diesen Erfolg angesporni, in der Judenverfolgung so initiativ, daß es sogar den Landfriedensbund dazu benützen wollte, alle verbündeten Städte und Adeligen zum 'Judenbrennen' zu zwingen"* (ebda., S. 73 - 74).

2000 Juden wurden dabei in Straßburg verbrannt. In vielen Städten setzten die Juden ihre Häuser selbst in Brand und verbrannten sich und ihre Familien — nur die größte damalige jüdische Gemeinde in Mainz verteidigte sich zunächst; als ihre Lage hoffnungslos war, verbrannten auch sie sich selber.

Ökonomische Situation der Juden im

Ökonomische Situation der Juden im Aschkenas 1096 -1348

Die Massaker von 1096 hatten nicht nur Folgen auf das Denken der Juden im Reich, sie bedeuteten auch Veränderungen in ihrem Leben. Wenn auch, nachdem Kaiser Heinrich IV. den Zwangskonvertierten des 1. Kreuzzuges die Rückkehr zum jüdischen Glauben erlaubt hatte, viele der alten Gemeinden an ihren ursprünglichen Orten wieder auflebten, begann ein Jahrhundert später die Verbreitung der deutschen Juden nach Osten und Südosten, hin zu gastlicheren Regionen, und im 13. Jahrhundert in die Gebiete der Westslawen, vor allem Polen.

Nach dem 1. Kreuzzug wurden die Erwerbsmöglichkeiten der in den nordwestlichen und zentraleuropäischen Ländern lebenden Juden nach und nach eigeschränkt. Sowohl der Aufschwung der Städte als auch die allgemeine Entwicklung im Geld- und Kreditverkehr und nicht zuletzt das klerikale Zinsverbot trugen dazu bei, daß hier die Mehrzahl der Juden aus dem Geldhandel ihren Lebensunterhalt bestritten. Dies war keineswegs überall der Fall: sowohl in den islamischen als auch in den südeuropäischen Ländern gab es kaum einen Bereich von Berufen, wo Juden nicht vertreten waren, von der Gerberei bis zur Medizin.

Nach Westeuropa (nördlich der Pyrenäen) waren die Juden zunächst als internationale Händler und Kaufleute bzw. als Finanzadministratoren gelangt. Zunehmend wurden sie aber aus dem sich entwickelnden Handel in Nordwesteuropa und Italien ausgeschlossen. Parallel dazu begann die Organisierung von Kaufleuten und den christlichen Städten, in welchen sie lebten, in Verbindungen, die auf einem christlichen Treueeid beruhten. Die mittelalterlichen Städte, ihre Kaufmanns- und Handwerkgilden waren

Judenverbrennung im Mittelalter (Nürnberg Holzschnitt von 1493)

Gemeinschaften auf der Grundlage christlicher Vorstellungen. Städte und Gilden übten Monopole auf die Ausübung bestimmter Berufssparten aus, sodaß Juden aus Handel und Handwerk ausgeschlossen wurden.

Das Zusammenwirken dieser verschiedenen Umstände sowie die Tatsache, daß sie aus ihrem vorherigen Fernhandel Bargeld besaßen, führte dazu, daß die Gewährung von Zinsdarlehen allmählich zum Hauptberuf der in den Städten lebenden Juden Englands, Frankreichs, Norditaliens und Deutschlands wurde.

Nach der Pest...

1356 wurde durch die sog. „Goldene Bulle" des Kaisers Karl IV. das „Heilige Römische Reich deutscher Nation" in Territorialstaaten aufgelöst. Von nun an waren die Juden nicht mehr nur „Kammerknechte" des Kaisers, sondern gehörten auch ihrem jeweiligen Fürsten.

Ghettos und Kleiderordnungen wurden eingeführt:

„*....Juden und Jüdinnen, die in Köln wohnen oder als Besucher hierher kommen, sollen an ihren Kleidern als Juden erkennbar sein, und zwar folgendermaßen: Ihre Ärmel an Überwürfen und Jacken sollen nicht weiter sein als eine halbe Elle und die Kragen nicht breiter als ein Finger. An der Kleidung darf nirgendwo die Pelzfütterung sichtbar werden. Die Mäntel sollen bis an die Waden reichen und gefranst sein. Frauen dürfen wochentags keine Ringe tragen, die mehr als drei Goldgulden wie-*

en dürfen wochentags keine Ringe tragen, die mehr als drei Goldgulden wie-

gen, auch keine Gürtel, die vergoldet sind, oder mehr als zwei Finger breit sind. In der Karwoche dürfen Juden ihre Häuser nicht verlassen" („Juden in Deutschland", Leo Sievers, Goldmann 79, S. 66).

Nach einer Zeit verhältnismäßigen Friedens folgt nach Ausweisungen (1384) aus der Pfalz 1388 die erste allgemeine Ausweisung aus Straßburg. Im 15. Jahrhundert reißen die Ausweisungen nicht mehr ab: 1420 aus Österreich, 1424 aus Freiburg und Zürich, 1426 aus Köln, 1432 aus Sachsen, 1439 aus Augsburg, 1451 aus Würzburg, 1454 aus Breslau.

Einige dieser Ausweisungen waren endgültig, andere wurden wieder rückgängig gemacht: so kam es, daß die Mainzer Juden im Verlauf von 50 Jahren vier Mal ausgewiesen wurden. Die Begründungen waren einerseits „Schutz des Volkes vor den jüdischen Wuchergeschäften"; andererseits „zur Ehre Gottes und der Heiligen Jungfrau". In Regensburg, wo die Bürger 1298 und auch während der Pest „ihre" Juden geschützt hatten, wurden vor der schließlichen Ausweisung 1515 zunächst zu anderen Maßnahmen gegriffen: Bäcker verkauften Juden kein Brot mehr, Müller mahlten ihr Mehl nicht, erst ab vier Uhr nachmittags (nachdem die Christen eingekauft hatten) durften sie auf die Märkte.

So kam es, daß die Juden in Deutschland — abgesehen von ein paar Städten, die mensch an einer Hand abzählen kann — keinen gesicherten, dauerhaften Aufenthaltsort mehr hatten.

Die Judenmorde im Mittelalter waren kein isoliertes Phänomen. Mit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts wurden die Hexenprozesse zur Massenerscheinung, die Frauenfeindschaft steigerte sich zur regelrechten Hysterie. Wie die Hexen wurden auch sogenannte Ketzer und Bettler zum Opfer ähnlicher Verleumdungen wie die Juden. Auch diese Gruppen wurden der Verschwörung gegen die (christliche) Menschheit bezichtigt, wenn auch die Juden eine „bevorzugte" Stellung dabei einnahmen. Sie alle wurden als Agenten des Teufels betrachtet, wobei zeitweilig die Hexen als Hauptagentinnen Satans dienten. Im Gegensatz zum frömmelnden Bild der „Heiligen Jungfrau" wurden sie als Gleichnis der Frau schlechthin für Unreinheit, Schwäche, Versuchung u.ä.m. betrachtet und dafür verbrannt. Dies alles geschah im allgemeinen Kontext wachsender Machtkämpfe zwischen Handelspatriziat und Feudalherren, zwischen Handwerkszünften und Patriziern, von sozialen Revolten gegen den Adel in Frankreich und von Bauernaufständen in den Niederlanden und England. Auch in Deutschland ging 1493 von Schlettstadt der erste Bundschuhaufstand aus, 1509 gab es in Erfurt eine Erhebung gegen die Stadtaristokratie, 1514 den Aufstand des Armen Konrads in Württemberg.

„*Die Judenverfolgungen des 14. Jahrhunderts gehen sicher auch auf wirtschaftliche und soziale Gründe zurück, die mancherlei Aspekt erklären. Sie sind Bestandteil von Maßnahmen einer sozial (im Vergleich zur Vergangenheit) unstabilen und daher sich ständig bedroht fühlenden und dabeizutiefst verunsicherten Gesellschaft... Alte Vorstellungen und Werte geraten ins Wanken, die Wirtschaftslage wird öfter durch Verschuldung besonders prekär, die Lage unsicher, die gesellschaftlichen Zustände immer undurchschaubarer"* („Die Juden als Minder-

schaftlichen Zustände immer undurchschaubarer" („Die Juden als Minder-

heit in der Geschichte", dtv 81, S. 82).

Jüdische Kultur im Aschkenas

Im 10. und 11. Jahrhundert wurden erste Ansätze aschkenasischer Kultur entwickelt.

Die Ideale und Normen dieser sich entwickelnden Jüdischen Kultur brachte der Rabbi Simeon der Große zum Ausdruck. Für ihn sind die Weisen der Thora:

„*Herrscher über die Schätze der Thora, gehen in ihrem Lichte voran,*
Erfreuen sich nicht deren Ehre und Krone
Nutzen sie nicht als Gerät oder Schmuck,
Sie wollen nur forschen, bewahren und lehren,
Und ihre Augen dem Schlafe wehren,
Verbreiten die Weisheit im Sinne der Thora"

(„Geschichte des jüdischen Volkes", Bd. 2, Hrg. Haim Hillel Ben-Sasson, C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, 79, S. 91).

Die Gemeinden unterstützten z.T. die Gelehrten, die „die Reste des Heiligen Volkes" zu führen hatten, die selbst nicht privilegiert waren, "aus der Quelle der Thora zu schöpfen oder ihr nahe zu stehen" (Simeon, ebda. S. 92.

Die Gemeinden unterstützten z.T. die Gelehrten, die „die Reste des Heiligen Volkes" zu führen hatten, die selbst nicht privilegiert waren, "aus der Quelle der Thora zu schöpfen oder ihr nahe zu stehen" (Simeon, ebda. S. 92).

Als Ideal der Hingabe an das Studium galt vor allem das Studieren der Schriften. In den aschkenasischen Gemeinden Nordwesteuropas war das Bildungsniveau durchweg hoch. Ein Mönch aus dem 12. Jahrhundert schrieb:

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

„In ihrem Streben nach Gott und in ihrer Liebe zum Gesetz lassen die Juden alle Söhne, die sie haben, die Wissenschaften erlernen, auf daß sie das Gesetz Gottes verstehen... Und wenn ein Jude zehn Söhne hat, und sei er noch so arm, er würde alle studieren lassen, nicht um Gewinn, wie die Christen es tun, sondern um der Erkenntnis des Gottesgesetzes willen, und nicht nur seine Söhne, sondern auch seine Töchter" (ebda., S. 167).

In den aschkenasischen Gemeinden wurden die (männlichen) Kinder mit feierlichem Zeremoniell auf das Studium der Schriften vorbereitet: *„Bald nach der Beschneidung, wenn sie es wünschen, versammeln sich die Zehn und ergreifen einen Pentateuch; und das Kindlein in die Wiege ist fein angetan wie am Tag der Beschneidung. Sie legen das Buch auf es und sagen: 'Mag dieses erfüllen, was in ihm geschrieben steht'; und sie sagen, 'Und Er soll dir geben' und sprechen alle Verse des Segens... und sie drücken ihm eine Rohrfeder und ein Tintenfaß in die Hand, auf daß er ein flüssiger Schreiber der Thora des Herrn werden möge"* (ebda., S. 168). Bücher standen während dieser Epoche überall in der Diaspora hoch im Kurs. Die Chassida Aschkenas machten es zum Gebot, Bücher als heilig anzusehen. Sie verlangten von dem Buchkäufer, *„niemals zu sagen, ein Buch sei seinen Preis nicht wert... Viel mehr soll er sagen, soviel bin ich dafür zu zahlen bereit, wenn es Euch gefällt, gebt es mir"* (aus dem „Buch der Frommen"; s.o., zit. nach Ben-Sasson, S. 171).

Alles in allem wurde sich in der jüdischen Welt des 12. bis 14. Jahrhunderts besonderts intensiv mit den Fragen des Exils, der Erlösung und der Heiligkeit des Landes Israel auseinandergesetzt, wobei sich zwei geistige Strömungen konfrontrierten: die Mystiker und die Rationalisten. Hierbei sei kurz auf den Rabbi Mose ben Maimon, genannt Maimonides (1135 - 1204) hingewiesen. Maimonides, der bedeutendste Vertreter und Lehrer der rationalistischen Schule, stammte aus Cordoba (Spanien) und ließ sich, nach Aufenthalten in Nordafrika und Palästina, in Ägypten nieder, wo er Arzt und Führer der jüdischen Gemeinde von Fostat (Alt-Kairo) wurde. Sein philosophisches Hauptwerk, der „Führer der Schwankenden" (moreh Nebuchim -um 1190), war überhaupt das Hauptwerk der mittelalterlichen jüdischen Philosophie. Wie der Titel besagt, ist das Werk für die Schwankenden geschrieben, die in die Philosphie eingedrungen sind und dadurch in ihrem Glauben schwankend werden könnten — Maimonides selber war Aristoteliker. Voraussetzung aller Philosophie ist für ihn die Erkenntnis. Nur in der Frage des Wesens Gottes streitet er mit dem Aristotelismus und stellt dem unpersönlichen Gott der Philosophen den persönlichen Gott der Propheten entgegen.

Ein anderes großes Werk des Maimonides, „Starke Hand" (Iad ha-Chasaka), sollte das Volk auf den Pfad der Halacha führen, das Wesentliche vom Talmud bewahren, diesen aber vom Ballast unsystematischer Erörterungen befreien. Maimonides lehnte alle Darstellungen apokalyptischer messianischer Geburtswehen ab, wie sie bei den Kabbalisten vorhanden waren. Er lehnte genauso die mystische Darstellung der messianischen Zeit sowie alle Rache- und Weltherrschaftsgelüste ab. Stattdessen erhoffte er seine Welt, wo kraft des spirituellen und intellektuellen Erblühens ein jeder Mensch sein Auskommen hat.

In Aschkenas hingegen trat in der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts die kleine, doch bedeutungsvolle Gruppe der „Chassidim" oder „Frommen" hervor. Von einer starken Sündenangst getrieben, bedeutete ihre Grundlehre: streng und anspruchsvoll gegenüber sich selber sein, nachgiebig und milde gegenüber der Allgemeinheit. Die Chasside Aschkenas hatten ein besonderes mystisches Erkenntnissystem, ihr Hauptinteresse war ausschließlich auf die Manifestionen des Göttlichen im Universum gerichtet. Die zeitliche Umwelt bestand ihrer Meinung nach aus Dämonen und bösen Geistern, die jüdische Gemeinde nicht allein aus den Lebenden, sondern auch aus den Toten. Die Askese der Chasside hielt sich aber in Grenzen, da ihnen das Familienleben, Fundament jüdischer Ethik, heilig war... Fragen des Sexual-, Ehe- und Familienlebens nahmen in der chassidischen Lehre einen großen Platz ein. Die Liebe zwischen Mann und Frau war für sie die unerläßliche Voraussetzung für ein „harmonisches Familienleben". Eine weitere zentrale Stellung



Die Thora ('Gesetz'), d.h. die fünf Bücher Moses, muß mit der Hand auf eine Rolle aus Leder oder Pergament geschrieben werden. Zur Vorlesung im Gottesdienst wird der jeweilige Wochenabschnitt aufgerollt (links). Im zusammengerollten Zustand (mitte) wird die Thora-Rolle in einem Mantel aus besonders wertvollem und kunstfol bearbeiteten Stoff aufbewahrt (rechts).

in ihrem Denken nahm das Märtyrertum, die „Heiligung Seines Namens", ein.

Die jüdischen Gemeinden, die sich nach dem Schwarzen Tod in Aschkenas wieder etablierten, entwickelten schnell einen Komplex von Wertvorstellungen, die Gläubige streng zu befolgen suchten. Zu diesen „Überfrommen" gehörten die „ersten Chassidim von Neustadt", die in Österreich im 15. Jahrhundert ein hohes Ansehen genossen.

Welcher Art ihre Lebensführung war, kann aus folgender Beschreibung entnommen werden:

„Seinerzeit gab es einen bestimmten Haushaltsvorstand..., der große Frömmigkeit in seinem Haus übte. Er hatte einen besonderen Raum..., in dem er die Fleischgerichte aß, und ebenso einen für Milchspeisen. Und er bestand darauf, daß der Nichtjude, der ihm Wasser zu holen pflegte, ein weißes Gewand tragen sollte, und auch in einer Anzahl von anderen solchen Sachen war er streng, um alles was verboten war, von sich zu halten" (Rabbi Schalom, zit. nach Ben-Sasson, S.288).

Im Laufe des 15. Jahrhunderts wurde in den Lehrhäusern in Aschkenas und auch in Spanien der sogenannte „Pilpul" entwickelt.

Es handelt sich hierbei um eine neue Methode der talmudisch-rabbinischen Dialektik zur Ermittlung feinster juri-

die Fleischgerichte aß, und ebenso einen für Milchspeisen. Und er bestand darauf, daß der Nichtjude, der ihm Wasser zu holen pflegte, ein weißes Gewand tragen sollte, und auch in einer Anzahl von anderen solchen Sachen war er streng, um alles was verboten war, von sich zu halten" (Rabbi Schalom, zit. nach Ben-Sasson, S.288).
Im Laufe des 15. Jahrhunderts wurde in den Lehrhäusern in Aschkenas und auch in Spanien der sogenannte „Pilpul" entwickelt.
Es handelt sich hierbei um eine neue Methode der talmudisch-rabbinischen Dialektik zur Ermittlung feinster juri-

stischer Unterscheidungen. Die Studenten wurden aufgefordert, mittels dieser Methode scheinbare Widersprüche in den verschiedenen heiligen Schriften aufzuspüren und sie miteinander zu vergleichen, um dann, innerhalb einer gewissen Frist zu einer halachischen Entscheidung zu kommen. Der Pilpul galt als Begabungstest, und ihn zu bestehen wurde damit zu einer Sache des Sozialprestiges.

Ende des Mittelsalters wird das alte jüdische Wohnviertel in ein Ghetto verwandelt; seine Tore werden am Abend mit einem Schlüssel verschlossen, seine Bewohner haben nur am Tag das Recht, die Straßen in den christlichen Wohngebieten zu benutzen. Die jüdische Ghettogemeinde führt ein genau geregeltes Leben:

Mit vier Jahren geht der jungen Jude zur Schule. Damit ihm das Lernen Spaß macht, werden die ersten hebräischen Buchstaben mit Honig übergossen. Die ersten Sätze, die er zum Lesen bekommt, sind auf Kuchen oder Eiern abgebildet. Alle jungen Juden müssen die Thora und die Propheten lernen, sowie die hebräische und aramäische Sprache,und alle müssen Grundbegriffe des Talmuds lernen. Mit 13 findet die Bar-Mizva statt; sie bedeutet die bürgerliche und religiöse Mündigkeit, der jungen Jude wird als reif für die Ehe angesehen. Das jungen Mädchen wird zunächst nach ihrer Mitgift, der jungen Mann nach seiner Gelehrsamkeit eingestuft. Auch für das junge Mädchen war es Pflicht, Lesen und Schreiben zu lernen, aber nur in Ausnahmefällen wurde sie ins Talmud-Studium eingeführt, sodaß ihre Kenntnisse der hebräischen Sprache gering waren. Ein strenges, fast klösterliches Leben wurde geführt: Nur einmal im Jahr, nämlich an Purim, war es soagr empfohlen, eine Art Karneval zu feiern, sich zu verkleiden, zu betrinken und schließlich öffentlich eine Holzfigur von Haman, dem Prototyp aller Antisemiten, zu verbrennen. — Das mit purer Ausschweifung gleichgesetzte Theater war streng verboten, ebenso gemeinsame Tänze von Mädchen und Jungen. Jegliches Trachten nach irgendwelcher besonderer Bekleidung war geächtet. Schachspiel, Gesellschaftsspiele, wie z.B. die Bibel-Scharaden, waren die einzigen Unterhaltungen, die nie die Zensur der Rabbiner hervorgerufen haben. (Nach L.Poliakov, „Geschichte des Antisemitismus", Bd. II, S.61)

E., KB/Gruppe Frankfurt

Anmerkungen

Aschkenas, aschkenasim: Damit wird die Region nördlich und östlich der Alpen bezeichnet bzw. deren jüdische Einwohner, im Gegensatz zu den Sefardim, den „spanischen" Juden.

Aramäa: das alte Syrien

Aristoteles: Einer der größten altgriechischen Philosophen. Aristoteles ist der Begründer der eigentlichen wissenschaftlichen Philosophie. Grundlagen seines Erkenntnissystems sind Logik (oder Analytik). und Metaphysik. Die inhaltlichen Diziplinen der Philosophie teilt Aristoteles in die theoretischen („erste Philosophie", später Metaphysik genannt, Mathematik, Physik einschließlich Psychologie), in die praktischen (Ethik, Politik, Ökonomie) und die politischen (Technik, Ästethik und Rhetorik).

Kabbala: mystische jüdische Geheimlehre des Mittelalters

Purim: Eine Art Maskenball im Februar. Historische Ursache des Festes: vor über 2000 Jahren wurde die jüdische Gemeinde in Persien von einer schweren Verfolgung durch den persischen Minister Haman bedroht. Die Gefahr wurde im letzten Augenblick durch die jüdische Gattin des Perserkönigs Ahasver, Esther, abgewendet. Die Purimsitten sollen an diesen glücklichen Ausgang erinnern.

Talmud: Unter „mündlicher Lehre" (Halacha, soviel wie „Wegrichtung", „Lebenswandel", „Brauch" oder auch „Praxis") werden zahlreiche aramäische und hebräische Werke, die meistens zwischen dem zweiten und sechsten Jahrhundert entstanden sind, verstanden. Die „schriftliche Lehre" bezeichnet den ersten Teil der Bibel, die Thora (Pentateuch, Fünf Bücher Moses). Zur Erläuterung und Kommentierung der biblischen Gebote wurde die große Sammlung des Halacha-Stoffes in der „Mischna" zusammengefaßt. Mischna bedeutet so etwa „Lernen der mündlichen Lehre". Die Ergänzungen, die analytischen und synthetischen Auslegungen der „Mischna" wurden „Gemara" (Vollendung) henannt. Mischna und Gemara zusammen bilden den Talmud. Wörtlich bedeutet das Wort „Talmud": „Das Gelernte". Der babylonische Talmud wurde um das Jahr 500 abgeschlossen und schriftlich niedergelegt. Der palästinensische Talmud etwa 150 Jahre vorher.

Aschkenas, aschkenasim: Damit wird die Region nördlich und östlich der Alpen bezeichnet bzw. deren jüdische Einwohner, im Gegensatz zu den Sefardim, den „spanischen" Juden.
Aramäa: das alte Syrien
Aristoteles: Einer der größten altgriechischen Philosophen. Aristoteles ist der Begründer der eigentlichen wissenschaftlichen Philosophie. Grundlagen seines Erkenntnissystems sind Logik (oder Analytik). und Metaphysik. Die inhaltlichen Diziplinen der Philosophie teilt Aristoteles in die theoretischen („erste Philosophie", später Metaphysik genannt, Mathematik, Physik einschließlich Psychologie), in die praktischen

Thora (Pentateuch, Fünf Bücher Moses). Zur Erläuterung und Kommentierung der biblischen Gebote wurde die große Sammlung des Halacha-Stoffes in der „Mischna" zusammengefaßt. Mischna bedeutet so etwa „Lernen der mündlichen Lehre". Die Ergänzungen, die analytischen und synthetischen Auslegungen der „Mischna" wurden „Gemara" (Vollendung) henannt. Mischna und Gemara zusammen bilden den Talmud. Wörtlich bedeutet das Wort „Talmud": „Das Gelernte". Der babylonische Talmud wurde um das Jahr 500 abgeschlossen und schriftlich niedergelegt. Der palästinensische Talmud etwa 150 Jahre vorher.



Maimonides (1135-1204)

1. „Jedem ist die Freiheit gegeben. Will einer sich dem guten Weg zuwenden und ein Gerechter sein, so kann er es; will einer sich dem bösen Weg zuwenden und ein Frevler sein, so kann er es. Das ist, was in der Thora geschrieben steht (Gen. 3,22): ‚Der Mensch ist geworden wie unsereiner im Erkennen von Gut und Bösen',..
2. Nicht komme dir in den Sinn, was die Dummen der Völker der Welt (die arabischen Philosophen, die den Determinismus lehren) und viele Ungebildete der Kinder Israel sagen, daß der Heilige, gelobt sei er, dem Menschen schon vor seiner Schöpfung bestimme, ein Guter oder ein Frevler zu werden. Nicht ist dem so, vielmehr kann jeder ein Gerechter werden, Moses, unserm Lehrer, gleich, oder ein Frevler, wie Jerobeam, weise oder töricht, barmherzig oder grausam, geizig oder verschwenderisch. So verhält es sich mit allen Eigenschaften. Keiner zwingt den Menschen, keine Macht übt Bestimmung über ihn aus, keiner zieht ihn zu einem der beiden Wege hin, vielmehr wendet er sich aus sich heraus dem Wege zu, den er gehen will."

Maimonides, „Starke Hand", fünfter Abschnitt



Zum 100. Geburtstag von Paul Levi

Der Erbe von Rosa Luxemburg

„Die Kommunisten taten Unrecht, ihn einen Abtrünnigen, die Sozialdemokraten, ihn einen Bekehrten zu nennen. Er war ein internationaler revolutionärer Sozialist aus Rosa Luxemburgs Schule, er hat es nie verleugnet". (Carl von Ossitzky zum Tode von Paul Levi, 1930)

Paul Levi war der erste Vorsitzende der KPD nach der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Durch seinen Einfluß erreichte der Kommunismus in Deutschland eine Stärke, wie später nur selten. Seine Hauptfragen sind auch heute — wo die revolutionäre Begeisterung der 70er-Jahre von einer „Krise der Linken" abgelöst wurde — noch von höchstem Interesse:
— Wie kann die Revolution in den Zentren des Imperialismus siegen, wo der bürgerliche Staat und die Illusionen in die Sozialdemokratie viel stärker sind als in Rußland?
— Können die russischen Organisationsformen der Revolutionäre auf westliche Verhältnisse schematisch übertragen werden?
Seine Ausarbeitungen zu diesen Themen sind weitgehend unbekannt geblieben. Das liegt nicht an ihrem Gehalt, sondern an seiner konsequenten Oppositionsrolle zuerst in der KPD, dann in der SPD. Beide Parteien waren im Nachhinein bestrebt, seine Rolle zu bagatellisieren.

KPD-Gründung — zu früh oder zu spät?

KPD-Gründung — zu früh oder zu spät?

Levi, Jahrgang 1883, gehörte vor dem Krieg zur SPD und schloß sich 1915 der „Zimmerwalder Linken" an, also dem Sammlungsversuch des antiimperialistischen Teils der internationalen Sozialdemokratie um Lenin. 1916 gründete er mit Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und anderen den Spartakus-Bund. Dieser arbeitete zunächst im Rahmen der USPD, formierte sich jedoch nach der November-Revolution 1918 zusammen mit anderen linksradikalen Gruppen zur KPD (Spartakusbund). Rückblickend urteilte Levi (auf dem 3. Parteitag der KPD im November 1920):

„Über das Wann und Wie der Gründung der KPD kann man streiten. Das Wann wird man anders entscheiden, als es im Januar 1919 entschieden wurde, namentlich unter dem Gesichtspunkt der nachfolgenden Ereignisse. (...) Ist das Proletariat noch nicht in revolutionären Aktionen, so kann die Gründung einer Kommunistischen Partei nicht früh genug genug geschehen. Kein Kommunist ist heute in Deutschland, der nicht tief bedauert, daß die Gründung einer kommunistischen Partei nicht schon längst vollzogen wurde in der Zeit vor dem Kriege, daß nicht ... schon 1903 die Kommunisten sich zusammentaten und eine wenn auch kleine, so doch klare Schar bildeten.

Anders liegen die Verhältnisse, wenn die Massen bereits in revolutionäre Aktionen eingetreten sind. Dort kann man sagen: die Kommunistische Partei kann nicht spät genug gegründet werden. Denn sind die Massen einmal in der revolutionären Bewegung begriffen, so ist ihr geistiger Umstellungsprozeß ein so ungeheuer rascher, werden bestehende Parteiprogramme und bestehende Parteiinstanzen so rasch über den Haufen geworfen, daß jeder Tag, den die Kommunisten länger in der Partei (gemeint: SPD, USPD — Anm. AK) *bleiben und so den Revolutionierungsprozeß der Parteimitglieder mit führen können, ein Gewinn ist.*

Über das Wie ist heute in den Reihen der Kommunisten kein Streit mehr. Die Kommunistische Partei wurde damals begründet aus Elementen, die nicht homogen waren. Es war eine kleine Schar von Kommunisten, die schon während des Krieges zum Spartakusbund gestanden hatten, es waren die Gruppen, die bereits während des Krieges aus der USPD ausgeschieden waren, und es waren Gruppen, die sich überhaupt erst während der Revolution gebildet hatten. ... Wir Kommunisten glaubten, (...) daß es der großen Autorität der Gründer-Partei gelingen würde, diese Kämpfer in kurzer Zeit zu Kommunisten zu machen. Bereits auf dem Gründungsparteitag erlitten die Kommunisten eine grundsätzliche Niederlage. Gegen die Meinung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurde die Nichtbeteiligung am Parlament beschlossen und wieder war es Leo Jogiches (der Kampfgefährte von Rosa — Anm. AK), *der die volle Bedeutung dieser Abstimmung erkannte, indem er verlangte, unter solchen Umständen von der Gründung der Partei abzusehen".* (1).

Kommunisten und Wahlen

Bei seiner Kritik an der Heterogenität der jungen KPD ging es Levi nicht um eine stromlinienförmige „Ausrichtung". Wie sich später zeigen wird, war er gerade ein Verfechter einer recht pluralistischen Parteikonzeption. Die linksradikalen Bleigewichte an der jungen KPD ließen ihm allerdings die Gewinnung selbst der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse unmöglich erscheinen. Deshalb bemühte er sich auf dem 2. Parteitag (Frühjahr 1920) um eine Korrektur der Fehler der Gründerzeit: Mehrheitlich wurden Leitsätze angenommen, die die Unterstützung von Wahlbeteiligungen und der Arbeit in den bestehenden Gewerkschaften zur bindenden Voraussetzung der Mitgliedschaft in der KPD machten. Dies führte zum Verlust des anarcho-syndikalistischen Parteiflügels (mindestens die Hälfte der Organisierten!), die die KAPD (Kommunistische Arbeiterpartei Deutschland) bildeten.



Paul Levi mit Rosa Luxemburg beim Verlassen des Kriminalgerichts Berlin-Moabit 1914, während des Prozesses, den der preußische Kriegsminister wegen Beleidigung der Armee gegen Luxemburg angestrengt hatte.

Die KPD nahm jetzt endlich an den Wahlen teil: als erste Kommunisten wurden Paul Levi und Klara Zetkin im Juni 1920 in den Reichstag gewählt. *„Sie sagen"*, entgegnete Levi den Gegnern der Parlamentsarbeit, *„die Proletarier, sie sollen alles tun. Sie sollen mit Handgranaten auf die Staße gehen. Ja, Genossen, schließt denn eines das andere aus? Ist denn nicht, was Sie mir sagen, die notwendige und selbstverständliche Ergänzung einer Aktion im Parlament (...)?"* (2). Und weiter:

„Wenn wir Kommunisten in die Wahlbewegung eintreten, so kommt es für uns darauf an, nicht einen Augenblick aus dem Auge zu verlieren, daß unsere Ziele außerhalb des Parlaments liegen." (3).

Wie entsteht eine Massenpartei?

Die Trennung von den Anarchosyndikalisten ebnete den Weg zur Vereinigung mit der Mehrheit der USPD (Herbst 1920), die sich auch unter dem Eindruck der Ereignisse in Rußland immer mehr dem Bolschewismus zugewandt hatte.

Immerhin war es ein gewaltiges Ereignis, daß die Massenpartei USPD (ca. 300 000 Mitglieder) sich mit der relativ kleinen KPD (ca. 50 000 Mitglieder) zusammenschloß. Die Führungsgremien wurden paritätisch besetzt, einer der beiden Vorsitzenden blieb Levi. Doch war die USPD nicht als Ganzes diesem Schritt gefolgt; eine nur knappe Minderheit hatte sich nicht unter die „21 Bedingungen" fügen wollen, die die Komintern gestellt hatte. Mit diesen Bedingungen wollte die Komintern die zentristischen Führer wie Kautsky, Hilferding usw. fernhalten und so eine ideologische Verwässerung vermeiden.

War dieser Versuch schon in Deutschland zweifelhaft, so beeinträchtigte er doch nicht wesentlich die Herausbildung einer kommunistischen Massenpartei. Anders in Italien: Die dortige Sozialistische Partei war als eine der ersten der Komintern beigetreten. Nachdem ein Durchpowern der „21 Bedingungen" gescheitert war, spalteten sich die Kommunisten mit einer kleinen, aber feinen Minderheit ab. Die Spaltungslinie war dabei so gezogen, daß große Teile revolutionärer Kräfte zusammen mit den Reformisten in der Sozialistischen Partei verblieben. In der KPI dagegen überwog bis 1924 eine linksradikale, massenfeindliche Linie (Ablehnung einer Einheitsfront gegen Mussolini).

Levi hatte die Ereignisse an Ort und Stelle miterlebt und die russischen Kommunisten deswegen scharf kritisiert: *„Unsere russischen Freunde haben nicht völlig ... erkannt, daß in einer Partei, die aus Massen besteht und eine andere geistige Struktur hat als etwa die illegale Partei Rußland ... Spaltungen nicht vorgenommen werden können auf Resolutionen, sondern Spaltungen nur vorgenommen werden können auf politisches Erleben hin. Wir haben in Deutschland doch schon die Erfahrung gemacht, was die Kommunisten sind als kleiner Kreis, ohne jenen großen Kreis um sich, der kommunistisch orientiert ist und gewillt, sich der kommunistischen Führung zu fügen. Wie machtlos wir im Kern waren, wie unsere besten Gedanken einfach gescheitert sind an der papiernen Hand der Organisationen zwischen uns und den Massen. Wir müssen uns völlig klar werden, ob wir als Masse beieinander bleiben wollen und wachsen wollen gegenseitig oder ob wir nach einigem Zusammenleben die Creme dessen, was sich dann herausgebildet hat, abstoßen wollen."* (4).

In seinem Parteiverständnis (wie in vielen anderen Punkten auch) stützte sich Levi auf die Vorstellungen von Rosa Luxemburg: *„Die Aufrichtung der Zentralisation in der Sozialdemokratischen Partei* (damals bezeichneten sich Revolutionäre noch als Sozialdemokraten — Anm. AK) *auf diesen zwei Grundsätzen — auf der blinden Unterordnung aller Parteiorganisationen mit ihren Tätigkeiten bis ins kleinste Detail unter eine Zentralgewalt, die allein für alle denkt, schafft und entscheidet, sowie auf der schroffen Abgrenzung des organisierten Kerns der Partei von dem ihn umgebenden revolutionären Milieu, wie sie von Lenin verfochten wird — erscheint uns deshalb als eine me-*

organisierten Kerns der Partei von dem ihn umgebenden revolutionären Milieu, wie sie von Lenin verfochten wird — erscheint uns deshalb als eine me-

chanische Übertragung der Organisationsprinzipien der blanquistischen Bewegung von Verschwörerzirkeln auf die sozialdemokratische Bewegung der Arbeitermassen...". Der sozialdemokratische Zentralismus *„kann nichts anderes als die gebieterische Zusammenfassung des Willens der aufgeklärten und kämpfenden Vorhut der Arbeiterschaft ihren einzelnen Gruppen und Individuen gegenüber sein, es ist dies sozusagen ein ‚Selbstzentralismus' der führenden Schicht des Proletariats, ihre Majoritätsherrschaft innerhalb ihrer eigenen Parteiorganisation."* (5). Den nach seiner Meinung aufgesetzten Zentralismus im leninschen Sinne machte er im Weiteren auch verantwortlich für das „Hineinstümpern" der (meist russischen) Komintern-Führung in die Belange der nationalen Parteien und für das gestörte Verhältnis der Bolschewiki zu den Massen in den Anfangsjahren des Sowjetstaates (s. dazu weiter unten).

Kampf gegen rechts — aber wie?

Noch vor der Vereinigung mit der USPD-Linken war es in der KPD zu einer bezeichnenden Kontroverse gekommen.

Als im März 1920 rechtsradikale Offiziere im sog. „Kapp-Putsch" die Macht übernehmen wollten, riefen SPD, USPD und Gewerkschaften zum Generalstreik auf. Die KPD-Zentrale lehnte dies zunächst ab: „Das Proletariat wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik ..." hieß es in einem Aufruf der Zentrale vom 13.März. Zwei Tage später schloß sie sich zwar unter dem Druck der Basis dem Abwehrkampf an, aber gab für die Weiterführung Parolen aus, die wenig Bezug zur Wirklichkeit hatten: Rätekongreß, Rat der Volkskommisare, Weltrevolution. Levi, der damals inhaftiert war und keinen Einfluß auf die Entscheidung hatte, kritisierte die (anfängliche) Haltung der Zentrale in einem Brief: *„Es (ist) ein Verbrechen, daß man schreibt: das Proletariat wird keinen Finger rühren für die Republik. Wißt ihr, was das heißt? Das heißt, der größten Aktion des Proletariats in den Rücken fallen. ... (es) gilt jetzt alles, daß der Putsch niedergeschlagen wird ohne Kompromisse. ... Wie oft haben wir früher besprochen, kommt der gegenrevolutionäre Putsch, dann Aktion auch mit der SPD.. Und nun ‚keinen Finger rühren'. (...) Zu einem Streik gehören Forderungen. Diese Forderungen hat die KPD aufzustellen, denn der ‚Vorwärts' tut es wohlweislich nicht. Diese Forderungen sind ... Bewaffnung des Proletariats zur Sicherung der Republik, d.h. Ausgabe von Waffen an die politisch Organisierten ... sofortige Verhaftung der Führer des Putsches durch ein proletarisches Ausnahmegericht, weil Militärgerichte Komödie. Räterepublik und Rätekongreß sind keine Forderungen, bis zu deren Erfüllung man nicht arbeitet. Zumal es überhaupt keine Forderungen an den Gegner sind.*

Mit diesen Parolen hätte die KPD dem Streik ein Gesicht geben müssen. Mit diesen Parolen hätte sich nach einiger Zeit ergeben, daß die SPD nicht mitmacht, oder vielmehr, daß sie nicht durchhält. Dann, aber erst dann, wäre der Moment gekommen, den Massen zu zeigen: die Euch ins Unglück geführt haben, verraten Euch jetzt wieder. ... Dann und erst dann, wenn die Massen unsere Forderungen annahmen und die Führer sich weigerten (...)dann ergab sich aus der Aktion die Forderung nach anderen Forderungen, d.h. nach Räten ..." (6).

„Wenn Levi seinen Kopf verloren hat, so hatte er doch wenig-

so hatte er doch wenig-

stens einen zu verlieren" *(Lenin)*

„Der größte Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte" (Levi) — März 1921

Die von Levi kritisierte Geringschätzung des Kampfes um Teilforderungen, um d a r a u s eine Radikalisierung der Arbeiter zu erreichen, setzte sich jedoch bald wieder durch. Überdies gab es Grund zur Annahme, daß — ähnlich wie in Italien — auch in Deutschland die Komintern die Trennung von „opportunistischen Elementen" suchte. So zog sich Levi zusammen mit Clara Zetkin und anderen, aus der Zentrale der KPD zurück. Diese nahm jetzt „Kurs auf den Aufstand". Die zugrundeliegende Haltung des Komintern-Beauftragten Rakosi umriß Levi folgendermaßen:

„Rußland befinde sich in einer schwierigen Situation. Es sei unbedingt erforderlich, daß Rußland durch Bewegungen im Westen entlastet werde, und aus diesem Grund müsse die deutsche Partei sofort in Aktion treten. Die VKPD zähle jetzt 500 000 Mitglieder, mit diesen könne man 1 500 000 Proletarier auf die Beine bringen, was genügt, um die Regierung zu stürzen. Er sei also für den sofortigen Beginn des Kampfes mit der Parole: Sturz der Regierung." (7). Als Ende März im mitteldeutschen Industriegebiet Streiks ausbrachen, versuchte die KPD diese nicht nur zu unterstützen („was selbstverständlich ist" — Levi), sondern zum Aufstand in ganz Deutschland weiterzutreiben. Die Aktion scheiterte kläglich, der Blutzoll gerade unter den Kommunisten war ungeheuer hoch. In einer Grundsatz-Broschüre („Unser Weg. Wider den Putschismus") legte Levi klar, daß eine solche Taktik geradewegs im Gegensatz zu Lenin stünde, der objkektive Voraussetzungen für den „Kurs zum Aufstand" zur Bedingung gemacht habe. Diese hätten jedoch völlig gefehlt, besonders sei die „ausschlaggebende Mehrheit unter dem Proletariat" überhaupt nicht vorhanden gewesen.

Levi schlußfolgerte: *„Für einen anarchistischen Club genügt es vollkommen, wenn der Wille des Führers befiehlt und der Todesmut der Gläubigen*



Demonstration in Berlin

anläßlich der Ermordung Rathenaus

gehocht. Für eine Massenpartei, die nicht nur selbst Massen in Bewegung setzen will, sondern selbst Masse ist, genügt das nicht. (...) Kein Kommunist ist kraft der Aufnahme in die Kommunistische Partei und der Übernahme des Mitgliedsbuches verpflichtet oder auch nur befähigt, eine Kampfsituation zu sehen, wo keine i s t und wo nur der Wille der Zentrale (...) beschließt: eine Kampfsituation bestehe''. Hinter der März-Aktion sah er eine ,,*Bakunistische, allem Marxistischen Hohn sprechende Grundeinstellung der Aktion''*, eine ,,*völlige Verleugnung aller marxistischen Stellung der Kommunisten zu den Massen''*. (8).

Levi selber war selbstverständlich nicht gegen eine Mobilisierung der Arbeiter. Er hielt es aber für ,,*das wichtigste''*, ,,*durch aktuelle Teilforderungen die Massen erst einmal wieder in Bewegung zu bringen''*, anstatt gleich den ,,Sturz der Regierung'' zu propagieren. Eine revolutionäre Situation würde sich aus Teilkämpfen erst entwickeln, nicht jedoch an ihrem Anfang stehen: ,,*In aufsteigenden revolutionären Situationen sind Teilkämpfe absolut notwendig. Trotz der hohen revolutionären Durchbildung des deutschen Proletariats ist gar nicht damit zu rechnen, (...) daß das Proletariat auf einen Tag, auf einen Knopfdruck bereitssteht (...). Wird in Deutschland die revolutionäre Welle wieder steigen, so wird,, genau wie vor 1918, die Aktion in Teilen kommen, wobei freilich die höhere Reife des deutschen Proletariats gegenüber damals darin zum Ausdruck kommt, daß die Teilaktion mächtiger, geschlossener sein wird. Aber unter Teilaktion verstehen wir nur eine — nämlich das In-den-Kampftreten der Proletarier eines Teiles Deutschlands, einer großen Stadt, eines Wirtschaftsbezirkes. Wir verstehen unter einer Teilaktion aber nicht, daß in einem Teil des Reiches oder dem Reiche — die Kommunisten streiken oder in Aktion treten.''* (9).

Einheitsfront-Taktik

Um die ,,Mehrheit des Proletariats'' zu erobern, waren also putschistische Aktionen ungeeignet. Stattdessen wurden, um die Arbeiter von der Sozialdemokratie abzulösen, unter Levis Regie erstmals Einheitsfront-Angebote an die SPD gemacht. Das geschah zunächst im Streik gegen den Kapp-Putsch (s.o.), in dessen Anschluß Levi sogar für die Tolerierung (,,loyale Opposition'') einer SPD/USPD-Regierung eingetreten war (Die Regierung kam dann nicht zustande).

Im Januar 1921 schlug die KPD in einem ,,Offenen Brief'' an Gewerkschaften, SPD und Rest-USPD ein gemeinsames Vorgehen für Teilforderungen vor (wie etwa Anpassung der Löhne an die Inflation, Bildung eines proletarischen Selbstschutzes, Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rußland). Der Forderungskatalog war einer mitteldeutschen SPD-Organisation entlehnt (!) und fand dementsprechend an der SPD-Bais breite Zustimmung, auch wenn die Führung selbstverständlich abblockte.

Als 1923 in Sachsen und Thüringen zwischen der KPD und der dortigen linken SPD gemeinsame Regierungen gebildet wurden, urteilte Levi begeistert: ,,*Was der Kommunistischen Partei bisher zumeist gefehlt, das war der Sinn für das Reelle. (...) So war ihre Klassenkampfpolitik viel weniger ein Kampf als ein Kriegsspiel, sie entbehrte des Realen und überschlug sich so in wilden Sprüngen, denen bald kein Vernünftiger mehr folgen konnte. Hier nun, in Sachsen und Thüringen, verbinden sie sich und ihre Politik mit dem bestehenden.''*(10).

Zu dem Zeitpunkt war die Politik der ,,Einheitsfront'' von der Komintern einheitlich festgelegt, Levi als einer ihrer bedeutendsten Vertreter aber schon längst ausgeschlossen worden. Das war so gekommen:

Durch die März-Aktion 1921 glaubte Levi seine Partei ruiniert, und er ging mit der Veröffentlichung seiner oben erwähnten Kritik-Broschüre ,,Unser Weg. Wider den Putschismus'' in die Offensive, um die politische Glaubwürdigkeit des Kommunismus zu retten.

Clara Zetkin urteilte: ,,*Paul Levis Absichten waren die reinsten, die selbstlosesten.''* (11). Die Folge der Veröffentlichung war der sofortige Parteiausschluß durch das ZK.

Offiziell begründet wurde der Ausschluß mit ,,Disziplinbruch'', während die Inhalte seiner Kritik akzeptiert werden mußten — allerdings erst, nachdem Lenin und Trotzki selbst gegen die ,,Offensiv-Theorie'' des März-Aufstandes Stellung bezogen hatten. Der 3. Komintern-Kongreß im Sommer 1921 bestätigte Levis Ausschluß, legte aber ein klares Bekenntnis zur Einheitsfront-Politik ab und verurteilte die März-Aktion im Sinne von Levi. Clara Zetkin protestierte erfolglos gegen den Rausschmiß. Lenin stellte sich zwar hinter den Ausschluß, wollte Levi aber wieder zurückgewinnen: ,,*Wenn Levi sich der Disziplin unterwirft — er kann anonym an der Parteipresse mitarbeiten, einige gute Broschüren verfassen — so werde ich schon nach drei oder vier Monaten seine Rehabilitierung fordern. Sie wissen, wie ich Paul Levi und seine Fähigkeiten schätze. ...Wir sind nicht überreich mit Talenten gesegnet. ... Wir sollten Levi nicht verlieren, seinetwegen und der Sache wegen.''* (12).

Im Unterschied dazu kübelten Sinowjew und Radek wüste Beschimpfungen über den ehemaligen KPD-Vorsitzenden aus: ,,*Der verlorene Sohn der Bourgeoisie ist in den Mutterschoß zurückgekehrt''* (Radek). Levi lehnte die leninsche Begnadigung als,,Gang nach Canossa'' ab. Er gründete stattdessen mit seinen Anhängern und der Hälfte (!) der KPD-Reichtagsfraktion die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG). Anfängliches Ziel der KAG war, offiziell und ohne Demütigung wieder in die KPD aufgenommen zu werden. Levi: ,,*Ich bin überzeugt, bleiben wir fest, so wird das EKKI* (Exekutiv-Komitee der Komintern — Anm. AK) *uns alles geben, was wir wollen, und noch mehr, denn sie fangen an, zu begreifen, daß ohne unsere Gruppe die Partei erledigt ist.''* (13).

Da hatte er allerdings die Hartnäckigkeit der Komintern unterschätzt. So schloß sich die KAG in der ,,Not der Stunde'' (Levi) im April 1922 der Rest-USPD an. Diese ihrerseits befand sich schon im Niedergang und auf dem Weg zurück zur SPD, mit der sie im September 1922 fusionierte.

Kritik an der Sowjetunion

Im November 1921 veröffentlichte Levi Rosa Luxemburgs Broschüre ,,Die russische Revolution'', da der Gang der Dinge in der UdSSR die darin geäußerte Kritik zu bestätigen schien. Levi selber bemängelte an der sowjetischen Innenpolitik vor allem das folgende:,,*Die Bolschewiki haben zwei Irrtümer begangen. Den ersten: mit ihrer Bauernpolitik im Jahre 1918, mit der Erhebung des landhungrigen Bauern und Landarbeiters zum landbesitzenden Bauer haben sie die Ursache geschaffen für die Schärfe des Gegensatzes, die heute in Rußland manifest ist. Es ist leicht möglich, daß die Bolschewiki 1918 gar nicht anders konnten, als das Land den Bauern geben. Wahrscheinlich wäre, hätten sie dem nicht nachgegeben, die Bewegung über sie hinweggegangen (...) War die Landüberlassung theoretisch ein Fehler, praktisch aber unvermeidlich, so mußte die Partei in ihrer Zielsetzung das bekennen. Statt das zu tun, machte sie aus ihrem Fehler eine Theorie: die Theorie von der Interessensolidarität zwischen Arbeitern und Bauern''* (14).

Weiterhin verurteilte Levi die Wende in der sowjetischen Wirtschaftspolitik (NEP), die ab 1921 wieder Raum für privatkapitalistische Betätigung schuf:,,*In dem Augenblick, in dem die Kommunistische Partei versucht, die Dialektik der Geschichte zu überwinden, indem sie* **einerseits** *- im Sowjetstaat - den kapitalistischen Interessen Rechnung trägt und* **andererseits** *- in der Parteiarbeit - den proletarischen; in diesem Augenblick wendet sich diese Dialektik gegen die Kommunisten selbst; sie werden von den auseinanderstrebenden Kräften zerrissen.''* (15). Dies - in Verbindung mit der erlahmenden Massendemokratie - schaffe die Grundlage für eine allmähliche Verwandlung der Partei:,,*Noch stehen an der Spitze Männer von der Unbestechlichkeit des Urteils und der Ergebenheit und Treue an die Sache des Proletariats wie Lenin und Trotzki. Sie werden an dem Tag, an dem die geänderten Umstände es erlauben, die ersten sein, die ein Ende machen mit allen Konzessionen an den Kapitalismus, die ihnen nicht weniger zuwider sind als irgendeinem. Dieses ist alles wahr. Es genügt, auf das Argument eines zu erwidern: Lenin und Trotzki können sterben, wie werden die Nachfolger sein?''* (16).

Diese düstere Prophezeiung aus dem Jahre 1921 erfüllte sich wenige Jahre später. 10 Jahre nach der Oktoberrevolution vertrat die KPdSU für Levi nur noch ,,*das Klasseninteresse und den eigenen Willen von hundert Millionen Bauernvolk''*; eine Partei der Arbeiter und des Sozialismus war sie nicht mehr.

Ein Außenseiter in der SPD

Auch nach seinem Übertritt zur SPD im September 1922 (s.o.) versuchte Levi, seiner revolutionären Haltung treu zu bleiben. Er kritisierte die Politik der ,,Großen Koalition'', die Unterstützung der SPD-Spitze für die Rechtsentwicklung und die Remilitarisierung z.B. durch den Panzerkreuzerbau. Mit seiner Hilfe erfaßte die parteiinterne Oppositionsschrift ,,Klassenkampf'' zunehmend größere Mitgliederkreise, sodaß der Antrag der Parteilinken beim ,,Friedensparteitag'' der SPD 1929 immerhin 1/3 der Delegiertenstimmen bekam. Er lautete:,,*Die SPD lehnt im kapitalistischen Staat die Vaterlandsverteidigung ab... Die Wehrmacht im kapitalistischen Staat ist nicht nur dazu bestimmt, den außenpolitischen Interessen der Bourgeoisie zu dienen, sondern wird in den entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie benutzt. Somit lehnt die Sozialdemokratie die Mittel für die Wehrmacht ab und kämpft für ihre Beseitigung.''* (17).

Vieles spricht dafür, daß sich Levi mit der ,,Sozialistischen Arbeiterpartei'' (SAP) von der SPD abgespalten hätte, war er doch der eigentliche Kopf der gesamten SPD-Opposition. Doch dieses Ereignis erlebte er nicht mehr, er starb durch einen Unfall im Februar 1930.

Jürgen / Stuttgart.

Literatur und Anmerkungen

Über/von Levi gibt es nur zwei zugängliche Veröffentlichungen: I: Charlotte Beradt. Paul Levi. EVA, 1969. II: Paul Levi. Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe. EVA 1969. Neu aufgelegt bei 2001, Kleine Bibliothek des Wissens und des Fortschritts, Bd. 3.

1 Levi auf dem 3. Parteitag der KPD (1920), z.n. I. S. 26/27
2 Levi auf dem Gründungsparteitag der KPD (1918), z.n. II, S. 15
3 s.1, z.n. II, S. 28
4 z.n. I. S. 46
5 Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie; von Levi zitiert in „Vorwort und Einleitung zu Rosa Luxemburg ‚Die russische Revolution''' (1922), z.n. II, S. 115
6 abgedruckt in:„Die Kommunistische Internationale'' II/12, 1920
7 Levi in einem Brief an Lenin (1921); z.n. II, S. 37
8 Levi, Unser Weg. Wider den Putschismus (1921); z.n. II, S. 71
9 dito, z.n. II, S. 88
10 Levi, Das Reich und die Arbeiter (1923), z.n. II, S. 186
11 Clara Zetkin, Erinnerungen an Lenin; z.n. I, S. 58
12 dito, z.n. I, S. 57
13 Levi in einem Brief (1921); z.n. I, S. 62
14 Levi, Zurück zum Leninismus (1927) ; z.n. II, S. 148
15 Levi, Nach 10 Jahren (1927); z.n. II, S. 155
16 Levi, „Vorwort und Einleitung zu Rosa Luxemburg ‚Die russische Revolution'''; z.n. II, S. 128
17 z.n. I, S. 137

Deutschland trauert um KARL MARX

Oppositionelle, sogar Revolutionäre, werden in Deutschland durchaus gewürdigt. Wenn sie nur lange genug tot sind. Marx ist nun hundert Jahre tot. Auch für die Bourgeoisie Anlaß, zurückzusehen und diesen Mann zu würdigen. Kein Ort ist dafür geeigneter als das Feuilleton der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung''. Es ist in Deutschland selbstverständlich, daß ein Aristokrat diese Aufgabe übernimmt; hier ist es der Graf von Krockow. Zwei Dinge vor allem weiß der Graf hervorzuheben:

1. ,,**Denn eigentlich nichts von dem, was Marx so eindrucksvoll darstellte, ist eingetreten**'', und

2. Daß Marx ein ,,*Retter des Kapitalismus*'' wurde, denn der Reformdruck der von ihm inspirierten Arbeiterbewegung führte, so schreibt Graf von Krockow, dahin, daß sich die Masse ,,*längst in die bestehende Ordnung eingefügt*'' hat.

Ja, Marx ist wirklich tot. So tot, daß ein Graf Derartiges schreiben kann, ohne daß Hohngelächer eintreten würde. So tot, daß ein Großteil der deutschen Linken bei solchen Sätzen verständig mit dem Kopf nicken könnte, versunken in etwas melancholische Traurigkeit; und wäre es kein Graf, stünde es nicht in der FAZ, sondern in der taz - der Autor wäre einer der Unseren. Nichts von alledem ist eingetreten, was dem Hirn dieser ,,*verkrachten Existenz*'' entsprang. Marx schreib ja auch allzu Phantastisches: ,,*In Frankreich tut der Kleinbürger, was normalerweise der industrielle Bourgeois tut müßte; der Arbeiter tut, was normalerweise die Aufgabe des Kleinbürgers wäre, und die Aufgabe des Arbeiters,wer löst sie? Niemand. Sie wird nicht in Frankreich gelöst, sie wird in Frankreich proklamiert. Sie wird nirgendwo gelöst innerhalb der nationalen Wände, der Klassenkrieg ... schlägt um in einen Weltkrieg, worin sich die Nationen gegenübertreten. Die Lösung, sie beginnt erst in dem Augenblick, wo durch den Weltkrieg das Proletariat an die Spitze des Volkes getrieben wird, das den Weltmarkt beherrscht...*'' (1). Ein typisches Beispiel für eine ,,*Verheißung eigentlich biblischer Art*'' (Graf von Krockow). Es vergingen zwischen dieser Verheißung und dem Ersten Weltkrieg 64 Jahre, und der Weltkrieg brachte nicht die Lösung. Sie blieb in Rußland stecken, und auch in Deutschland 1918 wie in Frankreich 1848 tat der Arbeiter nur, was Sache des Kleinbürgers war: Er erkämpfte die bürgerliche Republik, die ihn zum Dank fünfzehn Jahre später in Blut ertränkte und die von der einst größten Arbeiterbewegung nur demoralisierte Trümmer übrigließ.

Ja, es stimmt, er hat ja recht, der Graf, es ist ja wahr! All der Optimismus eines Marx war vergebens, umsonst, alle Hoffnungen wurden ins Gegenteil verdreht, wahr wurden nur die düsteren Prophezeihungen über die inneren Triebe der bürgerlichen Gesellschaft. - Es kann einem schlecht dabei werden, wenn mit dämlich-fadem Grinsen die Koryphäen der deutschen Gesellschaft feststellen, Marx habe sich halt vertan, weil kein Sozialismus wurde. Das hat er doch nie behauptet, daß der Sozialismus käme! Er sagte nur: Sozialismus - oder Barbarei.

Und diese deutschen Grafen und Professoren, die sich mit schlecht gespielter Begräbnismiene über das Scheitern des politischen Marxismus lustig machen und seine wissenschaftliche Seite nicht einmal wahrzunehmen bereit sind, dieselben schreiben mit aller Seelenruhe über die (Welt-) Wirtschaftskrise und die folgende ,,deutsche Katastrophe'': ,,*In welchen Zwangslagen befanden sich nun aber die großen Industrienationen, warum bewältigten sie die Krise so schlecht, und was können wir aus ihren Fehlern lernen? Hieran rätselt die Geschichtswisenschaft noch immer*'' (2). Nein, Herr Professor Fischer, ruft der nächste, wir rätseln nicht! ,,*Denkt man darüber nach, welches die entscheidenden 'Fehler' gewesen sind ...so wäre vor allem auf die Überlastung der Weimarer Parteien- Demokratie mit der Regelung von zu vielen und zu gewichtigen gesellschaftlichen Konflikten hinzuweisen*'' (3). Natürlich, für Lappalien ist die Demokratie ganz tauglich, aber bei ,,gewichtigen Konflikten'', wenn sich die Masse mal nicht einfügt, Herr Graf von Krockow, tja, dann ist die Demokratie eben ,,überlastet'', dann kennt man keine Parteien mehr, nur Deutsche. Einig, einig sind sie sich alle, daß das nicht etwa ein Beweis dafür ist, daß diese so leicht überlastete Demokratie die Diktatur der Bourgeoisie sei, wie Marx so voreilig folgerte. Gescheitert, der Mann! Unwissenschaftliche Metaphysik! Biblische Verheißung! Dieser antike Khomeiny ist tot! tot! tot! Es scheint, vor manchen Leichen haben sie mehr Angst als vor den Lebenden.

Marx ist tot. Und die bürgerliche Geschichtswissenschaft darf noch immer so tun, als habe es ihn nicht gegeben. Streng wissenschaftlich darf sich die deutsche Gesellschaftswissenschaft weiterhin auf den ,,explizit liberaldemokratischen Wertmaßstab'' berufen, denn dieser als ultima ratio leistet uns so unschätzbare Dienste zum Verständnis der Geschichte, ,,*jeweils auf ein Defizit an solchen Werten bzw. an ihrer Berücksichtigung oder Realisierung in den okzidentalen Staaten hinzuweisen*'' (4). Während der Marxismus sich ,,*nicht selten damit schwer getan hat, dieser allgemeinen Theorieentwicklung zu folgen*'' (5), kann uns die deutschbürgerliche Wissenschaft die ,,deutsche Katastrophe'' erklären: Während der unseligen Zeit des Nationalsozialismus wurde der liberaldemokratische Wertmaßstab nicht hinreichend realisiert, um von okzidentaler Demokratie sprechen zu können. Die tieferen Ursachen dieses komplexen Phänomens liegen begründet in einer mangelnden, defizitären Berücksichtigung desselben, die sich aus der Überlastung mit gewichtigen Konflikten ergab. Und wem das reicht, der sei darauf verwiesen, daß sich ,,*auf der Linie dieses Vorschlags zur 'Heuristik der Modernisierungsmodelle' heute zahlreiche solcher Probleme und Lösungsversuche typologisch bündeln*'' lassen (6).

Das ist eben unser Deutschland, unsere Kultur, wo die Dummheit des Bürgertum nur von der Inkonsequenz seiner Linken übertroffen wird. Nichts, gar nichts von den Verheißungen eines Marx ist eingetroffen.

,,*Diese ersten Exemplare von Geschäftspolitikern und Berufsoppositionellen in Deutschland gewöhnten das deutsche Ohr durch ihre Reden und Schriften an die Sprache des Konstitutionalismus und verkündeten durch ihre bloße Existenz das Nahen einer Zeit, in der die Bourgeoisie die politischen Phrasen, mit denen diese geschwätzigen Advokaten und Professoren um sich zu werfen pflegten, ohne ihren ursprünglichen Sinn groß zu verstehen, aufgreifen und ihnen damit ihre eigentliche Bedeutung zurückgeben würde*'', schrieb Engels 1851. Heute ist das alles ganz anders...

Thärkun

Anmerkungen:
(1) MEW Bd.7, S.79
(2) FAZ, 16.10.82
(3) FAZ, 29.1.83
(4) Wehler, Modernisierungstheorien..., S.60
(5) ebd.
(6) ebd., S.61

Who ist Who?

Im AK 231 wurde der Artikel ''Völkermord und Endlösung'' mit J./Hamburg unterzeichnet. Das führte zu einigen Verwechslungen, weil ich bislang unter diesem Kürzel firmierte. Solche Verwechslungen sind schon ärgerlich, besonders wenn sie in heftig geführten Debatten auftreten. Um's also klarzustellen: ich habe den Artikel nicht geschrieben.

J./Schuko, Hamburg

Diese Klarstellung lag schon für den letzten AK vor, wurde jedoch im Trubel der Endredaktion total vergessen. Wir bitten herzlich um Nachsicht! AK-Redaktion

Zitate und Kurzmeldungen

Die D K P erhielt 97.414 Erststimmen und 65.789 Zweitstimmen. Verglichen mit der Bundestagswahl 1980 hat sie 9744 Erststimmen und 5811 Zweitstimmen verloren. Bei den Zweitstimmen hat sie gegenüber 1972, als die DKP erstmals zu einer Bundestagswahl antrat , 48.102 Stimmen verloren. Noch weitaus drastischer fällt ein Vergleich mit dem Ergebnis der maßgeblich von KPD-Kreisen beeinflußten DFU auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, 1961, aus: Damals bekam die DFU über 600.000 Zweitstimmen. Dieser Vergleich widerlegt sehr deutlich die allzu glatte, allzu oberflächliche Selbstrechtfertigung der DKP, die ihre immer schlechter werdenden Wahlergebnisse notorisch auf das „Wirken des Antikommunismus" zu schieben beliebt.

Die DKP ist jetzt allerdings auf einem Tiefpunkt angekommen, ihre Wählerschaft (Zweitstimmen) nur noch ungefähr 150 % der offiziell angegebenen Mitgliederzahl (über 40.000) ausmacht — eine Quote, die weder von den großen Parteien noch von den kleinen Gruppen (KPD/ML, BWK) auch nur annähernd erreicht wird. Das bedeutet für die DKP, daß nach mehreren Jahren steilen Absturzes nun eine Phase relativ stabiler Stagnation, mit nur noch geringfügigem Abbröckeln, erreicht ist. Das wird in den ersten Wahlauswertungen prompt als wichtiger Mutmacher angeführt. Trotzdem widerspiegeln die Wahlauswertungen auch erstmals, daß offenbar breitere Teile der DKP den Sinn von Eigenkandidaturen nicht mehr einzusehen vermögen. Hierzu sagte Präsidiumsmitglied Kurt Fritsch auf der ersten Parteivorstandstagung nach der Wahl: es *„wurde der Sinn und die Notwendigkeit einer eigenständigen Kandidatur der DKP in Frage gestellt. Nicht nur im Kreis von Bündnispartnern und Sympathisanten, sondern auch in unseren eigenen Reihen gab und gibt es bis heute unausgeräumte Bedenken ... Im Hintergrund stehen da und dort auch ein unkämpferisches Sichabfinden mit dem heutigen unbefriedigenden Masseneinfluß unserer Partei, stehen Zweifel an den Möglichkeiten der Veränderung der Situation für unsere Partei. Wir dürfen solche Stimmungen und Verhaltensweisen keinesfalls hinnehmen ... Und hierzu gehört auch, daß wir die Einhaltung der bewährten Prinzipien der Wahrung und Sicherung der Einheit des Willens und des Handelns der Partei auf der Grundlage der gefaßten Beschlüsse von allen Parteimitgliedern erwarten und verlangen müssen, vor allem aber von den Parteifunktionären.* **Wenn wir die Kandidatur unserer Partei beschließen, muß sich ein Kommunist auch im Wahlkampf und bei der Stimmabgabe entsprechend verhalten."** (Beilage zur „UZ", 24.3.83)

Gegenüber den recht selbstkritischen Tönen von Fritsch brachte der Parteivorsitzende Mies bewährte alte Wahrheiten in Erinnerung: die DKP sei *„ein Faktor"*, die DKP sei *„unübersehbar"*, die DKP sei *eine Partei, die Schritt für Schritt ihren Einfluß in der Arbeiterklasse erweitert"*, die Stärkung der DKP sei *„unerläßlich"*, die DKP sei *„eine einigende Kraft"*, die DKP sei *„als revolutionäre Arbeiterpartei von besonderem Gewicht"*. (ebenda).

* * *

Die KPD/ML und der BWK (Abspaltung vom KBW) hatten zur Bundestagswahl ein Bündnisabkommen geschlossen. Da wegen der gesetzlichen Bestimmungen ein direktes Wahlbündnis nicht möglich war, teilten sich die beiden Gruppen die Bundesländer so auf, daß Konkurrenzkandidatur vermieden wurde. In Hessen, Rheinland-Pfalz und Saar reichte es für keine der beiden Gruppen zu einer Kandidatur. Zusammen kamen sie auf 6003 Zweitstimmen. Das ist ein Verlust von 2738 Stimmen gegenüber dem Ergebnis der von der KPD/ML aufgezogenen „Volksfront" bei der Bundestagswahl 1980; der Verlust verringert sich auf 1528 Stimmen, wenn man nur die Bundesländer betrachtet, in denen diesmal KPD/ML oder BWK kandidiert haben.

Sich mit einem solchen (voraussehbaren) Ergebnis unbedingt zur Wahl zu stellen, ist nach wie vor umstritten und dürfte selbst in den beiden direkt betroffenen Gruppen differenziert bewertet werden. Trotzdem ist es verständlich, daß KPD/ML und BWK in einer gemeinsamen Erklärung ihr Abschneiden als erwartungsgemäß bewerten. Natürlich darf man das nicht mit dem Ergebnis der „Revolutionäre" bei der Bundestagswahl 1976 vergleichen — damals bekam der KBW knapp 20.000 Stimmern und die (inzwischen aufgelöste) „KPD" 22.800 Stimmen. Die Differenz zwischen 1976 und 1983 dürfte sich im Wesentlichen zugunsten der Grünen niedergeschlagen haben.

In ihrer gemeinsamen Erklärung nach der Wahl schreiben KPD/ML und BKW: **„Die politische Reaktion und die hinter ihr stehenden finanzkapitalistischen Kreise haben einen klaren Sieg davongetragen, die Arbeiterbewegung und die Linke haben eine schwere Niederlage erlitten."** Trotzdem dürfe der *„ Wahlsieg der Reaktion"*,*„nicht umstandslos als Zustimmung"* zu dem umfassenden reaktionären und aggressiven Programm der Regierung gewertet werden könne. Die Verschlechterung der Lebenslage der Massen in den Jahren der SPD-Herrschaft habe bei vielen Menschen Hoffnungen geweckt, die CDU/CSU könne eine wirtschaftliche Wende zum Besseren herbeiführen. Sobald diese Hoffnung zusammenbricht, würden die Herrschenden Sündenböcke brauchen — die Gewerkschaften und die Grünen an erster Stelle. Vorerst hätten sie mit dieser Wahl ihr Ziel erreicht. *„Die reaktionäre Formierung gegen die Arbeiterbewegung und Linkskräfte ist fortgeschritten ... Umso mehr geht es jetzt darum, im Klassenkampf, im außerparlamentarischen Massenkampf eine starke Front gegen die Offensive der Reaktion zu schaffen".*

KPD/ML und BWK wollen ihre Zusammenarbeit „verstärkt fortsetzen". Ansonsten wird nicht vergessen, den Einzug der Grünen ins Parlament zu begrüßen.

* * *

Die MLPD (ehem. KABD) hatte sich anfangs an den Bündnisverhandlungen mit der KPD/ML und dem BWK beteiligt. Da ihr dieses Projekt aber nicht breit genug erschien — der MLPD schwebte ein Super-Bündnis von den Grünen bis zur DKP vor — gründete der KABD die „Initiative Vereinigte Arbeiterliste" (VAL), die von der Basis her die verräterischen und verkommenen Führer der übrigen Linken zur Einheitsfront zwingen sollte.

Von ersten Gedankenspielen, die VAL zur Bundestagswahl antreten zu lassen, nahm die MLPD allerdings bald wieder Abschied. Am Ende rief die MLPD — wie auch schon bei allen bisherigen Wahlen — wieder zum „aktiven Wahlboykott" („Stimmt ungültig") auf. Sie war jedoch taktisch versiert genug, diese umstrittene Orientierung nicht per Kampfabstimmung in der VAL durchzusetzen. Für die VAL wurde als Parole lediglich festgelegt: „Keine Stimme den Parteien des Großkapitals und der Großbanken CDU, CSU,SPD, FDP". Ob diese weise Selbstbeschränkung der MLPD die VAL noch retten kann, bleibt ab zuwarten. Derzeit sieht es nicht danach aus.

Mit dem Erfolg ihres Aufrufs zum „Wahlboykott" ist die MLPD zufrieden: *„342.243 ungültige Stimmen sind ein Ausdruck des Protests und, daß keine der zur Wahl stehenden Parteien akzeptiert wurde. Auch wenn wir davon ausgehen, daß nur ein Teil davon bewußt ungültig gewählt hat"* („Rote Fahne", 12.3.). Mit Recht weist der BWK gegenüber solchem geistigen Höhenflug darauf hin, daß die Zahl der ungültigen Stimmen gegenüber der Wahl 1980 um 11.000 abgenommen hat — und daß das Ganze mit der Propaganda der MLPD sowieso so gut wie gar nichts zu tun hat.

Denkt da mal drüber nach

Leider haben offenbar auch manche Genossen der DKP nicht ihre eigene Partei gewählt. Darum möchte ich diese Genossen einmal fragen: Wie kann ich als SDAJler die Mitglieder meiner Gruppe motivieren, einen Wahlaufruf für die DKP zu unterstützen und dem Mann auf der Straße erklären, daß er DKP wählen muß, wenn Ihr das nicht einmal selber tut? Seid Ihr denn der Meinung, daß durch Eure Stimme für die SPD die Wahlniederlage erheblich geringer ausgefallen ist oder daß die Grünen ohne Eure Stimme nicht in den Bundestag gekommen wären? Wenn aber alle die DKP gewählt hätten, die es tun sollten, dann wäre das eine Steigerung von ca. 50 Prozent (von 65 000 auf 100 000). Denkt da mal drüber nach.

Gerwin Schucher
Hamburg

aus „UZ", 18.3.83

Leserbriefe zum Kommentar nach der Bundestagswahl (AK 231)



Schluß! Aus! Vorbei!

Das ist die Tendenz, die aus dem Artikel zur Bundestagswahl auf der ersten Seite des letzten AK spricht. Dieser Artikel, verständlich als erste emotionale Reaktion auf das Wahlergebnis, hätte Berechtigung als Leserbrief oder Beitrag zum Wahlergebnis in der TAZ — tatsächlich hat die TAZ auch zwei, drei Tage nach der Wahl Leserbriefe ähnlichen Gehalts abgedruckt — als Stellungnahme des KB zu den Wahlen, besonders gewichtet durch den Abdruck auf der Titelseite, ist dieser Artikel eine B a n k r o t t e r k l ä r u n g !

Damit keine falschen Fronten aufgebaut werden: mir ist sehr wohl bewußt, daß irgendjemand, womöglich noch nachts, diese Worte zu Papier gebracht hat, damit die Leser eine aktuelle Einschätzung bekommen. Die Art dieser Einschätzung, die offenbar ohne Widerstand der Redaktion in den Druck gehen konnte, ist es, die meinen Protest hervorruft: *„...eine winzige Chance..."* ist vertan; *„Mut ist etwas Schönes und Wichtiges ... Aber Mut braucht nicht in krampfhafte Phantasterei und Realitätsverlust auszuarten"*; man muß *„ ... für dieses Land wieder einmal das Allerschlimmste befürchten"*; *„ ... die Gesamtheit des Volkes ins Verderben reißen. Und gegen dieses Verderben verblaßt selbst der 2. Weltkrieg zur nostalgischen Erinnerung"*; *„Leicht wird es nicht werden und groß sind die Chancen auch nicht. Wer ganz sicher gehen will, sollte lieber die Auswanderungsmöglichkeiten studieren."* In diesen Zitaten wird ein infernalisches Untergangsgemälde ausgebreitet, das unseren Mut relativiert, das die Zukunftsaussichten schwarz in schwarz zeichnet und das als akzeptable Alternative die Auswanderung empfiehlt. Der in der Friedensbewegung vielfach geweissagte Weltuntergang findet seine Bestätigung in diesem AK-Artikel.

So ist denn die Frage nicht ganz unberechtigt, weshalb unsere Organisation noch existiert, woraus der AK seine Berechtigung bezieht, wenn doch der Untergang bevorsteht und es nur noch ums Überleben geht (*„Wir werden mit dem Ergebnis leben müssen ..."*)? Die Zahl derjenigen, die dieser Ansicht (Weltuntergang) ist, übersteigt die der KB-ler/innen um ein Vielfaches. Nein, ihr lieben Wugstims (Weltuntergangsstimmungsmacher)!

Unsere Aufgabe ist es, das Wahlergebnis als das zu sehen, was es ist: Die Entscheidung eines großen Teils der Wähler für die Zukunft. Die CDU hatte einen Wahlkampf des Aufbruchs in die Zukunft geführt, während die SPD Stilleben zeichnete. Die SPD kann heute nicht gleichzeitig die Interessen der Arbeitnehmer einlösen wollen (Sozialstaat) und die notwendigen Schritte in die Zukunft tun (Investitionen in die Industrie, Rationalisierung etc.). Das drückte sich im Wahlkampf aus, das hat ein großer Teil der Wähler wahrgenommen. Wir müssen diesen Wählern also den Mut zum Schritt in die Zukunft zugestehen. (Obwohl, und das sei zugestanden, das Vertrauen in die CDU-Lösung noch nicht absolut ist — der Wähler hat sich einen Vorbehalt vermittels der FDP ausgebeten).

Und wir müssen uns eingestehen, daß wir ihnen nur die Wahl für eine Zukunft à la CDU gelassen haben. Diese Zukunft, und da stimme ich dem Artikelschreiber zu, ist nicht die, in der Menschlichkeit und Demokratie zur Entfaltung gelangen werden. Sie ist vielmehr die faschistoide Lösung der Zukunftsfrage (zu der Bahro tendenziell leider auch neigt).

Was den anderen Weg der Bewältigung der Zukunft im demokratischen und menschlichen Sinne angeht, meine ich, werden wir einige Prinzipien, die bisher von uns verabsolutiert wurden, in Frage stellen und überdenken müssen, sollten wir diesen Weg freimachen wollen. Dazu zwei Thesen:

1. Die Arbeit ist tendenziell am Verschwinden. Auch eine CDU-Regierung wird daran nichts ändern — es wird weiter rationalisiert. Der These vom Widerspruch von Proletariat und Bourgeoisie wird von daher bei der Beantwortung zukünftiger Fragen eine immer geringere Bedeutung zukommen.

2. Die Konkurrenz der Nationalstaaten beinhaltet als größten anzunehmenden Unfall einen Atomkrieg. Alle zukünftigen Gesellschaften werden mit der Atombombe leben müssen. Um diese gewaltige Zerstörungskraft zu kontrollieren, bedarf es der weltweiten Zusammenarbeit aller Menschen und der Aufhebung der Nationalstaaten.

Dig., Oldenburg, 13.3.83

* * *

Im Leitartikel werden m.E. wesentliche Aspekte bei der Bewertung des Bundestagswahl-Ergebnisses vernachlässigt.

1. Der Bürgerblock hat nicht gewonnen, weil er für Atomraketen, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit verbürgte, sondern in erster Linie deshalb, weil die Hoffnung auf den wirtschaftlichen Aufschwung mit einem Erfolg der Rechtskoalition gekoppelt war. Diese Annahme wird durch Umfrageergebnisse aus dem Monat Februar erhärtet, wonach die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (88 %), die Rentensicherung (64 %), die Verringerung der Staatsschulden (57 %) obenan standen auf der Liste der Interessen der Bevölkerung.

Bedenken wir, daß die SPD ebenso wie die Unionsliberalen einen Zusammenhang zwischen mehr Profiten = mehr Investitionen = mehr Arbeitsplätze herstellte, daß über einem rotgrünen Wahlsieg das Damoklesschwert des „Investitionsstreiks" (also weniger Arbeitsplätze) schwebte, so haben die Menschen, die diesmal CDU wählten, entsprechend sozialdemokratischer Propaganda geradezu folgerichtig gehandelt.

2. „F ü r die Verschärfung des Marschtempos ins V e r d e r b e n" dürfte es auch weiterhin k e i n e Mehrheit geben. Es ist allgemein bekannt, daß bei den letzten Umfragen die „Nachrüstung" seitens einer deutlichen Mehrheit (61 %) abgelehnt wurde. Bei der Bundestagswahl ist diese Frage aber genausowenig wie die Ökologie vordergründiges Kriterium gewesen.

3. Insgesamt scheint mir in dem Leitartikel tendenziell verwechselt zu werden, was die „Wende" i s t und was sie für viele Menschen b e d e u t e t. Um beim lezteren anzufangen: Als Bedeutung wird dem Begriff „Wende" von vielen unterlegt, daß die Krise auch zu ihren Gunsten gelöst werden soll. Objektiv ist die „Wende" gerade der verschärfte Kurs der Bourgeoisie auf die Durchsetzung i h r e r Interessen.

4. Dieses Wahlergebnis bedeutet nicht die Durchsetzung dieser Interessen selbst; genausowenig wie die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler bereits die Niederlage des deutschen Proletariats bedeutete. Die substantiellen Kämpfe werden in den nächsten Monaten und Jahren geführt werden. Ohne in Schönfärberei verfallen zu wollen, läßt sich feststellen, daß es eine soziale M a s s e n b e w e g u n g aktuell allein auf der Linken gibt, und tausend Menschen auf der Straße oder im Streik wiegen mehr als tausend Wählerstimmen. Ob die Krise ihre rechte Massenbewegung an der Ausländerfrage gebären wird, ist nicht entschieden.

5. Ganz sicher im Kampf gegen den imperialistischen Kriegskurs wird niemand gehen, der die Auswanderungsmöglichkeiten prüft und so Zeit und Energie vergeudet. Vielmehr sollten die Linken weiter aktiv in die sozialen Kämpfe eingreifen und auf der parlamentarischen Ebene den von Teilen der Grünen verfolgten Rechtstrend (Müller in: „Kommune" 3/83) verhindern.

p./Bremen

* * *

Ich finde, es sollte noch ein zweiter (Artikel) kommen. Dieser erste schluderte erst mal alle Ängste und Stimmungen der Linken hin, die bei diesem Wahlergebnis zu Recht aufkommen. Aber darf man das Wahlvolk so beschimpfen (als Dummköpfe, Mitraber usw.), ohne darauf zu verweisen, daß es ja keine Alternativen hatte?

Ich bin auch verängstigt und deprimiert bis in den Schlaf hinein vom Kurs unseres Landes, aber dieses besserwisserische Sich-an-die-Brust-Klopfen oder mit dem Finger auf die Dummen zeigen!

Mit solidarischen Grüßen
M.L., Köln

* * *

Der Artikel über den Wahlausgang hat mir gut gefallen, hört sich nur am Ende sehr resignativ an. Ich lege euch den Text eines Liedes bei, das vielleicht der Resignation ein wenig entgegenwirkt.
H.D.

Mensch, Leute wir brauchen noch ein paar hier, die im Lande bleiben und den Kopf nicht verliern, wir woll'n zusammen noch tun so allerhand, drum Kopf hoch, laßt nicht den Geiern das Land.

1. Wir leben auf der Grenze zwischen Ost und West, wer weiß denn schon wielange man uns in Frieden läßt, dich und auch mich haben Bomben im Visier, auf jeden von uns zielt eine Mündung hier.

Mancher von uns der packt die Sachen ein, und will hier nicht länger Zielscheibe sein, flieht auf eine Insel, möglichst weit von hier fort, sucht auf dieser Erde einen sicheren Ort.

2. Millionen Arbeitslose, die Jobs werden rar, und so mancher kämpft um sein Leben hier sogar, der Druck auf uns wird größer, täglich, jede Stund', und der Maulkorb paßt auf jeden offnen Mund.

Der eine, der kriecht in jeden Arsch hinein, den andern machen sie mit Berufsverboten klein. Der eine macht Karriere, denkt nur noch an sein Geld, der andre sucht im Suff nach einer bess'ren Welt.

3. Trotz Demonstrationen, trotz unserm Widerstand bauen sie so manches Atomkraftwerk im Land, sie gehen über Leichen mit ihrer Startbahn West, sie rüsten weiter auf trotz all unserm Protest.

Mancher von uns, der schmeißt die Brocken hin, denkt sich: Der Widerstand, der hat keinen Sinn. Geht hier zum Baghwan oder zieht sich zurück, sucht mit seiner Freundin zu zweit das große Glück.

4. Mancher von uns, der landet im Knast, weil ihm der Staat seine Rache verpaßt, der soll dann wissen, daß es draußen Leute gibt, die es noch nicht aus diesem Lande trieb.

Der eine, der macht mit seinem Leben Schluß, der andere setzt sich am Klo den goldnen Schuß. Wir sind voller Zweifel, möchten manchmal weggehn, verlieren oft den Mut, können vieles nicht verstehn.

Doch dann gibt es Leute in diesem öden Land, die reichen uns trotz allem und alledem die Hand, hier gibt es noch viele, die brauchen dich und mich, drum Kopf hoch und laß dich selbst nicht im Stich.

Trink Brüderchen, trink!

Kapitalismus, Alkohol und Linke

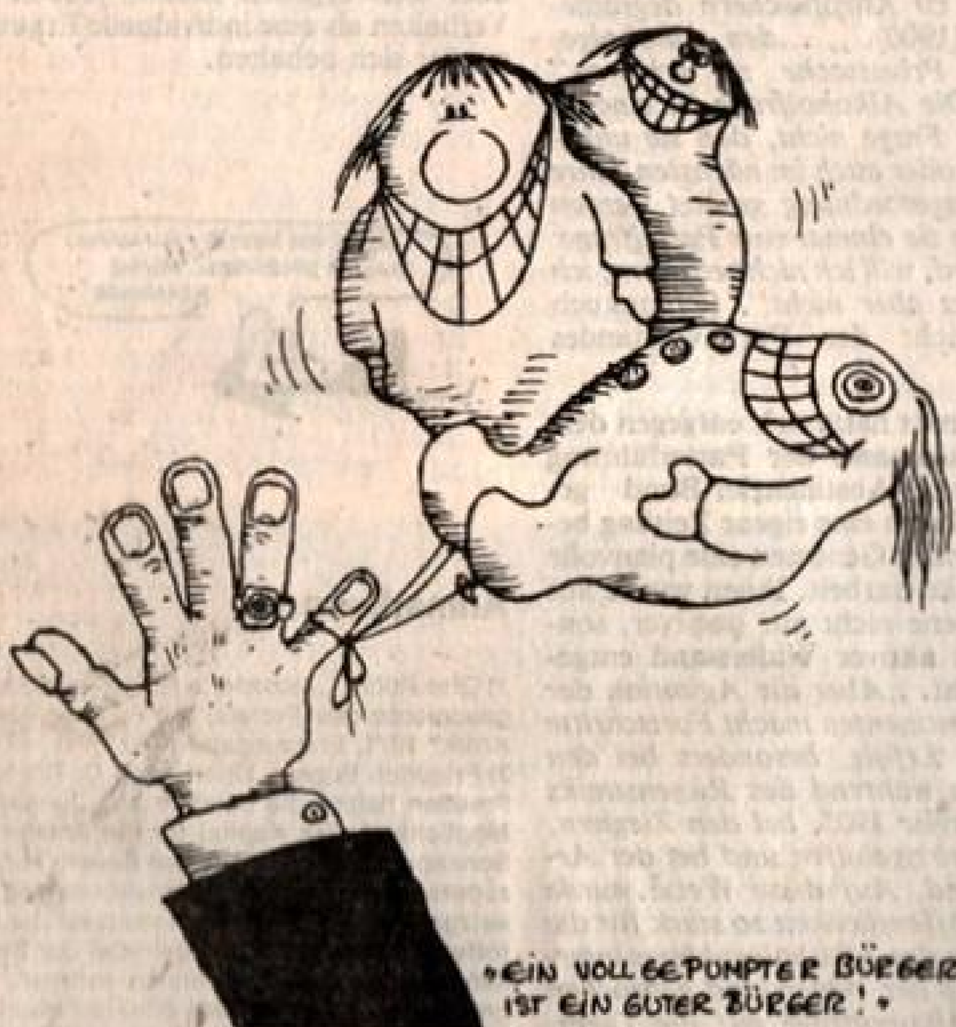
In regelmäßigen Abständen wird der brave Bürger mit Statistiken und Zahlen über den steigenden Alkoholverbrauch und die Zunahme von sogenannten Alkoholkranken (Alkoholikern) schockiert. Gegen allzuviel Selbstgefälligkeit wird der erhobene Zeigefinger geschwenkt: „Der Alkoholiker ist krank, nicht willensschwach. Einer der nichts dafür kann. So etwas kann jedem passieren, deshalb paß auch du auf, daß du nicht abrutscht!" Nein, abrutschen will er nicht und außerdem: Saufen hat er nicht nötig. Der brave Bürger lehnt sich zurück und schlürft genüßlich sein Bier.

Anders der fortschrittliche Gesellschaftskritiker. Mit einem „ja, ja, typisch Kapitalismus" nimmt er, soziologisch geschult, auch diese Erscheinungsform des Systems zur Kenntnis. In der stillen Gewißheit, daß in der fernen Zukunft des Sozialismus die allseits glücklichen Menschen so etwas nicht nötig haben, lehnt auch er sich zurück und nippt an seinem Wein.

Ist der Alkoholismus eine Erscheinungsform, die mit dem Sieg des Sozialismus von selbst erledigt ist? Soll man dieses Problem den Sozialpädagogen, Psychologen, eben all jenen überlassen, deren Aufgabe er ist, am Krankenbett des Kapitalismus ein allzu hohes Ansteigen der Fieberkurve zu verhindern? Oder ist der Alkohol ein Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie, die, wie so vieles, auch den Alkohol funktionalisiert und eingesetzt hat? Ist der Kampf gegen Alkohol und Alkoholismus überhaupt ein Thema für die Linke?

„Denn es gilt von Alters her, wer Sorgen hat, hat auch Likör" (Wilhelm Busch)

Dem Alkohol werden viele Dinge zugesprochen. Er gilt unter anderem als Tröster, Sorgenbrecher, Freudebringer und Glücksspender. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß der Alkoholkonsum immer dann anstieg, wenn die Lebensnot am größten und die soziale Situation am schwersten war. *„Es ist kein Zufall, daß der Brauch, Alkohol in großen Mengen zu konsumieren, in Deutschland mit den großen Kriegen*



des Mittelalters, ihren furchbaren Verwüstungen und ihrem namenlosen Elend für die Menschen aufkam. Wie es kein Zufall war, daß dasjenige Land, das die rückständigsten und verrottetsten Sozialverhältnisse aufwies, Rußland, auch das Land des größten Alkoholverbrauchs war"(1).

Das Proletariat war seit seinem Entstehen aus diesem Grunde auch für den Alkoholismus prädestiniert. Erst mit dem Kapitalismus entstand der Alkoholismus als eigentliches soziales Phänomen. Der enorme Alkoholverbrauch um die Jahrhundertwende ist mit dem Begriff des „Elendalkoholismus" in die Geschichte eingegangen.

Diente der Alkohol dem Proletariat als Stimulanz, um sich durch flüchtige Träume vom Elend abzulenken, so nutzte das Kapital sehr schnell den Alkohol als Mittel, um die Massen ruhig zu halten und vom Kampf um ihre Rechte abzulenken. Daß beim Landraub durch das nordamerikanische Kapital ungeheure Mengen Alkohols eingesetzt wurden, um die Indianer ruhig zu halten, ist allgemein bekannt. Heute wird diese Methode mit einigem Erfolg gegen die australischen Ureinwohner eingesetzt. Entwurzelung und Verwahrlosung ganzer Clans und Verslumung der Städte sind die Folge. Daß die Bourgeoisie in den Anfängen der Industrialisierung ähnlich vorging, ist jedoch meist unbekannt. Z.B. in Schottland wurden noch gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die Land- und Bergarbeiter bis zur Hälfte in Naturalien entlohnt: In Whisky! Über die Auswirkungen des Alkohols auf die deutschen Arbeiter schrieb Engels: *„Es ist sogar fraglich, ob nicht die Dumpfheit, in der speziell die norddeutschen Arbeiter die Ereignisse von 1830 (Juli-Revolution) über sich ergehen ließen, ohne davon berührt zu werden, großenteils dem Schnaps zu danken ist, der sie damals mehr als je beherrschte. Ernstliche und besonders erfolgreiche Aufstände kamen nur in Weinländern oder in solchen deutschen Staaten vor, die sich durch Zölle vor preußischen Schnaps mehr oder weniger geschützt hatten. Es wäre nicht das einzige Mal, wo der Schnaps den preußischen Staat gerettet hätte."*(2)

Die Haupttriebkraft des Kapitalismus ist und bleibt der Profit. Ist eine Sache für die Herrschenden auch noch so sinnvoll, sie bleibt halbherzig, solange sie keinen Profit abwirft. Der Kapitalismus erzeugte nicht nur ein stärkeres Bedürfnis nach Alkohol bei den arbeitenden Massen, sondern er bemächtigte sich auch der Alkoholproduktion. Im Gefolge der Schnapsbrennereien entstand eine ganze Vergnügungsindustrie, deren einziger Zweck es ist, den Alkohol unter die Leute zu bringen. *„Im Brenn- und Braukapital entstand ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor, der die gesamte Lebens- und Genußmittelindustrie entscheidend zu beeinflussen begann. Kneipen, Restaurants, Amüsierlokale wurden wie Kaufhäuser, Basare und Warenhäuser zu großkapitalistischen Unternehmungen."*(3)

Wie groß dieser Industriezweig ist, mögen ansatzweise die Ausgaben für alkoholische Getränke in der BRD im Jahr 1980 verdeutlichen: 39.125.359.000,-DM. Zieht man hiervon die darauf erhobene Steuer ab (5.682.500.000,-DM), so ergibt sich ein Reinumsatz von 33.442.859.000,-DM. In Worten: Dreiunddreißig Milliarden vierhundertzweiundvierzig Millionen achthundertneunundfünfzig Tausend! (4)

Viele Faktoren deuten darauf hin, daß der Profit weiter ansteigt. Massenarbeitslosigkeit, stumpfsinnige Beschäftigungen, Monotonie u.v.m. lassen den kurzen Ausstieg zur Südseeinsel oder an den abendlichen Kamin — wie die Werbung es anpreist — verlockend erscheinen. Friedrich Engels kam, nachdem er die damaligen Lebens- und Arbeitsumstände umriß, zu dem Schluß: *Die Trunksucht hat hier aufgehört ein Laster zu sein, für das man den lasterhaften verantwortlich machen kann, sie wird ein Phänomen, die notwendige, unvermeidliche Folge gewisser Bedingungen auf ein, wenigstens diesen Bedingungen gegenüber willenloses Objekt. Diejenigen, die den Arbeiter zum bloßen Objekt gemacht haben, mögen die Verantwortung tragen."*(5)

Klassenbewußtsein und Alkohol

Ein beliebtes Argument, den Alkoholismus nicht unter schicht- und klassenmäßigen Gesichtspunkten zu erklären, wird immer mit dem Hinweis, daß auch die Herrschenden dem Alkohol erlegen seien, ins Feld geführt. Schon auf dem Essener Parteitag der SPD 1907 entkräftete ein Referent dieses Argument mit den Worten: *„Man vergißt eben, daß die sozialen Verhältnise nicht nur eine körperliche Not hervorrufen, sondern auch eine g e i s t i g e Not, und daß auch jene, die im Besitz der wirtschaftlichen Macht sind, an dem Widerspruch leiden, den die kapitalistische Wirtschaftsordnung in sich trägt. Die geistige Öde hat auch die herrschenden Klassen erfüllt, sie fühlen das Bedürfnis, sich darüber hinwegzutäuschen ... genau so, wie der ärmste Proletarier, der sich betrinkt, bis er im Rinnstein liegt ... Jene vornehmen Herren, die sich mit den edelsten Getränken den Kopf verwüsten, sie sind um nichts besser, aber auch gerade so entschuldbar, wie jene Kreise, die aus materieller Not dem Alkohol verfallen."*(6, Herv. vom Verfasser)

Die geistige und kulturelle Armut wirkt sich in unterschiedlicher Stärke auf alle Klassen aus. In der bürgerlichen Gesellschaft gelten die Normen und Werte der Bourgeoisie. Etwas platt gesagt leben wir in einer Welt der Erwachsenen; Kinder haben nichts zu sagen; einer Welt der Schönen, wer nicht der Norm entspricht oder gar ein Krüppel ist, taugt nichts; Erfolg, Ehrgeiz,

der Norm entspricht oder gar ein Krüppel ist, taugt nichts; Erfolg, Ehrgeiz,

Macht sind erstrebenswerte Ziele. Es ist eine Gesellschaft der Männer und damit auch eine Kultur der Männer. „Wein, Weib und Gesang", dieser Spruch ist typischer Ausdruck des Strebens nach Bestätigung der Männlichkeit. Und endlich: Es ist die Kultur der Bourgeoisie! *„Daher nicht weniger das Streben nach bourgeoiser Lebensweise oder doch wenigstens dem Schein der Zugehörigkeit zur Bourgeoisie."*(7)

Dieses Streben nach bürgerlichen Idealen wird durch Erziehung, Medien, Werbung etc. derart massiv in die Köpfe gehämmert, daß es scheinbar nur ein Ziel geben kann: Nach oben zu kommen. *„Denn oben sein heißt für den Bürger und den von bürgerlichen Vorstellungen verführten Proletarier gut versorgt, geehrt und gesichert sein, unten sein dagegen Not leiden, verachtet werden, der Existenzunsicherheit ausgesetzt sein.*(8)

Nach oben kommen, Anteil an der Macht haben ist jedoch ausgeschlossen; immer tiefer sinken ist die Tendenz auf breiter Front. Aber genau hier bietet sich der Alkohol an. Willst du erwachsen sein, mußt du trinken. Trinken ist männlich. Je „besser" der Schnaps, desto eher zeigt man, daß man dazu gehört, auch genießen kann. Kulturlos will niemand sein und das wird bewiesen!

All dies ist bekannt und in vielen Romanen ist dieser Mechanismus wunderbar beschrieben worden. Noch eine andere Seite kommt jedoch zum Tragen: Um seine Lage grundsätzlich zu ändern, muß das Proletariat, müssen die arbeitenden Massen kämpfen, das ist bekannt. Bekannt ist aber auch, und viele haben es bereits am eigenen Leib erfahren, wie schwer das Durchhalten ist. Die Voraussetzung ist aber nicht nur das Erkennen der eigenen Lage und daß es möglich ist, etwas zu ändern. Es hat auch jeder einen eigenen Anteil am Weiterbestehen dieser Gesellschaft. Abstrakt ausgedrückt heißt dies, die Entwicklung der Klasse an sich zur Klasse für sich.

Wem wird nicht schwummrig bei dem Gedanken, auch Schuld an seiner eigenen Lage zu sein? Hier setzt wieder der Alkohol an, dem so allerhand wohltuende Wirkung zugeschrieben wird: Man kann ja nichts für sein eigenes Pech, ist der eigenen Verantwortung enthoben und überhaupt ... Die beiden wichtigsten ideologischen Momente, die den Alkoholkonsum legitimieren, werden sichtbar: Einerseits der Drang, Anteil zu haben an der Großen Welt, wenn schon nicht materiell, dann wenigstens in den Träumen; und andererseits sich in das Schicksal zu fügen, das scheinbar nicht zu ändern ist. Der Kapitalismus ist auch eine Gesellschaft, die auf Lebensausreden angewiesen ist. Ansonsten hätte sich die Religion schon längst überlebt.



Mal einen Heben ist gesund

Mögen die genannten Erscheinungsformen für den Einzelnen auch nicht direkt zutreffen, so ist es doch fast unmöglich, dem „Genußmittel" Alkohol zu entrinnen.

„Trinkbräuche und Trinksitten wirken mit der Macht der Konvention. Wer sich ihnen entzieht, gerät unter seinesgleichen in Gefahr, sich lächerlich zu machen. Man kann behaupten, daß es in den meisten Fällen nicht der Appetit am Alkohol, das Bedürfnis nach

es in den meisten Fällen nicht der Appetit am Alkohol, das Bedürfnis nach

Genuß ist, was zum Alkoholkonsum anreizt, sondern das Beispiel der anderen, die Nötigung zum Mittrinken, die Angst, sich durch Ablehnung lächerlich zu machen, die Schwäche, der Versuchung nicht wiederstehen zu können". Vielfältige Anlässe bieten sich und werden immer mit Alkohol begossen. *„Da ist ein Richtfest, ein Hebeschmaus, eine Wette, eine gute Nachricht, ein freudiges Ereignis, ein Erfolg — sofort melden sich die Alkoholfreunde: ‚was gibst du aus?' ... ‚Das muß begossen werden!' "* ... Die Liste kann beliebig verlängert werden. *„Überall und zu jedem Anlaß: Trinkbrauch, Alkohol, Zechgelage — kein Wunder, daß die deutsche Sprache 190 Ausdrücke und Bezeichnungen für Betrunkensein aufweist."*(9)

Trinksitten und -bräuche haben scheinbar in allen Gesellschaftsformen eine entscheidende Rolle gespielt. Vergessen wir dabei doch allzuoft, daß uns auch hierbei die Kultur der jeweils Herrschenden überliefert wird. Römerfeste, Rittergelage u.ä. sind das Klischeebild der Geschichte. In dieser Sicht ist kein Platz für die Sklaven, Leibeigenen, Bauern. Bürgerliche Geschichtsschreibung heißt auch Überlieferung nur der Kultur der Herrschenden.

Daß diese Kultur trotzdem einen so breiten Zugang in den Massen fand, kann natürlich nicht nur mit den Absichten der aufkommenden Bourgeoisie erklärt werden.

Trinkbräuche haben eine bedeutende Rolle im Leben der Handwerker gespielt. *„Sie gehörten zum Nimbus der Meisterschaft, zum Ritual der Zunft, zu den Insignien der handwerksmeisterlichen Würde und Herrlichkeit. Es entsprach dem Gebot der zünftigen Ehrbarkeit, bei Zusammenkünften, Lossprachen, Festen usw. nicht nur nach dem vorgeschriebenen Zeremoniell zu sprechen, es mußte auch nach dem geltenden Reglement getrunken werden. Und das Trinken war — wie heute noch bei den Studentenverbindungen, den letzten Überresten aus jener Zeit — vielfach die Hauptsache. ... In den Gesellenverbänden und Wanderherbergen war das ganze Leben durchsetzt mit einer Menge von Trinksitten, die beinahe darauf hinausliefen, einen immerwährenden Trinkzwang zu proklamieren."* (10).

Und es war fast immer eine reine Männergesellschaft. Frauen hatten kaum eine Chance, überhaupt ein Handwerk zu lernen oder Zugang zu diesen Versammlungen zu finden. Bin heute sind Trinksitten immer auch verbunden mit Männlichkeit, Bruderschaft und Prahlerei.

Die Handwerker, die der zunehmenden Koinkurrenz mit der aufkommenden Industrie nicht gewachsen waren, sanken herab ins Proletariat. Weitling, der in den dreißiger und vierziger Jahren des 19ten Jahrhunderts die Handwerksgesellen in Bruderbünden zusammenfassen wollte, mußte folgende Erfahrung machen: *„Der Arbeiter liebster Aufenthalt waren die Kneipen. Die meisten Herbergen aber stanken von schlechten Bier und Schnaps, von Unreinlichkeit oder ärmlicher und liderlicher Wirtschaft. Man soff und prahlte mit seiner Saufkunst, um bei dem Herbergswirt als Säufer sich zu empfehlen und um bei ihm um so leichter zu Arbeit und zu Kredit zu kommen."* (11).

bergswirt als Säufer sich zu empfehlen und um bei ihm um so leichter zu Arbeit und zu Kredit zu kommen." (11).

Die Handwerkszünfte verfielen gänzlich, die Herbergen wurden zu Kneipen. Die Handwerker, auf dem Abstieg ins Proletariat, trugen dazu bei, daß sich Alkohol und Saufgelage auf Massenebene verbreiteten.

Ein Volk von Trinkern

Von den Ursachen zur Wirkung. Wie ist der Stand heute? Wie stark hat sich das Beschriebene über ein Jahrhundert hinweg manifestiert?

Die neusten Zahlen, die mir vorliegen, sind für das Jahr 1980 und ergeben folgendes Bild:

1980 trank jeder Einwohner der BRD jährlich

Bier 145,7 l = DM 349,68

harte Sachen, sog. Trinkbanntwein

11,6 Fl = DM 137,55

Wein/Sekt

26,7 l = DM 148,43

Das sind durchschnittlich 12,67 Liter reiner Weingeist (= reiner Alkohol), den statistisch gesehen jeder Einwohner in der BRD, vom Baby bis zum Greis 1980 in sich hineingoß. Wenn man davon ausgeht, daß 1/5 der Bevölkerung (Kinder, Abstinenzler etc.) davon abgezogen werden können, so erhöht sich die Zahl auf 15,84 Liter reiner Weingeist (= Alkohol). Etwas anschaulicher wird es, wenn man sich vorstellt, daß jeder Einwohner der BRD (i n k l u s i v e Kleinkinder usw.) pro Tag 1/2 Flasche Bier und pro Woche 1/2 Flasche Wein und alle zwei Wochen 2/3 Flasche Schnaps geleert hat.

Damit ist die Zeit des sogenanntenn Elendsalkoholismus (1900) längst eingeholt und überboten. Der Höhepunkt lag 1900 bei 10,1 Liter reiner Weingeist pro Kopf. Selbst nach bürgerlicher Meinung war dies in „der schlechten Lage des Arbeiterstandes" begründet.

Seit 1965 ist der Alkoholverbrauch sprunghaft gestiegen. Von bürgerlichen Wissenschaftlern wird dieses Phänomen als ,,Wohlstandsalkoholismus" bezeichnet. Gemeint ist damit, daß die Massen angeblich zu wenig mit sich und ihrer Freizeit anfangen können und zuviel konsumieren. So richtig es auf der Ebene der Erscheinungsform sein mag und im Zusammenhang mit der Sinnentleerung der Tätigkeiten, der anwachsenden Kulturlosigkeit (Fernsehen, Video etc.) stehen mag, wird doch übersehen, daß das sprunghafte Anwachsen des Alkoholkonsums mit den ersten großen Rationalisierungswellen und damit der intensiveren Ausbeutung zusammenfällt. Zu dieser geistigen Verelendung gesellt sich in den letzten Jahren auch eine materielle Verelendung. Ein weiteres Anwachsen des Alkoholismus und -konsums ist vorprogrammiert. Allein von 1955 = 100% hat sich der Alkoholkonsum auf 227% in 1980 erhöht.

Es wird aber auch deutlich, daß mit Zunahme von sozialen und wirtschaftlichen Brennpunkten der Alkoholkonsum für das Kapital wünschenswert ist. Wer sich selbst ausschaltet, braucht nicht bekämpft werden. Offensichtlich wird das Interesse dieses Staates am Alkohol daran, *,,daß aus den Staatseinnahmen aus dem Branntweinmonopol der Spirituosenkonsum in Millionenhöhe subventioniert wird."* Die ,,Bundesmonopolverwaltung für Branntwein" zahlte den Kornbranntweinerzeugern allein 1980 33,2, Millionen DM, *,,um auf der Erzeugerseite ein angemessenes Preis — Leistungsverhältnis zu gewährleisten. ..."* (12). Alles klar?

Was nicht sein kann, das nicht sein darf

Alkoholismus und Kapitalismus — offensichtlich ein Zusammenhang. Wo aber genau liegt er? Befragen wir das Orakel der Alkoholismusforschung, kriegen wir keine eindeutige Antwort. Der gefallene Engel, der/diejenige, die gemeinhin als Alkoholiker/innen bezeichnet werden, sind mit ca. 1,9 Mio. die Ausnahme. Die Mehrzahl der Bevölkerung kann mit dem Stoff umgehen. Die armen Seelen der Alkoholabhängigen befinden sich zudem noch in allen Teilen der Bevölkerung. Vom Arbeiter über den Arzt bis hinein in die Chefetagen reicht der vernichtende Arm des Alkohols. Oder? Nein, nein! Nicht der Alkohol schlechthin ist an alem Schuld. Darin sind sich die bürgerlichen Wissenschaftler (und nicht nur sie) einig. Der Biologe sucht die Ursache im Gehirn. Ein künstlich erzeugter Trieb, ,,der durch chemischen Reiz des Lustzentrums entsteht". Für den Antropologen ist der Alkoholiker ,,hemmungsarm, unkontrolliert", auf der Suche nach Scheinwerten, und die Psychoanalyse vermutet eine ,,Störung in der Persönlichkeitsentwicklung". Die Mediziner gar forschen nach Stof-

alem Schuld. Darin sind sich die bürgerlichen Wissenschaftler (und nicht nur sie) einig. Der Biologe sucht die Ursache im Gehirn. Ein künstlich erzeugter Trieb, ,,der durch chemischen Reiz des Lustzentrums entsteht". Für den Antropologen ist der Alkoholiker ,,hemmungsarm, unkontrolliert", auf der Suche nach Scheinwerten, und die Psychoanalyse vermutet eine ,,Störung in der Persönlichkeitsentwicklung". Die Mediziner gar forschen nach Stof-

fen, die im Körper des Alkoholikers wirken und so etwas wie eine Unverträglichkeit, eine Allergie hervorrufen. (13). Jeder ist allein Schuld, zumindest liegt es objektiv in seiner Person begründet.

Ich wende mich keinesfalls grundsätzlich gegen Therapieansätze, die den/die Alkoholabhängige/n durch eine individuelle Behandlung wieder auf die Beine helfen. Offenbar ist es jedoch so, daß niemand wagt, den Alkohol als Droge vergleichbar dem Heroin anzugreifen, denn das hieße, den Kapitalismus anzugreifen. Seit Jahrzehnten werden Analysen und Versuche über die Wirkung bzw. Nichtwirkung von Alkohol angestellt und die oben skizzierten Theorien zum Allgemeingut erhoben.

Die starke Zunahme des Jugendalkoholismus (die unterschiedlichen Zahlen bewegen sich im Bereich von 7%) und daß dies fast ausschließlich auf die sog. unteren Schichten beschränkt ist, wird so allerdings nicht erklärt. Oder wächst hier eine Generation von persönlichkeitsgestörten Allergikern heran?

Wozu jedoch der Aufwand an Forschung, Therapie usw., wenn der Alkohol der Bourgeoisie nur nützt? Er bringt nicht nur Geld, bewacht nicht nur potentielle Brandherde, sondern er kostet auch. Nämlich Arbeitskräfte. Wäre es so, daß sich die Werktätigen nur abends ihren Frust wegsaufen würden, um am anderen Tag neu gestärkt und frisch zur Maloche zu springen, würde sich der ganze Aufwand erübrigen. Durch Alkoholabhängigkeit fallen jedoch auch Arbeitskräfte für die Produktion aus. Sie sind krank oder für eine gewisse Zeit nicht verfügbar. Großbetriebe wie z.B. Hoechst haben deshalb auch schon betriebliche Alkoholikergruppen, die sich gegenseitig vom Saufen abbringen, gefördert. Das größte Produktionshemmnis ist jedoch ,,die Flasche neben Schreibtisch und Werkbank". *,,Nur vier Prozent der niedrig belasteten, aber 23 Prozent der stark belasteten Arbeitnehmer hätten bei ihrer Arbeit stets Alkohol in greifbarer Nähe, und 17 Prozent dieses Personenkreises tränken regelmäßig mehr als 200 Gramm Alkohol pro Woche. Das sind sieben Liter Bier oder drei bis vier Liter Wein".* (14).

Daß zudem noch eine nicht unerhebliche Anzahl von Betriebsunfällen auf Alkoholeinfluß zurückzuführen ist, sollte nicht nur die Kapitalisten stören.

Hinzu kommt die widersprüchliche Moral. ,,Sauf, solange du kannst; wenns nicht mehr geht, mach dich anonym". Und auch eine andere Seite der Ideologie ist wichtig: ,,Ein Mann kann sich mal etwas von der Leber trinken", ,,Der verträgt was" etc. pp. Eine betrunkene Frau ist ,,widerlich, hysterisch" usw. Die anfänglich beschriebene Wirklichkeit ist bis heute erhalten. Zudem wird die Rolle der Frau auch in diesem Fall weidlich ausgenutzt. Ist der Mann alkoholabhängig, so hat die Frau Verständnis und Fürsorge aufzubringen. Im umgekehrten Fall jedoch hat sie ihre Pflichten vernachlässigt, die Kinder verwahrlosen lassen und ist in keinster Weise ihrer Rolle gerecht geworden. Darum ist es auch kein Wunder, daß der Anteil der Frauen bei den Alkoholabhängigen offiziell geringer ist als der der Männer. Aus Angst, nicht nur vor direkten Folgen in der Ehe usw., sondern auch gesellschaftlich, sind Frauen für therapeutische Hilfe weniger zugänglich.. Wenn mensch sich zudem noch die Tablettenabhängigkeit (Mothers little helpers), gerade bei Frauen, verdeutlicht (Tablettenabhängigkeit ist direkt mit Alkoholismus vergleichbar), so tragen auch hier die Frauen wieder mehr als

Alkoholabhängigen offiziell geringer ist als der der Männer. Aus Angst, nicht nur vor direkten Folgen in der Ehe usw., sondern auch gesellschaftlich, sind Frauen für therapeutische Hilfe weniger zugänglich.. Wenn mensch sich zudem noch die Tablettenabhängigkeit (Mothers little helpers), gerade bei Frauen, verdeutlicht (Tablettenabhängigkeit ist direkt mit Alkoholismus vergleichbar), so tragen auch hier die Frauen wieder mehr als

die Hälfte des Himmels. *(,,Es ist offenbar, daß mehr als 20% der Bevölkerung derzeit unter Dauermedikation mit psychotropen Medikamenten steht, wobei die Benzodiazepin-Derivate an erster Stelle stehen")* (15).

Wie weiter?

Täglich, in allen Bereichen begegnen wir dem Alkohol. Bislang ist das Problem noch nicht in seiner gesamten Tragweite erkannt und aufgegriffen worden. Auch hier können wir wieder auf eine traurige Vergangenheit blicken.

,,Daß die Mäßigkeits- und Abstinenzbewegung von der Bourgeoisie, besonders ihren an Alkoholismus interessierten Schichten bekämpft wurde, ist begreiflich. Auch daß Behörden und Polizei, als die dem bürgerlichen Interesse dienenden Staatsorgane, gegen sie vorgehen, nimmt nicht wunder. Ebenso überrascht nicht, wenn es auch schmerzliche Gefühle auslöst, daß große Teile der Arbeiterschaft — verblendet, unaufgeklärt, in Gefangenschaft ihrer Laster und Schwächen — sich gegen die Beseitigung der Alkoholpest mobilisieren ließen.

DREIEINIGKEITSLIEDLEIN

ACH, WIE GUT DASS SIE NICHT MERKEN,
DASS WIR DREI ZUSAMMENWERKEN
DIE PILLEN INS KRÖPFCHEN
DEN TEUFEL INS KÖPFCHEN
DIE WANZE INS KNÖPFCHEN
UND EH DIE LEUTE NACHGEDACHT
SIND SIE AUCH SCHON EINGEMACHT!!

Was aber unbegreiflich erscheint und unwahrscheinlich klingt, ist die Tatsache, daß die Führer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung von einer Bekämpfung des Alkoholismus durch die Partei nichts wissen wollten. ... Der Sozialdemokratischen Partei" (Gemeint ist hier die SPD von Bebel und Liebknecht, also um 1900, der Verf.) *,,galt die Bekämpfung des Alkoholismus als Fachangelegenheit der Wohlfahrtspraktiker, die weite Kreise nicht berührte. Vielfach sah man darin ein Stück Narrheit leerer Weltverbesserer oder auch ein Steckenpferd lebensfeindlicher Finsterlinge, das bei der lebensbejahenden, freigesinnten Arbeiterschaft Widerwillen erwecken mußte. Diese lebte des Glaubens, Alkohol, unverfälscht und mäßig genossen, sei ein köstlich Ding, die Unmäßigkeit aber, soweit sie sich in der Arbeiterklasse breit macht, sei eine Erscheinunsform*

fahrtspraktiker, die weite Kreise nicht berührte. Vielfach sah man darin ein Stück Narrheit leerer Weltverbesserer oder auch ein Steckenpferd lebensfeindlicher Finsterlinge, das bei der lebensbejahenden, freigesinnten Arbeiterschaft Widerwillen erwecken mußte. Diese lebte des Glaubens, Alkohol, unverfälscht und mäßig genossen, sei ein köstlich Ding, die Unmäßigkeit aber, soweit sie sich in der Arbeiterklasse breit macht, sei eine Erscheinunsform

des Massenelends, die mit diesem selbst verschwinden müsse. Jeder besondere Kampf galt als Kurpfuscherei und Kräfteverzettelung" (16).

Für die heutige Linke ist es noch leichter, die Augen zu verschließen. Bestand für die Arbeiterparteien eine direkte Verbindung zu den Arbeitermassen, bei denen sich das Alkoholproblem am spürbarsten bemerkbar machte, so sieht es heute damit unbestreitbar weniger gut aus. Zugleich begünstigt diese Tatsache ein Nicht-Wahrnehmen der direkten sozialen Folgen auf breiter Ebene. Unter den Linken wird eine direkte Konfrontation mit dem Alkoholproblem nur dann wahrgenommen, wenn hier und dort eine Genossin oder ein Genosse durch Alkohol langsam aber sicher vor die Hunde geht. Außerdem haben auch wir die gesellschaftlich normierte Kultur der Herrschenden übernommen und produzieren sie täglich aufs neue.

Ist dem Alkoholproblem in unserer Agitation überhaupt etwas entgegenzusetzen? Ich meine ja!

Die empörten Stimmen, die sich jetzt regen werden, höre ich wohl.Doch auch diese Empörung ist schon alt. 1891 veröffentlichte Kautsky in der ,,Neuen Zeit" eine Reihe von Artikeln, in denen er darauf hinwies, daß der unmäßige Alkoholgenuß nur an den gesellschaftlichen Verhältnissen liege, und kam zu folgendem Schluß: *,,Der Genuß alkoholhaltiger Getränke ist nicht immer eine Quelle des Verderbens gewesen; er war ehedem eine Quelle fröhlicher Geselligkeit, ein Mittel, die Genüsse der Muße zu erhöhen; der Kapitalismus vergiftet diese Quelle immer mehr: Wie nun der Vergiftung der Menschen entgegenwirken? Dadurch, daß man die Quelle des Genusses verstopft, die Menschheit um einen Genuß ärmer macht, der ihr seit ihrer Kindheit gewährt worden: oder dadurch, daß man die vergiftete Ursache beseitigt, die Quelle reinigt und sie wieder so hell und erquickend sprießen läßt wie ehedem?"* (17).

So allgemein und platt diese Feststellung ist, so ist gewiß, daß sich damit nichts, aber auch gar nichts für die konkrete Situation beantworten läßt. Hier und heute bedient sich die Bourgeoisie des Alkohols als Mittel, um die Massen zu verblöden und still zu halten. Er betäubt und er spornt nicht gerade zum Kampf an. Die ihm zugeteilte Funktion ist notwendigerweise zu bekämpfen. Alkohol in seiner Funktion in dieser Gesellschaft neu einordnen zu können, ist, gelinde gesagt, im höchsten Maße unwahrscheinlich. Insofern ist eine Diskussion um die Alkoholfrage ,,an sich" dem Bereich der Philosophie zuzuordnen und wird sich, wenn überhaupt, unter anderen Verhältnissen anders stellen.

Aus diesem Grund ließ sich der Widerstand gegen den Alkoholkonsum, trotz prominenten Beistands, wie z.B. von Bebel, auch von Kautzky nicht bremsen. Von 1899 an wurden Resolutionen auf den Parteitagen eingebracht, die forderten, die Partei solle sich mit der Alkoholfrage befassen. In den ersten Jahren wurden jedoch alle Anträge abgelehnt. *,,Wir dürfen die Parteitätigkeit nicht in Kleinkram verzetteln"* (1899). *,,Die Sozialdemokratie ist die geborene Vorkämpferin gegen den Alkoholismus. ... Aber wir wollen uns nicht zu Kurpfuschern degradieren. ..."* (1900). *,, ...den Alkoholgenuß zur Privatsache zu erklären"*

tionen auf den Parteitagen eingebracht, die forderten, die Partei solle sich mit der Alkoholfrage befassen. In den ersten Jahren wurden jedoch alle Anträge abgelehnt. *,,Wir dürfen die Parteitätigkeit nicht in Kleinkram verzetteln"* (1899). *,,Die Sozialdemokratie ist die geborene Vorkämpferin gegen den Alkoholismus. ... Aber wir wollen uns nicht zu Kurpfuschern degradieren. ..."* (1900). *,, ...den Alkoholgenuß zur Privatsache zu erklären"*

(1902). *,,Die Alkoholfrage ist eine so brennende Frage nicht, daß sie unbedingt jetzt oder auch im nächsten Jahre auf die Tagesordnung gesetzt werden müßte. Ob sie einmal eine Parteifrage werden wird, will ich nicht erörtern, ich wünsche es aber nicht".* (Pfannkuch beim Bericht des Parteivorstandes 1904).

1903 bereits hatte sich entgegen dem zähen Widerstand der Parteiführung der Arbeiter-Abstinenzler-Bund gegründet. Durch eine eigene Zeitung begannen wenige Genossen eine planvolle Öffentlichkeitsarbeit. Ihnen wurde auf breiter Ebene nicht nur passiver, sondern auch aktiver Widerstand entgegengebracht. *,,Aber die Agitation der Arbeiterabstinenten macht Fortschritte und hatte Erfolg, besonders bei den Bergleuten während des Riesenstreiks im Ruhrrevier 1905, bei den Zieglern, den Gastwirtsgehilfen und bei der Arbeiterjugend. Auf diese Weise wurde die Parteiöffentlichkeit so stark für die Erörterung des Alkoholproblems interessiert, daß der Widerstand gebrochen und die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Essener Parteitages 1907 gesetzt werden mußte"* (19).. Es wurde eine Resolution verfaßt, die jedoch so schwammig war, daß konkrete Ergebnisse nicht zu erwarten waren. Es war und ist m.E. unsinnig, eine Parteizugehörigkeit oder sonstetwas vom Alkohol,,genuß" abhängig zu machen. Zu erwarten ist jedoch, daß der Blick für dieses Problem verschärft wird! Die Folge der halbherzigen Resolution und des verdeckten Widerstandes war jedoch: *,,Am Alkoholismus sind die Verhältnisse schuld, Abhilfe ist nur zu erwarten vom Staat und den Organisationen, die endgültige Lösung der Frage kommt erst am Tage der siegreichen Revolution. Der einzelne hat bis dahin nur seine Partei- und Gewerkschaftspflichten zu erfüllen, seine Beiträge zu leisten, seine Flugblätter zu verteilen, am Demonstrationszuge zu marschieren, zu wählen und darauf zu halten, daß er nicht gerade im Delirium endet."* (20).

Aus dieser Erfahrung heraus meine ich, können wir auch die heute gestellte Frage beantworten. Schärfen wir unseren Blick für die Ursachen und weitreichenden Konsequenzen des Alkoholkonsums!

,,Es ist ein Fehler, den viele Marxisten machen, die Bedeutung der Lebenshaltung der Herrschenden zu unterschätzen in ihrer Wirkung auf die Wunschvorstellungen der Unterklasse, auch ihres kämpferischen Teils. Aus dem neuen wirtschaftlichen und politischen Ideal ergibt sich nicht ohne weiteres ein neues Kulturziel. Kleinbürgerliche, ja großbürgerliche Vorstellungen spielen als Wunschbilder nicht nur bei den Indifferenten eine Rolle, sondern man findet sie häufig auch bei der Führerschicht in einer Tendenz zum Parteiprogramm." (21)

Beim näheren Hinsehen wird es schwerfallen, überhaupt noch ,,Anlässe" zum Trinken zu finden, die eben nicht direkt mit bürgerlichen Vorstellungen und Ideen verbunden sind.

Gleichzeitig muß ein Kampf gegen die ,,üblichen" Trinkbräuche und Vergnügungen geführt werden.

,,Die außerordentliche Vergnügungssucht der proletarischenn Massen erklärt sich aus dem großen Lusthunger, der besonders die Schicht befällt, die sehr angestrengt und lange arbeiten müssen, elend wohnen und essen und sich von den vielen Genüssen und Freuden des Daseins abgesperrt sehen. Der schlechte Geschmack, der aus den meisten Veranstaltungen spricht, geht zurück auf den großen Bildungsmangel, das Befangensein in kleinbürgerlicher Ideologie, die Trägheit und Unfähigkeit, für die Gedanken- und Gefühlswelt eigene, neue Aussagen und Symbole zu finden" (22).

Mögen diese Sätze auch für manche/n antiquiert und ML-ig klingen, sie sind in ihrem Kern doch richtig. Mag sich auch die Struktur und Zusammensetzung der Werktätigen geändert haben, das Elend nicht.

In unserer Arbeit muß der Kampf gegen den Alkoholkonsum einen gebührenden Platz einnehmen. Die Überwindung des Alkoholkonsums ist m.E. mehr als eine Frage der Sozialpolitik. Sie ist eine Vorbedingung für eine eigene Kultur!

Boots/KB Hamburg Altona

P.S. Wer nach dem nächten Termin (es soll sogar Menschen geben, die während des Termins saufen), der nächsten Prüfung oder nach der Arbeit bedenkenlos den ,,Halben" stemmt, hat meine Aussage nicht verstanden.

Desgleichen diejenigen, die die nächste Betriebsfeier o.ä. zwar alkoholfrei über sich ergehen lassen, jedoch ihr Verhalten als eine individuelle Erkenntnis für sich behalten.

P.S. Wer nach dem nächten Termin (es soll sogar Menschen geben, die während des Termins saufen), der nächsten Prüfung oder nach der Arbeit bedenkenlos den ,,Halben" stemmt, hat meine Aussage nicht verstanden.

Desgleichen diejenigen, die die nächste Betriebsfeier o.ä. zwar alkoholfrei über sich ergehen lassen, jedoch ihr Verhalten als eine individuelle Erkenntnis für sich behalten.

ALSO ICH MEINE, ICH KANN DAMIT UMGEHEN. MEINE MEINUNG"

Und hier das Rätsel des Monats: Von den folgenden Aussagen ist eine falsch.
Welche?

Schnapsbrenner gegen Trinkhilfe
Die deutschen Spirituosenhersteller haben einen Arbeitskreis (AK) Alkohol gegründet. Ausdrücklich betonte der AK bei seiner Gründung, daß er keineswegs den Alkoholverbrauch senken will. Vielmehr komme es darauf an, daß gesund und vernünftig getrunken werde.
Er veröffentlichte ,,Die goldenen Regeln des vernünftigen Trinkens".

Rauchhilfe von Zigarettenherstellern
Die deutschen Zigarettenproduzenten haben einen Forschungsrat ,,Rauchen und Gesundheit" gegründet. Ausdrücklich betonten die Ratsmitglieder, daß sie keineswegs den Tabakkonsum reduzieren wollen. Vielmehr komme es darauf an, daß die Zigarette so gefahrlos wie möglich gemacht werde.
Der Forschungsrat veröffentlichte die Broschüre ,,Tips zum gefahrlosen Rauchen".

Heroinhändler gegen Spritzhilfe
Die deutschen Dealer, Interessenverband e.V., haben einen Forschungskreis Heroin gegründet. Ausdrücklich betonte der Forschungskreis, daß er den H-Konsum nicht senken will. Vielmehr komme es ihm darauf an, daß gesund und vernünftig gedrückt werde.
Er veröffentlichte die Broschüre ,,Cleane Pumpe — cleane Nadel — cleaner Stoff — was der vernünftige Fixer braucht".

Einsendungen an den Verlag.
Bei mehreren richtigen Antworten entscheidet das Los.
Gewinne:
Der Bestseller ,,Selbstbetrug muß sein". Ein Band mit autobiographischen Erzählungen prominenter Persönlichkeiten von Harald Junke bis Willy Brandt.

Anmerkungen

1) Otto Rühle, ,,Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats", Verlag ,,Neue Kritik" 1971, Erstausgabe 1930
2) Friedrich Engels, zitiert nach O. Rühle. In Preußen hatten die ostelbischen Junker die Möglichkeit, das Kapital für die Anlage der Schnapsbrennereien aus den Bauern herauszupressen. Zum einen durch eine entspr. Gesetzgebung; zum anderen, indem sie die Kartoffeln, das Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung, zum Schnapsbrennen nahmen. Der preußische Kartoffelfusel erlangte traurigen Ruhm.
3) O.Rühle, ebd.
4) Zahlen nach: ,,Jahrbuch 1982 zur Frage der Suchtgefahren", Neuland Verlagsgesellschaft, Hamburg.
5) F. Engels' ,,Lage der arbeitenden Klasse in England", zit. aus O.Rühle.
6 - 11) O.Rühle, ebd.
12) Nach: ,,Jahrbuch zur Frage der Suchtgefahren".
13) Es geht mir nicht darum, an dieser Stelle eine Fachdiskussion zu führen. In einzelnen Punkten mögen die Sichtweisen ihre Berechtigung haben. Grundsätzlich stelle ich jedoch die fachidiotische Herangehensweise in Frage. Vgl. auch W. Feuerlein ,,Alkoholismus — Mißbrauch und Abhängigkeit", Thieme Verlag, Stuttgart.
14) ,,Frankfurter Rundschau", 10.8.82.
15) ,,Jahrbuch 1982 ...".
16 - 22) O.Rühle, ,,Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte ..."

Berlinale linksherum

Noch ist sie von den radikalen Kürzungen im Kulturbereich nicht wesentlich betroffen, noch ist ihre Leitung nicht in den Händen CDU/CSU-höriger Kulturfunktionäre. Auch auf der 33. Berlinale dieses Jahr sind wieder in sechs Bereichen mehrere hundert Filme gelaufen, von denen allerdings nur die allerwenigsten — und sicher nicht die Besten — den Weg in die bundesdeutschen Kinos finden werden.

Von den bürgerlichen Medien wurde ausgiebig über die Berlinale, insbesondere den Hauptwettbewerb, berichtet — es ist sicher müßig, jeder FAZ-Wertung hier ein AK-Urteil hinterherzuschicken. Im wesentlichen will ich mich mit nicht oder in ganz anderen Zusammenhängen erwähnten Filmen befassen, die hauptsächlich in der Info-Schau, im Forum des jungen Films, auf dem Kinderfilmfest und in der Filmmesse zu sehen waren. Dennoch ein paar Bemerkungen zum Wettbewerb vorweg:

Margarethe von Trottas **„Heller Wahn"** ist sicherlich kein großer Wurf; ziemlich konventionell wird die Geschichte einer Frauenfreundschaft erzählt, die von den jeweiligen Ehegatten empfindlich gestört wird. Eine der Frauen befreit sich am Filmende und erschießt ihren Mann. Die Story spielt ärgerlicherweise auch noch im Milieu etablierter 68er Schickeria — was soll's, nette, teilweise ganz witzige Unterhaltung, ziemlich harmlos und auch für mich als Mann kein Grund, mich angegriffen zu fühlen. Auf der Berlinale sahen die männlichen Kritiker das anders: *„erbärmlich"* urteilte die FR, die FAZ stellte einen *„geradezu rätselhaften Rückfall in den Dilletantismus"* fest, und die ZEIT (bzw. deren Sexist vom Dienst, Ulrich Greiner) freute sich hämisch: *„Heller Wahn ist sicherlich ein Meilenstein in der Geschichte des Feminismus. (...) Und als Film ist er katastrophal"*. Offensichtlich birgt auch ganz harmloses, unscheinbares Aufgreifen von Frauenthemen immer noch (oder schon wieder?) genug Zündstoff, um die kulturliberale Kritikermeute zum Kläffen zu bringen. Mit **„Hecate"** von Daniel Schmid, der nun wirklich hölzern, simpel konstruiert und zudem noch todlangweilig die Geschichte eines unsterblich verliebten Diplomaten und der ihm immer wieder entfliehenden geheimnisvollen femme fatale erzählt, gingen die Kritiker sehr viel vorsichtiger um und legten viel Wert auf den Werkzusammenhang, in dem er angeblich stehe.

Hinsichtlich der „Missing"-Kritik (AK 225) ist der brasilianische Wettbewerbsbeitrag sicher erwähnenswert: **„Vorwärts Brasilien"** von Roberto Faria ist in seinem Herstellungsland von der Zensur verboten, die westdeutschen Kinos wird er wahrscheinlich kaum erreichen: das Thema „Terror in lateinamerikanischen Diktaturen" ist schon abgedeckt. Auch das hat mit Kulturimperialismus zu tun: die finanziellen Möglichkeiten großer US-Verleihe hat die Produktionsfirma von „Vorwärts Brasilien" eben nicht, und Kino ist ganz wesentlich Geschäft... Überdies ist der brasilianische Beitrag inhaltlich wesentlich schärfer und treffender als „Missing". Seine Story, das Verschwinden eines brasilianischen Geschäftsmannes, der zufällig mit einem Linksextremisten im gleichen Taxi gesessen hat, ist in der politischen Situation Lateinamerikas stärker verwurzelt, als die des von Gavras vorgeführten mutigen US-Bürgers. Der Geschäftsmann verschwindet, wird gefoltert (ständig beobachtet von einem CIA-Agenten), und weil er nicht geständig ist (wie sollte er?), wird nacheinander sein Freundeskreis von den Todesschwadronen heimgesucht. Die Verwandten geraten in Panik, ein Freund geht in den bewaffneten Untergrund — entkommen kann keiner. Zwischen die Szenen aus dem politischen Alltag sind Szenen aus einem Fußball-Länderspiel geschnitten: die Schreie der Gefolterten gehen in das Jubeln der Fans über ein Tor von Pele über. Besser kann man die Funktion dieses Massensportes kaum bewußt machen. Ansonsten sind die filmischen Mittel ähnlich simpel wie bei „Missing", gerade das aber macht auch die Brisanz von „Vorwärts Brasilien" für die dortige Regierung aus: wenn der Film zu sehen wäre, würde er sicher aufmerksam aufgenommen.

Der Bürgerkrieg in **„Belfast 1920"**, dem englischen Wettbewerbsbeitrag, der einen goldenen Bären erhielt, wird ungleich „menschlicher" beobachtet: aus der Perspektive der scheinbar irren Tochter eines protestantischen irischen Unternehmers. Der Appell an das Publikum ist klar: seid nett zueinander. Für das englische Publikum mag das schon viel sein, in Nordirland kann dieser Film nur ärgerlich wirken.

Ein beachtliches Stück Vergangenheitsbewältigung stellt auch der Beitrag aus der VR China dar: **„Fremde Freunde"** von Xu Lei. Das Unglück der traurigen Heldin des Stückes begann (natürlich) in den „schlimmen Jahren" 1966 — 1976, als sie sich zu Diebstählen (grandiose Metapher...) hat verleiten lassen. Heute hat sie es trotz ihrer grundsätzlichen Läuterung schwer, ihrer Vergangenheit zu entfliehen: Rowdies (gekleidet in bunte Hemden, mit japanischen Cassettenrecordern auf dem Arm und Sonnenbrille vor den Augen) versuchen, sie zu erpressen. Aber eine Gruppe verständiger Familienväter, ein lieber Polizist und ein ebenfalls geläuterter „Dieb" helfen ihr, auf dem rechten Weg zu bleiben. Tusch. Der Sozialismus ist kitschig wie selten, die Musik erinnert an frühes Hollywood, nur nicht so gut...

Hochgelobt wurde von den Kritikern Erden Kirdals **„Eine Saison in Hakkari"**: ein Lehrer versucht, in einem bitter armen Gebirgsdorf zurechtzukommen. In mir keimte der Verdacht auf, daß die Türkei daran interessiert ist, Yilmaz Güney in Vergessenheit geraten zu lassen und deshalb andere Regisseure, die durchaus etwas kritisch sein dürfen, aber keinen Widerstand zeigen können, zu sponsern. „Eine Saison in Hakkari" stilisiert das Elend und die Zurückgebliebenheit des Dorfes zu kargen, aber sehr schönen Bildern — mehr Voyeurismus als politische Kritik...

Euch werden wir helfen...

Behinderte hatten auf dieser Berlinale Konjunktur: der CSSR-Beitrag **„Unvollständige Finsternis"** erzählt die Geschichte eines durch einen Unfall erblindeten 12jährigen Mädchens, das (natürlich!) mit seiner Behinderung nicht klar kommt und deswegen unausstehlich wird. Erst als ihr ein lieber, nichtbehinderter Psychologe hilft, den Ursachen ihrer Schwierigkeiten auf die Spur zu kommen, bewältigt sie (natürlich!) ihr „schweres Schicksal". Gespielt wird das Mädchen (natürlich) von einer Nichtbehinderten. Auf der Pressekonferenz war die Frage, warum Regisseur Jires keine behinderte Schauspielerin engagiert hat, ein großer Heiterkeitserfolg: die Journalisten kriegten sich nicht mehr ein („Behinderte und schauspielern, haha..."), und Jires begann was von „Gefängnis der Blindheit" zu faseln. Daß es auch ein Gefängnis Blindenheim gibt, das konnte er sich nicht vorstellen: seine blinde Figur Lucie jedenfalls fühlt sich in dem Heim sehr wohl...

Daß es auch anders geht, hat der bundesdeutsche Beitrag zum Kinderfilmfest gezeigt: **„Der Zappler"** von Wolfram Deutschmann (zu dessen erstem Film s. Seite 37 in AK 224). Darin wird die Geschichte des zwölfjährigen spastisch gelähmten Stefan erzählt, der nach einem Umzug versucht, sich mit den nichtbehinderten Kindern seiner neuen Umgebung anzufreunden: ein mühseliger Prozeß mit Rückschlägen, denn Stefan wird erstmal nicht für voll genommen: wer im Rollstuhl sitzt und nur sehr langsam sprechen kann, zählt für die anderen nicht. Stefan, der von einem behinderten Jungen gespielt wird, setzt sich aber allmählich immer besser durch. Als er schließlich mit einem geklauten Elektrorollstuhl aus dem Krankenhaus abhaut und Angst hat, nach Hause zu gehen, weil er glaubt, wegen des Rollidiebstahls in den Knast zu wandern, helfen ihm die anderen Kinder. Schon ein Happy-End also, aber kein rührselig-verlogenes: Freundschaft ist noch nicht geschlossen, könnte aber möglich werden.

Das ist ein witziger und spannend gedrehter Kinderfilm geworden, der auch filmisch nicht platt geraten ist. Am nachhaltigsten wirkt eine Fahrt durch das Krankenhaus: Stefan liegt auf dem OP-Wagen und sieht nur die düsteren Wände und die viele Meter hohe Decke, weiß nicht, wohin es geht und was dort geschehen wird. *„Das habe ich als Kind auch oft mitbekommen, bei den ganzen Operationen, die die mit mir gemacht haben, und erst haben alle Leute von der Produktion gesagt, die Kamerafahrt durch dieses furchtbare Gewölbe ist viel zu schrecklich für Kinder. Dabei ist nur die Wirklichkeit dieser Gewölbe so schrecklich"*, erklärte mir Wolfram, der selbst gehbehindert ist, im Gespräch. Die Reaktion der Kinder rechtfertigt sein Beharren auf dieser Sequenz: alle haben gebannt hingeguckt und viele haben nach der Vorführung erzählt, das hätte sie an ihre Krankenhauserfahrung erinnert. Für Karsten Kunitz, der den Stefan spielte, war die Szene, in der er den Elektrorollstuhl klaut, bei den Dreharbeiten am allerschönsten. Das erfährt mensch aus der Dokumentation der Dreharbeiten zum „Zappler": **„Hauptsache ich bin beim Film"** ist ein 45 Minuten Videostreifen von der Kick-Film, der anschaulich schildert, wie ein Kinderfilm entsteht, aber auch, wie sich das Verhältnis der nichtbehinderten Kinder zu dem wirklich behinderten Karsten entwickelt hat. Schade, daß die Situation, in der sich Karsten im Alltag befindet, nur sehr am Rande gestreift wird: Karsten besucht nämlich eine Sonderschule, würde aber viel lieber auf eine „normale" Schule gehen. Seine Eltern und das Schulamt haben ihm eingehämmert: da wirst du nur gehänselt, und in der Sonderschule bist du unter deinesgleichen und hast Freunde. Da hilft erstmal auch ein Film nicht weiter...



„Der Zappler"; BRD 1982; Wolfram Deutschmann

Eine Behinderte spielt auch in Tankred Dorsts im Forum des jungen Films gezeigtem **„Eisenhans"** eine Rolle: was Dorst als ein „böses deutsches Märchen" (und dafür gäbe es ja Anlaß genug) konzipiert hatte, geriet zum Skurrilitätenkabinett: ein Dorf im „Zonenrandgebiet" (deutsch...), eine Beziehung schwachsinnige Tochter — Kraftprotz Vater (Eisenhans), ein fetter Zyniker, der Mädchen unter Röcke schaut (böse) und eine geheimnisvolle alte Mühle, in der eine Greisin im Bett verwest; schließlich die dörfliche Klatschszene, die Eisenhans ein Verhältnis zu seiner Tochter andichtet. Viel Mythen werden dort verarbeitet, die Tochter tritt im Schnee als Engel auf — die Versatzstücke fügen sich aber nicht zum Ganzen, die Beziehungen bleiben im Klischee stecken und trotz der stark stilisierten schwarz-weiß Bilder wird auch eine gehörige Portion Voyeurismus befriedigt: wenn sich die Tochter beispielsweise vor einem Spiegel im Männerklo entkleidet und dann leise kichernd der fette Mann vor ihr steht. Der Behinderten wird auch als Filmfigur kein Eigenleben zugestanden, sie wird nur be-handelt, vom Vater mitgenommen, von der Mutter in Schutz genommen, von der normalen Schwester geschlagen, eine Schablone und kein Märchen.

Deutschland, Deutschland, alles ist vorbei...



Die „Diebin" aus den „Schlimmen Jahren" (Fremde Freunde; VR China; Xu Lei)

Am 28.2. waren bereits die meisten Journalisten abgefahren, das Cinecenter war deutlich leerer und in den Abendvorstellungen der Kinos blieben erstmalig etliche Plätze frei. Bei der Premiere des österreichischen Spielfilms **„Kieselsteine"** waren auch nur knapp fünfzig Zuschauer gekommen, von denen wiederum mindestens 40 über das, was ihnen auf der Leinwand geboten wurde, empört waren ... Eine österreichische Kunsthistorikerin, Jüdin, lernt durch Freunde Friedrich kennen: 40 Jahre, präzise, aggressiv, Deutscher. Hannah interessiert sich für das Funktionieren dieses Mannes, dem Familie das höchste ist, der Schwule ins KZ wünscht und der meint, Juden hätte der deutsche Faschismus auch positives, nämlich den Staat Israel beschert. Friedrich hört gern Wagner und will Hannah nach einigen Monaten Bekanntschaft heiraten.

Kritik der Zuschauer an diesem Film: deutschen-feindlich, klischiert. Darüber ließe sich streiten, die Haltungen dieses Friedrich waren sicher nicht aus der Luft gegriffen, die Drehbuchautorin Nadja Seelich, eine tschechische Jüdin, zumindest beteuerte in der Diskussion, immer wieder solche Deutschen erlebt zu haben. Der Film ist aber ein österreichischer und Regisseur Lukas Stepanik ging es nicht nur um Friedrich, sondern um eine zweite Gruppe: die österreichischen Freunde von Hannah, die deren Versuche, eine jüdische Identität zu finden, leichter Hand beiseite wischen: Jude sein sei heute nichts besonderes mehr, der Staat Israel sei letztenendes auch faschistisch und überhaupt müsse frau sich vorwärts orientieren. Locker vom Hocker auf der Dachterrasse, zwischen Beziehungsknatsch und Wettern gegen den US-Imperialismus. In der an die Filmvorführung anschließenden Diskussion konnte sich an diese Szenen nur leider niemand mehr so recht erinnern, Antisemitismus wurde nur bei Friedrich gesehen, und der — wie schon erwähnt — war ja nur eine deutschen-feindliche Karikatur...

Deutschen-feindlich wurde nach ein anderer Film auf dem Festival geschimpft: Sohrab Shahid Saless' **„Empfänger unbekannt"**: der seit Jahren in Berlin arbeitende Iraner Saless war deutscher Fremdenfeindlichkeit auf der Spur. Die Rahmenhandlung ist einfach gebaut: eine Frau lebt getrennt von ihrem Ehemann mit einem türkischen arbeitslosen Architekten zusammen und wird dadurch für die tägliche Diskriminierung Fremder in der BRD sensibilisiert. Der Film beginnt mit einer Eisenbahnfahrt, kleine Dörfer huschen vorbei, eine größere Stadt nähert sich und dann bleibt die Kamera auf eine kahle weiße Mauer gerichtet: „France aux Francais". Schnitt: Bilder aus deutschen Konzentrationslagern, Leichenberge, die abgefahren werden, und aus dem Off ein Gespräch: „Was gefällt dir so gut an Deutschland? Warum lebst du so gerne hier?" fragt eine deutsche Frau und in der nächsten Einstellung sehen wir sie mit ihrem türkischen Freund in der Kneipe sitzen. „Empfänger unbekannt" ist ein polemischer Film zweifelsohne, auch ein problematischer, denn in den Szenen, in denen sich Büroangestellte oder Krankenhausärzte über „Kanakker" oder „kulturell nicht so wertvolle Ausländer" unterhalten, wirkt das falsch: bloß Abziehbild gefährlicher Wirklichkeit. Gleichwohl ist es ein hervorragender und vor allem wichtiger Film: ein Film fast ohne Dialog; die drei Hauptpersonen schreiben sich Briefe, denken

Fortsetzung nächste Seite

In eigener Sache: Streit im AK-Verlag beendet!

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative (siehe hierzu AK 230 und 231) sind mit Erscheinen dieser Ausgabe des AK beendet. Der Verlag steht jetzt wieder voll für den ARBEITERKAMPF zur Verfügung, der Betrieb ist an den KB gebunden. Vier Angestellte, darunter die beiden ehemaligen Geschäftsführer und eine Gesellschafterin, verlassen den Betrieb und werden einen eigenen, kommerziellen Satz-und Repro-Betrieb gründen. Als „Abfindung" wurden schließlich 13.000 Mark sowie die Zurverfügungstellung von zwei Maschinen vereinbart.

Diese Lösung trägt den rechtlichen Gegebenheiten Rechnung, ist jedoch keinesfalls eine Anerkennung der von den Vier aufgestellten Forderungen. Zur Erinnerung: Die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative ist als Betrieb für die Publikationstätigkeit des KB, insbesondere die Herausgabe des AK, aufgebaut worden, wesentlich mit Mitteln des KB, mit Geldern, die aus Spendensammlungen für den AK kommen, sowie durch die freiwillige, unbezahlte Tätitkeit vieler Mitglieder des KB. Als vom KB gefordert wurde, daß dies auch in der Rechtsform des Betriebs festgehalten werden sollte, entzündete sich ein heftiger Streit mit einem Teil der Angestellten. Dieses „Quartett" hatte es sich zum Ziel gesetzt, aus dem Betrieb einen vom KB autonomen zu machen, der dann unter ihrer Regie stehen sollte. Sie konnten sich dabei auf zufällig erworbene Rechts- und Machtpositionen stützen, zwei von ihnen waren Geschäftsführer, eine zusätzlich noch Gesellschafterin. Sie stellten uns vor die Entscheidung: entweder Weiterführung des Betriebs in ihrem Sinne oder ihr Ausscheiden gegen eine Abfindung von 100.000 Mark. Dagegen wurde von uns gestellt: Wenn sie mit dem ursprünglichen Zweck des Betriebs nicht mehr einverstanden sind, scheiden sie zu ganz normalen Bedingungen aus, d.h. Einhaltung der Kündigungsfristen und Zahlung einer Abfindung in Höhe von zwei Monatsgehältern.

Dies wurde vom „Quartett" nicht akzeptiert und im weiteren nutzten sie konsequent ihre Machtpositionen aus. Als der KB aufgrund dieser Lage seine Zuschüsse an den Betrieb sperrte, wurde von ihnen im Gegenzug die Produktion des AK verboten. In der Nacht vom 23. auf den 24.3. schließlich legten sie den ganzen Betrieb lahm, indem aus allen Maschinen Teile ausgebaut wurden, und sie klauten sämtliche schon gesetzten Artikel für diese Ausgabe des AK. Diese Aktion brachte das Faß endgültig zum Überlaufen. Mit einer von uns beantragten Einweiligen Verfügung wurden sie von der Geschäftsführung abgesetzt. Unter diesen Voraussetzungen war es dann möglich, eine sofortige Trennung zu vereinbaren. Der Preis hierfür ist sicherlich noch höher als dies normalerweise üblich ist/wäre, es ist ein Lehrgeld für Versäumnisse bei der Gründung des Betriebs (Festlegung des Zwecks, Festlegung der Machtbefugnisse von Einzelnen).

Die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative wird weiterarbeiten wie bisher, sie wird also auch weiterhin mit ihren technischen Möglichkeiten für andere Teile der Hamburger Linken zur Verfügung stehen.

Wir danken allen, die uns in dieser Auseinandersetzung zur Seite gestanden haben, insbesondere den Genossinnen und Genossen, die durch noch mehr Einsatz das Erscheinen des AK gesichert haben, und namentlich dem BWK und der TAZ (Hamburg), — die uns ihre technischen Möglichkeiten angeboten hatten, um die Produktion des AK zu ermöglichen. Diese Beispiele der Solidarität haben uns sehr gut getan.

AK-Redaktion



Utopia, Ein Film über Sehnsüchte und die Macht; von S. S. Saless

Fortsetzung von vorheriger Seite

aneinander — ihre direkte Kommunikation aber ist kaum mehr möglich. Der türkische Architekt verschwindet eines Nachts plötzlich — das Land, in dem er sich als „Gast ohne Gastgeber" fühlt, in dem er den Zwang verspürt, „die deutsche Sprache zu erlernen, um überall TÜRKEN RAUS auf den Häuserwänden lesen zu müssen", ist ihm zu unheimlich geworden.

Der letzte deutsche Boden, den er betritt, ist ein Großstadtbahnhof: ein großes kaltes Gebäude, Schlußlicht.

Die Frau, wir erfahren es aus einer Boulevardtitelseite („Seitensprung mit Türken schlecht bekommen!"), hat sich später vor den Zug geworfen; ein letzter Brief, den ihr Mann ihr schreibt, kommt zurück: „Empfänger unbekannt".

„Mir fehlt, daß du die Möglichkeit eines solidarischen Miteinander von Deutschen und Ausländern zeigst, dein Film ist total negativ und unsolidarisch mit den Deutschen" (Applaus!); „Ich finde deinen Blick völlig deutschenfeindlich, so habe ich nur ausländische Intellektuelle kennengelernt, so ganz einfache Türken sind da viel objektiver" (Applaus!); „Mir hat in deinem Film gefehlt, daß du auch so zeigst, wie manche Ausländer auch total verhetzt gegen Deutsche sind und selbst deutschenfeindlich, also ich meine, du bist da etwas einseitig!" (Beifall) — das waren die typischen Kommentare des „linken" Publikums in der Diskussion mit Saless; ein einziger (!) sah es anders: „Ihr Deutschen könnt doch nur nationalistisch oder gar nichts sein, warum fühlt ihr euch denn permanent persönlich angegriffen, immerhin bringt sich im Film doch eine Deutsche um, weil sie mit ihren Erlebnissen hier nicht fertig wird. Warum diskutiert ihr nicht über das Problem der Fremdenfeindlichkeit oder über das, was ich als Jude am problematischsten an dem Film finde: daß dort Ausländerfeindlichkeit und Judenvergasung analog gesetzt werden" (Schweigen).

Saless stellte auch noch einen anderen Film auf dem Festival vor: **„Utopia"**, die Geschichte eines Bordells, des „Club Arena". Über sieben Jahre mußte Saless damit von Filmförderungsanstalt zu Filmförderungsanstalt rennen , ohne einen Pfennig Geld zu bekommen, schließlich gelang es ihm, einen ZDF-Redakteur (auch dort soll es noch mutige Leute geben...) für das Projekt zu gewinnen. Herausgekommen ist eine präzise Studie über Gewalt und Hirarchien. Die Biografien der Prostituierten lassen die Behauptung von einer freien Gesellschaft zur Farce werden, Sexualität wird in ihrer Warenfunktion und als Herrschaftsmittel des Mannes gezeigt, jeglicher Voyeurismus wird vermieden.

Ein Film über das Objekt eines speziellen Voyeurismus ist Helga Reidenmeisters Dokumentarfilm über ihre Schwester Hilde geworden: **„Mit starrem Blick aufs Geld"** schildert Alltag und Einstellung eines Fotomodells und Mannequins. Ein zynischer und stellenweise witziger Film, wenn sich die Sprache des Fotografen und Werbemachers als so hohl erweist, wie wir sie schon immer vermutet haben. Hilde hat auch eine zeitlang in der Münchner Partyszene~~rie~~ verkehrt, die Vorzeigefreundin berühmter Männer abgegeben — in dem Film beschert uns das eine Szene, in der sie mit dem schwitzenden FJS lächelnd einen Walzer abliefert. Es geht aber auch um die unbekannten Seiten dieses Berufs: die katastrophale soziale (Un)Sicherheit, die miesen Jahre in der Provinz, wenn frau zu alt geworden ist, um sich gegen die immer jünger werdenden Models zu behaupten, den gnadenlosen Konkurrenzkampf

Peinlich war ein auf der Filmmesse vorgeführter Dokumentarfilm **„Über Holger Meins"**. Richtigerweise hat Gerd Conradt seinem Videostreifen zwar den Untertitel „Ein Versuch — Unsere Sicht heute" verpasst, das Ergebnis aber wird dadurch kaum akzeptabler. Im ersten Teil, der im wesentlichen aus einem Zusammenschnitt von Report-Sendungen, Tagesschau und Interviews mit Holgers Vater 1975 besteht, werden zwar noch recht anschaulich die Umstände von Holgers Tod herausgearbeitet, aber schon hier sind die Ansätze Conradts, die den Film so ärgerlich machen, erkennbar: zwischen die Originalfilmsequenzen werden ziemlich wahllos Bilder von Holger und farbige Montagen geschnitten, da werden Kunstambitionen und Verspieltheiten sichtbar, die weder dem Thema gerecht werden noch in sich schlüssig scheinen. Im zweiten Teil versucht Gerd Conradt, sein Verhältnis zu Holger Meins zu beschreiben: „Holger war ein Freund, der mich durch sein Untertauchen und sein Guerillasein verletzt hat". Der Hammer aber kommt dann in Teil III: dem Versuch, Holger als Menschen kennenzulernen. An sich ja nichts verwerfliches und angesichts heroistischer Antiimp-Phantastereien sogar eine wichtige Geschichte, aber... Gerd Conradt will Kunst machen, und da geht er für Interviews schon mal unter die Bettdecke, sodaß wir Zuschauer nur noch zwei Hügel in einer IKEA-Landschaft sehen, unter denen gegickelt und gegluckst wird, als wär's ein Film über Mainz wie es singt und lacht... . „Wie war denn das mit den Hausdurchsuchungen?" — „hihi, das kitzelt, also, das war so..." — „Und Holger als Mensch" — „Hahaha, du weißt du, der war ja wahnsinnig verschlossen, hihihi...". Private Anekdötchen en masse, dazu Doppelbelichtungen und Überblendungen (von wegen der Kunst...) — aber mit einer Auseinandersetzung mit Holger Meins oder gar einer Spurensuche hatte das wenig zu tun. Irgendwann bekam ich das Gefühl, daß Gerd Conradt vielleicht ein so guter Freund von Holger garnicht war, zumal er ihn auch offensichtlich nur recht kurz (nämlich auf der Film- und Fernsehakademie) kennengelernt hatte, und dann bin ich irgendwann ziemlich sauer raus, da war das kleine Filmstudio, in dem der Videostreifen gezeigt wurde, auch schon ziemlich leer.

Mit Spurensuche nach einer ganz anderen sehr viel weiter entrückten Persönlichkeit beschäftigte sich der DDR-Film **„Märkische Forschungen"**, der auch das Gerede, es gäbe in der DDR keinen guten Film, ad absurdum führte. Gedreht nach der gleichnamigen Erzählung von Günter de Bruyn geht es in diesem Film um die Fragwürdigkeit mancher Heldenverehrung und die Mechanismen im Wissenschaftsbetrieb. Der berühmte Geschichtsprofessor Winfried Menzel glaubt sich ein Denkmal setzen zu müssen und beschließt daher, seinen Forschungsgegenstand, den im 19. Jahrhundert in der Mark ansässigen Schriftsteller Max von Schwedenow, zu einem der Urväter progresiver deutscher Literaturtradition zu erheben. „Kein Deutschlehrplan mehr ohne Max von Schwedenow", fordert er Mit diesem Herrn beschäftigt sich auch der Landlehrer Pötsch, den Menzel als wissenschaftlichen Hilfsarbeiter für seine Schwedenow-Biografie hinzuziehen will. Pötsch stellt aber fest, daß Schwedenow identisch ist mit Max von Massow, einem Oberzensor im Deutschland der Restauration nach den Karlsbader Beschlüssen: der jugendliche Revolutionär hatte sich zum etablierten Staatsbeamten gemausert und wäre damit natürlich als Denkmal völlig ungeeignet. Es kommt aber anders: Menzel entläßt Pötsch und behauptet, dessen Forschungen entbehrten jeglicher Grundlage, außerdem selbst wenn: eine Zensorentätigkeit nach den Karlsbader Beschlüssen sei durchaus eine fortschrittliche Tätigkeit gewesen, hätte sie doch dem Proletariat den Weg zur Revolution geebnet...
Ein sarkastischer und zynischer Beitrag zu Fragen der Traditionsbewahrung.

Immer, immer, immer weitergehn...

Bei den knapp vierzig Filmen, die ich in diesen zehn Tagen gesehen habe, war viel Leerlauf zu konstatieren, viele Ambitionen waren auf der Strecke geblieben, und das Milieu, in dem sich die meisten Filmemacher (besonders die westdeutschen) bewegten, erklärte indirekt, warum Kung Fu Filme und US-Serienkrimis so viel Zulauf haben, schließlich kann sich nicht jeder an den Schickeria-Möbeln der einstigen Revolutionäre erfreuen. Brisante Themen wurden selten aufgegriffen, am ehesten noch von US-Filmemachern: in **„Ashes and embers"**, einem Versuch, eine Schwarzen-Identität zu finden, oder auch in **„In the King of Prussia"**, der den Prozeß gegen die Berrigan-Brüder dokumentiert. Bei den in Sondervorführungen gezeigten neuen deutschen Filmen feierte die neue Deutsche Welle fröhliche Urstände oder auch - wie in **„Heartbrakers"** - der Beatrock. Eine Zustandsbeschreibung, die durch **„Krieg und Frieden"** von Böll, Kluge, Schlöndorff, Aust und Engstfeld (bezeichnenderweise eine Männerriege) nur bestätigt wird: da wird Kunst versucht und auf Kosten wirklichen Engagements kunstgewerbliche Langeweile erreicht. Wenn Kluge dann allen Ernstes und aus dem Brustton tiefer Überzeugung behauptet, unsere große Hoffnung sei, daß die Raketen ja auch Pannen hätten und die Technik nicht so fehlerfrei sei, wie sie immer scheine, dann läßt sich seine Unterschrift unter einen SPD-Wahlaufruf verstehen.

Der Film **„Wilderer"** kam dann auch aus Norwegen: Bürger wehren sich gegen einen NATO-Schießplatz in ihrer Gegend, Soldaten solidarisieren sich teilweise mit ihnen und verweigern den Schießbefehl: später stellt sich heraus, daß der Schießplatz in Wirklichkeit eine Lagerstätte für US-Atomsprengköpfe werden soll.

Immer noch reagiert Kino schneller und massenwirksamer auf politische Ereignisse und Veränderungen. Auf der diesjährigen Berlinade war aber von seismographischer Sensibilität für Umschwünge noch wenig zu spüren, offensichtlich fehlte auch ein Interesse daran.

Fassanbass